

**Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des
Herzogtums Sachsen-Coburg-Meiningen**

1680 - 1829

von

Ulrich Heß

Band I

Grundlagen

1954

Vorbemerkung des Herausgebers

Der aus Sonneberg stammende Landeshistoriker und Archivar Ulrich Heß (1921 - 1984) gehörte zu den profundesten Kennern der oftmals verwickelten Behördengeschichte der thüringischen Staaten. Über dieses Spezialgebiet, dessen Kenntnis für den Archivar unerlässlich ist, verfasste er eine Reihe von Manuskripten, die heute noch als Standardwerke gelten können. Leider wurden die meisten von ihnen zu Lebzeiten des Autors nicht veröffentlicht. Die als Lehrbrief für die Fachschule für Archivwesen konzipierten Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten und des Landes Thüringen von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Jahre 1952 bietet einen konzentrierten Abriss dieses Sachgebietes und ist 1993 von der Historischen Kommission für Thüringen als Band 1 der Kleinen Reihe veröffentlicht worden. Im Jahre 1994 folgte als Band 2 der Großen Reihe der Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen die Geschichte der Staatsbehörden in Schwarzburg-Rudolstadt.

Ulrich Heß interessierte sich insbesondere für die Behördenentwicklung im Herzogtum Sachsen-Meiningen, und er legte bereits 1954 das hier vorliegende umfangreiche Manuskript zur Behördengeschichte des Kleinstaates von 1680 bis 1829 vor. Er hatte diese Arbeit als Teil einer größeren Behördengeschichte geplant, die er um eine "Behörden- und Beamtenschaft des Herzogtums Sachsen-Meiningen (1829 - 1920)" und ein "Beamtenbuch des Herzogtums Sachsen-Meiningen" erweitern wollte, für die die Vorarbeiten hierzu 1854 bereits abgeschlossen waren. Leider hat er dieses Werk nicht vollenden können. Die genannten Vorarbeiten gingen in den Artikel „Die Zentralverwaltungen der thüringischen Staaten von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gründung des Landes Thüringen im Jahre 1920“ ein, den er in der Zeitschrift *Annali della Fondazione italiana per la storia amministrativa*, Band 2 Milano 1965 veröffentlichte. Die als Manuskript in mehreren Exemplaren überlieferte vorliegende Arbeit ist wesentlich umfangreicher als die Behördengeschichte Schwarzburg-Rudolstadts und umfasst drei dicke Manuskriptbände. Sie ist auch heute noch als die grundlegende Arbeit zur Behördengeschichte Sachsen-Meiningsens bis 1829 anzusehen, so dass eine Veröffentlichung auch nach mehr als 60 Jahren noch einen wichtigen Beitrag zur Regionalgeschichte darstellt. Da finanzielle Mittel dafür derzeit nicht zur Verfügung stehen, entschloss sich die Bearbeiterin, den vorliegenden Text als Publikation in Dateiform auf der Homepage der Thüringischen Staatsarchive zu veröffentlichen. Der als vierter Teil angekündigte Kartenband ist nicht mehr zur Ausführung gekommen. Die von Ulrich Heß vermutlich für diesen Band entwickelten, im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen aufbewahrten Karten werden im Anhang beigelegt.

Der maschinenschriftlich vorliegende Text von Ulrich Heß wurde bereits Anfang der 90-er Jahre von Frau Pabst am PC abgeschrieben. Eine Überarbeitung erfolgte dahingehend, dass offensichtliche Schreibfehler und einzelne stilistische Wendungen stillschweigend berichtigt wurden. Die Anmerkungen wurden dem heutigen Gebrauch entsprechend angepasst, was eine Überprüfung fast aller Signaturen zur Voraussetzung hatte. In eckigen Klammern wurden Ergänzungen, v.a. hinsichtlich neuerer Literatur angebracht. Im Quellenanhang wurden die heutigen Behördenbezeichnungen benutzt, auch das Abkürzungsverzeichnis dahingehend verändert

Katharina Witter im August 2010

Vorwort

Obwohl eine Landesgeschichte des Herzogtums Sachsen-Meiningen, die den Ansprüchen einer modernen Geschichtsforschung und einer kritischen Wertung gerecht wäre, noch nicht geschrieben ist, soll mit der vorliegenden Arbeit der Versuch gemacht werden, die Geschichte der Verwaltung dieses deutschen Kleinstaates in der Zeit des fürstlichen Absolutismus bis in die letzten Einzelheiten zu ergründen und darzustellen.

Die Arbeit ist ursprünglich aus der Absicht entstanden, Karl Schenks Verzeichnis der bis 1800 angestellten Meininger Beamten (1862) zu überprüfen und bis zum Jahre 1920 fortzuführen. Hierbei ergab sich bald von selbst der Wunsch, über die Abfassung eines bloßen Beamtenbuches hinaus die Verwaltungsorganisation des Herzogtums eingehend zu erforschen. Nach Erfüllung dieser Aufgabe lag es dann nahe, auch die Arbeit der Verwaltung in allen ihren Bereichen zu untersuchen.

Die ersten vorbereitenden Arbeiten begannen im Mai 1945. Nach umfassender Materialsammlung setzte 1950 die Bearbeitung der Darstellung ein, die immer wieder durch neue Archivforschungen unterbrochen werden musste.

Die "Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Herzogtums Sachsen-Coburg-Meiningen" sind in vier Bänden niedergelegt:

Band I: Grundlagen

Band II: Die einzelnen Verwaltungszweige

Band III: Behörden und Beamtenschaft

Band IV: Karten¹

Nur bei dieser breiten Anlage des Werkes wird es gelingen, die Verwaltungsorganisation und Verwaltungstätigkeit des kleinen mitteldeutschen, dem Norden und Süden gleichermaßen verbundenen Staates bis in die letzten Zweige zu behandeln.

Die Arbeit soll Teil einer Gesamtdarstellung der Verwaltungsgeschichte des Herzogtums Sachsen-Meiningen sein. Es sind noch vorgesehen: "Behörden- und Beamtenschaft des Herzogtums Sachsen-Meiningen (1829-1920)" und "Beamtenbuch des Herzogtums Sachsen-Meiningen"². Die Vorarbeiten hierzu sind bereits abgeschlossen.

Als Scheidepunkt zwingt sich dem Bearbeiter das Jahr 1829 aus verschiedenen Gründen von selbst auf. Zunächst hat damals eine grundlegende Neuformung des Meininger Staatswesens stattgefunden. Durch die Gothaer Erbschaft von 1825/26 wuchs das kleine und zerrissene Herzogtum Sachsen-Coburg-Meiningen zum Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen. Es erstreckte sich über das ganze Südthüringer Gebiet bis nach Saalfeld jenseits des Rennsteigs und stieß mit seinem mittel- und nordthüringischen Streubesitz an den Rand der norddeutschen Tiefebene.

Die Verwaltungsreform von 1829 führte die Verschmelzung aller Landesteile zu einem einheitlichen Staat herbei. Darüber hinaus schließt mit diesem Jahr in Meiningen der Übergang vom fürstlichen Absolutismus zur konstitutionellen Monarchie ab. Neue Kräfte wurden in Politik und Wirtschaft bestimmend. Damals entstanden die verfassungsrechtlichen

¹ [Der Kartenband ist nicht mehr zustande gekommen].

² [Beide Bände konnte Ulrich Heß nicht mehr vorlegen].

und verwaltungsorganisatorischen Grundlagen, auf denen das Herzogtum bis 1918 ruhte. Die vielfach so unübersichtliche und verworrene Verwaltungsorganisation des "ancien régime" wich einer klaren Gliederung. Aber auch für die Forschungsmethode und die Darstellungsart bildet diese Zeit einen Wendepunkt. Für die Jahrhunderte vorher sind wir fast ausschließlich auf oft mühsam erschließbare Archivbestände angewiesen. Wir haben dem Gewohnheitsrecht nachzuspüren und die vielen Sonderentwicklungen zu beachten. Späterhin können wir uns meist auf gedruckte Quellen stützen. Immer mehr setzt sich in der Verwaltungspraxis eine einheitliche Gestaltung und Behandlung durch. Bei den nunmehr reichlich fließenden Quellen gilt es jetzt den Stoff zurückzudämmen.

Einschlägige Literatur und gedruckte Quellenwerke sind für die vorliegende Arbeit zwar weitestgehend herangezogen worden, doch haben sie in keiner Weise ausgereicht, ein abgerundetes und lückenloses Bild der Meiningischen Verwaltungsgeschichte in der Zeit des fürstlichen Absolutismus zu geben. Somit muss die Darstellung des ersten Bandes hauptsächlich auf archivalischen Forschungen beruhen. Der schriftliche Niederschlag der Meiningen Verwaltung wird heute im Landesarchiv Meiningen³ aufbewahrt. Seine Bestände haben die Grundlage für die Forschungen abgegeben. Es ist aber zur Klärung der vielfältigen personellen und sachlichen Zusammenhänge eine große Zahl anderer Archive von Kopenhagen bis Wien, besonders aber in Mitteldeutschland benutzt worden. Neben den staatlichen Archiven haben auch einige Stadtarchive und zahlreiche Pfarrarchive Bausteine geliefert. Eine Zusammenstellung der benutzten Archive, Literatur und Quellenwerke wird ebenso wie ein Verzeichnis der gebrauchten Abkürzungen am Ende des dritten Bandes gegeben. Es ist nicht möglich, für alle freundlichen Hinweise und Anregungen im Einzelnen zu danken. Ganz besonders bin ich aber Herrn Archivverwalter Friedrich Heide in Meiningen verpflichtet, der keine Mühe scheute, zum Gelingen der Arbeit beizutragen.

Sonneberg, im März 1954

³

[heute: Thüringisches Staatsarchiv Meiningen].

Inhaltsverzeichnis

1.	Das Herzogtum Sachsen-Meiningen 1680 - 1829	16
	Landesregenten, Territorialgeschichte und Behördenentwicklung	
1.1.	Einleitung	16
	Herzog Ernst der Fromme von Sachsen-Gotha und sein Staat - Die Erbteilung der Gothaer Lande 1676 bis 1680	
1.2.	Bernhard I. und die Gründung des Fürstentums Meiningen 1680 - 1707.....	18
	Das neue Fürstentum - Die Residenzstadt Meiningen - Ihre hennebergischen Traditionen - Die übrigen Ämter - Der wirtschaftliche Zustand des Landes - Die Erziehung Bernhards I. - Seine Weltanschauung - Sein Mangel an wirklichen Herrscherfähigkeiten.	
	Der Aufbau der meiningischen Zentralverwaltung - Die Entwicklung der Zentralverwaltung in den wettinischen Ländern und der Grafschaft Henneberg seit dem Spätmittelalter - Die Übernahme der Behördenorganisation des Gothaer Herzogtums - Die drei Landeskollegien - Der "Präsident aller Landeskollegien" - Die Entwicklung der Schreibstuben - Die "Kanzlei" 1680 - Die Kammerkanzlei - Die neue landschaftliche Verfassung.	
	Territoriale Entwicklung des jungen Fürstentums - Schwächliche Politik Bernhard I. gegenüber der Reichsritterschaft - Verlust Liebensteins - Der Beginn des Coburger Erbschaftsstreits 1699 - Die versuchte Ausschaltung der Saalfelder Herzogslinie aus dem Coburger Erbstreit - Die Besetzung Coburgs durch Meiningen 1699 - Der Tauschvertrag mit Gotha 1702 - Die Abfindung Hildburghausens mit dem Amt Sonnefeld 1705 - Der Fischberger Streit mit der Abtei Fulda - Bernhard I. Familienverhältnisse - Sein Testament und Tod 1706.	
1.3.	Herzog Ernst Ludwig I. 1706 - 1724	28
	Die Söhne Bernhards I.: Ernst Ludwig I. Charakter - Seine militärische Laufbahn im Dienst von Kaiser und Reich - Friedrich Wilhelms geistige Unbeweglichkeit - Anton Ulrichs Bildungsgang und Charakter - Beseitigung der Bestimmungen des väterlichen Testaments durch Ernst Ludwig I. - Seine alleinige Regentschaft.	
	Ernst Ludwig I. Außenpolitik: Scheitern der Meininger Bemühungen im Fischberger Streit 1706 - Abwehr der Fuldaer Ansprüche auf Salzungen - Der Coburger Erbstreit als Hauptthema der meiningischen Außenpolitik - Der "Coburg-Römhild-Eisenbergische Successionsstreit" - Die militärische Besetzung Römhilds 1711 - Scheitern der Meininger Absichten - Die Reichshofratssentenz vom 20. April 1714 - Erwerb von zwei Dritteln des Amtes Römhild durch Meiningen - Der Lehnheimfall des Amtes Altenstein 1722 - Die Erwerbung des Amtes Schalkau und der "Schalkauer Kirschenkrieg" 1723 - 1724.	
	Behördenentwicklung: Neigung Ernst Ludwigs zu absolutistischer Regie-	

rungsform - Die Entstehung des Geheimen Ratskollegiums 1706 - Die Bedeutung des Geheimen Ratsdirektors von Wolzogen - Sächsische und thüringische Vorbilder für das Geheime Ratskollegium - Die Gründung der Kriegskommission 1716 - Ausbau der Kollegialverfassung in Regierung und Kammer - Die Anfänge einer Revisionsstelle in der Renterei - Das Bauamt bei der Kammer - Die Anfänge der Mittelinstanzen der Forstverwaltung - Die neuen Unterbehörden: die Ämter Altenstein und Schalkau - Die Anfänge des Familienstreits im Meininger Herzogshaus - Ernst Ludwigs Abneigung gegen eine Mitregentschaft Anton Ulrichs - Anton Ulrichs Heirat mit Philippine Caesar 1711 - Die Erhebung Philipppines in den Reichsfürstenstand 1727 - Ernst Ludwig I. Familienverhältnisse - die Primogeniturkonstitution von 1706 - Der Erbprinz Joseph Bernhard und sein Tod 1724 - Ernst Ludwig I. Testament und Tod 1724.

1.4. Die gemeinschaftliche Landesherrschaft Friedrich Wilhelms, Anton Ulrichs und Karl Friedrichs 1724 - 174639

Die Fortdauer des Bruderstreits - Der Kampf um das Testament Ernst Ludwig I. - Die Teilnahme Friedrich II. von Gotha an der Vormundschaft über Ernst Ludwig II. - Die Vormundschaft über Karl Friedrich - Die gothaische Hofpartei und ihre Gegnerschaft zu Anton Ulrich - Karl Friedrichs Mitregentschaft und Entartung 1733 - 1743 - Der Fortgang des Coburger Erbstreits - Der Verlust der Residenz Coburg 1735 - Der Verlust Neustadts 1742 - Meininger Misserfolge in der Coburger Erbschaftssache - Alleinige Gewinnung der Ämter Sonneberg und Neuhaus - Fortgang des Streites um Salzungen mit Fulda und anderer kleiner Streitigkeiten - Ungünstige Auswirkungen des Bruderstreits auf die Landesverwaltung - Die Auflösung des Geheimen Ratskollegiums 1734 und die Bildung von "Particularconseils" - Verwaisung und Chaos der Landeskollegien - Bildung einer besonderen Zentralverwaltung für die Coburger Gebiete 1735 - Ungültigkeitserklärung der Standeserhöhung Philippine Caesars 1744 - Letzte Verfeindung der beiden Landesregenten und Friedrich Wilhelms Tod 1746.

1.5. Die Alleinherrschaft Anton Ulrichs 1746 - 176344

Anton Ulrichs Familienverhältnisse zu Beginn seiner Alleinherrschaft - Die Maßnahmen gegen die Gothaer Hofpartei 1746 - Die Neubesetzung der Meininger Zentralverwaltung - Die Beseitigung der Zentralverwaltung im Oberland - Der Wasunger Krieg und die militärische Auseinandersetzung mit Gotha - Der Kampf um die weimarische Obervormundschaft – Selbstbehauptungswille und Starrsinn Anton Ulrichs - Der Erwerb der halben Zent Schalkau und des Gerichts Rauenstein 1729 - Vergebliche Versuche, Sachsen-Coburg-Saalfeld zu einer Realteilung des Amtes Römheld zu zwingen - Der Niedergang des Volkswohlstandes im Siebenjährigen Krieg - Verfall der meiningischen Verwaltung in der Kriegszeit - Anton Ulrichs zweite Ehe, seine Kinder und sein Testament.

1.6. Die Regentschaft Charlotte Amalies 1763 - 177548

Neue Hoffnungen - Charlotte Amalies Charakter - Die Abwehr der militäri-

schen Invasion Gothas 1763 - Die Reorganisation der Zentralbehörden 1764 - 1768 - Verbesserung der Landständischen Behördenorganisation - Das "Oberamt" Sonneberg 1770 - 1813 - Das neue Verhältnis zu den ernestinischen Vettern - Die Erledigung des Römhilder Verwaltungsstreites.

1.7. Die Herzöge Karl und Georg I. 1775 - 1803.....51

Erziehung und Bildungsgang der Herzöge Karl und Georg I. - Ihre Regierungszeit als Höhepunkt des aufgeklärten Absolutismus in Meiningen - Karls Charakter, schwache Gesundheit und Tod 1782 - Georgs Eigenschaften und Weltanschauung.

Die Meininger Behördenorganisation des aufgeklärten Absolutismus - Fortbestand der Verwaltungsorganisation Ernst des Frommen - Die Gründung des Oberforstamts als neues Landeskolleg 1802 - Errichtung von neuen ständigen Immediatkommissionen zur Bewältigung der neuen Verwaltungsaufgaben - Neue Fachkommissionen bei den Landeskollegs - Die "Departements" - Neugestaltung in den Unterbehörden - Konservativer Grundton trotz Vorwärtsentwicklung.

Territorialgeschichte - Streben nach Beendigung der seit Jahrzehnten schwebenden Prozesse vor den Reichsgerichten - Der Ausgleich mit Gotha 1785 - Beendigung der alten Streitigkeiten mit Hildburghausen 1789 - Die Römhilder Konferenz über die Erbfolgeordnung im Gothaer Gesamthaus 1791 - Vergebliche Versuche, mit Coburg-Saalfeld die Neustädter Frage zu bereinigen - Ausbau der herzoglichen Grundherrschaft - Endgültiger Erwerb Rauenstein 1780 - Rückerwerbung des Gerichts Liebenstein 1800 - Der Beginn des Kampfes um die ehemals reichsritterschaftlichen Orte.

1.8. Die Regentschaft Luise Eleonores 1803 - 182161

Konservativer Charakter der Regentschaft - Die Meininger Neutralitätspolitik 1806 - Die französische Besetzung 1806 - Die französische Kriegskontribution und ihre Beseitigung - Meiningens Beitritt zum Rheinbund (30. Dezember 1806) - Die Misere der Rheinbundzeit - Der Grenzvertrag mit dem Großherzogtum Würzburg vom 20. Juli 1808 - Die endgültige Verteilung der reichsritterschaftlichen Orte 1808 - Das Jahr 1813 - Meiningens Übertritt zu den Alliierten - Meiningen auf dem Wiener Kongress - Meiningens neue Grenznachbarn - Das obrigkeitliche Streben nach Erhaltung der alten Behördenorganisation - Die "Hilfskommission" und die neue Akziseverwaltung - Änderungen in den Unterbehörden.

1.9. Das erste Jahrzehnt der Regierung Bernhard Erich Freunds 1821 - 182968

Bernhard II. Bildungsgang und Charakter - Beginn der Umgestaltung der Behördenorganisation und der Landesverfassung - Konservative Gegenkräfte - Thüringer Vorbilder - Die neue Behördenorganisation in Coburg 1803 - Die Umgestaltung in Hildburghausen 1810 - Änderungen in den Weimarer Zentralbehörden - Die Weimarer und Hildburghäuser Verfassung - Erste Maßnahmen Bernhard II. - Das Geheime Ratskollegium - Die Organisationsverordnung vom 26. November 1823 - Die Umgestaltung der Unterbehörden im Oberland 1825 - Die Trennung von Verwaltung und Justiz - Die neuen

Unterbehörden im Unterland 1827 - Die neue Landschaftliche Verfassung von 1824.

Das Aussterben der Gothaer Hauptlinie 1825 - Meiningens Ansprüche auf die gesamten Gotha-Altenburger Lande - Zurückweisung dieser Ansprüche durch Coburg-Saalfeld - Erbschaftsverhandlungen 1825 und 1826 - Der Präliminarvertrag von Liebenstein - Der Hildburghäuser Hauptvertrag vom 15. November 1826 - Das neue Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen - Die Niedersetzung der "Organisationskommission" 1827 - Die Vorbereitung der organisatorischen Verschmelzung aller Landesteile im Jahre 1829.

2.	Herrschaft und Land.....	80
2.1.	Die Entstehung der Landesherrschaft	80

Das Meininger Land bis ins frühe 19. Jahrhundert von mittelalterlichen Verfassungselementen geprägt - Fehlen des modernen Staatsbegriffes - Stand der Forschung über die Entstehung der Landesherrschaft - Die Zersetzung der karolingischen Gauverfassung - Das stärkere Hervortreten der adligen Grundherrschaften - Das Wesen der hochmittelalterlichen Grundherrschaft.

Entstehung der Landesherrschaft im Unterland: Die fränkisch-hennebergischen Gebiete - Umfang des dortigen Reichsgutes im 9. und 11. Jahrhundert - Verschenkungen des Reichsgutes - Die würzburgischen Grundherrschaften an der Werra - Bamberger und Fuldaer Streubesitz - Die weltliche Grundherrschaft: von Jochberg, Wasungen, Frankenberg, Belrieth - Die Frankensteiner - Die Henneberger - Deren Aufstieg zur Zeit des Investiturstreites - Die ersten Hennebergischen Grundherrschaften - Ihre Ausdehnung nach Südosten (Schleusingen, Vessra) - Verstärkung der würzburgischen Stellung um Meiningen im 13. Jahrhundert - Festigung des Hennebergischen Territoriums Bertholds V. und Bertholds VII. - Erwerbung der Grundherrschaft und Hochgerichtsrechte um Wasungen, Friedelshausen und Breitung - Zerschlagung der Herrschaft Frankensteins - Der Kampf gegen die kleinen Gewalten im Lande - Die Teilung von 1347 und der Rückgang der Hennebergischen Macht - Würzburger Bestrebungen, die Landesherrschaft im Meininger Gebiet zu erweitern - Festigung der Henneberger Macht im 15. Jahrhundert - Kampf mit dem Adel und dem Würzburger Bischof um die Gerichtsrechte - Die Herrschaft über die Städte - Errichtung der Landeshoheit über die Klöster - Herstellung der Landeshoheit über den Adel - Lehnsherrschaft und Gerichtsherrschaft - Landsässigkeit des Hennebergischen Adels im 15. Jahrhundert - Gegenströmungen im 16. Jahrhundert durch Errichtung der Reichsritterschaft - Die Henneberger Grafen im Kampf mit der Reichsritterschaft - Entfremdung reichsritterschaftlicher Orte in der Zeit der gemeinschaftlich sächsischen Landesherrschaft - Aschenhausen - Die reichsritterschaftlichen Dörfer des hennebergisch-würzburgischen Grenzgebietes - Die Stellung Walldorfs, Roßdorfs und Oepfershausens - Richterliche und kirchliche Abhängigkeit der Henneberger Grafen vom Würzburger Bistum - Deren Beseitigung - Schaffung eines hennebergischen Rechtsgebietes - Entwicklung im sächsisch-thüringischen Teil des Unterlands - (Salzungen und Altenstein) - Der Breitunger Reichsforst und die Herrschaft der Äbte von Hersfeld - Die Frankensteiner - Deren Niedergang - Fulda und Henneberg als Frankensteiner

Erben - Die Landesherrschaft im Amt Salzungen - Die Grundherrschaft des Klosters Allendorf - Das Vordringen der Wettiner im Salzunger Gebiet – Sonderentwicklung der Gerichte Altenstein und Liebenstein.

Entstehung der Landesherrschaft im Oberland: Ungünstige Quellenlage - Übersicht über die Literatur - Gaueinteilung - Reichgut im Coburger Land - Die Schenkung der Richeza und die Gründung der Abtei Saalfeld - Die Gründung der Abtei Banz 1069 - Der Schweinfurter Besitz im Coburger Land.

Die weltlichen Grundherren: Die Grafen Stärker - Deren soziale Stellung - Deren Grafentitel - Die Frage nach dem Inhaber der Hochgerichtsbarkeit im Coburger Land im 11. Jahrhundert - Die Callenberg - Aussterben der einheimischen hochfreien Geschlechter - Neue Einflüsse aus Ost und West - Die Herzöge von Meranien - Ihre Besitzungen um Kronach und Coburg – Meranische Ministerialen im Coburger Land - Die Ministerialen von Sonneberg - Ihr Besitzstand - Ihre Beziehungen zur Abtei Saalfeld - Entstehung der Burg Sonneberg - Ausbau der Sonneberger Herrschaft - Wirtschaftlicher und biologischer Verfall des Geschlechts um 1300 - Die Schaumberger - Beziehung zu den Grafen Stärker - Die Stammbesitzungen um die Burg Schaumberg - Frühe Schaumbergische Beziehungen zum Kloster Banz - Schaumbergische Grundherrschaften und Hochgerichtsbefugnisse um Mitwitz und Hassenberg - Die Stellung der Burg Neuhaus - Das Sonneberger Erbe der Schaumberger - Das Eindringen der Henneberger in das Coburger Land um 1230 - Die Burgen Strauf, Callenberg und Lauterburg - Hennebergisch-meranische Beziehungen zum Coburger Land um die Mitte des 13. Jahrhunderts - Coburg in hennebergischer Hand - Ausbildung der hennebergischen Hochgerichtsbarkeit im Coburger Land - Territorialisierung im hennebergischen Machtbereich - Das Schicksal der "Neuen Herrschaft" 1290 - 1317 - Ausbau der Landesherrschaft unter Berthold VII. im Kampf mit den kleinen Gewalten - Die Methoden Berthold VII. bei der Herstellung der Landeshoheit - Auseinandersetzung mit den Schaumbergern - Erwerb der Burgen Sonneberg und Neuhaus durch die Landesherrschaft - Lücken innerhalb der hennebergischen Landesherrschaft: Das Bamberger Grenzgebiet (Mitwitz-Hassenberg) und die Schalkauer Zent - Das Schicksal der neuen Herrschaft 1340-1353 - Deren Teilung 1353 - Die Wettiner als neue Landesherren - Weitere politische Entwicklung des Coburger Landes - Die Wettiner im Kampf gegen die kleinen Gewalten im Lande im 14. und 15. Jahrhundert - Weiteres Zurückdrängen der Schaumberger: Verlust der Stammburg 1362 und des östlichen Teiles des großen Reichswaldes um 1375 - Behauptung der Herrschaft Rauenstein - Die schaumbergischen Restbesitzungen als Hemmnis für den Ausbau der wettinischen Landesherrschaft im Schalkauer Gebiet - Sonderentwicklung der Herrschaft Neuhaus - Rückzug der Schaumberger aus dem Coburger Land seit dem 15. Jahrhundert - Die Stellung der Klöster und Städte zur Landesherrschaft - Die Grenzen des Oberlandes – Sächsisch-bambergische Auseinandersetzungen bei der Grenzziehung im Tettautal - Die Südgrenze des Oberlandes.

Zusammenfassung: Grundherrschaft, Forstbesitz und Wildbann, nicht Hochgerichtsbarkeit sind die entscheidenden Elemente zur Bildung der Landeshoheit und des Territorialstaates im Südthüringer Gebiet - Das "Land" eine Schöpfung der Fürsten - Entstanden auf dem Boden des zerfallenden ostfränkischen Herzogtums und der zerschlagenen Gaugrafschaft Grabfeld - Die wesentlichen Elemente der Landesherrschaft.

2.2. Rechts- und Besitzstruktur des Landes im 18. Jahrhundert 119

Die drei Sphären der herzoglichen Gewalt: Grundherrschaft, Stadtherrschaft und Herrschaft über den Adel - Besitz ausländischer Grundherren im Meininger Land - Umfang der herzoglichen Grundherrschaften - Das Amt als untere Organisation der herzoglichen Grundherrschaft - Der Charakter der Stadtherrschaft - Die Herrschaft über den Adel - Adlige Grundherrschaften - Die Herrschaftsverhältnisse geprägt von einem Gewirr der Rechte und Gerechtigkeiten - Einige Beispiele: Stepfershausen, Hermannsfeld, Haina, Gleichamberg, Trappstadt, die oberländischen Walddörfer, Meschenbach, Heubisch, Oberlind, Sonneberg.

2.3. Das Zusammenwirken von Landesherrschaft und Land 125

Die Bezeichnung "Fürstentum" und "Herzogtum" Meiningen - Die beiden "Länder": das Fürstentum Meiningen und der Anteil am Fürstentum Coburg - Die Entwicklung der Landstände im Fürstentum Coburg - Die spätere landschaftliche Verfassung im Oberland - Die hennebergischen Landstände - Auflösung der hennebergischen Landschaft 1660 - Die zersplitterten Hennebergischen Landstände in der Zeit von 1660 bis 1680 - Die Bildung der meiningischen Landschaft 1678 bis 1684 - Die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Landesherrn und Land - Die Erbmonarchie - Die Erbhuldigung als äußerliche Anerkennung der Landesherrschaft - Die Zusicherung der Landesherrschaft bei der Erbhuldigung und vor dem Landtag - Überragende Stellung der Landesherrschaft gegenüber der Landschaft - Die Stände der Meininger Landschaft - Adel und Städte - Der Adel in der Landschaft - Die Städte in der Landschaft - Der Landtag als Vollversammlung der Stände - Die Landschaftsdeputationen - Landschaftssyndikat - Landschaftskasse und landschaftliche Steuer- und Kassedeputation - Geschäftsgang der Landtagsverhandlung - Die Einberufung der Stände - Die Übergabe der Propositionspunkte - Verhandlung und Landtagsabschied.

2.4. Das Grundgesetz von 1824 und die neue Landschaft. 136

Die meiningischen Landstände zu Beginn des 19. Jahrhunderts - Keine Bestrebungen zur Änderung der landschaftlichen Verfassung unter der Regierung Luises Eleonores - Die Regierung Bernhard II. - Weimarer und Hildburghäuser Einflüsse - Versuche, mit den alten Ständen eine neue Verfassung zu schaffen - Die Abfassung des Grundgesetzes von 1824 durch Dietrich von Stein - Der Inhalt des Grundgesetzes - Der neue Landtag - Der landschaftliche Vorstand - Die Rechte des neuen Landtages - Unterschiede zur Weimarer und Hildburghäuser Verfassung - Die Landtagswahl von 1824 und die soziale Zusammensetzung des Landtages - Der Geschäftsgang des Landtages - Die Arbeit des Landtages 1824 und 1826.

3. Die Beamtenschaft 142

3.1. Elemente des Beamtenrechts 142

Die Bedeutung der Beamtenschaft in dem absolutistischen Staat. - Der Beamte als "Diener" des Landesherren - Soziale Eingruppierung der Beamtenschaft - Fehlen eines eigentlichen Beamtenrechts im 18. Jahrhundert - Die spätere Entwicklung - Umfang der meiningischen Beamtenschaft - Zahlenmäßiges Verhältnis der Beamtenschaft zur Gesamtbevölkerung von 18. - 20. Jahrhundert - Die Ernennung des Beamten - Bestallung und Bestallungsdekret - Diensteide und Kautio - Beamteninstruktionen - Die Vorbildung der Beamten - Die Entlassung der Beamten - Gesetzliche Vorschriften über Ausbildungsweg - Die Besoldung - Zahlung der Besoldung - Besoldungszahlung aus verschiedenen Kassen - Amtssporteln als Besoldungsanteil - Die Bedeutung des "Regierungsfiskus" bei der Besoldung der Zentralbehörden - Die Sonderstellung des Medizinalpersonals und der Boten in der Besoldung - Die Besoldung der Offiziere der Landmiliz - Andere nebenamtlich tätige Personen.

3.2. Die wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft: 151

Beamte als Ritterguts- und Fabrikbesitzer - Wirtschaftliche Schwierigkeiten der Beamtenschaft - Der Kampf um die Besoldung - Die Lebensbedingungen meiningischer Beamter am Beispiel des Kanzlers von Donop und des Chausseebauinspektors Weisenberg - Das häusliche Leben der Beamten (Kammerat Bechstein) - Der Umfang der Gehälter - Gegenüberstellung der Gehälter zu der Preisentwicklung der wichtigsten Lebensmittel im 18. und 19. Jahrhundert - Die Gehälter der Geheimen Räte, der Kollegialvorsitzenden, der Kollegienräte, der Sekretäre und Registratoren, der Kanzlistenschicht - Die Gehälter der Lokalverwaltung - "Zehrungsgeld" und Diätenwesen - Pensionsrecht und Pensionszahlungen - Die Witwenpensionsverordnung vom 26. März 1826 - Vor- und Nachteile der Aufhebung des patrimonialen Verhältnisses zwischen Herzog und Beamtenschaft.

3.3. Die soziale Schichtung der Beamtenschaft 165

Adel und Bürgertum - Das Vordringen des Bürgertums im 16. Jahrhundert - Verstärkung des adligen Einflusses seit dem Dreißigjährigen Krieg - Entstehung einer Beamtenkaste - Erhebung bürgerlicher Beamter in den Adelsstand - Bevorzugung des Adels - Überragende Bedeutung des Adels im Geheimen Ratskollegium - Verhältnisse in den übrigen thüringischen Staaten - Adel und Bürgertum in Regierung, Konsistorium und Kammer - Vergleich mit den übrigen thüringischen Staaten - Die soziale und regionale Herkunft der Beamten der Zentralverwaltung mit dem Stichjahr 1806 - Gesamturteil über die soziale Zusammensetzung der Beamtenschaft - Gegensatz zwischen Adel und Bürgertum innerhalb der höheren Beamtenschaft - Adlige Beamte als Wegbereiter einer neuen Zeit - Bedeutung der bürgerlichen Beamtenschaft für die Verwaltung des absolutistischen Staats - Einzelne Meininger Beamtenfamilien - Die alte hennebergische Beamtenaristokratie: Schröter, Zinck und Strauss - Die Familien Trier, Grimm, Heim und Fromm - Die Sekretariatsaristokratie: Thilo Trinks, Deahna und Schenk - Die Familien Döbner und Baumbach - Die Familie Rippel - Amtsverwaltungen in Familienhand - Die alten Förstergeschlechter - Adlige Beamtenfamilien - von Fischern - von

Donop - von Türke - von Uttenhoven - Enge verwandtschaftliche Bindungen innerhalb der Beamtenkaste.

4. Der Geist der Verwaltung185

Einleitung: Entwicklung der Staatsanschauungen 1680-1830 - Der kirchlich-dogmatisch gebundene Absolutismus - Der aufgeklärte Absolutismus - Die Anfänge des Liberalismus.

4.1. Der kirchlich-dogmatisch gebundene Absolutismus186

Die lutherische Orthodoxie als Grundlage der Geisteshaltung in den sächsischen Herzogtümern am Ende des 17. Jahrhunderts - Der kirchliche Einfluss auf das tägliche Leben - der Untertanen - der Beamten - des Landesfürsten - Forderung nach starker Beteiligung am kirchlichen Leben - Selbstverständlichkeit einer solchen Geisteshaltung - Deren Ursache - Zwangsmittel zu ihrer Einhaltung - Strömungen gegen die lutherische Orthodoxie und das herrschende Staatskirchentum - Die Anfänge des Pietismus in Meiningen - Bernhard I. Stellung gegen den Pietismus - Ernst Ludwig I. und der Pietismus - "Wahrung der reinen Lehre" auch weiterhin Hauptziel der Staatstätigkeit - Die anderen Staatsziele: Wahrung des fürstlichen Interesses - Die Stellung des Landesfürsten im absolutistischen Staat - Wahrung des fürstlichen Interesses nicht allein Aufgabe der Beamtenschaft, sondern auch aller Untertanen - Verhältnis des Landesherrn zur Beamtenschaft - Die Arbeitsmoral in der Meininger Verwaltung - Pedanterie und Schwerfälligkeit - Starrsinn und Prozesssucht bei der Wahrung des fürstlichen Interesses - Die Leistung des absolutistischen Staates - Die Sorge für die Untertanen aus christlicher Regentenpflicht - Das Verhältnis des Landesherrn zu den Untertanen.

4.2. Der aufgeklärte Absolutismus.....196

Zurückdrängung des transzendenten Staatszweckes - Der Charakter des aufgeklärten Polizeistaates - Die Anfänge der Aufklärung in Meiningen - Frühe Gothaer Einflüsse (Loge, "Aux Trois Brousses") - Anton Ulrichs Stellung zu den Geistesströmungen seiner Zeit - Einfluss der Universität Jena - Charlotte Amalie als Vertreterin der Aufklärung - Dänische Einflüsse (Eyben) - Weimarer Einflüsse (Dürkheim, Türke) - Organisation des Meininger Aufklärerkreises in der Loge "Charlotte zu den drei Nelken" 1773 - Bedeutender Einfluss der Loge auf die Geisteshaltung der hohen Beamtenschaft und des Herzogshauses - Stellung der Meininger Loge zum überlieferten christlichen Dogma - Undogmatische Auffassung des Liebesgehaltes der christlichen Lehre, verschmolzen mit aufklärerischer Humanität und Naturrecht - Neue Auffassung von den Regentenpflichten - Stellung der Herzöge Karls und Georg I. gegen den Despotismus an deutschen Fürstenhöfen - Weichheit der aufgeklärten Staatspraxis - Umgestaltung des kirchlichen Lebens - Volksbelehrender Charakter der Religion - Religiöse Toleranz - Nichtlutherische Beamte - Zulassung anderer christlicher Bekenntnisse - Beginn der Judenemanzipation - Toleranz auf geistigem Gebiet, aber Festhalten am Polizeistaatsgedanken in Politik und Wirtschaft - Widersprüche einer solchen Staatsform - Polizei-

staatliche Eingriffe in die erstarrten und unfähigen Selbstverwaltungen – Landesherr regiert weiterhin mit Beamten, nicht mit Untertanen - Ausnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft - Fehlen einer von der Obrigkeit unabhängigen öffentlichen Meinung im Herzogtum am Ende des 18. Jahrhunderts - Die Obrigkeit als alleinige Urheberin fortschrittlicher Maßnahmen – Widerstand der Bevölkerung gegen fortschrittliche Regierungsanordnungen – Bevormundung der Untertanen auch innerhalb der privaten Sphäre - Die "Gemeinnützige Instruktion" für Diener und Untertanen von 1793 als Hauptzeugnis der Geisteshaltung des aufgeklärten Absolutismus in Meiningen – Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes - Planungen auf weiter Sicht - Amtliche Erhebungen über die politische Stimmung und den sittlich-moralischen Zustand der Bevölkerung - Wirtschaftslenkung - Der Typ des Untertanen in der "Verfassung des Instituts für bürgerliche und sittliche Vervollkommnung" zu Wasungen 1801 - Streben nach sozialer Harmonie – Betonung des Erziehungsgedankens - Das neue Verhältnis zwischen Landesherrschaft und Untertan - Verbürgerlichung des Meininger Hofes - Georg I. als Hauptvertreter des aufgeklärten Absolutismus in Meiningen – Regentschaft Luise Eleonores - Deren konservativer Charakter - Dennoch Verstärkung der bürgerlichen Stellung - Das neue Verhältnis der Beamten zu den Untertanen - Hebung des materiellen Volkswohlstandes - Behördliche "Förderung der Glückseligkeit".

4.3. Die Anfänge des Liberalismus214

Das Meininger Herzogtum beim Regierungsantritt Bernhard II. 1821 - "liberaler Autokratismus" - Heranziehung eines Teiles der Bevölkerung zur Mitarbeit am Staat - Das Grundgesetz von 1824 - Industrielle im neuen Landtag – Anfänge einer von der Obrigkeit unabhängigen öffentlichen Meinung im Land - Die Wirkungen der Franzosenzeit - Rückgang des politischen Interesses der Bevölkerung nach 1815 - Politische Tageszeitungen in Meiningen erst nach 1830 – Einwirkungen aus dem politisch fortschrittlicherem Herzogtum Hildburghausen - Ansätze zu einer neuen Regierungsform – Gutachten des Sonneberger Kreisamtssekretärs Kost über die Reform der Gemeindeverfassung 1828 - Die neue Einstellung zur Wirtschaftspolitik - Der junge Kapitalismus und die alte Beamtenschaft - Lenkung oder Freiheit der Wirtschaft - Die Obrigkeit als führender Faktor bei der Liberalisierung im ersten Jahrzehnt der Regierung Bernhard II. - Beurteilung des Meininger Landes durch den demokratischen "Volksfreund" 1832.

5. Innere Organisation der Behörden, Geschäftsgang und Kanzleigebräuche221

5.1. Die innere Organisation der Behörden.....221

Aufbau der Meininger Verwaltung nach Gothaer Vorbild - Zweistufiger Verwaltungsaufbau - Dreigliederung der Zentralverwaltung - Die Landeskollagen und die ständigen Immediatkommissionen - Besonderheit der Kriegskommission - Kommissionscharakter des Geheimen Ratskollegiums – Vorübergehende Immediatkommissionen - Fachkommissionen bei den Landeskollagen - Kommissionen zur Erledigung bestimmter Einzelaufgaben der

Verwaltung - Kommissionsaufträge an Unterbehörden.

Die Meininger Behördenordnung - Deren Überlieferung - Die Kanzleiordnung von 1687 - Die Konsistorialordnung von 1689 - Rezeption der Gothaer Kammerordnung von 1666 und der Gothaer Geheimen Ratsordnung von 1668 – Behördeninstruktionen - Kollegialverfassung der Landesbehörden - Erst unter Anton Ulrich endgültige Durchsetzung des Kollegialprinzips - Die Kollegialverfassung der Immediatkommissionen - Der Vorsitz in den Landesbehörden - Die Sonderstellung des Geheimen Ratskollegiums - Der Präsidententitel in Kammer und Konsistorium - Der Kanzler als Vorsitzender der Regierung - Fehlen des Titels "Landschaftsdirektor" - Die Entwicklung des Ministertitels - Die Entwicklung des Prädikats "Exellenz" - Amtstitel der Kollegienräte - Der Titel "Geheimer Rat" - Nicht dieser Titel, sondern die Verleihung von "Sitz und Stimme" drücken die Zugehörigkeit zum Geheimen Ratskollegium aus - Ehrenprädikate - Der Titel "Rat" - "Geheime" Kollegienräte - Die Assessoren - Assessoren bei den Immediatkommissionen - Arbeitsweise der Landesbehörde - Arbeitszeit - Sitzungen - Beschlussfassung - Aufgabe der Vorsitzenden - Anfänge einer Ressortenteilung bei den Landeskollegien - gemeinschaftliche Aufgaben mehrerer Landeskollegien - Die Unterbehörden - Justiz und Polizeibehörden - Die Ämter - Amtleute - Amtsschreiber und Amtssekretäre - Amtsadjunkten und Amtskommissare - Die Physikate – Finanzbehörden - Amtsvögte und Amtskastner - Die lokale Forstverwaltung - Die Bildung der drei Forstmeisterbezirke - Lokale Organe der Kirche - Pfarreien und Superintendentur – Lokalbehörden mit Kommissionscharakter - Geistliche Untergerichte - Forstämter - Polizeikommissionen – Almosenkommission - Unübersichtlichkeiten im Verwaltungsaufbau - Festhalten an überlieferten Formen.

5.2. Die Organisation der Schreibstuben239

Organisation des Schreibdienstes nach der Kanzleiordnung von 1687 und der Kammerordnung 1666 - Die "Kanzlei" - Die Bildung der gesonderten Kanzlei der drei Landeskollegien - Die Geheime Kanzlei - Die Schreibstuben der ständigen Immediatkommissionen - Stellung und Aufgaben der Sekretäre - Der Registratoren - der Kanzlisten - der Botenmeister und Boten – Schreibdienst bei den Unterbehörden - Amtsschreiber - Amtsaktuarien und Amtssekretäre - Die Sonderstellung des Amtes Sonneberg - Forstschreiber.

5.3. Geschäftsgang245

Stand der Überlieferung - Bedeutung der Kollegialverfassung für den Geschäftsgang - Öffnen der Eingänge - Präsenzvermerk - Eingangsregister – Berichterstattung in den Kollegien - Aufsetzung des Konzepts - Fehlen laufender Sitzungsprotokolle in den Landeskollegien - Deren Vorhandensein in einer Reihe von Immediatkommissionen - Die "Angabe" - Sekretäre als Fertiger des Konzepts - Präsenzliste und Revision des Konzepts - Vermerke am Konzept - Datum des Konzepts - Die Adresse im Konzept - Die Unterschrift im Konzept - Die Fertigung der Reinschrift - Kollaterierungsvermerke - Die Faltung der Reinschrift – Ausgangsregister - Registrierungsvermerke - Zustellungsvermerke - Aktenbildung – Gestaltung des Aktendeckblattes.

5.4. Kanzleigebräuche.....259

Arten der Schriftstücke: Patent, Mandat und Verordnung - Die Gestaltung nach dem Vorbild der mittelalterlichen Herrscherurkunde - "Stellvertretende" Behördenverordnungen - Urkunden - Instruktionen - Das Reskript - Seine Merkmale - "Höchste" Reskripte - "Stellvertretende" Behördenreskripte - Selbständige Behördenreskripte - Typischer textlicher Aufbau des Reskripts - Das Dekret - Seine Merkmale - Verwendung des Dekrets beim Verkehr zwischen Landesherrschaft und Landschaft - Das "Signaturreskript" ("Registraturverordnung") - Kanzleizettel und Inserte - Besonderheiten: Generalreskript und Zirkularreskript - Ausschreiben - "Mündlich registrierte Befehl" des Landesherrn - Berichte - Suppliken - Kommunikationsschreiben - Protokolle - Gerichtsurteile.

Äußere Merkmale: Schreibstoff - Stempelpapier - Verschluss der Schriftstücke - Siegel - Kanzleisekret und Kammersiegel - Siegel der Landeskollgien - Siegel der Immediatkommissionen - Siegel der Geheimen Kanzlei - Siegel der vorübergehenden Immediatkommissionen - Siegel der Ämter und anderer Unterbehörden.

Innere Merkmale: Entwicklung des Stils von barocker Schwülstigkeit zur Einfachheit des 19. Jahrhunderts - Die Verordnung vom 6.3.1793 - Schriftsprache - Devotionsformel - Entwicklung des landesherrlichen Titels - Der große, mittlere und kleine Titel - Der Titel "Herzogin von Meiningen" 1806 - Behördenbezeichnungen in selbstständigen Behördenreskripten - Der Präsidententitel in erweiterten Behördenbezeichnungen - Die Adresse - Adressierung der Berichte an die Landeskollgien mit herzoglicher Anschrift - Vereinfachungen seit 1793 - Behördenanschriften - Insinuationsbefehl als Adresse - Die Grußformel - Die Formel "Unsern günstigen Willen zuvor", "Unsere freundlichen Dienste zuvor" - Allmählicher Wegfall der Grußformeln - Die Promulgatio - Die Pönformel - Die Formel "An dem geschieht unsere Meinung und wir bleiben Euch in Gnaden gewogen" - Das Datum - Ausstellungsort - Die Unterschrift - Handschriftliche Unterzeichnung - Die Formel "Manu propria subscripsi" - Die Unterschrift im fürstlichen Handschreiben - Die Unterschrift der einzelnen Herzöge - Die Unterschrift "ad mandatum Seremissimi proprium" - Die Unterschrift im stellvertretenden Behördenreskript - Erweiterte und vereinfachte Formen - Besonderheiten der Unterschrift bei einzelnen Immediatkommissionen und beim Geheimen Ratskollegium - Unterschrift mit der Kanzleifirma - Unterschriften der Deputati während des Familienstreites und des Kampfes um die Coburger Erbschaft - Die Unterschrift bei den Unterbehörden - Die Formel "vi commissionis" (perpetuae) in der Unterschrift - Besonderheiten bei Unterschriften einiger Unterbehörden - Die Courtoise.

Verzeichnis der Abbildungen.....294

Kartenanhang295

1. Das Herzogtum Sachsen-Meiningen 1680 - 1829

Landesregenten, Territorialgeschichte und Behördenentwicklung

1.1. Einleitung

Als in den Mittagstunden des 26. März 1675 Herzog Ernst der Fromme auf dem Schloss Friedenstein in Gotha die Augen für immer schloss, ging eine Persönlichkeit dahin, die nicht nur als deutscher Reichsfürst, sondern auch als Mensch Bedeutendes geleistet hatte. Seine Regierung hatte noch in den Wirren des dreißigjährigen Krieges 1640 begonnen. Sie galt aber nach den verheerenden Zerstörungen des großen Ringens ganz dem Aufbau des Herzogtums. Der Herzog sah diese Aufgabe nicht allein in der Hebung des materiellen Wohlstandes, sondern ebenso sehr in der Förderung der Volksbildung und der kulturellen Verhältnisse. Diese Aufgabe hat er ganz im Geist der lutherischen Orthodoxie gelöst, die bei ihm allerdings ihre starren Züge zu Gunsten einer praktischen Liebestätigkeit aufgegeben hat. Der Aufbau nach dem Krieg vollzog sich durch die Initiative und unter der Leitung des Landesfürstentums. Es erwies sich als die stärkste gesellschaftliche Kraft, nachdem die wirtschaftliche Stärke des Landadels, das Selbstbewusstsein des Bürgertums und die Kraft der Bauernschaft vernichtet worden waren. Wenn auch in der Zeit Ernst des Frommen der fürstliche Absolutismus in den thüringischen Staaten vorbereitet wurde, so war doch der Gothaer Herzog durchaus kein typischer Vertreter dieser Regierungsform. Seine Staatsanschauung wurzelte noch ganz in den Patrimonialgedanken des 16. Jahrhunderts. Er kannte die dem Absolutismus wesentlich innewohnende Staatsraison im modernen Sinne noch nicht.

In Herzog Ernst lebte eine fast übertriebene Liebe zur Ordnung. Nicht nur, dass er während seiner Regierung alles daran setzte, gesunde wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse zu schaffen, auch im Verwaltungsaufbau hat er gemeinsam mit seinen engsten Mitarbeitern, dem Kammerrat Veit Ludwig von Seckendorf und dem Kanzler Dr. Georg Franzke, entscheidende Arbeit geleistet. Sie war noch für das 18. Jahrhundert grundlegend. So war im Gothaer Herzogtum nach den Wirren des großen Krieges ein musterhafter Staat entstanden. Der Einfluss, den Herzog Ernst auf das spätere Meininger Herzogtum, auf den Geist und die Arbeit seiner Verwaltung bis ins 18. Jahrhundert ausgeübt hat, kann kaum überschätzt werden. Wir werden das Fortwirken der Arbeit des Gothaer Herzogs und seiner Mitarbeiter im Laufe der Darstellung der Meininger Verwaltungsgeschichte noch in sehr vielen Einzelheiten feststellen können.

Wenn auch Ernst der Fromme kein Machtpolitiker nach außen und innen war, so dehnte sich doch sein Herrschaftsbereich durch glückliche Erbschaften im Laufe einer fast 40-jährigen Regierung beträchtlich aus. Von seinem Vater, Herzog Johann von Weimar, hatte er zusammen mit seinen sechs Brüdern das kleine Gebiet der Fürstentümer Weimar und Jena ererbt. Da noch alle unmündig waren, als Herzog Johann 1605 starb, übernahm Kurfürst Christian II. von Sachsen aus der albertinischen Linie des Hauses Wettin die Obervormundschaft, die die Albertiner bei stetem Widerstreben des Weimarer Hofs bis 1615 beibehielten. Dann trat der älteste Herzog, Johann Ernst, die Regierung und Vormundschaft über seine Brüder an. Als er 1626 im Felde starb, übernahm Wilhelm im Namen seiner Brüder die Regierung. Im Jahre 1637 waren nur noch drei Brüder am Leben. Das enge Herrschaftsgebiet um Weimar und Jena war nach dem Aussterben der alten Coburger Linie

1638 um die Fürstentümer Eisenach und Gotha und die fränkischen Ämter Kloster Veilsdorf, Heldburg und Eisfeld vergrößert worden. Nunmehr war eine Teilung unter den Brüdern möglich. Sie wurde 1640 in der Weise vollzogen, dass Wilhelm Weimar und Jena, Ernst der Fromme Gotha mit dem Amt Königsberg in Franken und Albrecht Eisenach mit den fränkischen Ämtern erhielt. Als 1644 Albrecht starb, wurde dessen Fürstentum zwischen Wilhelm und Ernst aufgeteilt. Der Gothaer Herzog bekam die Ämter Salzungen, Allendorf, Krayenberg, Volkenroda, Heldburg, Veilsdorf und Eisfeld⁴.

Bei der Aufteilung der Grafschaft Henneberg im Jahre 1660 konnte Ernst die fränkischen Besitzungen noch vergrößern. Damals kamen die Ämter Wasungen, Sand und Frauenbreitungen unter die Gothaer Regierung. Aber noch kurz vor seinem Tod erwarb er 1672 wertvolle Besitzungen der ausgestorbenen Herzogslinie Coburg-Altenburg. Diese Lande wurden zwar nicht der Gothaer Zentralverwaltung unterstellt, sondern nur durch Personalunion mit Gotha verbunden. Die Erbschaft führte aber zu einer wesentlichen Stärkung der Macht Ernst des Frommen in Thüringen. An ihn als dem Ehemann der Base des letzten Altenburger Herzogs kam als Haupterbe fast das ganze Fürstentum Altenburg, das gesamte Fürstentum Coburg mit Römhild und den ehemals hennebergischen Ämtern Maßfeld, Meiningen, Themar und Behrungen. Damals war der weitaus größte Teil des ernestinischen Thüringens in seiner Hand vereinigt.

Es bedeutete einen empfindlichen Mangel an Staatsraison, dass Herzog Ernst diese Möglichkeit zur Schaffung eines achtbaren Mittelstaates nicht ausgeschöpft und durch eine Erbfolgeordnung für immer gesichert hat. Bei ihm überwogen auch hier die Grundsätze eines sorgsam Hausvaters, nicht die eines Machtpolitikers. In seinem Testament setzten sich somit nicht die staatserhaltenden, sondern die privatrechtlichen Prinzipien durch⁵. Er bestimmte, dass seine sieben Söhne Friedrich (geb. 1646) Albrecht (geb. 1648) Bernhard (geb. 1649) Heinrich (geb. 1650) Christian (geb. 1653) Ernst (geb. 1655) und Johann Ernst (geb. 1658) unter dem Direktorium des ältesten Bruders eine gemeinschaftliche Regierung führen sollten. Er ließ aber durchaus die Möglichkeit einer Realteilung offen, falls jeder Sohn ein Fürstentum mit Reichsstandschaft erhalten könnte. So bildete der Tod des Gothaer Herzogs am 26. März 1675 einen Wendepunkt in der staatlichen Entwicklung Thüringens. Schon im nächsten Jahr wurde am 20. August 1676 ein Vertrag abgeschlossen, wonach die gemeinschaftliche Hofhaltung der Brüder auf dem Friedenstein aufgehoben und jedem der sieben Söhne unter Beibehaltung der gemeinschaftlichen Landesherrschaft bestimmte Ämter als Unterhalt zugewiesen wurden. Herzog Bernhard, der Stifter der späteren Meininger Linie, bekam damals die Ämter Ichtershausen, Wachsenburg, Kranichfeld und Tonndorf. Er schlug am 28. Juni 1676 seine Residenz in dem Schloss Ichtershausen auf. Aber schon bald traten er und sein Bruder Albrecht immer offener mit dem Wunsch nach einer völligen Realteilung des Staates Ernst des Frommen auf. Herzog Friedrich I., der als ältester Bruder den Gesamtstaatsgedanken am eifrigsten bewahrte, konnte sich auf die Dauer diesen Forderungen nicht verschließen. Am 24. Februar 1680 wurde der Erbteilungsvertrag abgeschlossen, der das Staatsgefüge Ernst des Frommen auflöste und damit die Zersplitterung Thüringens herbeiführte, die erst 1920 überwunden werden konnte.

Herzog Friedrich erhielt die Fürstentümer Gotha und Altenburg mit dem Amt Königsberg in Franken, das erst 1683 an Hildburghausen fiel. Albrecht bekam das große Fürstentum Coburg, Bernhard das neu gebildete Fürstentum Meiningen. Nur diese drei Brüder erhielten

⁴ Teilungsvertrag vom 30. März 1645 Schultes, Cob. Landesgeschichte I UB S 111-112.

⁵ Testament von 1653 und Regimentsordnung vom 1. Nov. 1672. Hermann Schulze, Hausgesetze S. 96-146.

die volle Landeshoheit in den ihnen zugewiesenen Gebieten samt der Reichsstandschaft. Von den jüngeren Brüdern wurden Heinrich die Ämter Römhild, Themar und die Kellerei Behrungen mit der Residenz Römhild, Christian die Ämter Eisenberg, Ronneburg, Roda und Camburg mit der Residenz Eisenberg, Ernst die Ämter Hildburghausen, Kloster Veilsdorf, Eisfeld, Schalkau und Heldburg, 1683 auch Königsberg, und Johann Ernst die Ämter Saalfeld, Gräfenthal, Zella, die Stadt Lehesten und 1683 auch die Stadt Pößneck zugewiesen. Diese vier jüngeren Brüder erhielten aber nicht die Landeshoheit, die Reichsstandschaft, das Gesetzgebungsrecht, das Kirchenregiment und das Recht zur Führung eigener Außenpolitik. Ihnen wurde auch der größte Teil der Landsteuern vorenthalten. Für Eisenberg und Saalfeld übten die Altenburger, für Römhild und Hildburghausen die Gothaer Zentralbehörden diese Aufgaben aus. Nach langen Verhandlungen bekam jedoch 1702 auch Hildburghausen die volle Landeshoheit und alle bisher vorenthaltenen Rechte übertragen. Die Linie Eisenberg starb schon 1707, die Linie Römhild 1710 aus. Im Saalfelder Landesteil wurde die Abhängigkeit von Gotha-Altenburg, der sogenannte "nexus Gothanus" erst 1805 aufgehoben⁶.

1.2. Bernhard I. und die Gründung des Fürstentums Meiningen 1680 - 1706

An Herzog Bernhard I. waren durch den Vertrag am 24. Februar 1680 Stadt und Amt Meiningen, Amt und Festung Maßfeld, Stadt und Amt Wasungen, Amt Sand, Amt Frauenbreitungen, Stadt und Amt Salzungen mit dem Klosteramt Allendorf, das Dorf Utendorf, das halbe Dorf Mehliß und der "weimarische Zuschuss" gefallen. Die Kammergüter waren schon durch den Vertrag vom 27. April 1677 verteilt worden. An Bernhard war Liebenstein gekommen. Gemeinsam mit allen hennebergischen Erben, den albertinischen Wettinern in Zeitz, den Herzögen in Eisenach und Weimar, stand ihm die hennebergische Reichstagsstimme und das gemeinschaftliche Gymnasium in Schleusingen mit dem diesem zur Unterhaltung angewiesenen Amt Fischberg zu. Das an Bernhard I. gefallene Gebiet wurde nunmehr zum Fürstentum Meiningen zusammengefasst. Bereits eine Woche früher, am 13. Februar 1680, hatte Bernhard den Hofrat Johann Balthasar von Gabelkoven und den Rentmeister Paul Kühnhold in das hennebergische Land gesandt, um die Erbhuldigung einzuholen. Am 25. Februar kam dann der neue Landesherr für zwei Tage selbst nach Meiningen und verlegte am 25. Juni 1680 endgültig seine Residenz von Ichtershausen in das alte würzburgische Amtshaus zu Meiningen, das 1584 bis 1660 der hennebergischen Regierung als Amtssitz gedient hatte⁷.

Das neu gebildete Fürstentum Meiningen bestand im Wesentlichen aus dem Anteil des Gothaer Fürstentums an der Grafschaft Henneberg. Es fehlten nur das Amt Themar und die Kellerei Behrungen, die an Sachsen-Römhild gekommen waren. Andererseits wurde aus dem alten Eisenacher Fürstentum das Amt Salzungen, das Gericht Liebenstein und die Lehnshoheit über das Gericht Altenstein an Herzog Bernhard I. übergeben.

Die Wahl Meiningens als Residenz einer wettinischen Nebenlinie war schon seit dem Aussterben der Henneberger Grafen 1583 von leitenden Beamten der gemeinschaftlich sächsischen Landesverwaltung mehrfach empfohlen worden. Der alte hennebergische Kanzler

⁶ Schultes, Cob. Landesgesch. III S. 3, 102-110.

⁷ Heß, Hennebergische Verwaltung S. 133-134 Anm. 3.

Michael Strauss wies auf ihre Vorteile hin und auch sein Sohn, der hennebergische Kanzler Dr. Johann Michael Strauss, hielt Meiningen sehr gut für eine Residenz geeignet⁸.

⁸

SVMGL 47 (1904) S. 186 Anm. 6.

Die Stadt war seit dem Aussterben der Grafen politischer Mittelpunkt der Grafschaft geworden. Sie war bis 1660 Sitz der hennebergischen Regierung und Landschaft. Auch nach der Auflösung der Grafschaft 1660 und in den Jahrzehnten, da Meiningen als Landstadt bis 1674 unter den Coburger, dann unter den Gothaer Zentralbehörden stand, hatten sich feste hennebergische Traditionen erhalten. Hier befand sich das gemeinschaftliche hennebergische Archiv, das den schriftlichen Niederschlag der gräflichen und wettinischen Verwaltung aufgenommen hatte und im 18. Jahrhundert Mittelpunkt einer regen hennebergischen Geschichtsforschung wurde. In den Meininger Landständen lebte noch lange nach der Teilung die hennebergische Überlieferung fort. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die zwei Jahrzehnte zwischen 1660 und 1680 in Meiningen manche Veränderungen herbeigeführt hatten. Die hennebergische Zentralverwaltung, die von hier aus ein weit größeres Gebiet als das neue Fürstentum verwaltet hatte, war 1660 vollständig aufgelöst worden. Ihre leitenden Beamten wurden an die Zentralbehörden von Coburg und Zeitz versetzt. Nur ein einziges Kollegialmitglied konnte Bernhard I. in seine neue Zentralverwaltung aufnehmen: den Meininger Superintendenten Theodosius Wider, der schon dem hennebergischen Konsistorium angehörte und auch jetzt in die oberste Kirchen- und Schulbehörde des Meininger Fürstentums berufen wurde. Die hennebergische Tradition ist aber in Meiningen immer lebendig geblieben und wirkt bis auf unsere Tage fort. Der neue Landesherr war sich ihrer durchaus bewusst, als er bei Übernahme des Fürstentums 1680 sagte: "Die schwarze Henne soll mir goldene Eier legen"⁹.

Das Rückgrat des neu gegründeten Fürstentums¹⁰ bildete die Werra, die bei Leutersdorf aus dem sachsen-römhildischen Amt Themar einfluss und nach einer Länge von 60 km das Land

⁹ Archiv I S. 27

¹⁰ Eine neuzeitliche Landesgeschichte des Herzogtums Sachsen-Meiningen 1680 bis 1829 nach Art der Arbeiten von Mentz und Hartung für Sachsen-Weimar-Eisenach ist bis heute noch nicht geschrieben worden. Die jüngste Zusammenfassung, die "Meiningische Geschichte von 1680 bis zur Gegenwart" von Ludwig Hertel, veröffentlicht in SVMGL 47 (1904) und 50 (1904) kann nur als ein Plagiat aus älteren Darstellungen betrachtet werden. Sie hat deren Ausführungen zum Teil sogar wörtlich übernommen. Auf Archivstudien verzichtet sie ganz. Alle späteren Darstellungen gehen vielfach auf die von dem Meininger Oberhofprediger Georg Karl Friedrich Emmrich verfassten Aufsätze über die Lebensgeschichte der meiningischen Herzöge bis 1763 im "Archiv für die Herzoglich S. Meiningischen Lande" zurück. Besonders wertvoll ist dann noch Emmrichs Biographie Herzog Georgs I., die im MTB 1805 veröffentlicht worden ist. Zu nennen ist weiter Bechsteins Werk "Mitteilungen aus dem Leben der Herzöge von Sachsen-Meiningen und deren Beziehungen zu Männern der Wissenschaft" Halle 1856. Es behandelt besonders kulturgeschichtliche Fragen. Emmrich und Bechstein haben bei Ausarbeitung ihrer Werke offensichtlich auch archivalische Unterlagen benutzt. Wertvolle Hinweise auf die meiningische Landesgeschichte gibt die von Bechstein veröffentlichte "Chronik der Stadt Meiningen" 1676 - 1834 Band I (1834), Band II (1835). Eine knappe geschichtliche und geographische Übersicht enthält Ernst Julius Walchs Arbeit "Historische, statistische, geographische und topographische Beschreibung der Königlich und Herzoglich-Sächsischen Häuser und Lande überhaupt und des Sachsen-Coburg-Meiningischen Hauses und dessen Lande insonderheit" Nürnberg 1811. Für das Oberland von Bedeutung ist Christian Friedrich Keßlers von Sprengseisen "Topographie des Herzoglich-Sachsen-Coburg-Meiningischen Anteils an dem Herzogtum Coburg, Sonneberg 1781 und die hierzu von Johann Gerhard Gruner geschriebenen "Berichtigungen" (1782) und "Fortgesetzten Berichtigungen" (1782). Heranzuziehen ist auch Johann Adolf von Schultes „Historisch-statistische Beschreibung der gefürsteten Grafschaft Henneberg“ mit ihrer 4. Abteilung des 1. Teils (Römhild 1799) und Johann Ludwig Heims "Hennebergische Chronika" II (1767) und III (1776). David Voit "Das Herzogtum Sachsen-Meiningen", Gotha 1844 und Georg Brückner "Landeskunde des Herzogtums Sachsen-Meiningen" 2 Bände 1851 und 1853 behandeln die Landesgeschichte ebenfalls nur kurz, wenn auch Brückner, gestützt auf ältere Arbeiten und Amtsbeschreibungen wertvolle ortsgeschichtliche Angaben macht.

Wichtig für die Lebensbeschreibungen der einzelnen Herzöge sind noch: A. Schaubach "Beiträge zur Geschichte von Stadt und Land Meiningen unter Bernhard I" Henflingprogramm 1884. Die handschriftliche Biographie Anton Ulrichs von Georg Brückner ist nicht mehr erreichbar. Über Georg unterrichtet auch Emmrichs Biographie und August Wilhelm Müllers Arbeit "Ein bedeutsamer Gedenktag: Der hundertjährige Geburtstag des Herzogs Georg, Meininger Tageblatt 1861, über Luise Eleonore, Johann Caspar Illings Abhandlung "Biographie der Regentin Luise Eleonore" im Meininger Volksblatt 22-27/1837. Wertvoll für die

bei Unterrohn verließ. An ihren Ufern lagen die drei Städte, die Mittelpunkt des Handels und Verkehrs waren, die Residenz Meiningen, Wasungen und Salzungen. Längs des Flusses erstreckte sich das Fürstentum zwischen den Vorbergen des Thüringer Waldes und der Rhön, ohne freilich den Kamm dieser Gebirge auch nur an einer einzigen Stelle zu erreichen.

An der Wasserscheide zwischen Herpf und Katz erhebt sich das Massiv der Hohen Geba, des ersten östlichen Vorpostens der Rhön, von dessen Gipfel (750 m) sich der Blick weit über das ganze Meininger Land ausbreitet. Von Osten her grüßt der nur 16 km entfernte Große Dolmar, der erste mächtige Berg des Thüringer Waldes, an dessen Hang bei Metzels die Meininger Landesgrenze dahin zog, dessen Gipfel aber sich bereits in fremden Händen befand. Die Niederungen der Werra und ihrer westlichen Seitentäler, der Jüchse, Sülze, Herpf, Katz und Rosa boten wohl günstige Vorbedingungen für Wiesen- und Feldbau. Die Muschelkalkhochfläche des Rhönvorlandes gab aber nur eine mangelhafte Nahrung. An Waldungen war das Land zwischen den beiden Gebirgen reich. Die kostbarsten Holzbestände der Ämter Wasungen und Sand gehörten aber seit 1660 zu Sachsen-Eisenach, das mitten im Meininger Land zwischen Katz und Rosabach eine Exklave besaß, die bis 1920 bestehen blieb.

Weiter nördlich bildete nach Erwerb des Amtes Altenstein Barchfeld an der Werra, über das die Straße von Meiningen nach Salzungen führte, eine zweite Exklave im Meininger Land. Sie war bis 1866 hessen-kasselscher, dann preußischer Besitz. Auch waren reichsritterschaftliche Dörfer in das Fürstentum eingesprenkt. Von der fruchtbaren Keuperlandschaft des Grabfeldes besaß der alte Meininger Staat nur einen schmalen Saum, der 1723 verloren ging. Das Fürstentum zog sich somit in einer Länge von 45 km und in einer Breite, die zwischen 18 und 8 km schwankte, zwischen den beiden deutschen Mittelgebirgen in nordsüdlicher Richtung hin. Es umfasste 633 km², mit dem als Lehn abgegebenen Gericht Altenstein 687 km².

Die Gebiete, die 1680 zum Fürstentum Meiningen zusammengefasst wurden, waren schon durch die Natur mit Glücksgütern nicht übermäßig gesegnet. Als Bernhard I. die Regierung antrat, hafteten dem Land noch die Schäden des Dreißigjährigen Krieges an. Drei Jahrzehnte Aufbauarbeit der hennebergischen und seit 1660 der gothaischen Regierung hatten nicht vermocht, die Spuren des Krieges zu tilgen. Der Wohlstand, der hier in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts geblüht hatte, war auch unter der Herrschaft Bernhards I. und seines Nachfolgers nicht wieder herzustellen. Die Bevölkerung hatte durch Krieg, Seuchen und Hunger ganz empfindliche Verluste erlitten und war 1659 auf etwa ein Drittel des Vorkriegsstandes gesunken. Sie hatte sich 1680 gerade einigermaßen erholt. Noch lagen bei der Bevölkerungsarmut und den erheblichen materiellen Kriegsschäden viele Grundstücke und Bauernhöfe brach. Wirtschaft und Handel nahmen nach den vernichtenden Schäden des Krieges gerade einen ersten zaghaften Aufschwung. Das Land lebte tatsächlich nicht in wohlhabenden Verhältnissen, als der 31-jährige Herzog im Februar 1680 die Landesherrschaft übernahm. Bernhard I. war am 10. September 1649 auf dem Schloss

ersten Jahre der Regierung Bernhards II. sind Ferdinand Trinks Arbeit "Beiträge zur Geschichte des Herzogtums Sachsen-Meiningen-Hildburghausen", SVMGL 14 (1893) und Wilhelm Germanns "Bernhard Erich Freund, Festschrift zur Säcularfeier am 17. Dezember 1900", Leipzig 1900. Die letztere Arbeit schöpft aus der handschriftlichen Biographie Bernhards II. von Max von Eelking. Von landesgeschichtlichem Interesse sind auch noch die beiden Schriften des Domänenstreits "Designation des Domänenvermögens" Meiningen 1855 und "Unterlagen zur Designation des Domänenvermögens" Meiningen 1855, vorhanden in ThStAMgn GAM XIV E 95. Der gesamte noch vorhandene Nachlass der meiningischen Verwaltung wird im Thüringischen Staatsarchiv Meiningen aufbewahrt.

Friedenstein in Gotha als dritter Sohn Herzog Ernst des Frommen geboren. Der Vater hatte ihm wie seinen Brüdern eine ausgezeichnete Erziehung angedeihen lassen. Sie war von dem Hofmeister Johann Balthasar von Gabelkoven geleitet worden. Der Justizrat Dr. Hieronymus Brückner unterrichtete den Prinzen in Staats- und Rechtskunde, Paul Kühnhold in Mathematik. Alle drei Lehrer brachte er 1680 nach Meiningen mit. Ihre fünfjährige Tätigkeit in der neuen Residenzstadt zeigt sie uns als rechtschaffene Beamte, die ganz im Geiste Ernst des Frommen heran gebildet gewesen und Sinn für die Bedürfnisse und Möglichkeiten des kleinen Landes besessen haben.

In den Jahren 1660 bis 1668 besuchte Bernhard unter Aufsicht seiner drei Lehrer das Fürstenkolleg in Tübingen und machte 1668 - 1670 die übliche Kavaliersreise durch die Schweiz, Frankreich und Holland. Nach seiner Rückkehr wurde er von seinem Vater zum Oberpolizeiinspektor in Gotha bestellt und ihm die Aufsicht über das gesamte Armenwesen des Gothaer Herzogtums übertragen. In den letzten Jahren des alternden Herzogs wurde Bernhard, der auf Kriegsdienst und weitere Kavaliersreisen verzichtete, der Lieblingssohn Ernst des Frommen, der ihn in die Geschäfte der Landesverwaltung einführte. Nach 1675 übernahm er die Mitregentschaft der Gothaer Fürstentümer. Er erhielt 1676 eine Anweisung für seinen Lebensunterhalt auf die Ämter Ichtershausen, Wachsenburg, Kranichfeld und Tonndorf und schlug in der Burg zu Ichtershausen seinen Wohnsitz auf.

Wenn auch die Meiningen Historiker des 18. und 19. Jahrhunderts oft des Lobes über Bernhards Tätigkeit in Meiningen voll sind, so hat es doch schon damals kritische Stimmen gegeben, die sein Wirken und Können in anderem Licht erscheinen lassen. Tatsächlich war Bernhard I. alles andere als eine Herrscherpersönlichkeit von Format. Die Schöpferkraft seines Vaters ging ihm ganz ab. Die Pedanterie, die wir auch an dem großen Gothaer Herzog nicht übersehen können, die aber durch andere Eigenschaften überdeckt ist, tritt bei Bernhard unangenehm in den Vordergrund. Sie erstreckte sich vor allem auf das religiöse Gebiet. Die Nachwelt war zeitweise geneigt, ihm den Beinamen "der Fromme" zu geben, mit dem sie seinen Vater auszeichnete. Aber seine Frömmigkeit, die ihm die Fähigkeit gab, mit Bibellesen, Kirchenbesuch, religiösen Erbauungsstunden, mit Ausarbeitung von Gesangbuch und Agenden die Arbeit seines Alltags zu füllen, hatte bei ihm doch nicht die praktischen Auswirkungen wie im Leben seines Vaters. Überall macht sich eine Kleinlichkeit und Enge der Auffassung bemerkbar. Die Kraft, die Ernst der Fromme aus dem lutherischen Glauben gewonnen hatte und die ihm zu einem nüchternen, aber doch hingebenden Diener an seinem Staatswesen werden ließ, fehlte Bernhard gänzlich. So inbrünstig sein Glaube gewesen sein und er selbst nach christlicher Tugend gestrebt haben mag, so finden wir doch bei ihm Charakterzüge ausgebildet, die sehr unangenehm von denen seines Vaters abstechen. Sie standen dessen Anschauungen über ein geordnetes Staatswesen störend im Weg. Hierzu gehörte sein stark ausgebildeter Aberglaube, der nicht nur den Hexenwahn im Meiningen Land noch einmal für kurze Zeit aufleben ließ, sondern vor allem in ausgiebigem Maß dem alchemistischen Unsinn frönte¹¹. Ernst der Fromme hatte gerade hiervoor seinen Sohn ernstlich gewarnt. Aber das Streben nach Geld für den Meiningen Schlossbau ließ den Herzog zum Phantasten und zum Verräter am Vermächtnis seines Vaters werden. Zu diesen Untugenden kam noch die zeitgenössische Soldatenspielererei mit ihrem übermäßigen Militärstaat.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass Bernhard I. keine Herrscherpersönlichkeit von Rang war. Deutlich wird diese Feststellung vor allem durch seine Unfähigkeit, geeignete Männer an den richtigen Platz zu stellen. In der Wahl der hohen Beamten hat er später einen Missgriff nach

¹¹ Alchemistische Rezepte ThStAMgn GAM XV B 21-24.

dem anderen vorgenommen. Es mangelte ihm an klarer Einsicht in die Möglichkeiten seines Landes und an der für einen kleinen Landesfürsten so bitter notwendigen Selbstbeschränkung. Trotz der eindringlichen Mahnung seines Sohnes hat er nicht die Kraft gefunden, die durch seine Haltlosigkeit wankend gewordene Finanzlage seines Staates wieder ins rechte Geleis zu bringen. Es fehlte ihm andererseits aber auch die rechte Energie, seine Forderungen in Offenheit durchzusetzen. Allzu oft hat er sich der Intrige bedient, die besonders bei der Erlangung der Coburger Erbschaft unangenehm ins Auge fällt. So muss der neue Meininger Landesherr in seiner Beurteilung und Bedeutung seinem Vater gegenüber sehr abfallen. Tatsächlich ist er nur ein sehr mäßiger Kleinfürst gewesen, der mit vielen fürstlichen Untugenden seiner Zeit behaftet gewesen ist.

Die vordringlichste Aufgabe des neuen Herzogs und seiner aus Gotha mitgekommenen engeren Mitarbeiter lag auf dem Gebiet der Verwaltungsorganisation. Die Lokalverwaltung konnte ohne wesentliche Änderungen übernommen werden. Ihre Instanzen waren die im Spätmittelalter auf der Grundlage der landesherrlichen Grundherrschaft erwachsenen Ämter, die Finanz- und Niedergerichtsbehörden zugleich waren. Wo ihnen bei Errichtung des Meininger Fürstentums die Hochgerichtsbarkeit noch nicht zustand, wurde sie ihnen schon in den ersten Jahren der Regierung Bernhards I. übertragen und die alte Zentverfassung somit gänzlich aufgelöst. Die Trennung der Polizei- und Justizbehörden von den örtlichen Finanzverwaltungen vollzog sich in der unteren Instanz in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und war erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts überall abgeschlossen. In der mittleren und unteren Kirchenverwaltung waren wesentliche Änderungen ebenfalls nicht notwendig. Schon nach der Auflösung der Grafschaft Henneberg hatten die Nachfolgestaaten die Superintendenturen als mittlere Kirchenbehörden weitgehend den politischen Amtsbezirken angeglichen und damit ihre Zahl erhöht. Wo diese Maßnahme wie in Frauenbreitungen noch nicht durchgeführt war, erfolgte sie kurz nach dem Regierungsantritt Bernhards I. Geistliche Untergerichte waren schon in der Zeit der gothaischen Landesherrschaft eingerichtet worden. Die landesherrliche Lokalverwaltung des Fürstentums war somit von Anfang an ganz auf der Grundlage der überkommenen Amtsverfassung organisiert, an der bis zum Jahre 1827 nicht gerüttelt wurde. Bis dahin blieben die Ämter Meiningen, Maßfeld, Wasungen, Sand, Frauenbreitungen, Salzungen und seit 1722 Altenstein unverändert bestehen.

Die Zentralverwaltung des neuen Fürstentums war dagegen neu zu bilden. Die Arbeit war allerdings schon nach wenigen Monaten beendet. Sie wurde vor allem von den drei aus Gotha und Ichtershausen mitgebrachten Räten Johann Balthasar von Gabelkoven, Dr. Hieronymus Brückner und Paul Kühnhold durchgeführt. Es war nahe liegend, dass diese Beamten, die aus der Schule der Gothaer Verwaltung hervorgegangen waren, ihr Vorbild weniger in der 1660 aufgelösten hennebergischen Zentralverwaltung als in den Gothaer Zentralbehörden sahen. Die Gothaer landesherrliche Zentralverwaltung mit ihrer Dreiteilung in Regierung, Konsistorium und Kammer wurde somit zum unmittelbaren und getreulich nachgeahmten Vorbild für Meiningen. Die Organisation der landesherrlichen Zentralbehörden in den wettinischen Ländern hat im 17. Jahrhundert bereits eine lange Geschichte hinter sich¹².

Den Ausgangspunkt bildete wie überall der sich im Mittelalter um den Landesfürsten bildende Rat adliger Gefolgsleute. Seit Mitte des 13. Jahrhunderts zogen die Wettiner die Inhaber ihrer Hofämter zur Beratung politischer und wirtschaftlicher Angelegenheiten heran.

¹² Für das folgende vgl. Meyer, Hof- und Zentralverwaltung der Wettiner 1248-1379 (1902), Felix Pischel, Die Entwicklung der Zentralverwaltung in Sachsen-Weimar bis 1743. Z.V.thür. G.u.A. NF 20 (1911) und 21 (1912).

Als zentrale Schreibstube entstand in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine Kanzlei, die unter dem Kanzler Friedrichs des Strengen Konrad von Wallhausen um 1350 eine straffere Ordnung erhielt. Die ältesten wettinischen Kanzleiregister stammen aus der Zeit von 1349/68. Nach der Kanzleiordnung von 1439 bestand der Rat des Landesfürsten aus vier Personen, die die Regierung zu führen hatten. Eine sachliche Aufgabenteilung war noch nicht eingetreten¹³. Die Hofratsordnung von 1499 kannte dann bereits einen besonderen Hofrat für die thüringischen Besitzungen, der für alle Aufgaben der Landesverwaltung verantwortlich war und ebenfalls aus vier Räten bestand. Im Laufe des 16. Jahrhunderts, das mit der Festigung der landesherrlichen Gewalt einen wesentlichen Ausbau der Zentralverwaltung brachte, wurde der Rat personell ständig vergrößert. Im Jahre 1539 umfasste er sechs bis acht, 1546 sogar elf Mitglieder. An der Spitze hat ursprünglich der Hofmeister gestanden, der in dieser Bedeutung 1534 erscheint, seit der Kanzleiordnung von 1546 aber vom Kanzler verdrängt worden ist¹⁴. Auch die Kanzlei als Schreibstube des Hofrates wurde im 16. Jahrhundert wesentlich vergrößert. Ihr Personal betrug nach der Kanzleiordnung von 1536 sieben Schreiber und zwei Kopisten.

Im späten 16. Jahrhundert sind dann die ersten Ansätze zu einer sachlichen Gliederung der bis dahin im Hofrat vereinten Zweige der Zentralverwaltung feststellbar. Zuerst wurden die nach der lutherischen Reformation dem Staat übertragenen Aufgaben der Kirchen- und Schulverwaltung von einer besonderen Behörde, dem Konsistorium, bearbeitet. Es war zwar personell engstens mit dem Hofrat verbunden und stellte ursprünglich nur eine Hofratskommission unter Heranziehung von Theologen dar. Mit seiner Errichtung war aber der erste Schritt zur Aufgliederung der Zentralverwaltung getan. Die Entwicklung des Konsistoriums durchlief im Stammland der Reformation eine lange Geschichte. Seine Wurzeln lagen in den zur Festigung der Reformation eingesetzten Visitationskommissionen, deren erste 1528 tätig war¹⁵. Seine endgültige Form erhielt das Konsistorium aber erst in der Zeit der nachlutherischen Lehrstreitigkeiten. In der niemals in Kraft getretenen Konsistorialordnung von 1561 ist seine Organisation fest umrissen¹⁶. In der Konsistorialordnung Johann Wilhelms vom 7. März 1569 ist der geistlichen Oberbehörde die Kirchen- und Schulverwaltung und die geistliche Gerichtsbarkeit, wozu auch die Ehegerichtsbarkeit gehörte, übertragen¹⁷.

Die Bildung einer besonderen Zentralbehörde zur Verwaltung des landesherrlichen Vermögens und der landesherrlichen Finanzen fand in den thüringischen Besitzungen der Wettiner erst ein halbes Jahrhundert später statt. Die Bedeutung des Finanzwesens war im Laufe des 16. Jahrhunderts bedeutend gestiegen und ihre Verselbständigung innerhalb der Zentralverwaltung ein Hauptanliegen der von Burgund ausgehenden Verwaltungsreform des 15. und 16. Jahrhunderts. Sie wirkte über die habsburgischen Erbländer auch auf die mittleren deutschen Territorien ein. Im ernestinischen Sachsen finden wir die ersten Ansätze in der Kammerinstruktion von 1593, durch die innerhalb des Hofrates drei Räten die Finanzangelegenheiten aufgetragen wurden¹⁸. Bei dieser Gelegenheit tritt im ernestinischen Sachsen erstmals die Bezeichnung "Kammerrat" auf. Die Aufgaben der Kammerräte lagen in der Abnahme der Rechnungen, der Visitation der Ämter und der Aufsicht über die dem Rentmeister unterstellte Rentkasse, in die die Einnahmen aus den landesherrlichen

¹³ Pischel in: Z.V.thür. G.u.A. NF 20 S. 250-253.

¹⁴ Pischel ebenda S. 259.

¹⁵ Herrmann II S. 107.

¹⁶ Sehling I S. 230 ff., Herrmann II S. 153.

¹⁷ Sehling I S. 233 ff., Herrmann II S. 164.

¹⁸ Pischel in: Z.V.thür. G. u. A. NF 20 S. 264 21 S. 132 ff.

Grundherrschaften, Forsten und Regalien flossen. In der Weimarer Kanzleiordnung von 1625 wurden dann die Aufgaben der Regierung und Kammer näher abgegrenzt. Die Errichtung der Kammer als selbständiger Behörde neben dem Hofrat, der nunmehr die Bezeichnung Regierung führte, erfolgte dann endgültig durch die Kammerordnung vom 28. Dezember 1633¹⁹. In der weimarischen Linie des ernestinischen Hauses war somit um die Mitte des 17. Jahrhunderts die Dreiteilung der landesherrlichen Zentralverwaltung durchgeführt. Die Regierung war auf die Justiz und Polizeiverwaltung beschränkt. Das Konsistorium leitete Kirche und Schule, die Kammer das Domänenfinanzwesen. Als gemeinschaftliches oberstes Gericht für die ernestinischen Lande wurde schließlich noch 1566 das Hofgericht in Jena eingerichtet, das allerdings in Konkurrenz zur Regierung stand und vielfach nur in Adelssachen angerufen wurde. Für das Coburger Land war unter der Regentschaft Johann Ernsts (1541 - 1553) bereits eine besondere Zentralverwaltung errichtet worden. Es wurde ein Hofrat eingerichtet und 1544 auch ein besonderes Hofgericht gegründet²⁰. Auch soll es bereits 1542 zur Entstehung eines besonderen Konsistoriums gekommen sein²¹.

Im Jahre 1604 wurde auch für das der Linie Altenburg überlassene Gebiet eine besondere Zentralverwaltung mit Regierung und Konsistorium gebildet²². Das gemeinschaftliche Konsistorium in Jena wurde 1612 geteilt und nach Weimar und Altenburg verlegt²³.

Als 1640 das Weimarer Herzogshaus nach Aussterben der Linie Coburg-Eisenach seine Besitzungen teilte und die drei Fürstentümer Weimar, Gotha und Eisenach entstanden, bildete Herzog Ernst der Fromme in seiner neuen Residenz Gotha seine Zentralverwaltung nach dem überlieferten Weimarer Vorbild. Sie erstand in ihrer Dreigliederung von Regierung, Konsistorium und Kammer. Für sie wurden im Laufe seiner Regierung ausführliche Ordnungen erlassen, die in Meiningen bis ins 19. Jahrhundert nachwirkten und die wir später noch eingehend zu besprechen haben²⁴.

Die Weiterbildung der Gothaer Zentralverwaltung erfolgte schließlich nach Coburger u. Altenburger Vorbild durch die Errichtung eines obersten Beratungskreises des Landesherrn, des Geheimen Ratskollegiums. Die Errichtung dieser obersten Behörden des Fürstentums Gotha fällt in das Jahr 1651. Sie stellte eine Zusammenfassung der Vorsitzenden der drei Landeskollegien dar, war also durchaus nach dem Kommissionsprinzip organisiert²⁵. Kurz nach dem Tod Ernst des Frommen wurde die Zuständigkeit des Gothaer Geheimen Ratskollegiums 1675 auch auf die 1672 erworbenen Fürstentümer Altenburg und Coburg ausgedehnt²⁶.

Es lag nahe, dass die aus dem Herzogtum Ernst des Frommen 1680 entstandenen Teilstaaten das Gothaer Vorbild bei der Organisation ihrer Zentralverwaltungen nachahmten. Bereits Facius hat angedeutet, wie stark die altgothaische Verwaltungsorganisation auf alle Nachfolgerstaaten einwirkte, wenn auch räumliche Enge und beschränkte Finanzmittel oft nur

¹⁹ Pischel in: Z.V.thür. G. u. A. NF 21 S. 138.

²⁰ Schultes, Cob. Landesgesch. I S. 38, Hofgerichtsordnung I UB S. 89-91.

²¹ Diese Behauptung wird von Thomae "Licht am Abend" (1722) S 344 aufgestellt und von späteren Geschichtsforschern mit Vorbehalt übernommen.

²² Pischel in: Z.V.thür. G. u. A. NF 20 S. 265, Kuhn in Mitt. der Gesch. Gesellsch. Osterland 14 S. 291.

²³ Herrmann II S. 198.

²⁴ Facius S. 27-39.

²⁵ Über Kommissions- und Kollegialprinzip beim Geheimen Ratskollegium vgl. Johannes Durichen in: Neues Archiv für sächsische Geschichte Bd. 52 S 68-134.

²⁶ Facius S. 31.

Kümmerformen entstehen ließen²⁷. Wir werden im Laufe der Darstellung diese Behauptung in zahlreichen Fällen bekräftigen und immer wieder feststellen können, wie sehr die Meininger Verwaltungsorganisation des 18. Jahrhunderts auf fast allen Gebieten von ihrem Gothaer Vorbild beherrscht gewesen ist. Da Bernhard I. in seinem Fürstentum 1680 die volle Landes- und Kirchenhoheit übertragen bekam, stand der Nachgestaltung der Gothaer Zentralverwaltung nichts im Wege. Herzog Bernhard brauchte nicht wie seine jüngeren Brüder auf die Errichtung eines eigenen Konsistoriums zu verzichten.

Bald nach Übernahme der Landesherrschaft im Februar 1680 entstanden in Meiningen die drei Landeskollegien Regierung, Konsistorium und Kammer. Bei der Kleinheit des Landes und der von Gabelkoven geförderten sparsamen Wirtschaftsführung waren freilich diese drei Zentralbehörden noch personell innigst miteinander verknüpft. Die Regierung bestand tatsächlich zunächst nur aus zwei Räten, die unter Heranziehung von zwei Theologen das Konsistorium bildeten. In der Kammer war ursprünglich nur ein Rat angestellt und somit eine Kollegialverfassung noch nicht vorhanden. Diese setzte sich endgültig erst während der Regierung Ernst Ludwigs I. durch. Die Errichtung eines Geheimen Ratskollegiums nach Gothaer Vorbild wurde bei der Kleinheit des Landes und der engen personellen Verbindung der Zentralbehörden untereinander nicht ins Auge gefasst. Seit 1685 war ein oberster Beamter in der Bestallung, der als "Präsident" Vorsitzender der drei Zentralbehörden und damit der maßgebende Berater des Landesherrn war. Für ihn trat 1696 der Titel Geheimer Ratsdirektor auf, ohne dass zunächst ein Geheimes Ratskollegium bestand.

Die drei Landeskollegien blieben in ihrer ursprünglichen Form bis zur Neugestaltung der Zentralbehörden im Jahre 1823 bestehen. Immer wieder wurde betont, dass sie voneinander unabhängig und gleich geordnet seien. Innerhalb dieser Gleichordnung und unmittelbaren Unterstellung unter den Landesherrn bestand aber ein rangmäßiger Vorzug der Regierung vor dem Konsistorium und der Kammer. Bis ins späte 18. Jahrhundert versuchte die Regierung hieraus eine Überordnung über die beiden anderen Landeskollegien abzuleiten, ohne freilich jemals zum Zuge zu gelangen. Immer wieder mussten sich Konsistorium und Kammer wehren, zu "blossen Regierungscommissionen" herabzusinken²⁸.

Als Schreibstube der Zentralbehörden entstand 1680 in Meiningen die "Kanzlei" mit dem Kanzleisekretär an der Spitze. Sie war ursprünglich für Regierung und Konsistorium zuständig. Die Kammer hatte von Anfang an ihre eigene Kanzlei, die als Kammerkanzlei unter dem Kammersekretär bis zur großen Verwaltungsform von 1829 bestehen blieb. Die Keime der Konsistorialkanzlei gehen zwar bis 1689 zurück, die Schreibstube verselbständigte sich aber erst im Laufe des 18. Jahrhunderts. Nach ihrer Abzweigung setzte sich für die allgemeine "Kanzlei" unter der Regierung Ernst Ludwigs I. allmählich die Bezeichnung Regierungskanzlei durch.

Die mit der Kammer eng verbundene Renterei, die Zentralkasse des Domänenvermögens, wurde bereits 1680 gebildet und ihr die Überschüsse aus Ämtern und Regalienverwaltungen zugeführt. An ihrer Spitze stand der Rentmeister, dem ein Kammerschreiber untergeben war. Die übrigen der Kammer nachgeordneten zentralen Finanzbehörden treffen wir meist erst in der Zeit Ernst Ludwigs an. Lediglich das bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts nachweisbare Floßkommissariat war schon 1680 mit einem Floßverwalter besetzt. Die landesherrliche Verwaltung des kleinen Fürstentums war unter der Regierung Bernhards I. einfach und

²⁷ Facius S. 32.

²⁸ Ähnliche Verhältnisse auch in Weimar. Mentz S. 66.

zweckmäßig gegliedert. Der ordnende Einfluss des Gothaer Verwaltungsaufbaues machte sich allenthalben bemerkbar, ganz im Gegensatz etwa zur gleichzeitigen Verwaltung des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen, das damals noch eine klare Gliederung durchaus vermissen ließ²⁹.

²⁹ Über die schwarzburg-sondershäusische Verwaltung vgl. Eberhardt, in: Z.V.thür. G. u. A. Beiheft 28 (1943) S. 77.

Es lag im Wesen des alten Ständestaates, dass die von den landesherrlichen Domänenfinanzen unabhängigen Steuereinnahmen von den Landständen, der Ritterschaft und den Städten, selbständig verwaltet wurden. Neben den landesherrlichen Domänenfinanzbehörden bestand somit eine besondere Finanzverwaltung der "Landschaft" mit der Landeskasse als Zentralstelle³⁰. Wir werden später noch sehr ausführlich die verschiedenen Einnahmequellen und Finanzierungsaufgaben der beiden im alten Ständestaat nebeneinander bestehenden Finanzorganisationen zu untersuchen haben. Der Aufbau der landständischen Verwaltung, die vornehmlich Steuerverwaltung war, gelang im Meininger Fürstentum ohne wesentliche Schwierigkeiten. Bernhard I. griff auf die Einrichtungen der noch in Meiningen bestehenden hennebergischen Landschaft zurück und fügte ihr die Salzunger Stände bei. Die Organisation der Landstände des Fürstentums Meiningen wurde schon auf dem Landtag von 1684 beendet.

Die territoriale Entwicklung des Meininger Fürstentums stand in den ersten Jahren seines Bestehens noch ganz unter dem Eindruck der Landesteilung von 1680. Es waren eine Reihe von Fragen zu bereinigen, die die Teilung unberührt gelassen, deren Klärung aber territoriale Veränderung im Besitzstand des Fürstentums zur Folge hatte. Zur Berichtigung seiner "Septime", die mit 42 5/7 fl den in der Teilung festgesetzten Anschlag von 16137 2/7 fl überschritt, trat Bernhard am 27. Juli 1687 das am Südhang des Thüringer Waldes gelegene halbe Dorf Mehliß an Sachsen-Gotha ab³¹. Die Obervormundschaft, die der Herzog vom August 1691 bis zum November 1692 zusammen mit seinem Bruder Albrecht von Coburg über seinen minderjährigen Neffen, Herzog Friedrich II. von Gotha führte, hinterließ in der territorialen Entwicklung des Meininger Fürstentums ebenso wenig Spuren wie die 1699 erfolgte Erwerbung des ernestinischen Senioratsamtes Oldisleben nördlich Erfurt, das an ihn als Geschlechtsältesten auf Lebzeiten fiel, aber schon 1700 an Sachsen-Weimar verpachtet wurde³². Gegenüber der unter der gemeinschaftlich sächsischen Landesherrschaft über die Grafschaft Henneberg erstarkenden Reichsritterschaft vermochte Bernhard das landesherrliche Interesse an entscheidenden Punkten nicht zu wahren. Im Jahre 1686 verzichtete er zu Gunsten der Reichsritter auf alle Gerichts- und Kirchenrechte in Walldorf und im folgenden Jahre 1687 auch auf die Kirchenhoheit in Mühlfeld. Das Gericht Liebenstein wurde 1686 verkauft und nach einer Wiedereinlösung 1702 an Lehnsleute veräußert. Dieser Verlust wurde durch den Erwerb des Ritterguts Sinnershausen nicht aufgewogen, das überdies schon bald als Schatullgut an die Herzogin kam³³. So fehlte jeder Ansatz zu einer zielbewussten Territorialpolitik im Meininger Land. Auch an den von den Wettinern nach dem Aussterben der Herzöge von Sachsen-Lauenburg 1689 betriebenen Erbschaftsansprüchen beteiligte sich der Meininger Herzog nur ohne tiefgreifenderes Interesse, zumal spürbarer Gewinn nicht zu erhoffen war³⁴.

Während Bernhard I. in den ersten beiden Jahrzehnten seiner Regierung die Ereignisse auf dem Gebiet der Territorialpolitik treiben ließ, erweckte der am 6. August 1699 erfolgte kinderlose Tod seines Bruders Albrecht von Coburg berechtigte Hoffnungen auf das reiche Land an Itz und Steinach. Es begann ein erbittertes, Jahrzehnte langes Ringen mit den Brüdern und Neffen um die Erbschaft, das die Außenpolitik des kleinen Landes bis zur Mitte

³⁰ Entsprechender Verwaltungsaufbau in Gotha: Facius S. 39, Trescher, Gothaer Steuerwesen S. 13, 21, für Weimar: Mentz S. 79.

³¹ Rezess zwischen Herzog Friedrich I. von Sachsen-Gotha und Herzog Bernhard I. von Sachsen-Meiningen vom 27. Juni 1687 in: ThStAMgn GAM 12.

³² ThStAMgn GAM 29.

³³ Heim II S. 70

³⁴ ThStAMgn GAM 299.

des 18. Jahrhunderts ganz beherrschte. Bernhard I. hat noch die Anfänge dieser tief gehenden Streitigkeiten erlebt und die ersten Intrigen in der für das Meininger Haus wahrlich nicht ehrenhaften Angelegenheit gesponnen. Das enttäuschende Ende erlebte er allerdings nicht mehr. Die später reichsbekannte Streit- und Prozesssucht der ersten Meininger Herzöge wirft wirklich kein günstiges Bild auf die Charaktereigenschaften Bernhards I. und seiner Söhne. Dem Herzog musste jedoch an dem Coburger Fürstentum sehr gelegen sein, weil sein Besitz ihn aus der Enge des Meininger Landes heraus riss, zum Beherrscher des südlichen Vorlandes des Thüringer Waldes machte und ihm die schöne Residenzstadt Coburg verschaffte. Bereits seit 1696 knüpfte der Meininger Hof unter Ausschaltung der jüngeren Brüder mit Gotha Verhandlungen über die zu erwartende Coburger Erbschaft an. Sie verliefen allerdings im Sand. Kurz vor dem Tod Albrechts einigten sich auf dessen Anregung die Nachkommen Ernst des Frommen im Coburger Vertrag vom 6. April 1699 unter bewusster Ausschließung Herzog Johann Ernsts von Saalfeld dahin, dass bei Eintritt des Erbfalles Bernhard von Meiningen das Coburger Land in Besitz nehmen und zunächst im gemeinschaftlichen Namen verwalten sollte³⁵. Die übrigen Linien mit Ausnahme Saalfelds waren mit Meininger Gebiet zu entschädigen. Obwohl Herzog Johann Ernst gegen diese Abmachung bereits im Sommer 1699 beim Reichshofrat protestierte und auch Hildburghausen vom Vertrag zurück trat, ergriff Bernhard nach dem Tod Albrechts am 6. August 1699 vom Coburger Land ohne Schwierigkeiten Besitz. Die von Hildburghausen und Saalfeld angebrachten Besitzergreifungspatente ließ er kurzer Hand entfernen. Damit war der Anlass zum Coburger Sukzessionsstreit gegeben, der sich zu einem der denkwürdigsten Prozesse entwickelte, die vor den alten Reichsgerichten geführt wurden³⁶.

Zunächst erwirkten die Herzöge von Hildburghausen und Saalfeld einen Vergleich mit Bernhard, der ihnen am 10. November 1699 die Mitherrschaft über das Herzogtum Coburg einräumte, ohne allerdings seine Erfüllung durchsetzen zu können. Im Bunde mit der Gothaer Hauptlinie strebte Bernhard von vornherein danach, seinen Lieblingswunsch, den Besitz des gesamten Coburger Landes zu erhalten, erfüllt zu sehen. Gotha hatte mittlerweile die Römhilder und Eisenberger Ansprüche auf Coburg erworben und auch Hildburghausen für seine Pläne gewonnen. Dem Streben des Gothaer Herzogs Friedrich II., sich an der Werra festzusetzen, kam die Absicht Bernhards auf endgültigen Erwerb des Fürstentums Coburg sehr gelegen. Schon am 18. April 1702 schlossen Gotha und Meiningen einen Umtauschvertrag ab, wonach die Ämter Salzungen, Frauenbreitungen, Wasungen und Sand an Gotha abgetreten werden, Meiningen dagegen alle gothaischen Erbrechte an Coburg erhalten sollte. Im Vertrag vom 23. Juni 1705 befriedigte Meiningen die Hildburghäuser Erbschaftsansprüche mit dem Amt Sonnefeld, jedoch bis zu einem solchen Umfang, als die Hildburghäuser Portion am Coburger Fürstentum betrug. Dadurch entstand die später vielumstrittene "Sonnefelder Übermasse". Herzog Johann Ernst von Saalfeld setzte seinen Widerstand allein fort und erreichte noch vor dem Tod Bernhards einen Reichshofratsbeschluss vom 16. November 1705, wonach weitere Maßnahmen bis zum Eintreffen einer kaiserlichen Kommission abgewartet werden sollten. In der Tat befand sich Herzog Bernhard bei seinem Tod nicht nur im Besitz des gesamten Meininger, sondern auch des Coburger Fürstentums mit Ausnahme des an Hildburghausen abgetretenen Amtes Sonnefeld. Allerdings war der Ausgang der Auseinandersetzung nicht abzusehen, da Herzog Johann Ernst mit Nachdruck auf seinen Forderungen bestand.

³⁵ ThStAMgn GAM 840.

³⁶ Schultes, Cob. Landesgesch. I S. 174-175.

Noch ein anderer Rechtsstreit verdüsterte Bernhards letzte Jahre. Er betraf nicht unmittelbar das Meininger Gebiet, jedoch hennebergisches Land: das gemeinschaftlich von Albertinern und Ernestinern verwaltete Amt Fischberg, das zur Unterhaltung des gemeinschaftlichen Gymnasiums Schleusingen bestimmt war. Das Amt war im 14. Jahrhundert von den Äbten von Fulda wiederkäuflich an die Grafen von Henneberg gegeben worden. Im Jahre 1702 unternahm Abt Adalbert von Fulda einen erneuten Versuch, das Amt wieder einzulösen. Die sächsischen Herzöge verweigerten jedoch die Übergabe. Als nach einem Prozess vor dem Reichshofrat ein kaiserliches Dekret vom 27. November 1704 die Herausgabe anordnete und Sachsen-Naumburg-Weitz seinen Anteil von 5/12 gegen die Ausbezahlung des entsprechenden Anteils an der Kaufsumme Fulda überließ, vertrat Bernhard I. von allen ernestinischen Herzögen am energischsten den wettinischen Widerstand. Er ließ meiningisches Militär in das Amt einrücken. Die daraufhin gegen Meiningen am 27. August 1706 beschlossene Reichsexekution erlebte der Herzog nicht mehr. In der Fischberger Angelegenheit, die 1707 zu Ungunsten der Wettiner ausging, haben bei Bernhard offensichtlich religiöse Motive eine Rolle gespielt. Die befürchtete Rekatholisierung trat aber bald nach dem Übergang des Amtes an Fulda ein.

Aber nicht nur die unerreichten und vielfach hoffnungslosen Wünsche "durchmürbten" die letzten Lebensjahre des Herzogs, bis ihn der Tod am 27. April 1706 erreichte, auch über die Nachfolge vermochte er nicht eindeutige und zweckmäßige Regelungen zu treffen. Bernhard war in erster Ehe mit Marie Hedwig von Hessen-Darmstadt vermählt, die noch vor der Übersiedlung des Hofes in die Werrastadt am 19. April 1680 in Ichtershausen starb. Von den sieben Kindern, die dieser Ehe entsprossen waren, lebten beim Tode des Herzogs nur noch zwei, der 1672 geborene Ernst Ludwig und der 1679 geborene Friedrich Wilhelm. Seine zweite Ehe schloss der Herzog 1681 mit Elisabeth Eleonore, der Tochter des kunstsinnigen Herzogs Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, die ihrer Zeit viel aufgeschlossener gegenüberstand als die bigotte Marie Hedwig. Der zweiten Ehe entstammten fünf Kinder, von denen beim Tod des Herzogs neben drei Töchtern noch ein Sohn, der 1687 geborene Anton Ulrich lebte³⁷. Die später so tief greifende persönliche Verfeindung zwischen Ernst Ludwig und Anton Ulrich trat zwar in der Jugendzeit noch nicht auffällig vor aller Öffentlichkeit auf, keimte aber bereits. Sie wurde wesentlich verschärft durch die verworrene Regierungsnachfolge, die das Testament Bernhards vom 20. September 1688 anordnete³⁸. Sie schloss sich eng an die alten ernestinischen Erbfolgeordnungen des 17. Jahrhunderts an, deren praktische Durchführbarkeit sich aber schon unter Ernst dem Frommen und nach seinem Tod als unmöglich erwiesen hatte. Sie lehnte einerseits das Erstgeburtsrecht, andererseits aber auch die Landesteilung ab und war mehr von den Ansichten eines guten Familienvaters als von den Grundsätzen der Staatsraison geprägt. Das Land sollte von den Söhnen beider Ehen gemeinschaftlich regiert werden, wobei der älteste das Direktorium im Gesamtnamen, jedoch ohne irgendwelche Vorzüge, zu führen hatte. Bei allen wichtigen Entscheidungen sollte dieser aber dem Rat aller Brüder unterworfen sein, wobei nach der Mehrheit der Stimmen zu handeln war.

1.3. Herzog Ernst Ludwig I. 1706 - 1724

Am 27. April 1706 traten die drei Brüder Ernst Ludwig, Friedrich Wilhelm und Anton Ulrich die gemeinschaftliche Regierung über das Meininger Fürstentum an. Anton Ulrich stand noch

³⁷ Archiv I S. 28, danach SVMGL 47 (1904) S. 196-198.

³⁸ Archiv I S. 194-195.

unter der Vormundschaft seines ältesten Stiefbruders Ernst Ludwig. Bildungsgang und Charaktereigenschaften der drei neuen Landesherren waren verschieden genug. Ernst Ludwig wurde am 7. Oktober 1672 auf dem Friedenstein in Gotha geboren. Unter Leitung des Prinzeninstructors Balthasar Christian Baumann, des späteren Salzunger Superintendenten, und des Hofpredigers Johann Adam Krebs des Älteren erfuhr er auf der Grundlage der strengen lutherischen Orthodoxie seine erste Ausbildung. Mit 8 Jahren verlor er seine Mutter, fand aber in seiner Stiefmutter Elisabeth Eleonore eine liebevolle Schützerin. Das innige Verhältnis zwischen der Herzogin und ihrem Stiefsohn wirkte sich nach dem Tode Bernhards auch in politischer Hinsicht aus, als in dem erbitterten Familienstreit Elisabeth Eleonore ganz eindeutig die Partei ihres Schützlings ergriff und wesentlich zur Zurücksetzung ihres eigenen Sohnes Anton Ulrich beitrug. Der gefällige Charme und die Liebe für äußeren Glanz, die schon das Kind beseelte, gewann ihm die Zuneigung der Herzogin, die am prachtliebenden Hof von Wolfenbüttel ihre Jugend verlebt hatte. Schon frühzeitig stellte sich bei Ernst Ludwig aber auch eine tief empfundene und glutvolle Religiosität ein. Sie verlieh schon dem Knaben einen zwiespältigen Charakter, der sich später noch stärker ausbildete. Auf seinen Bildungsgang in späteren Jahren nahm seit 1684 Johann Adam Krebs der Jüngere maßgebenden Einfluss, dessen Religionsauffassung pietistische Elemente in sich trug und der bei dem Prinzen die Seiten des Gemüts zum Klingen brachte. Dicht- und Tonkunst gehörten bis in seine Mannesjahre zu Ernst Ludwigs Lieblingsbeschäftigungen. Zum Unterricht in den Kavalierekünsten wechselten die Hofmeister in rascher Folge. In den Jahren 1685 und 1686 besuchte der Prinz die Ritterakademie zu Wolfenbüttel, der Residenz seines Stiefgroßvaters. Der Abschluss seiner wissenschaftlichen Ausbildung stand unter der Leitung des Justizrates Dr. Hoßfeld, der sie auf der Grundlage des Römischen Rechts und des Völkerrechts Hugo Grotius' betrieb. Ohne eine eigentliche Kavalierereise zu unternehmen, begann Ernst Ludwig mit 17 Jahren seine militärische Laufbahn im Mai 1689 vor der Festung Mainz. Seitdem stand er fast ununterbrochen 17 Jahre lang als Offizier der Reichsarmee im Feld gegen Frankreich. Mit 19 Jahren bereits 1691 zum Oberstleutnant befördert und im folgenden Jahr zum Oberst ernannt, kämpfte er als Kommandeur von Kavallerie- und Infanterieeinheiten in Flandern, am Oberrhein, 1692 in der Schlacht von Steenkerken, dann später wieder im Elsass. Im Jahre 1697 wurde er zum kurpfälzischen Generalmajor, 1701 zum kaiserlichen Feldmarschalleutnant und kurpfälzischen Generalleutnant, 1703 zum Reichsgeneralfeldmarschall-Leutnant, schließlich 1704 zum kaiserlichen Oberfeldzeugmeister und kurpfälzischen Generalfeldzeugmeister ernannt. Noch im Frühjahr 1705 sollte er ein kaiserliches Kommando an der Mosel übernehmen.

Wir werden später noch den in vielen Farben geschilderten Charakter Ernst Ludwigs näher kennen lernen. In ihm mischten sich die Eigenschaften eines feinfühlenden Menschen mit denen eines rücksichtslosen Tyrannen in seltsamer Weise. Sein Bruder Friedrich Wilhelm war das Gegenteil. Mit ihm stieg die ernestinische Linie des wettinischen Hauses zu einer bedenklichen Dekadenz hinab. Ihm fehlte nicht nur jeder geistige Schwung, er war auch eines selbständigen Denkens und Wollens nicht fähig. Friedrich Wilhelm war am 16. Februar 1679 in Ichtershausen geboren. Trotz der sorgfältigen Erziehung, die ihm sein Vater angedeihen ließ, blieb der Knabe und Jüngling arm an Kenntnissen und Willen. Er wurde der Spott seiner Geschwister. Auch im Mannesalter fehlte ihm die Kraft, diese außerordentlichen Mängel seines Gesamtcharakters auch nur einigermaßen auszugleichen. So blieb er zeitlebens ein Spielball in den Händen seiner Umgebung, zuerst seines Bruders Ernst Ludwig, dann der gothaischen Partei am Meininger Hof. Politische und geistige Interessen kannte er kaum. Er beschäftigte sich mit Dingen, die oft in Kindereien ausarteten.

In Anton Ulrich, dem Stiefbruder der beiden neuen Herzöge, lebte der Schwung und die menschliche Großzügigkeit seines Großvaters, des gleichnamigen Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel, fort. Bei aller weltmännischen Geschmeidigkeit und großen wissenschaftlichen Interessen zeichnete sich Anton Ulrich durch eine Festigkeit des politischen Willens aus, die sich oft zum Starrsinn steigern konnte. Vor allem war er von Jugend auf an geistige Selbständigkeit gewöhnt und deshalb ein angesagter Feind der Bevormundung durch seinen Bruder Ernst Ludwig. Kühn setzte er sich über manche Standesvorurteile seiner Zeit hinweg. Anton Ulrich wurde am 22. Oktober 1687 in Meiningen geboren. Seine ersten Lehrer waren seit 1702 Johann Ernst Reinwald, der spätere Amtmann von Wasungen, und Verpoorten, der bald Professor am Coburger Gymnasium wurde, wohin ihn Anton Ulrich begleitete. Entscheidenden und günstigen Einfluss auf seine Charakterbildung gewann sein Erzieher Johann Anton Kroll von Freyhen, der die Eigenschaften eines Hofmannes mit denen eines charakterfesten und unbestechlichen Menschen vereinte. Mit 18 Jahren begann Anton Ulrich die damals zu einer ordentlichen Ausbildung der adligen Jugend gehörige Kavaliersreise, die ihn nach Frankreich, England, Italien und der Schweiz führte. In Rom erwachte seine später so verschwenderische Liebe zu Kunst und Wissenschaft, der er bis zu seinem Tode treu blieb³⁹. So weilte der jüngste und geistvollste der drei ungleichen Herzöge bis zum Frühjahr 1708 außerhalb des Landes und trat bald nach seiner Rückkehr nach Meiningen in pfälzische Kriegsdienste, die ihn mit wenigen Unterbrechungen lange Jahre auf dem westlichen Kriegsschauplatz des Spanischen Erbfolgekrieges festhielten. Ernst Ludwig musste im Testament seines Vaters ein Hindernis für seine Pläne sehen, die Regentschaft in dem kleinen Fürstentum allein auszuüben. Es lag im Wesen dieses ganz vom Geist des fürstlichen Absolutismus geprägten Mannes, eine Nebenregierung der Brüder nicht zu dulden. Die Zeit unmittelbar nach dem Tod seines Vaters war günstig genug, diese Absichten in die Tat umzusetzen. Bei dem willenslosen Friedrich Wilhelm war ernsthafter Widerstand nicht zu erwarten. Der noch unmündige Anton Ulrich weilte außer Landes. In dem Geheimen Ratsdirektor Johann Christoph von Wolzogen, den er als leitenden Beamten seines Vaters übernahm, fand er einen tatkräftigen und energischen Verfechter seiner Interessen. Am 28. August 1706 bestellte er ihn zum "Premier Ministre"⁴⁰ und damit zu seinem maßgebenden Berater. Schon vorher, am 15. Juli 1706, nur wenige Wochen nach dem Tod seines Vaters, hatte er seine Brüder zum Abschluss eines Rezesses veranlasst, der das Testament Bernhards I. in verschiedenen Punkten aufhob. Ernst Ludwig wurde die Führung der Regierung allein überlassen und von den jüngeren Brüdern die Versicherung gegeben, "die ihm obliegende Last nicht durch ungebührliche Eingriffe in die Regierung zu vergrößern und zu erschweren"⁴¹. Ernst Ludwig wurden der Titel "Regierender Herzog" zugestanden und aus der gemeinschaftlichen Kammer für die Unterhaltung der fürstlichen Tafel jährlich 8000 Reichstaler, für jeden Hofbediensteten aber noch weitere 50 Reichstaler gewährt. Auch sollte ihm neben dem jeden der drei Brüder zugestandenen Deputat von 2000 Reichstalern aus der Kammerkasse noch weitere 2000 Reichstaler wegen seiner Regententätigkeit zufließen. Der Rezess sah weiter vor, dass auch fernerhin die Landesregentschaft im gemeinsamen Namen geführt und Untertanen und Beamte auf alle Brüder verpflichtet werden sollten. Die beiden jüngeren Brüder, von denen Anton Ulrich erst nach Erlangung der Volljährigkeit unter dem 22. März 1709 diesen Abmachungen persönlich beitrug, hatten damit auf manche Vorteile des väterlichen Testaments verzichtet. Ihre Stellung war jedoch bei Behandlung wichtiger Landesangelegenheiten noch unerschüttert. Ernst Ludwig ging aber bei der Ausübung der ihm übertragenen Regententätigkeit schon bald daran, unter Umgehung der jüngeren Brüder eigenmächtig über die Kammereinnahmen zu

³⁹ Archiv II S. 210-220.

⁴⁰ ThStAMgn GAM XXVII 5/28.

⁴¹ Archiv I S. 197.

verfügen, den Einfluss Friedrich Wilhelms und Anton Ulrichs auf die Kammerangelegenheiten völlig auszuschalten und eigene "Partikulardiener" in Bestallung zu nehmen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass das väterliche Testament den Grundsätzen einer vernünftigen Staatsführung in einem so kleinen Lande Hohn sprach und die Bestrebungen Ernst Ludwigs durchaus verständlich waren. Zu verwerfen sind allerdings die Mittel, mit denen der Herzog sein Ziel zu erreichen versuchte. Sie enthüllen recht unangenehme Seiten seines sonst schon recht uneinheitlichen Charakters und brachten den zartliebenden Gatten und Vater, den musischen und tief religiösen Fürsten in den Ruf eines gehässigen Intriganten und brutalen Machtmenschen. Besonders auf finanziellem Gebiet arbeitete Ernst Ludwig mit Verschleierungen und Fälschungen, wenn es galt, seine Brüder zu täuschen. Die Forderungen des zu geistiger Selbständigkeit herangewachsenen Anton Ulrich nach Aufklärung über finanzielle Zusammenhänge beantworteten der Herzog und die von ihm völlig abhängige Beamtenschaft mit Demütigungen, die von Gehässigkeit und kleinlicher Schadenfreude diktiert waren. So wurde schon in den ersten Jahren der Regierung Ernst Ludwigs das Familienleben im Herzogshaus von Hass, Neid und Streitsucht vergiftet.

Auf außenpolitischem Gebiet war das erste Jahr der Regierung Ernst Ludwigs von den unerfreulichen Ereignissen überschattet, die schon die letzten Jahre seines Vaters nicht ohne dessen Schuld verdüstert hatten. Der Fischberger Streit endete im Herbst 1706 mit einem vollständigen Misserfolg des Meininger Herzogshauses. Am 30. Oktober 1706 musste das Amt förmlich an die Abtei Fulda abgetreten werden. Ernst Ludwig hatte schließlich noch zusehen müssen, wie das Hochstift den Löwenanteil des Rückkaufgeldes auf seine durch die verzögerte Herausgabe aufgewandten Kosten anrechnete. Über die einzige Zusicherung der Abtei, die Ernst Ludwig erreichen konnte und die in der Gewährung freier Religionsausübung der Lutheraner bestand, setzten sich die Fuldaer Äbte später vielfach hinweg⁴². Noch im Jahre 1722 musste Ernst Ludwig einen neuen Versuch der Abtei abwehren, sich auch das ehemals besessene Amt Salzungen wieder einzuverleiben und vom Meininger Fürstentum abzutrennen⁴³. Der Prozessgang vor dem Reichshofrat stand für ihn nicht günstig und nur das Dazwischentreten des Reichstages verhinderte einen weiteren empfindlichen Verlust. Manche unter seiner Regierung entstandenen Streitigkeiten haben Ernst Ludwig überlebt, sei es der Kampf mit Sachsen-Eisenach um Farnbach oder die mit der reichsritterschaftlichen Familie Marschalk von Ostheim begonnenen Auseinandersetzungen⁴⁴.

Auch im Landesinneren konnte sich Ernst Ludwig nur schwer gegen die Kräfte der Reichsritterschaft behaupten. Er setzte ihr gegenüber die nachgiebige Politik seines Vaters fort, die wenig zu seinem sonst auf materielle Vorteile bedachten Wesen passten. Aber es waren auch hier augenblickliche Gewinne, die ihn zu kurzsichtigen Verträgen veranlassten. Im Jahre 1708 überließ er an Georg Friedrich von Auerochs die niedere Gerichtsbarkeit in Oepfershausen, am 27. Mai 1710 verkaufte er an Friedrich Albrecht von Fischern das Gericht Liebenstein mit fast allen weltlichen und kirchlichen Rechten, am 11. August 1710 überließ er den reichsritterschaftlichen Ganerben zu Roßdorf Kirchenherrschaft und hohe Gerichtsbarkeit über den Marktflecken⁴⁵. Am selben Tage verkaufte er an Johann Leopold von Geyso den Kehlbachshof. Am 6. März 1710 gab er Erbzinsen und Niedergerichtsbarkeit zu Haselbach bei Hermannsfeld an seinen Hofprediger Johann Adam Krebs. So durchlöchernte

⁴² ThStAMgn GAM 282, 466-473, 477, Archiv I S. 242.

⁴³ ThStAMgn GAM 352-366.

⁴⁴ Archiv I S. 246.

⁴⁵ Archiv I S. 248-250.

der Herzog zur vorübergehenden Auffüllung seiner durch einen übermäßigen Hofstaat geleerten Kassen die landesherrlichen Hoheitsrechte und schwächte die herzogliche Grundherrschaft. Diese Verkäufe haben die ins Wanken geratene Finanzlage des Fürstentums nicht festigen können, aber Ernst Ludwigs Nachfolger Aufgaben der Rückerwerbung gestellt, die diese oft erst nach mehr als einem Jahrhundert erfüllen konnten.

Das Hauptproblem seiner Außenpolitik sah Ernst Ludwig in der glücklichen Beendigung der Coburger Erbschaftsangelegenheit. Die von seinem Vater eingeleiteten Maßnahmen zur endgültigen Gewinnung des Coburger Fürstentums verfocht er leidenschaftlich und mit zunehmender Erbitterung gegen seine Vettern. Dieser Erbschaftsstreit wurde die Last seines Lebens. Sie war die Quelle großer, immer wieder zu neuer Kraftanstrengung verführender Hoffnungen, aber auch herber Enttäuschungen, die am Lebensmark des Herzogs zehrten.

Die Coburger Erbschaftsangelegenheit kam in den ersten Jahren Ernst Ludwigs keinen Schritt voran. Sie wurde durch das Aussterben der Linien Eisenberg 1707 und Römhild 1710 noch verwirrt. Die Römhilder und Eisenberger Ansprüche auf Coburg waren zwar 1700 und 1702 an Gotha abgetreten und in den Tauschvertrag mit Meiningen vom 10. April 1702 eingeworfen worden. Der Reichshofrat erklärte aber alle diese Abmachungen für ungültig und zog die Anteile zur Gesamterbmasse. Der Streit erstreckte sich jetzt über die drei Fürstentümer und nahm als "Coburg-Römhild-Eisenbergischer Sukzessionsstreit" seinen langwierigen Prozessgang vor dem Reichshofrat. Ernst Ludwig konnte sich dabei glücklich schätzen, dass er dank des schnellen Vorgehens seines Vaters im Jahre 1699 noch im Besitz des Coburger Fürstentums einschließlich der Residenzstadt war. Freilich war die Landesregierung im gemeinschaftlichen Namen aller Linien des gothaischen Gesamthauses auszuüben. Eine Verbindung mit dem Meininger Fürstentum kam somit zunächst nicht in Frage. Der Herzog hatte sich zur Landesverwaltung der noch aus der Zeit Johann Casimirs bestehenden Coburger Landeskollegien zu bedienen. Ernst Ludwig weilte aber mit Vorliebe in der schönen Residenzstadt an der Itz, die ihn aus der Enge Meiningens befreite. Die dortige Beamtenschaft musste ihn unter diesen Umständen als ihren eigenen Herren ansehen. Andererseits beeinflussten aber die leitenden Staatsmänner in Coburg, etwa der Kanzler Dr. Johann Burkhard Rössler, mit ihren Ansichten und Auffassungen das politische Handeln des Herzogs stark. Die Entwicklung führte zeitweise zu einer Beurteilung der Meininger Verhältnisse aus der Coburger Sicht und gar zu einer Abkehr Ernst Ludwigs von der Werrastadt.

Der Herzog hatte im Laufe des Sukzessionsstreites mit Vorliebe militärische Mittel eingesetzt, ohne die Ergebnisse langwieriger Verhandlungen vor dem Reichshofrat abzuwarten. Die Grundlage für ein militärisches Einschreiten bot ein schon bald nach seinem Regierungsantritt mit der Kurpfalz abgeschlossenes Militärabkommen⁴⁶. Allerdings führten diese militärischen Aktionen trotz vorübergehender Vorteile letztlich nie eine günstige Wendung der Erbschaftsangelegenheit herbei. Schließlich musste der Herzog immer wieder vor drohenden Reichsexekutionen zurückweichen. Die militärische Aktion gegen Römhild im Januar 1711 endete mit einem völligen Fehlschlag. Die Reichshofratssentenz, die endlich am 20. April 1714 erlassen wurde, erfüllte die Meininger Wünsche in keiner Weise. Die Saalfelder Ansprüche auf das Fürstentum Coburg wurden voll anerkannt. Meiningen erhielt von Amt Römhild nur zwei Drittel, der Rest fiel an Sachsen-Saalfeld. Da den Saalfelder Herzögen im Teilungsrezess von 1680 eine volle Landeshoheit nicht zugestanden war, verblieb sie im Römhilder Anteil zunächst bei Gotha, bis sie am 6. November 1717 erworben

⁴⁶

Archiv I S. 243.

wurde. Sie konnte bei den ständigen Meininger Gegenprotesten allerdings erst 1723 in Besitz genommen werden. In der Coburger Erbschaft verschlechterten sich die Meininger Aussichten noch mehr, als am 15. Mai 1720 Gotha-Altenburg seine Ansprüche auf das Fürstentum Coburg an die Saalfelder Herzogslinie abtrat und diese dadurch befähigt wurde, den Löwenanteil samt der Residenzstadt an der Itz zu beanspruchen⁴⁷.

In der Coburger Erbschaftsangelegenheit blieb Herzog Ernst Ludwig zunächst bestrebt, den Hauptteil des Fürstentums, vor allem die Residenzstadt, seinem Haus zu erhalten. Indes hatte der Reichshofrat 1714 die für Meiningen vorteilhaften, unter Hintergehung Saalfelds abgeschlossenen Verträge von 1699 und 1702 aufgehoben. Ernst Ludwig legte hiergegen beim Reichshofrat Berufung ein und beschwor einen über Jahrzehnte andauernden Revisionsprozess herauf. Unterdessen waren aber die an der Erbschaft beteiligten vier Linien Gotha, Meiningen, Hildburghausen und Saalfeld damit beschäftigt, auf der Grundlage der Portionsanschlüsse von 1572 die Landesteilung vorzubereiten. Die Arbeit konnte 1720 beendet werden. Aus dem Fürstentum Coburg erhielt danach Meiningen die Ämter Sonneberg und Neuhaus sowie die sogenannte "Sonnefelder Übermasse", einen Portionsbetrag von 736 fl für die durch die Abtretung des Amtes Sonnefeld 1705 zuviel an Hildburghausen gekommene Erbrate. Das Amt Coburg mit den Gerichten Rodach, Neustadt, Lauter und Gestungshausen wurde Meiningens Hauptgegner, den Herzögen von Saalfeld, zugesprochen. Diese Festlegungen wurden aber nicht vollzogen, weil der Revisionsantrag Ernst Ludwigs gegen die Reichshofratssentenz vom 20. April 1714 noch unentschieden war.

Ernst Ludwig strebte trotz der ungünstigen Reichshofratssentenz von 1714 danach, seine Coburger Stellung weiter auszubauen. Die Geldnot Herzog Ernst Friedrichs I. von Hildburghausen bot ihm dazu günstige Gelegenheit. Im Jahre 1723 verhandelte er mit Hildburghausen, um die Erwerbung der hildburghäusischen Ämter Sonnefeld und Schalkau gegen Abtretung des meiningischen Anteils an Römhild und einiger südlicher Dörfer des Amtes Maßfeld zu erreichen. Tatsächlich gelang es ihm am 9. Juli 1723, Ernst Friedrich zu einem Vertrag zu bewegen, wonach er das Amt Schalkau gegen die Dörfer Queienfeld, Berkach, Rentwertshausen, Schwickershausen und eine Geldsumme abtrat⁴⁸. Am 9. Oktober 1723 übernahm Meiningen das Amt Schalkau, das seit 1680 zum Fürstentum Hildburghausen gehört hatte. Nach dem Tod Ernst Ludwigs am 7. März 1724 versuchte aber dessen Witwe Sophie Albertine den Tausch wieder rückgängig zu machen und fand die Unterstützung Herzog Johann Ernsts von Saalfeld, der dem Ausbau der Meininger Stellung im Coburger Land misstrauisch gegenüber stehen musste. Da die Meininger Landesherrschaft diese Forderung im Sommer 1724 abwies, besetzte am Morgen des 11. Juli 1724 hildburghäusische Landmiliz Stadt und Amt Schalkau, konnte aber kaum einen Meininger Beamten und Untertan zur Ablegung der Huldigungspflicht bewegen. Schon am 14. Juli warfen meiningische Truppenteile die feindliche Landmiliz wieder aus Schalkau und konnten den Meininger Besitz sichern. Obwohl Hildburghausen vom Reichshofrat zur Tragung der Militärkosten verurteilt wurde, hielt es seinen Einspruch gegen die Gültigkeit des Tauschvertrages vom 9. Juni 1723 weiterhin aufrecht.

Noch vor dem Tode des Herzogs erfolgte am entgegen gesetzten Ende des Fürstentums ein lang erwarteter Gebietsanfall. Am 22. Juli 1722 starb in hohem Greisenalter der bedeutendste Meininger Lehensträger Erhard Friedrich Hund von Wenkheim als der letzte seines Geschlechtes, das seit 1492 auf dem Altenstein gesessen hatte. Das von ihm zu Lehen

⁴⁷ Schultes, Cob. Landesgesch. I S. 180.

⁴⁸ Akten: ThStAMgn GAH 235, GAM 447, 511, Willy Greiner, Der Schalkauer Kirschkrieg im Jahre 1724 Jb 1941 S. 42-63.

getragene Gericht Altenstein mit den Orten Altenstein, Schweina, Steinbach, Gumpelstadt, Waldfisch und Profisch fiel samt Hochgerichtsbarkeit und Kirchenherrschaft an die Meininger Lehnsherren zurück⁴⁹. Es wurde nicht mehr als Ritterlehen aufgegeben, sondern als landesherrliches Amt verwaltet und den Meininger Zentralbehörden unterstellt. So waren in den letzten Jahren der Regierung Ernst Ludwigs I. mit dem Erwerb von Schalkau und Altenstein doch noch dauerhafte Erfolge eingetreten. Um die Coburger Wünsche des Meininger Herzogs war es allerdings schlecht bestellt. Der 1714 angestrenzte Revisionsprozess ging seinem Ende entgegen und ließ nichts Verheißungsvolles erwarten. Das die Klage Meiningens abweisende Schlussurteil vom 11. Mai 1725 hat Ernst Ludwig I. nicht mehr erlebt⁵⁰.

Während unter der Regierung Bernhards I. die Meininger Verwaltung trotz alles höfischen Glanzes, der besonders im letzten Jahrzehnt deutlich in Erscheinung trat, noch vom patrimonialen Geist Ernst des Frommen geprägt war, setzte sich unter der Regierung seines Sohnes die absolutistische Staatsauffassung in Meiningen mit ihrer starken Heraushebung der Person des Herzogs vollends durch. Die Charakterveranlagung des Herzogs kam diesem Zug der Zeit sehr entgegen. Ernst Ludwig wurde der herausragendste Vertreter des kirchlich-dogmatisch gebundenen Absolutismus in der Meininger Elisabethenburg. Freilich hat Ernst Ludwig niemals an eine Ausschaltung der Landstände gedacht. Er machte sie aber seinen Bestrebungen dienstbar, so dass sie ihm kaum hinderlich waren.

Die absolutistische Regierungsform hatte eine Umgestaltung in der Verwaltung des Fürstentums zur Folge. Ihre Anfänge wurden schon in den ersten Monaten der Regierung Ernst Ludwigs spürbar. Der Herzog zog sich ganz aus der Arbeit in dem Landeskollegium zurück, an der noch Bernhard I. in weitem Umfang teilgenommen hatte. Er bildete einen engeren Ratgeberkreis um sich. So entstand in Meiningen im Spätsommer 1706 anstelle des einen "Geheimes Ratsdirektors und Präsidenten aller Landeskollegien" das "Geheime Ratskollegium" als oberstes Beratungsorgan des Herzogs⁵¹. Es erhielt durch seine Bindung an den Landesherrn von selbst Weisungsbefugnisse gegenüber dem Landeskollegium. Das Geheime Ratskollegium bestand zunächst aus drei Personen, den Inhabern der höchsten Staats- und Hofämter. Die beherrschende Persönlichkeit blieb auch weiterhin der Geheime Ratsdirektor von Wolzogen, ein Mann, der ganz vom Geist des fürstlichen Absolutismus durchdrungen war. Er bekleidete bis 1734 diese leitende Staatsstellung. Als ein noch rücksichtsloserer Verfechter absolutistischer Grundsätze erscheint uns aber der Oberhofmarschall von Koppenstein, den Ernst Ludwig aus der Pfalz nach Meiningen mitgebracht hatte. Er gewann neben seinem wichtigen Hofamt entscheidenden Einfluss auf die Kammerfinanzen. Der fürstliche Absolutismus Ernst Ludwigs I. ist in Meiningen ohne diesen beiden Männer und ihre Tätigkeit im Geheimen Ratskollegium undenkbar. Sie gaben zusammen mit dem Herzog der neuen Behörde die überragende Bedeutung im gesamten Staatswesen.

Das Geheime Ratskollegium als oberster Beratungskreis des Landesherrn war allerdings in den ernestinischen Herzogtümern schon bekannt. Die Anfänge fallen bereits in die Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg, als sich der fürstliche Absolutismus eben anzudeuten begann. In Kursachsen finden wir seit 1574 ein Geheimes Ratskollegium. In den ernestinischen

⁴⁹ SVMGL 47 (1904) S. 206.

⁵⁰ Schultes, Cob. Landesgesch. I S. 182.

⁵¹ Der Titel "Geheimer Rat" tritt in Altenburg erstmals 1626, im Weimar 1658 auf, Kuhn in Mitteilungen der Geschichtsforschenden Gesell. Osterland 14. S. 293 und Mentz S. 51, in Meiningen 1688. Doch darf keinesfalls das Erscheinen dieses Titels mit der Gründung des Geheimen Ratskollegiums gleichgesetzt werden.

Herzogtümern begegnen wir dieser Einrichtung zuerst in Coburg, wo bereits unter Johann Casimir (1574 - 1633) ein Geheimes Ratskollegium bestand. Auch die ältere Altenburger Linie übernahm diese Neuerung auf dem Gebiet der Verwaltungsorganisation. Doch ist wahrscheinlich, dass Altenburg erst nach Erwerb des Coburger Gebiets ein Geheimes Ratskollegium einrichtete⁵². Im Zuge der Neuordnung und Verbesserung der Verwaltung im Staat Ernst des Frommen wurde endlich auch 1651 auf dem Friedenstein ein Geheimes Ratskollegium eingerichtet, das sich aus den Kollegialvorsitzenden zusammensetzte⁵³. Das Gothaer Geheime Ratskollegium wurde auch nach dem Tod Ernst des Frommen als oberstes Beratungsorgan des Landesherrn und den Landeskollegien übergeordnete Behörde beibehalten. Im Jahre 1675 wurde seine Zuständigkeit auf Altenburg und Coburg ausgedehnt. So waren in den Nachfolgeländern des Staates Ernst des Frommen die Geheimen Ratskollegien keine unbekannten Einrichtungen und bildeten sich überall schon recht früh. In Gotha blieb die Behörde ohne Unterbrechung bestehen, in Coburg wurde sie unter Herzog Albrecht (1680-1699) neu gebildet. Auch im kleinen Hildburghausen ist das Geheime Ratskollegium schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachweisbar. Im Gegensatz hierzu hat jedoch die Weimarer Herzogslinie das Geheime Ratskollegium erst verhältnismäßig spät einführen können. Bereits 1672 bis 1683 bestand hier zwar ebenfalls eine "Geheime Ratsstube", ging aber bald ein. Im Jahre 1702 wurde dann ein zweiter Versuch unternommen, nach der in Gotha angewandten Art ein Geheimes Ratskollegium zu errichten. Es ging aber schon 1710 wieder ein. Herzog Ernst August rief 1741 ein Geheimes Konsilium zusammen, das sich aber schon 1743 wieder auflöste. Es ist bezeichnend genug, dass es erst einer Coburger Obervormundschaft bedurfte, bis 1749 in Weimar ein Geheimes Obervormundschaftskollegium nach Art des Geheimen Ratskollegiums errichtet wurde. Es war der unmittelbare Vorgänger des 1756 gegründeten Weimarer Geheimen Consiliums, das 1815 in Staatsministerium umbenannt wurde⁵⁴. Die Errichtung des Geheimen Ratskollegiums hatte auch die Bildung der Geheimen Kanzlei zur Folge. Ein Geheimer Sekretär war zwar schon seit 1684 in der allgemeinen Kanzlei beschäftigt, im Jahre 1706 trat aber eine schärfere Trennung ein. Durch die Errichtung des Geheimen Ratskollegiums war 1706 bereits eine wichtige Instanz zwischen Herzog und Landeskollegium eingefügt worden. Der Herzog zog sich nun ganz von der Teilnahme an den Sitzungen der Landeskollegien zurück und gab ihnen nur noch aus dem Geheimen Ratskollegium Anweisung. Noch unter Ernst Ludwigs Regierung machte sich dann aber seit etwa 1712 das Bestreben bemerkbar, eine für den fürstlichen Absolutismus noch typischere Regierungsform anzuwenden. Der Landesherr zog sich auch aus dem Geheimen Ratskollegium in das Kabinett zurück. Einige Bestellungen aus dieser Zeit, verschiedene Aktenstücke und das auf uns gekommene Fragment einer Kanzleiordnung von 1741 weisen darauf hin, dass der Herzog zeitweise nicht mehr aus dem Geheimen Ratskollegium, sondern aus dem Kabinett regierte. Er fällte seine Entscheidungen jetzt ganz allein und ließ sie durch einen Kabinettssekretär dem Geheimen Ratskollegium eröffnen. In Meiningen sind seit 1709 solche Kabinettssekretäre nachweisbar. Dieses Regierungssystem hatte sich bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Kursachsen durchgesetzt⁵⁵.

Auch die Landeskollegien wurden unter der Regierung Ernst Ludwigs weiter ausgebaut. Die wichtigste Neuerung war ohne Zweifel die 1716 erfolgte Errichtung der Kriegskommission, die wohl von Anfang an als eine von den drei Landeskollegien unabhängige Immediatkommission gedacht war. Sie stieg aber erst nach einigen Jahrzehnten in harten

⁵² Kuhn in: Mitt. der Gesch. Gesell. Osterland 14 S. 294.

⁵³ Beck I S. 330, Facius S. 28.

⁵⁴ Hartung S. 272.

⁵⁵ Durichen in: "Neues Archiv für Sächsische Geschichte" 51 (1929) S. 8.

Auseinandersetzungen mit der Regierung zu einer solchen Stellung empor. Die Anfänge der Kriegskommission in Meiningen können mangels Quellen nicht ganz geklärt werden. Sie geht wahrscheinlich noch bis in die letzten Jahre Bernhards I. zurück. Bereits die Kriegsartikel, die Bernhard I. kurz vor seinem Tode veröffentlichen ließ, sprechen von einer "Kriegskommission". Am 28. August 1706 beurkundete dann Ernst Ludwig, dass er Johann Christoph von Wolzogen in seiner schon unter seinem Vater innegehabten Stellung als Präsident der Kriegskommission übernehmen wolle. Aber erst unter der Regierung Ernst Ludwigs wurde 1716 die Kriegskommission wirklich und als vollberechtigtes Landeskollegium mit einer besonderen Kanzlei "etabliert"⁵⁶. Meiningen folgte auch hier dem Beispiel der größeren wettinischen Länder, die seit dem Ende des 17. Jahrhunderts für die Verwaltung des Militärwesens eigene, dem Geheimen Rat unmittelbar unterstellte Behörden geschaffen hatte. In Kursachsen wurde 1684 der "Geheime Kriegsrat" gegründet⁵⁷. In Gotha, das sich erst nach dem Tod Ernst des Frommen militärischen Interessen mit Entschiedenheit zuwandte, wurde 1691 ein Kriegskollegium errichtet⁵⁸. Weimar gründete erst 1726 ein Kriegskollegium. Es ging aber bald wieder ein und wurde 1756 neu errichtet⁵⁹. Die Meininger Kriegskommission bestand ursprünglich aus drei Mitgliedern. Die später immer wieder auftretenden Ansprüche der Regierung auf Unterordnung der Kriegskommission unter ihre Zuständigkeit wurde 1735 endgültig zurückgewiesen und damit die Unabhängigkeit der obersten Militärbehörde ausdrücklich anerkannt⁶⁰.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass in den ersten Jahren Ernst Ludwigs I. ein personeller Ausbau auch in den bestehenden Landeskollegien, besonders der Regierung und Kammer und ihrer Kanzleien, erfolgte. Seit seiner Regierung verfügte jedes Landeskollegium über seine eigene Kanzlei. In der Kammer setzte sich das Kollegialsystem voll durch, nachdem schon in den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts Ansätze hierzu feststellbar waren. Darüber hinaus entstand aber in diesen Jahren im Rahmen der bestehenden Zentralbehörden eine Reihe von Sonderbehörden. Leider sind gerade in den behördengeschichtlich wichtigen Jahren nach 1706 die Kammerrechnungen sehr unordentlich geführt. In der Kammerrechnung von 1709/10 treten plötzlich eine ganze Anzahl neuer Dienststellen im Bereich der meiningischen Hof- und Finanzverwaltung auf. Es werden jetzt der Hofjäger, Hoffischer, der Küchenmeister, Küchenschreiber und Kellerschreiber als Verwalter der für die Versorgung des Hofes wichtigen Dienste genannt. Im Bereich der Kammer treffen wir auf die Anfänge einer selbständigen Revisionsstelle. Ihre Aufgaben gehörten ursprünglich zur Zuständigkeit des Rentmeisters. Allerdings war es bei der Kleinheit des Landes nicht möglich, ein besonderes Landeskollegium für die Rechnungsprüfung zu schaffen, wie es 1707 durch die Errichtung des Oberrechnungskollegiums in Kursachsen geschehen war⁶¹.

Auch in dem bedeutend größeren Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg kam es trotz mehrfacher Ansätze nicht zur Ausbildung eines selbständigen Rechnungshofes⁶². Die Meininger Kammer begnügte sich mit der Einstellung eines "Rechnungsexaminators bei der Renterei" und legte damit den Grund für die spätere Rechnungskommission, die sich aber erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickeln konnte. Die Rechnungskommission blieb zunächst der Kammer unterstellt, wurde aber 1826 dem Geheimen Ministerium

⁵⁶ ThStAMgn GAM XXIV 1.

⁵⁷ Durichen a.a.O. S. 71.

⁵⁸ Facius S. 40.

⁵⁹ Mentz S. 65, 75.

⁶⁰ ThStAMgn GAM XXXIV 1, Protokoll vom 22. Januar 1735.

⁶¹ Durichen a.a.O. S. 93.

⁶² Facius S. 49.

unmittelbar untergeben. Erst 1829 konnte sie im vergrößerten Herzogtum als "Rechnungskammer" zur Bedeutung eines selbständigen Landeskollégiums aufsteigen. Seit 1709 begegnen wir weiterhin Kammerkommissaren bei der Renterei, deren Aufgabe allerdings unklar ist. Die Anfänge des Meininger Geleitsamtes gehen bis in die letzten Jahre Bernhards zurück. Im Bereich der Kammer entstand um 1709 auch die Zentralfruchtbodenverwaltung mit dem Kornschreiber an der Spitze. Das Bauamt, dessen undeutliche Anfänge bis in die Zeit Bernhards I. zurückgehen, wuchs in diesen Jahren aus seiner begrenzten Bedeutung als Hofbehörde zur obersten technischen Stelle des Domänenbauwesens.

Im Bereich der Regierungsaufgaben wurde 1715 der Versuch unternommen, zur Förderung wirtschaftlicher Probleme, besonders der Residenzstadt, eine Polizeikommission einzusetzen. Ihre Stellung ist zwar nicht ganz klar, doch dürfte sie wohl der einer Immediatkommission nahegekommen sein. Sie wurde allerdings schon 1718 wieder aufgelöst. Auch der Ausbildung der Forstbehörden wurde jetzt mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Es bestanden im Meininger Fürstentum vorerst nur Revierforste, die den Ämtern unterstellt waren. Seit 1695 begegnet uns in Frauenbreitungen ein besonderer Forstmeister für die dortigen ergiebigen Wälder. Aber immerhin blieb die Forstmeisterorganisation noch sehr locker und war keineswegs durchgebildet. Ernst Ludwig I. ernannte 1711 erstmals einen obersten Jagd- und Forstbeamten des Fürstentums Meiningen, den Oberjägermeister von Nimptsch, dem ein Jagdsekretär beigegeben wurde. Seine Stellung zur Kammer als oberste Finanz- und Vermögensbehörde des Herzogs blieb umstritten und bildete bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die Quelle ständiger Reibereien. Die Durchbildung der Forstorganisation auf der mittleren Ebene konnte sich endgültig erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durchsetzen. Auf die Betrachtung der Coburger Zentralverwaltung unter der Regentschaft Ernst Ludwigs muss hier verzichtet werden, weil das Coburger Fürstentum unabhängig von Meiningen verwaltet und eine behördenorganisatorische Verschmelzung des Meininger Anteils am Coburger Land mit dem Meininger Stammland erst nach 1735 eingeleitet werden konnte.

Durch die Erwerbungen der Jahre 1722 und 1723 hatte sich die Zahl der unteren Verwaltungsbehörden um die Ämter Altenstein und Schalkau vermehrt. In Schalkau mussten jedoch wesentliche Hoheitsrechte mit den Herren von Schaumberg geteilt werden, die durch Jahrhunderte aus ihren alten Stammesbesitzungen die halbe Zent Schalkau und eine Vielzahl grundherrschaftlicher Besitzungen in diesem Gebiet behaupten konnten. Innerhalb der Ämter machte sich seit Beginn des 18. Jahrhunderts immer deutlicher ein Streben nach Verselbständigung der Finanzverwaltung bemerkbar⁶³. Die großen Ämter Maßfeld, Meiningen und Wasungen-Sand hatten neben dem Amtmann bereits seit dem 17. Jahrhundert für die Finanzverwaltung besondere Amtsvögte. In Frauenbreitungen erscheint erstmals 1721 ein Amtsvogt. In Altenstein wurde ein Amtskastner bereits bei Errichtung der landesherrlichen Amtsverwaltung 1723 eingesetzt. Am beharrlichsten erwies sich Salzungen, wo der Amtsschreiber noch bis 1734 die Amtsrechnungen führte. So ist überall im Meininger Land unter der Regierung Ernst Ludwigs I. eine rasche Fortbildung der überkommenden Verwaltungsorganisation zu beobachten. Freilich ist nicht zu übersehen, dass der Herzog seinem Land oft mehr zumutete, als es vertrug. Vieles war offensichtlich im Hinblick auf die immer noch erhoffte Coburger Erbschaft und die damit verbundene Vergrößerung des Landes geschehen.

⁶³

In Sachsen-Weimar trat die Trennung von Amts- und Finanzverwaltung 1734 ein. Mentz S. 67.

Während der Regierungszeit Ernst Ludwigs I. hatten sich die Beziehungen der drei Brüder untereinander immer unfreundlicher gestaltet. Ernst Ludwig regierte das Land, ohne dass er auch fernerhin Friedrich Wilhelm und Anton Ulrich irgendwelchen Einfluss auf die Verwaltung des Landes einräumte. Der Geheime Ratsdirektor von Wolzogen, das Geheime Ratskollegium und die Landeskollegien ließen durch ihre Handlungen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass sie dem Herzog in diesem Streben zu folgen bereit waren. Bei dem ausgezeichneten Familiensinn, den Ernst Ludwig I. innerhalb seines engsten Familienkreises pflegte, versteifte sich in den späteren Jahren seine Abneigung gegen Anton Ulrich immer mehr. Dieser weilte in diesen Jahrzehnten fast immer außerhalb des Landes, er mied den Hof, der ihm mit Misstrauen und Hass begegnete. Das angespannte Verhältnis zwischen den drei Brüdern fand neuen Nährboden, als Anton Ulrich 1711 in Holland Philippine Elisabeth Cäsar, die Tochter eines bürgerlichen hessischen Hauptmanns, heiratete, die er als Kammerjungfer seiner Schwester Ernestine kennengelernt hatte. Diese morganatische Ehe, zunächst einige Jahre geheim gehalten, stieß auf die entschiedenste Ablehnung des gesamten wettinischen Hauses und trug viel dazu bei, dass die bereits verworrenen Verhältnisse sich noch mehr komplizierten und vergifteten. Besonders Ernst Ludwig empfand diese Heirat als eine kränkende Verletzung der Ehre seiner Familie. Alle Forderungen, von der Ehe zurückzutreten, lehnte Anton Ulrich stets mit Entschiedenheit ab. Selbst als 1717 das gesamte ernestinische Haus vertraglich festlegte, dass die Kinder aus dieser Ehe für immer aus der Regierungsnachfolge ausgeschlossen bleiben sollten, stand Anton Ulrich von der Ehe nicht ab⁶⁴. Er musste nunmehr seine ganze Kraft darauf beschränken, am Kaiserhof die Erhebung seiner Frau in den Reichsfürstenstand zu erreichen. Bei den energischen Gegenmaßnahmen Ernst Ludwigs zogen sich die Auseinandersetzungen jahrelang hin. Der Herzog erlebte nicht mehr den vorläufigen Ausgang der Verhandlungen vor dem Reichshofrat. Sie endeten am 21. Februar 1727 mit einem vollen Erfolg Anton Ulrichs, dessen Gemahlin durch Kaiser Karl VI. in den Reichsfürstenstand aufgenommen und dessen Kinder zu vollerbberechtigten Prinzen des Hauses Sachsen erklärt wurden.

Ernst Ludwig hatte ohne Zweifel vom Standpunkt der Staatsraison recht, wenn er von Anfang an darauf hinwirkte, dass die Frage der Regierungsnachfolge einer zweckmäßigen Regelung zugeführt wurde. Die Kleinheit des Fürstentums ließ weder eine Teilung noch die Gesamtregierung eines Familienrates zu, der sich in den folgenden Generationen noch mehr vergrößern musste. Ernst Ludwig war zweimal verheiratet, zuerst seit 1704 mit seiner Base Dorothea Marie, der Tochter Herzog Friedrichs I. von Gotha, die schon am 1. April 1713 starb. Aus dieser Ehe stammten fünf Kinder, nämlich vier Söhne Joseph Bernhard, geb. 1705, der im Alter von wenigen Monaten 1707 verstorbene Friedrich August, Ernst Ludwig geb. 1709 und Karl Friedrich geb. 1712 sowie eine Tochter Luise Dorothea, geb. 1710. Die zweite Ehe mit Elisabeth Sophie, der Tochter des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, die er 1714 einging, blieb kinderlos. Diese kluge, aber prachtliebende und herrschsüchtige Frau war vorher bereits zweimal verheiratet, zuerst 1691 - 1698 mit Herzog Friedrich Kasimir von Kurland, dann 1703 - 1713 mit Markgraf Christian Ernst von Bayreuth. Ihre kurländische Ehe hatte sie in den Besitz eines reichen Wittums gebracht, das es ihr ermöglichte, auch im Meininger Land eine selbständige Erwerbspolitik zu treiben. Sie kaufte 1718 den Mehmsfelderhof, die heutige "Amalienruh" bei Meiningen, und 1725 das Rittergut Effelder⁶⁵.

⁶⁴ Archiv II S. 214.

⁶⁵ Archiv I S. 169-173.

Schon unmittelbar nach der Geburt des Erbprinzen Joseph Bernhard erließ der Herzog am 9. Dezember 1706 eine Primogeniturkonstitution, die für seine Linie in der Regierungsnachfolge das Erstgeburtsrecht einführt⁶⁶. Freilich musste es das Bestreben Ernst Ludwigs sein, seine Brüder zur endgültigen Verzichtleistung auf die Regierungsnachfolge zu bewegen. Friedrich Wilhelm gab tatsächlich 1707 und 1717 sein Regentschaftsrecht auch zu Gunsten des Erbprinzen auf. Alle Versuche, Anton Ulrich zu einem ähnlichen Verzicht zu bewegen, scheiterten aber. Auch das Streben, ohne dessen Einwilligung die Primogenitur im Gesamthaus Meiningen einzuführen, wurde vom Reichshofrat zurückgewiesen⁶⁷. In seinem Testament vom 18. Februar 1721 bestätigte Ernst Ludwig I. nochmals ausdrücklich die Primogenitur innerhalb seiner Familie. Er setzte fernerhin für den Fall der Minderjährigkeit seiner Söhne Herzog Friedrich II. von Gotha und seinen Bruder Friedrich Wilhelm unter völliger Übergehung Anton Ulrichs zum Obervormund ein. Untervormünder sollten die Ernst Ludwig zugetanen Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums sein.

Ernst Ludwig hatte in seinen letzten Lebensjahren seine ganze Hoffnung auf den Erbprinzen Joseph Bernhard gesetzt, der unter der Erziehung Friedrich Ernst Schenks und Ernst Ludwig Schröders, zweier Vertraute des Herzogs, heranwuchs. Seine geistigen Fähigkeiten hatten sich während seiner Schulzeit und der Universitätsjahre in Straßburg zur vollen Zufriedenheit seiner Lehrer entwickelt. Er trat 1723 eine Kavaliersreise durch Frankreich und Italien an, auf der er am 22. Mai 1724 plötzlich in Rom starb⁶⁸. Sein Tod brach auch die bereits angeschlagene Lebenskraft des Vaters. Die Strapazen der Kriegsjahre ließen ihn schon früh altern und kränkeln. Während des Sommers 1724 hielt er sich leidend in Schloss Dreißigacker auf. Unmittelbar nach seiner Rückkehr in das Residenzschloss starb er am Morgen des 17. November 1724 im Alter von kaum 51 Jahren⁶⁹. Er hinterließ zwei minderjährige Söhne, die bereits in ihrer Jugend Anzeichen der Dekadenz trugen. Auch im engsten Familienkreis, dem er liebevoll zugetan war, sah Ernst Ludwig seine sehnlichsten Wünsche, an denen er während seiner ganzen Regentschaft gearbeitet hatte, letztlich doch zerrinnen.

1.4. Die gemeinschaftliche Landesherrschaft der Herzöge Friedrich Wilhelm, Anton Ulrich und Karl Friedrich 1724 - 1746

Der Tod Ernst Ludwigs I. beendete nicht die tiefgreifenden Familienkonflikte im Meininger Herzoghaus, sondern gab ihnen neuen Nährboden. Als jetzt die Autorität des Herzogs fehlte, der die gesamte Landesverwaltung beherrscht hatte, konnte die Auseinandersetzung die Grenzen des Familienkreises sprengen und fremde Einflüsse sich geltend machen. Die Streitigkeiten unter Brüdern und Neffen dauerten noch über zwei Jahrzehnte bis zum Tod Friedrich Wilhelms 1746 fort. Sie stürzten schließlich die Landesverwaltung in Chaos und Auflösung. Das einseitige Testament Ernst Ludwigs I. bot die erste Gelegenheit zu neuem Streit. Für seinen damals erst 13-jährigen Sohn Ernst Ludwig II. traten Herzog Friedrich II. von Gotha und Friedrich Wilhelm die Obervormundschaft an. Die Zentralinstanzen gelangten dadurch in gänzliche Abhängigkeit vom Gothaer Hof, dessen energischer Herzog seine Lebensaufgabe in der Rückgewinnung der führenden Stelle des Gothaer Herzogshauses in Thüringen sah. Es bildete sich in Meiningen eine starke Gothaer Hofpartei. Ihr Haupt war der immer noch maßgebende Geheime Ratsdirektor von Wolzogen. Sie hielt Herzog Friedrich

⁶⁶ Akten ThStAMgn GAM XIV B 1.

⁶⁷ Archiv I S. 273.

⁶⁸ Archiv I S. 169.

⁶⁹ Begräbnisakten ThStAMgn GAM XV F 40.

Wilhelm ganz in ihrem Bann. Es lag im Wesen der neuen Vormundschaft, Anton Ulrich auch künftighin ganz von der Mitregentschaft auszuschließen. Dieser erhob jedoch zugleich erneute Klage vor dem Reichshofrat mit dem Ziel, in die Obervormundschaft aufgenommen und als Mitregent anerkannt zu werden. Der Reichshofrat erklärte 1727 die Ansprüche Anton Ulrichs für Recht. Seinem Stiefbruder Friedrich Wilhelm räumte er aber gleichzeitig das Recht ein, seine Verzichtserklärungen auf die Mitregentschaft von 1707 und 1717 zu widerrufen. Unter dem Einfluss Wolzogens zog Friedrich Wilhelm seine Verzichtserklärung zurück und trat 1727 neben der Obervormundschaft auch die Mitregentschaft über das Meininger Land an. Seitdem führten Friedrich Wilhelm, Anton Ulrich und die Obervormundschaft unter Ernst Ludwig II., die aus Friedrich II. von Gotha und den beiden erstgenannten Herzögen bestand, die gemeinschaftliche Landesherrschaft über das kleine Fürstentum⁷⁰.

Zwar gelang es jetzt Anton Ulrich endlich, in den Genuss eines Drittels der Kammereinnahmen zu kommen, aber auf die Landesverwaltung gewann er kaum wesentlichen Einfluss. Sie lag ganz in den Händen der Gothaer Hofpartei. Ernst Ludwig II., für den der Reichshofrat den komplizierten Titel "Erbprinz in der Ernst Ludwigschen Linie und wegen des von weiland Herzog Ernst Ludwigs hinterlassenen Anteils" festgesetzt hatte, starb kurz vor Beendigung seiner Minderjährigkeit am 24. Februar 1729. So musste nunmehr für seinen Bruder und Erben Karl Friedrich die Vormundschaft fortgesetzt werden. Sie dauerte bis zur Volljährigkeit Karl Friedrichs 1733. Danach teilte er die Landesherrschaft zu je einem Drittel mit seinen Onkels Friedrich Wilhelm und Anton Ulrich. Durch die Beendigung der Obervormundschaft war zwar der Rechtsgrund für eine Gothaer Mitregentschaft in Meiningen fortgefallen. Tatsächlich blieb aber der Gothaer Einfluss in Meiningen erhalten und fand nach dem Tod des Geheimen Ratsdirektors Johann Christoph von Wolzogen 1734 in den Geheimen Räten Friedrich Wilhelms und Karl Friedrichs, Christoph Joachim von Moltke und Friedrich von Wolzogen, seine eifrigsten Verfechter. Sie hatten bei der Willenlosigkeit Friedrich Wilhelms und seines Neffen und bei der ständigen Abwesenheit Anton Ulrichs leichte Arbeit. Schon bald nach dem Beginn der Gothaer Obervormundschaft beurteilte der Meininger Legationssekretär in Wien, Justus Christoph Zinck, die Lage richtig, als er schrieb: "Gothani sind jetzt direktore in unserem Haushalt et quis poterit resistere?"⁷¹

Friedrich Wilhelm blieb auch in seinen späteren Jahren ein einfältiger Geist, der eines selbständigen Denkens unfähig und ein Spielball in den Händen seiner Umgebung war. Sein Neffe Karl Friedrich, der am 18. Juli 1733 die Mitregentschaft des Meininger Landes als einziger noch überlebender Sohn Ernst Ludwigs I. übernahm, wies aber in noch erschreckenderem Maße als sein Onkel Anzeichen der Entartung auf, die sich bald nach seinem Regierungsantritt stärker ausprägten. Zwar machte er anfangs Anstalten, die gesamte Regierungsgewalt an sich zu reißen und die Landeskollegien durch einseitige Befehle zu beherrschen. Allein bei den gemeinsamen Gegenmaßnahmen Friedrich Wilhelms und Anton Ulrichs scheiterten die Pläne dieses wirren Geistes kläglich. Am 16. März 1734 wiesen die beiden älteren Herzöge durch ein Reskript die Landeskollegien an, einseitige Befehle Karl Friedrichs unbeachtet zu lassen. Der junge, launenhafte Herzog war unfähig, seinen Forderungen genügend Nachdruck zu verleihen. Er zog sich von der Landesverwaltung ganz zurück und überließ die Geschicke der Gothaer Hofpartei.

⁷⁰ Archiv II S. 100-101.

⁷¹ Archiv II S. 102.

Bald machte sich bei Karl Friedrich auch ein körperlicher Verfall bemerkbar. Trotz seiner Jugend konnte er wegen seiner übermäßigen Dicke kaum noch gehen. In einer ganz niedrigen Kutsche ließ er sich durch die Galerien des Meininger Residenzschlosses und durch die Alleen von Dreißigacker fahren. So lebte er in körperlicher Untätigkeit und die Zeit mit Essen, Trinken, Schlafen, Scheibenschießen und anderen geistlosen Beschäftigungen füllend, dahin, bis endlich der Tod am 26. März 1743 seinem elenden Leben ein Ende machte⁷².

Die Obervormundschaft über Ernst Ludwig II. und Karl Friedrich hatte eine große Zahl von Streitigkeiten zwischen den Obervormündern mit sich gebracht. Sie führten 1730 zur Einsetzung einer kaiserlichen Kommission zur Überprüfung der Beschwerden der übrigen Obervormünder gegen Anton Ulrich, die aber auf Protest Anton Ulrichs bald wieder aufgehoben wurde⁷³. Alle diese Konflikte machten die Lage innerhalb der Gemeinschaft zwischen der Landesherrschaft immer untragbarer. Es ist nicht verwunderlich, dass bei solchen Reibereien bald Schäden für das Meininger Herzogshaus entstanden. Besonders in der Coburger Erbschaft trat jetzt ein Fehlschlag nach dem anderen ein, Freilich war hier die Stellung Meiningens schon in den letzten Jahren Ernst Ludwigs I. immer schwieriger geworden. Kurz nach Beginn der gemeinschaftlichen Landesherrschaft wurde am 11. Mai 1726 die Meininger Revisionsklage gegen das Urteil von 1714 vom Reichshofrat verworfen. Unmittelbar vorher hatte der Meininger Legationssekretär in Wien Justus Christoph Zinck am 25. April 1725 in einem Privatbrief an seinen Bruder, den Meininger Regierungsrat Johann Jakob Zinck, mitgeteilt, dass man den Gedanken aufgeben müsse, die Coburger Landesteilung ohne saalfeldische Beteiligung vornehmen zu können⁷⁴. Allerdings konnten auch jetzt die Meininger Herzöge die eigentliche Landesteilung noch lange Zeit hintertreiben. Trotz des nunmehr endgültigen kaiserlichen Entscheids verharteten sie mit unglaublichem Starrsinn auf der Weigerung, die Residenzstadt Coburg herauszugeben. Nach einem weiteren Jahrzehnt unerfreulichen Schriftwechsels ging der Reichshofrat schließlich zur Vollstreckung seines Urteils über. Im März 1734 traf im kaiserlichen Auftrag eine kursächsisch-bayreuthische Kommission in Coburg ein, um die Landesteilung vorzubereiten. Nachdem der Reichshofrat am 24. Mai 1735 ausdrücklich festgestellt hatte, "dass Stadt und Amt Coburg dem fürstlichen Haus S. Saalfeld an seiner im Coburgischen zu suchen habenden sentenzmäßigen Forderung cum omnimoda jurisdictione et superioritate territoriali, der S. Meiningischen Einwendung ohnegeachtet, einzuräumen und zuzuteilen sei", wurde die Landesteilung durch die Kommission vollstreckt⁷⁵. Am 29. Juni 1735 übergab sie unter meiningischem Protest Stadt und Amt Coburg an Sachsen-Saalfeld. Wenige Tage später, am 2. August, wies sie unter abermaligem Meininger Protest die Ämter Sonneberg und Neuhaus dem Meininger Herzogshaus zu. In diesen Sommertagen des Jahres 1735 schwanden die großen Hoffnungen der Meininger Herzöge auf die Itzstadt dahin, deren Gewinnung in den letzten vier Jahrzehnten das Hauptthema ihrer Außenpolitik dargestellt hatte.

Aber auch nach der Teilung des Coburger Landes ruhte die Prozess-Sucht der Meininger Herzöge nicht. Sie verfielen auf eine neue, den geschichtlichen Tatsachen völlig entgegenstehende Behauptung, aus der sie sich aber immer noch einige Erfolge in der Coburger Erbschaft erhofften. Sie brachten jetzt vor, dass das Gericht Neustadt ein Bestandteil des Amtes Sonneberg sei und ihnen bei der Landesteilung zugesprochen werden müsse⁷⁶. Sie räumten deshalb auch die Stadt Neustadt nicht. Durch einen weiteren Entscheid

⁷² Archiv I S. 346.

⁷³ Archiv I. S. 344-345.

⁷⁴ Archiv II S. 102.

⁷⁵ Schultes, Cob. Landesgesch. I S. 187-188.

⁷⁶ Gruner, Geschichte Johann Kasimirs (1787) Anhang S. 139-220.

des Reichshofrates blieb dieses Gericht bis zur endgültigen Klärung der Meininger Forderungen gemeinschaftlicher Besitz der Linien Meiningen und Saalfeld. Die Meininger Herzöge maßten sich aber hier die wirkliche Regierungsbefugnis an. Als der Fortgang des Prozesses für Meiningen ungünstig wurde und der Streit um das Geleitsrecht auf der durch das Gericht führenden Handelsstraße Nürnberg-Leipzig nicht enden wollte, ergriffen die Meininger Herzöge auch hier militärische Maßnahmen⁷⁷. Anlässlich eines Konfliktes um das Geleitsrecht Anfang April 1742 zogen sie ihre unterländische und oberländische Landesmiliz bei Sonneberg zusammen und wagten am 8. April 1742 einen Handstreich auf Neustadt. Er wurde aber in wenigen Stunden durch die Einwohnerschaft Neustadts abgewehrt und die mit Meiningen sympathisierende Beamtenschaft aus der Stadt gejagt. Neustadt war damit endgültig für das Meininger Herzogshaus verloren. Kurz darauf entschied auch eine Reichsvikariatssentenz vom 22. Juni 1742 endgültig zu Ungunsten Meiningens. Das Gericht Neustadt wurde der Saalfelder Herzogslinie zuerkannt.

⁷⁷

Archiv II S. 103, Greiner, Geschichte von Neustadt II S. 17-20.

Fast ein halbes Jahrhundert meiningischer Politik war damit in einen Misserfolg ausgelaufen. Die Meininger Herzöge haben ihn innerlich jahrzehntelang nicht überwunden und theoretisch ihre Forderungen auf Neustadt bis zum Jahre 1826 aufrechterhalten⁷⁸.

Während der Coburger Erbschaftsstreit vor dem Reichshofrat zu Ende geführt wurde, lief der schon 1722 vor den Reichsgerichten anhängig gemachte Streit um das Amt Salzungen weiter. Der Fuldaer Abt Konstantin von Buttlar hatte erneute Forderungen auf die Wiedereinlösung des Amtes Salzungen gestellt und bei Weigerung der Wettiner eine weitere Klage eröffnet. In den Jahren 1724 - 1726 und 1733 - 1740 wurden die Verhandlungen unter großem Aufwand an Schriftstücken fortgeführt, ohne jedoch zu einem Ende zu kommen. Der Prozess schloß endlich wieder ein, bis er sich durch die Auflösung des Deutschen Reiches 1806 von selbst erledigte. Die übrigen Prozesse wegen der hennebergisch-schleusingischen Kreistagsstimme, wegen des Jenaer Universitätsgutes Apolda, um das Wasunger Holzdeputat, die die Meininger gemeinsam mit oder gegen ihre Vettern führten, sollen hier nur dem Namen nach genannt werden, um die unfreundliche Stimmung zu kennzeichnen, die damals allenthalben innerhalb der Landesherrschaft und zwischen ihr und ihren Nachbarn herrschte. Einfach unerträglich aber wurden die Auseinandersetzungen im Herzogshaus selbst, die von Jahr zu Jahr immer erschreckendere Formen annahmen und schließlich die gesamte Verwaltung lahm zu legen drohten. Die außenpolitischen Auswirkungen dieser Uneinigkeit haben wir bereits kennengelernt. Aber auch die innere Verwaltung des Landes und die Behördenorganisation wurden bald bis auf ihre Grundfesten erschüttert.

Auf der einen Seite stand die Gotha'sche Hofpartei, deren Vertreter, der jüngere Wolzogen, Christoph Joachim von Moltke, der Regierungsrat Ernst Ludwig Schröter und der Kabinettsrat Wolfgang Samuel Bauer waren. Sie hielten die Herzöge Friedrich Wilhelm und Karl Friedrich unter ihrem völligen Einfluss. Ihnen trat Herzog Anton Ulrich mit seinen Parteigängern gegenüber. Die maßgebenden Hof- und Beamtenstellen waren nahezu alle von Freunden der Gothaer Hofpartei besetzt, während Anton Ulrich stets im Ausland lebte und sich bei den Landeskollegien durch Deputati vertreten ließ. Er weilte 1711 bis 1724 in Amsterdam, 1724 - 1741 in Wien und dann in Frankfurt am Main. Die persönliche Verbitterung war bereits so weit fortgeschritten, dass jeder von den beiden Herzögen das genaue Gegenteil von dem befahl, was sein Mitregent anordnete, und die Beamtschaft schließlich nicht wusste, welche Anweisung zu gelten hatte. Die gemeinschaftlichen Landeskollegien wurden zwar auch ferner beibehalten, doch ergaben die tiefgreifenden Zwistigkeiten zwangsläufig, dass der engste Beratungskreis des Landesherrn, das Geheime Ratskollegium, in seiner bisherigen Form aufgegeben werden musste.

Der Geheime Ratsdirektor von Wolzogen, der während der Obervormundschaft immer noch im Dienst war, versuchte zwar in Vollstreckung des Testaments Ernst Ludwigs I. immer noch die oberste Spitze der Beamtschaft darzustellen. Er stand aber in starker Abhängigkeit vom Gothaer Hof und im Gegensatz zu Anton Ulrich. Als er 1734 starb, legte keiner der drei Landesherren Wert auf die Neubesetzung dieser obersten und der Form nach noch gemeinschaftlichen Behörde. Anton Ulrich hatte bereits schon früher ein Kabinett gebildet. Auch die in Meiningen weilenden beiden anderen Landesherren schritten jetzt zur Errichtung von "Particular-Conseils". Diese arbeiteten ganz nach der Art des Geheimen Ratskollegiums. So hatte jeder der drei Herzöge einen eigenen engsten Beratungskreis um sich geschaffen, der durch "Deputati" die Verbindung mit den immer noch gemeinschaftlichen Landeskollegien unterhielt. Es ist bei dieser aus Neid und Hass geborenen Verwaltungsorganisation

78

ThStAMgn GAM V M 215-217.

einleuchtend, dass die Deputati vielfach gegensätzliche Anweisungen an die Landeskollegien gaben, deren Arbeit dadurch erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wurde.

Die gesamte Verwaltung litt unter diesen Zeitverhältnissen außerordentlich. Die Landeskollegien verwaisten immer mehr. Die Regierung bestand 1746 nur noch aus zwei arbeitsfähigen Räten. Die Kammer war nur noch mit einer Person besetzt, und selbst das Konsistorium verfügte nur noch über zwei Mitglieder. Auch in der Kriegskommission sah es nicht besser aus. So trieb in den Jahren nach 1740 die Zentralverwaltung einem Zusammenbruch und Chaos entgegen. Es ist naheliegend, dass in dieser Zeit die unter der Regierung Ernst Ludwigs I. begonnene Weiterbildung der Verwaltungsorganisation nicht fortgesetzt wurde, sondern ganz erhebliche Rückschläge erlitt. Es wurde lediglich 1737 der Versuch unternommen, zur Weiterbildung der seit Ernst Ludwig I. dringend gewordenen Armenversorgung eine besondere "Commission ad pias causas" zu errichten, die das Armenwesen besonders der Residenzstadt leiten sollte. Sie kam aber in dem allgemeinen Durcheinander nicht zu wirklichem Gedeih und ging bald wieder ein.

Die Teilung des Coburger Landes 1735 stellte die Meininger Obrigkeit jedoch vor neue organisatorische Probleme. Wir haben schon früher festgestellt, dass das bisher unter meiningischer Leitung stehende gemeinschaftliche Fürstentum Coburg über eine eigene Verwaltungsorganisation verfügte. An seiner Spitze standen die Landeskollegien in Coburg. Als 1735 die Saalfelder Herzöge die Residenzstadt übernahmen, bemächtigten sie sich auch der dortigen Landesverwaltung und gestalteten sie zu Zentralbehörden des saalfeldischen Anteiles am Fürstentum Coburg um. Für die Meininger Herzöge ergab sich damit die Aufgabe, dem an sie gefallenem Gebiet besondere Oberbehörden zu geben. Während es für die moderne Verwaltungspraxis nahegelegen hätte, die Amtsverwaltung in Neuhaus und Neustadt einfach den Meininger Oberbehörden zu unterstellen, herrschte die Idee des alten Territorialstaates noch zu stark vor, als dass eine solche Lösung ohne weiteres herbeigeführt worden wäre. Der damaligen Meininger Obrigkeit lag der Gedanke viel näher, die ehemals coburgischen Ämter trotz ihrer Kleinheit besonderen Oberbehörden zu unterstellen und eine Verbindung der beiden Fürstentümer Coburg und Meiningen nur in Form einer Personalunion zuzulassen. Wir sind über die 1735 für die meiningischen Ämter des Fürstentums Coburg errichtete Zentralverwaltung nur andeutungsweise unterrichtet. Soviel steht aber fest, dass sie nach Art der Coburger und Meininger Landeskollegien aufgebaut war. Nachweisbar ist eine Regierungsdeputation, die aus Vertretern Friedrich Wilhelms und Anton Ulrichs bestand und bis 1746 Regierungsaufgaben wahrnahm. Sie nannte sich "Hochfürstlich Sachsen-Coburg-Meiningische ins Fürstentum Coburg verordnete Deputati und Räte". Auch die Keime zur Ausbildung eines Kammerkollegiums sind feststellbar. Doch dürfen wir uns diese Behörde in ihrer Personalbesetzung nicht allzu umfangreich vorstellen. Sie firmierte schon 1735 stolz als "Fürstlich Sachsen-Meiningische ins Fürstentum Coburg zur Cammer verordnete Praesident, Räte und Assessor". In Wirklichkeit bestand sie aber nur aus einem Kammerassessor. Zur ähnlichen Ausbildung eines Konsistoriums und einer Kriegskommission ist es nicht gekommen. Der Sitz der Oberbehörden für die coburgischen Ämter war zunächst 1735 bis 1742 Neustadt und seitdem Sonneberg. Bei der gereizten Stimmung im Herzogshaus war es naheliegend, dass auch diese gemeinschaftliche Behörde Konfliktstoffe in Fülle brachte.

Der Tod des körperlich kranken und geistig untätigen Herzogs Karl Friedrich am 26. März 1743 hatte wenig Einfluss auf die Familienkämpfe. Er war nur eine Figur im Spiel der Gothaer Hofpartei. Noch drei Jahre tobte der Kampf zwischen Anton Ulrich und Friedrich Wilhelm weiter. Bis zuletzt haben sich die beiden Herzöge mit kleinlichen Gehässigkeiten beworfen. Für Anton Ulrich bedeutete es eine schmerzliche Enttäuschung, als Kaiser Karl

VII. nach Maßgabe seiner Wahlkapitulation am 25. September 1744 die Standeserhöhung der Philippine Cäsar vom 21. Februar 1727 für nichtig und ihre Kinder als nichterbberichtigt erklärte. Ein Einspruch beim Reichstag, den Anton Ulrich am 23. Januar 1745 erhob, wurde schließlich am 24. Juli 1745 endgültig abgewiesen. Philippine erlebte diese letzte Enttäuschung nicht mehr. Am 14. August 1744 starb sie. Der Versuch Anton Ulrichs, ihre Leiche in die Fürstengruft der Meininger Schlosskirche beisetzen zu lassen, führte zum letzten großen Konflikt zwischen den beiden Brüdern. Nur unter widersprechenden Geboten und Verboten konnte das Trauergeläute unter vielfachen Unterbrechungen durchgeführt werden. Die Beisetzung in der Fürstengruft wurde verweigert und der Sarg in ein Zimmer des Residenzschlosses gestellt und mit Sand überschüttet. Die vergeblichen Bemühungen Anton Ulrichs um die Beisetzung Philipppines war der Grund für seinen letzten Besuch bei dem Meininger Bruder am 18. August 1745⁷⁹. Er hinterließ tiefe, nicht mehr zu heilende Wunden. Im übernächsten Jahr starb Friedrich Wilhelm am 4. März 1746 im Alter von 67 Jahren unvermählt. Erst sein Tod endete den Bruderstreit, der vier Jahrzehnte das Meininger Herzogshaus erschütterte. Der Gothaer Hof musste nun Anton Ulrich unmittelbar gegenüberreten. Die Hoffnung, die der Gothaer Herzog Friedrich III. sich auf den Erwerb des Meininger Landes machte, stand durch die kaiserliche Erklärung vom 15. September 1744 günstig.

1.5. Die Alleinregierung Anton Ulrichs 1746 - 1763

Durch den Tod seines Stiefbruders Friedrich Wilhelm war Anton Ulrich als einziger noch lebender Sohn Bernhards I. zur Alleinherrschaft über das Meininger Fürstentum gekommen. Der Fürst, dessen Neigungen der Kunst und Wissenschaft galten und der doch während seines Lebens eine unaufhörliche Kette ärgerlicher und zerreibender Auseinandersetzungen zu durchkämpfen hatte, stand damals mit bereits 59 Jahren an der Grenze des Alters. Seit mehr als einem Jahr war er Witwer. Seiner Ehe mit Philippine Cäsar waren in den Jahren 1712 - 1717 zwar zwei Söhne und drei Töchter entsprossen, die ihn sämtlich überlebten. Durch die kaiserliche Erklärung vom 25. September 1744 waren sie aber von der Erbfolge im meiningischen Lande ausgeschlossen. Es war somit zu erwarten, dass bei dem in absehbarer Zeit eintretenden Tod Anton Ulrichs das Meininger Fürstentum geteilt wurde.

Dennoch hat Anton Ulrich nach Übernahme der Alleinregierung sofort mit dem Wiederaufbau der zerfallenen Landesverwaltung begonnen. Am Anfang mag wohl das aus mancher Demütigung geborene Streben, die in den Landeskollegien herrschenden und ihm verhassten Anhänger der Gothaer Hofpartei davonzujagen, das Leitmotiv seines Handelns gewesen sein. Der Herzog kehrte selbst, als sie alle das Land verlassen hatten, nicht in die Residenzstadt Meiningen zurück. Er blieb in Frankfurt am Main, wohin er 1741 von Wien übersiedelt war, wohnen, lebte dort seinen Neigungen und versuchte die Geschicke seines Fürstentums aus der Ferne zu lenken. Erst als Toter ist er am 8. Februar 1763 in die Werrastadt heimgekehrt. Sogar bei der Übernahme der Alleinherrschaft im März 1746 ließ er sich durch den Geheimen Rat Heinrich Karl von Pfau vertreten, der schon seit längerer Zeit in seinen Privatdiensten gestanden hatte und nunmehr zum ersten Minister des kleinen Fürstentums emporstieg.

Die Landesübernahme glich einer Strafaktion und zielte bewusst darauf ab, die Vertrauten des Gothaer Hofes unter verletzenden Umständen aus Verwaltung und Land zu entfernen.

⁷⁹

Archiv II S. 217.

Freilich hatten von den maßgebenden Persönlichkeiten dieses Kreises Friedrich von Wolzogen und Christoph Joachim von Moltke Meiningen schon in den letzten Jahren Friedrich Wilhelms verlassen und waren in gothaische Dienste übergetreten. Aber auch sie traf noch die Rache des Herzogs, der anordnete, dass nie mehr ein Wolzogen in meiningische Staatsdienste eintreten dürfe⁸⁰. Aber die Familie hatte klugerweise schon vor dem Tod Friedrich Wilhelms alle Besitzungen unter meiningischer Landesherrschaft abgestoßen und besaß in der Meininger Gegend nur noch reichsritterschaftliche Güter, die dem herzoglichen Zugriff entzogen waren. So traf der Zorn des neuen Landesherrn nur noch die Beamten, die zwar der Gothaer Hofpartei angehört, aber nur unwichtigere Stellungen eingenommen hatten.

Aus den schweren Zerwürfnissen der vorangegangenen Jahrzehnte ist es zu verstehen, dass die Landesübernahme unter außergewöhnlichen Umständen vor sich gegangen ist. Noch am 9. März 1746, dem Todestag Friedrich Wilhelms, ließ der Herzog durch den kaiserlichen Notar Johann Friedrich Arnold die Geschäftszimmer sämtlicher Landeskollegien schließen und versiegeln⁸¹. Gleichzeitig wurden alle Beamten mit Stadtarrest belegt und einer besonderen Kommission unter dem Geheimen Rat von Pfau die Landesverwaltung übertragen. Erst nach Abschluss einer monatelangen Untersuchung wurden am 25. August 1746 die Landesbehörden wieder geöffnet und neu besetzt. Nur wenige Räte aus der alten Beamtenschaft waren übernommen worden. Die Landeskollegien wurden meist mit neuen Personen besetzt und die leitenden Stellungen meist landfremden Beamten anvertraut die, wie der neue Regierungspräsident von Pfau und der Konsistorialpräsident Nadler den Privatdiensten Anton Ulrichs entstammten.

Das seit dem Tod Johann Christoph von Wolzogens 1734 verwaiste und von den "Particularconseils" abgelöste Geheime Ratskollegium wurde wieder errichtet und in der Mehrzahl mit engsten Vertrauten des Herzogs besetzt. Es übernahm eine doppelte Funktion. Einmal war es der engste Beratungskreis des Herzogs, gleichzeitig aber auch seine Vertretung im Meininger Land. Auch die drei Landeskollegien, deren Personalstand in den letzten Jahren Friedrich Wilhelms stark zusammengeschrumpft war, wurden durch Neubesetzung wieder arbeitsfähig gestaltet. So ließen die Sommermonate 1746 endlich wieder die Hoffnung aufkommen, dass bald geregelte Verhältnisse im Meininger Fürstentum und seiner Verwaltung eintreten.

Mit dem Wiederaufbau des Geheimen Ratskollegiums und der Landeskollegien in Meiningen beseitigte die neue Landesherrschaft die Ansätze zu einer besonderen Zentralverwaltung im Oberland. Die oberländischen Oberbehörden in Sonneberg wurden 1746 aufgelöst und die drei oberländischen Ämter unmittelbar den Meininger Landeskollegien unterstellt. Diese Maßnahmen zeugen neben der Beseitigung der Mängel in der Meininger Zentralverwaltung und der Einschränkung der Hofverwaltung von dem Willen, eine klar gegliederte Verwaltungsorganisation mit einer strengen Sparsamkeitspolitik zu verbinden. Die Auflösung der Zentralverwaltung für den meiningischen Anteil am Fürstentum Coburg ging jedenfalls nicht ohne weiteres aus den verwaltungsorganisatorischen Methoden dieser Zeit hervor. Als letzter Rest oberländischer Selbständigkeit blieb im Bereich der landesherrlichen Behördenorganisation 1751 bis 1768 die oberländische Generalkasse bestehen, die die Einnahmen der oberländischen Ämter sammelte und dann an die Renterei nach Meiningen abführte. Freilich wurden das alte Fürstentum Meiningen und der Anteil am Fürstentum Coburg als zwei getrennte Länder betrachtet. Sie unterhielten bis zum Jahre 1824 getrennte

⁸⁰ SVMGL 47 (1904) S. 223.

⁸¹ Archiv II S. 218-219.

Landschaften. Auch in dem Titel "Herzog von Sachsen-Coburg-Meiningen", den die Meininger seit der Regierung Ernst Ludwigs I. führten, kam zum Ausdruck, dass sie über zwei Territorien herrschten.

Herzog Friedrich III. von Gotha, den wir als erbitterten Gegner Anton Ulrichs bereits kennengelernt hatten, konnte die Wendung, die im März 1746 in Meiningen eingetreten war und die den Gothaer Einfluss völlig ausgeschaltet hatte, keineswegs billigen. Ein Streit zwischen der Landjägermeisterin von Gleichen und der Regierungsrätin von Pfaffenrath, den der Herzog einseitig entschied, gab ihm bald die gewünschte Gelegenheit zum militärischen Eingreifen. Der Gothaer Herzog ließ sich vom Reichskammergericht, wohin sich das mittlerweile von Anton Ulrich wegen Unbotmäßigkeit verhaftete Ehepaar von Gleichen gewandt hatte, mit der Reichsexekution zu ihrer Befreiung beauftragen. Am 12. Februar 1747 rückte gothaisches Militär ins Amt Wasungen ein. Der damit beginnende "Wasunger Krieg" zeigt noch einmal mit ganzer Deutlichkeit die auf beiden Seiten bestehende außerordentliche Gereiztheit, die nur aus einer jahrzehntelangen Verfeindung zu begreifen ist. Besonders deutlich wird das an den beiden Patenten Anton Ulrichs vom 3. März und 5. April 1747. Sie schreiben, dass bei dem "offenbaren Land-Friedensbruch" es Herzog Friedrich von Gotha "nicht um die Sequestrirung derer Gleichischen Eheleute zu tun gewesen sei". Das "feindselige Haus Gotha" habe sich vielmehr schon immer "in die Affairen und Regierungsgeschäfte unseres fürstlichen Hauses eingemischt, einen unzeitigen Praedominat gesucht und allerhand Disharmonie in der Gemeinschaft gestiftet"⁸².

Die Kriegsergebnisse, die Besetzung Wasungens vom Februar 1747 bis März 1748, die Freilassung des Ehepaares von Gleichen, der Streit um die Exekutionskosten, die erneute Besetzung Wasungens von Mai bis August 1748 sind nur Folgeerscheinungen dieser Gegensätze. Sie können hier nicht näher ausgeführt werden. Aber es ist bezeichnend genug, dass lediglich ein neuer Streit diesen Krieg beendete, der Kampf um die Obervormundschaft über Herzog Karl August Konstantin von Weimar. Der durch testamentarische Verfügung des Weimarer Herzogs Ernst August angeordneten Einsetzung Friedrichs III. von Gotha zum Obervormund widersprachen Anton Ulrich und Franz Josias von Coburg-Saalfeld als Senior und Subsenior des ernestinischen Hauses, denen nach dem Hausvertrag von 1688 die Obervormundschaft zustand. Anton Ulrich verzichtete dann schließlich gegen den Erlass der Wasunger Exekutionskosten auf die Mitwirkung an der Weimarer Obervormundschaft⁸³.

Die Außenpolitik Anton Ulrichs gegenüber seinen Vettern ist geprägt von dem Selbstbehauptungswillen, den wir schon aus seinen Kämpfen innerhalb seiner Familie kennengelernt haben und der ihn den Wasunger Krieg gegen eine vielfache Gothaer Übermacht führen ließ. Zum anderen aber auch finden wir bei Anton Ulrich eine Abneigung gegen alle gemeinschaftlichen Verwaltungen, die sich auf trübe Erfahrungen gründeten. Musste er seine Stellung in Meiningen schon vor Beginn seiner Alleinherrschaft gegen das Gothaer Herzogshaus verteidigen, so brachte ihn sein Streben nach klaren Besitzverhältnissen bald auch mit Hildburghausen und Coburg in Konflikt. Gemeinschaftlicher Besitz waren die Ämter Schalkau und Römhild. In dem 1723 erworbenen Amt Schalkau waren die landes- und grundherrschaftlichen Rechte der Meininger Herzöge besonders schwach. Die Schaumberger besaßen seit dem Mittelalter in ihrer Stammesheimat ausgedehnte Liegenschaften und die Hälfte der Hochgerichtsbarkeit der Zent Schalkau. Anton Ulrich kaufte schon zur Zeit seiner gemeinschaftlichen Landesherrschaft mit Friedrich Wilhelm am 3. März 1729 von Hans Sigmund von Schaumberg zu Rauenstein dessen Reichs- und sächsische Mannlehen für 51000 Reichstaler. Er erwarb schließlich 1732 von Hans Ludwig von Schaumberg zu Effelder-Lauterburg das Rittergut Schaumberg. Allerdings blieb auch dieser Kauf nicht ohne schwerwiegende Verwicklung. Zwar wurden die Hochgerichtsbarkeit und volle

⁸² Sta Sonneberg 1,3.

⁸³ Archiv I S. 223.

Landesherrschaft im Amt Schalkau und Gericht Rauenstein sofort an Meiningen abgetreten, die Übergabe der 1729 erkauften grundherrlichen Besitzungen wurde aber durch Hans Sigmunds Enkel Johann Wilhelm von Hanstein erschwert. Nach langen Prozessen vor den Reichsgerichten kamen die Meininger Herzöge erst 1763 in ihre Nutznießung. Anton Ulrich erlebte das Ende dieses Streites nicht mehr. Freilich hatte auch er bei der schwierigen Finanzlage die Kaufsumme nicht sogleich restlos bezahlen können. Die Schaumbergischen Sohn- und Töchterlehen und das "Rauensteiner Eigentum" blieben zuerst noch Hans Sigmunds Tochter Sophie Magdalene und ihrem Sohn Johann Wilhelm von Hanstein⁸⁴.

Trotz dieser Misserfolge und Ärgernisse ging Anton Ulrich kurz nach der Übernahme der Alleinherrschaft daran, auch im Amt Römhild auf eine strenge Scheidung des meiningischen und coburgischen Anteils hinzuwirken. Seine Bemühungen zielten darauf ab, das Amt zu teilen und die Meininger zwei Drittel einer besonderen Amtsverwaltung zu unterstellen. Aber auch hier klagten die Coburg-Saalfelder Herzöge beim Reichshofrat und blieben erfolgreich. Bei der Weigerung Anton Ulrichs, dem Urteil der Reichsgerichte nachzugeben, wurde wiederum eine Reichsexekution gegen Meiningen verhängt. Ins Oberland rückten 400 Soldaten ein. Zwar schloss daraufhin Anton Ulrich mit dem Coburger Herzog einen Vergleich, der ihn zur Aufgabe seines Planes zwang⁸⁵. Der Streit glimmte aber noch bis 1765 fort. Erfolgreich dagegen war Anton Ulrich bei der Abwehr eines abermaligen Versuches des Hildburghäuser Herzogshauses, den Schalkauer Verkauf rückgängig zu machen. Auch hier lief der Prozess vor den Reichsgerichten bis über den Tod Anton Ulrichs hinaus. So verfolgten Streitigkeiten und Reibereien Anton Ulrich auch in der Zeit seiner Alleinherrschaft. Kaum war er von den Anschlägen seiner Brüder und Neffen befreit, so geriet er als Meininger Landesherr in offenen Konflikt mit seinen Vettern. Die Hoffnungen, die das Land auf ihn gesetzt hatten, gingen nicht in Erfüllung. Bald aber sollten für Volk und Regierung noch schlimmere Sorgen kommen. Der Siebenjährige Krieg brachte im Herbst 1757 Not und Elend ins Land. Erstmals seit dem Dreißigjährigen Krieg war das Fürstentum wieder drückenden Besatzungslasten ausgesetzt. Sie vernichteten bald allen Wohlstand. Der Herzog war aber auch jetzt nicht zu bewegen, in das Meininger Land zurückzukehren, in dem sich Volk und Beamenschaft vergeblich gegen eine gierige Soldateska, gegen Hunger und Verarmung wehrten. Die letzten Jahre Anton Ulrichs sind somit von einem allgemeinen Niedergang gekennzeichnet. Auch in der Landesverwaltung ist er zu verspüren. Wer nach den verwaltungsorganisatorischen Maßnahmen des Sommers 1746 eine weitere Aufbauarbeit erwartete, sah sich bald getäuscht. Tatsächlich ist unter der Regierung Anton Ulrichs die Verwaltungsorganisation des Meininger Landes auf keinem Gebiet ausgebaut worden. Überall trat ein Stillstand ein. Das Geheime Ratskollegium, die drei Landeskollegien mit ihren Kanzleien und die Kriegskommission blieben zwar erhalten. In der Notzeit des Siebenjährigen Krieges ging aber ihr Personalbestand wieder bedenklich zurück. Im Geheimen Ratskollegium, das 1746 aus fünf Räten gebildet war, starb ein Mitglied nach dem anderen, ohne dass für Ersatz gesorgt wurde. Zu Beginn des Jahres 1763 war schließlich nur noch der Geheime Rat von Pfau allein in Bestallung. Aber auch er weilte fast immer außerhalb der Residenzstadt. Ebenso verschwand die hohe Beamenschaft aus Regierung, Konsistorium und Kammer. Der landständischen Vertretung hatten die Herzöge Friedrich Wilhelm und Anton Ulrich schon während ihrer gemeinsamen Regierungszeit kaum Beachtung geschenkt. Von dieser Seite war ein Anstoß zur Beseitigung der eingetretenen Mängel nicht zu erwarten. Anton Ulrich drängte kurzerhand ihren Einfluss noch mehr zurück, als er 1750 den Landständen die Steuerverwaltung abnahm und sie der Regierung übertrug. In

⁸⁴ ThStAMgn GAM 517.

⁸⁵ ThStAMgn GAM X K 6 und 8.

den letzten Jahren des Krieges war in der meiningischen Zentralverwaltung schließlich wieder ein Zustand eingetreten, der den unerträglichen Verhältnissen der Jahre 1743 - 1745 glich. Die Landeskollegien gingen schnell ihrem Verfall entgegen. Der greise Herzog in Frankfurt a. Main konnte nicht mehr ordnend eingreifen. Er überließ die Meininger Zustände ihrem Lauf. Ende November 1762 warf eine schwere Erkältungskrankheit Anton Ulrich auf das Lager, von der ihn in den Mittagsstunden des 27. Januar 1763 der Tod nach einem kampferfüllten 76-jährigen Leben erlöste.

Mit 63 Jahren hatte Anton Ulrich am 26. September 1750 die damals zwanzigjährige Tochter des Landgrafen Karl von Hessen-Philippstal geheiratet. Die Hochzeit geschah vornehmlich in der Absicht, das Meininger Land nach seinem Tod nicht die Beute seiner verhassten Vettern werden zu lassen. Dieser standesgemäßen Ehe mit Charlotte Amalie entsprossen trotz des Alters des Herzogs noch acht Kinder, darunter zwei überlebende Söhne, August Friedrich Karl Wilhelm (geb. 1754) und Georg Friedrich Karl (geb. 1761). Die letzte Tochter wurde dem 75-jährigen Herzog am 4. März 1762 geschenkt. Nicht ohne Schadenfreude zeigte Anton Ulrich seinen Vettern in Gotha, Coburg und Hildburghausen die Geburt dieser nicht mehr erwarteten Kinder mit großem Royalfoliobogen an. Auch gegen eine drohende Vormundschaftsregierung seiner Vettern traf er durch sein Testament vom 5. Januar 1763 Vorsorge. Es bestellte seine Gemahlin Charlotte Amalie zur alleinigen Obervormünderin ihrer minderjährigen Kinder und zur Landesregentin. Seinen alten Standpunkt zur Erbberechtigung der Kinder aus erster Ehe hatte er insofern noch nicht aufgegeben, als Charlotte Amalie die Landesherrschaft auch im Namen der beiden Söhne erster Ehe Bernhard Ernst (1716 - 1778) und Anton August (1717 - 1768) führen sollte.

1.6. Die Landesregentschaft Charlotte Amalies 1763 - 1775

Der Frühling des Jahres 1763 brachte dem Meininger Land endlich wieder neue Hoffnung. Der lange, zermürende Siebenjährige Krieg ging durch den Hubertusburger Friedensschluss am 15. Februar 1763 zu Ende. Einen Monat später zog die neue Landesregentin Charlotte Amalie in Meiningen ein, wo der fürstliche Hofstaat in der Elisabethenburg feste Wohnung bezog. Die damals 33-jährige Fürstin war in der großen Reichsstadt am Main mit der neuen Geistesströmung der Aufklärung in nahe Berührung bekommen. Sie besaß geistige Spannkraft und politische Klugheit genug, das kleine Meininger Land aus der Rückständigkeit herauszuführen, in die es durch Misswirtschaft und Interesselosigkeit seiner Herzöge gekommen war. Tatsächlich hatte das Fürstentum seit Beginn des 18. Jahrhunderts eine sehr unglückliche Entwicklung durchlaufen. Die reichsbekannte Streitsucht seiner Herzöge hatte alle Ansätze zu einer gedeihlichen Entfaltung seiner Möglichkeiten zerstört. Auch Anton Ulrichs Alleinregierung brachte das Land in keiner Weise voran. Der Siebenjährige Krieg hatte schließlich die Reste des Wohlstandes und der Ordnung vernichtet. Die Regentschaft Charlotte Amalies bildete nun aber einen Wendepunkt in der Geschichte des alten Meininger Fürstentums. Die neue Geisteshaltung der Aufklärung, die in Meiningen ein Streben nach Neuerung und Besserung der Zustände mit einem tiefempfundenen Humanitätsideal verband, änderte auch die Auffassung des Herzogshauses von seinen Regentenpflichten. Die Landesherrschaft war nunmehr wirklich bestrebt, der Landesentwicklung förderlich zu sein und interessierte sich für alle Einzelheiten der Verwaltung. Die Zeiten, in denen die dekadenten und unfähigen Herzöge Friedrich Wilhelm und Karl Friedrich die Herrschaft einer eigensüchtigen Hofkamarilla überließen, wiederholten sich im Meininger Land nicht mehr. Auch Anton Ulrichs Teilnahmslosigkeit an den Landesgeschicken gehörte der Vergangenheit an. Überall verspüren wir nunmehr eine

Festigung der staatlichen Ordnung und Verwaltungsorganisation, eine stete Vorwärtsbewegung der wirtschaftlichen Entwicklung, die erst in den Napoleonischen Kriegen eine Unterbrechung erfuhr.

Die Aufgaben, die im Frühjahr 1763 vor der Landesherrschaft standen, waren schwierig genug. Die Zentralverwaltung befand sich unmittelbar vor ihrer Auflösung. Keines der Landeskollegien war ordnungsgemäß besetzt. Eine Vielzahl von politischen Streitigkeiten und eine hohe Schuldenlast waren aus der Zeit der Vorgänger übernommen worden. Bei der persönlichen Feindschaft der nächsten Verwandten gegen den verstorbenen Herzog Anton Ulrich konnte von dieser Seite kaum auf Hilfe und Unterstützung gerechnet werden. Dennoch ist es bewundernswert, wie rasch die neue Landesregentin, die bisher im fernen Frankfurt nur ihrer Familie gelebt hatte, sich in die Meininger Verhältnisse fand und mit welcher Energie sie die der Lösung harrenden Probleme meisterte.

Unmittelbar nach dem Tod Anton Ulrichs stand der Kampf um die Vollstreckung seines Testaments vom 5. Januar 1763 im Vordergrund. Die Nachricht vom Tod des Herzogs kam noch am Sterbetag abends 8 Uhr durch Eilboten in Meiningen an. Sofort begann überall die Besitzergreifung im Namen der neuen Landesregentin, die bis tief in die Winternacht dauerte. Es war zu erwarten, dass die Herzöge von Gotha, Hildburghausen und Coburg gegen die Obervormundschaft protestierten und geeignete Schritte unternahmen, ihre Ansichten durchzusetzen. Tatsächlich rückten wenige Tage später, am 8. Februar 1763, gothaische Truppen ins Land und besetzten den östlichen Teil des Amtes Maßfeld. Am 9. Februar griffen sie die Residenzstadt an. Die Abwehr der gothaischen Beschießung schenkte den Meiningern am 10. Februar eine kurze Ruhepause, die sie benutzten, den Herzog, dessen Leichenzug am Morgen des 8. Februar wenige Stunden vor dem feindlichen Einmarsch, in Meiningen angekommen war, in der Fürstengruft der Schlosskirche beizusetzen. Der Kleinkrieg in den Ämtern Maßfeld und Meiningen zog sich noch bis zum 18. März hin. Dann traf ein kaiserlicher Schiedsspruch in der Meininger Vormundschafts- und Erbschaftssache ein. Er hob zwar das Testament Anton Ulrichs insofern auf, als es die Erbberechtigung seiner Söhne erster Ehe betraf, erkannte aber gleichzeitig die wichtige Bestimmung der Übertragung der Obervormundschaft an Charlotte Amalie als rechtsgültig an. Die gothaischen Truppen verließen sogleich das Land, das sich nunmehr vier Jahrzehnte einer friedlichen und erfolgreichen Aufbauarbeit erfreuen konnte.

Am 6. April 1763 hatte sich Charlotte Amalie offiziell den Landeskollegien und der Landschaft als Regentin vorgestellt. Ein Jahr später, am 30. März 1764, war die Zentralverwaltung wieder vollständig besetzt. Ihre bisherige Gliederung in Regierung, Konsistorium, Kammer und Kriegskommission wurde beibehalten. Die endgültige Neubildung des Geheimen Ratskollegiums zog sich aber noch einige Jahre hin. Sie wurde erst 1767 durchgeführt und mit der Ernennung Johann Christian Heinrich Fischers v. Fischberg zum "Erstminister" am 27. August 1768 beendet. Zwar starb Fischer schon im folgenden Februar und auch der Konsistorialpräsident Ernst Georg Stoll, den Anton Ulrich neben dem 1766 verstorbenen Kanzler Wucherer zum Untervormünder ernannt hatte, schied 1769 unter misslichen Umständen aus. Die Herzogin hatte aber in dem jungen Kammerrat Adolf Gottlieb von Eyben einen tüchtigen Mitarbeiter gefunden, der zusammen mit dem Regierungsrat Martin Christian Grimm das Geheime Ratskollegium durchaus zu einer lebensfähigen Behörde gestaltete.

Bald sah sich die Meininger Obrigkeit vor die Notwendigkeit gestellt, für die Aufgaben, die der aufgeklärte Absolutismus brachte, neue Behörden zu schaffen. Sie lagen vornehmlich auf

dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wie die übrigen thüringischen Herzogtümer errichtete die Meininger Obrigkeit hierfür neun Zentralinstanzen und sah davon ab, diese Arbeit auf die bestehenden Landeskollegien zu verteilen. Es entstand in den folgenden Jahren eine Reihe von ständigen Immediatkommissionen, die unabhängig von den Landeskollegien waren, unter dem Geheimen Ratskollegium standen und diesem unmittelbar berichteten. Schon in den ersten Jahren der Regentschaft Charlotte Amalies wurde im Rahmen der verbesserten Fürsorgepolitik 1764 die Almosenkommission gebildet, die bis 1823 bestehen blieb. Sie war Landesbehörde, stellte aber gleichzeitig die Ortskommission für die Residenzstadt dar. Zur Bildung einer zweiten ständigen Immediatkommission ist es aber unter der Regentschaft Charlotte Amalies nicht mehr gekommen, obwohl der Landtag 1775 dringend die Errichtung einer "Wegekommission" gefordert hatte. Dagegen wurde auf diesem Landtag eine neue landschaftliche Zentralbehörde, die "Steuer- und Kassedeputation" aus landschaftlichen Deputierten als eine ständige Einrichtung der Meininger Landschaft gebildet. Sie leitete das gesamte landschaftliche Steuerwesen, das nunmehr wieder den Landständen übertragen wurde. Sie hatte somit ähnliche Aufgaben wie das in Gotha bestehende Obersteuerkollegium und das in Weimar schon früher gebildete Landschaftskollegium.

In den Unterbehörden blieb die überlieferte Behördenorganisation unverändert. Als eine dringende Notwendigkeit erwies sich aber eine bessere Beaufsichtigung der von den Meininger Zentralbehörden weit entfernten drei oberländischen Ämter Sonneberg, Schalkau und Neuhaus. Es erschien dem Regierungspräsidenten von Pfau erforderlich, den drei Amtleuten des Oberlands einen besonderen Statthalter überzuordnen. Auf seinen Vorschlag hin wurde der Regierungsrat Karl Wilhelm Wolfgang von Donop zum Oberamtmann der drei Ämter im Oberland ernannt⁸⁶. Die drei Amtleute behielten aber ihre Aufgaben im vollen Umfang bei. Eine besondere Instruktion ist anscheinend an Donop nicht ergangen. Die Praxis der folgenden Jahrzehnte zeigte, dass er sein Wirken vornehmlich auf das Gebiet des Polizeiwesens beschränkte, worunter die damalige Verwaltung auch die Förderung der Landeswohlfahrt verstand. Mit Justiz- und Finanzfragen hat sich Donop weniger beschäftigt. Nach seinem Tode 1813 wurde die Oberamtmannsstelle in Sonneberg nicht wieder besetzt. Sie war offensichtlich durch die unter Georg I. eingeführte Departementseinteilung überflüssig geworden. Wenn auch bei der Weiterentwicklung der Behördenorganisation noch recht zögernd verfahren wurde, so kann doch nicht übersehen werden, dass die Meininger Obrigkeit unter der Regentschaft Charlotte Amalies eine innere Festigung der bestehenden Behörden erzielte. Es wurden die Voraussetzungen geschaffen, auf denen Charlotte Amalies Söhne weiterbauten.

Auch auf dem Gebiet der Außenpolitik unterschied sich die Regentschaft Charlotte Amalies wohlthuend von der Zeit ihrer Vorgänger. Die Meininger Landesherrschaft war seit ihrer Regierung tatsächlich bestrebt, die vielen übernommenen Streitigkeiten mit den Nachbarstaaten einem alle Teile befriedigenden Ende zuzuführen und damit die angestammte Prozess-Sucht des Meininger Herzogshauses zu überwinden. Wenn es nicht möglich war, die vielen offenen außenpolitischen Probleme in wenigen Jahren zu klären, so lag es vornehmlich an der Verwirrung, die die vergangenen Jahrzehnte gebracht hatten. Es gelang immerhin, die Römhilder Frage, die seit dem Versuch Anton Ulrichs, die gemeinschaftliche Amtsverwaltung aufzuheben, schwebte, durch Vertrag vom 30. März 1765 zu regeln⁸⁷. Die mit Coburg-Saalfeld gemeinschaftliche Amtsverwaltung wurde beibehalten und Bestimmungen über die Stellenbesetzungen getroffen. Eine Vergrößerung des Meininger

⁸⁶ ThStAMgn GAM XXIV 1.

⁸⁷ ThStAMgn GAM XIII C 27. Schultes, Hist.-stat. Beschreibung I S. 840.

Territoriums fand unter der Regentschaft Charlotte Amalies nicht statt. Jedoch wurde die herzogliche Grundherrschaft durch den Erwerb einiger Rittergüter vermehrt.

1.7. Die Regierung der Herzöge Karl und Georg I. 1775 - 1803

Am 19. November 1775 wurde Charlotte Amalies ältester Sohn August Friedrich Karl Wilhelm mündig und trat als Herzog Karl die Regierung an. Da eine Primogeniturverordnung für das Meininger Herzogshaus noch nicht erlassen war, blieb Charlotte Amalie auch weiterhin als Obervormünderin ihres zweiten Sohnes Georg Friedrich Karl Mitregentin. Am 4. Februar 1782 trat auch dieser als Herzog Georg I. in die Mitregierung ein. Die gemeinschaftliche Regierung der beiden Brüder dauerte aber nur ein halbes Jahr. Herzog Karl starb schon am 21. Juli 1782. Seitdem regierte Georg I. für zwei Jahrzehnte das Meininger Land allein.

Herzog Karl war am 19. November 1754 in Frankfurt geboren. Sein sechs Jahre jüngerer Bruder Georg erblickte am 4. Februar 1761 in der Reichsstadt am Main das Licht der Welt. Im März 1763 kamen die beiden Knaben in die kleine Residenz zwischen Thüringer Wald und Rhön, in der soeben der Geist der Aufklärung seine ersten Wurzeln schlug. Ihr Vater Anton Ulrich konnte auf ihre Erziehung kaum noch Einfluss nehmen. Bei der Geburt Georgs stand er schon im hohen Greisenalter von 75 Jahren und starb zwei Jahre später. Die beiden Prinzen wurden ganz im Sinne der Aufklärung zu einer selbstlosen Menschenliebe gebildet, die über alle Vorurteile des Standes und der Religion erhaben war. Ihren Lehrern haben sie zeitlebens eine treue Anhänglichkeit bewahrt.

Der Meininger Lyzeumsinspektor Hopf und der Magister Johann Georg Otto lehrten Karl die ersten Grundkenntnisse. Den Prinzen Georg unterrichtete der Solzer Pfarrerssohn Johann Ludwig Heim. Alle Lehrer waren erklärte Anhänger der neuen Geisteshaltung. Otto stieg später zum Amtmann von Schalkau auf. Sein Ratschlag hatte noch nach den Befreiungskriegen für manche Landesangelegenheit besonderes Gewicht. Heim wurde später Konsistorialvizepräsident und schließlich Mitglied des Geheimen Ratskollegiums. Er übte noch lange einen tiefgreifenden Einfluss auf die geistige Entwicklung des Landes aus. Im fortgeschrittenen Knabenalter übernahm die Leitung der Erziehung der beiden Prinzen Franz Christian Eckbrecht von Dürkheim, der im Elsass geboren und am Musenhof der Herzogin Anna Amalia von Weimar herangewachsen war. Dürkheim wurde 1768 als Oberhofmeister in meiningische Bestallung genommen. Er war damals 39 Jahre alt und ganz vom Humanitätsideal der Aufklärung erfüllt. Mit gleichgesinnten höheren Beamten gründete er 1774 die Meininger Loge "Charlotte zu den Drei Nelken", einen Kreis, der nach einem neuen Menschheitsideal strebte, das von hingebender Nächstenliebe und nachsichtiger Toleranz geprägt war. Die Anschauungen der jungen Charlottenloge formten den Charakter der geistig regsamen Prinzen fürs Leben.

Im Januar 1775 begann unter der Leitung Dürkheims die große Bildungsreise Karls und Georgs nach Westeuropa. Sie führte zunächst in die Geburtsstadt Frankfurt, in der die Bekanntschaft Goethes gesucht und gefunden wurde. In Straßburg erwiderte Goethe den Besuch der Meininger Prinzen. Dann ging die Reise über die Schweiz, deren Bergwelt und Kulturhöhe auf die beiden Prinzen einen unauslöschlichen Eindruck machten, nach Südfrankreich. Am 16. März 1776 kehrten sie um viele Eindrücke und Kenntnisse bereichert nach Meiningen zurück. Karl hatte schon im November 1775 dem Namen nach die Regierung angetreten und übernahm nun auch tatsächlich die Leitung der Landesverwaltung. Er blieb

auch jetzt bestrebt, die Grundsätze der Charlottenloge in der täglichen Verwaltungsarbeit Wirklichkeit werden zu lassen. Georg, damals erst 15 Jahre alt, wurde für den Militärdienst erzogen, da sein Bruder auch künftighin für ihn die Regierung im gemeinschaftlichen Namen führen sollte⁸⁸. Durch die Vermittlung des Reichsgeneralfeldmarschalls Herzog Joseph von Hildburghausen trat er im Januar 1781 als Rittmeister in ein in Böhmen stationiertes kaiserliches Dragonerregiment ein. Allerdings sagte ihm diese militärische Beschäftigung wenig zu. er kehrte schon im Februar 1782 nach Meiningen zurück⁸⁹.

Die Regierung der Herzöge Karl und Georg stellte für das Meininger Land den Höhepunkt des aufgeklärten Absolutismus dar, den die Regentschaft Charlotte Amalies vorbereitet hatte. Sie fiel in eine lange Friedenszeit, in der ein Geistesfrühling durch die deutschen Lande ging. Er ergriff zunächst jedoch nur die besten Kräfte der führenden Volksschichten. Das bisher unbekannte Freiheitsstreben lag freilich anfangs nur im geistigen Bereich. Es griff aber später auch auf politisches Gebiet über und äußerte sich in einem Hass gegen fürstliche Tyrannei, Misswirtschaft und Volksbedrückung. Die beiden jungen Meininger Herzöge waren entschiedene Anhänger dieser Geistesströmung. Es darf aber nicht übersehen werden, dass in dieser für das deutsche Geistesleben so fruchtbringenden Zeit die breiten Schichten des handwerklichen Kleinbürgertums und der Landbevölkerung noch ganz in dumpfer Erstarrung ihres politischen Wollens verharrten. Sie waren von einem engstirnigen Streben nach persönlichem materiellen Gewinn und von einer Voreingenommenheit des Standes beherrscht. Der Zwiespalt zwischen der vorwärts drängenden Obrigkeit und der am Alten festhaltenden Bevölkerung bildete auch in Meiningen ein Grundproblem, mit dem sich der aufgeklärte Absolutismus auseinandersetzen musste.

Die aus echtem Aufklärergeist entsprungenen pädagogischen Fähigkeiten der Herzöge Karl und Georg haben es aber in mancher Hinsicht dennoch vermocht, die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer Abkehr von den alten Lebensformen zu überzeugen. Wenn auch niemals der Gedanke aufkam, die absolutistische Regierungsweise zu verlassen, so wurde in diesen Jahrzehnten doch wesentliches auf dem Gebiet der Volksbildung und Wirtschaft geleistet. Wenn die beiden Herzöge in der Wahl ihrer engsten Mitarbeiter auch stets eine glückliche Hand hatten, so ist doch unverkennbar, dass die neue Regierungspolitik ihrem ureigensten Wollen entsprang. Überall in der Verwaltung ist ihr Wirken zu verspüren. Das Geheime Ratskollegium, von dem aus sie regierten, wurde gerade in diesen Jahrzehnten zu einer Landesbehörde, die nachhaltig die gesamten Staatsgeschäfte beeinflusste.

In Herzog Karl, dem ältesten der beiden Brüder, waren schon bald nach seinem Regierungsantritt die Saaten gereift, die Dürkheim gelegt hatte. Seine Briefe zeugen von einer reinen Menschenfreundlichkeit und selbstlosen Liebe, wie sie auf den Fürstenthronen des Absolutismus nur selten zu finden sind. Das neue Humanitätsideal brachte den jungen Herzog bereits in die Gefahr, sich in Weichheit und Zartgefühl zu verlieren. Um seine körperliche Gesundheit war es schon in der Jugend nicht zum Besten bestellt. Die von ihm überlieferten Gemälde zeigen ihn als einen schwächtigen, engbrüstigen jungen Mann, dem ein schweres Leiden anzusehen ist⁹⁰. So konnte seine Regierung nicht von langer Dauer sein. Schon wenige Monate nach dem Beginn der Mitregierung seines Bruders erlag er am 21. Juli 1782 im Oberamtmanns Haus zu Sonneberg einem Lungenleiden. Der Sektionsbericht deutet auf Tuberkulose. Der Tod des Menschenfreundes löste nicht nur bei seinen engeren Freunden,

⁸⁸ MTB 1805 S. 69.

⁸⁹ Georg I. wurde später zum Dänischen Generalleutnant ernannt. ThStAMgn GAM XV EE 2. Diese Uniform trug er im täglichen Leben gerne.

⁹⁰ Bild in SVMGL 47 (1904) S. 244.

sondern im ganzen Land eine tiefe Trauer aus. Hiervon zeugen die Elegien, die im Gegensatz zur zeitgenössischen Hofdichtung nicht den Wert des Herzogs als Fürst sondern als Persönlichkeit priesen, der "seines Ranges vergaß, um Mensch zu sein und durchs Vorurteil mit Riesenschritt die Bahn brach"⁹¹. Seine 1780 geschlossene Ehe mit Luise, der Tochter des Fürsten Christian Karl von Stolberg-Gedern, blieb kinderlos.



Georg I. Herzog von Sachsen-Coburg-Meiningen
1761 – 1803

Durch den Tod Herzog Karls kam Georg I. zur Alleinherrschaft über die Coburg-meiningischen Lande. Das Herzogshaus konnte seinen Fortbestand jetzt nur noch auf ihn gründen. In seiner mehr als zwanzigjährigen Regierung tritt er uns deutlicher als sein Bruder vor Augen. Während wir bei Herzog Karl vielfach noch eine jugendliche Schwärmerei für Menschenfreundschaft und Menschenbeglückung feststellen können und er im Gedächtnis der Überlebenden "die zarte, reine, aufgeklärte, edle Seele" blieb, begegnet uns in Georg I. ein ausgeprägter Sinn für praktische Verwaltungstätigkeit⁹². Sie ließ ihn auf fast allen Gebieten zum Reformator und Neuerer innerhalb der engen Grenzen seines Fürstentums werden. Der hohe Idealismus, das Streben nach Humanität und Besserung der menschlichen Verhältnisse, das ihn wie seinen Bruder beseelte, prägte sich in seinen späteren Jahren immer mehr in einem Pflichtbewusstsein aus, der Menschheit wertvolle Dienste leisten zu müssen.

⁹¹ Zitiert nach Schlözers Staatsanzeiger 4/1782 in SVMGL 47 (1904).

⁹² Walch S. 59.

Schon bald nach seinem Regierungsantritt vermählte sich Georg am 17. November 1782 weniger aus Gründen des Staatsinteresses als aus Herzensneigung mit der damals 19-jährigen Luise Eleonore, Tochter des Fürsten Christian Albrecht Ludwig von Hohenlohe-Langenburg aus südfränkischem Hochadel. Diese Frau sollte später in schwerer Zeit Landesregentin des Meininger Landes werden. Der aufgeklärte Absolutismus und die neuen Regierungsaufgaben stellten an die Behördenorganisation des Meininger Landes ähnliche Forderungen wie an die der übrigen Thüringer Kleinstaaten. War die Behördenorganisation trotz mancher Zutaten noch immer auf den Einrichtungen aufgebaut, die Ernst der Fromme geschaffen hatte, so drängte die neue Zeit nach anderen Lösungen.

Tatsächlich haben in diesen Jahrzehnten Kleinstaaten wie Coburg-Saalfeld und Hildburghausen die überlieferte Form der Zentralverwaltung vollständig aufgegeben und nach modernen Gesichtspunkten neu errichtet. Meiningen dagegen verhielt sich wie Gotha-Altenburg weit konservativer und blieb bei der alten Organisation der Zentralverwaltung. Als oberste Behörde bestand auch weiterhin das Geheime Ratskollegium in der bisherigen Form als höchster Beratungskreis des Herzogs, von dem aus er das Land regierte. Ihm untergeordnet waren die voneinander unabhängigen Landeskollegien Regierung, Konsistorium, Kammer und Kriegskommission. Als die großen Fachkollegien führten sie ihre Aufgaben seit dem Ende des 17. Jahrhunderts unverändert fort.

Kurz vor dem Tod Herzog Georgs I. trat im Jahre 1802 als fünftes Landeskollegium das Oberforstamt an ihre Seite. Mit seiner Errichtung war der Jahrhunderte lange Streit zwischen Forst- und Finanzbehörden endlich zu Gunsten einer Verselbständigung der Forstverwaltung entschieden. Der Errichtung des Oberforstamtes gingen eine Reihe organisatorischer Maßnahmen voraus, durch die die wachsende Bedeutung des Forstwesens innerhalb der Landesverwaltung deutlich zum Ausdruck kam. Der schon seit der Mitte des 17. Jahrhunderts zu beobachtende Übergang zum Forstmeisterprinzip wurde schließlich auch 1781 in dem "mittelländischen Oberforst" der Ämter Maßfeld und Meiningen eingeführt, nachdem er sich im Ober- und Unterland bewährt hatte. Seitdem bestanden die drei Meininger Oberforste, die 1820 in Forstdepartements umbenannt wurden und bis 1890 erhalten blieben. In forsttechnischer Hinsicht war die Forstverwaltung nunmehr ganz aus den Amtsverwaltungen gelöst. Lediglich auf finanziellem Gebiet hatte sie mit den Amtskastnereien als bezirklichen Finanzverwaltungen zusammenzuarbeiten. Die Einnahmen und Ausgaben im Forstwesen liefen noch über diese Kassen. Der seit dem 17. Jahrhundert ungeklärte Streit zwischen Oberjägermeister als höchstem technischen Forstbeamten und der Kammer als der obersten Zentralinstanz der herzoglichen Vermögensverwaltung war schon 1786 dahingehend beigelegt worden, dass der damalige Oberjägermeister von Bibra mit Sitz und Stimme in die Kammer berufen und innerhalb dieser Behörde das Forstwesen als besonderes Ressort aufgetragen erhielt⁹³. Die Errichtung des Oberforstamts nach von Bibras Tod, die Gleichstellung mit den übrigen Landeskollegien und die Ernennung des Oberjägermeisters von Ziegesar zum Behördenchef stellten schließlich den letzten Schritt zur Verselbständigung der Forstverwaltung dar. Freilich blieb auch das neue Oberforstamt nur auf forsttechnisches Gebiet beschränkt. Im Hinblick auf die Finanzen war es nach wie vor von der Kammer abhängig. Sachsen-Weimar hatte schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts einen ähnlichen Versuch unternommen und 1735 - 1748 ein besonderes Oberforstamt unterhalten⁹⁴.

⁹³ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 864.

⁹⁴ Mentz S. 64 und 70, in Schwarzburg-Sondershausen bestand 1794 - 1802 und 1809 - 1835 ein besonderes "Forstkollegium". Eberhard in Z. thür., G.u.A. Beiheft 28 (1943) S. 40 u. 80, in Coburg seit 1803 eine Generalforstdirektion. Staats- Post- u. Zeitungslexikon für Sachsen IX (1817).

Die zusätzlichen Verwaltungsaufgaben, die der aufgeklärte Absolutismus zur Hebung der Landeswohlfahrt durchzuführen beabsichtigte, wurden nicht im Rahmen der bestehenden Behördenorganisation gelöst. Die Meininger Obrigkeit wählte hierbei den schon früher beschrittenen Weg der Errichtung ständiger Immediatkommissionen. Sie setzten sich fast nur aus Beamten zusammen, die hauptberuflich in anderen Behörden tätig waren. Dadurch unterscheiden sie sich von der Kriegskommission und dem neugebildeten Oberforstamt, die jetzt meist den Landeskollegien zugerechnet wurden. Mit der Gründung der Almosenkommission in Meiningen 1767 sind wir schon früher bekanntgeworden. Unter der Regierung der Herzöge Karl und Georg I. wurden für Spezialaufgaben der Verwaltung sechs weitere Immediatkommissionen dieser Art errichtet: die Schulkommission 1776, die Chausseebaukommission 1783, die oberländische Handlungskommission 1789, die Meininger Polizeikommission 1789, die Oberökonomiekommission 1793 und die oberländische Chausseebaukommission 1803. Die Schulkommission, deren Aufgabe in der Verbesserung des Landschulwesens bestand, entsprang den Bemühungen um die Hebung des Volksschulwesens, wie sie von dem Aufklärerkreis der Charlottenloge gefordert und durchgeführt wurden. Die Chausseebaukommission war schon auf dem Landtag von 1775 angeregt worden. Sie hatte den nun einsetzenden Chausseebau zu leiten. Die oberländische Handlungskommission entstand aus einer Notlage der Sonneberger Industrie, blieb aber dann eine ständige Einrichtung zur staatlichen Lenkung des Handels im Oberland. Sie bildete übrigens die einzige Behörde, in der der aufgeklärte Absolutismus nach Art der Handelskammern Bevölkerungskreise wenigstens mit beratender Stimme zur Mitarbeit zuließ. Die Oberökonomiekommission entstand als ein Ausdruck der von Georg I. eifrig betriebenen Landwirtschaftspolitik. Sie spielte als oberste Landwirtschaftsbehörde für Jahre eine wichtige Rolle, ging aber nach dem Tod des Herzogs in ihrer Bedeutung stark zurück.

Im Gegensatz zu den großen thüringischen Staaten, etwa zu Sachsen-Weimar, das 1770 eine Generalpolizeidirektion einrichtete, blieb das Polizeiwesen in Meiningen grundsätzlich Angelegenheit der Regierung, die auch fernerhin die gesamte innere Verwaltung und Rechtssprechung leitete⁹⁵. Nur für das sehr zersplitterte Polizeiwesen der Residenzstadt erwies es sich 1789 im Rahmen der neuen Kommunalpolitik Georgs I. als erforderlich, eine besondere Immediatkommission zu bilden. Alle genannten Kommissionen blieben bis 1823, die Meininger Polizeikommission jedoch nur bis 1816 bestehen. Mit Ausnahme der Oberökonomiekommission und der oberländischen Handlungskommission hatten die neuen Einrichtungen in den übrigen thüringischen Herzogtümern bereits Vorbilder oder Nachahmungen gefunden⁹⁶. Sie bildeten somit keine Meininger Sonderheit, bereicherten aber die Verwaltungstätigkeit des Staates in bisher nicht gekannter Weise. Deshalb muss die Behauptung Facius, in den kleinen Nachfolgefürstentümern des Staates Ernst des Frommen sei die Gothaer Verwaltungsorganisation nicht fortgebildet worden und verkümmert, zumindest für die Meininger Verwaltung der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts berichtigt werden.

Durch die organisatorischen Maßnahmen des aufgeklärten Absolutismus waren in der Zentralverwaltung Behörden in verwirrender Fülle entstanden. Dem geheimen Ratskollegium waren beim Tod Georgs I. nicht weniger als fünf Landeskollegien und sieben Immediatkommissionen unmittelbar unterstellt. Hierzu kamen noch die Organe der Hofverwaltung und die 1775 errichtete landschaftliche Steuer- und Kasse-Deputation, die die

⁹⁵ Mentz S. 77, entstanden aus der Weimarer Polizeikommission.

⁹⁶ Kommerzkollegien bestanden in Gotha u. Weimar nicht, für Gotha Facius S. 73.

landschaftlichen Finanzen leitete, sich aber in Wirklichkeit kaum von den landesherrlichen Behörden unterschied.

Zur Gründung eines besonderen Landschaftskollegiums wie in Weimar war es in Meiningen nicht gekommen. Die Meininger Obrigkeit übernahm auch keinerlei Versuche, die zersplitterte Zentralverwaltung ähnlich wie in Coburg und Hildburghausen in einer einzigen Zentralbehörde zusammenzufassen. Der konservative Unterton ihrer aufklärerischen Regierungspolitik erachtete es vielmehr für besser, die bestehenden Kollegien und Kommissionen beizubehalten. Auch bei den großen Fachkollegien wurden jetzt besondere Spezialkommissionen gebildet. In diesen Jahrzehnten entstanden aus dem Revisorenstab bei der Renterei die Rechnungskommissionen. Im Jahre 1803 wurde als medizinisches Beratungsorgan der Regierung das Sanitätskollegium gebildet. Auch dieses hatte in einigen thüringischen Fürstentümern Vorbilder. In Gotha bestand seit 1727 bei der Regierung ein Collegium Medicorum⁹⁷.

Eine weitere Neuerung in der Verwaltungsorganisation entstand ebenfalls unter der Regierung Georgs I.: die Einteilung des Landes in fünf Departements. Ihre Errichtung hatte die Herstellung einer besseren Verbindung zwischen Ober- und Unterbehörde zum Ziel. Quellenmäßig sind wir hierüber allerdings nur sehr schlecht unterrichtet. Vereinzelt treffen wir um diese Zeit auf "Departementsdirektionsakten" und auf das Wirken von Departementsdirektoren. Sicher ist, dass es sich hierbei nicht um Behörden im eigentlichen Sinn gehandelt hat. Vielmehr wurden je einem Mitglied der Regierung und der Kammer ein "Departement" zur besonderen Aufsicht anvertraut. Die Meininger Obrigkeit verstand hierunter einen Inspektionsbezirk, der ein oder mehrere Ämter umfasste. Die beiden "Departementsdirektoren" waren mit den besonderen Problemen ihres Inspektionsbezirkes vertraut und trugen zu einer besseren Verbindung zwischen Ober- und Unterbehörden bei. Im Einzelnen sind fünf solche Inspektionsbezirke nachweisbar:

1. Departement Salzungen mit den Ämtern Salzungen, Altenstein und dem Gericht Liebenstein
2. Departement Wasungen mit den Ämtern Wasungen, Sand und Frauenbreitungen
3. Departement Meiningen mit den Ämtern Meiningen und Maßfeld
4. Departement Sonneberg, das allein aus dem großen Amt Sonneberg bestand
5. Departement Schalkau-Neuhaus mit den Ämtern Schalkau und Neuhaus⁹⁸.

Die Kollegialvorsitzenden, der Kanzler und der Kammerpräsident waren vorerst von der Mitwirkung an diesen Aufgaben befreit. Als jedoch der als Departementsdirektor des Amtes Sonneberg tätige Oberamtmann von Donop starb, übernahm der Kanzler von Künßberg hier die Nachfolge⁹⁹. Er ist noch 1819 zusammen mit dem Kammermitglied von Erffa als Departementsdirektor nachweisbar. Die Auflösung der Departements erfolgte offensichtlich erst durch die Behördenumgestaltung zu Beginn der Regierung Bernhards II.

In den Unterbehörden wurden tiefgreifende Neuerungen nicht vorgenommen. Die Grundlage bildete auch weiterhin die Amtseinteilung. Der Amtmann handhabte innerhalb seines Bezirkes die gesamte Hoheitsverwaltung, übte die Polizeiverwaltung in ihren vielfältigen Zweigen aus und war Zivil- und Kriminalrichter. Als Inhaber der staatlichen Gewalt war er führendes Mitglied der bereits seit dem späten 17. Jahrhundert bestehenden bezirklichen

⁹⁷ Facius S. 118, vgl. für Weimar Hartung S. 100.

⁹⁸ MTB 1805 S. 161-162.

⁹⁹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. d. Innern 13073.

Behörden, die sich nach Art der Kommissionen zusammensetzten. Im Geistlichen Untergericht leitete er zusammen mit dem Superintendenten die geistliche Gerichtsbarkeit und die äußeren Kirchen- und Schulangelegenheiten. Im Forstamt handhabte er zusammen mit dem Forstmeister die Forstpolizei. Der aufgeklärte Absolutismus Georgs I. räumte dem Amtmann noch weitere Befugnisse über die bisher von ihm noch vielfach unabhängigen Städte ein. Die Misswirtschaft in den Stadtverwaltungen veranlasste Georg I. bald nach seinem Regierungsantritt zum Eingreifen. Es galt besonders das zwischen verschiedenen Behörden zersplitterte Polizeiwesen einer einheitlichen Leitung zu unterstellen. In Meiningen wurde die Aufgabe 1789 in Form einer Immediatkommission gelöst. Da hier am Polizeiwesen Stadtrat, Amt, Regierung und Stadtkommandantur Anteil hatten, war eine Koordinierung auf höherer Ebene unvermeidbar. In den Landstädten genügte die Bildung von Polizeikommissionen mit dem Amtmann an der Spitze. Örtliche Polizeikommissionen wurden 1800 in Sonneberg und Salzungen und 1802 in Römhild eingerichtet. Ihre Bildung führte zu einer Schwächung der städtischen Verwaltungsbefugnisse und zu einem starken Einfluss des Amtmanns auf die städtischen Angelegenheiten. Er wirkte sich aber nur günstig aus.

Die bezirklich tätigen Amtsärzte, noch bis ins 20. Jahrhundert Physici genannt, blieben auch weiterhin in starker Abhängigkeit von der Polizeigewalt des Amtmannes. Sie waren lediglich dessen Beratungsorgane bei der Erledigung sanitätspolizeilicher Aufgaben, ohne selbst Verfügungen aussprechen oder vollziehen zu können. Bemerkenswert ist jedoch, dass im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus die Organisation der Physikate besser ausgebaut wurde. Es entstanden eine Reihe neuer Physikerstellen: 1771 in Schalkau, 1800 im Amt Sand und 1822 in Frauenbreitungen. Andere, bereits bestehende Physikate wurden durch die Ernennung von Physici extraordinarii personell verstärkt. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts hatte jedes Amt seinen besonderen Physikus. Nur das kleine Amt Neuhaus war dem Physikat Sonneberg angeschlossen. Auch die "niedere Medizin" wurde durch die Bestellung von Amtschirurgen wesentlich verbessert.

Die bezirklichen Kammerfinanzverwaltungen waren schon seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer selbständiger geworden. Freilich wurde diese Entwicklung erst 1801 mit der Bestellung eines besonderen Amtskastners für das Amt Neuhaus abgeschlossen. Die Behördenbezeichnungen blieben örtlich verschieden. Doch setzte sich immer mehr die Bezeichnung Amtskastnerei durch. Die der Kammer zufließenden Steuern, die Kammer- und Tranksteuer, wurden entweder vom Amtskastner oder anderen Personen verwaltet. Die Organisation dieses Verwaltungszweiges tritt erst jetzt deutlicher vor Augen. Seitdem 1768 die oberländische Generalkasse aufgelöst war, unterstanden alle Amtskastnereien unmittelbar der Renterei. Die Wandlungen, die der aufgeklärte Absolutismus und die erhöhte Beachtung der Wälder für das meiningische Forstwesen mit sich gebracht hatten, lernten wir in Grundzügen schon kennen. Neben der zu beobachtenden Verselbständigung der Forstverwaltung auf der oberen und mittleren Ebene wurde auch überall die Forstschreiberei, die bisher vielfach noch von den Amtsfinanzverwaltungen gehandhabt wurde, Forstbeamten übertragen. Im Oberland war sie schon ursprünglich auf der Grundlage des Oberforstes, im Unterland auf der der Ämter organisiert. Erst später wurde hier die oberländische Regelung eingeführt.

Auch in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus blieb das landschaftliche Finanzwesen, die Verwaltung der Extra-Steuern und Akzisen, unabhängig von den Kammerfinanzen. Die Erträge flossen in die Landeskasse. Sie unterstand seit 1775 im Unterland der Steuer- und Kassedeputation der Landschaft. Seit dem Landtag von 1775 wurden auch die

Steuerbezirksverwaltungen besser ausgebaut. Sie hatten bisher nur in den entlegensten Teilen des Unterlandes, im Salzunger Gebiet, bestanden. Jetzt begegnen uns in fast allen Amtsstädten Steuersekretäre und Steuerkommissare als Beauftragte der Landeskasse.

In der Organisation der Kirchen- und Schulbehörde wurden Änderungen nicht vorgenommen. Oberbehörde blieb das Konsistorium, Mittelbehörde die Superintendentur. Sie war auf der Grundlage der Ämter gebildet. In Frauenbreitungen und Sonneberg führte sie noch den Namen Adjunktur. Jedes Amt bildete ein Geistliches Untergericht. In den Ämtern Sonneberg und Neuhaus wurde diese Trennung allerdings erst 1810 durchgeführt. Die Superintendenturen blieben auch weiterhin Bezirksschulinspektionen und die Pfarrer örtliche Schulaufsichtspersonen. Überblicken wir die Veränderungen, die die Regierungszeit der Herzöge Karl und Georg für die Organisation der Unterbehörden gebracht haben, so erkennen wir, dass zwar auf manchen Gebieten ein wesentlicher Ausbau erfolgt ist, dass aber grundsätzliche Neuerungen nicht durchgeführt worden sind. Wie in der Zentralverwaltung blieben die Grundformen erhalten, auf denen der gothaische Staat Ernst des Frommen aufgebaut war. Zu bemerken ist schließlich noch, dass das bisherige Prädikat "fürstlich" in den Meininger Amtsbezeichnungen nach dem Vorbild der übrigen ernestinischen Staaten im Jahre 1776 in "herzoglich" umgeändert worden ist¹⁰⁰.

Eine Ausdehnung des meiningischen Territoriums erfolgte unter der Regierung der Herzöge Karl und Georg I. nicht. Das Herrschaftsgebiet blieb durch das Herzogtum Hildburghausen auch weiterhin in Unterland (Fürstentum Meiningen) und Oberland (Meiningischer Anteil am Fürstentum Coburg) getrennt. Jedoch konnte innerhalb des Territoriums die herzogliche Grundherrschaft weiter ausgebaut werden.

Die Außenpolitik Georgs I. zielte darauf ab, die von seinem Vater ererbten zahlreichen Prozesse und Streitigkeiten einem befriedigenden Ende entgegenzuführen. Er setzte auf diesem Gebiet die Bemühungen seiner Mutter fort. Der Römhilder Verwaltungsstreit war schon 1765 durch Vergleich beigelegt und der Kampf um die Coburger Reichstagsstimme 1771 beendet worden¹⁰¹. Ungeklärt waren neben den Privatprozessen Anton Ulrichs aber noch wichtige Fragen, die sich aus dem coburg-römhild-eisenbergischen Sukzessionsstreit und den von Meiningen noch nicht anerkannten kaiserlichen Entscheidungen von 1735 und 1742 ergaben. Immer noch schwebten wegen dieser Erbfolgeauseinandersetzung, wegen der "Sonnenfelder Übermasse", des Schalkauer Umtausches und der Coburger Kammergüter langwierige Prozesse vor den Reichsgerichten. Die verwickelten Auseinandersetzungen, die die Hartnäckigkeit Anton Ulrichs nie zu lösen vermocht hätten und die zu immer neuen persönlichen Verfeindungen der ernestinischen Vettern führten, beendete nun die neue, im Geist der Aufklärung erzogene Generation schnell und ohne Schwierigkeiten. Zwischen 1763 und 1772 ging die Regierung der ernestinischen Herzöge zu Ende, die die Politik ihrer Länder in den letzten Jahrzehnten bestimmt hatten. Im Jahre 1763 starb Anton Ulrich von Meiningen, 1764 Franz Josias von Coburg-Saalfeld, 1772 Friedrich III. von Gotha-Altenburg. Mit ihnen verschwand der Hass, der die ältere Generation beseelt hatte. Ihren Nachfolgern Karl und Georg I. in Meiningen, Ernst II. in Gotha und Ernst Friedrich in Coburg erschien die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses innerhalb des ernestinischen Hauses wichtiger als die Fortführung der alten Streitigkeiten. Sie alle waren Anhänger der Aufklärung und eines neuen Lebensgefühles. Von beiderseitigem Vorteil für das sich jetzt

¹⁰⁰ VO vom 27. Sept. 1776, erwähnt in ThStAMgn GAM XXIII 7 und SVMGL 47 (1904) S. 259 Anm. 1.

¹⁰¹ MTB 1805 S. 164. Gruner, Johann Casimir S. 258-259.

entwickelnde gute Verhältnis zwischen Meiningen und Gotha war die 1769 erfolgte Heirat der Schwester Georgs I., Maria Charlotte Amalie, mit Herzog Ernst II. von Gotha.

Bereits durch den Vergleich vom 12. Oktober 1785 konnten die Streitigkeiten um die Coburger Kammergüter und die Eisenberger Land- und Tranksteuern geregelt werden. Meiningen verzichtete auf die aus der eisenbergischen Erbschaft herrührenden Ansprüche gegen Entschädigung mit dem gothaischen Kammergut Dreißigacker und der Aufgabe der gothaischen Anrechte auf das Amt Altenstein und das Rittergut Oepfershausen. Sie waren 1722 und 1737 als heimgefallene Lehen eingezogen und seitdem als Allodium behandelt worden¹⁰². Auf einer achtwöchigen Römhilder Konferenz vom Februar bis April 1789 regelten die Meininger Herzöge ihre Differenzen mit Hildburghausen. Die Hildburghäuser Landesherrschaft erkannte darin endgültig den Verkauf Schalkaus an Meiningen im Jahre 1723 an. Die "Sonnenfelder Übermasse" wurde in ein unkündbares Kapital umgewertet, das Hildburghausen an Meiningen schuldete und zu 3,5 % zu verzinsen war. Gleichzeitig wurde auch die für Meiningen wichtige Werraflößerei durch Vertrag auf 40 Jahre geregelt und die Brennholzzufuhr für die Residenzstadt und die Salzunger Salinen aus dem Oberland einer für Meiningen befriedigenden Lösung zugeführt. Am 11. April 1789 wurden schließlich die gegenseitigen Rechte Meinings und Hildburghausens an den Ämtern Römhild und Behrungen vertraglich geklärt¹⁰³.

Das in den ernestinischen Herzogshäusern nach Jahrzehnten bitteren Streites jetzt vorherrschende Streben nach Ausgleich und Entspannung führte schließlich zu dem wichtigen Römhilder Vertrag vom 8. Juli 1791¹⁰⁴. Die Herzöge von Gotha-Altenburg, Meiningen, Hildburghausen und Coburg-Saalfeld als Nachkommen Herzog Ernst des Frommen gingen hierin die Verpflichtung ein, alle noch bestehenden Streitigkeiten binnen kurzer Zeit durch Vergleich zu regeln, ihre Länder im Falle einer wirtschaftlichen Not als eine Einheit zu betrachten und Veräußerungen des Territoriums außerhalb des ernestinischen Hauses nicht mehr vorzunehmen. Die Erbfolge beim Aussterben einer der vier Speziallinien wurde zur Vermeidung künftiger Streitigkeiten sehr eingehend auf der Grundlage der Linearerbfolge geregelt und das Allodium genau umrissen, das im Erbgang an die Erben des persönlichen Eigentums fallen sollte. In Meiningen gehörten zum Allodium das Amt Altenstein und eine Reihe von Kammergütern¹⁰⁵. Allerdings war auch bei diesem guten Willen nicht alles möglich. Die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten, die wegen der Coburger Erbschaft mit Coburg-Saalfeld bestanden, konnten auf der Römhilder Konferenz von 1791 nicht geklärt werden. Nach wie vor blieb die Neustädter Frage das wesentlichste Streitobjekt. Auch die Römhilder Konferenz von 1794 und weitere Besprechungen im Jahre 1796 und 1801 brachten keine Einigung¹⁰⁶. Noch 1803 reichte Meiningen wegen der Coburger Erbschaft eine ausführliche Beschwerde beim Reichshofrat ein. Sie war vom Kanzler von Uttenhoven ausgearbeitet, konnte aber vor Auflösung des Reiches nicht mehr entschieden werden¹⁰⁷. Andererseits aber wurden 1787 die mit Sachsen-Weimar-Eisenach schwebenden Zillbacher Holzstreitigkeiten beendet. Sie waren 1741 wegen Nichterfüllung einer aus dem Vertrag vom 19. August 1661 stammenden Weimarer Holzlieferungsverpflichtungen entstanden¹⁰⁸.

¹⁰² MTB 1805 S. 164. Gruner, Johann Casimir S. 260.

¹⁰³ ThStAMgn GAM XIII C 39-40, 46-50. Hermann Schulze, Hausverträge S. 237-246.

¹⁰⁴ ThStAMgn GAM XIII C 46-50. Hermann Schulze, Hausverträge S. 237-246.

¹⁰⁵ MTB 1805 S. 171-179. vgl. auch Schultes Cob. Landesgesch. III S. 63-64.

¹⁰⁶ ThStAMgn GAM XIII C 50a. MTB 1805 S. 169.

¹⁰⁷ Brückner I S. 72.

¹⁰⁸ MTB 1805 S. 164-167.

Beim Ausbau der herzoglichen Grundherrschaft innerhalb des Meininger Territoriums hatte bereits die gemeinschaftliche Landesherrschaft Karls und Charlotte Amalies im Jahre 1780 den lästigen Rauensteiner Kaufstreit zu beenden vermocht. Das Gericht Rauenstein war bekanntlich schon 1729 von Anton Ulrich erkauft worden. Er konnte sich allerdings nur in den Besitz der hohen Gerichtsbarkeit und der Landeshoheit setzen. Erst 1763 kamen auch die erkauften Rauensteiner Mannlehen an das Herzogshaus. Charlotte Amalie erwarb dann 1772 aus dem Rauensteiner Gericht die sogenannte "Gundelachische Konzession", die Glashütte Siegmundsburg. Im Jahre 1776 gewann die Landesherrschaft im Konkurs das sogenannte "Rauensteiner Eigentum", das im Kaufvertrag vom 1729 für Hans Siegmund von Schaumburgs Tochter, Sophie Magdalene von Hanstein, vorbehalten war¹⁰⁹. Das "Rauensteiner Eigentum" bestand aus dem "unteren Schloß" in Rauenstein und Erbzinsen in Schalkau, Heid, Meschenbach, Mausendorf, Neundorf, Grümpen, Rauenstein, Rückerswind, Schirnrod, Theuern, Sonneberg, Heubisch und Unterlind¹¹⁰. Im Jahre 1780 erkaufte die Landesherrschaft endlich die sogenannten "Rauensteiner Sohn- und Tochterlehen" (Scheler-Hieronymische Lehen), die ebenfalls 1729 der Sophie Magdalene von Hanstein vorbehalten waren, aber im Jahre 1686 schon aus dem "Rauensteiner Eigentum" ausgeschieden waren. Sie umfassten im Wesentlichen die Dörfer Grümpen und Theuern. Damit war nach einem Kampf, der mehr als ein halbes Jahrhundert gedauert und einen Aufwand von 74.506 fl Kaufgeld und 33.884 fl Prozessgelder gekostet hatte, das gesamte Gericht Rauenstein in Meininger Hand übergegangen¹¹¹. Den Abschluss des langen Streites stellte schließlich 1785 die Übergabe des Rauensteiner Archivs an die Landesherrschaft dar.

Im Unterland erfolgte der Ausbau der herzoglichen Grundherrschaft durch Lehnheimfall, Wiedereinlösung und Verkauf. Im Jahre 1782 kam das Rittergut Unterharles nach Aussterben der Familie Marschalk von Ostheim zu Waltershausen an den Meininger Lehenhof zurück. Die Streitigkeiten mit den Allodialerben wurden 1788 durch Vergleich beigelegt. Wiedereingelöst wurde 1791 das von Herzog Heinrich von Römhild schon im Jahre 1705 an die Julius-Universität zu Würzburg verpfändete Gut Mönchshof im Amt Römhild¹¹². Im Vergleich von 1794 mit seinen noch lebenden Schwestern brachte Georg I. den "Gandersheimischen Fideikommiß" wieder an das Herzogshaus, der aus Erbzinsen, Lehnschaften und Gerechtsamen im Werte von 40.000 Reichstalern bestand. Er war an Anton Ulrichs Schwester Elisabeth Ernestine vergeben worden, die 1713 - 1766 Äbtissin des protestantischen Stiftes Gandersheim war. Durch Kauf kamen 1792 das Turmgut bei Hermannsfeld, 1798 der alte Reithof zu Sülzfeld und 1802 das Gut Sinnershausen an die herzogliche Grundherrschaft¹¹³. Der Befriedigung eines Lieblingswunsches Herzog Georgs entsprang schließlich 1800 die Rückerwerbung des an die Familie von Fischern verlehnten Gerichts Liebenstein. Es wurde in einem Umtausch gegen Unterharles, das Gut Oberkatz und Teile des Gutes Farnbach erworben¹¹⁴. Hatte die Regierung der Herzöge Karl und Georg I. für das Meininger Land keinen territorialen Gewinn gebracht, so waren doch an wichtigen Punkten, nämlich in Rauenstein und Liebenstein, die grund- und gerichtsherrlichen Rechte des Herzogs gefestigt und ausgebaut worden.

¹⁰⁹ Walch S. 369.

¹¹⁰ ThStAMgn ältere Rechnungen Rauensteiner Eigentumsrechnungen.

¹¹¹ errechnet nach Archiv II S. 227-228.

¹¹² [ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 10315]. MTB 1805 S. 184-186.

¹¹³ MTB 1805 S. 187.

¹¹⁴ [ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 10146].

Noch kurz vor dem Tod Georgs gab der Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 Anlass, sich des im Lande eingestreuten reichsritterschaftlichen Territoriums zu bemächtigen. Ohne Widerstand übernahm Meiningen die reichsritterschaftlichen Orte Bauerbach und Einödhausen, außerdem gemeinsam mit Sachsen-Weimar-Eisenach Aschenhausen und den großen Marktflecken Roßdorf. In Bibra, Nordheim, Walldorf, Gleicherwiesen und Berkach erwies sich Pfalzbayern als Nachfolger des aufgehobenen Bistums Würzburg als stärkerer Gegner. Es konnte auf alte Lehensbindungen hinweisen und im Sommer 1803 diese Orte in Besitz nehmen. Georg I. ließ daraufhin am 22. November 1803 "zu Erhaltung unserer Territorialgerechtigkeit und zu Vermeidung nicht abzuwendender Collisionen" in diesen Orten ebenfalls Besitzergreifungspatente anschlagen, ohne jedoch zu Erfolgen zu kommen¹¹⁵. Im Laufe des Jahres 1805 leisteten die strittigen reichsritterschaftlichen Orte Bayerns den Untertaneneid. Als durch den Preßburger Frieden vom 26. Dezember 1805 Bayern das nunmehr zum selbständigen Großherzogtum erhobene Würzburger Gebiet abtreten musste, behielt es dennoch die ehemaligen reichsritterschaftlichen Dörfer, die dem bayerischen Distriktkommissariat Münnerstadt unterstellt wurden¹¹⁶.

Trotz der Ehe, die der damals noch nicht 22-jährige Herzog am 27. November 1782 mit Luise Eleonore v. Hohenlohe-Langenburg schloss, blieb die Erbfolge im Meininger Herzogtum fast während seiner ganzen Regierung unsicher. Die schwere Krankheit des Herzogs hatte bereits bei den Vettern sichere Hoffnungen auf den Erwerb des Landes erweckt, die besonders den Coburger Herzog zu Truppenkonzentrationen an der oberländischen Grenze und zur Errichtung eines Spionageapparates in Meiningen veranlassten¹¹⁷. Erst nach zehnjähriger Ehe wurde 1792 das erste Kind, eine Tochter geboren, der 1794 eine zweite Tochter folgte. Endlich kam am 17. Dezember 1800 der langersehnte Thronfolger, dem der Herzog unter dem Eindruck seiner Freude und seiner humanitären Gesinnung den Namen Bernhard Erich Freund gab. Kurz nach seiner Geburt erließ er die Primogeniturkonstitution vom 12. März 1802, durch die die Meininger Herzogslinie als das letzte deutsche Fürstenhaus das Erstgeburtsrecht einführte¹¹⁸.

Der Primogeniturkonstitution, die am Anfang des 18. Jahrhunderts so notwendig gewesen war, hätte es jetzt nicht bedurft. Die Geburt des alleinigen Thronfolgers kam in letzter Stunde. So rege und unermüdlich die geistige Schaffenskraft des Herzogs war, so sehr litt schon seit langem seine körperliche Gesundheit. Er selbst wusste seit Jahren um ein schleichendes Leiden, das in ihm nagte und das er wohl mit Recht für eine Lungenkrankheit hielt¹¹⁹. Zeitweise überkamen ihn Depressionen und Vorahnungen eines frühen Todes. Immer wieder warfen ihn Fieber und Erkältungskrankheiten aufs Lager. Am Abend des 17. Dezember 1803, unmittelbar nach der Geburtstagsfeier für den Erbprinzen, überfiel ihn wieder ein heftiges Fieber, das tagelang anhielt und rasch zum Verfall der Kräfte führte. Im Morgengrauen des Weihnachtsheiligabends 1803 ging der Todeskampf zu Ende. Herzog Georg verschied im Alter von 43 Jahren und mit ihm sank eine Zeit ins Grab, die noch von späteren Meininger Generationen als beschaulich und glücklich gepriesen wurde. Drei Jahre später marschierten französische Truppen ins Land. Die napoleonischen Kriege begannen ihre blutige Ernte zu halten und hinterließen Dürftigkeit und Armut. Es lag nahe, dass im Meininger Volk noch lange die Erinnerung an den "unvergeßlichen Herzog Jörg" fortlebte, der auf dem Meininger

¹¹⁵ ThStAMgn ZM Nr. 261. GAM VII G 23. Staatsmin., Abt. d. Innern 10132, 10139 u. 10202.

¹¹⁶ SVMGL 13 (1892) S. 40-41.

¹¹⁷ Staats A Coburg C 1411 und Lauter in Z.V.thür. G.u.A. NF 37 (1943) S. 300.

¹¹⁸ ThStAMgn GAM XIV C 1. Hermann Schulze, Hausgesetze S. 246-252.

¹¹⁹ MTB 1805 S. 254.

Bürgerfriedhof ruhte und den die lange Kriegszeit, die sein Lebenswerk, wenn nicht zerstörte, so doch hemmte, bitter genug angekommen wäre¹²⁰.

1.8. Die Regentschaft Luise Eleonores 1803 - 1819

Beim Tod Herzog Georgs I. war der Erbprinz Bernhard Erich Freund gerade drei Jahre alt. Nach den Ehepакten vom 24./ 30. Oktober 1782 übernahm dessen Mutter Luise Eleonore die Obervormundschaft und Landesregierung. Diese Zeit war ausgefüllt von den napoleonischen Kriegen und von den mageren Nachkriegsjahren, in die die Notzeit von 1816/ 17 fiel. Ringsum vollzogen sich tiefgreifende Erschütterungen: Säkularisierung und Mediatisierung in den Jahren 1802 - 1804, die Auflösung des deutschen Reiches und die Gründung des Rheinbundes 1806, Aufstieg und Fall Napoleons und die Bildung des Deutschen Bundes 1815. Neue Nachbarn traten an die Meininger Grenzen und wechselten in rascher Folge. Nach einem Jahrhundert der Erstarrung kam alles in Bewegung. Der Fortbestand des Herzogtums war zweimal, im Jahre 1806 und 1813, in Frage gestellt. Es bedurfte mancher Geschicklichkeit, seine Selbständigkeit in einer Zeit zu sichern, in der auch Deutschland in größeren Räumen zu denken begann. In den großen Rheinbundstaaten und in Preußen regte sich neues politisches Leben, das vielfach von der französischen Revolution beeinflusst war und auf eine Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung hinstrebte. Trotz all dieser Erschütterungen und Gärungen war aber in Meiningen die Regentschaft Luise Eleonores von den Kräften der Beharrung und der Erhaltung der bestehenden Zustände geprägt. In den Jahrzehnten, die für Deutschland weitgehende Veränderungen brachten, herrschte in Meiningen ein unverkennbarer Konservatismus. Die neue Regentschaft unterschied sich damit deutlich von der Regierung der Herzöge Karl und Georg.

Zwar blieben die leitenden Beamten im Dienst, die alle entschiedene Anhänger der vorwärtsdringenden Aufklärung waren. Neben ihnen kamen aber bald auch Persönlichkeiten mit romantisch-konservativer Grundhaltung wie der spätere Staatsminister von Könitz und der Kanzler von Donop in führende Stellungen. In der Absicht, das Werk Georgs I. zu erhalten, vergaß die Meininger Obrigkeit seine Weiterbildung unter den neuen Verhältnissen. So war am Ende der Regentschaft Luise Eleonores das Meininger Herzogtum auf vielen Gebieten ein rückständiger Staat, den die meisten wettinischen Länder überflügelt hatten.

Im ersten Jahr der Regentschaft Luise Eleonores lag das Hauptinteresse der Meininger Obrigkeit zwangsläufig in einer bisher nicht gekannten Weise auf außenpolitischem Gebiet. In der Auseinandersetzung um die reichsritterschaftlichen Dörfer kam die Meininger Landesherrschaft allerdings zunächst keinen Schritt vorwärts, obwohl durch die Rheinbundakte vom 17. Juli 1806 die Reichsritterschaft auch de jure aufgehoben worden war. Selbst der unmittelbar vor den Toren Meiningens gelegene Markt Walldorf blieb bei Pfalz-Bayern und kam schließlich mit den übrigen, ehemals reichsritterschaftlichen Orten durch den Staatsvertrag vom 12. Juli 1807 an das Großherzogtum Würzburg¹²¹. Ein zwischen Gotha-Altenburg und Coburg-Saalfeld im Jahre 1805 durchgeführter Gebietstausch berührte Meiningen insofern, als das coburgische Drittel am gemeinschaftlichen Amt Römhild 1805

¹²⁰ Der Beiname der "Unvergeßliche" für Georg I. geht offensichtlich auf Emmrich zurück, der ihn schon in seiner 1804 verfassten Biographie, MTB 1805, so bezeichnete. Bereits am Todestag des Herzogs, am 24. Dezember 1803, schrieb der Kammer- und Forstrat Bechstein in sein Tagebuch: "Heute ist unser guter und unvergeßlicher Herzog Georg an einer Brustentzündung gestorben". Bechstein, Johann Mattheus Bechstein S. 204.

¹²¹ SVMGL 13 (1898) S. 41).

an Sachsen-Gotha-Altenburg übergang. Die gemeinschaftliche Amtsverwaltung wurde aber unter den bisherigen Bedingungen bis 1826 fortgesetzt¹²².

Bald aber standen ernstere außenpolitische Probleme vor der Meininger Landesherrschaft. Am 6. August 1806 hatte Franz II. die Kaiserkrone niedergelegt und das Reich aufgelöst. Auch der fränkische Reichskreis und die Reichsarmee hörten auf zu bestehen. Das staatliche Gefüge, in welchem das Meininger Fürstentum seit seinem Bestehen fest eingefügt war, bestand nicht mehr. Es unterliegt keinem Zweifel, dass bei aller Ohnmacht des Reiches sein Bestehen für die kleinen südthüringischen Fürstentümer bisher noch immer eine große praktische Bedeutung hatte. In weit stärkerem Maße als in den großen deutschen Territorien hatte sich hier bei Fürst und Untertanen ein Reichsbewusstsein erhalten. Bei den harten Erbstreitigkeiten des 18. Jahrhunderts war von den Meininger Herzögen doch letzten Endes immer wieder die Autorität des Reiches anerkannt worden. Ehe sich aber die Meininger Landesherrschaft der veränderten Lage ganz bewusst werden konnte, stand sie vor neuen außenpolitischen Aufgaben. Bereits im Jahre 1805 hatten preußische Truppen vorübergehend das Land besetzt. Am 20. September 1806 rückten erneut preußische Husaren in Meiningen ein. Wenige Tage später, am 9. Oktober 1806, überschritten zwei französische Armeekorps auf dem Weg von Bamberg nach Thüringen die Landesgrenze bei Hönbach. Zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert standen wieder kämpfende Truppenmassen im Land¹²³.

Die drei kleinen Fürstentümer im südlichen Vorland des Thüringer Waldes begrüßten zwar die Mediatisierung der Reichsritterschaft, da sie ihnen langersehnte Gewinne zu bringen versprach. Nun kamen sie aber durch die Weiterentwicklung selbst in die Gefahr, von einem großen Nachbarstaat aufgesogen zu werden. Sofort nach der Auflösung des Deutschen Reiches stellten sie ihr außenpolitisches Vorgehen auf eine gemeinsame Linie ab und versuchten zunächst, am Kurfürstentum Sachsen Rückhalt zu gewinnen. Vor allem befürchtete Sachsen-Hildburghausen wegen seiner weit nach Süden vorgeschobenen Besitzungen, dem neugegründeten Großherzogtum Würzburg einverleibt zu werden¹²⁴. Als Kursachsen jedoch die preußische Partei ergriff, hielten es die drei Fürsten für ratsam, sich an den neutralen, auf die Franzosen nicht unfreundlich gestimmten Herzog August von Gotha-Altenburg zu halten. Bei ihrer politischen Ohnmacht stand es für die Meininger Obrigkeit von vornherein fest, dass an der schon 1796 beobachteten Neutralitätspolitik unter allen Umständen festzuhalten und sich keiner der kriegführenden Parteien anzuschließen war.

Der rasche Vormarsch der französischen Truppen im Oktober 1806 veranlasste die Meininger Obrigkeit, zusammen mit den drei übrigen ernestinischen Häusern möglichst schnell mit Napoleon ins Reine zu kommen. Vor allem galt es, den Fortbestand des eigenen Landes zu sichern. Dieser war nur möglich, wenn der Anschluss an den im Juli 1806 gegründeten Rheinbund gelang, zu dem auch Meiningens Grenznachbarn, das nunmehrige Königreich Bayern und das neue Großherzogtum Würzburg, gehörten. Obwohl die Volksstimmung geradezu franzosenfeindlich war, sah sich die Meininger Regierung schon im Oktober und November 1806 gezwungen, die Bevölkerung aufzufordern, die französischen Soldaten freundlich aufzunehmen. Sie unterstrich dabei vielfach, dass sie einen "freiwilligen und zuvorkommenden Vorschub den Feinden Frankreichs nicht geleistet habe"¹²⁵. Allerdings wurde das Land dem für die französische Militärverwaltung gebildeten Arrondissement Naumburg unterstellt und als besetztes Gebiet behandelt. Ihm wurde eine unerschwingliche

¹²² ThStAMgn GAM 584, 585.

¹²³ Meininger Chronik II S. 164.

¹²⁴ Besserodt S. 17-18.

¹²⁵ Besserodt S. 32.

Kriegskontribution von 721.000 fs auferlegt, die am 15. November 1806 auf 798.240 fs erhöht wurde¹²⁶. Die Abwendung dieser Kriegskontribution wurde nunmehr zur Hauptaufgabe der meiningischen Außenpolitik. Die Entsendung des Regierungsrates von Türke und des Kammerrats von Bibra nach Naumburg hatte keinen Erfolg¹²⁷. Das Geheime Ratskollegium vertraute daraufhin die Ausführungen seiner außenpolitischen Ziele dem Oberstallmeister von Erffa an, einem Mann, der bis zum Wiener Kongress die diplomatische Vertretung des kleinen Herzogtums besorgte und 1809 mit Sitz und Stimme in das Geheime Ratskollegium berufen wurde. Erffa eilte in das französische Hauptquartier nach Berlin und reiste, da er es hier nicht mehr antraf, zusammen mit seinen Hildburghäuser Kollegen von Lichtenstein nach Posen weiter. Hier kam er am 15. Dezember 1806 an und fand die Unterhändler der übrigen thüringischen Staaten vor, die die gleichen Sorgen nach hier getrieben hatten. Nach tagelangen, von Erffa oft als unwürdig empfundenen Verhandlungen traten sie am 30. Dezember 1806 unter Zustimmung Napoleons dem Rheinbund bei¹²⁸. Die Meininger Obrigkeit sah in der Aufnahme in den Rheinbund, "den vollkommendsten Beweis der großmütigsten Gesinnung Ihro Majestät des Kaisers von Frankreich und Königs von Italien"¹²⁹.

Der stürmische Herbst 1806 bedeutete nicht nur einen Wendepunkt in der Regentschaft Luise Eleonores, sondern auch einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des alten meiningischen Staates. Zwar waren am 30. Dezember 1806 die drei Hauptziele der meiningischen Außenpolitik, der Erlass der Kriegskontribution, die Erhaltung des selbständigen Staates und der Anschluss an ein großes Bündnissystem erreicht. Sogar die Souveränität, die bis 1806 durch die Rechte des Kaisers und des Reichs beschränkt waren, konnten dabei gewonnen werden. Seit dieser Zeit führte der Staat die Bezeichnung "Herzogtum Sachsen-Coburg-Meiningen", nachdem seither zwar von den "herzoglichen" Behörden, aber immer nur von den Fürstentümern Meiningen und Coburg gesprochen worden war. Aber die Bedingungen, unter denen alles erreicht wurde, trübten doch den Blick in die Zukunft. Der Rheinbundvertrag legte dem Land harte Verpflichtungen auf, besonders die Gestellung von Truppen für die Rheinbundarmee, die in Tirol, Spanien und Russland verbluteten. So hinterließen die Jahre 1807 bis 1813 bei der Bevölkerung des Herzogtums nur die schmerzlichsten Empfindungen. Auch die Landesherrschaft konnte sich im Jahre 1813 nicht ohne Mühe von dem Verdacht der Franzosenfreundschaft reinigen, obwohl sie die Lage ebenso wie die Bevölkerung als schmachvoll empfunden hatte. Die jammervolle Situation fühlte niemand stärker als der Oberstallmeister von Erffa auf den diplomatischen Reisen dieser Zeit. Im Jahre 1807 schrieb er aus Paris: "Von Gerechtigkeit und Billigkeit läßt sich hier nicht reden, alles ist Gnade". Seiner Landesregentin, die Napoleon 1807 in Gotha begegnete und das demütigende tagelange Warten auf den französischen Kaiser selbst empfand, ließ er wissen, dass sie in Paris nichts versäume. Er teilte ihr von dort mit: "Die hier anwesenden Fürsten und Fürstinnen spielen eine traurige Rolle, sie werden bloß zur Parade gebraucht"¹³⁰.

Die Fragen der großen Politik wurden seit Meiningens Beitritt zum Rheinbund von Napoleon als Bundesprotektor geregelt und schieden aus dem Sorgenkreis der Landesregierung aus. Doch brachte die Rheinbundzeit neben der Souveränität noch eine Reihe anderer Ereignisse, die sehr zur Festigung des meiningischen Staates beitrugen. Durch den Rheinbundvertrag

¹²⁶ ThStAMgn GAM XIII 5.

¹²⁷ ThStAMgn GAM VIII 6.

¹²⁸ ThStAMgn GAM VIII 10.

¹²⁹ Bekanntmachung vom 6. Januar 1807 in: ThStAMgn ZM Nr. 262.

¹³⁰ Besserodt S. 53 und 68.

gewann die Meininger Obrigkeit alle im Lande gelegenen auswärtigen Lehen, musste allerdings die eigenen Aktivlehen unter fremder Landeshoheit abtreten. Sie fielen meist an das Großherzogtum Würzburg. Auch die seit 1803 offene Frage einer endgültigen Verteilung der reichsritterschaftlichen Dörfer und die seit Jahrhunderten verworrenen Herrschaftsverhältnisse im würzburgisch-meiningischen Grenzgebiet konnten 1808 befriedigend geregelt werden¹³¹. Mit Sachsen-Weimar-Eisenach wurde festgelegt, dass Aschenhausen endgültig an das Fürstentum Eisenach, Roßdorf gegen eine Zahlung von 12000 fl an Meiningen fallen sollte. Noch wichtiger war der am 20. Juni 1808 zwischen Würzburg, Meiningen und Gotha abgeschlossene Staatsvertrag, der zu einer umfassenden Grenzbereinigung im Gebiet zwischen Römhild und Mellrichstadt führte¹³². Meiningen erhielt hierdurch die Landesherrschaft über die ehemals reichsritterschaftlichen Orte Walldorf mit Hof Breuberg, Bibra mit Hof Aroldshausen und Nordheim mit dem Gut Rupperts bei Stedtlingen. An das gemeinschaftliche Amt Römhild fielen das katholische Pfarrdorf Wolfmannshausen, das seit dem Mittelalter zum Bistum Würzburg gehört hatte, der ehemals reichsritterschaftliche Marktflecken Gleicherwiesen und die früher reichsritterschaftlichen und würzburgischen Anteile am Dorfe Berkach. Meiningen und Gotha dagegen traten den meiningischen und Römhilder Streubesitz im Grabfeld an Würzburg ab: den meiningischen Anteil an Willmars, die zum Amt Römhild gehörigen Orte Sondheim, Gollmuthausen, den Anteil an Trappstadt, Rothhausen und die Wüstung Uttenhausen sowie Güter in Sternberg und die Riedmühle bei Königshofen im Grabfeld. Die altwürzburgischen und altsächsischen Besitzungen gingen mit der Territorialherrschaft, Grundherrschaft und niederer Gerichtsbarkeit, die ehemals reichsritterschaftlichen Orte nur mit Landeshoheit an die Vertragspartner über. Für Meiningen brachte dieser Vertrag als wesentlichsten Vorteil den Erwerb des Marktfleckens Walldorf und eine günstige Grenzföhrung im Gebiet um Mellrichstadt.

Erst der Vormarsch der Alliierten nach der Schlacht von Leipzig schob der Meininger Obrigkeit wieder die volle Verantwortung für ihr politisches Handeln zu. Am 24. Oktober 1813 verließen die letzten französischen Truppen das Land, in das gleichzeitig russische und preußische Streitkräfte einrückten. Das Herzogtum stand damit in einer noch schwierigeren politischen Lage als im Jahre 1806. Obwohl seit Sommer 1813 einige übergelaufene meiningische Truppenteile unter preußischem Oberbefehl auf alliierter Seite kämpften, gehörte das Herzogtum bis zuletzt dem Rheinbund an. Auch jetzt mussten die ernestinischen Herzogtümer eng zusammenstehen. Die sich vor ihnen ausbreitende Gefahr war um so bedrohlicher, als der zum Chef der "Deutschen Zentralverwaltung" ernannte Freiherr von Stein ein abgesagter Gegner des Kleinfürstentums und entschlossen war, die kleinen Rheinbundstaaten aufzulösen. Wieder folgten demütigende Bittgesuche an den großen Monarchen, um die Pläne Steins zum Scheitern zu bringen. Meiningen sagte sich formell vom Rheinbund los. Erffa eilte mit seinem Hildburghäuser Kollegen von Baumbach nach Frankfurt am Main, wo es schließlich am 23. November 1813 gelang, dem Alliierten Bündnis gegen Napoleon beizutreten¹³³. Hatte bei Eintritt in den Rheinbund Gotha-Altenburg die wesentlichste Vermittlungsarbeit leisten müssen, so retteten jetzt die guten Beziehungen Herzogs Ernsts I. von Coburg-Saalfeld zu den Alliierten Großmächten auch für Meiningen die Situation. Wieder war eine für die Selbständigkeit des Landes gefährliche Klippe durch verwandtschaftliche Hilfe glücklich umschifft.

¹³¹ Walch S. 67. Besserodt S. 65.

¹³² ThStAMgn GAM Urk. 352. ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11142 und 10219. Walch S. 67. Besserodt S. 65.

¹³³ ThStAMgn GAM VIII 16.

Die Meininger Obrigkeit schätzte sich glücklich, auch diesmal vom Alldruck der Mediatisierung, der seit 1806 auf ihr lastete, fürs erste befreit zu sein. Es lag ihr deshalb fern, aus der allgemeinen Territorialneuordnung Vorteile zu ziehen. Sie begnügte sich im Gegensatz zu Weimar-Eisenach und Coburg-Saalfeld mit einer nur passiven Rolle. Der Wiener Kongress, auf dem Europa und Deutschland neu aufgeteilt wurden, war für den Meininger Hof so uninteressant, dass er eine Vertretung zunächst gar nicht entsenden wollte. Erst auf Anregung Coburgs, das neben dem von Russland geförderten Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach als einziger ernestinischer Staat eine aktive Rolle zu spielen bestrebt war, begaben sich Erffa und der Regierungsrat Schwendler in die Donaustadt. Sie spielten dort aber nur eine unbeachtete Rolle¹³⁴. Meiningen war ohne irgendwelche Ambitionen nach Wien gegangen und zufrieden, dass sein Territorialbestand erhalten blieb. Es schloss sich 1815 dem Deutschen Bund an und erlebte nunmehr bis zum Ende der Regentschaft Luise Eleonores 1821 eine außenpolitisch ruhige Zeit. Die Obrigkeit konnte sich wieder der Innenpolitik zuwenden. Hier galt es, die Auswirkungen der Kriege und die große Wirtschaftskrise von 1817 zu überwinden.

Die Meininger Obrigkeit hatte den territorialen Bestand des Landes durch die Stürme der Jahre 1803 bis 1815 ohne Landverlust erhalten. Andererseits war aber wesentlicher Gebietsgewinn nicht erzielt worden. Es darf aber nicht übersehen werden, dass durch die Neugestaltung Deutschlands das Herzogtum in die Kraftfelder großer Staaten geriet, deren Einflüsse sich bald geltend machen sollten. Der fränkische Reichskreis, in den das Herzogtum bis 1806 eingegliedert war, hatte keine Vormacht, sondern nur ein Gleichgewicht mittlerer Fürstentümer gekannt, das den kleineren Kreisständen zugute kam. Anstelle der alten Bistümer Würzburg und Bamberg, die im Ober- und Unterland südliche Grenznachbarn waren, trat Bayern. Es hatte auch 1806 den kleinen ehemals bayreuthischen, seit 1792 preußischen Gebietsstreifen des Amtes Lauenstein um Ludwigstadt erworben. Der unterfränkische Besitz Bayerns kam zwar durch den Preßburger Frieden vom 26. Dezember 1805 als Großherzogtum Würzburg an den Habsburger Ferdinand von Toskana. Im Jahre 1814 wurde es aber wieder bayerischer Besitz. Im Nord-Westen war 1807 anstelle der nunmehr zum Kurfürstentum erhobenen Landgrafschaft Hessen-Kassel in Barchfeld und Schmalkalden das Königreich Westfalen getreten, das 1813 wieder zerfiel. Nördlicher Grenznachbar Meiningens wurde 1815 anstelle Kursachsens im Gebiet Suhl und Schleusingen das Königreich Preußen. Die übrigen Grenznachbarn blieben bestehen: Im Westen des Unterlandes das nunmehrige Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach, im Osten das Herzogtum Coburg-Saalfeld mit seinem Amte Themar und das Herzogtum Hildburghausen, das im Osten bis an die oberländische Grenze bei Bachfeld, Mausendorf und Siegmundsburg reichte. Im Norden war das Oberland auch weiterhin durch das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt und das Coburg-saalfeldische Amt Gräfenthal begrenzt. Im Süden blieb Coburg-Saalfeld durch seinen Landesteil Coburg Grenznachbar. Aber nicht diese kleinen Staaten prägten künftighin die Außenpolitik des Meininger Staates, sondern die großen Monarchien, von denen Preußen und Bayern ihre Fühler bis an die Landesgrenzen vorgestreckt hatten. Das Herzogtum lag nunmehr bis 1866 in preußisch-süddeutschem Spannungsfeld.

In dem Bestreben, den beim Tod Georgs I. vorgefundenen Zustand möglichst zu erhalten, unternahm die Obervormundschaft während der Jahre 1803 - 1821 möglichst wenig Eingriffe in die Landesverwaltung. Während in dieser Zeit im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach und in den Herzogtümern Coburg-Saalfeld und Hildburghausen wesentliche

¹³⁴

Besserodt S. 88.

Änderungen vorgenommen wurden, die den Umbau des alten Ständestaates in ein modernes Staatswesen vorbereiteten und die überkommene Behördenorganisation aufhoben, trachtete Meiningen nur auf die Erhaltung des Alten. Auch von unten her wurden keinerlei neuzeitliche Forderungen an die Obrigkeit herangetragen. Die Landschaft rühmte sogar 1813 diese Zustände und freute sich über die Tatsache, dass die Umwälzungen keinerlei Wirkungen auf das eigene "hochglückliche" Land hatten¹³⁵.

In der Verwaltungsorganisation blieben das Geheime Ratskollegium, die Landeskollegien und Immediatkommissionen in der bisherigen Weise bestehen. Freilich ließ sich nicht vermeiden, dass durch die Zeitumstände Behörden an Bedeutung gewannen und verloren. Vor allem wurde in den Jahren 1807 - 1816 die Kriegskommission durch Mitglieder der Regierung und Kammer bedeutend gestärkt. Wenn ihr auch neue Aufgaben nicht zugewiesen wurden und besonders die durch das Konskriptionspatent vom 23. September 1809 stärker betriebenen Mannschaftsaushebungen Regierungsangelegenheit blieben, so mehrte sich die Arbeit der Kriegskommission innerhalb der ihr gesetzten Schranken ganz beträchtlich. Andere Zentralbehörden wie die Oberökonomiekommission und die Landschulkommission blieben zwar bestehen, sanken aber in den Kriegsjahren in ihrer Wichtigkeit. Aus der Notwendigkeit der Zeit wurde 1807 als eine neue Zentralverwaltung die Postkommission geboren. Ihre Aufgaben lagen in der Bearbeitung der Posthoheitssachen, nachdem 1807 das gesamte Postwesen den Fürsten von Thurn und Taxis als Erbthronlehen gegeben war. Das bisher der Kammer unterstellte Postamt, das die Landesposten leitete, wurde gleichzeitig aufgelöst. Doch ist die neue Immediatkommission niemals stark in Erscheinung getreten. Bemerkenswert ist noch, dass im Jahre 1817 das Sanitätskollegium bei der Regierung aufgelöst und durch den Sanitätspolizeidirektor als Referent der Landesregierung ersetzt worden ist.

Durch die napoleonischen Kriege wurde aber schließlich noch eine besondere Zentralbehörde für die Kriegsentschädigung notwendig. Sie wurde bei der Landschaft gebildet, da die Finanzierung des Militärwesens und der Kriegslasten auch weiterhin Landschaftsangelegenheit blieb. Dennoch hat die Landesherrschaft maßgebenden Einfluss auf die neue Zentralbehörde ausgeübt. Ihre Anfänge gehen bis ins Jahr 1809 zurück. Sie nahm allerdings erst 1811 feste Formen an und erhielt die Bezeichnung Hilfskommission. Sie setzte sich aus Mitgliedern des Landschaftsausschusses und der Landeskollegien zusammen. Bei den ihr zugewiesenen mangelhaften Finanzquellen, dem Impost auf Kolonialwaren, blieb ihre Tätigkeit auch künftighin illusorisch. Erst nach Erhöhung der Akzise durch die Akzisordnung vom 17. März 1814 flossen ihr größere Mittel zu, so dass sie 1816 mit der Zahlung der seit 1805 erlittenen Kriegsschäden an die Untertanen beginnen konnte. Die Erhöhung der Akzisen im Jahre 1814 hatte schließlich auch eine Änderung in der Akziseinnahme zur Folge. Bisher bestand eine besondere Akzisverwaltung nicht. Diese Aufgabe wurde vielmehr durch die Landschaftskassen und ihre Unterorgane vorgenommen. Nunmehr wurde eine besondere Akziskasse mit besonderen Einnahmeorganen gegründet. In sie floss die gesamte Akzise. Die Kasse überwies der Landschaftskasse die Akziseinnahme in der bisherigen Höhe, die durch die Akziserhöhung von 1814 zusätzlich vereinnahmten Gelder aber an die der Hilfskommission unterstellte Hilfskasse. In der Hilfskassenverwaltung trat dann 1817 eine Trennung ein, als für das Oberland eine besondere Hilfskasse errichtet wurde.

Im Bereich der Amtsverwaltungen erwies sich zunächst die Eingliederung der 1803 und 1808 erworbenen reichsritterschaftlichen Dörfer als erforderlich. Roßdorf wurde dem Amte Sand,

¹³⁵

ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11785.

Walldorf dem Amte Meiningen, Bauerbach, Einödhausen, Bibra und Nordheim dem Amte Maßfeld, Gleicherwiesen und der reichsritterschaftliche Anteil an Berkach dem gemeinschaftlichen Amte Römhild unterstellt. Doch bedeutete dieser Vorgang im Wesentlichen nichts anderes als die Übernahme der Landeshoheit und mit Ausnahme von Roßdorf und Walldorf auch der Hochgerichtsbarkeit. Das grundherrliche Vermögen und die Niedergerichtsbarkeit blieben dagegen den ehemaligen Reichsrittern, ohne dass die Landesherrschaft hierbei Gewinne erzielen konnte. In Anbetracht des landschaftlichen Steuerwesens wurden die ehemaligen reichsritterschaftlichen Orte nicht der Meininger Landschaft unterstellt. Für sie wurde vielmehr 1808 eine eigene ritterschaftliche Steuerkasse gebildet, die ihre Einnahmen an die Renterei abführte.

In den bisherigen Amtsverwaltungen wurden unter der Vormundschaft Luise Eleonores kaum Veränderungen vorgenommen. Ämterzusammenlegungen fanden nicht statt. Auch bei der 1812 bis 1825 vorgenommenen Besetzung der Ämter Frauenbreitungen und Altenstein mit einem einzigen Amtmann handelt es sich nur um eine Personalunion, nicht um einen eigentlichen Ämterzusammenschluss¹³⁶. In Wasungen und Sand blieb die seit 1582 bestehende gemeinsame Amtsverwaltung erhalten. Sie wurde erst 1825 aufgehoben. Die Unterstellung der Ämter Maßfeld und Meiningen unter einen gemeinsamen Amtmann war schon 1720 aufgehoben worden. Nach dem Tod des Oberamtmanns von Donop 1813 wurde das 1771 zur Beaufsichtigung der drei oberländischen Ämter errichtete "Oberamt" Sonneberg nicht mehr besetzt und aufgelöst. Die von Georg I. eingerichteten Departements zur Herstellung einer besseren Verbindung zwischen Ober- und Unterbehörden blieben dagegen bis zur Regierung Bernhards I. bestehen.

Wenn wir zusammenfassen, so stellen wir fest, dass der konservative Grundzug der Regierungspolitik Luise Eleonores und ihres Geheimen Ratskollegiums sich überall hemmend auf die Fortbildung der Landesverfassung und Landesverwaltung auswirkte. So groß der Feuereifer gewesen war, mit dem Georg I. die wirtschaftliche, kulturelle und administrative Entwicklung in seinem Lande vorwärtstreiben wollte, so sehr beherrschten jetzt beherrschende Kräfte das Staatswesen. Sie handelten teils aus Pietätgefühl gegen den "unvergeßlichen Herzog", teils aus Charakterveranlagung. War das Meininger Herzogtum noch am Ende des 18. Jahrhunderts den ernestinischen Ländern in vieler Hinsicht vorangegangen, so hinkte es ihnen jetzt in einer oftmals ganz bedenklichen Weise nach. Freilich waren die äußeren Zeitumstände für eine gedeihliche Fortführung der Politik Georgs I. nicht günstig. Sie war nur möglich, wenn die Staatsaufgaben auf längere Zeit vorausschauend in Angriff genommen werden konnten. Hierzu bot aber die ständig wechselnde militärische und politische Situation während der Regentschaft Luise Eleonores keine Gelegenheit. Alles war zu sehr darauf konzentriert, das Herzogtum durch diese gefährvollen Jahre zu bringen und seinen Bestand zu sichern. Am 17. Dezember 1821, dem 21. Geburtstag Herzog Bernhards II. Erich Freund, legte Luise Eleonore nach einer wenig glücklichen Regierung die Landesregentschaft nieder¹³⁷. Bernhard II. trat von vielen Erwartungen begleitet die Regierung an. Erst jetzt wurden im Meininger Herzogtum die so dringend notwendigen Veränderungen im Verfassungsleben und in der Verwaltungsorganisation vorgenommen. Ihre Durchführung fiel freilich in eine Zeit, in der in Deutschland bereits wieder restaurative Kräfte die Oberhand gewonnen hatten.

1.9. Die Umgestaltung des Herzogtums im ersten Jahrzehnt der

¹³⁶ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 12955.

¹³⁷ Aufruf an die Untertanen vom 17. Dez. 1821 in: ThStAMgn ZM Nr. 261.

Regierung Bernhards II. Erich Freund

Herzog Bernhard II. Erich Freund hatte am 17. Dezember 1821 die Regierung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Meiningen übernommen¹³⁸. Als der spätgeborene Sohn Herzog Georgs I. hatte er mit drei Jahren seinen Vater verloren. Er war in den langen Jahren der napoleonischen Kriege und ihrer Nachwirkungen unter der Obervormundschaft seiner Mutter und der Obhut seiner Erzieher, des Konsistorialassessors Friedrich Mosengeil und des ehemaligen hildburghäusischen Geheimen Rates August von Baumbach, aufgewachsen. Obwohl er in seinem Vater sein Vorbild sah und die Lehrer bestrebt waren, ihn in dessen Sinn zu erziehen, mussten doch die Zeitumstände zu einer anderen Charakterbildung führen. Die Aufklärung mit ihrer Sturm- und Drangzeit war verloschen. Die Flamme des Befreiungskampfes hatte nur kurze Zeit in dem Herzen des Knaben geleuchtet, als im Oktober 1813 der russische Zar im Meininger Schloss weilte und Bernhard schließlich im August 1814 auf dem Bonifaciusfelsen bei Altenstein ein großes Eisenkreuz mit den Worten "Gott, Vaterland, Freiheit, Frieden" anbringen ließ.

Bernhards Bildungsjahre fallen in die Zeit der beginnenden Restauration, die einer Fortsetzung des Werkes Georgs I. ungünstig gewesen sind. Friedrich Mosengeil, der Frauenbreitunger Pfarrerssohn, der 1805 vom Pfarrsubstitut einer Landgemeinde zum Erzieher des künftigen Landesherrn berufen wurde, huldigte als feinfühliges Schriftsteller einem Humanitätsideal, das mehr in einer romantischen Empfindsamkeit als in der Aufklärung Georgs I. verankert war. Die Universitätsjahre in Jena und Heidelberg, die unter der Leitung Baumbachs standen, eines adligen Kavaliers von Format, brachten den Erbprinzen mit den radikalen Kreisen der Burschenschaft zusammen. Sie konnten ihn allerdings nur abstoßen. War er seiner äußeren Erscheinung nach mehr ein Enkel der hohenloheschen Fürstenfamilie als ein Sohn seines Vaters, so konnten diese Jugendjahre nur dazu beitragen, die konservativen Elemente seines Charakters zu stärken. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss hat auf ihn seit der Studienzeit sein Freund Adolf von Fischern ausgeübt, dessen stockreaktionäre Haltung sich später in der Regierungspolitik des Herzogs immer wieder unheilvoll bemerkbar gemacht hat. Noch aber gaben der Aufenthalt in Genf und England und besonders der während seiner Jenaer Studienzeit genossene Verkehr mit dem Weimarer Hof und seinem freisinnigen Großherzog Karl August seinem politischen und geistigen Wollen die Richtung. Als er 1821 die Regierung des Landes übernahm, war er fest entschlossen, die Rückständigkeit seines Landes zu beseitigen, die die konservative Obervormundschaft Luise Eleonores hervorgerufen hatte.

Die ersten vier Jahre der Regierung Bernhards II. waren angefüllt von der Umgestaltung der Landesverwaltung und Landesverfassung. Der junge Herzog führte die Maßnahmen rasch und entschlossen gegen den Widerstand der konservativen Kräfte aus der Zeit der Regentschaft seiner Mutter durch. Die Gegenstrebungen kamen nicht allein aus den Reihen der alten Landschaft, in der Teile des Ritterstandes ihre alten Rechte gewahrt wissen wollten, sondern auch aus den Landeskollegien selbst. Das Konsistorium stellte sogar die Änderung der seitherigen Organisation der Zentralbehörden als unvereinbar mit Volkscharakter und Volksglück hin. Es berichtete dem Herzog unter dem 5. März 1823: Die bisherige Organisation der Landeskollegien, die "durch die lange Erfahrung sich als gut und zweckmäßig bewährt, hat den mannigfachen Veränderungen Unruhen und Stürmen der Zeit ehrenvoll und siegreich widerstanden und ist als wesentlicher Bestandtheil des gesammten Staatslebens und Wirkens so in Geist und Gemüth des Volkes eingedrungen und

¹³⁸

SVMGL 50 (1904) S. 320.

übergegangen, daß Staatsbürger und Unterthanen ihr sowie dem angestammten Regentenhouse mit entschiedener Neigung und inniger Liebe zugethan sind, darinnen einen Theil ihres Selbst, das Palladium ihres Glückes und Wohlstandes erblickend"¹³⁹.

Als das Konsistorium diese gefühlvollen, aber von starrem Festhalten am Althergebrachten zeugenden Sätze schrieb, war die Vorbereitung zur Umorganisation der Zentralverwaltung bereits im vollen Gange. Die Meininger Landesherrschaft konnte dabei die Versuche auswerten, die seit zwei Jahrzehnten in den ernestinischen Nachbarstaaten mit mehr oder minder großem Erfolg unternommen wurden. Sie zielten darauf ab, die aus dem Staat Ernst des Frommen übernommene Organisation der Zentralbehörden aufzunehmen und neue Formen zu finden. Wir haben gesehen, dass die Zentralverwaltung Ernst des Frommen in drei Fachkollegien: Regierung, Konsistorium und Kammer gegliedert war. Ihre Vorsitzenden bildeten als oberster Ratgeberkreis des Landesherrn das Geheime Ratskollegium. Auf diese Weise konnte die gesamte Landesverwaltung aufeinander abgestimmt werden. Im 18. Jahrhundert, besonders in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus, waren bei Vermehrung der Verwaltungsaufgaben Immediatkommissionen als dem Geheimen Ratskollegium unmittelbar unterstellte Fachbehörden hinzugekommen. Ihre Bildung hatte den Grundgedanken der ernestinischen Zentralverwaltung nicht gestört und bewies gerade seine immer noch fortdauernde Lebendigkeit.

¹³⁹

ThStAMgn GAM XXIV 4, Bl. 15.

Zuerst wurde in Coburg 1802 der Versuch gemacht, diese bis dahin auch in der südlichsten wettinischen Residenz wohlbehütete Überlieferung vollständig zu beseitigen. Es ist bezeichnend, dass ein landfremder, nicht aus der alten ernestinischen Beamten-Tradition stammender Minister, Karl Theodor von Kretschmann, diesen Bruch mit dem leidenschaftlichen Neuerungsdrang eines radikalen Aufklärers vollzog. In der Absicht, das kleine Fürstentum, dessen Finanzverwaltung unter der Aufsicht einer kaiserlichen Debitkommission stand, wieder lebensfähig zu machen, löste er 1802 das Geheime Ratskollegium auf und errichtete an seiner Stelle ein Landesministerium, an dessen Spitze er allein stand. Das bisher streng behütete Kollegialsystem in den Zentralbehörden war damit an einer entscheidenden Stelle der Verwaltungsorganisation durchbrochen. Eine weitere wesentliche Änderung wurde am 1. Mai 1802 dadurch herbeigeführt, dass die drei Landeskollegien zu einer Landesregierung vereinigt wurden. Zur besseren Erledigung der Rechtspflege wurde allerdings schon bald innerhalb der Landesregierung eine Justizdeputation unter einem Kanzler gebildet. Schließlich wurde am 3. November 1803 die Justiz ganz von der Landesverwaltung getrennt und ein oberstes, unabhängiges Gericht unter der Bezeichnung "Landesregierung als Justizkollegium und Lehnhof" gegründet¹⁴⁰. Damit war erstmals in einem thüringischen Staat eine wesentliche Neuerung, die Trennung von Verwaltung und Justiz, eingeleitet. Die Verselbständigung des Justizwesens wurde in den nächsten Jahren weiter betrieben, als am 22. September 1806 das Oberappellationsgericht Coburg als dritte Instanz in Justizsachen errichtet wurde. Schließlich kam sogar der aus der preußischen Behördenorganisation stammende Gedanke auf, eine Trennung von Zivil- und Kriminalgerichten durchzuführen. Er wurde später nur in Weimar verwirklicht¹⁴¹.

Es war naheliegend, dass alle diese Neuerungen Kretschmanns bald widerstrebende Kräfte auf den Plan riefen, sie fanden in den alten Landständen ihre Stütze. Diese Kreise sprachen bald von der "Desorganisation der S.-Coburg-Saalfeldischen Lande". Es ist vielleicht wichtig zu wissen, dass der Verfasser einer 1804 erschienenen und so betitelten Schrift der seit 1802 im Meininger Geheimen Ratskollegium tätige Coburger Rittergutsbesitzer Christian Ferdinand von Könitz war. Er hatte als der politische Hauptgegner Kretschmanns in Coburg sein dortiges Amt als Landschaftsdirektor aufgegeben und war in die Dienste des Meininger Herzogs getreten, dessen führender Staatsbeamter er in der Zeit der Obervormundschaftsregierung Luise Eleonores und in den ersten Jahren Bernhards II. war. Nach Kretschmanns Sturz 1808 trat auch in Coburg eine rückläufige Bewegung ein. Das Oberappellationsgericht wurde 1808 aufgehoben und das Landesministerium wieder in ein Kollegium von drei "Geheimen Konferenzräten" unter herzoglichem Vorsitz umgestaltet. Aber die Zusammenlegung der Fachkollegien in der Landesregierung und die Trennung von Verwaltung und Justiz blieben bestehen. Nur das Konsistorium wurde wiederhergestellt. Bald kamen auch wieder neue Immediatkommissionen auf. Das Forstwesen wurde auch schon seit 1803 in der Generalforstdirektion zusammengefasst. Im Jahre 1808 wurden eine Chausseebaukommission und 1812 eine Schlossbaukommission als unmittelbare Behörden gebildet¹⁴².

Bald nach der Umgestaltung in Coburg begann auch das Herzogtum Hildburghausen mit einer Neugestaltung seiner Behördenorganisation. Trotz seiner Kleinheit entwickelte es sich Dank der politischen Aufgeschlossenheit seines städtischen Bürgertums bald zu einem der fortschrittlichsten Staaten Mitteldeutschlands. Auch hier war eine ähnliche Lage wie in

¹⁴⁰ Schultes, Coburger Landesgesch. III S. 82-99 und 120, [Dressel, Carl-Christian, Die Entwicklung von Verfassung und Verwaltung in Sachsen-Coburg 1800-1826 im Vergleich, Berlin 2007 S. 308ff.].

¹⁴¹ Hartung S. 376.

¹⁴² Staatspost- und Zeitungslexikon für Sachsen IV (1817) S. 752.

Coburg entstanden. Nach einer fürstlichen Misswirtschaft im 18. Jahrhundert waren dem Herzog von Reichswegen die Verfügungen über die Finanzen entzogen und einer kaiserlichen Debitkommission unterstellt worden. In dem kleinen Land waren Behördenvereinfachung und Sparsamkeit noch vordringlicher als anderswo. Nachdem das Fürstentum 1702 die volle Landeshoheit erhalten hatte, war auch hier die Behördenorganisation Ernst des Frommen im vollen Umfange nachgeahmt worden. Obwohl sie sich längst als zu kostspielig für die engen Verhältnisse des zersplitterten Zwergstaates erwiesen hatte, blieb sie bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts bestehen. Durch die Verordnung vom 30. April 1810 wurde die Zentralverwaltung in Hildburghausen aber in einer noch radikaleren Weise als in Coburg umgestaltet¹⁴³. Alle Landeskollegien wurden aufgelöst und unter einem Geheimen Ratskollegium eine Landesregierung gebildet, die alle Verwaltungszweige zusammenfasste. Das Geheime Ratskollegium, das 1807 aufgelöst worden war, entstand neu als oberster Beratungskreis des Landesherrn. Die Landesregierung gliederte sich in sechs Abteilungen, das Justizdepartement und Kirchen- und Schuldepartement, Baudepartement, Polizeidepartement und Finanzdepartement sowie Militärdepartement. Die Bezeichnungen wechselten zwar im Laufe der Jahre bald in "Deputation", bald in "Kolleg", die Struktur der Landesregierung blieb aber in der 1810 geschaffenen modernen Form bis 1829 bestehen. Das kleine Herzogtum hatte damit ohne Zweifel die zweckmäßigste Zentralverwaltung aller ernestinischen Staaten.

In Sachsen-Weimar-Eisenach, das 1815 unter nicht unbedeutendem Gebietszuwachs zum Großherzogtum erhoben und damit seine Stellung als führender thüringischer Staat endgültig gefestigt hatte, schritt die Landesherrschaft bei der Organisation der Zentralverwaltung nicht zu radikalen Lösungen. Das Geheime Consilium, die drei alten Landeskollegien, die Generalpolizeidirektion, die Kriegskommission und eine Anzahl Immediatkommission hatten auch hier das 18. Jahrhundert überdauert. Vor allem blieben die getrennten Zentralverwaltungen in Weimar und Eisenach bestehen. Erst die napoleonische Zeit brachte eine Vereinfachung, als 1809 der schon seit längerer Zeit betriebene Plan der Zusammenlegung der beiden Kammern durchgeführt wurde¹⁴⁴. Bei Regierung und Konsistorium blieb aber die Trennung erhalten. Als 1807 nach Auflösung der Generalpolizeidirektion das Landespolizeikollegium gebildet wurde, zog dieses das Polizeiwesen, worunter die Förderung der Landeswohlfahrt zu verstehen war, an sich und beschränkte die Regierung immer mehr auf die Rechtssprechung und auf die Bearbeitung der Lehnsachen¹⁴⁵. Auf diese Weise trat auch hier eine Trennung von Verwaltung und Justiz ein. Im Jahre 1811 wurden schließlich sogar durch die Errichtung des Kriminalgerichts Weimar im Weimarer Landesteil Zivil- und Strafrechtspflege voneinander geschieden. Diese Neuerung fand 1812 in Eisenach und 1818 im Weidaer Landesteil Nachahmung¹⁴⁶. Pläne zur Schaffung einer dritten Gerichtsinstanz, eines Oberappellationsgerichtes, wie es damals in Coburg entstanden war, wurden schon 1807 erwogen. Aber erst auf der gemeinsam mit den thüringischen Staaten durchgeführten Liebensteiner Konferenz wurde beschlossen, anstelle des alten Jenaer Schöffenstuhles das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht Jena zu bilden. Es wurde 1816 errichtet. Der oberste Beratungskreis des Weimarer Landesherrn, das Geheime Consilium, wurde 1815 nach Errichtung des Großherzogtums in ein Staatsministerium umgewandelt, das zwar weiterhin unter dem Vorsitz des Großherzogs tagte, in dem aber das Kollegialsystem mehr als bisher in den Hintergrund trat¹⁴⁷.

¹⁴³ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 12806.

¹⁴⁴ Hartung S. 227.

¹⁴⁵ Hartung S. 234.

¹⁴⁶ Hartung S. 378.

¹⁴⁷ Hartung S. 272-273.

Wir treffen nur in Sachsen-Gotha-Altenburg auf eine so ausgeprägte Vorliebe für das Althergebrachte wie in Meiningen. Ist in den anderen Staaten der ernestinischen Vettern in diesen Jahrzehnten auf dem Gebiet der Behördenorganisation bedeutend mehr als in Meiningen geleistet worden, so tritt die Rückständigkeit Meiningens bei Betrachtung der Landesverfassung noch deutlicher ins Auge. Als erster der thüringischen Staaten hatte Weimar-Eisenach mit der Verfassung vom 20. September 1809 eine Veränderung der bisherigen Landstände angestrebt. Doch war dieser frühe Versuch noch ganz von konservativen Kräften getragen¹⁴⁸. Die nach den Befreiungskriegen erlassene Weimarer Verfassung vom 5. Mai 1816 brachte aber wesentliche Neuerungen. Sie teilte die Stände nicht mehr nach Geburt sondern nach Beruf und ermöglichte einem großen Volksteil in irgendeiner Form die Teilnahme an der Landtagswahl¹⁴⁹. Freilich war auch jetzt noch nicht von einer echten Volksvertretung die Rede. Hildburghausen folgte mit seiner Verfassung vom 19. März 1818 dem Weimarer Beispiel. Auch inhaltlich schloss sich diese Verfassung im Wesentlichen an das Weimarer Vorbild an. In Coburg hatte die aufgeklärte Ministerialbürokratie, die nach Kretschmanns Sturz an der Führung blieb, eine Mitwirkung des Volkes an der Verwaltung lange Zeit verhindert. Aber am 8. April 1821 war auch hier eine Verfassung erlassen worden, die freilich schon deutliche Spuren der metternichschen Restauration in sich trug¹⁵⁰.

In Meiningen versuchte die Landesherrschaft bei der Neugestaltung der Zentralverwaltung nicht eine so radikale Lösung wie in Coburg und Hildburghausen. Die am 25. November 1823 erschienene, verwaltungsgeschichtlich bedeutsame Organisationsverordnung ließ die drei Fachkollegien bestehen, gliederte ihnen jedoch die bisherigen Immediatkommissionen ein und führte durch die Errichtung des Oberlandesgerichts die Trennung von Verwaltung und Justiz auf der oberen Ebene herbei¹⁵¹. Das Geheime Ratskollegium wurde durch die Verordnung nicht berührt. Für diese oberste Behörde war schon in den letzten Jahren der Landesregentschaft Luise Eleonores nach Gothaer Vorbild die Bezeichnung Geheimes Ministerium aufgekommen. Eine landesherrliche Anordnung hierzu ist jedoch nicht nachzuweisen. Es ergab sich für die Folgezeit eine Unsicherheit in der Benennung der obersten Behörde, die bis zum Jahre 1829 andauerte.

Die dem Geheimen Ministerium unterstellten Landeskollegien gliederten sich nunmehr in Landesregierung, Oberlandesgericht, Konsistorium und Kammer. Der Landesregierung und dem Konsistorium wurde die gesamte Rechtspflege genommen und diese dem Oberlandesgericht unterstellt. Alle Behörden wurden nach dem Kollegialprinzip gestaltet. Das Oberforstamt war schon durch die Verordnung vom 20. Februar 1823 aufgehoben und unter der Bezeichnung "Kammerforstsektion" als eine besondere Abteilung der Kammer unterstellt. Die Aufgaben der Kriegskommission, der beiden Chausseebaukommissionen, der oberländischen Handlungskommission und der Postkommission übernahm die Landesregierung, während der Aufgabenbereich der Meininger Almosenkommission und der Landschulkommission an das Konsistorium überging. Auch zwischen Regierung und

¹⁴⁸ Hartung S. 213-219. [Müller, Gerhard, Die Landstände in den ernestinischen Staaten. Zu Varianz und Entwicklung der ständischen Vertretungen im politischen System von Sachsen-Weimar-Eisenach und Sachsen-Gotha-Altenburg 1572 – 1848. In: Landstände in Thüringen. Vorparlamentarische Strukturen und politische Kultur im Alten Reich, Erfurt, Weimar 2008, S. 51-138].

¹⁴⁹ Hartung S. 298-304.

¹⁵⁰ für Hildburghausen SVMGL 14 (1893), [Katharina Witter, Die Landstände in den Fürstentümern Meiningen und Hildburghausen. In: Landstände in Thüringen. Vorparlamentarische Strukturen und politische Kultur im Alten Reich, Erfurt, Weimar 2008, S. 234-262], für Coburg Bohley, Verfassungsfrage, [Dressel a.a.O.]

¹⁵¹ MWN 49/1823.

Kammer wurden Aufgabenverschiebungen vorgenommen. Sie zielten auf eine stärkere Einflussnahme der Regierung auf bisher allein von der Kammer behandelte Hoheitssachen wie Regalienverwaltung und Konzessionserteilungen hin¹⁵².

Die Behördenreform von 1823 brachte ohne Zweifel eine wesentliche Vereinfachung und klare Gliederung der Zentralverwaltung. Sie trug auch der Forderung nach Trennung von Verwaltung und Justiz Rechnung. Doch ist die Landesherrschaft sehr behutsam an die Neugestaltung gegangen. Die Zusammenfassung der Fachkollegien in einer einzigen Zentralverwaltung ist in Meiningen tatsächlich erst 1848 erreicht worden.

Das Jahr 1824 war der Änderung der landschaftlichen Verfassung gewidmet. Erst im Jahre 1825 wurde die Behördenreform in den unteren Instanzen fortgesetzt. Hier waren vor allem die Zusammenfassung der kleinen, vielfach noch aus dem Spätmittelalter stammenden Ämter und Gerichte zu zweckmäßigen Verwaltungsbezirken und die Trennung von Justiz und Verwaltung erforderlich. Die Änderung begann im Oberland, das für die neuen Maßnahmen geeigneter als das Unterland erschien. Die drei oberländischen Ämter waren schon 1771 bis 1813 der Aufsicht eines gemeinsamen Oberamtmanns unterstellt gewesen. Durch die Bekanntmachung vom 25. Juli 1825 wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1825 das Kreisamt Sonneberg als Verwaltungsbehörde für alle oberländischen Besitzungen gebildet. An seine Spitze wurde ein Beamter gestellt, der ursprünglich den Titel Kreisamtmann führen sollte, tatsächlich aber die Amtsbezeichnung Kreisrat bekam. Er wurde der Landesregierung unterstellt und hatte deren Aufgabe im Kreisbezirk zu lösen. Der Gedanke, den Kreis als Kommunalverband zu bilden, wurde noch nicht erwogen. Neben den Hoheitsangelegenheiten, dem Polizeiwesen, Straßenbau, Medizinal- und Militärsachen war dem oberländischen Kreisrat die Aufsicht über die Finanzen und damit über die noch bestehenden drei Amtskastnereien in Sonneberg, Schalkau und Neuhaus übertragen. Er hatte vor allem auch die Aufsicht in den Gemeinden durchzuführen. Das Justizwesen wurde von der Verwaltung getrennt. Das Oberland wurde in zwei Justizämter gegliedert. Das erste Justizamt hatte seinen Sitz in Sonneberg und umfasste die alten Amtsbezirke Sonneberg und Neuhaus und die schon seit 1600 landesherrlichen "Kemmatergerichte". Das zweite Justizamt mit dem Sitz in Schalkau wurde für den bisherigen Amtsbezirk Schalkau und die bereits landesherrlichen Gerichte Rauenstein und Effelder gebildet¹⁵³. Die Stadtgerichte Sonneberg und Schalkau blieben bis 1829 bestehen. Im Jahre 1827 wurde dann in Neuhaus wieder ein eigenes Justizamt errichtet, das räumlich allerdings weit umfangreicher als der alte Amtsbezirk war und bis Judenbach und Heinersdorf reichte¹⁵⁴.

Zur Organisation der Unterbehörden im Unterland hatte die Bekanntmachung vom 25. Juli 1825 zunächst nur ausgeführt, dass die Ämter in Verwaltungssachen als "Administrativamt", in Justizsachen aber als "Justizamt" verfügen sollten. Wenn auch die Neuerungen des Oberlandes dort zunächst zurückgestellt wurden, so traten doch in anderer Hinsicht Veränderungen ein. Im Jahre 1825 wurde für das Amt Sand, das seit 1582 von Wasungen aus verwaltet worden war, eine eigene Amtsverwaltung in Oepfershausen eingerichtet¹⁵⁵. Im gleichen Jahre fand dann noch eine bedeutende Gebietsveränderung im Bereich der Ämter Meiningen und Maßfeld statt¹⁵⁶. Das alte Amt Meiningen bestand, wie es 1542 an Henneberg gekommen war, aus drei voneinander getrennten Landesteilen, dem Kern um Meiningen, den

¹⁵² Vgl. dazu Kammerbericht vom 10. März 1823 in: ThStAMgn GAM XXIV 4 Bl. 74f.

¹⁵³ MWN 38/1825.

¹⁵⁴ VO vom 5. Juni 1827 MRIB 24/1827.

¹⁵⁵ MWN 38/1825.

¹⁵⁶ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 12992.

Dörfern Vachdorf und Leutersdorf und dem Dorf Queienfeld, das 1723 an Hildburghausen abgetreten wurde. Im Jahre 1825 wurde das Amt nach Norden und Westen beachtlich erweitert und ihm der Norden des großen althennebergischen Amtes Maßfeld mit Herpf, Solz, Dreißigacker, Geba, Träbes, Rippershausen und Stepfershausen angegliedert. Dafür kamen die Dörfer Leutersdorf und Vachdorf an das Amt Maßfeld.

Am 1. September 1827 wurden dann auch im Unterland die Amtszusammenlegung und die Trennung von Justiz und Verwaltung durchgeführt¹⁵⁷. Allerdings blieben auch jetzt die Ämter Maßfeld und Meiningen davon unberührt. Die fünf unterländischen Ämter Salzungen, Altenstein, Frauenbreitungen, Wasungen, Sand und das Gericht Liebenstein wurden nach Sonneberger Vorbild zum Kreisamt Frauenbreitungen zusammengefasst. Für die Rechtspflege wurde der Bezirk in drei Justizämter geteilt: Salzungen für das alte Amt Salzungen, Glücksbrunn für die Ämter Altenstein, Frauenbreitungen und das Gericht Liebenstein, Wasungen für die Ämter Wasungen, Sand und das bereits 1737 landesherrliche Gericht Oepfershausen. Damit war auch in den Unterbehörden den modernen Verwaltungsgrundsätzen Rechnung getragen. Doch blieb die Neugestaltung noch nicht einmal zwei Jahre bestehen. Die große Verwaltungsreform von 1829 hob sie wieder auf.

Mit dieser Darstellung sind wir allerdings den Ereignissen schon vorausgeeilt. Wie schon angedeutet, verlagerte die Meininger Obrigkeit nach der Neugestaltung der Zentralbehörden im Jahre 1823 ihr Hauptaugenmerk auf die Neubildung der landschaftlichen Verfassung und Organisation. Da ein Übereinkommen mit den alten Ständen nicht zu erreichen war, setzte der Herzog eine landesherrliche Behörde, die Landschaftsorganisationskommission, unter Vorsitz des bisherigen hildburghäusischen Landschaftsdirektors Dietrich von Stein ein. Hier harnten vor allem drei Aufgaben ihrer Lösung: Die Bildung einer Gesamtlandschaft für das Herzogtum Sachsen-Coburg-Meiningen, die Überwindung des alten Ständestaates durch Zulassung breiterer Bevölkerungsschichten zur Landtagswahl nach Weimarer Vorbild und schließlich die Umgestaltung des veralteten und als Unrecht empfundenen Besteuerungssystems. Uns interessieren hier zunächst nur die beiden ersten Aufgaben. Sie wurden von Stein mit Geschick und Schnelligkeit erledigt. Schon nach halbjähriger Arbeit der Landschaftsorganisationskommission konnte am 24. Dezember 1824 das "Grundgesetz über die landschaftliche Verfassung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Meiningen" erlassen werden. Dieses errichtete einen für das gesamte Herzogtum einschließlich des gemeinschaftlichen Amtes Römhild zuständigen Landtag und löste damit die alten Landstände auf. Aus der Versammlung der Rittergutsbesitzer und des Stadtpatriziats entstand eine auf den drei Ständen der Rittergutsbesitzer, Bürger und Bauern beruhende Körperschaft, deren meiste Mitglieder aus Wahlen hervorgingen. Freilich war im Stande der Bürger und Bauern bei weitem noch nicht die gesamte Bevölkerung wahlberechtigt. Das aktive und noch stärker das passive Wahlrecht war an Grundbesitz und Steuerzahlung gebunden. Gegenüber der alten landschaftlichen Verfassung bedeutet das neue Grundgesetz aber dennoch einen ganz erheblichen Fortschritt. Meiningen hatte wieder den Anschluss an die übrigen thüringischen Kleinstaaten gefunden, die sich den neuen Ideen der Zeit nicht versperrten.

Die Umgestaltung der landschaftlichen Verfassung hatte bald auch eine Änderung der landschaftlichen Behördenorganisation zur Folge. An dem alten Grundsatz der eigenen Steuerverwaltung wurde zwar bis 1831 festgehalten. Die 1775 für das Unterland errichtete landschaftliche Steuer- und Kassedeputation wurde aber aufgehoben. Ihre Aufgaben gingen an das Präsidium des Landtags, den "Landschaftlichen Vorstand" über, der sich aus dem vom

¹⁵⁷ Bekanntmachung vom 22. August 1827 in: MRIB 34/1827.

Herzog ernannten Landmarschall und zwei vom Landtag gewählten landschaftlichen Vorstehern zusammensetzte. Die landschaftliche Steuerverwaltung wurde in der unteren Ebene durch das Steuerverwaltungsgesetz vom 26. März 1827 reorganisiert und gefestigt. Die Hilfskommission wurde 1826 aufgelöst, die besondere Akziseverwaltung blieb aber bis zur Finanzreform von 1831 bestehen.

Mitten in die im Herzogtum Sachsen-Coburg-Meiningen überall spürbare Umgestaltung des Verwaltungs- und Verfassungslebens fiel ein Ereignis, das für die Weiterentwicklung des Staates von größter Bedeutung werden und ihr eine entscheidende Wendung geben sollte. Am 11. Februar 1825 starb mit Herzog Friedrich IV. von Sachsen-Gotha-Altenburg die Hauptlinie des von Ernst dem Frommen gegründeten Zweiges des wettinischen Hauses aus. Die Erben des reichen Landes um Gotha und Altenburg waren die Herzöge Bernhard II. von Coburg-Meiningen, Ernst I. von Coburg-Saalfeld und Friedrich von Hildburghausen. Es war naheliegend, dass die Erben dieses Ereignis zu einer allgemeinen Gebietsbereinigung in Thüringen ausnutzten, die besonders auch im südlichen Vorland des Waldes bitter notwendig war. Es sollte sich dabei zeigen, wie wenig sich trotz der gegebenen Verfassungen der moderne Staatsgedanke in den ernestinischen Herzogtümern durchgesetzt hatte. Überall blieben bei den Erbteilungen die privatrechtlichen Motive maßgebend.

Der Gothaer Erbfall kam nicht überraschend¹⁵⁸. Nach dem Tod Herzog Ernsts II. von Gotha-Altenburg 1804 folgte dessen Sohn August, der nur eine Tochter hatte, die die Gemahlin Herzog Ernst I. von Coburg-Saalfeld wurde. Er starb 1822. Sein einziger überlebender Bruder, Herzog Friedrich IV., war ein körperlich und geistig dekadenter Mensch, der ein rasches Ende erwarten ließ. Bereits seit 1819 standen die zukünftigen Erben untereinander und mit dem Gothaer Herzogshaus wegen des zu erwartenden Erbfalls in Verhandlung. Im Herbst 1821 griff der noch lebende Herzog August selbst in die Auseinandersetzung ein und rief am 7. Oktober 1821 die drei Agnaten zu einer Konferenz nach Arnstadt zusammen¹⁵⁹. Sie fand unter der Leitung des gothaischen Ministers von Lindenau statt, der den erbberechtigten Herzögen den Vorschlag machte, das Land zu teilen und die von Meiningen von Anfang an behauptete Gradualerbfolge aufzugeben, aber auch den Allodialbesitz nicht vom Lehnbesitz zu trennen. Auf diese Weise wollte man Herzog Ernst I. von Coburg als den Schwiegersohn Herzog Augusts veranlassen, sein besonderes Erbrecht am Allod fallen zu lassen. Im Zusammenhang mit der Landesteilung war eine großzügige Gebietsbereinigung in Thüringen vorgesehen. Meiningen sollte gegen Abtretung des Oberlandes das ganze Fürstentum Gotha erhalten, Coburg-Saalfeld in den Besitz des Meininger Oberlandes und des gesamten Fürstentums Hildburghausen kommen. Dem Herzog von Hildburghausen war das Fürstentum Altenburg zugedacht.

Obwohl diese Verteilung tatsächlich zweckmäßig gewesen wäre, waren Herzog Bernhard II. von Meiningen und sein Geheimes Ministerium damit nicht einverstanden. Sie bestanden weiterhin auf der Gradualerbfolge, wonach dem Meininger Herzogshaus als dem nunmehr ältesten ernestinischen Zweig das gesamte Herzogtum Gotha-Altenburg zufiel. Die am 24. August 1791 zu Römhild getroffene Vereinbarung, Erbteilungen nur auf der Grundlage der Linearerbfolge zuzulassen, erklärten die Meininger durch die Bestimmungen des Bundesrechts aufgehoben, wonach kein Bundesstaat geteilt werden sollte. So scheiterte die Arnstädter Konferenz. Auf den weiteren Zusammenkünften Ende Mai 1822 in Hildburghausen wurde lediglich festgestellt, dass bei Eintreten des Erbfalls vom Herzogtum

¹⁵⁸ Hierzu Hirschfeld, Die Errichtung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha im Jahre 1826 Coburg 1927.

¹⁵⁹ Hirschfeld S. 4.

Sachsen-Coburg-Altenburg zunächst im gemeinschaftlichen Namen Besitz zu ergreifen sei. Weitere Vermittlungsarbeiten Lindenaus im Frühjahr und Sommer 1823 brachten keine weiteren Erfolge.

Herzog Ernst I. von Coburg-Saalfeld, der unter den Erben seine Ansprüche am folgerichtigsten und energischsten vertrat, hatte schon längere Zeit Verbindung mit dem österreichischen Staatskanzler Metternich aufgenommen und diesen für seine Forderung nach Linearerbfolge gewonnen. In Hildburghausen hatte er seine natürlichen Verbündeten und durch österreichischen Einfluss interessierte er auch den sächsischen König an seinen Absichten. Als am 4. Februar 1825 Herzog Friedrich IV. starb, ergriffen in Ausführungen der Hildburghäuser Beschlüsse die drei Agnaten durch Patent vom 11. Februar 1825 gemeinschaftlichen Besitz vom gotha-altenburgischen Staatsgebiet. Aber schon wenige Tage später, am 13. Februar, ließ Meiningen eine Verlautbarung veröffentlichen, wonach durch die gemeinsame Besitzergreifung von seinen "ausschließlichen Rechten zu der eröffneten Staatssukzession das Mindeste nicht vergeben werden" sollte¹⁶⁰. Damit war unter den Urenkeln Ernst des Frommen eine ähnliche Lage herbeigeführt, wie hundert Jahre vorher im Coburg-Römhild-Eisenbergischen Erbfolgestreit. Wieder war das Saalfelder Herzogshaus der Hauptwidersacher der Meininger Ansprüche, während Hildburghausen nur eine passive Rolle spielte. Metternich hatte die Coburger Partei sofort nach Meininger Publikation vom 13. Februar 1825 vor aller Öffentlichkeit ergriffen und die Meininger Behauptung von der Unteilbarkeit eines deutschen Bundeslandes als irrig erklärt. Auch den leitenden Gothaer Minister von Lindenau hatte Ernst I. ganz auf seine Seite gezogen und im März 1825 auch den sächsischen König für seine Absicht einer Landesteilung gewonnen. Nur die Versuche, im Dezember 1825 auch den bayerischen König für die Coburger Pläne zu interessieren, scheiterten.

Auch Meiningen blieb nicht untätig, sich der Hilfe bedeutender Bundesgenossen zu versichern. Der Hilfe des Großherzogs Karl August von Weimar war es schon seit Jahren gewiss. Durch dessen Vermittlung sollte nun auch der russische Zar am Gothaer Erbfall interessiert und für die Meininger Ziele gewonnen werden. So zog die Auseinandersetzung, die mit den Mitteln der damaligen Kabinettpolitik betrieben wurde, immer größere Kreise. Aber Russland verschloss sich den Meininger Bitten und auch der Versuch Karl Augusts, Preußen auf meiningische Seite zu ziehen, hatte bei den Gegenmaßnahmen Metternichs keinen Erfolg¹⁶¹.

Bei der für Meiningen immer ungünstiger werdenden Lage begannen unter Vermittlung des Königs von Sachsen die gütlichen Verhandlungen. Vorher war es der Coburger Partei noch gelungen, den von Meiningen als zweiten Vermittler geforderten Großherzog von Weimar ganz auszuschalten. Damit hatte der Meininger Hof einen weiteren diplomatischen Rückschlag bei den Verhandlungen erlitten. Als das Meininger Geheime Ratskollegium sah, dass es seine Forderung nach Gradualerbfolge nicht verwirklichen konnte, strebte es nunmehr die Bildung eines geschlossenen nordfränkischen Herzogtums an. Noch einmal regte sich mit aller Kraft der meiningische Anspruch auf Coburg. So wenig aber Bernhard II. auch nur eine Quadratmeile seines Landes abzutreten bereit war, so wenig willigte Ernst I. in den Verlust seiner Residenzstadt ein. Wieder scheiterten indes die Bemühungen. Unter sächsischer Vermittlung schritten indes die Teilungsverhandlungen rasch fort. Nach der Hildburghäuser Konferenz kam es am 11. August 1826 zum Präliminarvertrag von Liebenstein. Er sprach in

¹⁶⁰ Hirschfeld S. 8.

¹⁶¹ Hirschfeld S. 10.

groben Zügen dem Coburger Herzogshaus das Land Gotha und die hildburghäusischen Ämter Sonnefeld und Königsberg in Franken, dem Herzogshaus Hildburghausen den größten Teil des Landes Altenburg, dem Meininger Hof aber das Kerngebiet des Herzogtums Hildburghausen, das Fürstentum Saalfeld, die Grafschaft Camburg und die Herrschaft Kranichfeld zu. Die Ratifikation des Vertrages ließ noch einige Monate auf sich warten. Das Coburger Herzogshaus hatte bestimmte Bedenken gegen die Abtrennung seines Stammlandes Saalfeld und glaubte sich bei der Bevölkerungszahl benachteiligt. In dieser Endphase gingen aber Hildburghausen und Meiningen zur Durchsetzung des Liebensteiner Präliminarvertrags eng zusammen und isolierten Coburg. Wenn nicht das ganze Werk, das Coburg mit soviel Geschick geschaffen hatte, in Frage gestellt werden sollte, musste es sich zur Ratifikation entschließen. Am 12. November 1826 wurde zu Hildburghausen der endgültige Teilungsvertrag auf der Grundlage des Liebensteiner Abkommens abgeschlossen. Am 15. November 1826 ergriff jeder der neuen Landesherren Besitz von seinen erworbenen Gebieten.

Bei den jahrelangen Verhandlungen hatte Meiningen nur das eine Ziel erreicht, nichts von seinen alten Besitzungen abtreten zu müssen. Seine hochgespannten Forderungen waren wie hundert Jahre vorher an der klugen und berechnenden Politik der Saalfelder Herzogslinie gescheitert. Diese konnte nunmehr die Burg Friedenstein in Gotha, das Symbol des Staates Ernst des Frommen, ihr Eigen nennen. Die beiden Ziele, die sich Meiningen nacheinander gestellt hatte, die Gewinnung Gothas und die Bildung eines geschlossenen Staates aus allen wettinischen Besitzungen in Franken, ließen sich nicht erreichen. Das reiche Gebiet um Gotha und Altenburg musste den Coburger und Hildburghäuser Vettern überlassen werden. Meiningen erhielt zu seinem Oberland die dürftigen Waldgebiete der Ämter Eisfeld und Gräfenenthal. Es war an fruchtbaren Landstrichen nur im Amt Heldburg und in der fernen Grafschaft Camburg beteiligt. Metternich vermerkte mit Bewunderung, "dass man Sachsen-Meiningersseits zur Erlangung mehrerer Volkszahl sämtliche ärmeren Provinzen und die weniger fruchtbaren Landesteile übernommen und sich damit der Möglichkeit ausgesetzt habe, in unfruchtbaren Jahren unübersehbare Opfer für die notwendigste Unterhaltung der Untertanen bringen zu müssen"¹⁶². Darüber hinaus war das neue Meininger Herzogtum über ganz Thüringen verstreut. Der Hauptteil, den Großherzog Karl August von Weimar spöttischerweise als "Hose ohne Hinterteil" bezeichnete, reichte in einem langen Streifen längs des Südhangs des Thüringer Waldes von Salzungen über Meiningen, Hildburghausen nach Sonneberg und erstreckte sich dann über den Rennsteig bis nach Gräfenenthal und Saalfeld. Exklaven lagen im Thüringer Raum von Oberellen bei Eisenach bis nach Mosen bei Gera. Von Bedeutung waren nur die Grafschaft Camburg und die Herrschaft Kranichfeld.

Im Einzelnen kam durch den Hildburghäuser Hauptvertrag vom 12. November 1826 an Herzog Bernhard II. von Sachsen-Meiningen:

1. Das ganze Fürstentum Saalfeld mit Stadt und Amt Saalfeld, Stadt Pößneck, Stadt und Amt Gräfenenthal mit dem ehemaligen Amt Zella und der Stadt Lehesten.
2. Vom Fürstentum Hildburghausen die Ämter Hildburghausen, Eisfeld, Heldburg und Behrungen.
3. Vom Fürstentum Coburg die sieben Orte links der Steinach: Mupperg, Oerlsdorf, Mogger, Liebau, Langenmüss, Lindenberg und Rotheul mit den Wustungen.
4. Das coburgische Amt Themar.
5. Das gothaische Drittel des Amtes Römhild.
6. Das Amt Camburg mit den Exklaven Vierzehnheiligen bei Jena und der Saline

¹⁶²

Hirschfeld S. 11.

Neusulza.

7. Das an das Amt Camburg angrenzende Gebiet des Amtes Eisenberg mit den Dörfern Aue, Boblas, Graitschen, Heiligenkreuz, Janisroda, Casekirchen, Kauerwitz, Köckenitzsch, Molau, Neidschütz, Prießnitz, Seidewitz, Seuselitz, Thierschneck und Utenbach.
8. Die altenburgischen Exklaven Lichtenhain bei Jena und Mosen.
9. Das Amt Kranichfeld.
10. Die Lehnenschaften des bisherigen hildburghäusischen Amtes Sonnefeld im Gebiet des Meininger Oberlandes¹⁶³.

Wie schon betont, wurde von den altmeiningischen Gebieten nichts abgetreten, nur die beiden Kammergüter Gauerstadt und Callenberg kamen an das nunmehrige Herzogshaus Sachsen-Coburg-Gotha.

Weitere wichtige Bestimmungen des Hildburghäuser Teilungsvertrages waren:

1. Abfindung und Niederschlagung aller aus früheren Teilungen und Erbschaften herrührenden gegenseitigen Ansprüche (Artikel 39). Darunter fielen auch die meiningischen Ansprüche auf das Amt Neustadt.
2. Bau einer Chaussee von der coburgischen Grenze über Schalkau, Eisfeld, Kahlert nach Neustadt a. Rennsteig durch Sachsen-Meiningen zur Herstellung einer besseren Verbindung zwischen Coburg und Gotha. Freier Durchlass coburgischen Militärs, herrschaftlicher Frachten und Beamter auf dieser Straße ohne Erhebung von Zoll und Straßengeld. Einräumung desselben Rechtes für meiningische Beamte auf Gotha-coburgischem Gebiet (Artikel 27).
3. Gemeinsame Benutzung der Steinach zur Flößerei durch Coburg und Meiningen, soweit beide Territorien reichen (Artikel 12).

Die Meininger Obrigkeit war sich bewusst, dass sie durch die Erbschaft von 1826 in die Lage gekommen war, einen neuen Anfang machen zu müssen. Das Land war von einem Umfang von 1054 km² auf 2468 km² gestiegen. Das neue Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen entstand. Freilich dauerte es noch zwei Jahre, bis der neue Staat organisiert war. Er sollte noch fast ein Jahrhundert bis zum Jahre 1920 bestehen bleiben. Die organisatorische Arbeit benötigte alle Kräfte des Landes. Die Reformtätigkeit in den altmeiningischen Gebieten musste deshalb zunächst unterbrochen werden. Der Herzog beauftragte mit der staatlichen Neugestaltung eine am 7. August 1827 niedergesetzte "Organisationskommission" unter dem Vorsitz des Meininger Regierungspräsidenten Krafft. Sie bestand ferner aus drei meiningischen und drei Hildburghäuser Beamten. Hier war eine dreifache Aufgabe gestellt: die Abfassung eines Entwurfes für ein Grundgesetz über die landschaftliche Verfassung, die Begutachtung des von Krafft ausgearbeiteten Vorschlages über die Organisation der Verwaltung und die Schaffung einer neuen Gemeindeordnung nach Hildburghäuser Vorbild¹⁶⁴.

Allerdings waren sofort nach dem Anfall der Hildburghäuser und Saalfelder Lande Maßnahmen zu treffen, um die Verwaltung dieser Gebiete fortzuführen. Der Meininger Obrigkeit kam dabei zugute, dass sie in Hildburghausen über eine ausgebildete Zentralverwaltung verfügte, die auch nach dem Wegzug Herzog Friedrichs in der Stadt verblieb. Nur das Geheime Ratskollegium hatte sich mit dem Herzog nach Altenburg

¹⁶³ HRIB 47/1826.

¹⁶⁴ ThStAMgn GAM XXIV 8.

begeben. Schon drei Tage nach der Landesübernahme fanden diese Fragen auf der Grundlage einer getrennten Verwaltung der altmeiningischen und der neuerworbenen Gebiete eine vorläufige Regelung¹⁶⁵. Nur das Geheime Ministerium in Meiningen wurde zur Behörde für alle Landesteile erhoben. Die Meininger Landeskollegien wurden außer den altmeiningischen Gebieten nur noch zuständig für die neuerworbenen Ämter Themar, Camburg, dem auch die Exklaven Lichtenhain und Mosen zugeteilt wurden, Kranichfeld und die "linkssteinachischen Orte" aus dem Fürstentum Coburg. Letztere wurden sofort dem Kreisamt, Justizamt und der Amtskastnerei Sonneberg unterstellt. Für das Hildburghäuser Gebiet und das Fürstentum Saalfeld wurde die Landesregierung in Hildburghausen zur Zentralbehörde bestimmt. Hier fand gleichzeitig eine weitere Vereinfachung statt, indem von den bisher sechs Abteilungen zwei, nämlich das Bau- und das Militärkollegium, aufgehoben und nur das Justiz-, Polizei-, Finanz- und Kirchen- und Schulkollegium erhalten blieben¹⁶⁶.

Aber noch bevor die Organisationskommission ihre Arbeiten abgeschlossen hatte, wurden weitere Einzelmaßnahmen zum Zusammenschluss der beiden Landesteile durchgeführt. Die Zuständigkeit der Meininger Kammerforstsektion wurde am 8. Mai 1827 auf alle Landesteile ausgedehnt¹⁶⁷. Auch im Schulwesen wurden die einzelnen Gebiete bald aneinander angeglichen. Zwar blieben die beiden Landesschulbehörden, das Konsistorium in Meiningen und die Kirchen- und Schulabteilung der Hildburghäuser Landesregierung zunächst noch erhalten, aber durch die Verordnung vom 21. Februar 1827 wurde der führende Schulmann des neuen Staates, Dr. Ludwig Nonne aus Hildburghausen, unter Beibehaltung seiner dortigen Tätigkeit mit Sitz und Stimme auch in das Meininger Konsistorium berufen und wenig später die beiden Lehrerseminare in Hildburghausen vereinigt¹⁶⁸. Das durch die Verordnung vom 10. März 1827 neugeschaffene Feldjägerkorps wurde von vornherein für das gesamte Staatsgebiet gebildet. Endlich löste die Landesherrschaft am 1. April 1828 das kleine hildburghäusische Amt Behrungen auf und vereinigte es mit dem Amt Römhild, das den Meininger Zentralbehörden unterstand¹⁶⁹.

Die Arbeit der Organisationskommission schritt während des Winters 1827/ 28 voran. Am 20. Juni 1828 mahnte der Herzog zur Beschleunigung der Arbeit und verlangte baldigen Abschluss¹⁷⁰. Am 29. Januar 1829 erschienen dann die großen Organisationsedikte, die alle Landesteile zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen. Sie und ihre Vorbereitung gehören bereits in die Geschichte des neuen Herzogtums und müssen hier unberücksichtigt bleiben. Mit ihrer Inkraftsetzung verlor der altmeiningische Staat die letzten Reste seines Sonderdaseins und ging in dem neuen Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen auf.

¹⁶⁵ MRIB 47/1826.

¹⁶⁶ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 12817.

¹⁶⁷ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 132, Ausfertigung vom 29. Nov. 1826. MRIB 20/1827.

¹⁶⁸ MRIB 8/1827. SVMGL 53 (1906) S. 17.

¹⁶⁹ MRIB 11/1828 vorbereitet durch § 11 der VO vom 18. November 1826, ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13005.

¹⁷⁰ ThStAMgn GAM XXIV 8.

2. Herrschaft und Land

2.1. Die Entstehung der Landesherrschaft

Eine Verwaltungsgeschichte des Herzogtums Sachsen-Coburg-Meiningen in der Zeit von 1680 bis 1829 muss mit einer Darstellung der Entstehung, der Entwicklung und des Inhaltes der Landesherrschaft beginnen. Natürlich kann sie im Rahmen dieser Arbeit nur in den Grundzügen erfolgen. Die verwickelten Vorgänge, die im thüringisch-fränkischen Grenzraum zur Entstehung der Landesherrschaft führten, vollzogen sich bereits im Hoch- und Spätmittelalter. Als Bernhard I. 1680 in das Meininger Schloss einzog, war diese Entwicklung im Wesentlichen abgeschlossen. Bei der vorangegangenen Teilung war dem Herzog die volle Landeshoheit in den ihm zugestandenen Ämtern übertragen worden. Nur an wenigen Stellen war sie noch lückenhaft und wurde später durch Erwerbung und Verlust im Umfang geändert. Für ein Verständnis der Meininger Verwaltungsgeschichte ist eine solche Untersuchung umso mehr erforderlich, als das Fürstentum bis ins frühe 19. Jahrhundert von verfassungsrechtlichen Elementen des Mittelalters geprägt war.

Wir werden später noch im Einzelnen sehen, dass das Meininger Fürstentum keineswegs eine homogene Territorialmasse, sondern einen Bereich abgestufter Herrschaftsbefugnisse des Herzogs bildete. Es standen sich nicht Staat und Staatsbürger, sondern Landesherr und Untertanen gegenüber. Aber auch die Untertanenschaft bildete durchaus keine Masse mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten, sondern war durch Geburt und Privileg reich gegliedert. Der Herzog übte über sie Herrschaftsrechte in verschiedenartiger Weise. aus. Untertanen konnten als Grundherren selbst Herrenrechte über andere Untertanen und damit Befugnisse ausüben, die heute allein der Staatsgewalt vorbehalten sind. Selbst als am Ende des 18. Jahrhunderts die abstrakten staatsrechtlichen Konstruktionen der französischen Aufklärung in den wissenschaftlichen Abhandlungen der thüringischen Verwaltungsjuristen und in den landesherrlichen Erlassen Georgs I. Eingang fanden, änderte sich an diesen Herrschaftsverhältnissen zunächst wenig. Zwar wurde jetzt von den "Erfordernissen und den Aufgaben der Gesellschaft" gesprochen und der Landesherr als Beauftragter der "Gesellschaft" angesehen, Verfassungsänderungen fanden aber nicht statt.¹⁷¹ Das alte Meininger Herzogtum unterschied sich dadurch wesentlich vom modernen Staat, den die Aufklärung zwar auch hier ideemäßig vorbereitete, der aber erst durch die Grundgesetze von 1824 und 1829 und durch die Revolution von 1848 geschaffen wurde. Insbesondere kannte das alte Herzogtum Meiningen wie alle deutschen Territorien des 18. Jahrhunderts nicht den Staat als juristische Person. Der Untertan war dem Landesherrn, nicht einem abstrakten Staat unterworfen. In der Erbhuldigung verpflichtete er sich dem Herzog gegenüber zu Treu und Gehorsam. Er war seinem Gebot und Verbot, seiner Gesetzgebung, seiner Gerichtsbarkeit und seiner religiösen Überzeugung unterworfen. Wenn der Untertan im täglichen Leben nicht dem Landesherrn sondern seinen Beamten und Behörden begegnete und sich seit dem Mittelalter das Herrschaftsverhältnis sehr versachlicht hatte, so war doch der Gedanke der persönlichen Ausübung der Staatsgewalt durch den Landesherrn noch im frühen 19. Jahrhundert sehr lebendig. Freilich hat es einer langen Entwicklung bedurft, bis es zu diesem

¹⁷¹ Vgl. hierzu: Johann Ernst Gruner, Hist-stat. Beschreibung IV 1 S. 3-4, "Gemeinnützige Instruktion für Diener und Untertanen" vom 22. Februar 1793 sowie "Verfassung des Instituts für bürgerliche Vervollkommnung in Wasungen" in: ThStAMgn ZM 261.

staatsrechtlichen Zustand des Absolutismus kam, der bereits eine solche Machtfülle des Landesherrn zeigte, dass durch ihn der Weg zum modernen Staat geebnet wurde.

Zur Entstehung der Landesherrschaft in der Grafschaft Henneberg und im Coburger Land haben bereits Zickgraf und Füßlein eingehende, wenn auch nicht erschöpfende Arbeiten geliefert.¹⁷² Die wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Entstehung der Landesherrschaft in Deutschland ist immer noch nicht zum Abschluss gekommen. Es stehen sich dabei im Wesentlichen zwei Richtungen gegenüber. Die ältere sieht die Ausbildung der Landesherrschaft als Folge einer Verleihung von Rechten durch den König an den hohen Adel oder einer Aneignung dieser Rechte in der Zeit des Verfalls der Zentralgewalt¹⁷³. Für die jüngere Ansicht, die in letzter Zeit immer mehr Anhänger gefunden hat, ist die Landesherrschaft aus "autogenen" Machtbildungen entstanden, deren Ursprung und Entwicklung in den einzelnen Territorien nur durch Einzeluntersuchungen festgestellt werden kann¹⁷⁴. Als ein untrügliches Kennzeichen der Landesherrschaft, ja vielfach sogar als ihre Grundlage, wird heute noch der Blutbann, die hohe Gerichtsbarkeit über Leben und Tod, angesehen¹⁷⁵. Wie wenig aber diese aus anderen Territorien gewonnenen Erkenntnisse die Entstehung der Landesherrschaft im nördlichen Ostfranken, besonders im Meininger und Würzburger Land erklären kann, hat schon Zickgraf und neuerdings auch Theodor Mayer aufgezeichnet¹⁷⁶. Sowohl das spätere Meininger Unterland als auch das Oberland bilden mit Ausnahme der Ämter Salzungen und Altenstein einen Teil des Herzogtums Ostfranken und seines Gaues Grabfeld. Schon in der Spätkarolingerzeit begann hier die innere Zersetzung der alten Gauverfassung. Bei dem Fehlen einer wirklichen Herzogsgewalt in Franken, die das Erbe des Königtums hätte antreten können, setzten sich an ihre Stelle schon im 10. Jahrhundert die hier ansässigen Großgrundbesitzer als bestimmendes Element durch. Wir werden später noch im Einzelnen sehen, dass in unserem Gebiet die Grundherrschaft ein wesentlicher Faktor bei der Bildung der Landesherrschaft war. Sie umfasste die Gesamtheit der Rechte, die der Herr über die auf seinem Lande sitzenden Bauern in seiner Hand vereinte. Sie hatte, mit Begriffen der heutigen Staatsrechtstheorien gemessen, zunächst vorwiegend privatrechtlichen Charakter, war aber stark mit öffentlich rechtlichen Elementen durchsetzt. Entstanden war die Grundherrschaft aus Besitz, die der Herr in der fränkischen Kolonisationszeit erworben hatte und von Hörigen bewirtschaften ließ, oder aus Eigentum freier Bauern, die sich unter die Munt (Schutz) eines Herrn gestellt hatten und später unfrei geworden waren. So bildete die Grundherrschaft einen höchst verwickelten Organismus, in dem es anfangs noch durchaus verschiedene Schichten gab, deren jede dem Herrn gegenüber unter besonderem Recht stand.

Die Grundherrschaft stellte territorial gesehen Streubesitz dar, der sich nach einem Mittelpunkt, dem Herrenhof (Fronhof) zu verdichtete, der aber nur in den seltensten Fällen alle Grundstücke eines ganzen Dorfes umfasste. Es lag in der Natur der geistlichen Grundherrschaft, die meist durch Schenkungen zusammengebracht war, dass sie in noch weit stärkerem Maße als die weltliche Grundherrschaft Streubesitz bildete. Für die weitere Entwicklung wurde die Tatsache wichtig, dass die Grundherrschaft nicht nur ein

¹⁷² Zickgraf, Die gefürstete Grafschaft Henneberg, Marburg 1944 bes. S. 131-167. Füßlein, Berthold VII. Graf von Henneberg 1905, Hermann I., Graf von Henneberg und der Aufschwung der Hennebergischen Politik Z.V.thür. G.u.A. NF XI S. 56-342. Der Erwerb der Herrschaft Coburg durch das Haus Henneberg-Schleusingen SVhbG. 15 (1928), Der Übergang der Herrschaft Coburg vom Haus Henneberg-Schleusingen an die Wettiner. Z.V.thür. G.u.A. NF XXVI (1929). Zwei Jahrzehnte Würzburger Stifts-Stadt- und Landesgeschichte 1254-1275 NB. 32. Lieferung (1926).

¹⁷³ Fritz Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart 1914.

¹⁷⁴ H. Aubin, Die Entstehung der Landeshoheit (1920). Theodor Mayer, Die Ausbildung der Grundlage des modernen Staates im Mittelalter HZ 159 (1939) S. 457 ff. Heinrich Mitteis, Der Staat des hohen Mittelalters 1940. Theodor Mayer, Fürsten und Staat 1950, (besondere Berücksichtigung Ostfrankens).

¹⁷⁵ Schröder- v. Künßberg S. 639 ff. v. Below, Der Staat des Mittelalters (1914) S. 260.

¹⁷⁶ Zickgraf S. 131-133. Th. Mayer, Fürsten und Staat S. 282-301.

wirtschaftliches Gebilde war, sondern politische und rechtliche Aufgaben hatte. Die Grundherrschaft, die außerhalb der alten karolingischen Amtsorganisation entstanden war, besaß Befugnisse, die die Neuzeit dem öffentlichen Recht zuwies. Der Grundherr hatte den Schutz der Grundholden zu gewährleisten, er übernahm damit die öffentliche Sicherheit innerhalb seiner Grundherrschaft, übte in eigenem Namen und mit eigenem Recht die Gewalt über seine grundhörigen Bauern aus. Die geistlichen Grundherrschaften waren darüber hinaus meist im Besitz der Immunität. Sie bildeten einen eigenen, dem Land gegenüber sich abhebenden Gerichtsbezirk.

Wenn wir zunächst die Entwicklung im Unterland verfolgen, so hing hier die Entstehung der Landesherrschaft aufs engste mit der Bildung des Territoriums der Grafschaft Henneberg zusammen. Im Meininger Land traten bei Verfall der Gauverfassung im 10. und 11. Jahrhundert eine Reihe großer Grundherren auf. Der bedeutendste war zunächst der König selbst. Sein umfangreicher Besitz zwischen Werra und Rhön stammt wohl noch aus der Zeit der fränkischen Eroberung. Ein großer Teil war allerdings bei der Ansiedlung ausgegeben worden. Mittelpunkt der königlichen Grundherrschaften im Werratal waren die Marken Meiningen, Walldorf und Breitungen¹⁷⁷. Auch die späteren bambergischen Lehnsorte Obermaßfeld, Einhausen, Ritschenhausen und Gaulshausen (Wüstung bei Bibra) sind altes Königsgut. Hier lag auch der im Jahre 840 erwähnte königliche Fiskus Gerafeld¹⁷⁸. Reichsgut lässt sich werraaufwärts in Belrieth, Vachdorf und Leutersdorf feststellen. In der Vorrhön treffen wir in den Marken Herpf, Helmershausen und Ostheim ebenfalls auf Königsgut. In der Mark Nordheim im Grabfeld war der Königsbesitz besonders stark vertreten. Weiter südlich lag der bedeutende Königshof Mellrichstadt¹⁷⁹. Zwischen diesen grundherrlichen Besitzungen des Reichs lagen ausgedehnte Wälder, in denen der König den Wildbann innehatte. Grenzbeschreibungen sind vom Breitunger und Mellrichstädter Reichsforst aus den Jahren 1016 und 1030 überliefert¹⁸⁰. Aus der späteren Entwicklung ist weiter mit Bestimmtheit zu schließen, dass auch der Wald zwischen Werra und dem Kamm des Thüringer Waldes Reichsforst gewesen ist. Diese Reichsforste und die hier ausgeübten Wildbänne sind neben der Grundherrschaft der zweite wesentliche Faktor, der zur Entstehung der Landesherrschaft beigetragen hat¹⁸¹.

Im Laufe des 11. Jahrhunderts und während des Investiturstreites ging das reiche Königsgut meist durch Schenkungen verloren. Im Jahre 982 kamen Meiningen und Walldorf an das Petersstift zu Aschaffenburg, wurden allerdings schon bald wieder zurückgegeben und 1008 endgültig an das Bistum Würzburg geschenkt¹⁸². Der große Breitunger Forst wurde 1016 an die Abtei Hersfeld, der Mellrichstädter Forst, der sich bis an die Herpf und das Gebiet um Gleimershausen, Haselbach und Eußenhausen zog, 1031 an das Bistum Würzburg gegeben¹⁸³.

Durch diese umfangreichen Schenkungen, deren Ursachen in der großen Reichspolitik zu suchen sind, war zwar noch nicht alles Reichsgut im Meininger Gebiet beseitigt, aber das Bistum Würzburg zum größten Grundherrn im südlichen und die Abtei Hersfeld im

¹⁷⁷ Zickgraf S. 29.

¹⁷⁸ Dobenecker I Nr. 183.

¹⁷⁹ Zickgraf S. 30.

¹⁸⁰ Dobenecker I Nr. 649 und 700.

¹⁸¹ Über die Bedeutung der Forsten bei der Ausbildung des Territorialstaates s. Mayer, Fürsten und Staat S. 294.

¹⁸² MG D Otto II Nr. 98 und Heinrich II Nr. 35, Dobenecker I Nr. 618.

¹⁸³ MG D Heinrich II Nr. 350, Konrad II Nr. 173. Dobenecker I Nr. 649 und 700 vgl. Ziegler, Territorium Hersfeld 28-32.

nördlichen Teil des späteren Fürstentums Meiningen geworden. Allerdings besaß das Bistum schon von früher her hier Güter. Im Jahre 823 hatte es in Mellrichstadt Fuß gefasst, 883 in Vachdorf und 941 in der Mark Nordheim Besitzungen erworben. Im Jahre 979 erhielt es das Reichsgut Stockheim am Oberlauf der Streu¹⁸⁴. Nach Gründung des Bistums Bamberg und dem dadurch bedingten Erwerb Meiningens wurde der würzburgische Besitz im nördlichen Grabfeld planmäßig aufgebaut und verdichtet. Die Grundherrschaften der Abtei Fulda waren durch kleinere Schenkungen aus dem 10. bis 12. Jahrhundert in unserem Gebiet zwar umfangreich, doch lagen sie zu zerstreut, als dass aus ihnen ein geschlossenes Territorium hätte entstehen können¹⁸⁵.

In der Zeit des Investiturstreites begegnen uns im nördlichen Grabfeld eine Reihe kleiner und großer weltlicher Grundherren, die im Besitz von Allod, aber auch alten Reichsgutes sind. Zickgraf vermerkt wohl mit Recht, dass diese plötzlich auftretenden Grundherrschaften eine Folge der unter Kaiser Heinrich IV. durchgeführten Förderung des mittleren und kleinen Adels sind. Es ist kaum anzunehmen, dass sich diese kleinen und mittleren Adligen den alten Reichsbesitz einfach angeeignet haben¹⁸⁶. In unserem Gebiet finden wir die Herren von Jochsberg, von Wasungen, von Belrieth, von Frankenberg, besonders aber die Frankensteiner und Henneberger im Besitz großer Grundherrschaften.

Die Grundherrschaft der von Jochsberg ist erst aus Urkunden nach ihrem Aussterben 1297 zu rekonstruieren. Sie umfasste die alte Mark Katz¹⁸⁷. Ähnlich gelagert ist auch der Aufbau der Herrschaft Wasungen. In beiden Fällen ist ein ursprünglich grundherrlicher Fronhofbezirk in ein Herrschaftsgebiet mit Hochgerichtsbarkeit, hier die Zent Wasungen, dort die Zent Friedelshausen umgebildet worden¹⁸⁸. Wasungen fiel durch Erbschaft um 1150 an die Henneberger. Die Belriether werden als gleichberechtigte Zeugen neben den ersten Hennebergern in Urkunden des 11. und 12. Jahrhunderts genannt. Sie gehörten offensichtlich zu den alten Geschlechtern des nördlichen Grabfelds. Der genaue Umfang ihrer Grundherrschaft und der Ausgang des Geschlechtes sind ungewiss. Die Burg Belrieth war noch im Anfang des 14. Jahrhunderts Reichslehen. Die Frankenger aus dem weitverzweigten Geschlecht von Stein verfügten über eine Grundherrschaft im Gebiet von Breitung und Helmers. Im Mittelpunkt lag die Burg Frankenberg bei Helmers. Zu ihrer Grundherrschaft gehörten ferner Hersfelder Lehensbesitzungen und die Vogtei über das Kloster Frauenbreitung¹⁸⁹.

Umfassender als diese Besitzungen waren die Grundherrschaften der Frankenger und Henneberger. Beide Geschlechter gehen aller Wahrscheinlichkeit nach auf einen gemeinsamen Stammvater und auf das alte Gaugrafengeschlecht der Babenberger zurück, die die reichbegüterten Grundherren des nördlichen Grabfelds waren. Im Jahre 1137 wird erstmals Ludwig von Frankenstein nach der gleichnamigen Burg bei Salungen genannt. Zickgraf vermutet in ihm einen Sohn Poppo II. von Henneberg¹⁹⁰. Die Frankensteiner Herrschaft begegnet uns im 13. Jahrhundert als ein weit ausgedehnter Besitz von Vacha über

¹⁸⁴ Zickgraf S. 33.

¹⁸⁵ Zickgraf S. 38-42 nach L. Clemm, Die Besitzungen der Abtei Fulda in Ostfranken, ungen. Dissertation, Marburg.

¹⁸⁶ Zickgraf S. 32.

¹⁸⁷ Zickgraf S. 58.

¹⁸⁸ Zickgraf S. 61.

¹⁸⁹ Zickgraf S. 58-59.

¹⁹⁰ Zickgraf S. 66 und 80. [Zur Genealogie der Henneberger und der von ihnen abgespalteten Geschlechter: Heinrich Wagner, Entwurf einer Genealogie der Grafen von Henneberg, In Hbg.: Jb. 1996, S. 33-152].

Schmalkalden bis zum Inselsberg. Die Frankensteiner wurden die Erben des hersfeldischen Machtbereichs in der Gegend von Breitung und Salzungen und Vögte des von Hersfeld gegründeten Klosters Herrenbreitungen. Den Klosterbesitz usurpierten sie im Laufe des 13. Jahrhunderts fast vollkommen. Der Besitz war Allod, später zum Teil Würzburger, Fuldaer und Hersfelder Lehen, nachdem mancher Allodbesitz aus politischen Gründen geistlichen Fürsten als Lehen aufgetragen war. Die Grundlage ihrer Herrschaft bildete der Wildbann und zwar der eigentlich frankensteinische Wildbann, der sich in einem schmalen Streifen zwischen Ulster über Roßdorf und Schmalkalden bis zum Rennsteig zog und der später erworbene Hersfelder Wildbann, der sich nördlich anschloss und den alten Breitunger Reichsforst umfasste¹⁹¹.

Von besonderer Bedeutung für das Meininger Land ist das hochfreie Geschlecht der Henneberger geworden. Es wurde erstmals in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts und zwar als eifriger Parteigänger Kaiser Heinrichs IV. genannt. Ihr ursprünglicher Besitz kann nicht sehr umfangreich gewesen sein, denn nach Zerbrechen der Gauverfassung hat es keinen Versuch unternommen, die Vorherrschaft im Grabfeld an sich zu reißen. Während des Investiturstreites begann aber ein sehr rascher Aufstieg. Die Henneberger erhielten die Burggrafschaft in Würzburg und wesentlichen Reichsbesitz im nördlichen Grabfeld.

Die älteste Henneberger Grundherrschaft lag im Gebiet von Helmershausen, Hermannsfeld, Sülzfeld, Eußenhausen, Wölfershausen und Jüchsen, also im Süden und Südwesten Meiningens. Sie schob sich wie ein Riegel zwischen die würzburgischen Hauptstützpunkte im nördlichen Grabfeld, Mellrichstadt und Meiningen. Streubesitz der ersten Henneberger lag in dem weiten Gebiet zwischen Römhild, Hildburghausen, Schleusingen und Salzungen¹⁹². In seinem Kerngebiet deckte sich die alte hennebergische Grundherrschaft im Wesentlichen mit dem Besitztum der älteren Babenberger Gaugrafen, die besonders in der Mark Nordheim reichbegütert waren, in der die spätere Stammburg der Henneberger lag.

Zu der alten babenbergischen Grundherrschaft kamen nunmehr die Reichslehen, die die Grundlage für eine Herrschaft abgaben. Die alten Henneberger Reichslehen stammen wohl aus dieser Frühzeit des Geschlechtes: der große Forst am Thüringer Wald zwischen Schleuse und Hasel, die Burg Lichtenstein bei Ostheim mit den Orten Herpf, Willmars und anderen Dörfern. Vermutlich kam damals auch der spätere Frankensteiner Forst an die Henneberger. Durch Rodungen im Schleusinger Forst und durch Anknüpfung neuer Lehensbeziehungen zu den geistlichen Stiftungen wurde die Herrschaft rasch ausgebaut. Ihr Schwergewicht verschob sich immer mehr nach Süden an die untere Schleuse, wo in Veßra das Hauskloster der Grafen entstand. Als politisches Ziel der ersten Henneberger ist die Errichtung eines geschlossenen Territoriums zwischen der Stammburg Henneberg und Schleusingen zu erkennen¹⁹³. Im Jahre 1151 trug das Bistum Bamberg den Grafen seinen Besitz an der Werra, Ritschenhausen, Einhausen, Gaulshausen, Mühlfeld und Obermaßfeld als Lehen auf. Durch die sich immer mehr schließende Grundherrschaft der Henneberger begann schon frühzeitig die Territorialisierung ihres Machtbereichs.

Diese Entwicklung rief die im 13. Jahrhundert erstarkenden Würzburger Bischöfe auf den Plan. Es begann ein Jahrhunderte langer Kampf um die Vorherrschaft im nördlichen Grabfeld, der die Ausbildung einer geschlossenen Landesherrschaft auf lange Zeit hemmte. Der Kampf entfachte sich an den Lehen des Würzburger Burggrafenamts, zu dem auch

¹⁹¹ Zickgraf, Forschungen zur Geschichte der Wildbänne. Hbg. Jb. 1939 S. 16.

¹⁹² Zickgraf S. 78.

¹⁹³ Zickgraf S. 83.

Meiningen und Mellrichstadt gehörten. Der Besitz dieser beiden Orte war für die Ausbildung der hennebergischen Territorialmacht von besonderem Wert. Im Jahre 1230 mussten allerdings die Henneberger gegen große Entschädigungen auf beide Stützpunkte verzichten¹⁹⁴. Die im 13. Jahrhundert tief nach Südosten ins Coburger Land vorstoßenden Henneberger erlitten durch die Teilungen von 1240 und 1274 schwere Rückschläge. Zudem war ihr Territorium noch unfertig und nicht festgefügt. Da ihre Grafschaft nicht auf dem Boden der alten Gaugrafschaft, sondern einer allodialen Grundherrschaft mit hinzugefügten Reichslehen entstanden war und deshalb den Grundsätzen einer privatrechtlichen Vererbung unterlag, ließen sich diese Teilungen freilich nicht vermeiden.

Die hennebergischen Besitzungen, soweit sie später zum alten Meininger Fürstentum zählten, im Wesentlichen also das Gebiet um die Stammburg Henneberg, kamen an die Schleusinger Linie. Die dem neuen Herrschaftsgebiet innewohnende Möglichkeit der Bildung einer geschlossenen Landesherrschaft war von vornherein gering. Wenn dieses Werk dennoch gelang, so war es vornehmlich der Tatkraft des Grafen Berthold V. (1274 - 1284) und seines Sohnes Berthold VII. (1284 - 1340) zu verdanken¹⁹⁵. Unter ihrer Regierung begann ein Ausbau der hennebergischen Macht nach Norden. Die älteren Grafen hatten im 13. Jahrhundert eine sehr passive Politik gegenüber der Abtei Fulda betrieben, die bemüht war, die Verbindung zu ihren Besitzungen im Herpftal, Bettenhausen und Seeba, herzustellen. Die Auseinandersetzungen der Grafen mit der Abtei scheinen im Wesentlichen freundschaftlich und im Zuge einer Gebietsbereinigung verlaufen zu sein. Im Jahre 1317 kam Roßdorf gegen Abtretung von Helmershausen an Henneberg¹⁹⁶. Im Jahre 1320 wurde der wichtige Fuldaer Vorposten Bettenhausen und Seeba im Herpftal den Grafen als Lehen aufgetragen¹⁹⁷. Die Henneberger hatten schon 1278 aus der Frankenberg Grundherrschaft die Burg Frankenburg bei Helmers erworben, die damals von den Frankenbergern mit ihren gesamten Besitzungen von den Grafen zu Lehen benommen wurde. Das ehemals freie Geschlecht ist später wohl in der hennebergischen Dienstmansschaft aufgegangen. Im Jahre 1297 empfing Graf Berthold VII. auch die alte jochbergische Grundherrschaft, das Gericht Friedelshausen, gegen Geldzahlung als Würzburger Lehen. Schließlich erwarb er 1301 von den Frankenbergern auch die Vogtei über deren Hauskloster Frauenbreitungen¹⁹⁸.

Der hennebergische Machtbereich, außerdem noch im Feldatal ausgebaut, reichte nunmehr unmittelbar an die Frankenstein'sche Grundherrschaft heran. Ihre Zerschlagung war eines der diplomatischen Meisterstücke des Grafen Bertholds VII., der den Gegensatz zwischen den Frankensteinern und den Fuldaer Äbten geschickt auszunutzen verstand und einen Teil ihrer Herrschaft nach dem anderen an sich zu bringen wusste. Im Jahre 1304 waren die Henneberger bereits in das Gebiet von Schmalkalden eingedrungen. Berthold VII. erwarb 1330 schließlich die Hersfelder Lehen der Frankensteiner, zu denen im nachmaligen Meininger Land der große Forst am Pleß und das Dorf Wernshausen sowie umfangreicher Besitz in der Wasunger Umgebung gehörten¹⁹⁹. Im Jahre 1329 waren ihm bereits von der Abtei Hersfeld ausgedehnte Jagdrechte im Breitungser Klosterwald verliehen worden. 1337 erwarb er schließlich noch die Vogtei über Herrenbreitungen²⁰⁰. Im Salzunger Gebiet konnten die Äbte von Fulda die Erbschaft der Frankensteiner antreten. Die Bedeutung der

¹⁹⁴ Dobenecker III Nr. 132 und Füßlein in Z.V.thür. G.u.A. NF XI S. 151.

¹⁹⁵ Füßlein, Berthold VII., Graf von Henneberg, 1905.

¹⁹⁶ HUB IV Nr. 10.

¹⁹⁷ HUB I Nr. 141.

¹⁹⁸ Zickgraf S. 60, 92.

¹⁹⁹ HUB V Nr. 128.

²⁰⁰ HUB I Nr. 205 und V Nr. 160.

Rückerwerb des Coburger Landes durch das Haus Henneberg im Jahre 1317 wird noch später eingehend zu würdigen sein.

Graf Berthold VII. legte den Grund zu einer Landesherrschaft der Henneberger im Gebiet zwischen Rhön und Werra, nicht nur durch eine wesentliche Erweiterung der hennebergischen Grundherrschaft, sondern auch durch Vernichtung der kleinen selbständigen Gewalten im Lande und durch Zurückdrängung fremder Gerichtsrechte. In seinem Streben lag es, die noch vorhandenen unabhängigen Adelsgeschlechter im Rahmen der Lehenverfassung seinem Machtbereich anzugliedern. Er zwang sie, ihren Besitz ihm zu übergeben und als hennebergisches Lehen zurück zu empfangen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass die Henneberger Grafschaft beim Tode des Grafen Berthold VII. im Jahre 1340 durchaus noch kein geschlossenes Territorium war. Soweit es unser Gebiet betrifft, war gerade in der Meininger Gegend der grundherrliche Besitz der Würzburger Bischöfe besonders stark. In den zu den Zenten Meiningen und Mellrichstadt gehörenden hennebergischen Dörfern hatten übrigens die Bischöfe die Hochgerichtsbarkeit. Dagegen besaßen die Grafen den Blutbann in den Zenten Wasungen, Friedelshausen und Frauenbreitungen, die nicht auf alte Hochgerichtsverbände, sondern auf Grundherrschaften zurückgehen. Die Grafen haben dort die Hochgerichtsbarkeit mit dem grundherrlichen Besitz erworben. In diesen Gebieten war die Entwicklung der Landesherrschaft der Henneberger schon in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts abgeschlossen.

Nach der Teilung von 1347, als deren Folge das Coburger Land endgültig verloren ging, mussten die Henneberger Grafen in Schleusingen mit merklich geschwächten Kräften den Kampf um die Errichtung der Landesherrschaft im Gebiet zwischen Thüringer Wald und Rhön fortführen. Er richtete sich vornehmlich gegen die Würzburger Bischöfe. Zunächst wurden die Grafen ganz in die Verteidigung gedrängt. Die Mittelpunkte der würzburgischen Machtstellung bildeten weiterhin Meiningen und Walldorf. Der zuletzt genannte Ort war als Mannlehen an Adlige gegeben. Weiter südlich lagen die würzburgischen Besitzungen in Vachdorf, Leutersdorf und Queienfeld. Sie stammten meist aus altem Reichsgut. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts bauten die Bischöfe ihre Stellung durch Neuerwerbungen, meist Lehensauftragungen, aus. Im Jahre 1343 hatte das Hochstift die Lehnshoheit über Teile der für die Verbindung zwischen Mellrichstadt und Meiningen wichtigen Burg Bibra gewonnen²⁰¹. Bald aber dehnten sie ihre Macht weiter nach Norden aus. Im Jahre 1362 wurde ihnen die Burg Rippershausen als Lehen aufgetragen²⁰². Sie erwarben schließlich 1377 sogar den Frankenberg. Augenfällig ist, dass die Bischöfe offensichtlich bestrebt waren, durch diese Belehnungen die hennebergischen Vasallen an sich zu binden. Der hennebergische Landadel gewann dadurch in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine von den Grafen unabhängigere Stellung. Noch im frühen 15. Jahrhundert konnte der Bischof seine Stellung weiter vergrößern. Im Jahre 1411 trug ihm der Graf Wilhelm I. von Henneberg die Burg Hutsberg und das Dorf Jüchsen als Lehen auf²⁰³. Erst die finanziellen Schwierigkeiten des Hochstiftes im 15. Jahrhundert gaben den Hennebergern wieder Gelegenheit, ihre ins Wanken geratene Stellung im Meininger Gebiet zu festigen und die Bischöfe in die Verteidigung zu drängen. Die harten Auseinandersetzungen zwischen den Grafen und ihrem Adel in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts endeten mit einem eindeutigen Sieg der Grafen. Der Adel wurde stärker in das Territorium eingegliedert. Bei dieser inneren Festigung ihrer Herrschaft gelang es den Grafen 1434, Stadt und Amt Meiningen pfandweise in Besitz zu nehmen. Nur die Mannlehen, also vornehmlich Walldorf

²⁰¹ Zickgraf S. 101.

²⁰² Zickgraf S. 102.

²⁰³ Schultes DG II UB S. 208.

und das Zentgrafenamt behielten sich die Bischöfe vor. Allerdings waren die meisten Dörfer der Meininger Zent schon längst grundherrlicher Besitz der Henneberger. Die Gerichtsrechte des Bischofs wurden hier Schritt für Schritt zurückgedrängt. Die Gerichtsbarkeit der Zent wurde im 15. Jahrhundert auf die "Vier hohen Rügen", Mord, Diebstahl, Notzucht und Nachtbrand, eingeschränkt und die Aburteilung der übrigen Straftaten zu Angelegenheiten der Grundherren gemacht. Schließlich gelang es den Grafen, einen "Horcher" beim Zentgericht zu bestellen.

Gerade die Entstehung der Landesherrschaft im Gebiet um Meiningen ist ein Beispiel dafür, dass die Grundherrschaft und nicht die Hochgerichtsbarkeit das vorwärtstreibende Element darstellte. Nach Kündigung der Pfandschaft kam im Jahre 1500 Meiningen zwar wieder an Würzburg zurück, aber das durch Bauernkrieg und Fehden erschütterte Hochstift baute in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts seine Stellung an der Werra ab. Im Jahre 1520 begab es sich durch Vertrag mit dem Grafen umfangreicher Geleitsrechte zwischen Meiningen und Schmalkalden²⁰⁴. Schließlich verkaufte es 1542 gegen eine hohe Entschädigung Stadt und Amt Meiningen an die Henneberger²⁰⁵. Es behielt sich nur den Wiederkauf bei Aussterben des hennebergischen Mannesstammes vor. Die an Adlige gegebenen Mannlehen, also das Dorf Walldorf, blieben vom Vertrag ausgeschlossen. Mit dem Kauf von 1542 war eine Entwicklung abgeschlossen, die sich der inneren und äußeren Festigung des hennebergischen Territoriums durch Jahrhunderte hemmend in den Weg gestellt hatte. Sie kam allerdings zu spät, um von dem bereits bankrotten Grafengeschlecht noch restlos ausgewertet zu werden. Die Nutznießer waren erst die Wettinischen Erben.

Allerdings hat die Grundherrschaft allein die Landesherrschaft im Meininger Gebiet nicht zu begründen vermocht. Für die Grafen galt es, die in ihrem Territorium gelegenen übrigen Grundherrschaften in irgendeiner Form ihrem Herrschaftsbereich einzugliedern. Sie befanden sich in den Händen des Adels und der Klöster. Die Errichtung der Landesherrschaft vollzog sich während des 13. und 14. Jahrhunderts im Henneberger Gebiet im steten Kampf mit den kleinen Gewalten. Obwohl schon Graf Berthold VII. vom "territorium nostrum" spricht, ist die unter seiner Regierung gefestigte Landesherrschaft keineswegs überall gesichert gewesen. Keiner Anstrengung bedurfte es, die Städte dem Herrschaftsbereich einzuverleiben. In den beiden aus der ehemaligen Grafschaft Henneberg an das altmeiningische Herzogtum gekommenen Städten, in Meiningen und Wasungen, besaßen die Grafen von Anfang an die Stadtherrschaft. In Meiningen war sie ihnen durch den Kauf von 1542 von den Würzburger Bischöfen übergeben worden. So waren die beiden Städte zwar Sonderbezirke innerhalb des Herrschaftsbereiches, aber doch den Grafen unterworfen. Auch in Meiningen, das in bischöflicher Zeit verschiedene Versuche gemacht hatte, die Stadtherrschaft zu schwächen, waren seit den Bauernkriegen von 1525 die landesherrlichen Befugnisse wieder stärker ausgebildet.

Die Grafen hatten sich schon im 14. Jahrhundert bemüht, die in ihrem Gebiet liegenden Klöster stärker ihrem Herrschaftsbereich einzugliedern. Ein zuverlässiges Mittel hierzu bot die Vogtei und das sich aus ihr entwickelnde Schutzrecht. Im späteren Meininger Herzogtum lagen das Augustinerkloster Frauenbreitungen, das Zisterzienserkloster Georgenzell, die beiden Wilhelmitenklöster Wasungen und Sinnershausen und das Franziskanerkloster in Meiningen. Frauenbreitungen war von der Reichsabtei Hersfeld gegründet worden. Wir hatten schon gesehen, dass die Frankenberger ursprünglich die Klostervogtei inne hatten. Ihre

²⁰⁴ Schultes DG II UB S. 322 und 231.

²⁰⁵ Schultes DG II UB S. 376-383.

Grundherrschaft kam 1301 endgültig an die Henneberger und mit ihr die Schutzvogtei über das Kloster²⁰⁶. Georgenzell bei Helmers ist kurz vor 1316 unter Mitwirkung des Klosters Georgenthal in Thüringen von Berthold von Wildprechtroda mit hennebergischer Genehmigung gegründet worden. Aus Schenkungen entwickelte sich eine kleine klösterliche Grundherrschaft besonders im Amt Sand. Die "cella" war zunächst dem Kloster Georgenthal unterstellt. Im Jahre 1322 erscheint dann Graf Berthold VII. von Henneberg als Schutzherr des Klosters, ohne vorher irgendein Recht hieran besessen zu haben. Er vertrat dabei die Auffassung, dass alle in seinem Territorium liegenden Klöster seiner Schutzherrschaft unterstehen²⁰⁷. Das Wilhelmitenklaster in Wasungen war eine Gründung Bertholds VII. und von Anfang an der hennebergischen Landesherrschaft unterworfen. Sinnershausen wurde etwa um 1292 von Gottfried von Katz gegründet und kam mit dem Gericht Friedelshausen unter hennebergische Landesherrschaft. Alle diese Klöster waren somit schon vor der Reformation der hennebergischen Landeshoheit in irgendeiner Form unterworfen, ohne freilich der gräflichen Grundherrschaft im engeren Sinne anzugehören. Nach Zerstörung im Bauernkrieg und nach Einführung der Reformation hatte Graf Wilhelm IV. ohne weiteres sich ihrer bemächtigen und ihren Grundbesitz seiner eigenen Grundherrschaft eingliedern können. Nur in Georgenzell, wo die hennebergische Herrschaft am schwächsten untermauert war, fand er Widersacher in den sächsischen Kurfürsten, die als Rechtsnachfolger des Klosters Georgenthal auftraten. Er verglich sich mit ihnen im Jahre 1540²⁰⁸. Der links der Werra liegende, dem Kloster Herrenbreitungen gehörende Abtswald am Pleß wurde bei Einführung der Reformation von Henneberg eingezogen. Die hennebergischen Erben verglichen sich im Salzunger Vertrag vom August 1584 mit den hessischen Landgrafen als Besitzer der Abtei Hersfeld dahin, dass die Landeshoheit über diesen Wald endgültig an Henneberg fiel²⁰⁹.

Aller eingezogene Klosterbesitz wurde unmittelbar der landesherrlichen Grundherrschaft eingegliedert, wenn er auch anfangs noch in besonderen Ämtern verwaltet wurde. Nur das Kloster Sinnershausen wurde 1537 als Rittergut in Lehen gegeben²¹⁰. Das kleine Kloster in Meiningen, das als Franziskaner Niederlassung keine Grundherrschaft besaß, fiel an die Stadt. Offensichtlich waren Meininger Bürger seine Gründer gewesen. Die Landeshoheit der Henneberger über den gesamten Klosterbesitz hatte sich ganz eindeutig aus Vogtei und Schutzrecht entwickelt.

Größerer Anstrengung bedurfte die Eingliederung der adligen Grundherrschaften in das gräfliche Territorium. Graf Berthold VII. von Henneberg-Schleusingen hat mit nie erlahmender Energie immer wieder versucht, die Inhaber der in seinen Machtbereich eingestreuten adligen Grundherrschaften von sich abhängig zu machen. Wir haben schon feststellen können, dass das Lehenwesen ihm hierzu einen einfachen Weg bot. Der Graf veranlasste mehr oder minder gewaltsam die kleinen Adligen, ihren Allodbesitz von ihm als Lehen zu nehmen oder trat in schon bestehende Lehensverhältnisse als Lehnherren ein. Obwohl die Lehensherrschaft noch keineswegs die Landeshoheit bedeutete, unterliegt es doch keinem Zweifel, dass sie im Meininger Gebiet der Ausgangspunkt für die Errichtung der Landesherrschaft der Henneberger Grafen über den Adel war. Sie haben die Landesherrschaft über den Adel nur dort erringen können, wo sie gleichzeitig Lehnherren waren. Freilich war noch erforderlich, dass die Ritterlehen unmittelbar im gräflichen Machtbereich und fest

²⁰⁶ HUB I Nr. 58.

²⁰⁷ Schultes DG II UB S. 65.

²⁰⁸ Schultes DG II UB S. 351.

²⁰⁹ Zickgraf, Die Klosterforsten am Pleß, Hbg. Jb. 1940, S. 58-67.

²¹⁰ Brückner II S. 14.

eingebettet in gräflichen Grundherrschaften lagen und sich somit die Machtfülle der Grafen besonders stark auswirken konnte.

Die Aufrichtung der Landesherrschaft über den Adel war im Meininger Gebiet das Ergebnis einer jahrhundertlangen Entwicklung, die von Erfolgen und Rückschlägen der Grafen gezeichnet war. Im Laufe des 15. Jahrhunderts wurde der größte Teil der in der Grafschaft ansässigen adligen Lehensleute landsässig²¹¹. Dieser Vorgang ist allerdings bisher noch nicht in allen Einzelheiten untersucht worden. Für die Grafen galt es vornehmlich, die Lehnerrschaft zu einer Gerichtsherrschaft über den Adel zu erweitern. Seit 1407 wird das hennebergische Hofgericht genannt, das unter Vorsitz des Erbmarschalls durchaus noch die Formen des mittelalterlichen Lehengerichts aufwies. Am Ende des 15. Jahrhunderts fand dann eine allmähliche Umwandlung des Hofgerichts statt²¹². Schon der Übergang des Vorsitzes an den Hofmeister als einen gräflichen Beamten und das Eindringen gelehrter Juristen deuten diese Änderungen an²¹³. Die Hofgerichte, die das römische Recht anwandten, waren auch in den anderen deutschen Territorien Träger der modernen Verwaltungsgrundsätze und ein ausgezeichnetes Mittel zur Festigung der Landesherrschaft. Bereits in der Hennebergischen Landesordnung von 1539 ist das Hofgericht oberstes Gericht der Grafschaft überhaupt²¹⁴. Noch vor dem Aussterben der Grafen ist es vom Hofrat aufgesogen worden, der der Vorläufer der Regierung war²¹⁵. Die Gerichtsbarkeit über den Adel war somit in einer landesherrlichen Behörde verankert, wobei nur noch der Vorteil des privilegierten Gerichtsstandes blieb.

Im 16. Jahrhundert besaßen die Grafen die Landesherrschaft über alle in ihrem Lande gelegenen Ritterlehen (feuda in curte). Hierüber waren sich die maßgebenden Juristen und Historiker des Landes im 18. Jahrhundert einig. Kobe belegt die Untertanenschaft der hennebergischen Vasallen wegen der feuda in curte aus den hennebergischen Lehensakten.²¹⁶ Heim führt eine Instruktion des Grafen Wilhelm IV. von 1534 an, worin festgestellt wird, die Ritterlehenmänner "seien mitten in unserer Herrschaft und Obrigkeit und haben keine andere Obrigkeit, denn uns"²¹⁷.

Aber noch im 16. Jahrhundert entstand der hennebergischen Landesherrschaft durch die sich bildende Reichsritterschaft ein nicht ungefährlicher Gegner. Die Reichsritterschaft war die Organisation, die der kleine Adel der landesherrlichen Verwaltung entgegenstellte. Für das Meininger Gebiet wurde der Kanton Rhön-Werra des fränkischen Ritterkreises und zwar dessen drittes (Hennebergisches) Quartier gebildet. Die Reichsritterschaft war zunächst nur als ein persönlicher Verband des Kleinadels zur gegenseitigen Unterstützung gedacht. Sie schlug aber schon im Laufe des 17. Jahrhunderts denselben Weg ein, den das Landesfürstentum vorher gegangen war. Es bildeten sich reichsritterschaftliche Territorien, die weit verstreut im Lande lagen. Im 18. Jahrhundert haftete die Reichsritterschaft nicht mehr an der Person sondern am Rittergut.

²¹¹ Zickgraf S. 136.

²¹² HUB Nr. 163. Geßner, Geschichte der Stadt Schleusingen 1861, über die Bedeutung des Hofgerichts zu Coburg als höheres Landgericht über den Adel im 15. Jahrhundert. Schultes, Cob. Landesgesch. Mittelalter S. 98.

²¹³ GHA VI 2: 1495 Juni 17 und 1496 Dezember 14.

²¹⁴ HLO II tit 6 cap 3.

²¹⁵ Stölzel S. 269 vgl. auch die 1560 beginnenden Rezessbücher GHA VI 36, 37.

²¹⁶ Kobe, Commentatio de pecunia mutuaticia (1761) S. 84 f. über Johann Friedrich Kobe s. Krieg. Das geehrte und gelehrte Coburg II S. 35.

²¹⁷ Heim II S. 99.

Die neue Bewegung fand im hennebergischen Adel viele Anhänger. Der Adel sah eine neue Möglichkeit, sich der Landesherrschaft der Grafen wieder zu entziehen. Im Jahre 1577 trugen sich aus dem späteren Meininger Land folgende hennebergischen Lehnslleute als "freie Franken" in die Rittermatrikeln ein: Marschall von Walldorf, Diemar zu Wasungen, Heldritt zu Wasungen, Berg zu Helba, Wechmar und Eschwege zu Roßdorf, Auerochs zu Oepfershausen, Speßhardt zu Aschenhausen, Rußwurm zu Grumbach und Breitungen. In undatierten Rittermatrikeln des 18. Jahrhunderts sind noch zu finden: von der Kere zu Schwickershausen, Schildnitz zu Stepfershausen, Uttenhoven zu Wasungen, Stein zu Liebenstein, Berg zu Rippershausen, Herda zu Ellingshausen, Schlaun zu Niederschmalkalden, Bibra zu Bibra und Mühlfeld. Die große Zahl Adliger, die sich dem Verband anschloss, stellte in der Tat für die hennebergische Landesherrschaft eine ernsthafte Gefahr dar, die die Grafen zum sofortigen Eingreifen zwang. Wilhelm IV. und Georg Ernst führten seit 1554 einen energischen Kampf gegen die Reichsritter, verboten mit Gewaltmaßnahmen den Anschluss an die Reichsritterschaft und zwangen viele Adlige zum Widerruf²¹⁸.

Unter der gemeinschaftlich sächsischen Landesregierung wurde die Ritterschaft jedoch "leidlicher gehalten". Zu Anfang des 17. Jahrhunderts gelang einigen Familien wieder der Anschluss an die Reichsritterschaft. Sie ließen im Jahre 1618 den Ritterschaftskonsulenten Kornhofer aus Altdorf kommen, der "alle Archive durchsuchte und jedem Anleitung gab, wie er sich von der fürstlich hennebergisch-sächsischen Regierung losmachen könne"²¹⁹. Zu den Familien, die sich mit ihren Rittergütern der hennebergisch-sächsischen Landesherrschaft entziehen konnten, gehörte zunächst Speßhardt zu Aschenhausen. Der Dorfherr von Aschenhausen, Balthasar Rab Speßhardt, erscheint am Anfang des 17. Jahrhunderts als einer der energischsten Verfechter der Reichsfreiheit. Er hat nach dem Zeugnis Heims "mit der Cur- und Fürstlichen Regierung und Consistorio zu Meiningen seine liebe Not gehabt, denn er stunde in dem Irrwahn, ob wäre er reichsfrei und könnte nach seinen Gefallen handeln und tun, was er wolte"²²⁰. Gerade an seinem Wirken wird die allmähliche Loslösung ganzer Dörfer aus der hennebergischen Landeshoheit deutlich. Im Jahre 1602 errichtete er eine Kirche in Aschenhausen, die die hennebergische Regierung aber wieder niederreißen ließ und deren Aufbau sie erst gestattete, als Speßhardt die hennebergischen iura episcopalia über Aschenhausen anerkannte. Im Jahre 1615 beanspruchte er anlässlich eines Selbstmords die Hochgerichtsbarkeit über Aschenhausen. Der hennebergischen Landeshoheit widersprach er stets. Durch Vertrag vom 18. August 1707 erkannte Sachsen-Meiningen dann tatsächlich die Reichsfreiheit des Dorfes Aschenhausen an.

Andere reichsritterschaftliche Herrschaften bildeten sich gleichzeitig an der Südgrenze des Amtes Maßfeld, wo noch aus der Zeit des Kampfes mit dem Bistum Würzburg die hennebergische Landesherrschaft wenig gefestigt war. Die Dorfherren von Bibra, Nordheim im Grabfeld mit Rupperts, Willmars, Mühlfeld, Völkershausen, Bauerbach, Einödhausen, Unter- und Oberharles gewannen im Laufe des 17. Jahrhunderts die Reichsfreiheit. Bauerbach, Mühlfeld und Rupperts sind noch im 15. Jahrhundert als hennebergische Lehen nachweisbar. Bibra, Nordheim, Willmars, Mühlfeld und Völkershausen standen schon früher nicht unter hennebergischer sondern würzburgischer Hochgerichtsbarkeit. Versuche der Meininger Obrigkeit, am Ende des 17. Jahrhunderts Ehebruchs- und Hexerei-Sachen aus Willmars und Mühlfeld an das Meininger Zentgericht zu ziehen, scheiterten. Im Vertrag vom 3. Mai 1698 mussten die Herzöge gegenüber den Würzburger Bischöfen ausdrücklich auf

²¹⁸ Heim II S. 99 und III Vorrede.

²¹⁹ Heim II S. 101.

²²⁰ Heim II S. 119.

weitere Eingriffe verzichten. Wenn auch von der Meininger Regierung niemals formell anerkannt, so hatte doch die Landesherrschaft in diesem Gebiet tatsächlich eine erhebliche Einbuße erfahren. Mühlfeld war 1497 bis 1710 hennebergisches Mannlehen in den Händen derer von Bibra, die das an der äußersten Peripherie gelegene Dorf im 17. Jahrhundert der hennebergischen Landesherrschaft entfremdeten. Im Jahre 1710 fiel es zwar dem meiningischen Lehenhof heim, wurde aber sogleich wieder an die Familie von Wolzogen verleht, die 1717 alle bisherigen Meininger Hoheitsrechte erhielt und bis 1786 Dorfherr blieb. Da die Hochgerichtsbarkeit den Herzögen schon früher nicht zugestanden hatte, konnten sie die Landeshoheit nicht behaupten. Das Dorf bildete einen festen Bestandteil der Reichsritterschaft und fiel nach deren Auflösung 1803 an Bayern. Noch verwickelter waren die Verhältnisse in Willmars. In diesem Dorf, dessen Hochgerichtsbarkeit ebenfalls zur würzburgischen Zent Mellrichstadt gehörte, war das hennebergische Amt Maßfeld nur zur Hälfte Grundherr, die andere Hälfte befand sich als hennebergisches Lehen in adliger Hand. Die adligen Dorfherren entfremdeten das Dorf ganz der hennebergischen Landeshoheit. Herzog Ernst Ludwig I. verkaufte schließlich 1721 seinen Anteil mit allen landesherrlichen Rechten und der Kirchenherrschaft an den Dorfherrn des reichsritterschaftlichen Anteils Karl Ludwig Schenk von Schweinsberg. Dem Vertrag war allerdings die Klausel eingefügt, dass das ganze Dorf als Meininger Mannlehen anzusehen sei und beim Aussterben der Lehensträger zurückfallen solle. Sie trat bereits 1746 ein, aber schon 1747 kam das Dorf als Ritterlehen an von Pfau und schließlich an Stein zu Nordheim und bildete seitdem einen festen Bestandteil der Reichsritterschaft. Im Jahre 1803 fiel es an Bayern²²¹.

Walldorf hatte nie Hennebergischer Landeshoheit unterstanden. Es war würzburgisches Ritterlehen und konnte auch nach dem Verkauf des Amtes Meiningen an die Henneberger von den Würzburger Bischöfen behauptet werden. Seit dem späten 16. Jahrhundert waren die adligen Dorfherren rührige Mitglieder der Reichsritterschaft. Im Vertrag mit Würzburg vom 10. Mai 1670 erkannte die damals Coburg-Altenburg'sche Landesherrschaft über Meiningen ausdrücklich die "Immunität und Freiheit" der reichsritterschaftlichen Dorfherren an und behielt sich nur Hochgerichtsbarkeit und Kirchenherrschaft vor. Herzog Bernhard I. verzichtete dann im Vertrag vom 12. März 1686 auch auf diese Rechte²²². Nach der Auflösung der Reichsritterschaft fiel das Dorf an Bayern und kam erst im Jahre 1808 im Rahmen eines Tauschvertrages an Meiningen zurück.

In Roßdorf im Amt Sand schließlich haben die adligen Dorfherren sich schon in gräflicher Zeit um den Anschluss an die Reichsritterschaft bemüht, ohne allerdings hierbei erfolgreich gewesen zu sein. Im Laufe des 17. Jahrhunderts erwarben sie aber ein Hoheitsrecht nach dem anderen, im Jahre 1710 sogar die Hochgerichtsbarkeit²²³. Sachsen-Meiningen behielt sich in diesem Marktflecken nur noch die Lehenhoheit vor. Wenn die Herzöge auch niemals den Anschluss des Ortes an die Reichsritterschaft anerkannten, so gehörte er seitdem ihr doch tatsächlich an. Die Landesherrschaft kam erst 1808 wieder an das Herzogtum zurück. Auch das hennebergische Vasallengeschlecht von Auerochs in Oepfershausen unternahm im 17. Jahrhundert mehrere Versuche eines Anschlusses an die Reichsritterschaft. Herzog Ernst der Fromme ließ kurz nach Erwerb des Amtes Sand 1660 Untersuchungen über die Zugehörigkeit

²²¹ Schultes, Neue dipl. Beiträge S. 187-188. Heim II S. 97-104. Unger I S. 103, Walch S. 193-194.

²²² Schultes Neue dipl. Beiträge S. 173.

²²³ Heim II S. 97-104. Unger I S. 103.

des Geschlechtes zur Reichsritterschaft anstellen. Das Aussterben der Adelsfamilie im Jahre 1737 ersparte der Landesherrschaft weitere Unannehmlichkeiten²²⁴.

Nach der juristischen Seite war für die Ausbildung der hennebergischen Landesherrschaft solange eine stete Gefahr vorhanden, als die Bindungen mit dem Bistum Würzburg nicht ganz gelöst waren. Nicht nur, dass der Bischof bis 1542 als Meininger Zentherr die Hochgerichtsbarkeit über viele gräfliche Grundholden ausübte, er war als Inhaber der Herzogsgewalt in Ostfranken Landfriedensrichter über den fränkischen Hochadel und zog nicht nur hennebergische Vasallen sondern auch die Grafen selbst vor sein Landgericht nach Würzburg²²⁵. Zwar hatte Graf Berthold VII. im Jahre 1315 vom Kaiser das *ius de non evocando* und 1308 für die Stadt Wasungen die Schweinfurter Stadtrechte erwirkt, worunter auch die Befreiung vom Würzburger Gericht gehörte²²⁶. Aber unter seinem schwachen Nachfolger ging vieles wieder verloren. Noch in dem Erbstreit zwischen dem hennebergischen Grafen Heinrich zu Kaltennordheim und seinem Schleusinger Neffen war 1444 der Bischof als "ein Fürst des Landes und ordentlicher Richter" tätig. Es wurde dabei festgestellt, die "Grafschaft sei gelegen im Herzogtum zu Franken und gehöre an desselben Herzogtums Landgericht"²²⁷. Auch als kirchlicher Oberherr besaß der Bischof eine Reihe weltlicher Hoheitsbefugnisse. Nach kanonischem Recht konnte er bei Justizverweigerung als weltlicher Richter angerufen werden²²⁸. Erst bei Niedergang der bischöflichen Herzogsgewalt am Ende des 15. Jahrhunderts beseitigten die Grafen diese für die Ausübung ihrer Landesherrschaft so hinderlichen Beschränkungen. Kaiser Friedrich III. bestätigte 1471 dem Grafen Wilhelm III. erneut seine Unabhängigkeit vom Würzburger Gericht²²⁹.

Graf Wilhelm IV. führte dann in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts planmäßig den Erwerb der Gerichtsrechte fort. Am 21. August 1500 bestätigte ihm Maximilian I. abermals die Unabhängigkeit vom Würzburger Gericht. Hennebergische Untertanen sollten nur vor gräflichen Gerichten oder vor den Reichskammergerichten Recht erlangen. Im Jahre 1536 bedauerte das würzburgische Landgericht, dass die ostfränkischen Herren immer weniger ihr Recht in der Bischofsstadt suchen wollten und führten auch die Grafschaft Henneberg unter den Gebieten auf, "da das Landgericht strittig ist"²³⁰. Kurz danach gaben zwei Ereignisse der hennebergischen Landesherrschaft noch die letzte Festigung. Wir waren bisher einseitig von der Landesherrschaft ausgegangen und haben sie als handelnde Kraft zur Schaffung des Landes gesehen. Unter Land hat allerdings das Mittelalter keine bloßen Anhäufungen von Grundherrschaften, Regalien, Gerichts- und Bannrechten verstanden, wie sie die Grafschaft Henneberg war, sondern ein Gebiet, das sich durch besonderes Recht von anderen Ländern unterschied. Gerade in dieser Hinsicht hatten die Henneberger bis zur Regierung Wilhelms IV. nichts Entscheidendes unternommen. Die Grafschaft lag vielmehr noch ganz im Bereich des würzburgischen Rechts und hatte sich im engen Anschluss an dieses entwickelt²³¹. Durch die am 1. Januar 1539 erlassene Landesordnung mit ihren vielen privatrechtlichen Bestimmungen wurde erst ein eigentliches hennebergisches Rechtsgebiet geschaffen. Der zweite wesentliche Faktor für die endgültige Festigung der hennebergischen Landesherrschaft

²²⁴ Nach Heim II S. 110 ist Oepfershausen seit 1611 in die Ritterschaftsmatrikel eingetragen. Die hennebergische Steuerrechnung von 1633 weist das Rittergut noch als landsässig aus. GHA III 696, nach dem Anschlag von 1659 GHA HW 1063 gehört es bereits zur Reichsritterschaft.

²²⁵ Schmidt, Würzburg S. 59 und Unger I S. 58.

²²⁶ Schultes DG II S. 26.

²²⁷ Schultes DG II UB S. 240, 250.

²²⁸ Unger I S. 61.

²²⁹ Stück, Graf Wilhelm IV. von Henneberg in: SVHbgG 11 (1919) S. 7.

²³⁰ Unger I. S. 65.

²³¹ Unger I S. 65.

war dann die Einführung der Reformation im Jahre 1543. Sie hat mit den alten kirchlichen Bindungen auch die noch verbliebene politisch-rechtliche Abhängigkeit vom Mainbistum beseitigt und die kirchenrechtliche Stellung der Grafen und ihrer Rechtsnachfolger begründet.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass in den fünf ehemals hennebergischen Ämtern des 1680 neugebildeten Fürstentums Meiningen die Landesherrschaft im 16. Jahrhundert vollkommen ausgebildet war. Die Basis bildete die Grundherrschaft mit ihren autogenen Bännen, besonders die Gerichtsherrschaft. Seit dem 13. Jahrhundert hatten aber verliehene, erkaufte und angemäße Regalien wesentlich zu ihrer Festigung beigetragen. Da die Grafschaft nicht auf der Grundlage einer alten Amtsgrafschaft entstanden und außerdem die Stellung der Henneberger als Reichsfürsten und ihr Verhältnis zu den Würzburger Bischöfen ständigen machtpolitisch bedingten Schwankungen unterworfen war, vollzog sich diese Entwicklung unter großen Schwierigkeiten und in oft verwickelter Weise. Noch im 17. Jahrhundert zeugten die Überschneidungen von Amts- und Zentgrenzen innerhalb des nunmehr geschlossenen Territoriums von diesen Auseinandersetzungen. Die sächsischen Erben der Grafen fanden 1584 in den späteren Meininger Ämtern eine festgefügte Landesherrschaft vor. Sie haben sich trotz mancher Rückschläge, die ihnen besonders die Reichsritterschaft bereitete, mit Erfolg bemüht, die noch vorhandenen Lücken in diesem Gefüge zu schließen. Ein erneuter Vorstoß Würzburgs auf das Amt Meiningen, das dem Bistum in Durchführung des Vertrages von 1542 nunmehr hätte wieder zufallen müssen, wehrten sie im Schleusinger Abkommen vom 9. Juli 1686 ab. Das Amt blieb als würzburgisches Mannlehen in sächsischem Besitz. Im Jahre 1596 erwarben die neuen Landesherren die Hochgerichtsbarkeit über die bisher zur Zent Mellrichstadt gehörenden Maßfelder Amtsdörfer Hermannsfeld und Stedtlingen. Die Hochgerichtsbarkeit über die Wasunger Amtsdörfer Niederschmalkalden und Möckers, die bisher zur Zent Schmalkalden gehörten, konnten sie 1619 erwerben. Umstritten wurde aber in dieser Zeit die Landesherrschaft in einer Reihe von Orten, deren Dorfherren den Anschluss an die Reichsritterschaft suchten und fanden.

Zu dem alten Meininger Fürstentum gehörte außer den fünf hennebergischen Ämtern noch das Salzunger Gebiet, das dem sächsischen Rechtskreis angehörte und seit dem Mittelalter eine andere Entwicklung als die Grafschaft Henneberg durchlief. Es war zunächst wie Meiningen Reichsland, das später an Klöster verloren ging. Bereits 775 erwarb die Abtei Hersfeld Teile von Salzungen aus Königsbesitz²³². Im Jahre 933 kamen die königlichen Fronhöfe Barchfeld und Breitungen und 1016 der große Breitunger Reichsforst an die Abtei²³³. Die Grenze des Breitunger Forstes verlief von Gerstungen über Eckartshausen zum Rennsteig, den Rennsteig entlang bis in die Gegend von Brotterode, und dann wieder südwärts nach Frauenbreitungen. Die Südgrenze zog sich über den Pleß nach Urnshausen, Bremen, Borsch und schließlich längs der Ulster wieder nach Gerstungen. Die Hersfelder Besitzungen schlossen somit Herrenbreitungen aus, wo die Grafen von Weimar ein Kloster gründeten und dessen Vogtei behaupteten, bis sie im Jahre 1116 an die Grafen von Orlamünde vererbt wurde. Wir hatten bereits gesehen, dass einem weiteren Vordringen der Abtei hier ein Riegel vorgeschoben wurde. Ihr Besitz konnte sich im Wesentlichen nur innerhalb des Reichsforstes ausdehnen. Hier gründete die Abtei 1150 das Augustiner-Nonnenkloster Frauenbreitungen. Gegen die seit dem 12. Jahrhundert am Thüringer Wald vordringenden Thüringer Landgrafen festigte die Abtei Hersfeld ihre Stellung durch Verbindung mit den Herren von Frankenstein, die wir bereits oben kennengelernt haben.

²³² MG D Karol I Nr. 90. Dobenecker I Nr. 33. Ziegler Territorium Hersfeld S. 4.

²³³ MG D H I Nr. 35 und H II Nr. 350. Dobenecker I Nr. 343 und 649. Ziegler, Territorium Hersfeld S. 5.

Deren Allodialbesitz dehnte sich außerhalb des Hersfelder Forstes von Vacha bis Schmalkalden. Die Verbindung der Abtei mit den Frankensteinern vollzog sich in der Weise, dass die Dynasten einen großen Teil ihres Allodiums der Abtei zu Lehen auftrugen und darüber hinaus von Hersfeld Lehen im Salzunger Gebiet erhielten. Sie erwarben schließlich sogar im Jahre 1192 von den Thüringer Landgrafen die Vogtei über das Kloster Herrenbreitungen²³⁴.

Als Hersfelder Lehenträger wurden die Frankensteiner auch um 1305 Gründer der Stadt Salzungen²³⁵. Die Abtei überließ in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts ihnen die politische Stellung im Salzunger und Breitunger Gebiet samt den großen Wildbännen und beschränkte sich lediglich auf die Lehnherrschaft. Weiter westlich im Fuldaer Gebiet wurden die Frankensteiner gleichzeitig fuldaische Lehensträger. Das Gebiet der späteren Ämter Salzungen und Altenstein war damit ein Teil der Herrschaft Frankenstein. Ihre Zerschlagung zu Anfang des 14. Jahrhunderts haben wir bereits kennengelernt, soweit das spätere Amt Frauenbreitungen in Betracht kam. Der Niedergang des Geschlechts ist aber nicht allein in dem Vordringen der Henneberger nach Norden, sondern auch in der Absicht der Fuldaer Äbte begründet, ihre an die Frankensteiner verliehenen Besitzungen im Fuldagebiet und bei Salzungen zu erhalten²³⁶. Im Gebiet der späteren Ämter Salzungen und Frauenbreitungen wurden bereits 1305, als sich der Niedergang des Geschlechts deutlich abzeichnete, frankensteinische Güter an Fulda verpfändet. Am 5. Februar 1306 verkaufte Ludwig von Frankenstein seinen Anteil an der Stadt Salzungen und an der Burg Frankenstein an die Abtei²³⁷. Fulda trat dadurch in die Frankensteinsche Ganerbenschaft ein. Im Jahre 1311 zwangen die Fuldaer Äbte Ludwigs Bruder Heinrich zur Abtretung seines Anteils an Salzungen und der Burg Frankenstein. Die Abtei hatte damit an der Werra festen Fuß gefasst. In den folgenden Jahren nahm sie in der Frankensteiner Fehde eine Besitzung nach der anderen. Im Jahre 1318 trat die Abtei Hersfeld Ansprüche auf die Frankensteiner Lehen an Fulda ab. Die endgültige Auslösung der Frankensteiner Herrschaft erfolgte schließlich 1330 in der Weise, dass die Dynasten ihren Wildbann und die Hersfelder Lehen an Henneberg verkauften, die Hälfte von Salzungen aber an Fulda fiel²³⁸. Altenstein und die Vogtei über das Kloster Herrenbreitungen kamen an die Frankensteinschen Schwäger, die thüringischen Herren von Salza²³⁹. Aber bereits 1346 verkauften sie den Altenstein an die Landgrafen von Thüringen und die Vogtei über Herrenbreitungen an die Grafen von Henneberg.

Inmitten der frankensteinischen Herrschaft hatte sich am Ende des 13. Jahrhunderts die Grundherrschaft des um 1270 von den Frankensteinern gegründeten und von ihnen reich begabten Zisterzienser-Nonnenklosters Allendorf bei Salzungen gebildet. Sie umfasste die Dörfer Allendorf, Neuendorf, Nitzendorf, Ravendorf, Mohrhof, Röhrigshof, Hermannsroda, Kaltenborn und die Rhonhöfe und eine Nappe des Salzunger Salzwerkes, die später noch oft zu behandelnde "Propsteinappe". Bei Niedergang der Frankensteiner kamen die Vogtei und Schutzherrschaft über Kloster Allendorf an die Abtei Fulda²⁴⁰.

²³⁴ Dobenecker III Register. Ziegler, Territorium Hersfeld S. 28-34.

²³⁵ Flach, Die Entstehungszeit der Thüringischen Städte in: Z.V.thür. G. und A NF XXXVI (1942) S. 75.

²³⁶ Zickgraf S. 41.

²³⁷ Zickgraf, Die Verträge der Herrn von Frankenstein mit dem Stift Fulda in: Hbg. Jb. 1938 S. 32-70 besonders S. 36 ff u. 49 ff.

²³⁸ Heim III S. 329-332, Zickgraf, Zur Geschichte des Frankensteiner Wildbanns Hbg Jb 1940 S. 50-58.

²³⁹ Heim II S. 204-205.

²⁴⁰ Brückner II S. 23.

Nach Zerstörung der Frankensteiner Herrschaft hatten sich somit im Gebiet der späteren Ämter Salzungen und Altenstein drei Herrschaftsbereiche herausgebildet, die die Keime der Landesherrschaft in sich bargen. Die Stadt Salzungen und die einzelnen Dörfer des Bezirks waren durch den Vertrag von 1330 zwischen Fulda und Henneberg je zur Hälfte geteilt. Diese Teilung war offensichtlich anfangs eine reale. In der Stadt gehörte jedes Haus einem bestimmten der beiden Stadtherren, ebenso waren die Dörfer des späteren Amtes Salzungen im Einzelnen verteilt. Jedoch hat sich diese Regelung nicht als stabil erwiesen²⁴¹.

Die nächsten Jahrhunderte der Entwicklung der Landeshoheit im Salzunger Gebiet sind geprägt durch das Vordringen der Wettiner und das Zurückdrängen der Fuldaer Äbte und der Henneberger Grafen. Den Wettinern gelang es schließlich, alle landesherrlichen Rechte an sich zu ziehen. Bereits 1346 hatte Landgraf Friedrich der Ernsthafte von Thüringen die Burg Altenstein von den Herren von Salza erworben und sie 1353 mit den Dörfern Steinbach, Schweina, Gumpelstadt, Waldfisch und den beiden Höfen Profisch und Erbach, die er aus hennebergischem Erbe erwarb, zu einem besonderen Amt mit Gerichtshoheit zusammengeschlossen²⁴². Im Jahre 1361 erwarb sein Sohn, Landgraf Friedrich der Strenge, von der Abtei Fulda die Hälfte des Amtes Salzungen²⁴³. Seit 1366 behaupteten die Wettiner trotz fuldaischen Protestes auch die Schutzherrschaft über Kloster Allendorf.

²⁴¹ Schultes DG II UB S. 94. HUB V Nr. 128, 214.

²⁴² Brückner II S. 51.

²⁴³ Heim II S. 216-219.

Allerdings bildete Salzungen zu sehr ein Randgebiet der Thüringer Landgrafschaft, als dass die Wettiner es als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Herrschaft betrachtet hätten. Zwar ging zu Anfang des 14. Jahrhunderts auch die Henneberger Hälfte des Amtes an die Wettiner über²⁴⁴. Aber schon 1407 verpfändeten sie den ehemals fuldaischen Anteil an das Erzbistum Mainz, traten ihn 1423 sogar wiederkäuflich an das Bistum Würzburg ab, das ihn 1433 an die Henneberger Grafen zu Römhild verpfändete und schließlich endgültig 1501 verkaufte. Erst im 16. Jahrhundert stellten die Wettiner dann ihre Landesherrschaft im Salzunger Gebiet endgültig her. Als Schutzherren des Klosters Allendorf zogen sie 1525 nach Einführung der Reformation die Klostergüter ein und verwalteten sie als eine besondere landesherrliche Grundherrschaft, das Allendorfer Klosteramt, das erst 1645 mit dem Amt Salzungen vereinigt wurde.

Der letzte Henneberger Graf der Römhilder Linie, Albrecht von Schwarza, vermachte den hennebergischen Anteil an Salzungen an seine Schwäger, die Grafen von Stollberg. Als aber 1577 nach ihm seine Gemahlin starb, ergriffen die sächsischen Herzöge auch Besitz von dem hennebergischen Anteil und behaupteten ihn nach einem langjährigen Prozess vor dem Reichskammergericht, der im Jahre 1666 durch einen Vergleich abgeschlossen wurde²⁴⁵. Das Amt Salzungen war somit ein festgefügtes Gebiet unter der Landesherrschaft der sächsischen Herzöge, als es 1680 an Herzog Bernhard I. von Meiningen überging. Wir haben bereits festgestellt, dass im 18. Jahrhundert fuldaische Ansprüche auf das Amt erfolgreich abgewehrt werden konnten.

Das um die Mitte des 14. Jahrhunderts gebildete Gericht Altenstein kam 1492 als sächsisches Mannlehen an das fränkische Adelsgeschlecht Hund von Wenkheim. Wenn es auch hier nicht an Versuchen gefehlt hatte, Anschluss an die Reichsritterschaft zu finden, so konnten doch die sächsischen Herzöge die Landeshoheit über dieses Gebiet am Thüringer Wald in vollem Umfang behaupten. Als das Geschlecht der Lehenträger 1722 ausstarb, wurde das Gericht von den Meininger Herzögen eingezogen und als landesherrliches Amt verwaltet. Liebenstein schlug eine Sonderentwicklung ein. Über den Anfang der Burg sind wir nicht unterrichtet. Soweit sie sich zurückverfolgen lässt, war sie wettinisches Lehen, doch dürfte vorher hennebergischer, vielleicht sogar Frankensteiner Besitz zu vermuten sein²⁴⁶. Lehenträger waren seit der Mitte des 14. Jahrhunderts die Herren von Stein, die erst 1590 das Dorf Sauerbrunn, den späteren Ort Liebenstein, gründeten. Im Jahre 1607 erhielten sie unter sächsischer Landeshoheit die Hochgerichtsbarkeit über Sauerbrunn und den anschließenden oberen Grumbachhof, so dass die neu entstehende Siedlung nunmehr einen besonderen Gerichtssprengel, das spätere Gericht Liebenstein, bildete. Nach dem Aussterben des Geschlechts von Stein zu Liebenstein fiel 1673 das Gericht an die sächsischen Herzöge zurück. Als besonderen Gerichtsbezirk übernahmen es 1680 die Meininger Herzöge mit voller Landesherrschaft. Unter ihrer Regierung schlug das Gericht die schon bekannte Sonderentwicklung ein. Aber selbst als Ernst Ludwig I. im Jahre 1710 durch Kaufvertrag mit Friedrich Albrecht von Fischern auf fast alle Hoheitsrechte in Liebenstein verzichtete, behielt er sich ausdrücklich die "superioritas territorialis" vor.

Während durch die Arbeiten Zickgrafs die Entstehung der Landesherrschaft im Henneberger Gebiet weitgehend geklärt ist, können die Forschungen für das Meininger Oberland noch nicht als abgeschlossen angesehen werden. Besonders die Vorgeschichte der Landesherrschaft ist hier noch vielfach in Dunkel gehüllt. Ihre Erforschung bereitet uns von vornherein

²⁴⁴ Heim II S. 222-224.

²⁴⁵ Schultes DG I S. 756.

²⁴⁶ Heim II S. 341-348. Brückner II S. 64-66.

bedeutend größere Schwierigkeiten als im Unterland. Bis ins 13. Jahrhundert ist ein fühlbarer Mangel an Quellen feststellbar. Wir können zwar große Züge erkennen, nicht aber den notwendigen Einblick in die Einzelheiten nehmen. Erst 929 werden zwei oberländische Dörfer, Bachfeld und Heid, urkundlich genannt²⁴⁷. Für die Zeit bis 1200 sind nur sechs weitere Urkunden vorhanden, die oberländische Orte betreffen²⁴⁸. Hierbei werden immer wieder Bachfeld, Effelder und das erst 1826 an Meiningen gekommene Mupperg erwähnt. Erst 1162 werden auch Heubisch, Eichitz und Mark bei Neuhaus genannt. Die Tatsache, dass hier im Gegensatz zum Unterland kein einheimisches Geschlecht vorhanden war, das imstande gewesen wäre, die Landesherrschaft zu begründen, führte zu einer recht komplizierten Entwicklung. Die im Coburger Land ansässigen hochfreien Geschlechter der Callenberger und Wohlsbacher starben schon im frühen 13. Jahrhundert aus. So war das ganze Coburger Gebiet vielgestaltigen Einflüssen von allen Seiten ausgesetzt. Vom Norden kamen die Saalfelder Äbte und später die Wettiner, vom Osten und Süden die Herzöge von Meranien und die Bamberger Bischöfe, vom Westen die Bischöfe von Würzburg und die Henneberger Grafen in das Land vor dem Wald. Die Landesherrschaft haben auch hier die Henneberger im Kampf gegen Einflüsse von draußen, besonders aber in harten Auseinandersetzungen mit den kleinen Gewalten im Lande in der Zeit ihrer größten Machtentfaltung am Ende des 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts errichtet. Ihre Erben waren im Coburger Land um die Mitte des 14. Jahrhunderts die Wettiner, die damals schon die Mark Meißen und die Landgrafschaft Thüringen besaßen.

Zwar hat es auch noch später Auseinandersetzungen zwischen der Landesherrschaft und den kleinen Gewalten im Lande gegeben. Unter der Leitung des mächtigen Wettiner Geschlechtes, das 1423 das sächsische Herzogtum mit der Kurwürde erhielt, war die spätere Entwicklung aber bei weitem nicht solchen Schwankungen unterworfen, die sich aus dem hennebergisch-würzburgischen Verhältnis im Unterland ergaben. Fremde Einflüsse auf das nunmehrige "Ortsland in Franken" hat es seitdem nicht mehr gegeben. Nur an den Randgebieten traten noch Grenzstreitigkeiten mit den fränkischen Bistümern auf. Besonders haben die Wettiner von vornherein die hohe Landgerichtsbarkeit, die der Würzburger Bischof als Herzog von Franken ausübte, für das Coburger Gebiet ausgeschaltet²⁴⁹.

Soweit liegen die großen Züge fest, schwieriger wird die Erforschung der Einzelheiten. Wenn wir näher in diese oft verwickelten Fragen eindringen, so stellen wir zunächst fest, dass das Meininger Oberland, die späteren Ämter Sonneberg, Neuhaus und Schalkau, nur als ein Teil des Coburger Gebietes verstanden werden kann, der "Neuen Herrschaft" der Grafen von Henneberg im 13. und 14. Jahrhundert, der wettinischen "Ortslande in Franken" und der späteren "Pflege Coburg"²⁵⁰. Erst durch die Wettiner Teilungen des 17. und 18. Jahrhunderts ist dieses organisch entstandene Gebiet zerrissen worden. Unsere Aufgabe besteht somit darin, die Entstehung der Landesherrschaft im Coburger Gebiet zu untersuchen, wobei wir das Hauptgewicht auf die späteren Meininger Ämter legen müssen. Wenn diese Frage auch noch längst nicht erschöpfend behandelt worden ist, so hat sich doch bereits eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur mittelbar oder unmittelbar mit ihr beschäftigt. Zu den gewissenhaften Forschern des späten 18. Jahrhunderts, Johann Adolf von Schultes, Johann Gerhard und Johann Ernst Gruner und dem Dilettanten Christian Friedrich Kessler von Sprengseisen sind seit dem Beginn unseres Jahrhunderts eine Reihe ernsthafter Landes-

²⁴⁷ Dobenecker I Nr. 337.

²⁴⁸ Dobenecker I Nr. 392, 994, 877, 889, 1212 II Nr. 248.

²⁴⁹ Unger I S. 54.

²⁵⁰ Zu dem Begriff "Neue Herrschaft", "Ortslande in Franken" und "Pflege Coburg", Füßlein in: SvbbgG 15 (1928) S. 58 Anm. 6.

und Ortshistoriker getreten, von denen nur Wilhelm Füßlein, Oskar von Schaumberg und Hermann Kaiser genannt werden sollen²⁵¹.

Das Coburger Gebiet gehörte wie das Meininger Land in karolingischer Zeit politisch zum fränkischen Gau Grabfeld und kirchlich zum Bistum Würzburg. Unmittelbar östlich schloss sich der große fränkische Radenzgau an, der von Frankenwald und Fichtelgebirge bis zur Wasserscheide zwischen Main und Donau reichte. Kirchlich unterstand er dem 1007 gegründeten Bistum Bamberg. Der östliche Teil des Grabfeldes erscheint im 11. Jahrhundert als besonderer "Banzgau". Seine Grenzen sind im Einzelnen nicht feststellbar. Er umfasst mit Bestimmtheit nur den langgestreckten Winkel zwischen Main und Itz²⁵². Die fünf aus karolingischer Zeit überlieferten Urkunden, die Orte des Coburger Gebiets betreffen, beschäftigen sich sämtlich mit Schenkungen von Besitzungen im Gebiet zwischen Rodach und Coburg an die Abtei Fulda²⁵³. Die im Jahre 850 genannte Gerichtsstätte Lutera, an der nach einem Rechtsstreit Fuldaer Waldbesitz an das Kloster zurückgegeben worden ist, nimmt Schultes und im Anschluss daran Riemann für Lauter bei Coburg in Anspruch, der später bedeutenden Zentstätte des Coburger Landes²⁵⁴. Doch mag sehr zweifelhaft erscheinen, ob diese Behauptung zu Recht besteht.

Erst im 11. Jahrhundert lassen sich die weltlichen und geistlichen Grundherrschaften in dem nur wenig besiedelten Land vor dem Wald wenigstens andeutungsweise erkennen. Im Jahre 1056 schenkte Richeza, die Tochter des Pfalzgrafen Ezzo von Aachen, ihre Güter in Coburg und Saalfeld an den Erzbischof Anno von Köln. Wenig später wurde 1069 das Kloster Banz von Alberada, der Erbtöchter des Markgrafen Otto von Schweinfurt, gegründet und mit dem

²⁵¹ Schultes, Neue diplomatische Beiträge zur Fränkischen u. Sächsischen Geschichte 1792, Historische Schriften und Sammlungen 1798/1801, Coburger Landesgeschichte des Mittelalters 1814, Sachsen-Coburg-Saalfelder Landesgeschichte 1818/1820 Diplomatische Beiträge zur Geschichte der Grafen von Andechs u. nachheriger Herzöge von Meran 1818. Johann Gerhard Gruner, Einige Berichtigungen der Topographie des Herzoglich Sachsen-Coburg-Meininger Anteils an dem Herzogtum Coburg 1781, Fortgesetzte Berichtigungen 1782. Ders. Historisch-stat. Beschreibung des Fürstentums Coburg 1783 (fortgesetzt von Johann Ernst Gruner). Christian Keßler v. Sprengseisen. Topographie des Herzogl. Sachs.-Coburg-Gothaischen Anteils an dem Herzogtum Coburg 1781. Über Schultes und Gruner s. Engel, 400 Jahre hennebergische Geschichtsschreibung S. 29-30 u. Thilo Krieg, Geehrtes und gelehrtes Coburg, S. 41 u. II S. 64-67. ADB XXXII S. 692. Wilhelm Füßlein, Berthold VII. Graf von Henneberg, Marburg 1905, Ders. Hermann I, Graf von Henneberg und der Aufschwung in der hennebergischen Politik in: Z.V.thür. G.u.A. NF XIX S. 56-109, 151-224 u. 295-342 (1897/98). Ders. Die Erwerbung der Herrschaft Coburg durch das Haus Henneberg-Schleusingen in den Jahren 1311-1316 in: SVhbg. GV 15 (1938) S. 51-132. Ders. Der Übergang der Herrschaft Coburg vom Haus Henneberg-Schleusingen an die Wettiner 1353 in: Z.V.thür. G.u.A. NF XXVIII (1929) S. 325-433. Ders. Zwei Jahrzehnte Würzburger Stifts-Stadt- und Landesgeschichte 1254-1275 NB 32 (1926). Oskar von Schaumberg, Grundzüge der Geschichte des uradligen fränkischen Geschlechts von Schaumberg in: SVMGL 77 (1918) S. 1-16. Ders. Regesten des fränkischen Geschlechts von Schaumberg Bd. I (1930) Band II (1939), mit sehr wertvollen Anm. Hermann Kaiser in den Südthüringen Heimatblättern, besonders: Zur Vorgeschichte der Burg und des Geschlechts von Sonneberg 2-9/1933, 1/1934, Besitzstand der Ministerialen von Sonneberg 1-3/1935, Beiträge zur älteren Geschichte Sonneberg 5-9/1936, 1/1937, Die Wälder unserer Heimat in älterer Zeit 7-9/1932, Heinrich II. von Sonneberg Gründer des Klosters Sonnefeld 10/1931, 1-3/1932. Ferner sind heranzuziehen: Erich von Guttenberg, Territorienbildung am Obermain 79 in: Bericht des hist. Vereins Bamberg (1926). Thilo Krieg, Geschichte der Veste Coburg, Coburger Heimatkunde und Heimatgeschichte in: 1. Heft Heimatgeschichte (1929), Auseinandersetzung Emil Herold gegen Adolf Joch in "Rund um den Mupperg" 2, 8, 13, 14 und 18/1926. Unzuverlässig: Emil Herold, Benediktinerabtei Mönchröden (1929). [Thomas Schwämmlein Kulturdenkmale in Thüringen Bd. 1 Landkreis Sonneberg 2005 S. 22-41, Coburg 1353. Stadt und Land Coburg im Spätmittelalter 2003].

²⁵² Schultes, hist. Schriften (Schluss).

²⁵³ Grattstadt (815, 823), Ahlstadt (823), Walbur (837, 860), Gauerstadt (838), Neuses (914) Dobenecker I Nr. 95, 119, 165, 172, 222, 322.

²⁵⁴ Schultes, Cob. Landesgesch. Mitt. S. 91. Riemann, Ortsnamen S. 7. Dazu Dobenecker I Nr. 197: vielleicht Lüder oder Lutter bei Fulda.

Fronnhof in Mupperg ausgestattet²⁵⁵. Aus diesen beiden völlig voneinander unabhängigen Schenkungen lassen sich mehr oder minder zwingende Folgerungen für die Vorbesitzgeschichte des Coburger Gebietes ziehen. Besondere Beachtung hat dabei die Frage gefunden, wie der Lothringische Pfalzgraf Ezzo in den Besitz des Gebietes um Saalfeld und der Burg Coburg gekommen ist. Wir werden kaum fehl gehen, wenn wir mit den alten Geschichtsschreibern hier ursprüngliches Königsgut vermuten, das um 1000 von den Kaisern Otto III. oder Heinrich II. an Ezzo gegeben worden ist. Auch der Wald zwischen Coburg und Saalfeld dürfte Reichsbesitz gewesen sein²⁵⁶. Im Süden unseres Gebietes sind dann im 10. und 11. Jahrhundert Besitzungen der Markgrafen von Schweinfurt nachweisbar. Dieses hochfreie ostfränkische Geschlecht trat zuerst im 10. Jahrhundert auf und kam im Dienst Kaiser Ottos I. zu Ansehen²⁵⁷. Im 10. und 11. Jahrhundert verfügte es über weitausgedehnten grundherrlichen Streubesitz von Würzburg bis Bayreuth, über Grafenrechte im Radenzgau und Volkfeld und über die Markgrafschaft im bayrischen Nordgau. An der Grenze unseres Gebietes lag im Südosten die schweinfurtische Burg und Grundherrschaft Kronach. Der Aufstand des Markgrafen Heinrich gegen König Heinrich II. im Jahre 1003 hatte zwar den Verlust aller Ämter und Reichslehen zur Folge und das Geschlecht wesentlich geschwächt, der umfangreiche Allodialbesitz aber verblieb Heinrich und seinem Sohn Otto, mit dem die Schweinfurter 1057 im Mannesstand ausstarben. Mittlerweile war im Radenzgau das Bistum Bamberg als ein neues politisches Machtgebilde entstanden²⁵⁸. Kronach fiel durch Heirat an die Böhmisches Przemysliden und kam erst unter Kaiser Heinrich IV. am Ende des 11. Jahrhunderts an das Reich zurück. Die Burg Banz mit ihrer Grundherrschaft zwischen Main und Itz fiel an Otto Tochter Alberata, die Gemahlin des Grafen Hermann, die nach kinderloser Ehe aus ihrem Besitztum 1069 eine Benediktiner-Abtei gründete. Aus den Banzer Gründungsurkunden können wir auch den Schweinfurter Allodialbesitz im Land vor dem Wald, den Fronhof in Mupperg und das Dorf Effelder, feststellen. In beiden Orten lassen sich Banzer Besitzrechte noch bis ins 19. Jahrhundert nachweisen²⁵⁹.

Mit dem Richezaerbe war mittlerweile seit der Schenkung an Köln 1056 eine wichtige Veränderung vorgenommen worden. Erzbischof Anno verwandte die weitabgelegenen Besitzungen zur Gründung einer Benediktiner-Abtei in Saalfeld²⁶⁰. Die Ausstattungsurkunde übertrug dem Kloster neben umfangreichen Grundherrschaften im Saalfelder Gebiet auch den "Forstwald" zwischen Lehesten und der Hasslach und den Coburgischen Besitz der Richeza. Sein genauer Umfang wird erst aus einer Urkunde des Bischofs Adalbero von Würzburg 1075 deutlich. Er umfasste die Fronhöfe Seidmannsdorf, Lauter und Mirsdorf mit Zinsleuten und zahlreichen Orten der näheren Umgebung²⁶¹. Mittelpunkt dieser saalfeldischen Grundherrschaft war die Burg Coburg, auf der bereits 1075 ein Saalfelder Vogt saß²⁶².

Neben diesen beiden geistlichen Villikationen der Klöster Banz und der Abtei Saalfeld lassen sich gleichzeitig die Anfänge einer weltlichen Grundherrschaft der Grafen Stärker mit Wohls-

²⁵⁵ Dobenecker I Nr. 808, 811, 876, 877, 890. Krieg, Veste Coburg S. 1. H. Hirsch, Die echten und unechten Stiftungsurkunden der Abtei Banz (Sitzber. der Akad. Wiss. Wien, phil-hist. Klasse) Wien 1919. Guttenberg S. 128-135. Rund um den Mupperg 8 u. 13/1926.

²⁵⁶ Schultes, hist. Schriften S. 41-43. Oelenheinz, Urcoburg S. 7-11.

²⁵⁷ Guttenberg S. 51-72, dort auch ältere Literatur über die Abstammung der älteren Babenberger, Guttenberg selbst nimmt ein selbständiges Geschlecht an.

²⁵⁸ Guttenberg S. 73-81 u. Theodor Mayer, Fürsten u. Staat S. 250-251 sehen in der Errichtung des Bistums Bamberg vor allem eine Gründung Kaiser Heinrichs II. gegen die Schweinfurter Markgrafen.

²⁵⁹ Guttenberg S. 131. Kloster Banz und das Land vor dem Wald in: Südthür. Heimatblätter 9-11/1929.

²⁶⁰ Dobenecker I Nr. 912.

²⁶¹ Dobenecker I Nr. 912.

²⁶² Krieg, Veste Coburg S. 1-4.

bach im Itzgrund nördlich von Coburg als Mittelpunkt erkennen. Herkunft und verwandtschaftliche Beziehungen dieses Geschlechts sind heute noch in Dunkel gehüllt²⁶³. Auch ihre soziale Stellung ist nicht ganz eindeutig. Die Grafen Stärker (Starkahre) treten zwischen 1057 und 1171 in einer Reihe überlieferter Urkunden auf²⁶⁴. Augenfällig ist, dass sie zuerst in Begleitung und in Sachen der Pfalzgrafentochter Richeza erwähnt werden²⁶⁵. Schultes nimmt deshalb an, dass sie von Richeza aus ihrer rheinischen Heimat ins Coburger Land gebracht worden sind²⁶⁶. Die Hauptstütze seiner Argumentation bilden allerdings zwei gefälschte rheinische Urkunden Kaiser Heinrichs III. von 1051²⁶⁷. Die Grafen Stärker sind aber schon bald in sehr enge Beziehungen zum Bistum Bamberg getreten. Das lässt die Vermutung zu, dass es sich um ein einheimisches Geschlecht gehandelt hat. Bereits 1059 erscheint Graf Stärker auf einer Bamberger Synode und 1071 bezeugt er die Gründungsurkunde von Banz²⁶⁸. Zusammen mit seinem Bruder, dem Markgrafen Hermann von Meißen, gründete er selbst um 1149 das Kloster Mönchröden²⁶⁹. In den Urkunden erscheinen die Stärker in Gemeinschaft mit anderen Hochfreien, den Hennebergern, den Hiltenburgern und den Grafen von Andechs²⁷⁰. Sie gehörten ohne Zweifel der gleichen sozialen Schicht an. Den Grafentitel führten sie von Anfang an, ohne allerdings jemals im Besitz einer alten Amtsgrafschaft gewesen zu sein. Wir haben aber schon bei den Hennebergern feststellen können, wie am Ende des 10. Jahrhunderts der alte gewichtige Amtstitel zu einem erblichen Adelsprädikat entwertet wurde. Guttenberg vermutet, dass die Grafen Stärker in einzelnen Zenten des Grabfeldes Grafenrechte besessen hatten und dort die Hochgerichtsbarkeit ausgeübt haben²⁷¹. Die Grundherrschaft der Grafen Stärker ist im Gebiet von Oeslau und Schalkau nachweisbar. Allerdings wird sie erst unter dem letzten Glied des hochfreien Geschlechts, des Grafen Hermann von Wohlsbach, dem Sohn des jüngeren Grafen Stärker, deutlich, der über grundherrlichen Besitz in Welchendorf und Kemmaten verfügte. Er nannte sich in seinen letzten Beurkundungen, die nach 1177 anzusetzen sind, nach der Burg Schaumberg bei Schalkau²⁷². Die Lauterburg war ohne Zweifel in seinem Besitz. Um 1160 griff er widerrechtlich auf die Banzer Wälder Gefell und Heide über, die sich im Vorland des Waldes von Effelder über Heubisch nach Mark zogen. Seine Vertreter im Streit mit Banz waren 1162 niederadlige Geschlechter, die in Oeslau, Lauter, Einberg, Plesten und Heubisch ansässig waren.

Die spärlichen Nachrichten über die Ausdehnung der Stärker-wohlsbachischen Besitzungen im Land vor dem Wald sind die Ursache, dass über ihren Umfang in der landesgeschichtlichen Forschung seit dem 18. Jahrhundert weitgehende Vermutungen angestellt und mit späteren Besitzverhältnissen gestützt worden sind. Die Grundherrschaft der Grafen Stärker-Wohlsbach hat sich zweifellos über das obere Itztal bis an das Gebirge erstreckt. Wahrscheinlich befanden sich auch schon die Wälder nördlich von Schalkau, die

²⁶³ Über Herkunft der Stärker: Heins, Mönchröden S. 20-21.

²⁶⁴ Die Urkunden Kaiser Heinrichs III. von 1051 werden als Fälschungen angesehen, Dobenecker I Nr. 797 u. 798.

²⁶⁵ Dobenecker I Nr. 811 (1057).

²⁶⁶ Schultes, Meran S. 18. Cob. Landesgesch. Mitt. S. 19.

²⁶⁷ Dobenecker I Nr. 797 u. 798.

²⁶⁸ Dobenecker I Nr. 890. Guttenberg S. 242-243.

²⁶⁹ Dobenecker I Nr. 1619. Herold Mönchröden S. 29 ff (unzuverlässig). Heins Mönchröden S. 11.

²⁷⁰ [Heinrich Wagner Die Edelherren von Hiltenburg in Nordfranken in: Hochmittelalterliche Adelsfamilien in Altbayern, Franken und Schwaben München 2005, Die Andechs-Meranier in Franken Bamberg 2008].

²⁷¹ Guttenberg S. 242.

²⁷² Dobenecker II Nr. 528.

später schaumbergische Reichslehen waren, in ihrem Besitz²⁷³. Dass Neustadt an der Straße vom Main über das Gebirge nach Thüringen eine wohlsbachische Gründung sei, wird in der Literatur jetzt allgemein angenommen. Schaumberg vermutet eine Ausdehnung der wohlsbachischen Grundherrschaft bis nach Neuhaus, wo sie mit Bamberger Interessen zusammengestoßen sein soll²⁷⁴.

Noch weniger deutlich als die Grundherrschaften sind die Grafenrechte der Stärker. Sie werfen die Frage nach dem Inhalt und der Organisation der Hochgerichtsbarkeit des Coburger Landes im 11. und 12. Jahrhundert auf. Trotz vieler Forschungsbemühungen kann heute noch keine befriedigende Antwort auf das Problem gegeben werden, wie sich nach Auflösung der fränkischen Gauverfassung hier die Gerichtsverfassung gestaltet hat. Man muss bei Betrachtung dieser Zusammenhänge immer wieder betonen, dass das Coburger Gebiet, besonders dessen Gebirgs- und gebirgsnahe Bereiche bis in die Stärkerzeit spärlich besiedelt und die Banzer Klosterbesitzungen Mupperg und Effelder Vorposten der Kultur in der Wildnis gewesen sind. Die meisten Siedlungen lagen wie in der Karolinger Zeit immer noch im Raum zwischen Coburg und Rodach. So geht wohl auch die älteste Gerichtsstätte des Landes, die Zent Lauter, unmittelbar auf die Zeit der fränkischen Besiedlung zurück. Bis in die hennebergische Zeit wird in diesem Gebiet keine andere Zentstätte genannt. Erst 1288 begegnet uns in nur zwei Urkunden die hennebergische Zent Fechheim²⁷⁵. Ihr Ursprung ist nicht feststellbar. Die beiden mittelalterlichen Hochgerichtsbezirke vor dem Wald, die Zenten Neustadt und Schalkau, werden erst im 14. Jahrhundert erwähnt²⁷⁶. Ungleichheiten in der Grenzföhrung der hennebergischen Urbare des 14. Jahrhunderts deuten darauf hin, dass die Zent Neustadt aus der Zent Lauter hervorgegangen ist²⁷⁷. Ihre weite Ausbuchtung nach Süden bis in das Gebiet von Sonnefeld lässt mit Sicherheit annehmen, dass die Zent Fechheim ihr Vorläufer gewesen ist. Vermutlich hat somit die Zent Lauter im 11. und 12. Jahrhundert bis an den Thüringer Wald herangereicht.

Damit ist aber die Frage nach dem Inhaber der Hochgerichtsbarkeit in der Zent Lauter noch nicht beantwortet. Guttenberg vermutet, dass es die Wohlsbacher gewesen sind. Es soll darüber hinaus nur angedeutet werden, dass vorher die Markgrafen von Schweinfurt als die bedeutendsten Grundherren des Banzgaues hier auch Hochrichter gewesen sein und verwandtschaftliche Beziehungen mit den Grafen Stärker bestanden haben könnten. Die Forschungen auf diesem Gebiet sind trotz mancher aufgewandten Mühe tatsächlich noch nicht zum Abschluss gekommen. Für uns, die wir die Entstehung der Landesherrschaft im Coburger Gebiet aufzeigen wollen, sind sie insofern von Bedeutung, als es festzustellen gilt, ob die Henneberger Grafen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts bereits wesentliche Ansätze zur Ausbildung einer Landesherrschaft vorgefunden haben. Beim jetzigen Stand der Forschung möchten wir die Frage eher verneinen als bejahen. Möglicherweise ist aber auch das Suchen nach einem Gerichtsherrn der Zent Lauter gänzlich abwegig, da es sich hier vielleicht doch um einen außerhalb des fränkischen Amtsrechtes entstandenen Gerichtsbezirk des Volksrechtes handelt, deren Träger die Gerichtsgemeinde selbst gewesen ist. Zickgraf vermutet solche Gerichtsbezirke in den alten Zenten Meiningen, Mellrichstadt und Schmalkalden²⁷⁸.

²⁷³ Schaumberg, Regesten II S. 214.

²⁷⁴ Schaumberg, Regesten II S. 191.

²⁷⁵ Dobenecker I Nr. 2969, 2978. Schaumberg, Regesten II Nr. 88.

²⁷⁶ Für Neustadt: Schultes, Cob. Landesgesch. Mitt. UB S. 48, Gruner, Neustadt I S. 70. Für Schalkau: Schaumberg, Regesten II S. 203.

²⁷⁷ Schaumberg, Regesten II S. 200.

²⁷⁸ Zickgraf S. 152.

Gleichzeitig mit den Grafen Stärker-Wohlsbach tritt im Coburger Land ein anderes Geschlecht des hochfreien Adels, die Callenberger, auf. Sie werden in der Zeit von 1146 bis 1244 in drei Generationen genannt und tragen ihren Namen nach der Burg westlich von Coburg. Erwähnt sind sie in 32 Urkunden, vorwiegend als Zeugen für Rechtshandlungen der Bamberger und Würzburger Bischöfe. Nach ihrem Stand in den Zeugenreihen gehören sie mit den Wohlsbachern und Hennebergern zu den Edelfreien des Landes. Der Schwerpunkt ihrer Grundherrschaft lag westlich und südwestlich von Coburg. Die Vogtei über den langheimischen Klosterhof Tambach war zu Anfang des 13. Jahrhunderts ein Streitobjekt, auf das die Callenberger gegen Geldentschädigung erst 1226 verzichteten²⁷⁹.

Das Aussterben der Grafen Stärker brachte um 1200 neue Kräfte ins Coburger Gebiet, die die Geschicke des Landes in den nächsten Jahrhunderten bestimmen sollten. Von Osten her trieben die Herzöge von Meranien die wesentlichsten Spitzen ihrer um Kulmbach konzentrierten Besitzungen bis nach Coburg vor, während von Westen her die Henneberger Grafen sich von Stützpunkt zu Stützpunkt an die Itz heranschoben. Auch im Coburger Gebiet war wie im Henneberger Land das Versiegen hochfreien Blutes im 13. Jahrhundert eine der wesentlichsten Voraussetzungen zur Güteranhäufung in den Händen einzelner Familien des Hochadels. Diese haben dann, wie im Unterland, in rücksichtsloser Zielstrebigkeit gegen die noch bestehenden kleinen örtlichen Gewalten und gegen auswärtige Mitbewerber die vorhandenen Grundherrschaften und Hoheitsrechte auf sich vereinigt und das Gebiet zu einem staatlichen Gebilde geformt.

Während das Erlöschen der hochfreien Geschlechter auch im Coburger Land mit einer erheblichen Besitzschmälerung durch Schenkung an geistliche Stifte und durch einen wirtschaftlichen Verfall der Edelfreien eingeleitet wird, finden wir im Coburger Land kaum eine wesentliche Schenkung der Henneberger an die Kirche. Wir können im Gegenteil beobachten, wie die Grafen zielbewusst die mit ihnen ins Land gekommenen Würzburger Bischöfe wieder hinausdrängten und die Saalfelder und Banzer Grundbesitzungen ihrer Herrschaft unterwarfen.

Im 12. Jahrhundert ist ein hennebergischer Einfluss im Itztal noch nicht feststellbar. Dagegen fühlten schon damals von Osten her die Herzöge von Meranien ins Coburger Land vor. Dieses oberbayrische Geschlecht der Grafen von Andechs und Diessen hatte aus der Schweinfurter Erbschaft um die Mitte des 11. Jahrhunderts Grafenrechte im Radenzgau und die Herrschaften Plassenburg (Kulmbach) und Bayreuth erworben. Nachdem sie ihre weitgesteckten Pläne im Dienste des Reiches, aus denen ihnen nur der Titel eines Herzogs von Meranien und die Pfalzgrafschaft Burgund verblieben waren, aufgegeben hatten, verlegten sie zu Anfang des 13. Jahrhunderts den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in ihre oberfränkischen Besitzungen²⁸⁰. Zwischen Kulmbach und Coburg hatte sich freilich mittlerweile das Bistum Bamberg festgesetzt, dem Kaiser Heinrich V. 1122 die wichtige Herrschaft Kronach geschenkt hatte²⁸¹. Sie umfasste das Gebiet um Kronach und Teuschnitz, schloss also unmittelbar östlich an das Coburger Land an. Weiter südlich hatten die Meranier um 1140 durch Erbschaft die Herrschaft Lichtenfels-Giech erworben. Sie stammte wie

²⁷⁹ Dobenecker II Nr. 2334.

²⁸⁰ Oefele S. 71-73, Meran, Teil von Kroatien-Dalmatien. Seit 1153 führen die Andechser den Herzogtitel von Kroatien und Dalmatien, davon 1183 "Meranien" (Meranum, Merania, Moravia) nach Oefele von slawisch more=Meer.

²⁸¹ Guttenberg S. 122, 162.

Kronach ebenfalls aus dem Schweinfurter Erbe, hatte aber in einem sehr verwickelten Erbgang über weibliche Linien eine Sonderentwicklung genommen²⁸².

Besitzungen der Meranier im Kronacher Land lassen sich erst 1223 feststellen, als die Burg Steinberg im Frankenwald in ihre Pfandschaft übergang²⁸³. Im Coburger Gebiet lassen sich Meranier Besitzungen nur unter dem letzten Herzog Otto VIII. nachweisen, der auf seinem Totenbett 1248 dem Kloster Banz den Zehnt in Coburg schenkte und den aus Klosterbesitz geraubten Markt Neustadt an das Kloster zurückgab²⁸⁴. Die Meranier besaßen aber seit dem Ende des 12. Jahrhunderts die Vogteien über die Abtei Banz und das Kloster Langheim, über letzteres um 1180 gemeinsam mit den Callenbergern. Dadurch war es ihnen möglich, im Coburger Land Einfluss zu gewinnen²⁸⁵.

Es ist augenfällig, dass trotz der nur spärlich nachweisbaren Besitzrechte der Meranier im Coburger Land seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts meranische Ministerialen hier eine sehr bedeutsame Rolle gespielt haben. Die beiden Ministerialengeschlechter der Sonneberger und Schaumberger stammen offenkundig aus der meranischen Herrschaft Lichtenfels-Giech. Die Sonneberger werden seit 1207 erwähnt, als Eberhard von Sonneberg in einer Urkunde des Herzogs Otto VII. von Meranien unter den herzoglichen Ministerialen genannt wird²⁸⁶. Kurz danach erscheinen 1216 die Schaumberger in einer Urkunde Lupolds von Ratzenberg für Kloster Banz²⁸⁷. Als Ministerialen standen beide Geschlechter ursprünglich in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu den Herzögen. Meranische Ministerialen werden in Franken seit 1149 erwähnt²⁸⁸. Sie entwickelten sich aus unfreien Verwaltern der meranischen Grundherrschaft bald zu einflussreicher sozialer Stellung. Sie waren im Zeugendienst, im Hofwesen, als Zentrichter und Ortschaftsvögte im Auftrage ihrer Herren tätig²⁸⁹. Neben ihrem Dienstgut besaßen sie im bamberg-meranischen Gebiet schon seit der Mitte des 12. Jahrhunderts echte vasallische Lehen, die eigentlich nur an Freie ausgegeben werden konnten²⁹⁰. Die Stärke der Meraner Ministerialen lag seit dem 13. Jahrhundert in ihren Eigenbesitzungen, die seit dem 12. Jahrhundert in größerer Zahl in Oberfranken nachgewiesen werden können. Die Ministerialen nannten sich vielfach gerade nach diesen Allodialgütern²⁹¹. Offensichtlich haben die Ministerialen ihr Eigengut vornehmlich durch Kauf erworben. Seine Vererbbarkeit innerhalb der Ministerialengeschlechter steht außer Zweifel, aber immerhin unterlag dieser einflussreiche und vermögende Stand immer noch einer Reihe persönlicher Rechtsbeschränkungen, die sie scharf von den Freien des Landes unterschied. Verfügungen über die eigene Person, über Dienstgut und Eigentum waren durch die Rechte des Herrn gemindert. Guttenberg hat im einzelnen nachgewiesen, wie im Laufe des 12. Jahrhunderts tiefer stehende Schichten der Eigenleute und Leibeigenen in den Bamberger und meranischen Ministerialenstand einströmten. Er hat aber auch aufzeichnen können, wie Edel- und Gemeinfreie in den Ministerialenstand aufgingen und das freie Element im Lande weiter vermindert wurde. Die meranischen Ministerialen haben im 13. Jahrhundert eine weit größere Selbständigkeit als die hennebergischen

²⁸² Näheres Guttenberg S. 122-125.

²⁸³ Guttenberg S. 439.

²⁸⁴ Oefele Reg. Nr. 699 u. 702. Schaumberg, Regesten I S. 8. Dobenecker III Nr. 1614, 1615. Südthür. Heimatblätter 9/1933.

²⁸⁵ Oefele, S. 78-81, Reg. Nr. 250. Dobenecker II Nr. 591.

²⁸⁶ Dobenecker I Nr. 1357.

²⁸⁷ Dobenecker II Nr. 1707. Schaumberg, Regesten I Nr. 1.

²⁸⁸ Guttenberg S. 302.

²⁸⁹ Über die Ministerialen des Bistums Bamberg und die Herzöge von Meranien s. Guttenberg S. 299-356.

²⁹⁰ Für Giech-Lichtenfels schon 1143 bezeugt, Guttenb. S. 316.

²⁹¹ Beispiele Guttenberg S. 321.

Dienstmannengeschlechter erringen können. Besonders gilt das für die Sonneberger und Schaumberger, die nach Aussterben der Herzöge 1248 sich den Zugriffen ihrer Erben entziehen konnten.

Die ersten Besitzungen des Sonneberger Ministerialengeschlechts lagen in der Lichtenfelser Gegend, Guttenberg leitete sie einfach von den seit 1157 auftretenden Ministerialen der Lichtenfels ab, ob mit Recht, sei sehr dahingestellt²⁹². Die von ihnen um 1200 errichtete Burg Sonneberg war Eigentum²⁹³. Ebenso war die Burg Schaumberg von vorneherein freies Allod der Schaumberger. Als die beiden meranischen Ministerialengeschlechter zu Anfang des 13. Jahrhunderts in das Coburger Land eindringen, waren die Grafen Stärker schon ausgestorben und damit das führende hochfreie Geschlecht des Landes erloschen. Die Schaumberger besaßen um die Mitte des 13. Jahrhunderts Stärker'sche Güter im Schalkauer Gebiet. Der Besitzstand der geistlichen Grundherrschaften war gegenüber dem 11. Jahrhundert kaum verändert. Den Vorwald des Gebirges, die Heide und das Gefelle, hatte die Abtei Banz im Besitz. Ihre Hauptstützpunkte waren hier immer noch Muppeg und Effelder. Den Markt zu Neustadt "mit dem anliegenden Grunde" gab ihr 1248 Herzog Otto VIII. von Meranien zurück. Jedoch deutet alles darauf hin, dass die Banzer Grundherrschaft vor dem Gebirge kein geschlossener Besitz sondern durch andere, hauptsächlich wohl Stärker'sche Güter durchsetzt war. In Coburg hatte die Abtei Saalfeld ihren 1071 erhaltenen Besitz mit der Probsteikirche Peter und Paul als Mittelpunkt zu wahren gewusst. Ihre Güter im Land vor dem Wald wurden durch weitere Schenkungen vergrößert, die mit dem Richezaerbe nicht im Zusammenhang standen. So vermachte 1100 ein gewisser Siboto dem Kloster sein Erbgut, das aus Liegenschaften in Scheuerfeld, Ketschendorf und Ahorn bei Coburg bestand²⁹⁴. Um 1200 hat die Saalfelder Abtei ohne Zweifel schon die grundherrlichen Liegenschaften in Oberlind, Unterlind, Malmerz und Weidhausen besessen, die sie 1252 als Lehen an die Sonneberger gab. Schaumberg vermutet, dass diese Besitzungen bereits aus dem Richezaerbe stammen, dagegen spricht aber, dass sie in diesem Zusammenhang nie genannt werden²⁹⁵.

Über die Besitzverhältnisse der Wälder nördlich von Sonneberg bis an den Kamm des Gebirges ist aus dieser Zeit nichts bekannt. Die großen Waldschenkungen, die im Jahre 1074 aus dem Richezaerbe an die Abtei Saalfeld kamen, erwähnen sie nicht. Südlich des Gebirges sprechen die Schenkungsurkunden nur vom "Forstwald" zwischen Lehesten und der Hasslach, also von den Bergen östlich der Tettau, die wir später im Besitz der Grafen von Orlamünde finden²⁹⁶. Der Besitz der Abtei Saalfeld an den Wäldern zwischen Sonneberg und Gräfenenthal dürfte aber für diese Zeit nicht ausgeschlossen sein. Das Sonneberger Ministerialengeschlecht, das sich hier um 1200 niederließ, stand bei seinem Auftreten im Coburger Land von vorneherein in engen Beziehungen zur Abtei Saalfeld.

Neben den Stammbesitzungen im Maintal begegnen uns im 13. Jahrhundert drei andere Besitzgruppen der Sonneberger, nämlich im Gebiet um Sonnefeld, in der Gegend von Oeslau und im unmittelbaren Vorland des Gebirges bei Sonneberg und Heinersdorf²⁹⁷. Vor allem aber hatte am Anfang des 13. Jahrhunderts Heinrich I. von Sonneberg die Vogtei über die saalfeldischen Besitzungen in Coburg inne, die er nach Übergriffen auf das Kirchengut im

²⁹² Guttenberg S. 437, dagegen Südthür. Heimatblätter 7/1933.

²⁹³ Südthür. Heimatblätter 2/1935.

²⁹⁴ Dobenecker I Nr. 991.

²⁹⁵ Südthür. Heimatblätter 1/1932.

²⁹⁶ Heinz, Amt Lauenstein S. 14-23.

²⁹⁷ Kaiser in: Südthür. Heimatblätter 9/1933, 1/1934, 1-3/1935.

Jahre 1225 abgeben musste²⁹⁸. Wir treffen hier auf Praktiken, die auch sein Dienstherr, der Herzog Otto VIII. von Meranien, gegenüber den von ihm bevogteten Stiften anwandte. Die Frage, wodurch das Ministerialengeschlecht in den Besitz der saalfeldischen Vogtei in Coburg gekommen ist und ob diese der Ausgangspunkt seiner Entfaltung im Lande vor dem Wald war, muss noch unbeantwortet bleiben. Bei unserer Unklarheit über den meranischen Besitz in Coburg bleibt auch unentschieden, ob die Sonneberger die Vogtei im Auftrage ihrer herzoglichen Dienstherrn oder aus eigenem Recht ausgeübt haben²⁹⁹. Augenfällig ist aber immerhin, dass die Sonneberger Güter im Coburger Land sich eng an saalfeldischen Besitz anschließen. In der Sonnefelder Gegend östlich von Coburg, wo sich Sonneberger Güter häufen, ist auch Saalfelder Klosterbesitz nachweisbar. Im Jahre 1225 gab der Vogt Heinrich von Sonneberg in diesem Gebiet angeeigneten Klosterbesitz zu Weidhausen, Hofstätten und den Berg Prälax bei Großgarnstadt an das Kloster zurück. Der Mittelpunkt der dritten Besitzhäufung der Sonneberger, die für uns von besonderer Bedeutung ist, bildet die Burg Sonneberg, die um 1200 am Ausgang des Röthentales entstanden ist. Wir haben schon festgestellt, dass sie kein Dienstgut sondern Eigentum des Geschlechtes war. Kaiser vermutet Kauf aus saalfeldischem Allod³⁰⁰.

Unmittelbar am Gebirgsrand bestanden hier an den Talausgängen schon die Dörfer Mürschnitz, Altenröthen und Köppelsdorf. Zur Burg Sonneberg gehörte seit Alters her der Eichberghof mit seiner Flur in der Herrnau. Im Übrigen war der Grundbesitz der Burg wenig umfangreich. Weiter östlich besaßen die Sonneberger in Heinersdorf Grund- und Waldbesitz. Die Waldbesitzungen kamen aber schon vor 1272 an die Grafen von Orlamünde, die sie an das Kloster Langheim weitergaben³⁰¹. Als 1252 Heinrich II. von Sonneberg Besitzungen in Oberlind, Unterlind, Malmerz und Weidhausen bei Sonneberg erwarb, stellte er die Verbindung zwischen Sonneberg und Heinersdorf her. Er hatte damit eine ansehnliche Grundherrschaft unmittelbar vor dem Gebirge geschaffen, zu der auch Waldgebiete gehörten³⁰². In den Jahren 1260 bis 1264 gründete er das Kloster Sonnefeld³⁰³.

Nach dem Aussterben ihrer meranischen Dienstherrn 1248 gelangten die Sonneberger zu einer Machtentfaltung, die der mancher edelfreier Geschlechter gleichkam. Die erstmals von Schaumberg veröffentlichte Lehenszusammenstellung Kunemunds I. von Sonneberg von etwa 1275 zeigt, dass das Geschlecht eine große Zahl Lehensleute besaß und über Aktivlehen in Rottmar, Oerlsdorf, Schwärzdorf, Heubisch, Rabenäufig und Welchendorf im Oberland verfügte³⁰⁴. Dann setzte in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ein Kräfteverfall ein. Er wurde eingeleitet durch umfassende Schenkungen an geistliche Stiftungen. Die meisten Sonneberger Besitzungen im Maingebiet waren schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts an das Kloster Langheim gekommen. Die östlich Coburgs gelegene Gütermasse fiel an das Kloster Sonnefeld. Im Jahre 1306 wurde das Geschlecht mit Kunemund II. letztmalig genannt. Der verbliebene Allodbesitz fiel an die Schaumberger³⁰⁵. Während die Sonneberger

²⁹⁸ Dobenecker II Nr. 2243.

²⁹⁹ Füßlein, Zwei Jahrzehnte Würzburger Stiftsgeschichte S. 91 drückt sich vorsichtig aus. Schaumberg, Regesten I S. 8 hält meranischen Einfluß für "sehr fraglich".

³⁰⁰ Südthür. Heimatblätter 1/1934.

³⁰¹ Vgl. dazu Heinrichs I v. Sonneberg ausdrücklicher Verzicht von 1272. Dobenecker III Nr. 844.

³⁰² Schaumberg, Regesten I Nr. 68. Südthür. Heimatblätter 20/1935.

³⁰³ Schaumberg, Regesten I Nr. 67. Faber, Sonnefeld, S. 1-5. Wank, Sonnefeld S. 36. Kaiser in Südthür. Heimatbl. 1-3/1932.

³⁰⁴ Schaumberg, Regesten II S. 312-313.

³⁰⁵ Das in der Stadt bis 1380 blühende niederadlige Geschlecht von Röten wird gewöhnlich mit den Sonneberger Ministerialen in Zusammenhang gebracht, so noch Guttenberg S. 437, Kaiser weist in Südthür. Heimatbl. 2/1935 darauf hin, dass keinerlei besitzgeschichtlicher Zusammenhang zwischen beiden

zur Entwicklung der Landeshoheit im Meininger Oberland nur durch ihre an die Schaumberger und später an die Henneberger Grafen gefallenen Grundherrschaften vor dem Walde beitrugen, übten die Schaumberger bis ins 18. Jahrhundert einen für die Ausbildung einer geschlossenen Landesherrschaft hemmenden Einfluss aus. Wir hatten gesehen, dass Heinrich von Schaumberg kurz nach der ersten Erwähnung der Sonneberger als Zeuge eines Rechtsvorganges von 1216 erstmals erwähnt wird. Wie die Sonneberger gehörte auch sein Geschlecht zur meranischen Ministerialenschaft. Das gleichzeitige Auftreten, das politische Zusammenwirken beider Geschlechter, das gemeinsame Hauskloster Sonnefeld und der Sonneberger Besitze anfall lassen eine enge Verwandtschaft, vielleicht sogar eine gemeinsame Abstammung vermuten. Schon bei seinem Auftreten finden wir das Geschlecht im Besitz der Wohlsbach-Stärker'schen Burg Schaumberg und bald auch des Wohlsbach'schen Allods im Schalkauer Gebiet. Trotz der an sich seltenen Tatsache, dass ein Geschlecht des Niederadels schon im 13. Jahrhundert im Besitz der Hochgerichtsbarkeit gewesen ist, dürfen wir wohl mit Recht annehmen, dass die Schaumberger schon damals Inhaber der Zent Schalkau gewesen sind³⁰⁶. Ebenso ist vermutlich auch der aus Wohlsbach'schem Besitz überkommene Wald nördlich der Schaumburg bis zum Rennsteig, der seit 1351 in den Reichslehenbriefen der Schaumberger genannt wird, bereits im 13. Jahrhundert in schaumbergischer Hand³⁰⁷. Bei dieser augenfälligen besitzgeschichtlichen Entwicklung haben sich die älteren Forscher für ein unmittelbares Abkommen der Schaumberger von den Wohlsbacher Grafen ausgesprochen³⁰⁸. Die neuere Literatur, vornehmlich Oskar von Schaumberg, bezweifeln aber aus Gründen der Standesunterschiede diese Zusammenhänge, ohne allerdings die Ursachen des Besitzübergangs klären zu können³⁰⁹. Schon in ihrer Frühzeit trafen die Schaumberger in Effelder auf Banzer Besitzungen³¹⁰. Im Jahre 1322 ist das dortige Rittergut mit Dorf und Vogtei Banzer Lehen der Schaumberger, die es bis 1665 besessen haben³¹¹.

In ihren Besitzungen um Schalkau verfügten die Schaumberger über eine mit Hochgerichtsbarkeit ausgestattete Grundherrschaft, die Keime zur Landeshoheit in sich trug. Bei dieser Stärke trieben sie schon in den letzten Jahren der Meranier eine selbständige, den Interessen ihrer Dienstherren entgegen gesetzte Politik. Im Januar 1245 erschienen sie letztmalig in Meranischen Urkunden und entzogen sich der kurz danach erfolgten Umschwenkung der Herzöge vom kaiserlichen in das päpstliche Lager³¹². Ihr Streben ging nunmehr darauf hin, mit kaiserlicher Unterstützung eine selbständige Herrschaft am Wald zu errichten. Schon im Februar 1245 nahm sie Kaiser Friedrich II. in seinen besonderen Schutz. Der Wunsch des Kaisers nach Bundesgenossen im Kleinadel kam ihrem Streben nach Selbständigkeit in jeder Weise entgegen. So entwickelte das ehemalige Ministerialengeschlecht in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine außergewöhnliche wirtschaftliche und politische Kraft.

Geschlechtern bestanden und der Besitzstand der Ministerialen in Rötten-Sonneberg nicht umfangreich gewesen ist.

³⁰⁶ Das gesamte Problem der Entstehung der Zent Schalkau ausführlich bei Schaumberg, Regesten II S. 302.

³⁰⁷ Schaumberg, Reg. II S. 214, 215, 248 vermutet, dass der Wald schon unter den Wohlsbachern reichslehnbar war. S. 342, 440.

³⁰⁸ Schultes, Cob. Landesgesch. Mittelalter S. 22. Nach Guttenberg zählt die Schaumberger zu den wenigen ostfränkischen Hochfreien, die in den Ministerialstand gesunken sind.

³⁰⁹ Schaumberg, Regesten I S. IX.

³¹⁰ Streit mit der Abtei Banz schon 1225, Schaumberg, Regesten I Nr. 11.

³¹¹ Schaumberg II Nr. 40 und SVMGL 77 (1918) S. 5.

³¹² Schaumberg, Regesten I Nr. 38 und 39.

Bereits 1266 finden wir die ersten Anzeichen für schaumbergischen Besitz außerhalb des Schalkauer Gebietes in Mitwitz³¹³. In der Gegend von Mitwitz, Hassenberg und Neuhaus begegnet uns zu Anfang des 14. Jahrhunderts eine mit Hochgerichtsbarkeit ausgestattete Gütermasse der Schaumberger. Oskar von Schaumberg glaubt auch hier an Wohlsbach'schen, in Hassenberg möglicherweise wildbergischen Vorbesitz³¹⁴. In Mitwitz besaßen die Schaumberger am Anfang des 14. Jahrhunderts Hals- und Dorfgericht, Judenschutz und Jagd. Dorf und Gericht blieben bis 1425 in ihren Händen³¹⁵. Ein zweiter kleiner Hochgerichtsbezirk der Schaumberger bildete sich um Hassenberg aus, das in der Mitte des 14. Jahrhunderts im schaumbergischen Besitz erwähnt wird³¹⁶. Das nahe Dorf Mupperg wird erstmals 1321 als Banzer Lehen in schaumbergischen Händen genannt, in denen es bis 1664 verblieb³¹⁷.

Die Burg Neuhaus wurde erst 1315 genannt, als die Schaumberger ihren dortigen Allodialbesitz den Grafen von Henneberg als Lehen auftrugen. Schaumberg leitet ihr Besitzverhältnis ebenfalls von den Wohlsbachern ab, die in diesem Gebiet reichen Goldvorkommens mit Bamberger Interessen zusammengestoßen seien. Hieraus habe sich ein Bamberg-wohlsbachisches Kondominat über Burg und Herrschaft Neuhaus ergeben, dessen Spuren noch im 14. Jahrhundert feststellbar sind³¹⁸. Kaiser dagegen glaubt, dass die Burg aus Sonneberger Allodialbesitz entstanden sei, wobei auf den Umstand hingewiesen wird, dass die Burg bei ihrer Erwähnung im Jahre 1315 eine junge Gründung gewesen und Sonneberger Besitz sowohl in Heinersdorf als auch in Schierschnitz festzustellen ist. Hier im alten Grenzgebiet des Grabfeld- und Radenzgaues griffen die gegenseitigen Rechte tatsächlich noch bis in die Neuzeit ineinander über. Zinsen der Burg Neuhaus sind auch in späteren Jahrhunderten noch in den bambergischen Orten Neukenroth, Reitsch und Wölfersdorf nachweisbar. Andererseits haben noch lange Zeit kirchliche und fiskalische Rechte Kronachs in Schierschnitz bestanden.

Die Verbindung zwischen ihrer Besitzmasse um Schalkau und den schon im 13. Jahrhundert in schaumbergischer Hand befindlichen Güterkomplexen Mitwitz und Hassenberg brachte die Sonneberger Erbschaft, die nach dem im Jahre 1306 erfolgten Tode Kunemunds II. von Sonneberg an die Schaumberger fiel³¹⁹. Kaiser vermutet Vererbung über eine Sonneberger Schwiegertochter, Schaumberg Kauf und Verpfändung aus der Hand des niedergehenden Geschlechts³²⁰. Jedenfalls befanden sich die Schaumberger vor 1315 im Besitz des gesamten Sonneberger Allodial- und Lehensbesitzes am Rand des Gebirges und verfügten über einen mehr oder minder geschlossenen Komplex von Grundherrschaften, der sich von Schalkau über Effelder und die Burg Sonneberg bis nach Neuhaus und Mitwitz erstreckte. In einigen Teilen war er mit Hochgerichtsbarkeit ausgestattet. Aber gerade in dieser Zeit großer Kraftentfaltung traten die Grafen von Henneberg den Schaumbergern in den Weg und entzogen ihnen die Grundlagen für die Bildung einer geschlossenen Herrschaft vor dem Walde. Ein wesentlicher Einfluss der Herren von Wildberg in unserem engeren Gebiet ist

³¹³ Schaumberg, Regesten I Nr. 75.

³¹⁴ Schaumberg, Regesten II S. 275-276.

³¹⁵ Schaumberg II Nr. 40 (1321) Nr. 96 u. 108 (1349 u. 1352).

³¹⁶ Schaumberg II Nr. 90 (vor 1348).

³¹⁷ Schaumberg Regesten II Nr. 40 und S. 187.

³¹⁸ Ausführlich bei Schaumberg, Regesten II Nr. 177 und 191. Vgl. auch Heinold Fichtner im 90. Bericht d. historischen Vereins für Bamberg S. 123.

³¹⁹ Schaumberg Regesten II S. 314 vermutet 2 Besitzanfänge, nach dem Tode Kunemunds I. und Kunemunds II.

³²⁰ Kaiser in Südthür. Heimatblätter 10/1931, Schaumberg, Regesten II S. 314.

nicht feststellbar. In Neustadt haben sie zeitweise den Zehnt besessen. Sie wurden 1272 und 1304 von den Hennebergern beerbt³²¹.

Herkunft und Besitzentwicklung der Henneberger Grafen haben wir schon bei Darstellung der Entstehung der Landesherrschaft im Unterland kennengelernt. Nach Aufgabe des Würzburger Burggrafenamtes hat Graf Poppo VII. die 20 Jahre seiner Regierung von 1221 bis 1240 benutzt, die Grafschaft zu festigen und von seinen Stammlanden am Rand des Gebirges ins fruchtbare Grabfeld vorzustoßen. Wir hatten bereits gesehen, dass diese Erfolge in harten Auseinandersetzungen mit den Würzburger Bischöfen errungen worden sind³²². Um 1200 war die Burg Strauf bei Rodach der östlichste Eckpfeiler der Henneberger Besitzungen³²³. Aus der Erbschaft der Grafen von Wohlsbach erwarb Poppo VII. hoch vor 1230 die Lautenburg nördlich von Coburg, den frühesten hennebergischen Stützpunkt im Coburger Land³²⁴. An der Burg Callenberg, die von dem niedergehenden edelfreien Geschlecht des gleichen Namens an die Würzburger Bischöfe verkauft worden war, erzwang er 1232 den Mitbesitz³²⁵. Später sind die Würzburger Rechte am Callenberg und die 1230 gegründete würzburgische Lehenherrschaft über die Lautenburg ausgeschaltet worden. Poppo VII. Sohn, Graf Hermann I., sah schließlich in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts seine Hauptaufgabe in der Erweiterung des Besitzes in Richtung Schweinfurt und Coburg.

Im Coburger Land hatte es nach dem Aussterben der Wohlsbacher keine Gewalt gegeben, die den Hennebergern ernsthaften Widerstand hätten leisten können. Die meranischen Herzöge, die in Coburg vorgeschobene Positionen zu halten hatten, standen mit den Grafen in engem Bündnis und Verwandtschaftsverhältnis. Der letzte Herzog, Otto VIII., übergab auf dem Totenbett 1248 an Graf Hermann die Vogtei über den an Banz geschenkten Zehnt zu Coburg³²⁶. Die durch den Verzicht Heinrichs von Sonneberg 1225 frei gewordene Vogtei über die Saalfelder Besitzungen und damit über die Burg Coburg waren vermutlich schon vorher in seinem Besitz. Aus diesen beiden Stellungen heraus errangen die Henneberger schließlich die Herrschaft über die Stadt Coburg, deren Wappen 1272 die Henne führte³²⁷. Mit dem Erwerb von Burg und Stadt Coburg legten die Henneberger den Grundstein für die Bildung der Landesherrschaft im Coburger Gebiet.

Die Ausbildung der hennebergischen Herrschaft vollzog sich in den letzten Jahrzehnten der Regierung Hermanns I. schnell, im Einzelnen aber für uns nicht kontrollierbar. Meranische und Bamberger Ministerialen, die Geschlechter von Rotenhan, von Siemau, von Füllbach, von Coburg, von Gestungshausen, die alle in diesem Gebiet beheimatet waren, traten in gräfliche Dienste³²⁸. Dagegen sind die Sonneberger und Schaumberger unter den Ministerialen Hermanns I. nicht nachweisbar. Von wesentlicher Bedeutung für den jetzt

³²¹ Über die Wildberger und deren Grafentitel s. Füßlein zwei Jahrzehnte S. 95-101 und Schultes, Coburger Landesgeschichte Mitt. S. 28-31. [Hans Frhr. von Heßberg, Über die von Wildberg und über Mainberg in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 11 (1959)].

³²² Füßlein, Hermann I. Ders. Der Erwerb der Herrschaft Coburg.

³²³ Dobenecker II Nr. 1301, Poppo von Henneberg, comes de Struphe. Auch SVMGL 68 (1913) S. 125-127 dort ungenaue Angaben.

³²⁴ Schultes, Cob. Landesgesch. Mitt. UB S. 8 Füßlein Erwerb S. 58.

³²⁵ Dobenecker III Nr. 295, 138.

³²⁶ Dobenecker III Nr. 1615. Füßlein, Zwei Jahrzehnte S. 91, Erwerb S. 62.

³²⁷ Urkunde Heinrichs I. v. Sonneberg 28. Okt. 1272 mit Siegel der Stadt Coburg, Hauptstaatsarchiv München. Bamberger Urkunden fasc. 277 [seit 1993 wieder im Staatsarchiv Bamberg]. Füßlein erwähnt die Henne im Coburger Stadtsiegel erst 1289. Füßlein, Zwei Jahrzehnte S. 91.

³²⁸ Füßlein, Erwerb S. 64.

beginnenden Ausbau der Landesherrschaft ist die Gewinnung der Hochgerichtsbarkeit über weite Strecken des Coburger Landes. Im Jahre 1245 bezeichnet Graf Hermann I. das Gebiet um Rodach als sein richterliches Hoheitsgebiet (in jurisdictione nostra), zwei Jahre später spricht er bereits von "terranostra".³²⁹ Auch weiter nordöstlich im Vorland des Gebirges übten die Henneberger bereits unter Hermann I. die Hochgerichtsbarkeit aus. Noch vor seinem Tode 1290 spricht sein Sohn Poppo VIII. im Jahre 1288 von "plebiscatus noster in Vechen", seinem Zentgericht in Fechheim³³⁰.

Die sogenannte "Neue Herrschaft" war auch im Coburger Gebiet ein in sich geschlossenes Gebiet hennebergischer Landeshoheit, als sie nach dem Tode des Grafen Poppo VIII. am 4. Februar 1291 an dessen Schwester Jutta, Gemahlin des askanischen Markgrafen Ottos V. von Brandenburg fiel. Füßlein hat im Einzelnen den nichtlehnbaren Charakter der "Neuen Herrschaft" nachgewiesen und diese als Allodium feststellen können.³³¹ Ihre Vererbung erfolgte somit nach familienrechtlichen, nicht nach lehnrechtlichen Grundsätzen. Eine weibliche Erbfolge war nicht ausgeschlossen. Poppo VIII. vererbte zunächst die neue Herrschaft an Jutta und Otto V. zu gesamter Hand. Die "Neue Herrschaft" nahm nunmehr durch vier Generationen den seltsamen, vor Füßleins eingehenden Forschungen nicht verstandenen Erbgang. Der Zufall wollte es, dass die Vererbung dreimal über weibliche Linien erfolgte³³². Nach dem Tode Ottos V. kamen 1289 die "terra Frankoniae" oder "terra Hennebergensis" der brandenburgischen Markgrafen an seinen Sohn Markgraf Hermann und dessen Gemahlin Anna von Österreich, Tochter König Albrechts I. Als deren Stadthalter (offizialis) erscheint 1301 bis 1307 Walter von Barby aus altmärkischem Geschlecht³³³. Er wusste den Besitzstand seiner brandenburgischen Herren in einer tatkräftigen Weise gegen äußere Feinde und widerstrebende Ministerialen zu behaupten und zu festigen. Nach dem Tode des Markgrafen Hermann übernahm seine Gemahlin Anna von Österreich das brandenburgische Land in Franken, wo sie kraft eigenen Rechts Herrin war. Miterbberechtigt waren aber auch ihre Kinder, vier Töchter, so dass die "Neue Herrschaft" auch weiterhin Eigentum in gesamter Hand blieb. Im Jahre 1310 vermählte sich Anna erneut mit einem schlesischen Herzog und verließ das Coburger Land, in dem sie sich seit 1308 fast ständig aufgehalten hatte. Diesen günstigen Augenblick erkannte Graf Berthold VII. aus der Schleusinger Linie des hennebergischen Grafenhauses, dessen tatkräftige und rücksichtslose Hausmachtpolitik wir bereits im Unterland kennenlernten. Er setzte alles daran, die "Neue Herrschaft" wieder in hennebergische Gewalt zu bringen.

Füßlein hat das zielbewusste und erfolgreiche Streben des Grafen Berthold VII. zur Wiedererwerbung der "Neuen Herrschaft" eingehend untersucht³³⁴. Wir können uns hier auf das Ergebnis beschränken. Im Februar und März 1311 verabredete er in Görlitz mit den Askaniern den Kauf der "Neuen Herrschaft" und die Verheiratung seines Sohnes Heinrich mit Jutta, der damals zehnjährigen jüngsten Tochter der Markgräfin Anna. Die drei übrigen Miterben fand er zwischen 1311 und 1316 mit 18000 Mark Silber ab, einer namhaften Summe, die er sich als Verwalter des Königreiches Böhmen verschaffte. Im Jahre 1316 wies Anna die Städte Coburg, Neustadt und Eisfeld zur Erbhuldigung an die Henneberger. Im

³²⁹ Dobenecker III Nr. 1264, 1529. Füßlein Erwerb S. 65.

³³⁰ Dobenecker IV Nr. 2979. Schaumberg, Regesten I Nr. 88. Über den angeblichen Ankauf der halben Zent Schalkau durch Hermann I. von Henneberg s. Schaumberg, Regesten I S. 42 Anm. 2.

³³¹ Füßlein, Erwerb S. 77-80.

³³² Füßlein, Erwerb. 81-85.

³³³ Füßlein, Erwerb S. 88.

³³⁴ Füßlein, Erwerb S. 101-114.

August 1317 erfolgte die Heirat Juttas von Brandenburg mit dem Henneberger Grafensohn Heinrich³³⁵.

Allerdings hat Graf Berthold sich schon vorher in den tatsächlichen Besitz der „Neuen Herrschaft“ gesetzt. Seit 1311 treffen wir in seinem Gefolge einzelne Ministerialen aus der Coburger Gegend. Im Jahre 1315 erhob er bereits Steuern in der Stadt Coburg. Dass das reiche Land, das sich von der Steinach über Coburg und Königshofen im Grabfeld bis an die Tore der Reichsstadt Schweinfurt erstreckte, damals bereits ein festgefügtes Territorium war, wird deutlich durch die von den askanischen Markgrafen gebrauchten Bezeichnungen: "terra Frankoniae", "terra Hennebergensis" oder "daz lant, daz unser was zu Franken"³³⁶. Das Urbarium von 1317 zeigt uns das Land vor dem Wald im Bereich des späteren Amtes Neustadt als einen Komplex von Gütern und Rechten, die nicht bloße Grundherrschaften sondern mit Hochgerichtsbarkeit, "Gebot und Verbot" und Steuerrecht ausgestattet waren. So übernahm Berthold VII. ein Gebiet, in dem bereits die Herrschaft die entscheidenden Elemente der Landeshoheit auf sich vereint hatte. Diese Entwicklung hatte er in erster Linie der Tatkraft seines Onkels, des Grafen Hermann I., zu danken.

Allerdings war für Graf Berthold VII. noch wesentliche Arbeit zur Festigung und zum Ausbau der Landesherrschaft im Coburger Gebiet zu leisten. Wenn seine Regierung in der "Neuen Herrschaft" in der Zeit von 1317 bis 1340 auch einen wesentlichen Schritt zur Bildung eines Territorialstaates darstellte, so ist es selbst seiner unermüdlichen und oft rücksichtslosen Tatkraft nicht gelungen, über alle Bereiche des späteren Meininger Oberlandes die unangefochtene hennebergische Landeshoheit herzustellen. Hierunter litt die territoriale Entwicklung des Sonneberger und Schalkauer Gebietes bis ins 18. Jahrhundert. Für Graf Berthold VII. bestand das widerstrebende Element nicht mehr im Einfluss auswärtiger Mächte, sondern in den um ihre Freiheit ringenden kleinen Gewalten im Lande. Im Gebiet vor dem Wald stieß er in erster Linie auf die Schaumberger. Ihre Entwicklung von meranischen Ministerialen zu Reichsvasallen haben wir bereits kennengelernt. Die Methode, die Berthold VII. zur Festigung der Landesherrschaft wählte, war die gleiche wie im Unterland. Es galt zunächst, die militärischen und wirtschaftlichen Grundlagen der kleinen Gewalten zu beseitigen. So führte ein folgerichtiger Weg von der Erzwingung der Öffnungsrechte an den Burgen und Burghutverträgen über Lehensauftragungen zum Ankauf der Grundherrschaften. Die Zustimmung des Reiches zur Übertragung der Reichslehen auf die Henneberger hat Graf Berthold VII. bei seinen guten Beziehungen zu Kaiser und Reich stets ohne Mühe erhalten.

Bei unserer Betrachtung müssen wir uns im Wesentlichen auf das spätere Meininger Oberland beschränken, wo dieser Kampf um die Herstellung der Landesherrschaft vornehmlich eine hennebergisch-schaumbergische Auseinandersetzung war. Die ersten nachweisbaren Beziehungen der Schaumberger zu den Hennebergern fallen noch in die Regierungszeit des Grafen Bertholds V. (1274), des Vaters Bertholds VII.³³⁷. Damals bestanden bereits Burghutverträge zwischen den Hennebergern zu Schleusingen und den Schaumbergern. Aus diesen möglicherweise nicht freiwillig entstandenen Vereinbarungen entsprangen schon vor der Jahrhundertwende mannigfache Irrungen. Noch vor endgültiger

³³⁵ HUB I Nr. 119. Füßlein, Erwerb S. 123.

³³⁶ HUB I Nr. 119.

³³⁷ Zu erschließen aus dem hennebergischen Lehnverzeichnis von 1317 in: Schultes, DG II UB S. 30. [Neuedition Johannes Mötsch, Katharina Witter, Die ältesten Lehnstbücher der Grafen von Henneberg 1996]. Schaumberg, Regesten I Nr. 22. Ein Dienstverhältnis zu Graf Hermann I von Henneberg vermutet Füßlein, Erwerb S. 64.

Erwerbung der "Neuen Herrschaft" brachen die Grafen in entscheidende Stellungen des schaumbergischen Herrschaftsgefüges ein. Im März 1315 trug Eberhard IV. von Schaumberg den Grafen die bisher vom Reich zu Lehen besessene Stammburg Schaumberg und die allodiale Burg Neuhaus zu Lehen auf³³⁸. Nach dem hennebergischen Lehenregister von 1317 hatten die Schaumberger damals von den Henneberger Grafen bereits die Schaumburg, das halbe Stadtgericht zu Schalkau und die Burg in Sonneberg und Neuhaus zu Lehen³³⁹. Diese Urkunden von 1315 und 1317 sind von ganz außerordentlicher Bedeutung für die Festigung der Landesherrschaft im späteren Meininger Oberland. Sie begründen die Lehenherrlichkeit und später auch die Landeshoheit der Henneberger über wesentliche Stützpunkte der Sonneberger Erbschaft der Schaumberger und sogar über Teile ihres Stammbesitzes. Nach dem hennebergischen Lehenregister trug Eberhart von Schaumberg der Ältere von den Grafen zu Lehen Schaumberg und Neuhaus und alles Zubehör, das er vom Reich zu Lehen hatte sowie „sunderlich und gemeinlich allez daz, daz er hat, ahne daz er von Salvelt und von Bantze hat". In weiteren Einträgen für ihn und seinen Bruder Heinrich wird der ganze Umfang der Lehen deutlich³⁴⁰. Neben den Banzer Lehen (Mupperg und Effelder) und den aus der Sonneberger Erbschaft überkommenen Saalfelder Lehen verfügten die Schaumberger darüber hinaus aber auch immer über beträchtlichen und umfangreichen Allod- und Reichslehenbesitz. Vornehmlich behielten sie das halbe Gericht Schalkau, den nördlich anschließenden großen Reichswald und die dem hennebergischen Zugriff ganz entzogenen Burgen Mitwitz und Hassenberg³⁴¹.

Die erste formelle Reichsbelehnung Bertholds VII. mit schaumbergischem Besitz erfolgte am 2. Februar 1323. Einen weiteren Schritt zur Festigung der Landesherrschaft bedeutete dann das 1327 von Kaiser Ludwig IV. eingeräumte Recht, nach Belieben Reichslehen zu erwerben und in Besitz zu nehmen. In den Jahren zwischen 1330 und 1347 haben dann die Henneberger die wegen ihrer Verkehrslage wichtige Burg Sonneberg und die bei der Nähe der Goldgewinnung bedeutsame Burg Neuhaus mit Zubehör ganz in ihren Besitz gebracht. Im Jahre 1347 erscheinen sie unter den von Henneberg erkaufte Festungen³⁴². Mit der Burg Neuhaus kam bedeutenderer grundherrlicher Besitz an die Henneberger. Gefell bildete schon einen alten Bestandteil der Herrschaft Neuhaus, zu der auch grundherrlicher Besitz in Neukenroth, Reitsch und Wolfersdorf gehörte³⁴³. Schierschnitz zählte ursprünglich nicht zur Herrschaft Neuhaus, sondern war Saalfelder Erblehen der Sonneberger. Die kleine Grundherrschaft der Burg Sonneberg kam damals ebenfalls an die Landesherrschaft.

Nicht klar erkennbar sind auch jetzt noch die Besitzverhältnisse des reichen Waldgebietes nördlich Sonnebergs. Da sie später im Besitz der Wettiner als der hennebergischen Erben im Coburger Land gewesen sind, dürften sie den Grafen schon um 1320 gehört haben³⁴⁴. Die Hochgerichtsbarkeit im Sonneberger und Neuhäuser Gebiet war schon unter Berthold VII. fest in Henneberger Hand. Die örtliche Geschichtsschreibung leitet sie vielfach aus wohlsbachischem Vorbesitz her, doch ist zweifelhaft, ob mit Recht. In schaumbergischer Hand lag sie jedenfalls niemals. Der unter der Regierung Bertholds VII. erstmals bezeugte Hochgerichtsbezirk der Zent Neustadt umfasste das weite Gebiet von Forschengereuth bis

³³⁸ Schaumberg, Regesten II Nr. 14 und 16.

³³⁹ Schaumberg, Regesten II Nr. 22 und S. 115.

³⁴⁰ [Mötsch, Witter Lehnbuch A 74-77].

³⁴¹ Schaumberg, Regesten II S. 175.

³⁴² Schaumberg, Regesten II S. 205.

³⁴³ Schaumberg, Regesten II S. 191.

³⁴⁴ Kaiser in: Südthür. Heimatblättern 8/1932.

Neuhaus, Schierschnitz, Mupperg, Mogger, Fürth am Berg und Kleingarnstadt³⁴⁵. Wir haben bereits angedeutet, dass die Zent Neustadt ebenso wie die Zent Schalkau aus der Lauterer Zent hervorgegangen ist und vermutlich in dem 1288 genannten "Landgericht" Fechheim ihren Vorläufer hatte. Ob sie eine hennebergische Gründung war oder auf den immer wieder behaupteten wohlsbachischen Ursprung zurückgeht, soll hier nicht untersucht werden³⁴⁶. Beim Tode Bertholds VII. im Jahre 1340 und unter der Regierung seines Sohnes Heinrich VIII. (1340 bis 1347) war die hennebergische Landesherrschaft über den größten Teil des späteren Meininger Oberlandes gegründet. An zwei Stellen wies sie jedoch nicht übersehbare Lücken auf. Im Schalkauer Gebiet hatten die Schaumberger während der großen Auseinandersetzung mit dem neuen Landesherrn die Reichslehnbarkeit der halben Zent Schalkau und des Reichswaldes behaupten können. Im hennebergisch-bambergischen Grenzgebiet waren zwar Burg und Herrschaft Neuhaus fest der Landesherrschaft einverleibt worden, unberührt blieben aber die schaumbergischen Besitzungen um Mitwitz und Hassenberg. Die Schaumberger verfügten hier über eine eigene, vielleicht von der Zent Neustadt oder Lauter abgesplitterte Hochgerichtsbarkeit³⁴⁷. Ähnlich wie im Gebiet von Berkach, Bibra und Mühlfeld im Unterland konnten sich in dieser Grenzzone später reichsritterschaftliche Kleinherrschaften halten, bis ihnen in napoleonischer Zeit Bayern und Sachsen-Coburg-Saalfeld ein Ende bereiteten. Herrschaft und Halsgericht Mitwitz, ursprünglich Allod, wurde im 15. Jahrhundert in den schaumbergischen Reichslehenbriefen genannt. Sie umfassten die Orte Mitwitz, Schwärzdorf, Neuendorf, Kaltenbrunn und Burgstall³⁴⁸. Schaumbergischer Besitz blieben sie bis 1427, kamen an die von Rosenau, von denen 1575 die von Würzburg das mittlere Schloss und 1595 das untere Schloss mit den Resten der Herrschaft erwarben. Die Adels Herrschaft wurde 1803 von Bayern besetzt³⁴⁹. Burggrub war schon 1524 im Besitz der Mitwitzer Herren, bildete aber eine eigene Zent. Das nahe gelegene Haig gehörte ebenfalls seit Anfang des 18. Jahrhunderts den Mitwitzer Gerichtsherren von Würzburg. Das Schloss Hassenberg, das erstmals 1317 genannt wird, war bis in die Zeit von 1525 bis 1538 schaumbergisch und kam dann in den Besitz der Familie von Redwitz, die es bis 1684 behielten³⁵⁰. Am längsten blieb in dieser Gegend das unter hennebergischer und später sächsischer Landesherrschaft stehende Rittergut Mupperg in schaumbergischem Besitz. Es blieb Banzer Lehen und wurde von den Schaumbergern erst 1664 verkauft.

Inmitten dieser Adels Herrschaften am Südostrand der Oberlinder Ebene bildete sich aus Bamberger Besitzungen das bambergische Amt Fürchtenberg mit Fürth am Berg, Liebau und den entfernt gelegenen Orten Neukenroth, Reitsch und Wolfersdorf. Die Herrschaftsverhältnisse waren durch Jahrhunderte unklar. Das Amt fasste nur grundherrlichen Besitz der Bamberger Bischöfe zusammen, ohne selbst über Hochgerichtsbarkeit zu verfügen. In Fürth am Berg und Liebau beanspruchten später die Coburger Herzöge die Landeshoheit und die Hochgerichtsbarkeit, Bamberg behauptete jedoch Steuerrecht und Heeresfolge³⁵¹. Noch bis zum Jahre 1811 zählte Fürth am Berg zu den Orten, in denen die Landeshoheit zwischen Sachsen-Coburg-Saalfeld und Bayern als Rechtsnachfolger des Bistums Bamberg strittig war. Erst im Vertrag vom 21. August 1811 fiel sie endgültig an Coburg³⁵².

³⁴⁵ Schultes, Cob. Landesgeschichte Mitt. UB S. 48.

³⁴⁶ Greiner, Neustadt I S. 47.

³⁴⁷ Schaumberg, Regesten II S. 275-276.

³⁴⁸ Hötzelt, Familiengesch. Würzburg S. 310. Joch, Mitwitz in: Rund um den Mupperg 20- 21/1926.

³⁴⁹ Hötzelt S. 174-175, 310, 407, 658.

³⁵⁰ Rund um den Mupperg 35 und 47/1927.

³⁵¹ Guttenberg S. 387.

³⁵² Schultes, Coburger Landesgeschichte Mitt. UB S. 128-131.

Diese Adelsherrschaften interessieren uns nur, weil sie die Südostgrenze der Neuen Herrschaft, der späteren Pflege Coburg und des nachmaligen Meininger Oberlandes bilden. Von viel größerer Bedeutung für die Ausbildung der Landesherrschaft ist zweifellos die Entwicklung im Schalkauer Gebiet. Die Schaumberger hatten hier die halbe Zent Schalkau und den nördlich anschließenden Reichswald den Zugriffen der Henneberger entziehen können. Dieses Gebiet bildete nunmehr ihre stärkste Position im Land vor dem Walde. Nach dem Tode des Grafen Heinrich VIII. von Henneberg 1347 war ihnen eine Atempause vergönnt, als unter der Regierung der Grafenwitwe Jutta die Landesherrschaft die Zügel schleifen ließ. Die Schaumberger wurden jetzt gern gesehene Geldgeber, um die schwachen Kassen der Gräfin Jutta aufzufüllen. Unmittelbar am Südrand des Gebirges schufen sie sich einen neuen Stützpunkt, als sie sich im Jahre 1349 mit Genehmigung Juttas die Burg Rauenstein errichteten³⁵³. Die sich um den neuen Sitz bildende Grundherrschaft, im 16. Jahrhundert "Rauensteiner Mark" später Gericht Rauenstein genannt, umfasste Allod und Lehenbesitz aus den Händen des Reiches, des Klosters Banz und später auch der wettinischen Landesherren. Hierzu gehörten das 1455 erstmals genannte Dorf Rauenstein, Grümpen und Theuern und die seit 1559 in den Reichslehenbriefen erwähnte "Mühle in der Grümpen" und das Dörrenthal³⁵⁴. Diese Herrschaft gehörte nicht zur Zent Schalkau und bildete einen eigenen Hochgerichtsbezirk. Die Schaumberger waren hier allein Herren im Hause. Sie behandelten die Herrschaft mit dem Reichswald als Ganerbenschaft unter der Leitung des Geschlechtsältesten, der die Bezeichnung Burgvogt erhielt. Die Ganerbenschaft blieb bis 1689 bestehen, dann kam das Gericht Rauenstein als Alleinbesitz an Hans Siegmund von Schaumberg zu Almerswind. Erst infolge seines söhnelosen Todes fiel das Gebiet schließlich unter sächsische Landesherrschaft.

Nach dem frühen Tod des Grafen Heinrich VIII. von Henneberg 1347, der die alte und die neue Herrschaft Henneberg noch gemeinsam besessen hatte, trat in der alten Herrschaft, dem "dominium Hennebergensis" nach lehenrechtlichen Grundsätzen die männliche Erbfolge ein. Die alte Grafschaft Henneberg-Schleusingen kam an seinen Bruder Johann. Die „Neue Herrschaft“, die als Allodium auch weiterhin nach familienrechtlichen Grundsätzen vererbt wurde, fiel an Heinrichs Witwe, die Gräfin Jutta die Jüngere³⁵⁵. Wir brauchen hier nicht die Einzelheiten, denen Fülle in so meisterhafter Weise nachgegangen ist, aufzuzeigen. Die Entwicklung führte zur Ausschaltung des Grafen Johann in der "Neuen Herrschaft" und deren Teilung unter den drei Schwiegersöhnen Juttas, als die Gräfin am 1. Februar 1353 gestorben war. Unter ihnen trat schon zu Lebzeiten Juttas der energische und zielstrebige Wettiner Friedrich der Strenge, Markgraf von Meißen und Landgraf von Thüringen, besonders hervor. Im Jahre 1351 hat er bereits das führende Adelsgeschlecht des Coburger Landes durch Einräumung der Öffnungsrechte auf den Burgen Schaumberg und Rauenstein an sich gebunden. Bereits neun Tage nach dem Tode der Gräfin weilte Friedrich in Prag, wo Kaiser Karl IV. ihm die Lehen der Gräfin Jutta übertrug und die Städte Neustadt und Eisfeld mit dem gesamten landsässigen Adel an ihn wies³⁵⁶. Allerdings ist es ihm nicht gelungen, das ganze weite Land der "Neuen Herrschaft" vom Rennsteig bis an die Tore der Reichsstadt Schweinfurt an sich zu reißen. Er musste es schließlich noch im Februar 1353 mit seinen beiden Schwägern, dem Grafen Eberhard II. von Württemberg und dem Burggrafen Albrecht von Nürnberg, teilen. Der Teilungsvertrag wurde im März 1353 abgeschlossen. Die Wettiner

³⁵³ Schaumberg, Regesten II Nr. 96 und S. 210.

³⁵⁴ Schaumberg, Regesten II S. 210, 215-217.

³⁵⁵ Ausführlich bei Fülle, Übergang S. 325-433.

³⁵⁶ Schultes, DG I S. 256.

erhielten das Coburger Land mit den Flussgebieten der Itz, Röthen und Steinach³⁵⁷. Im Jahre 1374 fiel dann aus dem Nürnberger Erbteil das Gebiet um Heldburg, Hildburghausen, Veilsdorf und Eisfeld an Friedrichs Bruder, den Landgrafen Balthasar von Thüringen und nach dem Aussterben dessen Nachkommen 1440 an Kurfürst Friedrich II. von Sachsen. Den reichen, neuhennebergischen Anteil am Grabfeld hatte Graf Eberhard II. von Württemberg 1354 an den Bischof von Würzburg verkauft. Es gelang den Wettinern lediglich, im Jahre 1440 das weit südlich in den Hassbergen gelegene Amt Königsberg in Franken zurückzukaufen³⁵⁸. So waren 1440 die wettinischen "Ortslande zu Franken", die Pflege Coburg mit Coburg, Neustadt, Sonneberg, Neuhaus, Gestungshausen, Sonnefeld, Rodach, Eisfeld, Veilsdorf, Hildburghausen, Heldburg, Königsberg und halb Schalkau geschaffen.

Die Pflege Coburg bildete nunmehr für zwei Jahrhunderte eine staatliche Einheit, von 1596 bis 1633 war sie selbständiges Fürstentum. Beim Aussterben der Linie Coburg-Eisenach 1638 fiel der ehemals nürnbergische Anteil an der Pflege Coburg 1640 an Herzog Albrecht von Eisenach und 1645 an Herzog Ernst den Frommen von Gotha. Coburg mit Königsberg, Rodach, Sonnefeld, Gestungshausen, Lauter, Neustadt, Sonneberg, Neuhaus und halb Schalkau kam an die ältere Altenburger Linie des Hauses Wettin, die die besondere Regierung in Coburg beibehielt. Ernst der Fromme konnte 1672 nochmals die gesamte Pflege Coburg für acht Jahre vereinen. Dann wurde 1680 das Land endgültig geteilt. Der Westen mit Eisfeld, Veilsdorf, Hildburghausen, Heldburg, halb Schalkau und später auch Amt Königsberg fiel an das neu gebildete Fürstentum Hildburghausen, der Rest an Herzog Albrecht von Coburg. Die weitere Territorialentwicklung nach seinem Tode haben wir bereits an anderer Stelle hinreichend kennengelernt und brauchen sie hier nur noch kurz zusammenzufassen. Im Laufe des Coburger Sukzessionsstreites kamen nach schiedsrichterlicher Beilegung 1735 Sonneberg sowie Neuhaus an das meiningische Herzogshaus. Sonnefeld fiel an Hildburghausen, der Rest des Coburger Fürstentums mit der alten Residenzstadt aber an Sachsen-Saalfeld. Schalkau war schon 1723 von Hildburghausen an Meiningen gekommen. Die Erbschaft von 1826 brachte dann im Coburger Land für das Meiningen Herzogshaus den Gewinn der sieben "linkssteinachischen Dörfer" mit Mupperg als Mittelpunkt.

Wir haben die großen Linien der territorialen Entwicklung des Coburger Gebiets seit der Zerschlagung der „Neuen Herrschaft“ der Henneberger Grafen im Jahre 1353 gezogen. Es gilt jetzt noch, den inneren Ausbau der Landesherrschaft durch die Wettiner zu untersuchen. Landgraf Friedrich der Strenge traf hier auf die unter der Regierung Bertholds VII. von Henneberg geschwächten kleinen Gewalten, denen nach drei Jahrzehnten ständigen Zurückweichens unter der Regentschaft der Gräfin Jutta eine kurze Erholungspause vergönnt war. Der Wettiner Friedrich der Strenge, der von Dresden bis Eisenach, von Coburg bis Leipzig gebot, verfügte von vorneherein über ein viel umfassenderes Machtpotential als es die Henneberger je besessen hatten. Der coburgische Adel bekam diese Stärke bald zu spüren. Allerdings vermissen wir bei seinen Maßnahmen im Coburger Land die Folgerichtigkeit und Rücksichtslosigkeit, die die Henneberger Grafen ausgezeichnet hatte. Zunächst trat sogar eine Schwächung der Landesherrschaft ein, als Friedrich der Strenge 1355 die Burgen Sonneberg und Neuhaus samt ihren Grundherrschaften an die von Heßberg aus coburgischem Landadel verpfändete. Die Grundherrschaft Neuhaus umfasste damals bereits die Dörfer Neuhaus, Schierschnitz, Gessendorf, Sichelreuth, Gefell, Rottmar, Buch und Kaulsroth. Weidhausen, Schwärzdorf und Förritz, die später ebenfalls zum Amt Neuhaus gehörten, waren damals noch

³⁵⁷ Über die weitere Behandlung der übrigen Anteile s. Füßlein, Übergang S. 418 ff.

³⁵⁸ Brückner I S. 20.

größtenteils der Sonneberger Burg zinspflichtig³⁵⁹. Aber schon 1359 war die heßbergische Pfandschaft abgelöst, auf der Burg Sonneberg saß bereits wieder ein landesherrlicher Vogt³⁶⁰. Trotz ihrer Schwächung waren die Schaumberger immer noch das weitaus bedeutendste Adelsgeschlecht des späteren Oberlandes. Wir haben bereits feststellen können, wie frühzeitig Friedrich der Strenge bestrebt war, sie an sich zu binden. Im Jahre 1353 trat er in alle Lehnsherrschaften der Henneberger ein und wurde damit auch Lehnherr der Stammburg Schaumberg und der Rauensteiner Mannlehen.

Auch die Wettiner unternahmen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts alle Anstrengungen, den Schaumberger Besitz ihrer Landesherrschaft zu unterwerfen. Im Jahre 1362 gewannen sie sogar die Stammburg Schaumberg bei Schalkau, die seit 1315 dem Landesherrn lehnbar war. Hier zog jetzt ein landesherrlicher Vogt ein³⁶¹. Die Hochgerichtsbarkeit der Zent Schalkau blieb aber auch weiterhin zur Hälfte dem schaumbergischen Geschlecht erhalten. Die Wettiner strebten jetzt nach dem kostbarsten Besitz der Schaumberger im Oberland, dem großen Reichswald zwischen Rauenstein und dem Rennsteig. Hier lockte vor allem das Steinheider Gold, das lange Zeit ein wesentliches Element der schaumbergischen Finanzkraft dargestellt hatte. Auf den Ort Steinheid in der wichtigen Passlage hatte die Landesherrschaft schon früher ihre Hand gelegt³⁶².

Die Ostgrenze des schaumbergischen Reichswaldes bildete damals noch die Effelder. Aber noch vor 1362 ging der Steinheider Wald verloren, der sich wie eine Zunge zwischen Hiftenberg und Rennsteig erstreckte. Weiteren großen Waldbesitz verloren die Schaumberger kurz vor 1378 an die Landesherrschaft. Die Grenze wurde im nördlichen Teil der Ostseite, jetzt bis an die Grümpen zurückgeschoben, schlug dann am Steinbächlein nach Osten aus und erreichte bei Meschenbach den Südrand des Waldes. Östlich der Grümpen gehörte somit noch die Ebene hinter der Burg Rauenstein den Schaumbergern³⁶³.

Unter der Regentschaft der Witwe Friedrichs des Strengen, der Hennebergerin Katharina, hat in den letzten Jahren des 14. Jahrhunderts der Coburger Adel noch einmal das landesherrliche Joch abzuschütteln oder doch zu mildern versucht. Auch jetzt waren die Schaumberger wieder die entschiedensten Widersacher der Landesherren. Die Fehde, die die Schaumberger und Heßberger am 4. Februar 1395 der Markgräfin und ihrem Coburger Vogt Günther von Büнау erklärten und durch den sie in den Thüringischen Grafenkrieg eingriffen, endete schon im Sommer des gleichen Jahres mit der Erstürmung des Rauenstein und dem vollständigen Sieg der Landesherrschaft³⁶⁴. In dem Lichtenfelder Übereinkommen vom 24. Oktober 1395 mussten sich die Schaumberger zu sehr nachteiligen Zugeständnissen bequemen. Der Rauenstein wurde den Wettinern lehnbar. Im Jahre 1396 wurde ihnen sogar das Öffnungsrecht auf der Burg eingeräumt³⁶⁵. Ein zweiter und letzter Auflehnungsversuch des Coburger Adels scheiterte im Jahre 1438³⁶⁶.

³⁵⁹ Schaumberg, Regesten S. 223.

³⁶⁰ Staatsarchiv Coburg F VI 5a 11 d Nr. 1 Bl. 12: Dietz Schott, Vogt zu Sonneberg.

³⁶¹ Schaumberg, Regesten II Nr. 147.

³⁶² Näheres, besonders über die Beziehungen Steinheids zu Schalkau s. Schaumberg, Regesten II S. 232-233.

³⁶³ Schaumberg, Regesten II S. 248-249. Keßler, Anhang S. 41 Nr. 16. Eine genaue Grenzbeschreibung der schaumbergischen Wälder liegt von 1492 vor, Versteinung der Grenze um 1480, 1619: 34 Jagdsteine. ThStAMgn ZM 144 Bl. 1-3.

³⁶⁴ Schaumberg, Regesten II S. 268-269.

³⁶⁵ Schaumberg, Regesten II Nr. 338 und 348.

³⁶⁶ Schultes, Cob. Landesgesch. Mittelalter S. 110.

Das 14. Jahrhundert hatte der Landesherrschaft der Henneberger und ihrer Wettiner Erben im späteren Meininger Oberland den vollen Erfolg gebracht. Es waren die Grundlagen geschaffen, auf denen das politische Bild des Oberlandes bis 1729 ruhte. Während im 14. Jahrhundert noch alles im Fluss war, trat in den nächsten drei Jahrhunderten ein Stillstand ein. Die Schaumberger behielten das Gericht Rauenstein und die Hälfte von Zent und Stadt Schalkau. Alle übrigen Teile des späteren Oberlandes befanden sich seitdem in fester Hand der sächsischen Landesherrschaft. Unbeschadet dieser Landeshoheit hat die Grundherrschaft der Burg Neuhaus eine Sonderentwicklung genommen. Schon unter der Regierung Juttas der Jüngeren von Henneberg war sie zusammen mit der Burg Sonneberg Pfandbesitz der Nürnberger Burggrafen, wurde dann zwischen 1355 und 1359 erneut an die Heßberger verliehen und bildete seit 1436 wiederholt Pfandschaft in den Händen der von Rosenau und Schott. Im Jahre 1532 wurde endlich die Burg mit der Grundherrschaft, wozu nunmehr auch Föritz, Schwärzdorf und Weidhausen kamen, samt der Hochgerichtsbarkeit an das Rittergeschlecht Gottsmann als Mannlehen vergeben. Nach ihrem Aussterben 1611 fiel sie dem Coburger Lehenhof heim und wurde seitdem als landesherrliches Amt verwaltet.

Die Schaumberger haben seit dem späten 14. Jahrhundert den Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit und ihres Besitzstandes in die fränkischen Bistümer verlegt. Im späteren Meininger Oberland blieben sie noch auf dem Banzer Lehen, auf dem Rittergut Effelder, bis 1665 und auf dem Rittergut Mupperg bis 1664. Haig (Landkreis Kronach) gehörte ihnen 1432 bis 1632. Auch sächsische Lehen besaßen sie noch bis ins 18. Jahrhundert, das Rittergut Unterlind bis 1539, die „Kemnate“ Oberlind bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, das Rittergut Ehnies bis 1654, das Rittergut Katzberg bis 1724 und die Lauterburg von 1628 bis 1694³⁶⁷. Die Schaumburg wurde 1499 von dem Geschlecht zurück erworben und auch das schon frühzeitig besessene Rittergut Almerswind 1580 zurückgekauft. Beide blieben bis zum endgültigen Verschwinden der Schaumberger aus dem Meininger Oberland im Jahre 1729 in ihrem Besitz. Wenn auch die schaumbergischen Besitzungen im Oberland bei Übernahme der Landesherrschaft durch die Meininger Herzöge schon sehr geschwächt waren, so bildeten doch hier ihre ehemaligen Rittergüter den einzigen bedeutenden Grundbesitz in adliger Hand.

Die Klöster der Pflege Coburg Veilsdorf, Mönchröden und Sonnefeld lagen außerhalb unseres engeren Betrachtungskreises. Sie boten keine Hindernisse für die Entwicklung der Landesherrschaft. Die Henneberger waren schon im 14. Jahrhundert im Besitz der Klostervogtei, die 1353 und 1440 an die Wettiner fiel. Die Landesherrschaft hat somit auch ohne weiteres nach Einführung der Reformation die Klöster aufheben und ihren Besitzstand ihrer eigenen Grundherrschaft eingliedern können. Der alte Klosterbesitz bildete seitdem bis ins frühe 19. Jahrhundert besondere Ämter innerhalb der landesherrlichen Verwaltungsorganisation. Ebenso wenig haben die beiden oberländischen Städte jemals ein Hemmnis für die Ausbildung der Landeshoheit darstellen können. Röthen-Sonneberg hat schon bald dem Landesherrn gehört und bekam von ihm 1349 das Stadtrecht. Schalkau bekam erst 1362 von Markgraf Friedrich dem Strengen das Neustädter und Rodacher Stadtrecht³⁶⁸.

Nachdem wir den inneren Ausbau der Landesherrschaft im späteren Meininger Oberland kennengelernt haben, haben wir uns schließlich noch mit der Geschichte der Außengrenze zu beschäftigen. Die Westgrenze gegen das Amt Eisfeld bietet im Laufe ihrer Entwicklung keine Abwechslung. Das Dorf Heid gehörte bis 1878 zum Amt Schalkau bzw. zum

³⁶⁷ Brückner II S. 451. Keßler S. 81. Rebhan, Oberlind S. 43. SVMGL 77 (1918) S. 5.

³⁶⁸ Schaumberg, Regesten II Nr. 149.

Verwaltungsamt Sonneberg. Die übrige Grenze veränderte sich bis zum Rennsteig durch Jahrhunderte nicht. Sie zog über den Gruber Berg nach Nordosten zum Bleß und zum Kamm des Gebirges, der nordwestlich von Siegmundsburg erreicht wurde³⁶⁹. Von da an bildete der Rennsteig seit Jahrhunderten die unveränderte Nordgrenze. Wie ein Keil ragte zwischen Rennsteig und dem Dorf Grümpen das schaumbergische Gericht Rauenstein in das Amt Schalkau. Die Grenzbeschreibung von 1540 bezeichnet einfach den damals noch unversteinten Rennsteig als Grenze zwischen den sächsischen Ortslanden in Franken und den schwarzburgischen Wäldern³⁷⁰. Bei der "Schnebligen Buche" nordöstlich von Igelshieb bog die Grenze nach Südosten vom Rennsteig ab, folgte dem Oberlauf der Lauscha bis in die Gegend des späteren Ortes Lauscha, bog dann über die Markteller zur Rögnitz, umfasste schließlich den Großen Forst von Norden und sank schließlich ins Ölsethal hinab, dann stieg sie wieder hinauf zum Sattelpaß. Die Grenze zwischen Igelshieb und Sattelpaß trennte im 16. und 17. Jahrhundert die "Fränkischen Wälder" der Wettiner von dem Waldbesitz der Herrschaft Gräfenenthal, die zuerst den Grafen von Orlamünde gehörte, 1426 an die Wettiner überlassen wurde, die sie 1438 bis 1621 den Grafen von Pappenheim zu Lehen gaben. Erst im Jahre 1621 stellten die Wettiner durch Kauf dieses Gebietes die Verbindung zwischen Saalfeld und ihren fränkischen Besitzungen her. Der Ursprung dieser Grenze ist ungeklärt, dürfte aber wohl bis ins 14. Jahrhundert zurückgehen.

Vom Sattelpaß lief die Grenze den Sattelgrund hinunter bis zur Tettau. Die Tettau bildete dann südwärts auf einer Länge von 5 km die Ostgrenze der Pflege Coburg bis zur Einmündung des Sperberbachs. Es handelte sich hierbei um eine sehr alte Grenzlinie zwischen Grabfeld und Radenzgau. Schon im Jahre 1194 wurde hier die Tettau als Grenze des Rodungsgebietes im Nordwald, dem späteren Frankenwald genannt³⁷¹. Jenseits des Flusses lag der alte Saalfelder Wald aus der Schenkung von 1071, der später an die Grafen von Orlamünde fiel. Im Jahre 1269 ist die Tettau Grenze der langheimischen Wälder um Heinersdorf und der orlamündischen Waldbesitzungen³⁷². Bis zur Tettau reichte 1429 der große sächsische Wildbann. Die Orlamünder Wälder fielen 1506 an die von Thun und wurden 1622 von den Markgrafen von Bayreuth angekauft, die bereits seit 1427 Lehnsherren waren³⁷³. Von der Einmündung des Sperberbachs führte die Grenze dann längs dieses Nebenflusses der Tettau ostwärts. An der Quelle des Sperberbachs stieß die Grenze an Bamberger Gebiet³⁷⁴. Die nunmehr bis Traindorf im Wesentlichen südlich verlaufende Grenzlinie war Jahrhunderte lang zwischen den Wettiner und Bamberger Bischöfen umstritten. Das fränkische Hochstift erhob hier Anspruch auf alte Langheimer Besitzungen. Die Wettiner griffen durch alte Neuhäuser Rechte auf Neukenroth, Reitsch und Wolfershausen auf Bamberger Gebiet über. Durch den Coburger Schiedsspruch vom 6. Februar 1417 wurde die Grenze vom Sperbersbach bis nach Traindorf festgelegt³⁷⁵. Heinersdorf und die Wüstung Konreuth wurden den Wettinern zugesprochen. Auch die Neuhäuser Fronrechte in den drei bambergischen Orten blieben bestehen. Pfaffendorf, südlich von Heinersdorf, kam an Bamberg. Allerdings waren damit die Streitigkeiten um Landesgrenze und Landeshoheit in diesem Gebiet nicht behoben. Sie währten um die Kriegsleite, nördlich Heinersdorf und um das mittlerweile wüst gewordene Pfaffendorf noch über zwei Jahrhunderte. Erst in den Verträgen vom 8. August 1601 und 30. April 1608 wurde

³⁶⁹ Freysoldt S. 59-61. Grenzen der Zent Schalkau von 1557 bei Keßler, Anhang S. 42-43.

³⁷⁰ Staatsarchiv Coburg F VI 6d 10 Nr. 14.

³⁷¹ Schaumberg, Regesten II S. 189.

³⁷² Dobenecker II Nr. 364.

³⁷³ Kaiser in Südthür. Heimatblätter 8/1932.

³⁷⁴ Guttenberg S. 168, 172, 383.

³⁷⁵ Urkunde abgedruckt bei Keßler, Anhang S. 63-65.

schließlich die Wüstung Pfaffendorf durch eine südwestlich von Heinersdorf beginnende 2 km lange, schnurgerade Grenze geteilt, die heute noch besteht³⁷⁶. Gleichzeitig wurde auch die genaue Grenze an der Kriegsleite festgelegt. Der sächsische Schutz über die drei Bamberger Orte wurde im 30-jährigen Krieg aufgehoben³⁷⁷. Weiter südlich bildete die Neuhäuser Amtsgrenze gleichzeitig auch die Landesgrenze der Pflege Coburg gegen das Bistum Bamberg. Die Ostgrenze des Oberlandes verlief im Wesentlichen längs der alten Gaugrenze des Grabfeld- und Radenzgaues. Im Gebiet von Neuhaus zog sie entlang der Wasserscheide zwischen Haßlach und Steinach. Doch waren hier die mittelalterlichen Besitzverhältnisse kompliziert, weil die Grundherrschaften des Königsgutes Kronach über die Gaugrenze herüber nach Neuhaus reichten³⁷⁸. Wir haben schon früher Bamberger Ansprüche auf Neuhaus festgestellt. Später finden wir bis zur Reformationszeit kirchliche Rechte Kronachs in Schierschnitz. Umstritten waren hier die Bamberger und Wettiner Rechte an Burggrub. Das Dorf gehörte teilweise, seit 1601 ganz denen von Würzburg zu Mitwitz. Die strittige Hochgerichtsbarkeit wurde im Lichtenfelser Vertrag am 8. August 1601 zwischen Bamberg und Sachsen-Coburg geteilt³⁷⁹.

Die Südgrenze des Oberlandes wurde erst 1735 und 1742 geschaffen. Im Osten und Westen war sie durch die alte Grenze der Ämter Schalkau und Neuhaus gebildet. Eine bewegte geschichtliche Entwicklung hatte lediglich die Grenze zwischen den nachmaligen Ämtern Sonneberg und Neustadt durchlaufen. Die Teilung von 1735/42 sah vor, dass vom Amt Neustadt das Obergericht (Sonneberg) an Meiningen, das Untergericht (Neustadt) an Coburg-Saalfeld fiel. Die Absplitterung des Neuhäuser Halsgerichtes von der Zent Neustadt haben wir bereits erwähnt. Die uns im Coburger Erbbuch von 1516 entgegentretende Teilung des Restbestandes der Zent Neustadt im Ober- und Untergericht dürfte bis ins 14. Jahrhundert zurückgehen und bald nach der Aufstellung des hennebergischen Erbbuches von 1340 anzusetzen sein. Für dieses hohe Alter sprechen die Schöffennorte Sonneberg, Mürschnitz, Bettelhecken, Hönbach, Malmerz und Steinbach, die alle vor einer stärkeren Besiedlung des Waldgebietes entstanden sind. Vielleicht ist die Entstehung des Obergerichts Sonneberg mit der Sonneberger Stadtrechtsurkunde von 1349 in Zusammenhang zu bringen. Bemerkenswert ist, dass die späteren Sonneberger Amtsdörfer Oberlind, Unterlind und Heubisch noch nach dem Wild'schen Erbbuch von 1659 zum Untergericht Neustadt gehörten³⁸⁰. Ihre alte Zugehörigkeit zum Neustädter Gerichtssprengel kommt auch noch später gelegentlich zum Ausdruck. So waren bis 1735 diese drei Orte samt Hönbach der Neustädter Milizkompanie zugeteilt und wurden dann von der neuen Meininger Landesherrschaft nicht der Sonneberger sondern der Neuhäuser Kompanie angeschlossen.

Wenn wir die Entstehung der Landesherrschaft im Meininger Unter- und Oberland rückblickend zusammenfassen, so stellen wir fest, dass Belows Theorie der Herausbildung der Landeshoheit allein aus der Blutgerichtsbarkeit sich für unser Gebiet als unrichtig, zumindest aber als sehr einseitig erwiesen hat. Der Würzburger Bischof hat im Unterland, obwohl er im Besitz der Blutgerichtsbarkeit der weitausgedehnten Meininger Zent war, über dieses Gebiet die Landesherrschaft nicht erringen können. Sie wurde in den hennebergischen Dörfern schon von den Grafen ausgeübt, bevor diese 1542 die Hochgerichtsbarkeit erhielten. Mit Recht hat Theodor Mayer erst jüngst darauf hingewiesen, dass die Landesherrschaft der

³⁷⁶ Keßler S. 65-75.

³⁷⁷ Karl Stäudel, "In sächsischem Schutz", Südthür. Heimatblätter 4/1936.

³⁷⁸ Heinold-Fichtner, Kronach und Teuschnitz, im 90. Bericht des hist. Vereins Bamberg (1951) S. 120-124.

³⁷⁹ Keßler S. 167, Anhang S. 71.

³⁸⁰ ThStAMgn, Amtsgericht Sonneberg 2,3.

Würzburger Bischöfe durch die ihnen erteilten Privilegien, besonders durch das Privileg Kaiser Friedrich I. von 1168 nicht die Herrschaft über das "Land" Ostfranken erhielten, sondern dass ihnen nur die Möglichkeit zur Errichtung einer Landesherrschaft eingeräumt wurde³⁸¹. Ein wesentlicher Faktor bei der Ausbildung der Landesherrschaft in der Grafschaft Henneberg waren vielmehr die Grundherrschaft, der Wildbann und der Forstbesitz. Gerade im hennebergischen Gebiet wurde von Zickgraf anhand der Beispiele der Zenten Wasungen, Friedelshausen und Frauenbreitungen nachgewiesen, wie die Grundherrschaft imstande war, alle Hochgerichtsbezirke zu zerschlagen und neue Gerichtssprengel nach ihren Bedürfnissen zu bilden. An Meiningen wird deutlich, wie die Grundherrschaft eine alte Zent aushöhlte und ihre Befugnisse immer mehr einengte. So erwiesen sich nicht die Hochgerichtsbarkeit sondern die mit Hoheitsrechten ausgestattete Grundherrschaft und die Forsten als das vorwärtstreibende Element bei der Bildung der Landesherrschaft. Freilich lag es im Interesse des Landesherrn, auch die Hochgerichtsbarkeit über alle Teile seines Landes zu erlangen. In der Grafschaft Henneberg ist diese Entwicklung erst im 17. Jahrhundert abgeschlossen worden. Nicht ganz so eindeutig geklärt sind die Verhältnisse im Oberland. Nördlich der Linie Heinersdorf – Sonneberg - Rauenstein hat ohne Zweifel der Forstbesitz zur Landesherrschaft geführt. Südlich davon in den älteren Siedlungsräumen sind wir mangels urkundlicher Quellen nicht eingehend unterrichtet. Zwar haben auch hier die Henneberger Grafen die Landesherrschaft begründet. Wir können für das 14. Jahrhundert nachweisen, dass die Zerschlagung der kleinen adligen, besonders der schaumbergischen Grundherrschaften im Land vor dem Wald das beste Mittel zur Herstellung der Landeshoheit war. Auf Vermutungen gestützt und damit aber im Wesentlichen ungeklärt bleibt die Frage, wie die Henneberger im Neustädter Gebiet in den Besitz der Grundherrschaften und Gerichtsrechte gekommen sind. Diese treten im Erbbuch von 1317 so massenhaft auf, dass der hennebergische Besitzstand bereits als voll ausgebildete Landesherrschaft angesehen werden muss. Diesen Besitz empfing Graf Berthold VII. unmittelbar aus brandenburgischer Hand. Die askanischen Markgrafen haben aber hier die Landesherrschaft nicht selbst gestaltet, sondern sie an Berthold VII. so weitergegeben, wie sie sie von den Grafen Hermann I. und Poppo VIII. von Henneberg ererbt hatten. Nur die Grundherrschaft kann durch die wildbergische Erbschaft von 1304 vergrößert worden sein³⁸².

So geht der hennebergische Besitz in diesem Gebiet in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts zurück. Über die Vorbesitzer sind wir nicht genügend unterrichtet. Für viele Landeshistoriker waren es die Grafen von Stärker-Wohlsbach. Andere Grundherrschaften und Hoheitsrechte mögen von den Wildbergern an Hermann I. gekommen sein. Bei einer nüchternen Betrachtung müssen wir aber feststellen, dass wir bei den gerade in dieser Zeit sehr schwach fließenden Quellen über die Ausdehnung der wohlsbachischen Grundherrschaft und ihrer Hochgerichtsrechte nur in sehr ungenügender Weise unterrichtet sind. Nichts wäre falscher anzunehmen, das dynastische Geschlecht der Grafen Stärker-Wohlsbach bereits als Inhaber der Landesherrschaft anzusprechen. Sie haben lediglich Bausteine zur Errichtung der Landeshoheit durch die Henneberger geliefert, die von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Baues gewesen sein mögen. Das Coburger Land erschien tatsächlich in der Mitte des 13. Jahrhunderts als ein Bereich, eingebettet zwischen zwei Machtbereichen aufsteigender fürstlicher Gewalt. Von Osten her schoben sich die Bamberger Bischöfe und Herzöge von Meranien, von Westen die beiden Rivalen Würzburg und Henneberg an Coburg heran. Das Oberland lag im Grabfeld und damit in der würzburgischen Diözese. Das Eindringen der Bamberger und Meranier war schon aus diesen Gründen erschwert.

³⁸¹ Mayer, Fürsten und Staat S. 293.

³⁸² [Heinrich Wagner, Kissingen (Historischer Atlas von Bayern Reihe 1 Heft 36) München 2009 S. 231-235)].

Im Lande sind im 11. und 12. Jahrhundert eine Reihe weltlicher und geistlicher Grundherrschaften nachweisbar: Banz und Saalfeld, Stärker-Wohlsbach, Callenberg und Wildberg. Das Aussterben der Meranier 1248, den Kampf der Bamberger Kirche um die meranische Erbschaft und das Erlöschen und den Niedergang der Dynasten des Coburger Landes nutzten die Henneberger im 13. Jahrhundert aus, sich der Grundherrschaften und der Hoheitsrechte dieses Gebietes zu bemächtigen und diese zu einem Land zu formen. Die Wettiner haben dann seit dem 14. Jahrhundert die Landesherrschaft weiter ausgebreitet.

Wir haben somit ganz eindeutig nachweisen können, dass das Land als der neben der Herrschaft wesentlichste Faktor der Landeshoheit erst von den Hennebergern und den Wettinern geschaffen worden ist. Die aus der Entwicklung der Alpenländer abgeleitete Theorie Otto Brunners, dass das "Land" als eine Rechtseinheit unabhängig vom Herrn bestehe, trifft somit für unser Gebiet nicht zu³⁸³. Das "Land" ist im südthüringischen Gebiet eindeutig die Schöpfung des Fürsten, entstanden auf dem Boden des zerstörten ostfränkischen Herzogtums und der zerschlagenen Gaugrafschaft Grabfeld. Die Landgerichtsbarkeit des Würzburger Bischofs, die vornehmlich eine Gerichtsbarkeit über den Adel und damit ein wesentliches Mittel zur Herstellung der Landesherrschaft war, haben die Henneberger im 14. und 15. Jahrhundert in wechselvollen Kämpfen für ihr Gebiet ausgeschaltet und für ihre Grafschaft ein besonderes Hochgericht für den Adel errichtet. Im Oberland haben die Wettiner würzburgische Gerichtsbefugnisse nie geduldet.

Bereits in den hennebergischen Urbarien von 1317 und 1340 sind die Kennzeichen der voll ausgebildeten Landesherrschaft im Coburger Gebiet erkennbar: Die Vereinigung von Gebot und Verbot, Folge und Reise, Steuer und Hochgerichtsbarkeit über eine Flächenherrschaft in der Hand des Fürsten. Gebot und Verbot bedeuten hierbei das Recht der Gesetzgebung, Folge und Reise die Heerespflicht. Diese Bestandteile der voll ausgebildeten Landesherrschaft finden wir auch wieder in den Amtsbeschreibungen des 17. und 18. Jahrhunderts, vielfach unter dem Sammelbegriff "alle Obrigkeit" oder "Landesobrigkeit"³⁸⁴. Diese Rechte unterscheiden sich grundsätzlich von den grundherrlichen und lehnrechtlichen Befugnissen des Fürsten. Wenn im späteren Meininger Fürstentum sich vielfach landesherrliche mit grundherrlichen und vielfach sogar lehnherrlichen Befugnissen räumlich deckten, so liegt der Grund hierfür in unserem Gebiet im wesentlichen darin, dass die Landesherrschaft nur in Gebieten der Grundherrschaft und der eingestreuten Ritterlehen errichtet und behauptet werden konnte.

2.2. Rechts- und Besitzstruktur des Landes im 18. Jahrhundert

Bei der Entwicklung der Landeshoheit haben wir gesehen, dass weder der Herzog in seinem Territorium überall die gleichen Rechte hatte, noch die Untertanenschaft eine Masse gleichberechtigter und gleichverpflichteter Personen war. Die Staatsgewalt war vielfach mehr abgestuft. Neben dem Landesherrn waren auch bestimmte Untertanen Träger öffentlicher Gewalt. Erst das Grundgesetz von 1829 und die staatsrechtlichen Gesetze der Jahre 1848 bis 1850 schufen in Meiningen den modernen Staat. Bis in die ersten Jahrzehnte des 19.

³⁸³ Otto Brunner, Land und Herrschaft S. 207.

³⁸⁴ Die Wasunger Amtsbeschreibung von 1659 führt als Inhalt der "landesfürstlichen Hoheit" an: Aufrichtung guter Gesetze und Ordnungen, Administration der obersten Gerichtsbarkeit über die Canzleicassen wie auch in Appelationen, ingleichen Steueranlagen, Erforderung der Landstände, Heer- und Landesfolge auch deren Boden-Regalien und landesfürstlichen Rechte und Gerechtigkeiten. ThStAMgn ZM 240 S. 160.

Jahrhunderts herrschte somit im Meininger Herzogtum eine Staatsordnung, deren Grundzüge aus dem Spätmittelalter stammten. Die Stellung des Landesherrn hatte sich hierbei seit dem 16. Jahrhundert ständig verstärkt. Noch im frühen 19. Jahrhundert sind im Meininger Land deutlich drei abgestufte Schichten herzoglicher Gewalt festzustellen. Die Grundherrschaft, die Herrschaft über die Städte und die Herrschaft über den landsässigen Adel. Das Wesen und die Bedeutung der Grundherrschaft haben wir bereits kennengelernt. Sie hatten, um im heutigen Sprachgebrauch zu reden, vorwiegend privatrechtlichen Charakter, der allerdings von öffentlich rechtlichen Elementen durchsetzt war. Der Meininger Herzog war nicht überall in seinem Territorium Grundherr. Innerhalb der Städte und ihrer Fluren übte gewöhnlich der Rat die Grundherrschaft aus. Auf dem Lande hatten neben dem Herzog landsässige adlige Lehenträger in gleicher Weise wie der Landesherr grundherrschaftliche Befugnisse über ihre Bauern inne.

Darüber hinaus gab es im Meininger Land Grundherrschaften auswärtiger Herren, der sogenannten "Forenser". Im Oberland war das hildburghäusische Amt Sonnefeld als Verwalter des ehemaligen Sonnefelder Klosterbesitzes Grundherr auf acht Gütern in Meschenbach und des Zehnts in Welchendorf³⁸⁵.

Das Kloster Banz besaß Güter in Welchendorf, Meschenbach, Grümpen, Rauenstein und Effelder³⁸⁶. Im Unterland ist ebenfalls noch bis ins 19. Jahrhundert grundherrlicher Besitz fränkischer Klöster feststellbar. Das Kloster Wächterswinkel bei Neustadt an der fränkischen Saale besaß ein Gut zu Stepfershausen und Erbzinsen zu Einhausen³⁸⁷. Das Kloster Bildhausen bei Münnernstadt war Grundherr des Fischzehnts des Hermannsfelder Sees und von Bauerngütern in Milz und Linden³⁸⁸. Das würzburgische Domkapitel hatte bis 1802 den Zehnt in Neubrunn inne. Die Abtei Fulda verfügte bis ins 19. Jahrhundert über grundherrlichen Besitz in Seeba und Möhra³⁸⁹. Allerdings verschwanden die grundherrlichen Rechte auswärtiger Herren völlig in der Masse der Grundherrschaften des Herzogs und des landsässigen Adels. Die landesherrlichen Grundherrschaften füllten das Territorium, wenn nicht völlig, so doch in einem sehr hohen Maße aus. Wir sahen, dass der Grund hierfür in der Entwicklung der Landeshoheit im südlichen Vorland des Thüringer Waldes lag. Wir gehen nicht fehl, wenn wir den Anteil der grundherrlichen Bauern des Herzogs an der Gesamtzahl der bäuerlichen Bevölkerung auf mindestens 70 bis 80 % schätzen. Ganze Gebiete stellten Bereiche landesherrschaftlicher Grundherrschaften dar, die nur hin und wieder von anderen grundherrschaftlichen Rechten durchbrochen waren.

Besonders stark ausgeprägt waren die grundherrlichen Rechte des Herzogs in den beiden oberländischen Ämtern Sonneberg und Neuhaus, aber auch in den unterländischen Ämtern Meiningen (außer der Stadt) und Altenstein. Im Amt Neuhaus war die Landesherrschaft Grundherr über alle Bauerngüter mit Ausnahme von zwei Gütern und sechs Sölden, die den Rittergütern Unterlind und Wildenheid und dem Stadtrat zu Neustadt gehörten³⁹⁰. Verhältnismäßig schwach dagegen war die landesherrliche Grundherrschaft im Amt Schalkau. Die grundherrlichen Besitzungen des Herzogs wurden von den landesherrlichen Ämtern verwaltet. Sie hatten sich im Mittelalter aus den Grundherrschaften landesherrlicher Burgen entwickelt. Wir konnten bereits feststellen, dass die mittelalterliche Grundherrschaft

³⁸⁵ Brückner II S. 504, 506. Faber, Sonnefeld S. 85.

³⁸⁶ Südthür. Heimatbl. 9-11/1929; Kloster Banz und das Land vor dem Wald.

³⁸⁷ Brückner II S. 142, 169.

³⁸⁸ Brückner II S. 225, 230.

³⁸⁹ Brückner II S. 43, 144.

³⁹⁰ ThStAMgn Nr. 342.

durchaus keine Flächenherrschaft sondern Streubesitz war, der sich nach der Burg als Mittelpunkt hin verdichtete, an seiner oft 10 bis 20 km entfernten Peripherie aber sehr schwach sein konnte. Die Grundherrschaften weltlicher Herren konzentrierten sich von vorneherein in weit augenfälligerer Weise um ihre befestigten Mittelpunkte als die der Kirchen und Klöster. Bei der Ausbildung der Amtsbezirke des Meininger Landes, die sich zeitlich bis ins 17. Jahrhundert erstreckte, spielt aber die Einschmelzung fremden grundherrlichen Besitzes, besonders des säkularisierten Klostergutes, eine nicht unbedeutende Rolle. Bezeichnend hierfür ist die Zusammenfügung des Amtes Salzungen aus der Grundherrschaft der landesherrlichen Burg in Salzungen und des landsässigen Klosters Allendorf. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse in Frauenbreitungen. Die Ämter des altmeiningischen Landes stellten somit ursprünglich nur die Zusammenfassung des grundherrlichen Besitzes des Landesfürsten in einem bestimmten Gebiet dar. Sie bestanden aus ausgeliehenen Bauerngütern, für die Erbzinsen an Geld und Naturalien, Fronen und Lehngeld gefordert und eingezogen wurde. Die niedere Gerichtsbarkeit über die grundherrlichen Bauern gehörte wesensmäßig zur Grundherrschaft und war deshalb von Anfang an im Besitz der landesherrlichen Ämter. Dagegen war die Hochgerichtsbarkeit den Zenten vorbehalten, die sich mit den Amtsbezirken keineswegs deckten. Erst im Laufe des 17. Jahrhunderts übernahmen die Ämter die volle Hochgerichtsbarkeit. Erst seit dieser Zeit ging die Obrigkeit dazu über, Ämter und Hochgerichtsbezirke räumlich anzugleichen.

Von anderer Art war die Herrschaft des Landesherrn über die Stadt. In allen fünf altmeiningischen Städten besaß die Landesherrschaft die Stadtherrschaft. Es standen ihr aber der Rat und die Bürgergemeinde gegenüber, die Rechte der Selbstverwaltung und der Gerichtsbarkeit inne hatten. Die Stadt unterschied sich vom Amt stets dadurch, dass sie ein gesonderter Niedergerichtsbezirk war. Hochgerichtsbarkeit haben meiningische Städte nie erworben. Über die Bürgerhäuser und ihren Grundbesitz war nicht der Landesherr sondern der Stadtrat Grundherr. Der Umfang und die Art der Rechte waren allerdings wie das Verhältnis zur Landesherrschaft in jeder der fünf Städte verschieden. Die Schriftsässigkeit der Städte Meiningen, Salzungen und Sonneberg und die ursprüngliche Amtssässigkeit der Städte Wasungen und Schalkau wirkten sich in der Verwaltungspraxis des 18. Jahrhunderts kaum noch aus. Schalkau schlug eine Sonderentwicklung ein, weil es bis 1729 zwei Stadtherren hatte, die Meininger Herzöge und die Schaumberger. Die Doppeleinrichtungen der Stadtverwaltung blieben bis 1837 bestehen, selbst nachdem die Herzöge den schaumbergischen (Rauensteiner) Anteil erworben hatten.

Der Landesherr besaß in allen Städten Gebot und Verbot, die Wehrhoheit, das Steuerrecht und die hohe Gerichtsbarkeit. Die Bürger waren sämtlich Untertanen des Herzogs und zur Erbhuldigung verpflichtet. Die Stadtherrschaft äußerte sich in der Bestätigung der Ratswahlen, in der Beaufsichtigung der städtischen Finanzen und in anderen Teilen der Kommunalverwaltung. So bildeten die Meininger Städte, gestützt auf ihre Privilegien und Stadtstatuten rechtliche Sonderbezirke und waren der herzoglichen Gewalt in einer weniger intensiven Weise als die Bereiche unterworfen, in denen der Herzog nicht nur Landesherr sondern gleichzeitig auch Grundherr war. Aber immerhin hat gerade in der Zeit des fürstlichen Absolutismus die Landesherrschaft einen immer größeren Einfluss auf die Kommunalpolitik und auf das Gemeindeleben der meiningischen Städte gewonnen.

Den dritten Bereich der herzoglichen Gewalt bildete schließlich die Herrschaft über den Adel. Wir hatten gesehen, dass die Vorgänger der Meininger Herzöge im wesentlichen den Adel nur dann ihrer Landesherrschaft unterwerfen konnten, wenn sie die Lehnherrschaft über den Adelsbesitz hatten und dieser fest in landesherrliche Grundherrschaften eingebettet war,

freilich gab es auch hier Ausnahmen. Im Oberland waren das Rittergut Effelder Lehen des Klosters Banz und das Rittergut Katzberg kursächsisches Lehen und doch der Meininger Landeshoheit unterworfen. Auch die unterländischen Rittergüter Übelroda, Schwallungen und Farnbach bei Niederschmalkalden waren der meiningischen Landeshoheit unterworfen, obwohl sie Fuldaer Lehn waren³⁹¹.

Die Gerichtsbarkeit über den Adel, wie sie im Mittelalter an den hohen Landgerichten, etwa dem des Würzburger Bischofs ausgeübt wurden, erlangten die Grafen von Henneberg und im Coburger Land die Wettiner im 14. und 15. Jahrhundert³⁹². Gelegentlich war seit dem 16. Jahrhundert nicht nur die Niedergerichtsbarkeit, die ein Element der Grundherrschaft war, sondern durch Lehenauftragung auch die Hochgerichtsbarkeit an adlige Grundherren gekommen. Die Struktur der adligen Grundherrschaft war noch im 18. und 19. Jahrhundert sehr verschieden. Sie konnte den geschlossenen Besitz eines ganzen Dorfes umfassen, wie es bei Ellingshausen im Unterland und bei Effelder im Amt Schalkau der Fall war. Vielfach waren aber adlige Grundherrschaften über mehrere Dörfer zerstreut. Das Rittergut Unterlind verfügte über das Schloss, vier Bauerngüter und drei Sölden zu Unterlind, ein Bauerngut in Oberlind, das Vorwerk Rohof bei Heubisch, den Zehnt in der Sonneberger Stadtflur und auf dem Eichberghof und eine Menge anderer Lehnenschaften in den Dörfern der Ämter Sonneberg, Neustadt und Neuhaus³⁹³. Dem Rittergut Effelder gehörte bis auf ein Gut der gesamte grundherrliche Besitz des Dorfes samt der Niedergerichtsbarkeit und weiterer grundherrlicher Besitz in fast allen Dörfern des Amtes Schalkau, die hohe und niedere Jagd in einem großen Bezirk des Amtes, der Zehnt zu Effelder, Blatterndorf, Seltendorf, Fichtach, Mengersgereuth und Forschengereuth, gemessene und ungemessene Fronen, vier Teiche und lange Forellenbäche³⁹⁴.

Die adligen Grundherren hatten innerhalb ihrer Grundherrschaft dieselbe Stellung wie der Herzog gegenüber seinen grundherrlichen Bauern. Allerdings waren sie alle samt ihren Grundholden der Landesherrschaft des Herzogs unterworfen. Er besaß auch in den adligen Grundherrschaften Gebot und Verbot, Wehrhoheit, Besteuerungsrecht und gewöhnlich auch die hohe Gerichtsbarkeit.

So war der Umfang der herzoglichen Gewalt im Lande verschiedenartig und mannigfaltig genug. Ein Gewirr von Rechten und Gerechtigkeiten prägte damit die Rechtsstruktur des Meininger Landes bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Es im Rahmen dieser Arbeit in allen seinen Einzelheiten darzustellen, ist nicht möglich, da die Verhältnisse eines jeden einzelnen Bauernhofes und eines jeden einzelnen Bürgerhauses untersucht werden müssten. Wir beschränken uns deshalb auf die Untersuchung einiger typischer Gemeinden und greifen dabei die Dörfer Stepfershausen und Hermannsfeld im Unterland, Haina, Gleicherwiesen und Trappstadt im gemeinschaftlichen Amt Römhild und Steinach, Judenbach, Meschenbach, Oberlind und schließlich die Stadt Sonneberg im Oberland heraus.

Im Maßfelder Amtsdorf Stepfershausen besaß der Herzog alle Elemente der Landeshoheit: Gebot und Verbot, Steuer, Wehrhoheit und hohe Gerichtsbarkeit. Er war allerdings Grundherr nur über 26 1/4 der insgesamt 52 Bauernhuben. Davon waren 25 1/4 Huben Maßfelder

³⁹¹ Brückner II S. 29, 86, 88.

³⁹² Fälle der Hinrichtung Adliger sind indessen selten. Aus dem späteren Meininger Oberland wurde am 26. Dezember 1600 Hans Eitel Kemnater wegen Mordes in Coburg hingerichtet. Karche, Jahrbücher S. 123. Rebhan, Oberlind I S. 38.

³⁹³ Keßler S. 73. Brückner II S. 450.

³⁹⁴ Keßler S. 79. Brückner II S. 509.

Amtslehen und eine Hube Wasunger Amtslehen. Die restlichen 25 3/4 Huben gehörten sieben anderen Grundherren, nämlich drei der Pfarrei Stepfershausen, eine halbe der Stadtkirche zu Meiningen, eine halbe der Pfarrei Unterkatz, 7 1/4 Huben dem Rittergut in Stepfershausen. Über vier Huben war das Rittergut Marisfeld im Amt Themar, über 8 1/2 Huben das Rittergut Sinnershausen im Amt Sand und über eine Hube das Kloster Wächterswinkel bei Neustadt an der Saale Grundherr. Der Zehnt war landesherrlich, kam aber zu einem Teil der Pfarrei zugute. Von den Gemeindegefallen gehörte das Abschiedsgeld ganz der Landesherrschaft, das Zuzugsgeld zur Hälfte der Landesherrschaft und den jeweiligen Grundherren. Hut- und Triftrecht besaß die Schäferei des Dorfes, die landesherrliches Kanzleilehen war. Bis auf 3 1/2 fronfreie Güter hatten alle Bauern Frondienste für das Kammergut Dreißigacker zu leisten. Die Niedergerichtsbarkeit über Dorf und Flur wurde zusammen mit dem Kirchenpatronat in der Zeit von 1717 bis 1795 an den Besitzer des Rittergutes vergeben³⁹⁵.

In Hermannsfeld im Amte Maßfeld hatte der Herzog ebenfalls alle Elemente der Landeshoheit in seinem Besitz: Gebot und Verbot, Steuer, Wehrhoheit, Erbhuldigung, dazu die "Jurisdiktion in peinlichen und bürgerlichen Sachen". Von den 17 Huben der Flur gehörten acht zur landesherrschaftlichen Grundherrschaft des Amtes Maßfeld. Über fünf Huben war das Adelsgeschlecht von Wechmar, über zwei Huben das Adelsgeschlecht von Kettelhodt als Inhaber des hennebergischen Erbtruchsessamtes Grundherren. Der Zehnt gehörte zu je einem Drittel der Pfarrei und den beiden adligen Grundherren. Diese hatten auch das Recht, bei Tausch und Verkauf ihrer Lehengüter durch die grundherrlichen Bauern 5 % des Gesamtwertes als Lehenabgabe zu fordern. Bei Erbschaft war eine solche Abgabe allerdings ausgeschlossen. Frondienste standen ihnen nicht zu. Dagegen hatten 14 Huben je zwei Tage im Jahr Frondienste auf dem Kammergut in Dreißigacker zu leisten. Der Betrag wurde allerdings bei Verpachtung des Kammergutes um die Mitte des 17. Jahrhunderts in 11 fl Frongeld abgelöst. Fron für Landesherrschaft Amt und Jagd hatten alle Bauern ohne Rücksicht auf die jeweilige Grundherrschaft zu leisten, "zu welcher Zeit mans bedarf". Hut- und Triftrecht in der Ortsflur stand der Gemeinde zu³⁹⁶.

In Haina im Amt Römhild besaß der Meininger Herzog seit 1710 die Landesherrschaft, die hohe Gerichtsbarkeit und das Kirchenpatronat gemeinsam mit den Coburger, seit 1805 mit den Gothaer Herzögen. Von den beiden ehemaligen Rittergütern des 1596 ausgestorbenen Geschlechts von Herbilstadt war eines hennebergisches, später sächsisches, das andere Würzburger Mannlehen. Das hennebergische Gut wurde 1765 an Bauern verteilt, während das würzburgische Gut an die Julius-Universität in Würzburg kam. Die Grafen von Henneberg besaßen außerdem noch ein Kammergut, das dem Amt Römhild unterstellt war. Die gesamte Flur bestand aus 27 Huben, 53 Sölden, 15 Güter, 9 Lehen und sechs Mühlen und hatte nicht weniger als 13 Grundherren. Die gemeinschaftliche Landesherrschaft war Grundherr über vier Huben, 29 Sölden, sechs Güter, sechs Lehen und eine Mühle. Der Grundherrschaft der Universität Würzburg gehörten 11 Huben, 24 Sölden und fünf Mühlen. Weiterhin waren Grundherren das hildburghäusische Amt Behrungen über drei Huben, das Stift Römhild über eine Hube und ein Lehen, die Pfarrei Haina über fünf Güter, der Heiligenkasten zu Haina über zwei Güter, die Gemeinde Haina über ein Lehen, die Pfarrei Bastheim (Landkreis Mellrichstadt) über drei Huben, die Stadt Münnerstadt über eine Hube, das Kloster Frauenroth bei Aschach an der fränkischen Saale über ein Gut und die drei adligen und bürgerlichen Grundherren von Heßberg über eine Hube, Treubig über drei Huben und ein Gut und Grötzner über ein Lehen. Der Zehntpflicht unterlagen alle Besitzungen, der

³⁹⁵ Brückner II S. 142-143.

³⁹⁶ ThStAMgn ZM Nr. 243 Bl. 41. Brückner II S. 152.

Getreide- und Heuzehnt gehörte zu zwei Dritteln der gemeinschaftlichen Landesherrschaft, zu einem Drittel dem Hospital Römhild, der Kleinodzehnt zu je einem Drittel der gemeinschaftlichen Landesherrschaft, dem Hospital Römhild und der Pfarrei Haina.

Ganz verwirrend waren und zu ständigen Streitigkeiten Anlass gaben die Rechtsverhältnisse der Dörfer im hennebergisch-würzburgischen Grenzgebiet. Wir betrachten hier die Orte Gleichewiesen und Trappstadt am Rande des Amtes Römhild. In Gleichewiesen waren die Rechtsverhältnisse folgendermaßen geordnet: Die Landesherrschaft stand hier dem reichsritterschaftlichen Geschlecht von Bibra zu, jedoch mit Ausnahme der dem gemeinschaftlichen sächsischen Amt Römhild lehnbaren einen Hube, einen Sölde, einer Hofstatt, sieben Acker Wiesen und sechs Acker Feld, die als sächsische Ritterlehen dem adligen Geschlecht von Heßberg gegeben waren. Die grundherrlichen Einnahmen flossen hier dem Amt Römhild und den Heßbergern zu, die Steuer bekam das Amt Römhild allein. Die Niedergerichtsbarkeit über den ganzen Ort übten ohne Rücksicht auf die grundherrschaftlichen Verhältnisse die Reichsritter von Bibra aus. Die Hochgerichtsbarkeit stand der würzburgischen Zent Königshofen im Grabfeld zu. Das Kirchenpatronat hatten die von Bibra inne, die hohe Jagd lag in Händen des Amtes Römhild, die niedere Jagd gehörte denen von Bibra³⁹⁷. Noch komplizierter waren die Verhältnisse in Trappstadt (jetzt Landkreis Königshofen im Grabfeld). Es lag damals an der Grenze zwischen dem sächsischen Amt Heldburg und dem würzburgischen Amt Königshofen. Die Landesherrschaft über Trappstadt zerfiel im 18. Jahrhundert in vier ideelle Anteile. Ihre Inhaber waren das gemeinschaftlich sächsische Amt Römhild, das Bistum Würzburg, das Würzburger Domkapitel (1699 von Sachsen-Hildburghausen erworben) und die zur Reichsritterschaft zählenden Grafen von Elz³⁹⁸. Die Hochgerichtsbarkeit übte das würzburgische Amt Königshofen allein aus. Hinsichtlich der Grundherrschaften und der Niedergerichtsbarkeit gehörten dem Amt Römhild 18 Häuser, dem Bistum Würzburg 59 Häuser, dem Würzburger Domkapitel 28 und den Grafen von Elz 25 Häuser. Die 11 Häuser, über die die Gemeinde Trappstadt die Grundherrschaft besaß, unterstanden der gemeinschaftlichen Niedergerichtsbarkeit der vier Dorfherren. Jeder von ihnen hatte für seinen grundherrlichen Besitz einen besonderen Lehnschultheiß, während der Dorfschultheiß vom ganzen Ort gewählt wurde. Einer Militärpflicht unterlag das Dorf nicht. Der Getreidezehnt gehörte dem elzischen reichsfreien Rittergut, das auch die Jagd innehatte. Die hohe Jagd wurde ihm allerdings vom Bistum Würzburg strittig gemacht, erst nach Auflösung der Reichsritterschaft wurden durch den meiningisch-würzburgischen Grenzvertrag von 1808 hier klare Verhältnisse geschaffen. Gleichewiesen fiel an Meiningen, Trappstadt an Würzburg.

Im Oberland standen die großen und jungen Walddörfer des Amtes Sonneberg: Steinach, Lauscha und Judenbach mit geschlossenem landesherrlichen Besitz den Dörfern des Amtes Schalkau gegenüber, in dem die herzogliche Grundherrschaft nur schwach ausgeprägt war. Von dort greifen wir das Dorf Meschenbach heraus. Nach 1729 standen dort dem Meininger Herzog alle landeshoheitlichen Rechte zu. Die Grundherrschaft des Herzogs erstreckte sich aber nur über zwei der acht Güter. Das eine war Sonneberger Amtslehen, das andere kam erst 1729 aus schaumbergischem Besitz an die Landesherrschaft. Über die restlichen Güter hatte das Amt Sonnefeld als altem Klosterbesitz die Grundherrschaft. Der Zehnt stand der Meschenbacher Kirche zu, die seit dem Mittelalter auch umfangreichen Waldbesitz innehatte.

³⁹⁷ .Schultes, Hist.-stat. Beschr. II S. 678-680.

³⁹⁸ .Schultes, Hist.-stat. Beschr. II S. 671-674.

Die Dörfer der Oberlinder Ebene als einem alten Siedlungsgebiet zeigten ähnlich zersplitterten grundherrlichen Besitz wie im Unterland. Der Herzog hatte als Besitzer des Amtes Sonneberg "alle Obrigkeit", also den Vollbesitz der landesherrlichen Rechte. In Heubisch war der Herzog Grundherr über 13 Güter und eine Sölde als Sonneberger Amtslehen. Drei Güter und eine Sölde gehörten der Frühmesse von Neustadt, drei Höfe und eine Sölde den Schaumbergern, ein Hof und eine Sölde denen von Erffa, eine Mühle und ein Hof denen von Rosenau, eine zweite Mühle dem Kloster Banz. Der Zehnt gehörte dem Kloster Banz, teils war er jedoch Privatbesitz. Zu Fronleistungen waren die Heubischer nach Steinheid auf dem Kamm des Thüringer Waldes gewiesen. In Oberlind gehörten von den 14 1/2 Gütern, vier ganzen und 10 geteilten Sölden sowie zwei Höfen, 10 1/2 Güter dem Amt Sonneberg und damit der Landesherrschaft. 4 Güter und zwei Höfe waren grundherrlicher Besitz des Adelsgeschlechtes der Kemnater, seit 1600 aber ebenfalls der Landesherrschaft, die sie allerdings getrennt verwalten ließ. Ein Hof war Sonneberger Adjunkturlehen, ein Hof Allod derer von Hasslach, ein Hof gehörte denen von Kesslau. Außerdem befanden sich noch Lehen der von Erffa, der Oberlinder und Judenbacher Pfarrei, des Oberlinder Gotteskastens, der Gemeinde Oberlind im Ort. Der Zehnt gehörte zur Hälfte denen von Kesslau, zur anderen der Landesherrschaft. Wie zersplittert aber auch die grundherrlichen Verhältnisse in einer Stadt sein konnten, zeigt das Beispiel Sonnebergs. Auch hier war der Herzog im Besitz aller landesherrlichen Rechte und der Hochgerichtsbarkeit. Die Niedergerichtsbarkeit besaß der Stadtrat über die ratslehnbaren Häuser. Von den 248 Wohngebäuden unterstanden im Jahre 1780 209 seiner Grundherrschaft. 31 Häuser waren der Landesherrschaft lehnbar, davon vier als Meininger Kanzleilehen und 27 als Sonneberger Amtslehen. (Burggemeinde) Über zwei Häuser war die Adjunktur Sonneberg Grundherr, fünf Wohnhäuser waren dem Adelsgeschlecht der Kemmater, seit 1600 ebenfalls der Landesherrschaft lehnbar. Ein Haus stand unter Schaumbergischer (Rauensteiner) Grundherrschaft, die 1729 ebenfalls an den Herzog fiel³⁹⁹.

2.3. Das Zusammenwirken von Landesherrschaft und Land

Wir haben nunmehr die abgestuften Herrschaftsbefugnisse der Meininger Herzöge in ihrem Land hinreichend kennengelernt. Bei der landesgeschichtlichen Einleitung haben wir weiter feststellen können, dass das Herzogtum Sachsen-Coburg-Meiningen sich im Wesentlichen aus zwei Landesteilen zusammensetzte: Aus dem 1680 gebildeten Fürstentum Meiningen und aus dem 1735 ererbten "Herzoglich Sachsen-Coburg-Meiningischen Anteil an dem Fürstentum Coburg". Die Herzogswürde war zunächst nur ein persönlicher Titel der Meininger Landesherren, den ihnen ihre Vorfahren wegen des 1423 an die Wettiner gekommenen Herzogtums Sachsen vererbt hatten. Er war, nachdem 1547 die Kurwürde verloren ging, der höchste Titel, den die ernestinische Linie des Gesamthauses führte, obwohl mit der Kurwürde das Herzogtum Sachsen-Wittenberg verloren ging. Das Meininger und Coburger Land wurden deshalb im 18. Jahrhundert nie als "Herzogtum", sondern stets als "Fürstentum" bezeichnet⁴⁰⁰. Die landesherrlichen Behörden führten in Meiningen bis 1775

³⁹⁹ Keßler S. 101.

⁴⁰⁰ Die kaiserlichen Lehnbriefe sprechen von den Fürstentümern Coburg, Gotha und Altenburg ThStAMgn GAM 204, eine Bekanntmachung vom 11. Januar 1790 nennt "das ganze Fürstentum Coburg und die übrigen Herzoglich Sachsen-Meiningischen Lande" ThStAMgn ZM 261. Die Herzogin Charlotte Amalie bestimmt 1781, dass Eugen August von Bibra die Oberaufsicht über die "Jägerei unseres Fürstentums Meiningen" innehaben soll Staatsmin., Abt. Finanzen 1072. Der Dilettant Keßler von Sprengseisen nennt seine Arbeit fälschlicherweise 1781 "Topographie des Herzoglich Sachsen-Coburg-Meiningischen Anteils an dem Herzogtum Coburg", spricht aber im Text, so S. 10 vom "Fürstentum Coburg". Der gewissenhafte Johann

stets das Prädikat "fürstlich". Als dann durch Generalreskripte Herzog Karls vom 27. September 1776 hierfür die Bezeichnung "herzoglich" eingeführt wurde, blieb die Bezeichnung Fürstentum für das Land bestehen⁴⁰¹. Erst 1807 nach Auflösung des Deutschen Reiches und der Erlangung der vollen Souveränität gab die Meininger Obrigkeit ihrem Land gemeinsam mit den anderen Ernestinern die Bezeichnung "Herzogtum". Während die Amtssprache schon seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts den "Herzog von Sachsen-Coburg-Meiningen" kannte, durfte das Land erst jetzt als "Herzogtum Sachsen-Coburg-Meiningen" bezeichnet werden.

Es lag im Wesen des alten deutschen Territorialstaates, dass bei Zusammenfassung von Fürstentümern durch Erbschaft keine Verschmelzung der Verfassung und Verwaltung durchgeführt wurde. Gerade in Thüringen haben wir im 17. und 18. Jahrhundert genügend Beispiele, dass die einzelnen Fürstentümer nur durch die Person des Landesherrn und seines Geheimen Ratskollegiums verbunden waren, dass aber im Übrigen die Landeskollegien und die landständigen Vertretungen getrennt blieben. Auch die Meininger Obrigkeit hat den in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ererbten Anteil am Fürstentum Coburg nicht als ein Zubehör des Fürstentums Meiningen angesehen. Sie war anfangs sogar bestrebt, nach Verlust der Residenzstadt Coburg in Neustadt bzw. Sonneberg eine eigene Zentralverwaltung zu errichten. Herzog Anton Ulrich hat dann 1746 diesen Plan aufgegeben. Trotz der Vereinigung der gesamten landesherrlichen Zentralverwaltung in Meiningen blieben die landständischen Vertretungen bis 1824 getrennt. Hierin wird deutlich, dass die Meininger Herzöge über zwei "Länder" im verfassungsrechtlichen Sinne regierten, über das Fürstentum Meiningen und über Teile des Fürstentums Coburg. Auch im Herzogstitel kommt diese Doppelstellung zum Ausdruck. Bei der Entwicklung der landständischen Verfassung und des Zusammenwirkens von Landesherrschaft und Land haben wir deshalb streng zwischen dem Fürstentum Meiningen und dem Anteil an dem Fürstentum Coburg oder geographisch und volkstümlich gesprochen, zwischen dem Unterland und dem Oberland zu unterscheiden. Ihren Ursprung verdankt die landschaftliche Verfassung in beiden Landesteilen dem Unvermögen der Landesherrn, aus eigenen Mitteln die Landesaufwendungen zu bestreiten. Dieser Zustand musste eintreten, als im Spätmittelalter die politischen Auseinandersetzungen eine stärkere finanzielle Belastung des Landes erforderlich machten. Mit der Übernahme großer Verpflichtungen beanspruchte das "Land" ein Bewilligungsrecht und schließlich ein Mitbestimmungsrecht über die aufgebrachten Mittel. Seit dem ausgehenden Mittelalter sah sich die Landesherrschaft besonders in der Grafschaft Henneberg einer schleichenden finanziellen Krise gegenüber. Zu ihrer Behebung mussten die Untertanen aus ihrem Privateigentum beisteuern. Dazu kam, dass durch die Reform der Reichskriegsverfassung am Anfang des 16. Jahrhunderts die Reichsstände wesentliche zusätzliche Lasten aufbringen mussten, die nicht der Fürst aus seiner Grundherrschaft, sondern die Gesamtheit der Untertanen zu tragen hatten.

Die ältere landschaftliche Verfassung besaß das Fürstentum Coburg. Die Wettiner hatten zunächst wie die Henneberger die Landsteuern (Bede) in den "Ortslanden in Franken" ohne Befragen der Untertanen nach eigenem Ermessen erhoben⁴⁰². Ebenso wenig ist die Zustimmung oder Anhörung der "meliorum et majorum terrae" bei Erlass von landesherrlichen Gesetzen feststellbar. Für die Entwicklung der landständischen Verfassung

Gerhard Gruner überschreibt seine Arbeit 1783 richtig "Historisch-statistische Beschreibung des Fürstentums Coburg, Sachsen-Saalfeldischen Anteils".

⁴⁰¹ Erwähnt in ThStAMgn GAM XXIII 7, auch SVMGL 47 (1904) S. 246.

⁴⁰² Schon im Hennebergischen Urbar von 1340 wird im Coburger Land Bede "nach Gnaden der Herrschaft" d.h. nach deren Ermessen erhoben. Schultes, Cob. Landesgesch. Mitt. S. 135.

des Coburger Landes war dann die Weigerung der Coburger Ritterschaft von grundlegender Bedeutung, aus ihrer Grundherrschaft dem Landesherrn, Kurfürst Friedrich II., im Jahre 1438 Steuern zu entrichten. Die Einräumung des Steuerbewilligungsrechts am 2. Juni 1438 war die Gründungsurkunde der Coburgischen Landschaft⁴⁰³. Freilich trat sie nur in unregelmäßigen Zeitabständen zu Landtagen zusammen, und zwar nur dann, wenn sie der Landesherr berief, weil er ihrer Hilfe bedurfte⁴⁰⁴. Im 16. und 17. Jahrhundert erscheint dann die Coburger Landschaft als eine festgefügte Körperschaft, bestehend aus den drei Ständen, der Ritterschaft, Geistlichkeit und Städte. Aus dem Meininger Oberland ist der Rat zu Sonneberg im 16. Jahrhundert mehrfach auf Coburger Landtagen nachweisbar⁴⁰⁵. Auch die späteren Meininger Rittergüter Sonneberg, Oberlind und Unterlind waren im Besitz der Landstandschaft. Die Geistlichkeit des Coburger Landtags bestand nur aus den Äbten von Langheim und Banz wegen ihrer im Coburger Land gelegenen Besitzungen, über die die Landeshoheit aber 1735 an Sachsen-Saalfeld fiel. Wir treffen deshalb in der späteren Meininger Landschaft des Oberlandes nur zwei Stände, die Ritterschaft und die Städte, an.

Seit der Regierung des Coburger Herzogs Johann Casimir (1598 bis 1633) treffen wir das Streben der Coburger Stände an, die Verwaltung der außerordentlichen Steuern in eigene Hände zu bekommen. Schon bei der außerordentlichen Coburger Festungsbausteuer von 1615 trat das Verlangen nach einer eigenen Ritterschaftskasse hervor. Im Jahre 1631 bewilligte die Landesherrschaft den Ständen schließlich eine besondere Steuerverwaltung. Sie wurde aber erst 1636 eingerichtet. Die Coburger Landschaft verwaltete seitdem ihre Extrasteuern selbständig⁴⁰⁶.

Als 1735 das Coburger Fürstentum geteilt wurde, richtete die Meininger Obrigkeit für die Ämter Sonneberg und Neuhaus eine eigene Landschaft ein. Sie bestand aus fünf Rittergütern, Sonneberg, Unterlind, Oberlind, Wildenheid und Ketschenbach, die beiden letzten wegen ihrer Besitzungen unter Meininger Landesherrschaft und den beiden Stadträten zu Sonneberg und Neustadt, von denen dieser ebenfalls grundherrlichen Besitz unter meiningischer Landeshoheit besaß. Die Oberländische Landschaft war aber in Wirklichkeit nichts anderes als eine besondere Steuerverwaltung in den Händen landesherrlicher Beamter. Wie wir bei der Darstellung des Finanzwesens noch ausführlich sehen werden, besaß sie keine eigenen Organe und keine ständische Vertretung. In der Zeit von 1735 bis 1824 kam sie nie zu Landtagen und Deputationstagen zusammen. So ergab sich zeitweise das seltsame Verhältnis, dass die oberländischen Landstände die Steuern an die oberländische Landschaftskasse zahlten, die die Coburger Landtage für den sachsen-saalfeldischen Anteil am Fürstentum Coburg bewilligten⁴⁰⁷. Die Landschaft des Amtes Schalkau schlug seit 1723 eine Sonderentwicklung ein. Die Verhältnisse ähnelten hier denen der Ämter Sonneberg und Neuhaus⁴⁰⁸.

⁴⁰³ Urkunde bei Schultes, Cob. Landesgesch. Mitt. UB S. 111-114.

⁴⁰⁴ Für Sachsen und Thüringen, Burkhardt, Ernst Landtagsakten I S. XLVI.

⁴⁰⁵ Keßler S. 96.

⁴⁰⁶ Schultes, Cob. Landesgesch. Mitt. S. 225-226.

⁴⁰⁷ Keßler S. 96.

⁴⁰⁸ Die Schalkauer Amtsbeschreibung (um 1805) ThStAMgn Kreis Sonneberg 21 S. 246/7 stellt fest: "Da in dem hiesigen Amte ein höheren Orts anerkanntes Corpus von Landständen nicht vorhanden ist, indem die Versuche, die in den vorigen Zeiten die bedeutendsten Lehnherren in demselben gemacht haben, um die Rechte eines solchen corpus zu erlangen, von geringen Erfolg gewesen sind, so hängt die Bestimmung der Anzahl der Steuern sowohl als alle wegen derer Erhebung zu treffenden Verfügungen einzig und allein von den Landesherrlichen Beschlüssen ab".

Das landständische Leben war im Oberland seit 1735 vollständig erstorben. Ein Zusammenwirken zwischen Landesherrschaft und Land gab es in Wirklichkeit nicht mehr. Wir können aus dieser Entwicklung keine brauchbaren Rückschlüsse auf das Wesen der landständischen Verfassung im 18. Jahrhundert gewinnen. Dagegen hat die unterländische Landschaft in Meiningen auch in der Zeit des fürstlichen Absolutismus die Selbständigkeit ihrer Organisation und in vieler Hinsicht auch die Entschlussfreiheit ihres Handelns bewahren können. Die meiningische Landschaft hatte ihren Ursprung in den Landständen der Grafschaft Henneberg. Der hennebergischen Tradition war sie sich noch im frühen 19. Jahrhundert durchaus bewusst. Die hennebergischen Landstände bildeten sich zwar mehr als ein Jahrhundert später als die Coburger Landschaft. Sie kam aber früher zu einer eigenen festen Organisation und einer eigenen Steuerverwaltung. Die hennebergische Landschaft entstand aus dem Unvermögen der Grafen, ihre Schuldenlast mit eigenen Mitteln zu verzinsen und zu tilgen. Im Jahre 1540 hatte Graf Wilhelm IV. das "land" erstmals um "Rat und Hilfe" angerufen. Als die Gründungsurkunde der Landschaft können wir den Vertrag des Grafen Wilhelm mit der hennebergischen Ritterschaft ansehen, worin diese gegen Zusicherung der Einschränkung der gräflichen Hofhaltung sich bereit erklärte, Steuern zur Schuldentilgung zu geben⁴⁰⁹. Gleichzeitig verhandelte der Graf mit Bürgern und Bauern. Der Schleusinger Landtag vom Juni 1543 stellte eine wirkliche Repräsentativversammlung der Bürger und Bauern dar. Alle Schultheißen und eine nach Größe der Ämter verschiedene Zahl von Nachbarn "mit gewalt von den inwonern des ganzen ampt" und je drei Ratspersonen aus jedem Stadtrat "mit völliger gewalt" wurden nach Schleusingen geladen⁴¹⁰. Die Untertanen übernahmen damals die gräflichen Schulden in Höhe von 45000 fl Die Gegenleistung der Grafen war das den Ständen am 16. Juni 1543 ausgestellte Steuerprivileg, worin zugesichert wurde, dass dem Land nie mehr Steuern auferlegt werden sollten, es sei denn, die Herrschaft und das Land befänden sich im außerordentlichen Notstand oder es würden allgemeine Reichsaufgaben gegeben⁴¹¹.

Unter dem Grafen Georg Ernst (1556 - 1583) bildeten sich die Landstände nach dem Vorbild benachbarter Fürstentümer um. Die Bauern schieden aus. Die Landschaft setzte sich nunmehr nur noch aus zwei Ständen der Ritterschaft und den sechs hennebergischen Städten zusammen. Für das spätere 16. und das 17. Jahrhundert ist somit die Bezeichnung der hennebergischen Landschaft: "Edle Ritterschaft und erbare Städte". Die wesentlichste Aufgabe der Landschaft bestand in der Bewilligung der zur Deckung der Reichsaufgaben und der Militärlasten notwendigen "Ordinarsteuer" (Landsteuer). Eine eigene Steuerverwaltung besaß die hennebergische Landschaft schon unter gräflicher Regierung. Ihre Steuerrechnungen beginnen 1579⁴¹². Unter der gemeinschaftlich sächsischen Landesherrschaft befestigte sie ihre Organisation, bildete zur Erledigung der laufenden Arbeiten einen "großen und kleinen Ausschuß" und trat wiederholt zu Ausschusssitzungen zusammen⁴¹³. Auch die selbständige Steuerverwaltung blieb bestehen. Nach der Teilung der Grafschaft Henneberg zerfiel auch die Landschaft. Jeder der Erbfürsten errichtete in seinem Landesteil eine eigene landständische Vertretung. Versuche, trotz der Auflösung der Grafschaft die landständische Einheit zu erhalten, werden zwar in manchen landschaftlichen Absichten deutlich, sie sind aber am Widerstand der Fürsten gescheitert, die solche

⁴⁰⁹ Schultes, Hist.-stat. Beschr. I S. 69, 215-218, DG II S. 233-253. Tenner in: Hbg. Jb. 1941 S. 79. [Johannes Mötsch, Landstände in der Grafschaft Henneberg in: Landstände in Thüringen. Vorparlamentarische Strukturen und politische Kultur im Alten Reich 2008].

⁴¹⁰ ThStAMgn GHA III 523 Einladungsschreiben vom 28. und 30. Mai 1543.

⁴¹¹ GHA HW 1055 und ThStAMgn ZM 111.

⁴¹² GHA III 51.

⁴¹³ Heß, Hennebergische Verwaltung S. 358-360.

Sonderbestrebungen nicht aufkommen lassen wollten. Herzog Ernst der Fromme von Gotha richtete sofort nach Übernahme der Ämter Wasungen, Salzungen und Frauenbreitungen eine besondere Landschaft ein, die im September 1661 zum ersten Landtag "des Wasunger Anteils der Hennebergischen Stände" zusammentrat⁴¹⁴. In Meiningen, wo die Stände dem neuen Landesherrn Herzog Friedrich Wilhelm II. von Coburg-Altenburg am 12. November 1660 gehuldigt hatten, hielt dieser für die an ihn gekommenen hennebergischen Ämter am 19. Februar 1662 den ersten Landtag ab⁴¹⁵. Nachdem durch das Aussterben der Altenburger Linie 1672 alle später an Meiningen gefallenen hennebergischen Ämter in der Hand Ernst des Frommen vereinigt wurden, ließ dieser sich am 3. Dezember 1672 von der Landschaft in Meiningen huldigen⁴¹⁶. Es kam jedoch bis zu seinem Tode 1675 nicht mehr zur Abhaltung eines Landtages im hennebergischen Gebiet.

Erst sein Sohn Friedrich I. rief im August 1678 die Meininger Stände wieder zusammen. Hierbei wurde beschlossen, die Gothaer Landstände zu Wasungen und die bisherige altenburgische Landschaft zu Meiningen wieder zu einem "Corpus" zu vereinen⁴¹⁷. Der neue Meininger Landesherr Herzog Bernhard I., der 1680 die Regierung in dem neu gebildeten Fürstentum Meiningen übernahm, rief erst am 16. Mai 1684 die Stände zum ersten Gesamtlandtag zusammen. Vom Gothaer Anteil an der Grafschaft waren die Ämter Behrungen und Themar nicht unter seine Herrschaft gekommen und somit 1680 aus der Meininger Landschaft ausgeschieden. Dafür war das Amt Salzungen dem neuen Fürstentum angeschlossen worden. Der erste Landtag hatte sich deshalb mit dem Einbau der Salzunger Stände in die Meininger Landschaft zu befassen. Die Verschmelzung zu einer einheitlichen Landschaft des Fürstentums Meiningen wurde noch auf diesem Landtag vollzogen. Nach einer wechselreichen Entwicklung von zwei Jahrzehnten war somit wenigstens ein Teil der hennebergischen Landstände zu einer neuen Landschaft geformt worden, die unverändert bis 1824 bestehen blieb.

⁴¹⁴ Landtagsabschied vom 14. September 1661 ThStAMgn ZM 111.

⁴¹⁵ Güth. Poligr. Mein. S. 292, 296.

⁴¹⁶ Güth. Poligr. Mein. S. 311.

⁴¹⁷ Landtagsabschied vom 29. August 1678 ThStAMgn ZM 111.

Nach diesen einleitenden Ausführungen haben wir das Zusammenwirken von Landesherrn und Land im Bereich des alten Meininger Fürstentums zu untersuchen. Immer wieder müssen wir scharf zwischen der Stellung des Herzogs als Grundherrn und als Landesherrn unterscheiden. Innerhalb der grundherrschaftlichen Sphäre herrschte der Herzog unbeschränkt, als Landesherr war er in bestimmten Fragen an die Zustimmung der Landschaft gebunden. Freilich wurde sie im Laufe des 18. Jahrhunderts bei der fortschreitenden absolutistischen Regierungsform immer mehr zu einer formalen Angelegenheit. Wir haben gesehen, welch starkes Element die herzoglichen Grundherrschaften innerhalb des Landes darstellten. Es gab innerhalb des Meininger Fürstentums nur in beschränktem Umfang Besitzungen, in denen der Herzog allein Landesherr, nicht aber gleichzeitig Grund-, Stadt- oder Lehn herr war. Im Zusammenwirken von Landesherrn und Land wurden Fragen der Grundherrschaft nirgends behandelt. Die Aufgaben des Landes aber berührten nicht nur die Ritterschaft und die Städte, sondern auch die grundherrlichen Bauern des Herzogs und des Adels und die Bürger der Städte, die auf die Zusammensetzung der Stadträte keinerlei Einfluss hatten.

Dem im Meininger Land entstandenen Fürstentum war von vorneherein die Erbmonarchie eigen. Die Landschaft hatte auf den Erbgang und somit auf die Personen des Landesherrn keinerlei Einfluss. Ebenso wie die hennebergischen Stände im Jahre 1660 tatenlos zusehen mussten, wie ihr Land nach rein dynastischen Interessen aufgeteilt wurde, konnte noch im Jahre 1826 die Landschaft des Herzogtums Hildburghausen keinen Einfluss auf die Vererbung ihres Landes nehmen, obwohl dort seit 1818 eine Verfassung bestand. Hier wird offenbar, wie kümmerlich noch der moderne Staatsgedanke entwickelt war. In Meiningen erklärte erst das Grundgesetz vom 23. August 1829 das Herzogtum als ein "staatsrechtliches Ganze", von dem "unter keinem Vorwande jemals ein Teil, wenn es auch nur der geringste wäre, abgetrennt werden soll"⁴¹⁸.

Ihren äußeren Ausdruck fand die Anerkennung der Landesherrschaft in der Erbhuldigung, die beim Regierungsantritt des neuen Landesherrn öffentlich von der Gesamtheit der erwachsenen männlichen Bevölkerung und von jedem Mann bei Erlangung seines 18. Lebensjahres gefordert wurde. Die Erbhuldigung war schon unter den Henneberger Grafen üblich⁴¹⁹. Bereits im späten 16. Jahrhundert war die persönliche Anwesenheit des Landesherrn bei der Erbhuldigung nicht mehr notwendig. Die wettinischen Landesherrn der gemeinschaftlich verwalteten Grafschaft Henneberg ließen sich durch ihre Räte vertreten. Auch Herzog Bernhard I. hat am 13. Februar 1680 die Erbhuldigung durch Johann Balthasar von Gabelkoven und Rentmeister Kühnhold einnehmen lassen. Im 18. Jahrhundert erfolgte dann die Vornahme der Erbhuldigung wenigstens in der Residenzstadt bei persönlicher Anwesenheit des Herzogs. Sie wurde im Herzogtum erst 1918 abgeschafft⁴²⁰. In Stadt und Amt Meiningen, die Würzburger Lehen der Herzöge waren, erfolgte bis 1806 mit der Erbhuldigung für den Herzog gleichzeitig eine Eventualerbhuldigung für den Würzburger Bischof⁴²¹.

⁴¹⁸ Art 1 und 2 des Grundgesetzes v. 23. August 1829 in: GS I S. 140.

⁴¹⁹ Kaiser Karl IV. weist die Coburger Städte zur Erbhuldigung an Graf Berthold VII. von Henneberg, Erbhuldigung der Stadt Meiningen vor Graf Wilhelm III. von Henneberg am 17. Juli 1446, vor Graf Wilhelm IV. und Georg Ernst am 15. März 1542. Güth Poligr. Mein. S. 139,54.

⁴²⁰ Nach Gesetz über die Ablegung des Erbhuldigungseids vom 5. Mai 1842 in: GS VI S. 265-267, dazu Ausschreiben vom 14. März 1857 AS I S. 29-35.

⁴²¹ Vertrag zwischen Würzburg u. Meiningen v. 13./3. Mai 1698, Neue diplomatische Beiträge II S. 183-192.

Die Erbhuldigung bestand in einem von der Bevölkerung abgegebenen Huldigungseid, worin der Herzog als Landesherr anerkannt und ihm Treue und Gehorsam gelobt wurde. Mit dem Erbhuldigungseid war die Untertanenschaft bekräftigt. Er war deshalb von allen Schichten der Bevölkerung zu leisten. Gerade auf die Erbhuldigungseide des Adels wurde besonders geachtet. Der Lehneid der Ritterschaft bot keinen Ersatz hierfür, da er seit dem 17. Jahrhundert stark entwertet und zum leeren Formalismus geworden war. Er begründete auch in keiner Weise eine Untertanenschaft. Die Erbhuldigung war damit kein Element der Grundherrschaft oder des Lehnrechtes sondern des Landrechtes. Der mittelalterliche Rechtsgedanke, dass Treue nur auf Gegenseitigkeit beruhen könne, kam in der Erbhuldigung dadurch zum Ausdruck, dass der Landesherr das Versprechen abzugeben hatte, die Untertanen bei den "hergebrachten Rechten" zu schützen. Diese Zusicherung gaben die Meininger Herzöge stets vor dem ersten Landtag ihrer Regierungszeit. Sie können als Vorläufer des modernen Verfassungseides angesehen werden und zerfallen immer in drei Bestandteile: dem Versprechen zusammen mit dem Land "bei der wahren alleinseligmachenden evangelischen Religion und ungeänderten Augsburgischen Glaubensbekenntnuß zu bleiben", allen Untertanen "schleunigs und unparteiische Justiz widerfahren zu lassen" und "Jeden bei seinem wohlherbrachten Privilegien, Freiheiten und Gerechtigkeiten zu schützen".

Erstmals hat Bernhard I. als Meininger Landesherr dieses Versprechen vor dem zum 26. Mai 1684 einberufenen Landtag abgegeben⁴²². Gelegentlich traten zu diesen Zusicherungen noch Zusätze. So erbat 1775 die Landschaft, dass alle Beamten der lutherischen Religion angehören sollten. Als nach 1775 keine Landtage, sondern nur noch Landschaftsdeputationstage einberufen wurden, kam die Landesherrschaft von der Ablegung dieser Eide ab. Immerhin bedeutet aber dieser Brauch, dass selbst in der Zeit des fürstlichen Absolutismus wenigstens die Fiktion beibehalten wurde, dass zwischen Landesherrn und Land ein gegenseitiges Treue- und Pflichtverhältnis bestand. In Wirklichkeit befanden sich aber die Landstände in einer starken Abhängigkeit von der Landesherrschaft. Schon seit dem späten 17. Jahrhundert sicherten sich die Meininger Herzöge maßgebenden Einfluss auf die Personalbesetzung und Arbeit der landschaftlichen Organe. Der Landesherr allein hatte das Recht, die Landtage einzuberufen. Er bestimmte durch die Landtagspropositionen die Tagesordnung der landständischen Beratung. Die Stände konnten am Schluss nur ihre "Gravamina" vorbringen. In den Jahren 1750 bis 1775 hatte die Regierung sogar die Leitung der landschaftlichen Finanzen inne. Auch die 1775 bis 1824 bestehende "Landschaftliche Steuer- und Kassedeputation" unterschied sich nur wenig von einer landesherrlichen Behörde.

Die hennebergische Landschaft setzte sich, nachdem sie ihre endgültige Form gefunden hatte, aus zwei Ständen, der Ritterschaft und den Städten, zusammen. Der erste meiningische Landtagsabschied vom 3. Juni 1684 spricht von "Ihrer Fürstlichen Durchlaucht getreue Landstände von der Ritterschaft und den Städten"⁴²³. Die Geistlichkeit war nicht mehr vertreten. Auch die Masse der grundherrlichen Bauern des Herzogs hatte auf den Landtagen keine Vertretung. Nur die Freien im Lande, die Ritterschaft und die Städte, waren landtagsfähig. Vorbedingung war die Landstandschaft (Landsassiat). Sie haftete im 17. und 18. Jahrhundert beim Adel nicht mehr an der Person sondern am Rittergut. Wir hatten gesehen, dass ein solches Rittergut ein ganzes Dorf, einen Herrenhof, aber auch nur ein Ritterlehn mit Rechten und Dienstbarkeiten umschließen konnte. Die Landstandschaft der Reithöfe und bäuerlichen Freihöfe, die in der Grafschaft Henneberg noch im 17. Jahrhundert

⁴²²

ThStAMgn ZM 111, Punkt 1 des Landtagsabschiedes vom 3. Juni 1684.

⁴²³

ThStAMgn ZM Nr. 111.

bestand, war schon unter der Regierung Bernhards I. beseitigt⁴²⁴. Der Inhaber eines mit Landstandschaft ausgestatteten Gutes hatte Sitz und Stimme auf den Landtagen, gleichgültig ob er dem Adel oder dem Bürgertum angehörte. Aus der Entwicklung der Landesherrschaft im Meininger Gebiet ist zu ersehen, dass alle landständischen Güter gleichzeitig alte hennebergische oder Salzungen Ritter- oder Kanzleilehen waren⁴²⁵.

Freilich wurde die Landstandschaft vom Adel nicht allein als ein Recht, sondern auch als eine lästige Pflicht angesehen. Sie war ein untrügliches Zeichen dafür, dass Personen und Gut der Landesherrschaft unterworfen, "landsässig" und damit zu Pflichten gegenüber dem Land und seinem Herrn verbunden waren. Das Streben der hennebergischen Ritterschaft im 17. Jahrhundert nach der Befreiung von der Landesherrschaft äußerte sich gerade in der Weigerung, auf den Landtagen zu erscheinen und die dort beschlossenen Landsteuern zu entrichten.

Zum ersten Meininger Landtag am 3. Mai 1684 lud Herzog Bernhard aus den hennebergischen Ämtern die Besitzer von 24 landständischen Rittergütern ein. Hiervon gehörten 14 dem Adel und 10 dem Bürgerstand an. Eine persönliche Anwesenheit war nicht erforderlich. Die einzelnen Landstände konnten vielmehr ihre Vertreter entsenden. Aus dem Meininger und Wasungen Anteil erschienen damals 13 ritterschaftliche Landstände persönlich, sechs ließen sich vertreten und fünf folgten der Einladung überhaupt nicht. Im Jahre 1811 betrug die Zahl der ritterschaftlichen Landstände 28, im Meininger und im Wasunger Bezirk je zwölf und im Salzunger Gebiet vier. Von den Inhabern gehörten damals 20 dem Adel und acht dem Bürgerstand an⁴²⁶.

Die Städte Meiningen und Wasungen besaßen schon in hennebergischer Zeit die Landstandschaft. Ebenso war Salzungen schon im 16. Jahrhundert auf den Landtagen des Fürstentums Eisenach vertreten. Diese drei Städte bildeten seit 1684 den zweiten Stand auf dem Meininger Landtag. Die Landstandschaft lag hier jedoch wie anderswo nicht in den Händen der Bürgerschaft sondern des Rats, auf dessen Zusammensetzung die Bürgerschaft keinen Einfluss hatte. Nicht die Bürgerschaft, sondern der Rat ernannte somit auch die städtischen Vertreter auf den Landtagen und gab ihnen die Direktiven. So war in der Meininger Landschaft wie überall in Thüringen nur eine kleine Schicht der Rittergutsbesitzer und des städtischen Patriziats vertreten. Im 17. und frühen 18. Jahrhundert herrschte die Auffassung, dass die Ritterschaft nur sich und ihren bäuerlichen Hintersassen und die Räte nur die Bürgerschaft auf den Landtagen vertreten. Aber schon um die Mitte des 18. Jahrhunderts setzte sich auch in Meiningen die Theorie durch, dass die Landstände Repräsentant der gesamten Untertanen, also auch der grundherrlichen Bauern des Herzogs seien und diese gegenüber dem Landesherrn zu vertreten hätten⁴²⁷. Am Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Meininger Landschaft allgemein als Repräsentant aller Untertanen betrachtet. Sie bezeichnete sich selbst 1805 als das "verfassungsmäßige Sprachrohr des Landes"⁴²⁸.

⁴²⁴ Noch in den hennebergischen Steuerrechnungen erschienen in d. Mitte d. 17. Jahrh. "Reithof Sülzfeld", "Reithof Oberkatz", ThStAMgn GHA III 51.

⁴²⁵ Walch S. 115 schreibt: "Diejenigen Vasallen, welche mit der Vogtei und Niedergerichten belehnt sind und Gerichtsuntersassen und lehnspflichtige Leute entweder eins oder das andere oder beides zusammen haben, sind zu Landschaft geeignet".

⁴²⁶ Walch S. 116-118.

⁴²⁷ Dieselbe Entwicklung im Coburger Land: Schultes Cob. Landesgeschichte S. 230.

⁴²⁸ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11776.

Die Vollversammlung der Landstände wurde als Landtag ("allgemeiner Landtag", "ordentlicher Landtag") bezeichnet. Die Überlieferung der Landtagsakten der altmeiningischen Landschaft ist im Großen und Ganzen nicht günstig. Aus der Zeit der Herzöge Bernhards I. und Ernst Ludwigs I. sind Landtagsakten vorhanden. Sie werden durch die private Sammeltätigkeit meiningischer Beamter aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ergänzt⁴²⁹. Ausgezeichnet ist nur die Überlieferung der Akten des vom 17. Januar bis 21. Februar 1775 tagenden Landtags⁴³⁰. Die nachfolgenden landständischen Versammlungen bis 1824 kennen wir hinreichend nur aus Regierungsakten⁴³¹. Sie sind zwar nicht vollständig, doch lässt sich ein tiefer Einblick in die inneren Verhandlungsvorgänge gewinnen.

Der Landtag trat in unregelmäßigen Zeitabständen und stets nur auf Einladung des Landesherrn zusammen. Aus den auf uns gekommenen Archivalien können wir zwischen 1680 und 1724 elf Landtage nachweisen, fünf unter Bernhard I., nämlich vom 26. Mai bis 3. Juni 1684, vom 27. Mai bis 1. Juni 1689, im Februar 1690, im Dezember 1695 und im Oktober 1700, vier unter Ernst Ludwig I., im November 1706, im Dezember 1714, im November 1718 und im Januar 1723. In der Zeit des Bruderstreits im Herzogshaus und unter der Alleinherrschaft Anton Ulrichs fand nur im Januar 1742 ein Landtag statt. Charlotte Amalie hielt eine einzige allgemeine Zusammenkunft der Landstände ab, den für die Landesgeschichte so bedeutsamen Landtag vom 17. Januar bis 21. Februar 1775. Es war gleichzeitig der letzte Landtag vor der Umgestaltung der Landesverfassung durch das Grundgesetz vom 24. September 1824.

In diesen oft jahrzehntelangen Pausen wurde der Landtag durch die Landschaftsdeputierten vertreten, einem aus etwa einem Dutzend Personen bestehenden "engeren Ausschuß". Hier standen sich Ritterschaft und Städte mit einer gleichen Zahl von Vertretern gegenüber. Wenn sich die Landesdeputation ("engerer Landtag") vollständig versammelte, waren die Meininger, Wasunger und Salzunger Ritterschaft und die Städte Meiningen, Wasungen und Salzungen mit je zwei Deputierten vertreten. Die Landschaftsdeputierten wurden vom Landtag und zwar von dem Stand, den sie zu vertreten hatten, gewählt. Doch behielt sich schon am Ende des 17. Jahrhunderts der Landesherr ein Bestätigungsrecht vor. Soweit sich übersehen lässt, ist aber die Genehmigung nie versagt worden. Freilich schloss gelegentlich der Herzog einfach unliebsame Personen aus⁴³². Als Wahlkörper begegnen uns aber auch die Landschaftsdeputierten selbst, wenn ein besonderer Landtag in absehbarer Zeit nicht abgehalten wurde⁴³³. Das Amt der Deputierten wurde auf Lebzeiten übernommen. Für die Landschaftsdeputierten wurde eine Vergütung aus der Landschaftskasse ausgeworfen, während der Landtage aber eine Aufwandsentschädigung nicht gezahlt⁴³⁴.

⁴²⁹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 6190, 6193, 6194, 6196, 6197, 11749, 11763, Landtag 1417 und ThStAMgn ZM Nr. 111.

⁴³⁰ ThStAMgn GAM XXII und Staatsmin., Abt. des Innern 11765.

⁴³¹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11754, 11765, 11768, 11770, 11771, 11772, 11773, 11774, 11776, 11778, 11779, 11785, 11786.

⁴³² Von den 12 Landschaftsdeputierten traten am 18. Jan. 1742 und 11. Dez. 1742 nur 11 zusammen. Der Geheime Kriegsrat von Ilten fehlt, "weil dessen Affaire wegen der preußischen Werbungssache noch nicht aus ist" ThStAMgn ZM 111.

⁴³³ Landtagsabschied vom 21. Juli 1681 Pkt. 3: An Stelle des verstorbenen Landschaftsdeputierten Erhardt Bronsart tritt dessen Sohn Wolfgang Friedrich Bronsart "durch die anderen Deputierten von der Ritterschaft einmütig denominiert und ihrer Fürstlichen Durchlaucht in Gnaden beliebt und confirmiert worden". Bei den Städten schlugen die einzelnen Stadträte die Deputierten vor. Landtagsabschied vom 4. Dezember 1695 Punkt 6. Die Bestätigung erfolgte "vermittels Handschlag", Landtagsabschied vom 26. Januar 1700 Punkt 7, ThStAMgn ZM 111.

⁴³⁴ Verhandlungen über die Vergütungen der Landschaftsdeputierten schon Landtagsdeputationsabschied vom 21. Januar 1687. ThStAMgn ZM 111.

Die Landschaftsdeputierten hatten dieselben Rechte wie der Landtag. Ihre Vollmacht war nicht beschränkt, sondern erstreckte sich auf alle Befugnisse, die dem Gesamtlandtag zustanden. Sie konnten also ohne Weiteres durch ihre Beschlüsse entgegen gesetzte Landtagsbeschlüsse aufheben, befristete Bewilligungen des Landtags verlängern und Steuergenehmigungen erhöhen. Aus Gründen der Sparsamkeit wurde oftmals kein Landtag sondern nur die Landschaftsdeputation einberufen. Das war besonders am Ende des 18. Jahrhunderts der Fall⁴³⁵. Auch die Landschaftsdeputierten konnten nur auf Einladung der Landesherrschaft zusammentreten. Landschaftsdeputationstage lassen sich in größerer Zahl nachweisen. Zwischen 1680 und 1824 haben mindestens 39 solcher Tagungen stattgefunden, ohne dass wir über sie alle genau unterrichtet sind. Unter der Regierung Bernhards I. können wir zwölf Zusammenkünfte der Landschaftsdeputierten mit Sicherheit feststellen. Unter Ernst Ludwig I. sind acht Deputiertentage zu ermitteln. Nach dieser lebhaften landständischen Tätigkeit folgen dann fünf Jahrzehnte, in denen die Landstände vollkommen beiseite gedrängt wurden. Zwischen 1724 und 1775 können wir nur sechs Tagungen der Meininger Landschaftsdeputierten nachweisen⁴³⁶. In der Zeit von 1775 bis 1824 wurden ebenfalls nur Deputiertentage abgehalten. Die ermittelte Zahl betrug 13. Auffällig ist, dass in dem langen Zeitraum zwischen 1793 und 1802 Deputationstage nicht feststellbar waren. Wir können jedoch wegen Mangel an Quellen tatsächlich nicht entscheiden, ob wirklich keine Zusammenkunft durchgeführt wurde. Bemerkenswert ist, dass der Deputationstag von 1802 nur durch einen kurzen Hinweis im Landschaftsbericht vom 11. Juni 1805 zu ermitteln war⁴³⁷. Dass es auch jetzt nicht leicht war, einen Deputationstag zusammenzubringen, zeigt die Verschiebung der ursprünglich auf 14. Juni 1804 angesetzten Tagung auf Oktober 1804, dann auf den 27. Mai 1805 und schließlich auf den 11. Juni 1805.

Außer dem schon in hennebergischer Zeit bestehenden Landschaftssyndikat und der Kassenverwaltung verfügte die Landschaft bis 1775 über keine ständige Behörde oder Kommission. Erst auf dem Landtag von 1775 wurde die "Steuer- und Kassedeputation" als eine Art landschaftlichen Kassekurat, bestehend aus drei, später zwei Landschaftsdeputierten, eingesetzt. Sie hatte durchaus den Charakter einer Behörde, stand aber schon deshalb unter landesherrlichem Einfluss, weil stets hohe Regierungsbeamte in ihren Eigenschaften als Landschaftsdeputierte die Leitung in Händen hatten. Die altmeiningerische Landschaft hat es nie zu einem eigentlichen Vorsitzenden gebracht, wie ihn die Landstände anderer thüringischer Fürstentümer im Landschaftsdirektor besaßen.

Bei den Verhandlungen zwischen Landesherrn und Land auf den Landtagen und Landtagsdeputationszusammenkünften bildeten sich feste Formen des Geschäftsganges heraus, ohne dass diese jedoch in einer Geschäftsordnung niedergelegt worden wären. Hierbei kommt deutlich die Stellung des Landesherrn und der Stände im absolutistischen Staat zum Ausdruck. Wir hatten schon sehen können, dass allein der Landesherr das Recht der Einberufung hatte und sich die Landstände nicht ohne weiteres versammeln konnten. Gelegentlich baten sie jedoch um die Anberaumung eines Deputationstages⁴³⁸. Gewöhnlich aber ging die Initiative ganz von der Landesherrschaft aus. Welche Bedeutung der

⁴³⁵ 1781 wurde die Abhaltung eines Gesamtlandtages "zur Vermeidung vieler Kosten und aus anderen erheblichen Gründen" verschoben. ThStAMgn ZM 111.

⁴³⁶ ThStAMgn ZM 111 und Staatsmin., Abt. des Innern 11758. Ob es 1745 zu der geplanten Zusammenkunft der Landschaftsdeputierten gekommen ist, muss bezweifelt werden.

⁴³⁷ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11776.

⁴³⁸ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11772. Bitte um Anberaumung eines Landschaftsdeputationstages zur Verhandlung der Salzunger Brandentschädigung.

Einberufung durch den Landesherrn zugemessen wurde, zeigen die Vorgänge im Januar 1742. Herzog Friedrich Wilhelm hatte auf den 18. Januar 1742 einen Landtag einberufen, ohne jedoch die Genehmigung seines Mitregenten Anton Ulrich eingeholt zu haben. Kurfürst Friedrich August von Sachsen als Reichsvikar hatte ihm dazu die ausdrückliche Erlaubnis gegeben. Nach Eröffnung des Landtages erwirkte aber Anton Ulrich ein kaiserliches Conclusum, wodurch der Landtagsabschied für ungültig erklärt wurde, weil der Mitregent seine Genehmigung zur Berufung des Landtages nicht gegeben hatte⁴³⁹.

Die Einberufung des Landtages erfolgte durch persönliches Schreiben des Herzogs an jeden einzelnen Landstand, um sich "dero untertänigsten vernünftigen Anrats zu bedienen". Deputationstage wurden am Ende des 18. Jahrhunderts vielfach durch einfache Zitation der Regierung einberufen⁴⁴⁰. Ordentlicher Versammlungsort war Meiningen. Ausnahmsweise fanden aber auch Deputationstage in anderen Orten statt, so 1727 und 1742 in Wasungen und 1813 in Salzungen⁴⁴¹. Über die Einzelheiten der Landschaftsverhandlungen sind wir am besten durch die anlässlich der Landtage von 1742 und 1775 gefertigten Niederschriften unterrichtet⁴⁴². Am Morgen des 18. Januar 1742 sammelten sich die Landstände im Vorgemach des Herzogs Friedrich Wilhelm, "allwo ein Thron mit einem Baldachin errichtet, der Fußboden aber fast die Hälfte des Zimmers mit roten Tuch belegt worden", dann zog der Landtag zum Gottesdienst, der nach einem gedruckten "Direktorium" gehalten wurde⁴⁴³. Die Predigt wies besonders auf die Bedeutung eines Landtages hin. Bei den Landschaftsdeputationstagen fehlte der Gottesdienst. Der eigentliche Landtag oder Landschaftsdeputationstag begann mit der Überreichung der "landesherrlichen Propositionspunkte" durch die Regierung an die Stände. In ihnen waren in einzelne Punkte aufgegliedert die Forderungen der Landesherrschaft an die Stände enthalten. Bei Übergabe der Punkte waren maßgebliche Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums, der Regierung und der Kammer, selten jedoch der Landesherr persönlich anwesend⁴⁴⁴. Die Propositionspunkte wurden daraufhin "in deliberation" gezogen. Landtag und Landschaftsdeputationstag verhandelten meist ohne landesherrliche Beamte, jedoch offensichtlich nicht nach Ständen getrennt. Gewöhnlich erfolgte eine einmütige Stellungnahme zu den Propositionspunkten. Gelegentlich sprechen aber die Landtagsabschiede von Beschlüssen "per majora" oder "mit den Stimmen des mehreren Teils"⁴⁴⁵. Wirkliche Verhandlungsniederschriften sind uns erst aus dem Ende des 18. Jahrhunderts überliefert⁴⁴⁶.

Die Landtage und Deputationsverhandlungen dauerten ein oder mehrere Tage, dann war die Stellungnahme der Stände formuliert. Die Verhandlungsgegenstände, die der Landesherr durch seine Propositionspunkte bestimmte, betrafen meist finanzielle Fragen des Landes, die Ausschreibung von Steuern und Akzisen und Bewilligungen aus der Landschaftskasse.

⁴³⁹ Archiv II S. 110.

⁴⁴⁰ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11772. Zitation der Regierung zum Landschaftsdeputationstag vom 9. Mai 1786.

⁴⁴¹ ThStAMgn Landtag 1417 und Staatsmin., Abt. des Innern 6196, 11754, 11785.

⁴⁴² ThStAMgn GAM XXII.

⁴⁴³ ThStAMgn ZM Nr. 111 Bl. 193: Direktorium, wie es bei der auf den 18. Januar 1742 auf gnädigsten Befehl angeordneten Land-Tags-Predigt mit dem Gottesdienst zu halten.

⁴⁴⁴ ThStAMgn ZM Nr. 111: Anwesend auf dem Convent des "engeren Ausschusses" zu Wasungen im Juli 1725: Geheimer Ratsdirektor von Wolzogen, Geheimer Rat und Oberhofmeister von Diemar, Geheimer Rat und Oberhofmarschall v. Koppenstein, auf dem Convent vom Januar 1738: Geheimer Rat v. Tilemann, Geheimer Rat v. Biechling, Hofrat v. Moltke, "ex parte regiminis": Hofrat v. Hahn. Regierungsrat Schröter, Regierungsrat Zinck, "ex parte camerae": Rat Vey.

⁴⁴⁵ Landtagsabschied vom 25. Oktober 1700, Landschaftsdeputationsabschied vom 19. März 1712 ThStAMgn ZM Nr. 111.

⁴⁴⁶ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 6201, 6202.

Landesgesetze dagegen wurden zwar schon frühzeitig aber doch nur selten behandelt. Die Mitwirkung der Landstände beschränkte sich hier nur auf eine bloße Begutachtung⁴⁴⁷. Der Landtag behandelte aber auch Fragen, die mit den Landschaftsfinanzen im engen Zusammenhang standen, besonders Militärangelegenheiten und Probleme der Armenversorgung und des Münzwesens.

Die Einbringung von Petitionen der Stände beschränkte sich nur auf den letzten Verhandlungspunkt der Sitzungen, in dem die Landschaft ihre "Gravamina" und "Monita", ihre Beschwerden vorbrachte. Bei zahlreichen Landtagen und Deputationstagen ist von ihnen die Rede, ohne dass sie in den Abschieden jemals im Einzelnen aufgeführt worden wären. Die Landesherrschaft beschränkte sich hierbei lediglich auf die Feststellung, dass sie "nach höchstdero Gerechtigkeitsliebe und höchstihro zu öftern erteilten Zusicherung zufolge gehörig und mit allem Ernst untersucht, auch solche nach Befund erledigt" würden⁴⁴⁸. Erst am Ende des 18. Jahrhunderts kamen Fragen allgemeiner Art vor den Landtag und die Deputierten. Wesentliche Teile des Regierungsprogramms Georgs I. gehen auf landschaftliche Anregungen zurück. Die Landschaft wies schon frühzeitig auf die Mängel in den Wegeverhältnissen hin und forderte bereits 1775 und 1781 die Errichtung einer Chausseebaubehörde. Auch die landwirtschaftlichen Maßnahmen Georgs I. wurden zuerst von den Landständen angeregt⁴⁴⁹. Sie baten auch zuerst um die später durchgeführte Verbesserung des Prozessrechts und die Abschaffung der Kirchenbuße. Sie beschäftigten sich mit der Errichtung einer Brandversicherung (1775, 1805 und 1813), mit einer Hagelversicherung (1815) und mit der Lage der Industrie (1806) und der Juden (1821). Eine bloße Beschränkung auf das Steuerbewilligungsrecht war somit bereits am Anfang des 19. Jahrhunderts überwunden und in dieser Hinsicht der Weg zum modernen Verfassungsstaat eingeschlagen. Freilich hatten die Landstände auch jetzt weder ein Gesetzgebungsrecht noch ein Genehmigungsrecht der vom Landesherrn allein erlassenen Gesetze. Während noch Ernst der Fromme und Bernhard I. sich bei den 1661 und 1685 durchgeführten Änderungen der Hennebergischen Landesordnung an die Zustimmung der Landschaft gebunden fühlten, gestanden ihr die späteren Herzöge bei der Gesetzgebung nur ein Begutachtungs- und Beratungsrecht zu. Allein die Steuergesetze ergingen vom Landesherrn "mit Einwilligung einer löblichen Landschaft"⁴⁵⁰.

Nach den Besprechungen der Landstände unter sich verhandelten sie mit der Landesherrschaft. Die Vereinbarungen wurden schließlich im Landtagsabschied oder Landschaftsdeputationsabschied niedergelegt. Diese Abschiede stellen vom Landesherrn ausgestellte Urkunden dar, die bis 1781 *stilo relativo*, seitdem *stilo regio* abgefasst wurden⁴⁵¹. Die Landschafts- und Landschaftsdeputationsabschiede verfallen in einzelne Punkte, die den Propositionspunkten entsprechen. Sie sind vom Landesherrn unterschrieben, allerdings nicht

⁴⁴⁷ Abänderung der Hennebergischen Landesordnung durch den Landtagsbeschluss vom 3. Juni 1684 Pkt. 8-10, Polizeiverordnung Landschaftsdeputationstag vom 16. Dezember 1718, Pkt. 7, Maßnahmen gegen vorehelichen Geschlechtsverkehr Landtagsabschied vom 29. November 1704 Pkt. 7, gegen Duelle, Pkt. 6, Maßnahmen gegen Kleiderluxus, Landtagsabschied vom 1. Juni 1689 Pkt. 1, gegen Bettelei Landschaftsdeputationsabschied vom 16. Dezember 1718 Pkt. 7 u.a.m. ThStAMgn ZM Nr. 111.

⁴⁴⁸ Punkt 18 des Landtagsabschiedes vom 21. Febr. 1775 ThStAMgn ZM 111.

⁴⁴⁹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11772.

⁴⁵⁰ Landtagsabschied v. 6. Juni 1703 ThStAMgn ZM 111.

⁴⁵¹ Über diese Begriffe s. S. 400 Einleitung zum Landtagsabschied vom 3. Juni 1684: "Kund und wissen sei hiemit: Demnach den Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Bernharden, Herzogen zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg...".

veröffentlicht worden. In einer Ausfertigung wurden sie der Landschaft zugestellt⁴⁵². Mitunter beanspruchte die Fertigstellung eines Abschiedes Monate und Jahre. So ist der Landschaftsdeputationsabschied vom Juli 1805 erst am 26. September 1808 ausgefertigt und am 14. Oktober 1808 der Landschaft zugestellt worden⁴⁵³. Jedoch ist der Abschied selbst stets auf den letzten Tag der Landschaftsverhandlungen datiert.

2.4. Das Grundgesetz von 1824 und die neue Landschaft

Die Meininger Landstände des 18. und 19. Jahrhunderts stellen ein durchaus konservatives Element dar. Wenn auch am Ende des 18. Jahrhunderts wertvolle fortschrittliche Vorschläge und Hinweise aus ihren Reihen kamen, so vermochten sie doch nicht den Weg in die Zukunft zu weisen. Im benachbarten Coburger Land standen am Anfang des 19. Jahrhunderts die Stände als Organisation eines durchaus konservativ-romantischen Bewusstseins mit dem aufgeklärten vorwärtsstrebenden Absolutismus der Ministerialbürokratie in einem erbitterten Ringen. In Meiningen dagegen herrschte in diesen kritischen Jahren zwischen Regierung und Landschaft das beste Einvernehmen. Die Gründe hierfür sind klar genug. Wir werden später noch im Einzelnen nachweisen können, dass die Meininger Aufklärung stark mit konservativen Bestandteilen durchsetzt war und nicht den Coburger Radikalismus kannte. Dazu kam, dass Regierung und Landschaft in Personalunion von den gleichen Beamten geleitet wurden. Unter diesen Verhältnissen konnten sich nicht wie in Coburg Konfliktstoffe anhäufen. Wie hoch die Meininger Landschaft die Einrichtungen der Vergangenheit schätzte und wie sehr sie alle Neuerungen der Rheinbundzeit mit Misstrauen und Geringschätzung betrachtete, macht ein von den Vertretern der Ritterschaft und der Städte unterzeichnetes Schreiben an die Meininger Regierung mitten im Jahre der nationalen Erhebung gegen die französische Herrschaft deutlich. Die Landstände führten am 23. August 1813 aus: "Die letzte Zeit gab uns das Schauspiel der Zertrümmerung von Verfassungen und Verhältnissen im Inneren der Staaten, zum Teil lag uns der Schauplatz nahe genug, um die Folgen zu betrachten und beurteilen zu können. In unserem Lande wurden der Verfassung und der Verhältnisse der Staatsbürger untereinander die Achtung erhalten, die sie verdient." Die Stände stellten schließlich fest, dass "die Aufrechterhaltung der Verfassung unseres Landes Beding der Wohlfahrt desselben ist" und sprachen aus diesem Grunde von ihrem "im Vergleich gegen andere Länder hochglücklichem Land"⁴⁵⁴.

Nach den Befreiungskriegen regte sich im Meininger Land tatsächlich nirgends der Wunsch nach Änderung der bisherigen landschaftlichen Verfassung und einer stärkeren Beteiligung des Volkes an der Regierung. Die ganz im konservativen Geist geführte Regentschaft Luise Eleonores und ihr Bestreben, alle großen Entscheidungen bis zur Mündigkeitserklärung ihres Sohnes Bernhards II. aufzuschieben, trug dazu bei, dass auch die Landesherrschaft die Frage einer Verfassungsreform nicht aufgriff. Während 1816 Schwarzburg-Rudolstadt und Weimar, 1818 Sachsen-Hildburghausen und 1821 Sachsen-Coburg-Saalfeld eine neue landschaftliche Verfassung erhielten, blieb in Meiningen nicht nur die bisherige, aus dem Feudalismus stammende Zusammensetzung der Landstände, sondern auch ihre organisatorische Zersplitterung bestehen⁴⁵⁵. Auf dem vom 10. Januar bis 21. März 1821 abgehaltenen

⁴⁵² Landschaftsdeputationsabschied vom 26. Januar 1700: "in duplo angefertigt und denen landschaftlichen Deputirten 1 Exemplar hievon zugestellt worden". ThStAMgn ZM 111.

⁴⁵³ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11776.

⁴⁵⁴ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11785.

⁴⁵⁵ Tille-Schneider, Gesch. Thüringens S. 57. SVMGL 14 (1897) S. 32-39. Hartung S. 298-305. Bohley S. 84 ff.

Deputationstag äußerten die Landstände erstmals nachdrücklich den Wunsch, für alle Landesteile eine einheitliche landschaftliche Vertretung zu schaffen. Die Kammer mahnte den Landesherrn am 21. November 1821, trotz der finanziellen Schädigung der Kammerkasse, die aus der Neuordnung der Verhältnisse zu erwarten war, das im Artikel 13 der Bundesakte vom 8. Juni 1815 abgegebene Versprechen einzulösen, eine landständische Verfassung zu geben und "der Sache des deutschen Vaterlandes und den eigenen Untertanen dieses Opfer zu bringen"⁴⁵⁶.

Nach dem Regierungsantritt Bernhards II. am 17. Dezember 1821 trat auch in Meiningen das Verfassungsproblem in den Vordergrund. Es war allerdings nach wie vor eine Angelegenheit der Zentralbehörden und der Landschaft, ohne dass das Volk irgendwelchen Anteil daran nahm und gar Forderungen stellte. Die Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820 hatte im Artikel 57 im Wesentlichen festgelegt, dass auch weiterhin in den souveränen deutschen Einzelstaaten die gesamte Staatsgewalt beim Staatsoberhaupt liegen müsse und dass dieser nur in Ausübung bestimmter Rechte an die Zustimmung der Stände gebunden sein könne. Eine solche Staatsform, die bereits den Geist der Restaurationszeit atmete, glich im Wesentlichen den Verfassungen des ancien régime und stellte keineswegs einen Fortschritt zur konstitutionellen Monarchie dar. Während die Verfassung von Sachsen-Weimar-Eisenach vom 5. Mai 1816 und Sachsen-Hildburghausen vom 19. Mai 1818 mit den alten Landständen vereinbart worden waren und freiheitliche Tendenzen vertraten, war die nach Verabschiedung der Wiener Schlussakte erlassene Verfassung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Saalfeld vom 8. August 1821 einseitig von dem Landesherrn oktroyiert worden.

In Meiningen versuchte die Landesherrschaft zunächst, mit den alten Ständen in Einvernehmen zu kommen. Am 24. Februar 1823 ernannte der Herzog den führenden Vertreter der Ritterschaft, Kammerrat Georg von Uttenhoven, zum Geheimen Konferenzrat mit Sitz und Stimme im Geheimen Ministerium, dem obersten Beratungskreis des Landesherrn. Allerdings fanden die Bemühungen der Landesherrschaft bei den alten Ständen wenig Gegenliebe. So beschritt sie kurz nach der Umorganisation der Zentralverwaltungen im November 1823 einen neuen Weg. Schon im Herbst 1823 lernte Herzog Bernhard II. auf einer Jagd den hildburghäusischen Landschaftsdirektor Dietrich von Stein, den Gutsherrn von Völkershausen und Schwickershausen, kennen. Bei einer erneuten Begegnung im Frühling 1824 besprach er mit ihm die Umgestaltung der landschaftlichen Verfassung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Meiningen. Stein war mit dem schon fortgeschrittenen hildburghäusischen Verfassungsleben vertraut und konnte dem Herzog geeignete Vorschläge machen. Er trat schließlich ganz in Meiningische Dienste über. Bei den Verhandlungen, die im Sommer 1824 zur Umgestaltung der Landesverfassung geführt wurden, übergab der Herzog die alten Stände vollständig. Die Arbeit leitete die vom Herzog ernannte "Landschaftsorganisationskommission", die sich aus drei landesherrlichen Beamten, Dietrich von Stein als Vorsitzenden, dem Oberlandesgerichtsrat von Fischern, einem besonderen Vertrauten des Herzogs, und dem Geheimen Sekretär Assistenzrat Henning zusammensetzte. Als Vorbild dienten die Weimarer und die Hildburghäuser Verfassung. Der Entwurf fand die landesherrliche Billigung und wurde ohne vorherige Beratung mit der alten Landschaft am 4. September 1824 als "Grundgesetz über die landständische Verfassung des Herzogtums Sachsen-Coburg-Meiningen" erlassen⁴⁵⁷.

⁴⁵⁶ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11786.

⁴⁵⁷ MWN 49/1824, dazu auch SVMGL 14 (1897) S. 22-25.

Das Grundgesetz behandelte nur die Zusammensetzung, die Wahl und die Rechte des Landtags und die Befugnisse des Landesherrn gegenüber dem Landtag. Es schloss sich damit nicht an die nach französischem Vorbild erlassenen süddeutschen Verfassungen an, in denen die Menschenrechte, die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die Grundlagen der Staatsordnung behandelt wurden. Es folgte vielmehr auch in dieser Hinsicht ganz den Verfassungen der thüringischen Fürstentümer. Dennoch stellt das Grundgesetz einen wesentlichen Fortschritt im Vergleich zu den alten Verfassungszuständen dar. Die landständische Verfassung erstreckte sich nunmehr auf das gesamte Herzogtum und schloss sogar das gemeinschaftliche Amt Römhild ein. Anstelle der beiden alten Stände der Ritterschaft und der Städte wurden drei neue Stände gebildet, die Rittergutsbesitzer, die Bürger und die Bauern. Aus ihrer Mitte waren Abgeordnete zu wählen, die "sämtliche Staatsbürger" vertraten⁴⁵⁸.

Der Landtag setzte sich nunmehr aus 21 Abgeordneten zusammen. Jeder der drei Stände verfügte über sieben Abgeordnete, von denen je einer vom Herzog ernannt, die übrigen sechs aber von dem jeweiligen Stand gewählt wurden. Das Wahlverfahren stellte einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit dar. Doch konnte von einem allgemeinen Wahlrecht noch nicht die Rede sein. Das Wahlverfahren war kompliziert genug und in jedem Stand verschieden. Es zielte darauf ab, die nichtbesitzenden Bevölkerungsschichten von der Einflussnahme auf den Staat auszuschalten und nur den begüterten Klassen eine Mitwirkung zu gestatten. Maßgebend dabei war der Gedanke, dass der Landtag, dessen vornehmstes Recht nach wie vor die Steuerbewilligung blieb, allein von den steuerzahlenden Schichten geprägt werden dürfe.

Im Stande der Rittergutsbesitzer war die Voraussetzung für die Abgabe einer Stimme der Besitz oder Mitbesitz eines der 54 namentlich aufgeführten Rittergüter. Im Unterland betrug die Zahl der stimmberechtigten Rittergüter 43, im Oberland neun. Hierunter befanden sich auch die beiden im Coburger Herzogtum liegenden Rittergüter Weißenbrunn vorm Wald und Wildenheid wegen ihrer auf Meininger Gebiet befindlichen Lehnenschaften. Gegenüber der alten Meininger Landschaft hatten sich somit nicht unwesentliche Veränderungen ergeben. Von den 43 unterländischen Rittergütern hatten schon 28 die Landstandschaft auf den alten Meininger Landtagen besessen. 11 Rittergüter waren ehemals reichsritterschaftlich und nach 1808 nicht in den Meininger Landtag aufgenommen worden. Auch im Oberland war durch das Grundgesetz von 1824 mancherlei Änderung eingetreten. Von den alten landständischen Rittergütern der Ämter Sonneberg und Neuhaus hatten jetzt nur noch zwei das Stimmrecht. Dagegen waren die Industriewerke Hüttensteinach und Steinach in die Zahl der stimmberechtigten Güter aufgenommen worden. Die sechs Abgeordneten des Ritterstandes wurden in direkter Wahl bestimmt, Wahlort war Meiningen. Die Stimmberechtigten hatten dort zu erscheinen oder sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen. In den Städten hatten bisher die Räte ihre Landtagsdelegierten benannt. Hier wurde durch das Grundgesetz von 1824 die Zahl der wahlberechtigten Personen beträchtlich erweitert. Die sechs altmeiningischen Städte Meiningen, Salzungen, Wasungen, Römhild, Sonneberg und Schalkau hatten unabhängig von ihrer Größe je einen Abgeordneten zu wählen. Wahlberechtigt war jeder männliche Einwohner mit einem Mindestalter von 25 Jahren und christlichem Bekenntnis, der im Besitz des städtischen Bürgerrechts war⁴⁵⁹. Gewählt werden konnten nur Personen mit besteuertem Grundbesitz, besteuertem Gewerbe oder Jahreseinkommen von mehr als 300 fl rh Auch hier erfolgte die Wahl in direkter Weise und

⁴⁵⁸ § 3 des Grundgesetzes 1824.

⁴⁵⁹ §§ 17 und 22 des Grundgesetzes 1824, nach dem Grundgesetz 1829 war außerdem noch die Zahlung direkter Steuern Voraussetzung des aktiven Wahlrechts GS I S. 162.

zwar mit absoluter Mehrheit. Im Stande der Bauern waren das Nachbarrecht in einer Landgemeinde, der Hausbesitz und das Grundstückseigentum von mindestens 6 Acker Land (1,74 ha) Voraussetzung für die Wahlberechtigung. Die Angeordneten des Bauernstandes wurden im indirekten Verfahren gewählt. Das Land war in drei Wahlkreise eingeteilt, von denen in jedem zwei Abgeordnete zu wählen waren. Jedes Dorf bis 50 Häuser hatte einen Wahlmann, jedes größere Dorf zwei Wahlmänner zu bestimmen, die ihrerseits die Abgeordneten des Bauernstandes wählten.

Die Legislaturperiode des Landtages war mit sechs Jahren begrenzt. Die erste Einberufung erfolgte durch die Landschaftsorganisationskommission, die späteren durch den zu wählenden Landschaftlichen Vorstand. Beide bedurften allerdings hierzu einer ausdrücklichen landesherrlichen Genehmigung. Der Landesherr schloss auch den Landtag. Das Präsidium des Landtags, der Landschaftliche Vorstand, setzte sich aus dem vom Herzog ernannten Abgeordneten aus dem Stand der Rittergutsbesitzer, der den Titel "Landmarschall" führte und zwei Landschaftlichen Vorstehern zusammen, die vom Landtag gewählt und vom Landesherrn bestätigt wurden. Die Landtagssitzungen sollten alle zwei bis drei Jahre in Meiningen stattfinden. Beschlussfähig war der Landtag nur bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten, bei Abstimmung hatte jeder Abgeordnete eine Stimme. Ein Antrag konnte von einem Abgeordneten nur bedingungslos angenommen oder ohne Vorbehalt abgelehnt werden.

Die Rechte des Landtages waren im Grundgesetz von 1824 genau umrissen. Sie enthielten allerdings keine wesentliche Neuerung gegenüber denen der alten Landstände. Der Landtag hatte gemeinschaftlich mit dem Landesfürsten den Staatsetat zu bestimmen, "soweit er aus landschaftlichen Kassen und aus dem Vermögen der Staatsbürger zu bestreiten ist". Der Landtag besaß somit auch weiterhin das Steuerbewilligungsrecht. Außerdem blieb ihm das Recht, die Steuern in eigenen Kassen zu verwalten. Eine Einflussnahme auf das Domänenvermögen des Herzogs wurde ihm nur insofern gestattet, als er über die "Erhaltung seiner Substanz" zu wachen hatte.

Die Stände besaßen ferner das Beschwerderecht gegen Beamte und Behörden und das Recht, Abänderungsvorschläge zu unterbreiten. Ein Gesetzgenehmigungsrecht stand ihnen nur für solche Verordnungen zu, "welche die Landesverfassung betreffen oder die persönliche Freiheit, die Sicherheit und das Eigentum der Staatsbürger im ganzen Land oder in seinen einzelnen Teilen zum Gegenstand haben".

Neben dem Landschaftlichen Vorstand, der als ständige Behörde die Aufgaben der bisherigen Steuer- und Kassedeputation übernahm, war noch zur Rechnungsprüfung ein "Landschaftlicher Ausschuß" aus je zwei Abgeordneten der drei Stände vorgesehen⁴⁶⁰. Die übrigen landschaftlichen Beamten, der Landschaftssyndikus "als Rechtsanwalt und Sekretär der Landschaft" und der Landschaftskassierer blieben weiterhin unter der Leitung des Landschaftlichen Vorstandes tätig. Die alte Verpflichtung der Landesherren zur Einhaltung der Verfassung wurde auch in das neue Grundgesetz aufgenommen. Neu dagegen war die Verpflichtung aller Beamten auf die Verfassung⁴⁶¹. Wenn auch das Grundgesetz ohne Zustimmung der alten Landstände erlassen war, deren Auflösung es gleichzeitig anordnete, so sollte es doch nur nach Übereinkunft zwischen Landesherrn und Landtag abgeändert werden können⁴⁶².

⁴⁶⁰ § 74 des Grundgesetzes 1824.

⁴⁶¹ §§ 86 und 88 des Grundgesetzes 1824.

⁴⁶² §§ 5 und 85 des Grundgesetzes 1824.

Wir hatten bereits gesehen, dass als Vorlage für das Meininger Grundgesetz die Weimarer Verfassung vom 5. Mai 1816 und die Hildburghäuser Verfassung vom 19. März 1818 gedient haben⁴⁶³. Allerdings waren einige nicht unbedeutende Abänderungen vorgenommen worden. Besonders enthielt das Meininger Grundgesetz nicht die hildburghäusische Bestimmung, dass alle Gesetze der Zustimmung des Landtages bedurften. Auch die Einrichtung des Landrates als des landschaftlichen stimmberechtigten Vertreters in der Landesregierung, die in Hildburghausen zu einer starken Stellung der Stände innerhalb des Staatswesens geführt hatte, war in Meiningen nicht übernommen worden⁴⁶⁴. So atmete das Meininger Grundgesetz von 1824 trotz aller Fortschritte, die besonders in der Wählbarkeit der Abgeordneten zu sehen ist, durchaus noch den Geist des alten Ständestaates. Die Landesherrschaft versuchte immer wieder, an die alte Staatsordnung anzuknüpfen und nur allmählich eine Änderung herbeizuführen. So konnte weder von einer wesentlichen Demokratisierung des Staatswesens noch gar von einer revolutionären Umwälzung die Rede sein.

Die Wahl der Landtagsabgeordneten vollzog sich im Herbst 1824 ohne irgendwelche Zwischenfälle. Da es eigentliche Parteigruppierungen innerhalb der Stände nicht gab, trat die Persönlichkeitswahl ganz in den Vordergrund. Die soziale Zusammensetzung des neuen Landtages entsprach nicht ganz der Gliederung der drei Stände. Der feudale Großgrundbesitz war mit sechs Abgeordneten, darunter zwei Bürgerliche, das junge Industriekapital mit zwei Abgeordneten, die Handwerkerschaft und das gewerbliche Kleinbürgertum mit fünf Abgeordneten vertreten. Die große und mittlere Bauernschaft zog mit sechs Abgeordneten, darunter drei Schultheißen, in den Landtag. Zwei Abgeordnete waren schließlich landesherrliche Beamte und einer Advokat⁴⁶⁵.

Der erste Landtag trat am 17. Dezember 1824 zusammen⁴⁶⁶. Die Landtagseröffnung erfolgte mit einer Thronrede des Herzogs, einer Gegenrede des Landmarschalls und der Verpflichtung der Abgeordneten. Am nächsten Tag begannen die eigentlichen Landtagsverhandlungen. Zur Geschäftsordnung hatte das Grundgesetz vom 24. September 1824 bereits festgestellt, dass das "auf vieljährige Observanz gegründete Verfahren" der alten Landschaft auch bei den zukünftigen Landtagsverhandlungen beibehalten werden sollte⁴⁶⁷. Der Verhandlungsgang wies somit keine wesentlichen Neuerungen auf. Eine Besonderheit gegenüber früher war nur die Bestellung eines besonderen landesherrlichen Landtagskommissars, der als Vertreter des Herzogs bei den Landtagsverhandlungen anwesend war. Als Landtagskommissare waren stets Mitglieder des Geheimen Ministeriums oder der Landeskollegien tätig, zuerst der Wirkliche Geheime Rat von Könitz, dann 1826 der Wirkliche Geheime Rat von Baumbach, Kammerpräsident von Bibra und Regierungsrat Hellmann.

Die Arbeit des Landtags wurde nach wie vor durch die landesherrlichen Propositionen bestimmt, die dem Parlament vor oder während seiner Tagungen zuzugingen. An den Propositionen wurde noch starr festgehalten. Als in der Sitzung vom 28. Januar 1826 Kammerpräsident von Bibra als landesherrlicher Landtagskommissar für einen Punkt eine

⁴⁶³ Über die hildburghäusische Verfassung, Entstehung, Eigenart und Entwicklung 1818-1824 SVMGL 14 (1897) S. 32-37.

⁴⁶⁴ Über die Stellung des Landrats in der Hildburghäusischen Verfassung von 1818 s. SVMGL 14 (1897) S. 38.

⁴⁶⁵ StHB 1826 S. 36.

⁴⁶⁶ Über die Landtagsverhandlungen 1824 und 1826 s. "Auszüge aus den landschaftlichen Protocollen des ersten Landtags" Meiningen bei Hartmann, ohne Datum.

⁴⁶⁷ § 6 des Grundgesetzes 1824.

Abänderung vorschlug, erklärten die Abgeordneten, "dass der Landtag, solange eine andere Proposition nicht vorliege, hierauf nicht eingehen könne"⁴⁶⁸. Die Arbeit des Landtags vollzog sich in der Weise, dass dem Plenum die Etats- und Gesetzentwürfe zugeleitet wurden, der Landtag eine "Berichtskommission" aus drei Abgeordneten ernannte, die nach Durcharbeitung vor dem Plenum über die Sache berichteten und eine Empfehlung abgaben. Dann eröffnet der Landmarschall eine allgemeine Aussprache mit anschließender Abstimmung. Die durch einfachen Mehrheitsbeschluss festgestellte Ansicht des Landtags wurde dem Landesherrn als "untertänigste Erklärungsschrift" zugeleitet.

In der ersten Sitzungsperiode vom 17. bis 21. Dezember 1824 beschäftigte sich der Landtag in erster Linie mit den Vorschlägen der Landschaftsorganisationskommission, wie sie durch das Grundgesetz bereits Rechtskraft erlangt hatten und mit einer Reihe organisatorischer Fragen. Die zweite und letzte Sitzungsperiode des nach dem Grundgesetz von 1824 gewählten Landtags, die vom 16. Januar bis 16. Februar 1826 abgehalten wurde, zeigte bei demselben Geschäftsgang ein reichhaltigeres Bild. Es wurden in 27 Sitzungen 73 Tagesordnungspunkte, teilweise von größter Wichtigkeit erledigt. Nunmehr wurden auch schon außerhalb der landesherrlichen Propositionen eine Reihe von Beschwerden und Denkschriften der Landtagsabgeordneten vorgebracht und erörtert. Sie betrafen allgemeine und persönliche Angelegenheiten der Untertanen, vom Gesuch eines Musiklehrers am Seminar um Gehaltserhöhung, von einer Beschwerde der Stadt Wasungen, dass fremde Chausseebauarbeiter zuviel Unfug in der Stadtflur anrichten, bis zu Denkschriften über die Branntweimbrennerei und über landwirtschaftliche Verbesserungen. Der Schwerpunkt der Arbeit des Landtages lag aber immer noch in der Durcharbeitung der landesherrlichen Propositionen. Der Landtag hat dabei eine rasche und doch recht gründliche Arbeit geleistet. Er hat nicht nur den Etat für die Jahre 1826 bis 1829 verabschiedet, sondern auch eine Reihe von Gesetzentwürfen und Staatsangelegenheiten begutachtet. Die wichtigsten waren das neue Steuergesetz, das Militärgesetz, das Gesetz über die Verhältnisse der jüdischen Untertanen, das Lotteriegesetz, die Postordnung, das Gesetz über den Flussuferbau, das Hundesteuergesetz, die Errichtung einer Schuldentilgungskasse, einer Sparkasse und einer Pensionsanstalt für Staatsangehörige. Ferner wurden die Verwendung der französischen Kriegsentschädigungen, die Neuordnung des Prozess- und Hypothekenrechts und der Kostenaufwand der gemeinschaftlich sächsischen Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt am Main behandelt.

Die beiden Landtage von 1824 und 1826 verliefen ohne Störungen. Die Beziehungen zwischen Landesherrschaft und "ihren getreuen Ständen" waren durch nichts getrübt. Nach Erledigung seiner Arbeit wurde der Landtag am 16. Februar 1826 vertagt. Er traf nicht wieder zusammen. Obwohl seine Legislaturperiode erst 1830 ablief, machte der Erwerb der hildburghäusischen und Saalfelder Lande im November 1826 auch eine Umorganisation der Landschaft notwendig. Das neue Grundgesetz vom 23. August 1829 für das neue Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen wurde vorher nicht mit den Ständen beraten. Es brachte aber der altmeiningischen Landschaft keine Nachteile. Mit diesem zweiten Meininger Grundgesetz ist die Basis geschaffen worden, auf der die Staatsverfassung des Herzogtums bis zur Revolution von 1918 ruhte.

⁴⁶⁸

Auszüge S. 93.

3. Die Beamtenschaft

3.1. Elemente des Beamtenrechts

Neben Herzog und Land war die Beamtenschaft als Vollstreckerin des obrigkeitlichen Willens eines der tragenden Elemente des absolutistischen Staates. Die zeitgenössische Bezeichnung für den Beamten war "Diener", gleichgültig, ob er sich in hoher oder niedriger Stellung befand. Auch die Wirklichen Geheimen Räte wurden so bezeichnet, ihre Personalangelegenheiten waren "Dienersachen". Die "Gemeinnützige Instruktion für Diener und Untertanen vom 22. Februar 1793" war somit an die Beamten und die gesamten übrigen Landesbewohner gerichtet⁴⁶⁹. Der Ausdruck "Beamter" kommt zwar bereits in der meiningischen Verwaltungssprache des 18. Jahrhunderts vor, er bezeichnet aber einen ganz bestimmten "Diener, nämlich den Amtmann als Vorsteher einer landesherrlichen Unterbehörde. Noch 1825 wird von dem "oberländischen Kreisbeamten" gesprochen und damit der Leiter des Kreisamtes Sonneberg gemeint⁴⁷⁰. In unserer Darstellung werden wir jedoch, um Irrtümer zu vermeiden, stets die Bezeichnung Beamter gebrauchen.

Der Beamte war, wie wir noch ausführlich sehen werden, "Diener" des Landesherrn, nicht des Landes. Der Gedanke, dass der Beamte der Allgemeinheit zu dienen hatte, tritt erst in der Aufklärung hervor und war die Folge der veränderten Ansichten von den Regentenpflichten des Landesherrn. Der Beamte stand zum Landesherrn somit in einem besonderen Treu- und Gehorsamsverhältnis. Die Forderung, dass er dem Herzog "untertänig, treu und gehorsam" zu sein hatte, finden wir ebenso in den Bestellungen des 17. Jahrhunderts, wie im letzten Beamtengesetz des Meininger Herzogtums vom 11. März 1898⁴⁷¹. Die Pflicht einer gewissenhaften Beobachtung der Verfassung ist erst eine Neuerung der konstitutionellen Monarchie, in der bereits der moderne Staatsgedanke lebendig wird und die in Meiningen erstmals 1824 ihren Niederschlag gefunden hat⁴⁷². Dem Absolutismus ist sie fremd.

Wir haben bereits mehrfach feststellen können, dass das Herrschaftsverhältnis im Meininger Land des 18. Jahrhunderts noch durchaus ein persönliches gewesen ist. Der moderne abstrakte Staatsgedanke war unbekannt. Es gab den Staat als juristische Person noch nicht. Es standen sich vielmehr Landesherr und Untertan gegenüber. Auch der Beamte war zunächst nichts anderes als Untertan. Die Beamtenschaft war weder im rechtlichen Sinn ein Stand noch in ökonomischer Hinsicht eine Klasse. In ihr war vielmehr der adlige Feudalherr mit großem Privatbesitz ebenso vertreten wie der kleine bürgerliche Beamte, dessen wirtschaftliche Basis allein sein oft spärliches Gehalt darstellte. Alle Beamten aber waren, jeder auf dem ihm vom Landesherrn zugewiesenen Platz in der Verwaltungshierarchie Vollstrecker des landesherrlichen Willens. So waren sie Diener des Herzogs, der jedem Befehle erteilen konnte, mehr vergleichbar einer Privatangestelltenschaft als der Beamtenschaft eines liberalen Verfassungsstaates. Die Abhängigkeit der Beamtenschaft vom Landesherrn kam auch darin zum Ausdruck, dass es im Meininger Herzogtum bis ins 19. Jahrhundert kein eigentliches Beamtenrecht gab, das die Beamten in rechtlicher und sozialer Hinsicht gesichert hätte. Was der Landesherr dem einzelnen Beamten an materiellen Gütern und Ehrenbezeugungen

⁴⁶⁹ ThStAMgn ZM 261.

⁴⁷⁰ ThStAMgn ZM 262 Dienstinstruktion für den Kreisbeamten des Oberlandes.

⁴⁷¹ ThStAMgn GAM XXVII 1-5 und GS XXIII S. 281.

⁴⁷² § 86 des Grundgesetzes vom 4. Sept. 1824 MWN 39/1824.

zukommen ließ, lag letztlich in seinem Ermessen. Er unterfertigte die Bestallungsdekrete, er setzte die Besoldungen fest, er verfügte, ob und in welcher Höhe Pensionen zu zahlen waren. Ohne irgendwelche Rechtsskrupel konnte Anton Ulrich am 9. März 1746 über Nacht alle Beamten des Landeskollégs davonjagen und nach Belieben Diener einstellen, die er für richtig hielt. Freilich waren solche Zwangsentlassungen nicht allzu häufig. Auch durch offensichtliche Verfehlungen haben sie sich nur selten notwendig gemacht. Es kam vor, dass ein meiningischer Beamter seinen Landesherrn beim Reichshofrat in Wien aus arbeitsrechtlichen Gründen verklagte. Es handelte sich dabei niemals um gewöhnliche Anstellungen. So ging es bei dem aufregendsten dieser Fälle, dem Prozess, den der Konsistorialpräsident Stoll 1770 anstrebte, um die Frage, ob die Landesregentin Charlotte Amalie als Obervormünderin den durch Testament Anton Ulrichs als Untervormünder eingesetzten Kläger einfach seines Amtes entheben könne⁴⁷³.

Ein eigentliches Beamtengesetz ist im Herzogtum Meiningen erst am 11. März 1898 erlassen worden⁴⁷⁴. Freilich wurden schon vorher einige wesentliche Elemente des Beamtenrechts gesetzlich geregelt. Auf die altmeiningischen Pensionsverordnungen der Jahre 1824 und 1826 werden wir noch ausführlich zu sprechen kommen. Disziplinrechtliche Bestimmungen enthielt die Verordnung über die Kompetenzen der Gerichte und Verwaltungen vom 16. Juni 1829⁴⁷⁵. Die Pensionierung der Staatsbeamten wurde erstmals einheitlich durch das Gesetz vom 12. Mai 1859 geregelt⁴⁷⁶. Das Witwenpensionsgesetz vom 27. Februar 1872 ordnete die Pensionen der Beamtenhinterbliebenen und hob ältere Bestimmungen, besonders die noch zu besprechende Verordnung vom 20. März 1826 auf⁴⁷⁷.

Nach diesen Eingangsbetrachtungen ist für uns von besonderem Interesse, den zahlenmäßigen Umfang der Meininger Beamtenschaft kennenzulernen und damit gleichzeitig die Frage der Zweckmäßigkeit der Verwaltung aufzuwerfen. Seit dem Jahre 1801 haben wir hierfür durch die überlieferten Beamtenverzeichnisse hinreichende Anhaltspunkte⁴⁷⁸. Das Streben nach

⁴⁷³ ThStAMgn GAM XXVI 4-7 und Meininger Chronik II S. 77-78.

⁴⁷⁴ GS XXIII S. 281-307.

⁴⁷⁵ GS I S. 118 und 130.

⁴⁷⁶ GS XIV S. 31-57.

⁴⁷⁷ GS XIX S. 136-140.

⁴⁷⁸ Gedruckte, für die Öffentlichkeit bestimmte Beamtenverzeichnisse sind in Meiningen seit 1801 herausgegeben worden. Für die Jahre 1801 und 1802 geschah das im Rahmen der "Gemeinnützigen Taschenbücher" für das Herzogtum Coburg-Meiningen, deren Redigierung der Kammerrat Bechstein besorgte. Bechstein, Johann Matthäus Bechstein S. 132. Seit 1803 erschienen in der Meininger Hofdruckerei Hartmann die "Haushaltungs- und Adressbücher", die Jahreskalender und Beamtenverzeichnisse enthielten. Die Beamtenverzeichnisse waren wie schon 1801 und 1802 nach Behörden gegliedert, deren Reihenfolge aber manche Mängel aufwies. Die Redigierung lag in den Händen der Kammer. Feststellbar sind heute noch die Jahrgänge 1804, 1805, 1806, 1807, 1811, 1814, 1815, 1818 und 1819. Diese im Übrigen sehr seltenen Bücher sind besonders als Tagebücher von Mitgliedern des herzoglichen Hauses erhalten, die die Kalender zu Eintragungen benutzten, so besonders als Tagebücher Luise Eleonores in ThStAMgn GAM XV FF 19-20. Das Buch für 1806 befindet sich in der Stadtbücherei Meiningen. Andere Jahrgänge sind anderweitig feststellbar, so 1803 nach der Meininger Kammerrechnung 1802/03 Bl. 119: "75 Rtlr 23 ggr Aufwand für das im Jahre 1803 gedruckte Haushaltungs- und Adressbuch laut Verordnung". Am 14. Juli 1819 fertigte der Geheime Sekretär Johannes Henning eine Niederschrift an, worin er den Wunsch äußerte, "daß das hiesige Haushaltungs- und Adressbuch eine andere Einrichtung erhalten möge". Er beanstandete die bisherigen Ausgaben deshalb "weil darin nicht nur alles planlos untereinandersteht, sondern auch der Stil sehr vernachlässigt ist", als Vorbild empfahl er das Nassauische Adressbuch und Redigierung durch die Geheime Kanzlei. Dieser Vorschlag fand Zustimmung des Geheimen Ratskollegiums, besonders des Wirklichen Geheimen Rats von Könitz. ThStAMgn GAM XXXI 1. Im Jahre 1820 erschien das Adressbuch wirklich in besserer Aufmachung. Obwohl die Meininger Geheime Kanzlei am 14. Mai 1824 verschiedenen deutschen Höfen mitteilte, dass seit 1820 kein Adressbuch erschienen sei, ist nicht nur das Adressbuch für 1824, sondern auch für 1823 in der Ministerialbibliothek des Landesarchivs Meiningen vorhanden. Dann folgt das "Adressbuch für das Herzogtum

einer sparsamen Verwaltung herrschte offensichtlich in den ersten Jahren der Regierung Bernhards I. noch vor, als die wirtschaftlichen Grundsätze des großen Gothaer Herzogs auch am Meininger Hof noch maßgebend waren. Später trat diese Sparsamkeit ganz zurück. Erst in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus rückte sie wieder mehr in den Vordergrund. In den ersten Jahren der Regierung Bernhards II. begann sich auch die Öffentlichkeit für diese Frage zu interessieren. Das beweist der 1834 in Emmrichs Archiv erschienene Artikel "Einige Andeutungen über die vormalige und jetzige Besetzung der hiesigen Landesbehörden"⁴⁷⁹.

Aus dem Haushalts- und Adressbuch von 1806 ist feststellbar, dass damals 223 Beamte in der Verwaltung des Herzogtums tätig gewesen sind. Hierbei sind Hofbeamte, Offiziere, Geistliche und Lehrer sowie das Gemeindepersonal nicht eingeschlossen, vielmehr nur die gesamte Justiz-, Polizei-, Medizinal- und die Finanzverwaltung samt dem Forst- und Bauwesen erfasst, von den Mitgliedern des Geheimen Ratskollegiums bis zu den Amtsboten und Kornmessern. Bemerkenswert ist, dass die Zentralverwaltungen mit 98 Beamten an der Gesamtzahl verhältnismäßig stark beteiligt sind. Auf 1000 Einwohner kamen somit 4,5 Verwaltungsbeamte. Aus dem Adressbuch von 1825 ist die Zahl der Beamten mit 240 zu berechnen. Obwohl die Bevölkerung gegenüber 1806 um 19,9 % gestiegen war, vergrößerte sich der Beamtenkörper nur um 7,6 %. Auf 1000 Einwohner kamen nur noch 4,0 Beamte. Auch jetzt hatte die Zahl der Beamten der Zentralverwaltungen mit 92 gegen 148 Beamte in den Lokalverwaltungen einen beachtlichen Anteil. In diesen Zahlen ist die Hofverwaltung nicht berücksichtigt, die immer noch über eine stattliche Zahl hoher und niederer Beamter verfügte. Sie betrug 1825 182 Personen, von denen 19 auch in der Landesverwaltung tätig waren. Die große Zahl der in den Zentralverwaltungen tätigen Beamten ist in der damaligen Kollegialverfassung und den getrennten Kanzleien der Landeskollegien und Immediatkommissionen begründet. Aber auch die vielen kleinen Amtsbezirke, an deren räumlichen Zusammensetzungen seit dem Spätmittelalter kaum etwas geändert worden war, kosteten mehr Verwaltungskräfte als erforderlich gewesen wäre.

Die große Verwaltungsreform von 1829 und die weiteren Umgestaltungen im Laufe des 19. Jahrhunderts, besonders die Aufhebung der Kollegialverfassung, brachten dem Staatshaushalt manche Erleichterung. Nach dem Staatshandbuch von 1908 wurde das gesamte Meininger Herzogtum von 434 Beamten verwaltet. Das sind 87,7 % mehr als 1825, die Bevölkerungszahl aber hatte sich durch natürliche Vermehrung und Gebietszuwachs auf 345,2 % erhöht. Auf 1000 Einwohner kam nun 1,6 Beamter der Verwaltung und Justiz. Die Zentralbehörden verfügten über 88, die Lokalbehörden über 356 Beamte⁴⁸⁰.

Wenn es im Meininger Herzogtum bis ins frühe 19. Jahrhundert ein eigentliches Beamtenrecht nicht gegeben hatte, so waren doch längst gewohnheitsrechtlich eine Reihe von Elementen des Beamtenrechts entwickelt und seit dem Ende des 18. Jahrhunderts sogar gelegentlich durch Verordnungen festgelegt. Sie betrafen Einstellungen, Besoldung,

Sachsen-Coburg Meiningen 1826", das 111 Seiten umfasst und das beste ist, das der altmeiningener Staat herausgebracht hat. Die Adressbücher seit 1820 sind ebenfalls bei Hartmann in Meiningen gedruckt, enthalten das Beamtenverzeichnis aber ohne Kalender. Nach der Erbschaft von 1826 ist zwar 1830 dem Oberlandesgerichtsrat Gross in Hildburghausen die Abfassung eines "Hof- und Staatshandbuches" übertragen worden. Das erste Staatshandbuch des neuen Herzogtums ist mit 266 Seiten aber erst für das Jahr 1838 bei Gadow in Hildburghausen erschienen. Hof- und Adresskalender in Weimar seit 1757, in Gotha seit 1741 und in Coburg seit 1813.

⁴⁷⁹ Archiv II S. 49-64.

⁴⁸⁰ Zentralverwaltung: Staatsministerium: 42, dem Staatsministerium unmittelbar unterstellte Zentralverwaltung: 20, Landgericht Meiningen: 26, Unterbehörden: Innere Verwaltungen: 170 (darunter 59 Angehörige des Feldjägerkorps) Justiz: 104, Finanz- und Forstverwaltung: 133.

Diätenwesen und ein ganz in den Anfängen stehendes Pensionswesen. Ihnen wollen wir uns jetzt zuwenden.

Der Beamte wurde vom Herzog ernannt. Über Einstellung, Beförderung, Auszeichnung mit Ehrenprädikaten und Entlassung entschied der Landesherr persönlich. Die Verfügungen ergingen aus der Geheimen Kanzlei. Lediglich die untersten Schichten der Beamtenschaft in den Lokalbehörden, meist technische Arbeitskräfte, wurden von den Ämtern unmittelbar in Bestallung genommen. Der Vorgesetzte führte den Beamten in sein Amt ein. Über diesen Akt der "Installation" wurde im 17. Jahrhundert ein Protokoll angefertigt. Aus der Zeit der gemeinschaftlich sächsischen Regierung über die Grafschaft Henneberg sind uns die Installationsprotokolle fast aller mittleren und höheren Beamten erhalten. Demgegenüber ist die Überlieferung aus der herzoglichen Zeit recht mangelhaft. Allerdings lassen auch die vereinzelt erhaltenen Installationsprotokolle den Schluss zu, dass auch im 18. Jahrhundert eine feierliche Amtseinführung stattgefunden hat. Diese bestand nicht nur in der Einweisung des Beamten in seinen Dienst, sondern auch in einem Gehorsamsversprechen seiner neuen Untergebenen⁴⁸¹. Beim Dienstantritt hatte der Beamte einen Diensteid nach festem Formular zu leisten, der in jeder Dienststellung verschieden war. So groß die Zahl der überlieferten Eidesformulare auch ist, so zeigen sie doch immer denselben Aufbau. Die Eidesformeln waren bereits den großen Behördenordnungen des 17. Jahrhunderts einverleibt worden und wurden noch im 18. und 19. Jahrhundert benutzt. Alle Rechnungsbeamten hatten bei ihrem Dienstantritt eine Kautionsleistung zu stellen. Sie wurde meist bei der Kammerkasse hinterlegt und dort in die zu verzinsenden Darlehen aufgenommen. Beim Ausscheiden oder beim Tod des Rechnungsbeamten wurde sie ihm oder seinen Erben zurückerstattet, soweit Verfehlungen und Mängel nicht vorgekommen waren. Bei einigen Rechnungsbeamten, etwa dem Kammerobereinnehmer, betrugen die Kautionsleistungen bis zu 3000 Rtlr.⁴⁸². Sie bildeten in ihrer Masse ein nicht unwesentliches Finanzierungsmittel der Kammerkasse, der es oft erst nach sehr langer Zeit gelang, die Kautionsleistungen wieder zurückzuzahlen.

Im 16. und 17. Jahrhundert erhielten die mittleren und höheren Beamten eine schriftliche "Bestallung". Sie wurde gewöhnlich zur Zeit des Dienstesintrittes, nicht selten aber auch Jahre später ausgefertigt. Die Bestallung war eine stilo regio abgefasste Urkunde des Landesherrn und von ihm eigenhändig unterschrieben. In Wirklichkeit stellte sie aber einen Arbeitsvertrag dar. Sie legte zunächst in aller Breite die Pflichten des Beamten im Allgemeinen und im Besonderen dar und führte dann, eingeleitet durch Formeln wie "Dargegen und zur Ergetzlichkeit solcher seiner Mühe und Dienste", die Gegenleistungen des Landesherrn, also die Besoldung, an. Gelegentlich wurden auch Kündigungsbedingungen festgelegt. Auch unter der Regierung der ersten beiden Meininger Herzöge Bernhards I. und Ernst Ludwigs I. wurden solche Bestallungen noch in großer Anzahl ausgestellt⁴⁸³. Bei höheren Beamten behandeln sie die Dienstpflichten im Einzelnen sehr genau. So haben im August und September 1706 die Mitglieder des neugegründeten Geheimen Ratskollegiums von Wolzogen, von Koppenstein und von Tilemann sehr umfangreiche Bestallungen erhalten. Seit den letzten Jahren der Regierung Ernst Ludwigs aber trat an Stelle der Bestallung immer mehr das einfachere "Bestallungsdekret". Es war ebenfalls stilo regio abgefasst und vom Landesherrn unterschrieben, stellte aber lediglich fest, zu welchem Dienst der Beamte bestellt und welche Besoldung ihm zuteil wurde⁴⁸⁴. Es umfasst somit in der Regel nur eine Folioseite.

⁴⁸¹ Bei der Installation der beiden Mitglieder der Chausseebaukommission v. Donop und v. Ranzau am 10. Januar 1798 wird festgestellt, dass die Subalternbeamten der Kommission "den beiden Herrn Commissariis als ihren künftigen Herrn Vorgesetzten allen Gehorsam durch Handschlag angelobet haben" ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 16439.

⁴⁸² Der neuernannte Kammerobereinnehmer Johann Michael Lipfert stellte am 14. März 1822 eine Kautionsleistung von 1500 fl rh, die zu 4 % verzinst wurde. ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1822/23 Bl. 58.

⁴⁸³ Zahlreiche solcher Bestallungen in ThStAMgn GAM XXVII 1-5.

⁴⁸⁴ Dieselben Erscheinungen in Weimar, Flach, Goethes amtliche Schriften I S. LV-LVI.

Solche Bestallungsdekrete wurden schon 1723 an die Regierungsräte Johann Jakob Zinck und Ernst Ludwig Schröter ausgestellt⁴⁸⁵. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts hatte das Bestallungsdekret die alte Bestallung vollkommen verdrängt. Das Bestallungsdekret erging immer aus der Geheimen Kanzlei als der Schreibstube des Geheimen Ratskollegiums, zu dessen Zuständigkeit auch die Personalangelegenheiten gehörten.

Neben den Bestallungen finden wir schon unter Ernst dem Frommen in größerem Ausmaß die Beamteninstruktionen. Diese konnten die Aufgaben ganzer Beamtengruppen, die gesamten Aufgaben eines einzigen Beamten regeln, aber auch nur Weisungen für die Erledigung eines bestimmten Verwaltungsfalles, beispielsweise für das Verhalten auf einer Konferenz enthalten, die ein Beamter im Auftrag des Landesherrn wahrnahm. Ernst der Fromme hatte eine ausgesprochene Vorliebe für solche Instruktionen und sie auch bei oft recht belanglosen Angelegenheiten aufstellen lassen⁴⁸⁶. Auch die meiningische Obrigkeit hat bis weit ins 19. Jahrhundert mit Beamteninstruktionen gearbeitet. Aus der Gothaer Hofverwaltung stammt das Bestreben Bernhards I., den Erziehern seiner Söhne außer den Bestallungen eingehende schriftliche Instruktionen über die Erziehung der Prinzen zu geben⁴⁸⁷. Auch aus der Zeit Ernst Ludwigs I. liegen noch umfangreiche Beamteninstruktionen vor, so für den Geheimen Rat und Oberhofmarschall Johann Ludwig von Koppenstein, den Hofmarschall von Pflugk, beide vom 3. September 1706, für den Kabinettssekretär Christoph Justus Zinck vom 7. Februar 1718 und andere⁴⁸⁸. Auch der aufgeklärte Absolutismus hat noch gerne mit Beamteninstruktionen gearbeitet. Sie mehren sich jetzt augenfällig und nehmen immer mehr den Charakter innerdienstlicher Anweisungen an, während Instruktionen über die Gesamttätigkeit einzelner Beamter kaum noch ausgestellt werden⁴⁸⁹. Die immer noch oft geäußerte Bitte der Beamten um Erteilung solcher Instruktionen und Verhaltensmaßregeln in Einzelfällen lässt auf eine gewisse Unselbständigkeit der Beamtenschaft schließen, denn nicht immer standen vor den Meiningen Beamten so weittragende Entscheidungen wie sie etwa der Oberstallmeister von Erffa im Dezember 1806 in Posen zu treffen hatte, als er den Beitritt Meiningens zum Rheinbund vollzog und verschiedentlich Anweisungen aus Meiningen erbat.

Die Vorbildung der Beamten war bis in die ersten Jahre der Regierung Bernhards II. nicht durch besondere Verordnungen geregelt. Die höheren bürgerlichen Beamten hatten im 18. Jahrhundert mehrere Jahre die Universitäten besucht und Jurisprudenz studiert. Freilich haben nur sehr wenige akademische Grade erworben. Hierdurch unterschieden sie sich ganz augenfällig von ihren Kollegen des 16. und 17. Jahrhunderts. Nur in den ersten Jahren der Regierung Bernhards I., als Dr. Brückner und Dr. Hoßfeld in den Landeskollegien saßen,

⁴⁸⁵ ThStAMgn ZM 113 Bl. 76 und 77.

⁴⁸⁶ Auch in die Gothaer Landesordnung sind solche Beamteninstruktionen aufgenommen worden: GLO P 3 Lit. D. Instruktion für christliche Disziplininspektoren, GLO P 3 Nr. 18, Instruktion für Schultheißen, GLO P 3 Nr. 4 Puncta, welche die fürstlichen Beamten ... in Acht zu nehmen haben.

⁴⁸⁷ Bestallungen und Instruktionen für die Hilfsmeister Johann Levin von Wangeheim vom 21. Dezember 1682 und Johann Christoph von Wolzogen vom 6. November 1691 ThStAMgn ZM 113 B. 1-23 Instruktion für Prinzeninformer Johann Ludwig Bach vom 22. Mai 1703, abgedruckt in NB 23 (1910) S. 91-93.

⁴⁸⁸ ThStAMgn ZM 113 Bl. 37-56 ff, GAM XXVII 5: Instruktion für den Hoffourier Bl. 109 ff. Dienstinstruktion für den Hausvogt (undatiert) für die Bettmeisterin 1804 bis 1830, ThStAMgn Hofmarschallamt 1 und 213.

⁴⁸⁹ Reglement, wonach sich die Amtsvogtei Sonneberg ratione jurisdictionis zu halten hat. ThStAMgn ZM 164 Bl. 260, Gemeinnützige Instruktion für Diener und Untertanen vom 22. Februar 1793 ZM 261, Instruktion für Schildwachen von 1802 MWN 5/1802, Instruktion für Stadträte und Schultheißen wegen Erhaltung der Getreidenotdurft im Lande vom 21. Oktober 1802 ZM 261, Instruktionen für den Wegekommisсар vom 26. März 1798 Staatsmin., Abt. des Innern 16438, Instruktion für das Oberforstamt vom 14. Dezember 1802 ZM 260 Bl. 445, Provisorische Dienstinstruktion für den Kreisbeamten des Oberlandes von 1825 ZM 262

stellten graduierte Juristen auch in dem kleinen Meininger Fürstentum keine Seltenheit dar. Im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert haben auch die mittleren Schichten der Beamenschaft, die Sekretäre, Registratoren, Amtleute und Amtssekretäre vielfach die Hochschulen besucht und Rechtsstudien betrieben. Von den 224 Beamten, die die Organisationsedikte von 1829 nennen und die der höheren und mittleren Schicht angehörten, hatten immerhin 111 Personen studiert⁴⁹⁰.

Eine oft nicht genügende wissenschaftliche Vorbildung hatten die in die höhere Beamenschaft eintretenden Adligen genossen. Sie kamen in oft sehr jungen Jahren als Assessoren in die Landeskollegien, stiegen aber dann sehr schnell auf. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzte sich aber auch hier das Universitätsstudium durch.

Erst unter der Regierung Bernhards II erließ die Meininger Obrigkeit feste Richtlinien über die Zulassung zum höheren Verwaltungsdienst, die einen geregelten Ausbildungsgang vorschrieben. Bereits am 20. Juli 1822 wandte sich das Konsistorium gegen das "voreilige Eindringen der Theologiestudenten zu öffentlichen Religionsvorträgen"⁴⁹¹. Das Oberlandesgericht regelte und verschärfte am 24. Februar 1824 die Prüfungsbedingungen für Rechtskandidaten⁴⁹². Wirklich grundlegende Gesetze über die Ausbildung der höheren Beamenschaft erschienen aber erst nach der großen Verwaltungsreform von 1829. Das Edikt Nr. 5 vom 21. Januar 1829 regelte die "Befähigung zum Staatsdienst im Fach der Justiz". Es war bestrebt "den überhandnehmenden Zudrang junger Leute zu den Staatsämtern auf das rechte Maaß zurückzuführen"⁴⁹³. Am 27. April 1829 wurde ein ähnliches Edikt über die Befähigung im Verwaltungsdienst erlassen⁴⁹⁴. Die Voraussetzungen zur Zulassung von Beamten im Rechnungsdienst war schon im Edikt vom 9. Februar 1829 über die Errichtung der Rechnungskammer geregelt worden⁴⁹⁵.

Für ihre Dienstleistungen erhielten die Beamten eine regelmäßige, genau festgesetzte Besoldung. Sie bestand in Geld und Naturalien. Bei den unteren Beamten überwog noch im 18. Jahrhundert die Naturalbesoldung. Die Besoldung war in den Bestellungen genau aufgeführt. Der Landesherr wies bei Einstellung die Kammer an, welche Bezüge zu zahlen seien. Gehaltserhöhungen wurden auf dieselbe Weise meist nach vorangegangenen Antrag gewährt. Wir finden deshalb in den Personalakten eine große Menge solcher Anweisungen vor. Bei der Kammerkasse bestanden dann weiterhin besondere "Besoldungsbücher", in denen das Gehalt eines jeden aus der Kammerkasse besoldeten Beamten verzeichnet war. Die Besoldungsbücher wurden fortgeschrieben⁴⁹⁶. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden die Naturalbezüge immer stärker eingeschränkt und in Geldzahlungen umgewertet. Die Kammer zahlte aber dabei keineswegs den jeweiligen Marktpreis, sondern einen ein für allemal angenommenen Preis, der sich durch Jahrzehnte nicht veränderte und deshalb zeitweise über, meist aber unter dem Meininger Marktpreis lag⁴⁹⁷.

⁴⁹⁰ Archiv II S. 64.

⁴⁹¹ MWN 31/1822 ähnliche Maßnahmen in Weimar Hartung S. 287.

⁴⁹² MWN 11/1824.

⁴⁹³ GS I S. 43-50.

⁴⁹⁴ GS I S. 77-84.

⁴⁹⁵ GS I S. 75f.

⁴⁹⁶ Ein solches Besoldungsbuch aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts in ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 874. Nach dem Protokoll vom 26. Juli 1760 bestand ein "von der Kammer verfertigtes und vom Herzog zu genehmigendes Besoldungsreglement. ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1627 Bl. 20v.

⁴⁹⁷ Nach der Kammerrechnung von 1758/59 wurde für 1 Malter Korn 3 Rtlr für 1 Malter Weizen 3 Rtlr 16 ggr für 1 Klafter Buchenholz 3 Rtlr für 1 Klafter Tannenholz 2 1/2 Rtlr angesetzt. Die gleichen Werte wies auch die Kammerrechnung von 1824/25 aus, obwohl die Preise mittlerweile nicht unbeträchtlich gestiegen waren. So

Die Zahlung des Gehalts erfolgte nicht zentral, sondern durch die jeweils zuständige Kasse, gewöhnlich also für die Landeskollagen und die Hofverwaltung durch die Kammerkasse, für das Personal der Ämter und lokalen Forstverwaltung durch die Amtsvogteien und Amtskastnereien, für die Landschaftsbeamten, Medizinalpersonen durch die landschaftlichen Kassen, für die Chausseebeamten durch die Chausseebaukasse, für die Offiziere der Landmiliz und der stehenden Truppen durch die Kriegskasse und spätere Landesmilitärkasse. Schon damit war genug Ursache für vielerlei Unübersichtlichkeit gegeben. Aber durch die häufigen Personalunionen riss in der Gehaltszahlung eine wahre Verwirrung ein. Manche Beamte erhielten ihre Besoldung aus einer ganzen Reihe von Kassen. Schließlich konnte kaum jemand angeben, wie hoch das Einkommen einzelner Beamter tatsächlich war. Dazu kamen die unregelmäßigen Einkünfte aus Sportelkassen. Die Gehaltszahlung erfolgte zu den vier Quartalen Trinitatis, Crucis, Luciae und Reminiscere⁴⁹⁸ gegen Quittung, die der Kassenbeamte der Revision vorzulegen und der er noch den Anweisungsbefehl beizufügen hatte, wenn die Besoldung erstmals gezahlt wurde oder vom Besoldungsbuch abwich. Wie es scheint, sind die Kassen nur selten in Verlegenheit gekommen, das Gehalt nicht oder nicht in voller Höhe auszahlen zu können, wie das während des Dreißigjährigen Krieges in der hennebergischen Zentralverwaltung oft durch Jahre der Fall war⁴⁹⁹. Nur in der Mitte des 18. Jahrhunderts treten Klagen über hohe Besoldungsrückstände auf.

Für uns ist natürlich die Entwicklung der Gehälter im Laufe der Jahrhunderte von besonderer Bedeutung. Ihre Höhe gibt wesentlichen Aufschluss über die wirtschaftliche Lage der Beamenschaft. Freilich ist schon die Feststellung des Gesamteinkommens vieler Beamter oft genug außerordentlich schwierig. Wie wir soeben angedeutet haben, flossen die Gehälter oft aus verschiedenen Kassen. Besonders gilt das für Inhaber von Dienststellungen, die erst im Laufe des 18. Jahrhunderts geschaffen wurden und für die bei der Starrheit des ganzen Verwaltungswesens keine Kasse ausfindig gemacht werden konnte, die das Gesamtgehalt übernahm. Ein Beispiel hierfür sind die Gehaltsbezüge des Wirklichen Geheimen Rats und Oberamtmanns von Sonneberg Karl Wilhelm Wolfgang von Donop. Seine Besoldung floss aus fünf Kassen, der Kammerkasse, dem Regierungsfiskus, der Konsistorialsportelkasse, der Neuhäuser Landschaftskasse und Sonneberger Forstkasse⁵⁰⁰. Ein solcher Fall bildet aber durchaus keine Ausnahmeerscheinung. Die Gehälter fast sämtlicher Beamten der Regierung und des Konsistoriums samt der beiden Kanzleien kamen sowohl aus der Kammerkasse als auch aus dem "Regierungsfiskus". Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurde die Grimmenthaler Hospital-Kasse vielfach zur Beamtenbesoldung herangezogen⁵⁰¹.

Allerdings waren Kammerkasse und Regierungsfiskus nicht die einzigen Gehaltsquellen der Beamten der Zentralverwaltungen. Ihnen standen wie den Amtleuten noch Bezüge aus den Sportelkassen, aus den Verwaltungsgebühren, als Besoldungsanteil zu. Die Verteilung erfolgte nach einem festgelegten Schlüssel. An ihr waren sowohl die Kollegialmitglieder als auch das Personal der Schreibstuben beteiligt. Uns sind allerdings keine Sportelrechnungen aus der Zeit vor 1829 erhalten, so dass wir uns über die Höhe der Sportelbezüge nicht immer

betrugen die Kornpreise auf dem Meininger Markt 1768 3,6 Rtlr, 1789 5,3 Rtlr, 1809 5,8 Rtlr und 1827 4,4 Rtlr. für den Malter, in Krisenjahren wie 1816 aber 10,1 Rtlr errechnet nach Meininger Chronik II S. 48, 119, 240 und 298. 1 Klafter Buchenholz kostete 1820 7,3 Rtlr Meininger Chronik II S. 254.

⁴⁹⁸ [Quartal Trinitatis: Aschermittwoch bis Pfingsten, Quartal Crucis: Pfingsten bis Kreuzerhöhung (14. September), Quartal Luciae: Kreuzerhöhung bis St. Luciae (13. Dezember), Quartal, Reminiscere: St. Luciae (13. Dezember) bis Fastnacht].

⁴⁹⁹ Noch 4 Jahre nach dem Tod des hennebergischen Kanzlers Dr. Jakob Schröter (†1645) standen den Erben die Besoldung von 8 1/2 Jahren zu. ThStAMgn GHA HW 53.

⁵⁰⁰ ThStAMgn Abt. Finanzen 1122.

⁵⁰¹ NB 1 (1858) S. 218-219.

eine rechte Vorstellung machen können. Doch unterliegt es keinem Zweifel, dass die Heranziehung der Sporteln zur Besoldung ein Grundübel der damaligen Verwaltung war. Immer wieder begegnen wir Klagen, dass die Behörden zur Erzielung hoher Sporteln die Verwaltungs- und Justizgeschäfte absichtlich umständlich gestalten. Der Geheime Regierungsrat von Hendrich geißelt in seinem für den Zustand der Verwaltung so außerordentlich aufschlussreichen Votum für das Geheime Ratskollegium vom Februar 1785 "die Sportelsucht manchen Amts, vielleicht auch ein oder andern Landescollegii"⁵⁰². Die Landstände forderten mehrfach vernünftige Sportelordnungen, aber selbst deren Tarif wurde oft genug überschritten⁵⁰³. Georg I. hat zwar manches getan, um die Übergriffe zu beseitigen, sich aber nicht zur Abschaffung der Sporteln als Besoldungsanteil entschließen können. Sie ist erst durch die Verordnung vom 29. Oktober 1823 erfolgt⁵⁰⁴.

Während für die ordentliche Besoldung der Beamten der Landeskollegien und zentralen Kommissionen ursprünglich die Kammerkasse aufzukommen hatte, erwies sich schon zu Anfang des 18. Jahrhunderts ihre Finanzlage als unzureichend, die gesamten Gehälter zu bestreiten. Die Landschaft griff hier 1720 ein. Ihre Besoldungszuschüsse flossen aber zunächst nicht zur Kammerkasse, sondern wurden in einem besonderen Gehaltsfonds, dem "Regierungsfiskus" verwaltet. Die Rechnungen des Regierungsfiskus sind uns nicht mehr erhalten. Nur Bruchstücke sind durch Abschriften bekannt⁵⁰⁵. Der jährlich von der unterländischen Landschaft zur Verfügung gestellte Betrag machte seit 1720 4000 Rtlr, nach Umstellung der Währung im Rechnungsjahr 1813/14 7332 fl rh aus⁵⁰⁶. Auch aus der oberländischen Landschaftskasse flossen nach dem Tod des Oberamtmanns von Donop 1813 jährlich 543 fl rh zum Regierungsfiskus. Die Rechnungsführung lag in den Händen eines Regierungssekretärs oder des Registrators, gelegentlich auch eines Kanzlisten. Versuche der Kammer, die Verwaltung des Regierungsfiskus an sich zu ziehen, hat die Regierung anfangs mit Leidenschaft und Erfolg bekämpft⁵⁰⁷. Beteiligt an den Zahlungen aus dem Regierungsfiskus waren fast alle Mitglieder der Regierung und des Konsistoriums, aber auch des Geheimen Ratskollegiums und fast alle Sekretäre und Kanzlisten, nicht nur der Regierungssekretär und der Konsistorialsekretär, sondern auch der Kriegssekretär. Seit 1767 erscheinen dann die Bezüge aus dem Regierungsfiskus in der Kammerrechnung ausgewiesen. Seitdem wurden die Beamten offensichtlich nicht mehr unmittelbar aus dem Regierungsfiskus, sondern über die Kammerkasse besoldet. Die Bezüge aus Kammerkasse und Regierungsfiskus sind aber immer noch scharf voneinander geschieden. Nunmehr erhielten sogar Mitglieder der Kammer Beträge aus dem Regierungsfiskus.

Um sich eine Vorstellung von der Bedeutung des Regierungsfiskus für die Besoldung der Beamten der Zentralverwaltung zu machen, sei das Rechnungsjahr 1802/03 herausgegriffen. Von den Bezügen der Mitglieder, Sekretäre, Registratoren und Kanzlisten der Regierung brachte der Regierungsfiskus 57,1 % der Gesamtbesoldung auf. Besonders stark war mit 77,8 % am Gesamtgehalt die Schicht der Subalternbeamten, die Sekretäre, Registratoren und Kanzlisten beteiligt⁵⁰⁸.

⁵⁰² ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13447.

⁵⁰³ ThStAMgn ZM 111 Landtagsabschied vom 21. 2. 1775 Punkt 5.

⁵⁰⁴ MWN 45/1823.

⁵⁰⁵ ThStAMgn ZM 113 S. 139 ff enthält Abschriften aus den Jahren 1733 - 1736.

⁵⁰⁶ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1822/23 Bl. 35.

⁵⁰⁷ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen Konzept vom 27. 1. 1746 (Bl. 13) und Protokoll vom 26. 7. 1760 (Bl. 20f.).

⁵⁰⁸ ThStAMgn, ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03 Bl. 74-79. Der Regierungsrat von Künßberg erhielt an Geldbesoldung 201 Rtlr aus der Kammerkasse und 267 Rtlr aus dem Regierungsfiskus. Der Regierungsregistrator Trinks 83 Rtlr aus der Kammerkasse und 166 Rtlr aus dem Regierungsfiskus. Andere

Einige Gruppen der Beamenschaft zogen ihre Besoldung zu einem großen Teil unmittelbar von der Bevölkerung ein, ohne dass eine Verbuchung in landesherrlichen oder landschaftlichen Rechnungen erfolgte. Hierzu gehörten in erster Linie die Physici. Ihre Besoldung war augenfällig gering. Der erste Hofmedikus Dr. Abraham Gottlieb Wagner erhielt 1759 nur 88 Rtlr, der zweite Hofmedikus Dr. Johann Zacharias Jawandt nur 55 Rtlr⁵⁰⁹. Dem Sonneberger Stadt- und Landphysikus Dr. Johann Friedrich Schütz wurden noch am Ende des 18. Jahrhunderts nur Besoldungen von 30 Rtlr jährlich ausgezahlt und für 18 Rtlr Brennholz zur Verfügung gestellt⁵¹⁰. Später stiegen zwar auch die Gehälter der Medizinalbeamten, standen aber immer noch in keinem Verhältnis zu den Bezügen der akademisch gebildeten Juristen. Im Rechnungsjahr 1822/23 wurde dem Sonneberger Physikus Dr. Johann Paul Engelhardt 359 fl rh (= 287 Rtlr) an Geldbesoldung und 49 fl rh als Ersatz für Naturalien vergütet.⁵¹¹ Die Physici waren noch bis weit ins 19. Jahrhundert vielfach die einzigen Ärzte im Land. Sie betrieben deshalb eine ausgedehnte Privatpraxis. Sie berechneten ihre Leistungen den Patienten unmittelbar, soweit diese zahlungsfähig waren. Bemerkenswert ist übrigens im 18. Jahrhundert die geringe standesmäßige Einschätzung der Ärzte. Die Verordnung vom 12. März 1777 stuft die Amtsärzte in die Klasse II der Sekretäre bei den Landeskollegien, die nichtbeamteten "Doctores medicinae" in die Klasse III der Registratoren und Botenmeister ein⁵¹². Ähnlich lagen die Besoldungsverhältnisse bei den Boten. Auch ihr Stammgehalt war sehr gering. Im Rechnungsjahr 1802/03 erhielt der Regierungsbote eine Besoldung von 12 Rtlr, der Kammerbote von 57 Rtlr⁵¹³. Noch dürftiger waren die ordentlichen Bezüge bei den Amtsboten. Der Neuhäuser Amtsbote bekam 1760/61 nur 2 Rtlr, der Altensteiner Amtsbote noch 1805/06 nur 7 Rtlr⁵¹⁴. Den Boten wurde aber jeder Gang besonders vergütet, sie erhoben von den Empfängern oft nicht unbeträchtliche Gebühren, die nicht in landesherrliche Kassen flossen, sondern einen Teil ihrer Besoldung darstellten.

Andererseits gab es eine große Zahl von Personen, die Verrichtungen in behördlichem Auftrag nebenamtlich durchführten. Hierzu gehörten die Offiziere der Landmiliz, die im Zivilleben einem bürgerlichen Beruf nachgingen. Ihre Gagen waren unbedeutend und stellten in Wirklichkeit nur Aufwandsentschädigungen dar. So erhielt 1775 der beim Oberländischen Landbataillon tätige Stabskapitän Johann Kilian Dietz, im bürgerlichen Beruf Kaufmann, eine Vergütung von 60 fl fr, ein Holzgeld von 10 fl fr und ein Exerziergeld von 3 fl fr. Den gleichen Betrag erhielten 1799 der Stabskapitän Johann Paul Bischoff und der Hauptmann Johann Nikolaus Lützelberger, beide von Zivilberuf Handelsleute in Sonneberg⁵¹⁵. Diese Bezüge waren immerhin noch umfangreicher als die Entschädigungen anderer nebenberuflich für Landesherrn oder Land tätiger Personen. Die Hofhandwerker, deren Leistungen für den Hof aus Kammerkasse und Bauamtskasse gesondert gezahlt wurden, erhielten am Anfang des 19. Jahrhunderts Beträge von 8 bis 23 Rtlr jährlich als ordentliche Besoldung. Auch all die kleinen Dienste, die Privatpersonen regelmäßig für die Obrigkeit leisteten, wurden unter die

Beamte wie der Regierungsrat Vey und der Kanzleidiener erhielten ihre gesamte Geldbesoldung aus dem Regierungsfiskus, aus der Kammerkasse jedoch nur Naturalbezüge.

⁵⁰⁹ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1758/59 Bl. 77.

⁵¹⁰ ThStAMgn ältere Rechnungen Neuhäuser Landschaftsrechnungen 1798/99 Bl. 18.

⁵¹¹ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1822/23 Bl. 49.

⁵¹² ThStAMgn ZM 261.

⁵¹³ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03 Bl. 79 und 84.

⁵¹⁴ ThStAMgn ältere Rechnungen Amt Neuhaus 1760/61 Bl. 30 und Amt Altenstein 1805/06 Bl. 41.

⁵¹⁵ ThStAMgn ältere Rechnungen Neuhäuser Landschaftsrechnungen 1774/75 Bl. 11 und 1798/99 Bl. 13 und 14.

Besoldung gezählt⁵¹⁶. Gelder für andere Nebenleistungen, die unvorhergesehen kamen, wurden über die Position "Ausgabe auf besonderen Befehl" gebucht⁵¹⁷. Weiterhin gewährte der Herzog unter der Position "Ausgabe Geld an Erlass und Verehrungen" der Kammerrechnung Prämien für besondere Leistungen⁵¹⁸.

3.2. Die wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft

Bei Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Meininger Beamtenschaft zur Zeit des fürstlichen Absolutismus muss noch berücksichtigt werden, dass eine Reihe von Dienern über sehr ergiebige Einnahmequellen verfügte, die mit ihrer amtlichen Tätigkeit nicht im Zusammenhang standen. Manche adlige und auch einige der bürgerlichen höheren Beamten wie die Bibra, Uttenhoven, Könitz und Hendrich waren im Besitz ansehnlicher Rittergüter und Industrieanlagen. Der Sonneberger Oberamtmann von Donop unterhielt seit 1779 eine Spiegelfabrik in Köppelsdorf. Der Schalkauer Amtmann Rippel gründete 1790 eine bedeutende Wollmanufaktur in Schalkau. Der Römhilder Obereinnehmer Friedrich Christian Elias Rippel erwarb 1808 das Hüttenwerk Hüttensteinach. Selbst Subalternbeamte betätigten sich nebenbei auf industriellem Gebiet. Der Kammerkanzlist Andreas Teuschler betrieb in Meiningen eine Tabakfabrik, die 1785 zusammenbrach⁵¹⁹.

Allerdings boten die Gehaltsbezüge für die meisten Beamten die einzige Einnahmequelle und damit die alleinige Grundlage ihrer häuslichen Wirtschaft. Das galt besonders für die mittlere Schicht der Beamtenschaft, die Amtleute, Sekretäre, Registratoren und Kanzlisten. Aber auch bis weit in die Reihen des Adels und der bürgerlichen Mitglieder der Landeskollegien war die Beamtenschaft allein auf die Gehaltsbezüge angewiesen. Selbst so einflussreiche Männer wie der Wirkliche Geheime Rat von Dürkheim waren nicht begütert und hatten sich aus ärmlichen Pagen- und Hofjunkerdiensten emporgearbeitet. Der Oberstwachmeister und spätere Oberst Christian Friedrich Keßler von Sprengseisen musste sich, obwohl er in drei Jahrzehnten mehrere militärische Chargen erklommen hatte, mit einem nie erhöhten Gehalt von 200 Rtlr aus der Neuhäuser Landschaftskasse durchs Leben schlagen, zu der noch etwa 100 Rtlr Holzgeld und später eine Kammerzulage von 60 Rtlr jährlich kamen. Offensichtlich war die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit der bürgerlichen Beamtenschaft vom Landesherrn. Immer wieder ist in den Akten von der hohen Schuldenlast die Rede, die auf den Schultern adliger und bürgerlicher Beamter lag. Nur wenige Beamte haben über größere Kapitalien verfügt, die sie an die obrigkeitlichen Kassen ausliehen. Eine jener Ausnahmen war der Konsistorialvizepräsident Johann Friedrich Wilhelm Zinck, der letzte, 1800 verstorbene Spross einer bedeutenden Meininger Beamtenfamilie. Er hatte am Ende seines Lebens allein bei der Neuhäuser Landschaftskasse 6500 fl fr an Kapitalien stehen⁵²⁰. Eine Reihe anderer, auch mittlerer Beamter hatte Beträge von 1000 bis 200 Rtlr bei der Kammer-

⁵¹⁶ ThStAMgn ältere Rechnungen Amt Altenstein 1805/06 Bl. 41: 4 Rtlr 16 gr für den Futtermeister Dohls wegen Stellung der Uhr in Altenstein.

⁵¹⁷ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03 Bl. 42-43: 44 Rtlr an den Regierungskanzlisten Götz für den "denen beiden Prinzessinnen Durchlaucht gegebenen Unterricht im Schreiben", "5 Rtlr an den Johann Steiner zu Welchendorf bezahlt für den denen jungen Leuten auf dem Lande in der Veredelung der Obstbäume gegebenen Unterricht".

⁵¹⁸ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03 Bl. 51: "12 Rtlr der Witwe des verstorbenen Rats und Amtmanns Rippels in Schalkau . als ein Geschenk, weil solche bei der ehemals von ihrem Mann aus Patriotismus unternommenen Wollenfabrik ihr Vermögen eingebüsst hat", "8 Rtlr 16 gr d. Herr Registrator Hartmann als Douceur wegen Fertigung der Inventarien auf der Amalienruh".

⁵¹⁹ Meiningen Chronik II S. 112.

⁵²⁰ ThStAMgn ältere Rechnungen Neuhäuser Landschaftsrechnungen 1798/99 Bl. 12-13.

oder den beiden Landschaftskassen als verzinsbare Beträge eingezahlt. Der Sonneberger Stadt- und Landphysikus Dr. Johann Friedrich Schütz hinterließ bei seinem Tod 1821 ein Gesamtvermögen von 6770 fl rh (= 4519 Rtlr), wovon 3650 fl rh in Aktiv-Kapitalien, 2350 in Grundbesitz und der Rest meist in Hausrat angelegt waren⁵²¹.

Wenn wir die aus dem 18. Jahrhundert überlieferten Personalakten der Meininger Zentral- und Lokalverwaltungen studieren, müssen wir zu der Überzeugung kommen, dass die Beamtengehälter nie für eine angemessene Lebenshaltung ausreichten. Die Personalakten stellten vielfach eine einzige Jammerei über die dürftige Besoldung dar. Mag auch manche Klage übertrieben und nur auf Effekt berechnet gewesen sein, so unterliegt es doch keinem Zweifel, dass die wirtschaftliche Lage der Beamenschaft, vornehmlich der Schicht der Sekretäre und Kanzlisten, nicht günstig war. Für diese Annahme spricht nicht nur die Vielzahl der Gesuche um Gehaltsaufbesserung, sondern auch die Höhe der Gehaltsbezüge, die wir später noch im Einzelnen kennenlernen werden. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der mittleren und unteren Beamenschaft waren tatsächlich bescheiden, ja gedrückt. Nicht nur bei Rangstreitigkeiten, sondern gerade bei Besoldungsauseinandersetzungen begegnet uns bei vielen Beamten eine Kleinlichkeit, ja Gehässigkeit, die wir bei ihrer beruflichen Tüchtigkeit kaum vermuten. Sie enthüllen oftmals wirklich kein günstiges Bild vom Charakter der Staatsdiener dieser Tage. Wir finden in den vielen Gesuchen um Gehaltserhöhung nicht nur Hinweise auf frühere Versprechungen und Zusicherungen, sondern auch lebhafte Klagen über Zurücksetzungen und Benachteiligungen. Die Beamten sahen sich zu Gehaltsforderung "in Betracht der Pflichten gegen sich selbst und gegen die Nachfolger im Dienst genötigt"⁵²². An Verdächtigungen anderer Kollegen und der gleichzeitigen Betonung der eigenen Bescheidenheit fehlt es nicht. Da eine Erhöhung der Gesamtausgaben an Besoldungen kaum erfolgte, begann in den Landeskolegien beim Tod eines Kollegialmitgliedes sofort der Kampf um die Aufteilung seines Gehalts. Der Vizekanzler von Donop sprach 1819 von dem "leidigen, im Absterben der Vordermänner im Collegio zu erringende sogenannte Glück"⁵²³. Die höheren Beamten wussten auswärtige Angebote zu finanziellen Aufbesserungen auszunutzen. Um uns ein wahres Bild von den Lebensbedingungen der meiningischen Beamenschaft am Ende des 18. Jahrhunderts zu machen, greifen wir aus der Fülle des Materials die Personalakten zweier Beamter heraus, die ganz verschiedenen Lebenskreisen angehörten, die aber jeder in seinem Aufgabenbereich tüchtige Menschen waren, des Regierungsrates und späteren Kanzlers von Donop und des Chausseebauinspektors Weißenberg⁵²⁴.

Georg Karl Wilhelm Philipp von Donop, der Sohn des meiningischen Wirklichen Geheimen Rats Karl Wilhelm Wolfgang von Donop, entstammte westfälischem Uradel. Doch war die Familie im Laufe des 18. Jahrhunderts verarmt und hatte Hof- und Verwaltungsdienste annehmen müssen. Mit 17 Jahren trat Georg Philipp im Jahre 1784 als Hofjunker in meiningische Dienste. Erst 25 Jahre alt wurde er am 9. Oktober 1792 als Assessor cum voto et sessione in die Regierung gerufen. Als Besoldung erhielt er zunächst nur Sportelanteile und freien Tisch am Hof, aber schon am 25. Juni 1793 183 Rtlr aus dem Regierungsfiskus. Am 11. Dezember 1796 erfolgte seine Ernennung zum Regierungsrat mit einer Besoldung von 400 Rtlr. Schon am 6. Mai 1798 erhielt er eine weitere Besoldungszulage. So war Donop aus dem Pagendienst und ohne hinreichende juristische Studien in die Landesverwaltung hineingewachsen. Später folgte noch eine Reihe Erhöhungen der Naturalbezüge und am 28.

⁵²¹ Sta Sonneberg 34,20.

⁵²² ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1134 Bl. 72: Protokoll v. 16. Januar 1826.

⁵²³ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1134 Bl. 45-50: Denkschrift v. 29. Mai 1819.

⁵²⁴ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1134, 1135 und Staatsmin., Abt. des Innern 16437.

Februar 1806 eine abermalige Gehaltsaufbesserung von 72 Rtlr. Donop war mittlerweile 1798 Mitglied der Chausseebaukommission geworden und trat 1807 auch in die Kriegskommission ein. Weitere Gehaltszulagen folgten, so am 2. Mai 1808 in Höhe von 20 Rtlr. Am 3. Februar 1809 wurde er schließlich zum Geheimen Regierungsrat ernannt, allerdings ohne Gehaltsaufbesserung. Noch nie hatte Donop bisher selbst um eine Besoldungserhöhung gebeten. Er konnte am 12. April 1812 mit Recht darauf hinweisen, er habe es "nie gewagt, mündlich oder schriftlich um Besoldung zu bitten". Nun aber folgte Gesuch um Gesuch, immer eindringlicher durch lange Untersuchungen über die Gehaltspolitik der letzten Jahrzehnte untermauert und mit vielen Verdächtigungen gegen seine Kollegen. Schon am 12. Mai 1812 erhielt er weitere 100 fl rh aus der Chausseebaukasse, aber die Klagen über seine Zurücksetzung mehrten sich. Am 6. April 1816 hatte er abermals weitere 66 Rtlr Gehaltsaufbesserung erhalten. Ein Stellenangebot in Hildburghausen, über das im Winter 1816/17 verhandelt wurde, nutzte er zu weiteren Gehaltserhöhungen und den Erwerb des Vizekanzlerstitels aus, der ihm am 17. Januar 1817 verliehen wurde. Am 20. November 1821 wurde Donop endlich zum Wirklichen Geheimen Rat mit Sitz und Stimme im Geheimen Ratskollegium und Kanzler ernannt. Sein Gehalt belief sich nun auf 1749 fl rh (= 1166 Rtlr), die aus sechs Kassen bereitgestellt wurden. Selbst als er 1827 den Vorsitz in der Regierung und 1829 das Oberkommissariat der Stadt Meiningen abgab, wurde sein Gehalt nicht gekürzt. Seit 1829 war er kaum noch für die Landesverwaltung tätig. Im Besitz der Rittergüter Stepfershausen und Craimar und eines hohen Gehalts konnte er bis zu seinem Tod am 18. August 1845 einen wirklich schönen Lebensabend genießen.

Offensichtlich aus kleinbürgerlichen Offiziersverhältnissen stammte der würzburgische Fahnenkadett Joseph Bruno Weißenberg. Er war 1784 als Straßenbaufachmann "in hiesige Dienste geborgt" und hatte bei unzureichenden Besoldungsverhältnissen die Leitung des gesamten meiningischen Straßenbauwesens in Händen. Alle seine Vorgesetzten sind des Lobes voll, die Kammer berichtete am 3. Mai 1792 dem Herzog, dass Weißenberg seine Arbeit "mit vieler Geschicklichkeit, Treue und Fleiß, indem derselben den ganzen Tag die Aufsicht über die Arbeitsleute unermüdlich geführt, versehen hat und insonderheit in den Accorden mit den Handwerksleuten die äußerste Sparsamkeit beobachtet". Aber eine Gehaltsaufbesserung kam nicht. Obwohl Weißenberg gute Angebote aus seiner würzburgischen Heimat hatte, blieb er in Meiningen. Am 18. September 1792 wurde er endlich zum Unterleutnant ernannt. Die Besoldung blieb weiterhin kärglich. Alle neuen Anträge auf Besoldungserhöhungen, alle Hinweise auf die hohen Kosten seiner inländischen Dienstreisen blieben auch späterhin ohne wesentlichen Erfolg. Endlich bekam er einen kleinen Zuschuss aus der Kammer: 15 Rtlr an Geld jährlich und 38 Rtlr für Brennholz⁵²⁵. Neue Aufgaben wurden ihm ohne Gehaltserhöhung übertragen, ertragreiche Nebenbeschäftigungen weggenommen und an untätige Adlige übergeben. Erst 1822 wurde er zum Hauptmann befördert. Dennoch blieb er bis zu seinem Tod am 11. Oktober 1830 in herzoglichen Diensten. Das später von seinen unversorgten Töchtern am 15. Februar 1831 an den Herzog gerichtete Gesuch um Unterstützung legt ein sehr beredtes Zeugnis von der schwierigen wirtschaftlichen Lage der mittleren Beamenschaft dieser Jahre ab, deren Arbeitseifer und Tüchtigkeit die Obrigkeit viel zu danken hatte.

Ludwig Bechstein gibt in der Biographie seines Pflegevaters, des Kammer- und Forstrats Johann Matthäus Bechstein, einen für uns sehr wertvollen Einblick in das alltägliche, außerdienstliche Leben eines höheren bürgerlichen Beamten im Meininger Herzogtum zu

525

ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03 Bl. 99.

Anfang des 19. Jahrhunderts⁵²⁶. In der Familie herrschten die einfachste Lebensweise und eine sparsame, solide Hauswirtschaftsführung. Nur selten konnten Sonderwünsche der Familienangehörigen erfüllt werden. Große Ansprüche an das Leben wurden nicht gestellt. Wenn wir dabei bedenken, dass Bechstein unmittelbar nach seiner Ernennung zum Kammerrat immerhin 450 Rtlr und im Jahre seines Todes 1822 893 fl Rh (= 595 Rtlr) an Besoldung erhielt und nur Ehefrau, Pflegesohn und Hausmagd zu ernähren hatte, werden wir ermessen können, wie sehr die kinderreichen Sekretäre, Registratoren und Kanzlisten zu kämpfen hatten, denen im Jahre nur 100 bis 250 Rtlr zur Verfügung standen⁵²⁷. Die Gehälter der Beamten sind im Laufe des 18. Jahrhunderts gestiegen, aber auch die Lebensbedingungen haben sich nicht unwesentlich verteuert. Es ist deshalb zu einer richtigen Beurteilung eine Gegenüberstellung der Gehälter und Preise erforderlich⁵²⁸. Wir beginnen zunächst mit der

⁵²⁶ Bechstein, Johann Matthäus Bechstein S. 301 ff.

⁵²⁷ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03 Bl. 104 und 1821/22.

⁵²⁸ Als Vergleich seien Zeitwerte von Nahrungsmitteln, Garderobestücken, Gegenständen des täglichen Gebrauchs und schließlich Lohnsätze der Handwerker und Arbeiter aus Archivalien des 18. und frühen 19. Jahrhunderts mitgeteilt. Die verschiedenen Währungen sind alle in Reichstaler und Kreuzer umgerechnet.

1 Reichstaler = 90 Kreuzer (Xr):

Nahrungsmittel: Meininger Marktpreise: 1 Maas (= 20,89 Liter), Korn: 1765 60 Xr, 1770: 90 Xr, 1778: 50 - 55 Xr, 1790: 60 Xr, 1797: 55 - 67 Xr, 1805: 100 - 125 Xr, 1813: 95-105 Xr, 1820: 50-55 Xr, 1824: 33 Xr, 1830: 65 -70 Xr, 1 Maas (= 20,89 Liter) Weizen: 1765: 65 Xr, 1770: 90 Xr, 1790: 75 Xr, 1797: 85 - 110 Xr, 1805: 135 -165 Xr, 1813: 115 - 130 Xr, 1820: 75 - 90 Xr, 1824: 60 Xr, 1830: 100 Xr, 1 Pfund Rindfleisch 1777: 6 - 7 Xr, 1786: 7 - 8 Xr, 1794: 7 Xr, 1803: 10 Xr, 1814: 10 Xr, 1820: 8 Xr, 1 Pfund Schweinefleisch: 1777: 6 - 7 Xr, 1786: 7 - 8 Xr, 1794: 7 Xr, 1803: 12 Xr, 1814: 12 Xr, 1823: 9 Xr, Getreidepreise nach Meininger Chronik, Fleischpreise nach MWN.

Garderobestücke: 1796 (Sta Sonneberg 34,30): 1 gelber Rock mit Weste: 3 Rtlr, 1 schwarzer Rock mit Weste 4,1 Rtlr, 1 schwarzer Mantel 4,1 Rtlr, 1 Frauenhaube 75 Xr, 1 Frauendamastrock 4,2 Rtlr, 1799 (Sta Sonneberg 34,31): 1 Mannshemd 47 Xr, 1 Mantel 6,4 Rtlr, 1 Paar Schuhe 1 Rtlr, 1 guter Rock mit Weste 8,4 Rtlr, 1 Paar Seidenstrümpfe 75 Xr, ein Paar Wollstrümpfe 10 Xr, 1823 (ThStAMgn Ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1822/23): 1 Paar Stiefel für den Kutscher 6,6 Rtlr, Tuch für eine Reithose 7,4 Rtlr, Tuch für den Frack eines Silberdieners 21,7 Rtlr, 1 lackierter Filzhut 2,6 Rtlr.

Hausrat: 1789 (Sta Sonneberg 34,39): 1 Paar Messer 8 Xr, 1 Gabel 1 - 2 Xr, 1 Himmelbett 2,5 Rtlr, 1 kleiner Kleiderschrank 1,3 Rtlr, 1 Küchenschrank 3,9 Rtlr, 1 Spinnrad 2,5 Rtlr, 1 große Schere 24 Xr, 1 Pflug 2,5 Rtlr, 1 Chaise 14,4 Rtlr, 1000 verzinnte Nägel 16 Xr, 1796 (Sta Sonneberg 34,31): 1 großes Damasttisch Tuch 1,6 Rtlr, 1 weißer Bettüberzug mit Kopfkissenbezug 3,6 Rtlr, 1 Stuhl 15 Xr, 1 Bettgestell 1,4 Rtlr, 1 Tisch aus Fichtenholz 30 Xr, 1 Schubkarren 45 Xr, 1 Kleiderschrank 7,2 Rtlr, 1821 (Sta Sonneberg 34,20): 1 Porzellantasse 10 Xr, 1 Porzellanteller 6 Xr, 1 Steingutteller 5 Xr, 1 blaugestreiftes Bettzeug 5,3 Rtlr, 1 Matratze 1 Rtlr, 1 Tafeltuch mit 12 Servietten 8 Rtlr, 1 Handtuch 30 Xr, 1 Kommode 10 Rtlr, 1 einfacher Schreibtisch 1,5 Rtlr, 1 Wanduhr 4 Rtlr, 1 Bettstelle 60 Xr, 1 Mistgabel 9 Xr, Handwerkerpreise nach der "Haupttabelle des Amtes Neuhaus" ThStAMgn ZM 342, 1 doppelter Kleiderschrank aus weichem Holz: 7,2 Rtlr, 1 großer Tisch 1,8 Rtlr, 1 zweischlafige Bettstelle 1,3 Rtlr. Diese Beträge zeigen übereinstimmend, dass Holzgegenstände verhältnismäßig billig, Textilien aber eine Kostbarkeit waren.

Haustiere: 1789 (Sta Sonneberg 34,29): 1 Ochse 44 Rtlr, 1 Kuh 15,5 Rtlr, 1 Schwein 7 Rtlr, 1 Huhn 10 Xr, 1 Ente 15 Xr, 1796 (Sta Sonneberg 34,30): 1 Ochse 76 Rtlr, 1 mittlere Kuh 23,7 Rtlr, 1 Schwein 10 Rtlr.

Löhne der Handwerker und Tagelöhner nach den Sonneberger Stadtrechnungen (Sta Sonneberg 89, 1-2). Die Beträge entsprechen im allgemeinen auch den in den Altensteiner und Maßfelder Amtsrechnungen festgestellten und dürften somit auf das ganze Land anzuwenden sein: 1764 1 Tagelohn (Erdarbeiten) 16 Xr, 1 Tagelohn (Schutträumen) 14 Xr, 1774 1 Maurergeselltagelohn 24 Xr, 1 Tagelohn für Tagelöhner 16 Xr, 1796 1 Handwerksmeistertagelohn 45 Xr, 1 Gesellentagelohn 36 Xr, 1 Tagelohn für Tagelöhner 16-20 Xr, 1799 Handwerkertagelohn 28 - 36 Xr, Tagelöhner 16 - 24 Xr, 1805 1 Tagelohn für Tagelöhner 24 - 32 Xr, 1818 1 Tagelohn für Tagelöhner 25 - 30 Xr, 1820 1 Tagelohn für Handwerksmeister 45 Xr, für Gesellen 45 Xr, für Lehrlinge 30 Xr, für Tagelöhner 30 Xr. Die Löhne waren im Wesentlichen für alle Handwerke gleich. Auffällig ist das Ansteigen der Löhne in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts. Ein Tagelöhner verdiente bei 300 Arbeitstagen also um 1800 50 - 80 Rtlr und um 1820 etwa 100 Rtlr jährlich. Die "Haupttabelle des Amtes Neuhaus" ThStAMgn ZM 342 gibt die Jahreseinkommen der dortigen Handwerke wie folgt an: Schuhmacher 50 fl fr (= 40 Rtlr), Schreiner 62 fl fr (= 55 Rtlr), Hufschmiede 100 bis 125 fl fr (= 80 - 100 Rtlr), Zimmerleute 150 - 200 fl fr (120 - 160 Rtlr). Das Einkommen der Stadthandwerker dürfte wesentlich höher gewesen sein und ist

Untersuchung der Bezüge in den Zentralbehörden. Bis in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts waren die Gehälter der leitenden Beamten der Zentralverwaltung recht bescheiden. Der Regierungsdirektor von Gabelkoven erhielt während seiner Meininger Tätigkeit 1680 bis 1685 eine jährliche Vergütung von 500 fl fr, der Regierungsrat Dr. Brückner von 400 fl fr und der Kammerrat Kühnhold von 200 fl fr.⁵²⁹ Am Ende des 17. Jahrhunderts stellen wir überall eine leichte Erhöhung der Gehälter fest, die offensichtlich mit der damals eingetretenen Lebensmittelteuerung in Verbindung steht. Im Rechnungsjahr 1696/97 erhielt der Geheime Sekretär 200 Rtlr, der Rentmeister 230 Rtlr und die Kanzlisten 50 bis 78 Rtlr Besoldung. Freilich hatten alle diese Beamten noch ihre Sportelbezüge.

Das unter Ernst Ludwig I. eingerichtete Geheime Ratskollegium hatte ursprünglich keinen besonderen Gehaltsfonds. Die Mitglieder dieses Gremiums, das damals noch ganz nach dem Kommissionsprinzip aufgebaut war, erhielten für ihre Tätigkeit offenbar keine besondere Vergütung, sondern nur ihre Gehälter als Präsidenten der Landeskollegien und Inhaber hoher Hofstellen. Aber auch diese waren nicht sehr hoch. Der Geheime Ratsdirektor von Wolzogen bekam als Vorsitzender der Regierung im Rechnungsjahr 1725/26 nur 300 Rtlr aus der Kammerkasse, seine Kollegen von Weber 148 Rtlr und Schröter 143 Rtlr. Allerdings wäre falsch anzunehmen, diese Bezüge seien die einzigen Einnahmen dieser Beamten gewesen. Sie erhielten vielmehr noch größere, im Einzelnen aber nicht mehr feststellbare Vergütungen aus Regierungsfiskus und Sportelkassen. Auch hatten Wolzogen und Weber in ihren Rittergütern einen sicheren wirtschaftlichen Rückhalt. Als 1746 die Gehälter der Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums erstmals in einer besonderen Position der Kammerrechnung erschienen, wurden keineswegs die Bezüge aller Mitglieder des obersten Beratungskreises des Landesherrn hier verbucht. Nur die Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums, die ausschließlich für diese Behörde tätig waren, und die Mitarbeiter der Geheimen Kanzlei sind bis 1831 hier angegeben. Bei den übrigen Mitgliedern, die gleichzeitig leitende Stellungen in anderen Behörden innehatten, waren die Gehälter unter anderen Behördenkapiteln angegeben⁵³⁰.

In der Kammerrechnung von 1758/59 werden von den sechs Mitgliedern des Geheimen Ratskollegiums nur zwei Beamte unter diesem Kapitel der Besoldungsausgaben aufgeführt:

Geheimer Rat und Regierungspräsident v. Pfau 500 Rtlr
Geheimer Rat von Wechmar 500 Rtlr.

Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden die Gehälter der Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums nicht unbeträchtlich erhöht. Im Rechnungsjahr 1786/87 erhielten:

Geheimer Rat und Regierungspräsident von Pfau 833 Rtlr
Geheimer Rat von Dürkheim 1343 Rtlr.

und schließlich im Rechnungsjahr 1802/03:

Geheimer Rat von Dürkheim 1576 Rtlr.

nach den oben mitgeteilten Beträgen um 1800 auf 150 bis 250 Rtlr anzusetzen. Über die Löhne der oberländischen Porzellanarbeiter um 1800 s. Bd. II S. 157.

⁵²⁹ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1680/81 und 1685/86.

⁵³⁰ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03 Bl. 74: "Im Gehalt des Kanzlers August von Uttenhoven: "216 Rtlr 16 gr wegen der Assessur im Herzoglichen Geheimen Ratskollegium".

Alle diese Beträge flossen aus der Kammerkasse, ohne dass der Regierungsfiskus daran Anteil hatte. In der Kammerrechnung von 1822/23 sind von den Mitgliedern des Geheimen Ministeriums unter dem Besoldungskapitel "Geheime Canzlei" der Kammerrechnung nur aufgeführt:

Geheimer Rat von Könitz 459 fl rh (= 306 Rtlr)

Geheimer Rat von Baumbach 2608 fl rh (= 1739 Rtlr).

Bei dieser Zusammenstellung ist weniger die durch die Zeitumstände bedingte allmähliche Erhöhung der Gehälter von Interesse als vielmehr die ungleichen Bezüge der Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums. Im Rechnungsjahr 1758/59 erhielten die Mitglieder des höchsten Beratungskreises des Landesfürsten nicht mehr Gehalt als die einfachen Kollegienräte. Ganz augenfällig ist aber die geringe Besoldung des leitenden Staatsmanns des Meininger Herzogtums um 1820, des Wirklichen Geheimen Rats von Könitz. Sein Gehalt aus der Kammerkasse ist nicht höher als das eines Kanzlisten und beträgt nur die Hälfte der dem Regierungssekretär Böttiger ausgezahlten Besoldung. Hierfür müssen ganz bestimmte Gründe maßgebend gewesen sein. Eine genaue Untersuchung zeigt, dass Könitz 1802 als Wirklicher Geheimer Rat mit Wohnrecht im Schloss, Futter für vier Pferde, jedoch "ohne eine weitere Besoldung" in Dienst genommen worden ist⁵³¹. Erst 1813 erhielt er 150 Rtlr an Gehalt. Am 22. Juli 1823 wurden ihm die "dreifachen Tafelgelder" in Höhe von 750 fl rh zugestanden. Das Besoldungsbuch von 1825 weist für ihn 1529 fl rh aus, nämlich: 297 fl Besoldung 750 fl Tafelgelder, 234 fl für Pferdefutter, 248 fl für einen Diener. Standen wie etwa bei Dürkheim andere Vermögenswerte nicht im Hintergrund, so war die wirtschaftliche Lage der führenden Beamten bei weitem nicht so günstig wie die der "Honoratioren" des Bürgertums, etwa der Sonneberger Großkaufleute oder der oberländischen Porzellan-Industriellen. In dem am Ende des 18. Jahrhunderts durch Industrie und Handel reich gewordenen oberländischen Bürgertum gab es Unternehmer, die allein aus verliehenen Kapitalien jährlich Zinsbeträge erhoben, die weit höher als das Gehalt eines hohen Beamten waren, ganz abgesehen von den bedeutenden Einnahmen aus Handels- und Betriebsgewinn⁵³². Freilich wirkte sich im absolutistischen Beamtenstaat dieser Umstand nicht auf eine rangmäßige Gleichstellung aus. Die Verordnung vom 12. März 1777 reihte die "Ministri" in Klasse I, die "charakterisierten Kauf- und Handelsleute" in Klasse III der Registratoren und Botenmeister ein. Die "mittelmäßigen Kauf- und Handelsleute" erscheinen sogar erst in Klasse IV der Kanzleiboten⁵³³.

Ein Überblick über die Gehälter der Vorsitzenden der Landeskollegien und der Inhaber der obersten Hofstellen zeigt folgendes Bild:

Rechnungsjahr	1758/59	1787/88	1802/03	1822/23
Kanzler	(666 Rtlr) ⁵³⁴	650 Rtlr	891 Rtlr	1377 Rtlr ⁵³⁵
Konsistorialpräsident	333 Rtlr	638 Rtlr		1246 Rtlr
Kammerpräsident	(663 Rtlr)	1000 Rtlr	900 Rtlr	1266 Rtlr
Oberhofmarschall	500 Rtlr			
Oberstallmeister	606 Rtlr		658 Rtlr	1690 Rtlr
Oberjägermeister	-		1135 Rtlr	1825 Rtlr

⁵³¹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1333.

⁵³² Vgl. Sta Sonneberg 34,29 sowie Stieda S. 150 und Koch S. 23.

⁵³³ ThStAMgn ZM 261.

⁵³⁴ Erster Rat in der Regierung.

⁵³⁵ Die Zahlen sind in Reichstalern umgerechnet, in Wirklichkeit in rheinischen Gulden ausgezahlt worden.

Diese Aufstellung zeigt ganz eindeutig, dass die Vorsitzenden der Landeskollegien und die ihnen gleichgestellten obersten Hofbeamten Bezüge erhalten haben, die denen der Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums entsprachen. Das ist umso weniger erstaunlich, als die Rangordnungen die Geheimen Räte und Präsidenten der Landeskollegs in einer Gruppe zusammenfassten⁵³⁶. Auch hier ist ein ständiges Steigen der Gehälter feststellbar. Allerdings war die Höhe des Gehaltes nie ein unveränderliches Attribut des Amtes. Sie war vielmehr in erster Linie auf die Person abgestimmt, vornehmlich auf ihr Dienstalter. Wir werden aber auch später noch feststellen können, dass bürgerliche Beamte gewöhnlich nicht die hohen Gehälter ihrer adligen Kollegen in der gleichen Stellung bekamen. Die genannten Zahlen ergeben aber auch diesmal nicht die vollen Gehaltsbezüge. Sie stellen nur die Stammgehälter aus der Kammerkasse dar. Viele hohe Beamte hatten aber noch Nebenstellungen und Einkommen aus anderen Quellen. Der Konsistorialpräsident Nadler hatte 1758 aus seiner dienstlichen Tätigkeit ein Gesamteinkommen von 1000 Reichstalern, von denen allein die Landschaftskasse 500 Reichstaler bestritt. Der Kanzler von Uttenhoven erhielt im Rechnungsjahr 1802/03 nicht nur 861 Reichstaler, sondern zusätzlich als Oberkommissar des Meininger Stadtrats 100 Reichstaler aus der Meininger Stadtkasse und als Landschaftsdeputierter und Mitglied der Landschaftlichen Steuer- und Kassedeputation nicht unwesentliche Gelder aus der Landschaftskasse. Ganz augenfällig ist jedoch die Besoldung des Oberjägermeisters. Diese Stelle, die stets ein adliger Rittergutsbesitzer innehatte, war seit der Mitte des 18. Jahrhunderts immer das bestbezahlte Amt im Herzogtum, obwohl die hiermit verbundene Verantwortung in keiner Weise an die des Kanzlers oder des Kammerpräsidenten heranreichte.

Bei den Gehaltsbezügen der Mitglieder der drei Landeskollegien können wir nur Regierung und Kammer berücksichtigen. Im Konsistorium haben die Juristen keine besondere Besoldung erhalten, wenn sie gleichzeitig Mitglieder der Regierung waren. Die Theologen bekamen neben ihrer Pfründe als Stadtgeistliche nur eine sehr geringe Vergütung, die einer Aufwandsentschädigung nahekam. Ähnlich lagen die Verhältnisse bei der Kriegskommission, die aus aktiven Offizieren bestand. Dagegen können die "Forstchefs", die Leiter der Oberforste, in unsere Aufstellung einbezogen werden. Im Einzelnen zeigt eine Übersicht folgendes Bild:

⁵³⁶ Die erste Meininger Rangordnung stammt vom 6. August 1680, ThStAMgn ZM 113 Bl. 302, an der Spitze steht Gabelkoven. Eine weitere Rangordnung ist von 1753 erhalten, ebenda Bl. 332. An der Spitze stehen hier Geheimer Rat und Regierungspräsident von Pfau, Geheimer Rat von Biechling, Geheimer Rat Nadler und Generalmajor von Ferntheil. Auch die große Familienfesteordnung vom 12. März 1777 enthält eine Einteilung aller Beamten und Untertanen in fünf Klassen. ThStAMgn ZM 261.

	1758/59 ⁵³⁷	1802/03	1822/23 ⁵³⁸
Regierung			
1. Regierungsrat	a 666 Rtlr	a 300 Rtlr	a 1246 Rtlr ⁵³⁹
2. Regierungsrat	b 541 Rtlr	a 600 Rtlr	a 867 Rtlr
3. Regierungsrat	b 500 Rtlr	a 500 Rtlr	b 799 Rtlr
4. Regierungsrat	-	a 500 Rtlr	a 241 Rtlr
5. Regierungsrat	-	b 319 Rtlr	-
6. Regierungsrat	-	a 350 Rtlr	-
Regierungsassessor	-	b 500 Rtlr	b 300 Rtlr
Kammer			
1. Kammerrat	b 663 Rtlr	a 500 Rtlr	b 943 Rtlr
2. Kammerrat	b 500 Rtlr	b 500 Rtlr	b 867 Rtlr
3. Kammerrat	-	a 350 Rtlr	b 700 Rtlr
4. Kammerrat	-	-	a 360 Rtlr
5. Kammerrat	-	-	b 455 Rtlr
Forstwesen			
Oberforstmeister		a 515 Rtlr	a 415 Rtlr
Oberforstmeister		-	a 799 Rtlr
Forstmeister		-	a 549 Rtlr
Oberforstmeister ⁵⁴⁰		-	a 959 Rtlr
Forstmeister		-	a 392 Rtlr

Die Gehälter der Mitglieder der Landeskollegien liegen ein Drittel bis eine Hälfte unter denen der Kollegialvorsitzenden. Auch hier spielen Person und Dienstalter eine Rolle. Viele bürgerliche Beamte, die mit einem Gehalt von 300 bis 500 Reichstalern auskommen mussten, hatten es nicht leicht, ein standesgemäßes Leben zu führen und zugleich die Grundsätze einer vernünftigen häuslichen Wirtschaftsführung nicht zu verlassen. Sie konnten sich kaum mit dem führenden Industrie und Handel treibenden Bürgertum vergleichen.

Für die Schicht der Sekretäre können wir aus den Kammerrechnungen folgende Auszüge machen:

Rechnungsjahr	1758/59	1802/03	1822/23
Geheimer Sekretär-		560 Rtlr	500 Rtlr
1. Regierungssekretär	350 Rtlr	366 Rtlr	599 Rtlr
2. Regierungssekretär	208 Rtlr	87 Rtlr	472 Rtlr
1. Regierungsregistrator	200 Rtlr	250 Rtlr	-
2. Regierungsregistrator	200 Rtlr	-	-
Regierungsbotenmeister	150 Rtlr	295 Rtlr	374 Rtlr
Regierungsbotenmeister		250 Rtlr	-
Regierungsarchivar		-	473 Rtlr

⁵³⁷ a= adliger Stelleninhaber, b= bürgerlicher Stelleninhaber.

⁵³⁸ In der Kammerrechnung sind die Beträge in rheinischer Guldenwährung angegeben, hier in Reichstaler umgerechnet.

⁵³⁹ Diese Stelle war damals mit dem Konsistorialpräsidium verbunden, deshalb so hohes Gehalt.

⁵⁴⁰ Diese Angaben stammen aus der Sonneberger Amtsrechnung, alle anderen aus der Kammerrechnung (alle ThStAMgn ältere Rechnungen).

1. Kammersekretär	117 Rtlr	291 Rtlr	374 Rtlr
2. Kammersekretär	-	-	311 Rtlr
Steuersekretär	300 Rtlr	-	-
Kammerregistrator	165 Rtlr	246 Rtlr	-
Verwalter der Kammerkasse (Rentmeister)	375 Rtlr	518 Rtlr	619 Rtlr
Rechnungsexaminator	139 Rtlr	275 Rtlr	262 Rtlr
Rechnungsrevisor	104 Rtlr	325 Rtlr	380 Rtlr
Rechnungsrevisor	104 Rtlr	265 Rtlr	260 Rtlr
Rechnungsrevisor	-	240 Rtlr	258 Rtlr
Rechnungsrevisor	-	219 Rtlr	164 Rtlr
Rechnungsrevisor	-	210 Rtlr	159 Rtlr
Rechnungsrevisor	-	190 Rtlr	111 Rtlr
Kalkulator	-	115 Rtlr	111 Rtlr
Kriegssekretär	250 Rtlr	236 Rtlr	-
Konsistorialsekretär	300 Rtlr	186 Rtlr	321 Rtlr

Aus dieser Aufstellung stechen sofort zwei Beamte durch hohe Gehaltsbezüge ins Auge, der Geheime Sekretär und der Verwalter der Kammerkasse (Rentmeister, Kammerobereinnehmer). Die Inhaber dieser beiden wichtigen Dienststellen gehörten sozial nicht zu den Subalternbeamten, sondern standen den Kollegialmitgliedern gleich. Eine ähnliche Stellung nahm auch der erste Regierungssekretär ein⁵⁴¹. Aus diesem Amt sind tatsächlich eine Reihe von Beamten in die Kollegien aufgestiegen. Im Übrigen lagen die Gehälter der Sekretäre und Registratoren zwischen 200 und 350 Rtlr. Die Inhaber dieser Stellungen gehörten sämtlich dem Bürgertum an. Das Gehalt bildete bei fast allen die Basis ihrer wirtschaftlichen Existenz und die alleinige Einnahmequelle. Nur sehr wenige Vertreter dieser Schicht haben über weitere Einnahmen verfügt wie etwa der Kammersekretär Hartmann, der eine Buchdruckerei betrieb. Viele Momente verbinden aber die Sekretäre mit den bürgerlichen Mitgliedern der Landeskollegien. Beide waren wirtschaftlich vom Landesherrn abhängig und durch ihr Können und die Stetigkeit ihrer Arbeit die Hauptstütze in der Verwaltungsorganisation des fürstlichen Absolutismus. Wirtschaftlich kam die Sekretärsschicht in Meiningen etwa den wohlhabenden Stadthandwerkern gleich. Wir möchten geneigt sein, in sie auch die Rechnungsrevisoren einzureihen. Ihre ordentlichen Bezüge waren zwar nicht so hoch wie die der Sekretäre und Registratoren, sie haben allerdings oft noch beträchtliche Nebeneinnahmen durch Verwaltung von Sonderkassen erhalten.

Den mittleren Beamtenschichten gehörten auch noch eine Reihe Hofbeamter an, die in der Landesverwaltung wenig in Erscheinung traten und deshalb nur am Rande behandelt werden sollen. Ihre Gehaltsentwicklung ist in folgender Zusammenstellung festgehalten:

⁵⁴¹ Das Gehalt von 1822/23 ist hier deshalb so hoch, weil der Inhaber der Stelle, Regierungssekretär Böttiger, schon Jahrzehnte im Dienst war.

Rechnungsjahr	1758/59	1802/03	1822/23 ⁵⁴²
Hofverwalter	116 Rtlr	362 Rtlr	560 Rtlr
Hoffourier	113 Rtlr	-	260 Rtlr
Hofjäger	114 Rtlr	172 Rtlr	-
Küchenmeister	170 Rtlr	-	400 Rtlr
Küchenschreiber	106 Rtlr	160 Rtlr	207 Rtlr
Hofgärtner	219 Rtlr	272 Rtlr	300 Rtlr
Musikdirektor	-	298 Rtlr	258 Rtlr
Bauamtsleiter	224 Rtlr	533 Rtlr	333 Rtlr

Es folgen schließlich die Schichten der Subalternbeamten, deren typischer Vertreter in der Zentralverwaltung der Kanzlist ist⁵⁴³. Dennoch war seine Stellung früher gemeinhin geachteter als wir zunächst annehmen möchten. Freilich nahmen die Meiningschen Kanzlisten des 18. Jahrhunderts nicht mehr die bedeutende gesellschaftliche Position wie die hennebergischen Kanzlisten des 17. Jahrhunderts ein, von denen einige im Meininger Stadtrat saßen. Der Kanzlistengehalt lag im 18. Jahrhundert im Allgemeinen unter 200 Rtlr jährlich. Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese Beamtenschicht vielfach in einer gedrückten wirtschaftlichen Lage lebte. In den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts wurden ihre Gehälter wesentlich aufgebessert. Die gehaltliche Sonderstellung der Kanzleiboten haben wir bereits früher erörtert. Aus den Meininger Kammerrechnungen können wir folgende Zusammenstellung ermitteln:

Rechnungsjahr	1758/59	1802/03	1822/23
<u>Geheime Kanzlei</u>			
Geheimer Registrator ⁵⁴⁴	148 Rtlr	180 Rtlr	279 Rtlr
Geheimer Kanzleidiener	-	63 Rtlr	-
<u>Regierungskanzlei</u>			
Regierungskanzlist	73 Rtlr	223 Rtlr	299 Rtlr
Regierungskanzlist	73 Rtlr	223 Rtlr	291 Rtlr
Regierungskanzlist	73 Rtlr	216 Rtlr	277 Rtlr
Regierungskanzlist	73 Rtlr	200 Rtlr	191 Rtlr
Reg.-Kanzleidiener	66 Rtlr	205 Rtlr	299 Rtlr
Regierungsbote	12 Rtlr	12 Rtlr	
<u>Konsistorialkanzlei</u>			
Konsistorialkanzlist	-	-	219 Rtlr
Konsistorialbote	-	44 Rtlr	33 Rtlr

⁵⁴² Beträge sind in der Rechnung eigentlich in rheinischer Guldenwährung angegeben, hier aber in Reichstaler umgerechnet.

⁵⁴³ Huschke, Die Beamtenschaft der Weimarischen Zentralverwaltung in "Aus mitteldeutschen Archiven" Festschrift für Kretschmar (1953) S. 191 rechnet den Kanzlisten zur mittleren Beamtenschaft. Wir möchten jedoch nicht dieser Einstufung folgen, und wir verweisen auf die große Festeordnung vom 12. März 1777 ThStAMgn ZM 261. In Kapitel I § 3 werden die "Sekretäre bei den Landeskollegien" in Klasse III, die Boten allerdings in Klasse IV eingereiht. Jedenfalls gehörten die Kanzlisten zu den "Subalternen".

⁵⁴⁴ Geheimer Registrator ist hier der Titel des Geheimen Kanzlisten

Kammerkanzlei

Kammerkanzlist	104 Rtlr	136 Rtlr	254 Rtlr
Kammerkanzlist	104 Rtlr	99 Rtlr	249 Rtlr
Kammerkanzlist	128 Rtlr	65 Rtlr	240 Rtlr
Kammerkanzlist			219 Rtlr
Kammerkanzlist			209 Rtlr
Kammerbote	27 Rtlr	57 Rtlr	74 Rtlr

Aus dem Bereich der Hofverwaltung gehören zu dieser Beamtengruppe:

Kellerschreiber	-	105 Rtlr	206 Rtlr
Bauschreiber	-	-	149 Rtlr
Lakaien	60 Rtlr	99 Rtlr	200-164 Rtlr
Mundkoch	85 Rtlr	145 Rtlr	222 Rtlr
Kammermusici	120 Rtlr	83-36 Rtlr	300 Rtlr

In der Hofverwaltung waren schließlich noch eine Reihe Personen beschäftigt, die ihrer sozialen Stellung nach zu den Arbeitern gehörten: In den zeitgenössischen Rechnungen werden ihre Bezüge nicht als "Besoldung", sondern als "Lohn" bezeichnet. Hierzu gehören:

Rechnungsjahr	1758/59	1802/03	1822/23
Küchenmädchen	8 Rtlr	10 Rtlr	22 Rtlr
Scheuermägde	10 Rtlr	10 Rtlr	60 Rtlr
Waschfrauen	-	51 Rtlr	74 Rtlr
Garderobenmädchen	-	12 Rtlr	90 Rtlr
Gartenknechte	-	-	107 Rtlr
Kutscher	51 Rtlr	83 Rtlr	108 Rtlr

Nach Betrachtung der Hof- und Zentralverwaltung wenden wir uns nunmehr den Besoldungen der Lokalverwaltungen zu. Sie zeigen kein so reichhaltiges Bild. Wir greifen hier die Ämter Altenstein, Meiningen und Sonneberg heraus und kommen zu folgenden Feststellungen:

Amt Altenstein

Rechnungsjahr	1787/88	1805/06	1823/24
Amtmann	577 Rtlr	437 Rtlr	300 Rtlr
Amtskastner	257 Rtlr	345 Rtlr	348 Rtlr
Amtsaktuar	-	-	192 Rtlr
Forstschreiber	183 Rtlr	288 Rtlr	165 Rtlr
Förster	157 Rtlr	181 Rtlr	311 Rtlr
Förster	164 Rtlr	181 Rtlr	171 Rtlr
Förster	44 Rtlr	259 Rtlr	
Amtsknecht	35 Rtlr	36 Rtlr	46 Rtlr
Amtsbote	-	6 Rtlr	9 Rtlr
Brunnenwärter	17 Rtlr	18 Rtlr	-

Amt Meiningen

Rechnungsjahr	1689/90	1742/43	1780/81	1821/22 ⁵⁴⁵
Amtmann	-	-	88 fl fr.	281 fl fr.
Amtskellner	84 fl fr.	91 fl fr.	129 fl fr.	145 fl fr.
Amtssekretär	20 fl fr.	-	-	32 fl fr.
Amtsdiener	-	29 fl fr.	42 fl fr.	136 fl fr.

Amt Sonneberg

Rechnungsjahr	1758/59	1800/01	1823/24
Amtmann	425 fl fr.	494 fl fr.	846 fl fr.
Amtsvogt	56 fl fr.	-	-
Amtskommissar	-	87 fl fr.	-
Amtssekretär	81 fl fr.	-	517 fl fr.
1. Amtsschreiber	-	-	156 fl fr.
2. Amtsschreiber	-	-	129 fl fr.
Zentaktuar	-	13 fl fr.	-
Amtsaktuar	-	-	517 fl fr.
Amtsregistrator	-	-	299 fl fr.
Amskastner	193 fl fr.	611 fl fr.	698 fl fr.
Steuerverwalter	-	294 fl fr.	195 fl fr.
Rendant	-	-	394 fl fr.
Exequirer	-	-	22 fl fr.
Amsknecht	-	72 fl fr.	69 fl fr.
Forstschreiber	78 fl fr.	-	481 fl fr.
Förster Steinach	98 fl fr.	-	489 fl fr.
Förster Judenbach	117 fl fr.	-	553 fl fr.
Förster Steinheid	94 fl fr.	-	525 fl fr.
Förster Hämmer	76 fl fr.	-	333 fl fr.
Förster Mürschnitz	73 fl fr.	-	390 fl fr.
Förster Heinersdorf	77 fl fr.	-	133 fl fr.
Förster Igelshieb	53 fl fr.	-	419 fl fr.

Neben der Besoldung erhielten die Beamten bei Dienstreisen "Zehrungsgeld"⁵⁴⁶. Die Beträge weisen in den Kammer-, Amts- und Landschaftsrechnungen oft hohe Summen aus. Die Obrigkeit hatte stets gegen die Höhe der Diätenrechnungen der Beamtenschaft zu kämpfen. Schon unter Bernhard I. wurde versucht, durch Erlass der Reisekostenordnung vom 30. März 1699 diese Frage zu regeln. Die hohen Reisekostenrechnungen der nach Erwerb Coburgs oft zwischen den beiden Residenzen hin- und herfahrenden Beamten unter der Regierung Ernst Ludwigs I. führten am 30. August 1715 zu einer eingehenden "Ordonnance", die genaue Bestimmungen über die Diäten enthielt⁵⁴⁷. Auch später war die Diätenfrage ein heißumstrittenes Problem und gab der Obrigkeit immer wieder Anlass zum Eingreifen. Charlotte Amalie erließ 1767 ein neues Diätenreglement, auf das Georg I. nochmals hinwies⁵⁴⁸. Im Jahre 1779 wurden auch die Diäten der Advokaten gesetzlich geregelt⁵⁴⁹. Die

⁵⁴⁵ Die Beträge sind in der Rechnung in rheinischer Guldenwährung ausgewiesen, hier aber in fränkische Guldenwährung umgerechnet.

⁵⁴⁶ Die "Zehrungen" betrugen nach der Kammerrechnung 1758/59 511 Rtlr (= 3,2 % der Gehaltssumme), 1802/03 1394 Rtlr (= 5,4 % der Gehaltssumme) und 1822/23 3640 fl rh (= 8,9 % der Gehaltssumme), ThStAMgn, ältere Rechnungen Kammer Meiningen.

⁵⁴⁷ ThStAMgn ZM 216 und 214 Bl. 445.

⁵⁴⁸ ThStAMgn ZM 260 Bl. 169, 243, 244.

Höhe der Diäten richtete sich nach dem Rang der Beamten. Die Tagessätze betrugen 1802 beim Oberjägermeister 4 Rtlr, bei einem Amtskastner 1 Rtlr. Der Kammerrat Deahna verbrauchte im Rechnungsjahr 1758/59 50 Rtlr Diäten (= 10 % des Gehalts)⁵⁵⁰. Im Jahre 1802 konnte der Kanzler von Uttenhoven 336 Rtlr an Tagegeldern liquidieren. Das entsprach etwa einem Drittel seines Gehalts als Mitglied der Regierung und des Geheimen Ratskollegiums⁵⁵¹.

Schließlich haben wir bei Behandlung der Beamtenbesoldung noch die Frage der Pensionen zu behandeln. Im 18. Jahrhundert war hierfür der zeitgenössische Ausdruck "Provision". Das Fehlen eines eigentlichen Beamtenrechts bewirkte, dass ein Rechtsanspruch auf eine Pension nicht bestand und dass es ganz im Ermessen des Landesherrn lag, ob sie gewährt wurde. So fand die Abhängigkeit der Beamten von der Obrigkeit hier ihren beredetesten Ausdruck. Eigentliche Pensionsinstitute bestanden im 17. und 18. Jahrhundert nur für die Witwen der Geistlichkeit. Aber auch hier waren die Bezüge spärlich genug. Für die Verwaltungsbeamten wurde erst im Jahre 1826 eine ähnliche Einrichtung geschaffen, auf die noch näher einzugehen ist. Bis weit ins 18. Jahrhundert blieben die Beamten noch im hohen Alter im Amt. Viele haben bis ins Greisenalter eine sehr intensive Tätigkeit entfaltet⁵⁵². Aber auch, wenn Arbeitsunfähigkeit eingetreten war, wurden oftmals die Gehaltsbezüge weitergezahlt. Der Regierungsrat und Amtmann von Meiningen, Johann Jakob Grimm, konnte Alters wegen über ein Jahrzehnt nicht mehr an den Regierungssitzungen teilnehmen, dennoch blieb er in Bestallung⁵⁵³. Nach dem Tod eines Beamten wurde seinen Hinterbliebenen gewöhnlich das "Gnadenquartal" vergütet. Seine Höhe war verschieden, in der Regel aber ein Vierteljahresgehalt. Gelegentlich wurden auch die vollen Bezüge für zwei Quartale gewährt.

Im Rechnungsjahr 1758/59 wurden aus der Kammerkasse an 18 Personen "Provisiones" mit einer Gesamtsumme von 430 Rtlr gezahlt, das waren 2,8 % der Gesamtgehaltssumme. Bei 11 "Provisonarien" handelt es sich um Witwen unterer und mittlerer Beamter. Die Höhe der einzelnen Pensionen schwankte zwischen 70 und 2 Rtlr jährlich. Die Witwe des Kammerassessors Richter erhielt 70 Rtlr, die des ehemaligen Neustädter Amtssekretärs Sonnhoff 30 Rtlr, ein Grenadierinvalide 5 Rtlr, eine "alte Waschmagd" 9 Rtlr. Die Pensionen waren recht bescheiden und ganz nach freiem Ermessen festgesetzt. Nach der Kammerrechnung wurden 1802/03 3172 Rtlr an "Pensionen" ausgegeben. Dieser Betrag entsprach 12,1 % der Gesamtgehaltssumme dieser Rechnung. Die Zahl der Pensionäre war auf 68 gestiegen. Allerdings wurden durch die Kammerkasse nicht allein die Pensionäre der Zentralverwaltungen, sondern auch eine Reihe anderer Personen versorgt. Dennoch drücken diese Zahlen zweifellos die vom aufgeklärten Absolutismus begonnene umfassendere Fürsorge der Obrigkeit für die Beamtenschaft aus. Besonders unter der Regierung Georgs I. wurden die Pensionen merklich erhöht. Sie schwankten nunmehr zwischen 286 und 3 Rtlr.

⁵⁴⁹ ThStAMgn ZM 260 Bl. 195.

⁵⁵⁰ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1758/59.

⁵⁵¹ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03.

⁵⁵² Den 80-jährigen Sonneberger Amtmann Ernst Ludwig Schröter bezeichnet das Kirchenbuch (PA Sonneberg, Register 1766-1808 S. 1226) als einen "bis in die letzten Wochen seines Lebens tätigen Greis". Den Tod des 74-jährigen Wirklichen Geheimen Rats und Oberamtmanns Karl Wilhelm Wolfgang von Donop meldete am 10. Januar 1813 das Amt Sonneberg der Regierung mit folgenden Worten: "Noch tätig bis an sein Ende, welches heute früh erfolgte, war sein nie ermatteter Geist. Noch in der letzten Lebensstunde, wo der Körper aller Hülfe versagte, wollte seine Seele Amtspflichten erfüllen, die er so gern von jeher erfüllte." ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13073. Für den 6. September 1775 berichtete das Schalkauer Kirchenbuch, der Schalkauer Amtsvogt u. Zentamtsverwalter Johann Nikol Kost sei "in der Amtsstube über seinen Verrichtungen von einem Steck- u. Schlagfluß überfallen und endigte nach Ablauf von 6 Stunden sein rühmliches Leben durch einen sanften und seeligen Tod". PA Schalkau Sterberegister 1775.

⁵⁵³ Archiv II S. 219.

Auch jetzt überwogen die Beamtenhinterbliebenen unter den Pensionären bei weitem, aber auch an alte Beamte wurden Beträge gezahlt⁵⁵⁴. Immer noch waren die Pensionen sparsam bemessen. Wenn die Hofdame von Lentsch 286 Rtlr, die Oberforstmeisterin von Steuben und die Oberstin von Bibra 100 Rtlr erhielten, so ging das noch an, da hier wirtschaftlicher Rückhalt vorhanden war. Aber Beamtenwitwen wie die Rentmeisterin Steiner mit 27 Rtlr, die Kammerrätin Mollwitz mit 18 Rtlr, die Baudirektorin Deahna mit 12 Rtlr oder gar eine Kutscherwitwe mit 4 Rtlr haben sich zweifellos oft genug kümmerlich durchs Leben schlagen müssen. Andererseits fällt auf, dass die Hofbediensteten gegenüber den Verwaltungsbeamten über verhältnismäßig hohe Pensionen verfügten. Der Kammerdiener Pauli erhielt 1802 109 Rtlr, die Kammerfrauen Marschall und Brill je 68 Rtlr. Diese Feststellungen zeigen, mit welcher Willkür Pensionen verteilt wurden, und dass neben der sozialen Stellung auch die Beziehungen zu den Mitgliedern des Herzogshauses von ausschlaggebender Bedeutung für die Höhe der Bezüge waren.

Zu Anfang der Regierungszeit des Herzogs Bernhards II. erhielten im Rechnungsjahr 1821/22 108 Personen aus der Kammerkasse Pensionen. Davon waren 25 Personen von den Ämtern übernommen worden. Die Gesamtsumme betrug jetzt 8799 fl rh, das waren genau 10 % der Gesamtgehaltssumme, die von der Kammerkasse ausgegeben wurde. Dieser Betrag gliederte sich in "Pensionen" und "Quiescentengehälter". Unter Pensionen wurden vorwiegend Zahlungen an Beamtenhinterbliebene verstanden. Die Pensionen schwankten zwischen 150 fl rh und 7 fl rh Ganz aus dem Rahmen fällt die Pension des Hofjägers Hladlick mit 500 fl rh Im Allgemeinen waren aber auch jetzt die Bezüge nicht hoch⁵⁵⁵.

Nur wenige Beamte kamen in den Genuss der "Quiescentengehälter", die in der gleichen Höhe wie die bisherigen Besoldungen gewährt wurden. Im Jahre 1822 waren nur vier Beamte in den Genuss dieser Vergünstigung gekommen⁵⁵⁶. Das höchste Ruhegehalt erhielt der Schalkauer Amtmann Otto mit 800 fl rh, die Kommissionssekretäre Meticke und Fleischmann bekamen Beträge von immerhin 490 und 400 fl rh. Bemerkenswert ist auch hier wieder, dass diese "Quiescenten", von denen Fleischmann nie in einem eigentlichen Beamtenverhältnis zum Meininger Herzog stand, sich schon vor ihren Ruhesetzungen in sehr guten Beziehungen zum Landesherrn befanden⁵⁵⁷. Erst nach Erlass des Grundgesetzes vom 24. September 1824 ergriff die Obrigkeit Maßnahmen, um ein allgemein verbindliches Gesetz auszuarbeiten, das den Beamten einen Rechtsanspruch auf eine Pension gewährte. Am 16. Januar 1826 ernannte der Landtag eine Kommission zur Prüfung des herzoglichen Vorschlags zur Errichtung einer Pensionsanstalt. Sie unterbreitete schon am 19. Januar dem Landtag ihren "kommissarischen Vorschlag"⁵⁵⁸. Der Entwurf fand die Zustimmung des Landtags und wurde unterm 20. März 1826 als "Verordnung die Errichtung einer Pensionsanstalt für Witwen und Kinder verstorbener Staatsdiener betreffend" erlassen⁵⁵⁹. Nunmehr wurde am 1. April 1826 eine "Pensionsanstalt" unter gemeinschaftlicher Leitung der Kammer und der

⁵⁵⁴ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03 Bl. 106 "41 Rtlr 16 gr an die Tochter der verstorbenen Frau Rechnungsexaminator Böttigerin auf eine unbestimmte Zeit" Bl. 107 "33 Rtlr 8 gr an die Tochter der verstorbenen Frau Cammerrat Caroli".

⁵⁵⁵ Um diese Feststellung an einigen Fällen deutlich zu machen, seien folgende Pensionszahlungen aufgeführt: Witwe des Geheimen Kammerrats Bechstein 112 fl rh, des Obergeleiteinnehmers Arnold 62 fl rh, des Kutschers Krautwurst 33 fl rh, des Kanzlisten Musäus 41 fl rh, des Amtskommissars Kost in Sonneberg 19 fl rh, des Oberförsters Engelhard in Judenbach 25 fl rh, des Amtskastners Flemming in Neuhaus 50 fl rh, des Amtmanns Heusinger in Wasungen 75 fl rh

⁵⁵⁶ ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1822/23 Bl. 356.

⁵⁵⁷ Über Fleischmann: Archiv II S. 225-232, Auszüge aus Landtagsverhandlungen S. 45, 58-59, 62-69.

⁵⁵⁸ Auszüge aus Landtagsverhandlungen S. 45, 58-59, 62-69.

⁵⁵⁹ MRIB 18/1826.

Landschaft gebildet, die einer Versicherung gleichkam. Die "Staatsdiener" hatten sich 1 % ihres Gehalts für die Pensionsanstalt abzuziehen zu lassen. Ein gestaffelter Gehaltsabzug, den die Regierung vorgeschlagen hatte, war vom Landtag abgelehnt worden. Die Gelder wurden als Pensionsfonds bei der Landschaftskasse gesammelt und aus den Zinsen die laufenden Pensionen gezahlt. Bis zur Auffüllung des Fonds sollten die Kammer 75 % und die Landschaft 25 % der benötigten Gelder aufbringen. Die Höhe der Pensionen wurde nunmehr ebenfalls genau festgelegt. Die Witwe erhielt den sechsten Teil des Endgehaltes ihres Mannes als Pension. Die Witwe eines bereits im Ruhestand lebenden Beamten erhielt nur den sechsten Teil des Ruhegehaltes, es sei denn, an den Pensionsfonds waren auch nach der Pensionierung 1 % des Endgehaltes weiter entrichtet worden. Vollwaisen hatten ebenfalls Anspruch auf Pension, allerdings nur insgesamt auf ein Sechstel, gleichgültig wie groß ihre Zahl war. Die Verordnung begünstigte nur die Witwe und Waisen "eines vom Staate definitiv angestellten Dieners". Hofbeamte, Geistliche, Lehrer und Militärpersonen waren ausgeschlossen. Für Geistlichenwitwen bestand allerdings schon eine besondere Pensionskasse. Vor allem aber war das Ruhegehalt des Staatsbeamten selbst noch in keiner Weise gesetzlich geregelt. Es blieb nach wie vor dem freien Ermessen des Herzogs überlassen.

Die Verordnung vom 26. März 1826 hat ohne Zweifel den Beamtenwitwen größere wirtschaftliche Sicherheit gegeben. Sie war erlassen worden, damit den Hinterbliebenen "getreuer Staatsdiener künftig eine kräftigere Unterstützung zuteil wird als das nach den jetzt bestehenden Einrichtungen der Fall sein konnte." Das Gesetz bedeutete auf dem Gebiet des Beamtenrechts einen wesentlichen Schritt von alter Patrimonialherrschaft zum Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts. Für die Beamenschaft hatte das Vorteile, aber auch manchen Nachteil. Der aus dem patrimonialen Verhältnis zwischen Herzog und seiner Beamenschaft stammende Gedanke einer persönlichen Fürsorge verblasste nunmehr hinter dem Paragraphen des Gesetzes. Die Bindungen versachlichten sich. So kam es, dass die erwachsenen Töchter eines so verdienstvollen Beamten wie des Chausseebauinspektors Weißenberg 1831 mit ihrem Gesuch um Unterstützung in ihrer verzweifelten wirtschaftlichen Lage glatt abgewiesen wurden. Es ist gerade in diesem Fall erschütternd zu sehen, wie rücksichtslos die Landesherrschaft nunmehr sein konnte. Umsonst war die dringende Befürwortung der Landesregierung. Ohne Erfolg wiesen die Schwestern Weißenberg in einer Eingabe darauf hin, dass ihr Vater "in jugendlicher Kraft bis zum Greisenalter unausgesetzt dem Fürsten und dem Land seine Lebenskraft gewidmet hat". Vergebens war ihre verzweifelte Frage an Bernhard II. "Zeugen denn nicht die Werke unseres Vaters von seinem Eifer, von seinem Mut und seiner Hingabe im Dienst, zeugen denn nicht die Aktenstöße von seiner gewissenhaften Treue und Ausführung seiner Pflichten?" Das Landesministerium antwortete an die Schwestern Weißenberg im Auftrag des Herzogs durch ein Dekret vom 8. Juni 1832 kurz, endgültig und unbarmherzig, "daß ihre Bitte um Bewilligung einer Pension nicht zu berücksichtigen stehe"⁵⁶⁰.

3.3. Die soziale Schichtung der Beamenschaft

Nachdem wir die Gehaltsentwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamenschaft näher kennengelernt haben, ist noch die soziale Schichtung der Beamenschaft zu untersuchen. In den leitenden Stellen spielte schon im 18. Jahrhundert der Gegensatz zwischen Adel und Bürgertum eine bedeutsame Rolle, der zwar meist nicht offen zum

⁵⁶⁰

ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 16437.

Ausbruch kam, aber die soziale Lage in den Landeskollegien oft genug hintergründig prägte. Das Meininger Land nahm hier an der allgemeinen deutschen Entwicklung teil. Durch die großen Verwaltungsreformen des 16. Jahrhunderts und durch Einführung des römischen Rechts war der bürgerliche Jurist in den oberen Verwaltungsstellen zu maßgebendem Einfluss gelangt. Er hatte hier den noch im Spätmittelalter vorherrschenden Adel ganz in den Hintergrund verdrängt. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts trat eine gegensätzliche Entwicklung ein. Sie ist bedingt durch den beginnenden fürstlichen Absolutismus und sein Streben, den Landadel an den Hof zu ziehen und in Hof-, Verwaltungs- und Militärangelegenheiten zu beschäftigen. Der Adel war seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bemüht, sich dem Bildungsstand des gelehrten Bürgertums anzugleichen, das ihm im 16. Jahrhundert so sehr überlegen war. Während in der 1660 aufgelösten hennebergischen Zentralverwaltung das bürgerliche Element noch durchaus tonangebend war, trat der Adel schon unter der Regierung des ersten Meininger Herzogs stark in den Vordergrund. Unter der Regierung Ernst Ludwigs war der Adel bereits im Besitz aller wichtigen Meininger Verwaltungsstellen. Der bürgerliche Jurist spielte vielfach nur noch eine Hilfsrolle.

So ist die Meininger Verwaltung im 18. Jahrhundert in ihren leitenden Stellen im Wesentlichen vom Adel geprägt worden. Wie in anderen Ländern blieb auch in Meiningen späterhin eine Reihe leitender Stellen unbestritten in adliger Hand. Am Ende des 18. Jahrhunderts in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus trat in vielen deutschen und auch manchen thüringischen Territorien das Bürgertum wieder stärker hervor. Auch Meiningen nahm an dieser Entwicklung teil. Wir werden aber später noch im Einzelnen feststellen, dass der Adel in einer ganz augenfälligen Weise bis weit ins 19. Jahrhundert seine führende Stellung in der Verwaltung behauptete. Das Meininger Herzogtum verhielt sich auch hier viel konservativer als seine Nachbarstaaten Weimar-Eisenach, Hildburghausen und Coburg-Saalfeld. Das Geheime Ratskollegium war in Meiningen im Gegensatz zu anderen thüringischen Staaten dem Bürgertum fast ganz verschlossen. Nur einmal war ein Nichtadliger, der Schwallunger Bauernsohn Konrad Johann Meß, im altmeiningischen Fürstentum erster Minister des Herzogs. Nur unter der Regierung Anton Ulrichs war im Geheimen Ratskollegium das Bürgertum stärker vertreten. Später haben lediglich der Kanzler Grimm und der Konsistorialvizepräsident Heim diesem obersten, für die absolutistische Regierungsweise so wichtigen Ratgeberkreis des Herzogs angehört.

Allerdings war schon zu Anfang des 18. Jahrhunderts die Kluft zwischen Adel und Bürgertum nicht mehr unüberbrückbar. Auch aus der Meininger Verwaltung sind damals eine Reihe graduierter Juristen nicht nur formal in den Adelsstand erhoben worden, sondern durch den Erwerb von Rittergütern auch wirklich in die Reihe der Feudalherren eingetreten. Die Verleihung des Adelstitels konnte nur der Kaiser vornehmen. Die Meininger Herzöge haben die Verleihung lediglich empfohlen. Der Übertritt in den Adel war nicht mit allzu großen Schwierigkeiten verbunden. In der Meininger Beamtenschaft nahmen seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts die Vertreter des neuen "Beamtenadels" eine nicht unbedeutende Stellung ein. Das früheste Beispiel einer Standeserhöhung eines meiningischen Beamten ist die Erhebung des Hof- und Regierungsrats Paul Heinrich Tilemann am 15. Oktober 1700 in den Ritterstand. Tilemann weilte damals als "Sachsen-Coburg-Meiningischer Angesandter" in Wien und war schon seit 1699 Rittergutsbesitzer in Stepfershausen⁵⁶¹. In den ersten Jahren der Regierung Ernst Ludwigs I. setzte dann die aus Baden stammende Familie Fischer, der seit 1710 auch Liebenstein gehörte und deren Stammvater der gothaische Kammerdirektor Johann

⁵⁶¹

Brückner II S. 158.

Jost Hartmann Fischer war, ihre Aufnahme in den Adelsstand durch. Die sieben Kinder des Gothaer Kammerdirektors, darunter auch der meiningische Hof- und Kammerrat Friedrich Albrecht Fischer wurden am 17. Januar 1708 vom Kaiser Joseph I. mit der Denomination "von Fischern" geadelt. Aus dem Liebensteiner Zweig stammen eine Reihe führender Meininger Verwaltungsbeamter. In dem Jahre 1714 wurde dann auch der Meininger Kriegsrat Johann Nikolaus Ritterich mit dem Adelsprädikat "von Rademannsburg" in den Ritterstand gehoben⁵⁶². Der neue Beamtenadel verschmolz im Laufe des 18. Jahrhunderts durch Heirat zusehends mit dem alten Adel. Auch seine wirtschaftliche Stellung konnte er durch Landerwerbungen verbessern. Bei den meisten Familien des Beamtenadels ruhte jedoch das Schwergewicht ihrer Berufstätigkeit auch weiterhin in der Arbeit für die Verwaltung des absolutistischen Staates. Vielfach waren die Vertreter des Beamtenadels, besonders in der ersten Generation, Persönlichkeiten von großer Tatkraft und Willensstärke. Sie überragten den alten Landadel geistig bei weitem. Durch ihr Können bildeten sie auch in Meiningen zusammen mit der bürgerlichen Beamtenschaft die geistige Hauptstütze für den Verwaltungsapparat des Absolutismus. Aus dieser Schicht stammen die Geheimen Räte Anton Ulrichs, Heinrich Karl von Pfau und Andreas Simson von Biechling. Erster kam aus einer im anhaltischen Verwaltungsdienst groß gewordenen Beamtenfamilie, letzterer war als Hildburghäuser Geheimer Rat erst drei Jahre vor seinem Eintritt in die meiningische Verwaltung am 30. September 1725 geadelt worden⁵⁶³. Auch der "Erstminister" Charlotte Amalies, Johann Christian Heinrich Fischer von Fischberg stammte aus einer Hildburghäuser Bürgerfamilie und wurde erst am 17. Juni 1750 als Hildburghäuser Legationsrat unter dem Prädikat "von Fischberg" in den Adelsstand erhoben. Die Zahl der aus dem neuen Adel stammenden Meininger Beamten des 18. Jahrhunderts ist aber weit größer. Hierzu gehörte auch der spätere Meininger Wirkliche Geheime Rat Franz Josias von Hendrich, dessen Urgroßvater als Coburger Kammerdirektor geadelt worden war⁵⁶⁴. Der charakterlich so heiß umstrittene Regierungs- und Geheime Rat Justus Hermann von Pfaffenrath war Sohn eines am 2. Oktober 1751 geadelten preußischen Kammerrats⁵⁶⁵.

Der Adel hatte im 18. Jahrhundert die ihm zwei Jahrhunderte früher vom Bürgertum strittig gemachte Stellung in den leitenden Ämtern der Verwaltung wieder zurück gewonnen. Allerdings war ihm vom Bürgertum wertvolles Blut zugeflossen. Unter Anton Ulrich, der eine besondere Vorliebe für das Bürgertum hatte, gewannen noch einmal bürgerliche Beamte in den führenden Verwaltungskollegien das Übergewicht. Es hing ohne Zweifel mit den Maßnahmen des Herzogs gegen die adlige Hofkamarilla um Herzog Friedrich Wilhelm zusammen, dass bei der Neubesetzung der Zentralverwaltungen 1746 überall dem Bürgertum der Vorzug gegeben wurde. Von den neuen Mitgliedern des Geheimen Ratskollegiums gehörten jetzt nur einer dem alten Adel, zwei dem Beamtenadel und drei dem Bürgertum an. Die Regierung wurde mit einem Vertreter des Beamtenadels und fünf Bürgerlichen besetzt. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewann der Adel aber alle verlorenen Positionen in der Meininger Verwaltung rasch wieder zurück⁵⁶⁶. Die Meininger Landesregenten des aufgeklärten Absolutismus haben bei aller Vorliebe für das gebildete Bürgertum in einer ganz augenfälligen Weise bei Besetzung der leitenden Verwaltungsstellen dem alten Adel den Vorrang gegeben. Freilich waren diese zum überwiegenden Teil entschiedene Anhänger der Aufklärung. Es ist aber dennoch unverkennbar, dass die soziale Zusammensetzung des

⁵⁶² Österreichisches Staatsarchiv Abteilung Allgemeines Verwaltungsarchiv, Adelsregister.

⁵⁶³ Österreichisches Staatsarchiv Abteilung Allgemeines Verwaltungsarchiv, Adelsregister.

⁵⁶⁴ SVMGL 73 (1915) S. 802.

⁵⁶⁵ SVMGL 73 (1915) S. 804.

⁵⁶⁶ Ähnliche Entwicklung in anderen Ländern, für Hannover: Maier, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte I S. 461.

Geheimen Ratskollegiums unter der Regierung Georgs I. der im Wesentlichen fortschrittlichen Regierungspolitik einen konservativen Unterton gab und dass sie sich unter der Regentschaft Luise Eleonores hemmend auf die politische Weiterentwicklung des Landes auswirkte. So unterschied sich Meiningen in mancher Hinsicht von den übrigen ernestinischen Herzogtümern Thüringens. Es wird sich deshalb als sehr lohnend erweisen, bei eingehender Besprechung der sozialen Verhältnisse in den einzelnen Behördenstellen immer einen Vergleich mit diesen Staaten im Auge zu behalten.

Das Geheime Ratskollegium bestand in Meiningen bei Beginn der Regierung Georgs I. aus drei Adligen und einem bürgerlichen Beamten, dem Kanzler Martin Christian Grimm. Im Jahre 1800 waren im obersten Ratgeberkreis des Herzogs nur Adlige vertreten, 1804 vier Adlige und ein Bürgerlicher. Als 1819 der Konsistorialvizepräsident Heim starb, gehörten bis 1829 dem Geheimen Ratskollegium wieder nur Adlige an. Gegenbeispiele hierzu bilden die Herzogtümer Sachsen-Weimar-Eisenach und Coburg-Saalfeld. Das Coburger Geheime Ratskollegium bestand 1783 aus einem Adligen und zwei Bürgerlichen⁵⁶⁷. Seit 1783 gehörten dem Coburger Landesministerium nur noch Räte aus dem Bürgertum an, wenngleich einigen während ihrer Amtszeit der Adelstitel verliehen wurde. In Weimar gehörte schon 1764 kein Mitglied des Geheimen Consiliums dem alten Adel an. Es setzte sich damals aus drei Vertretern des Beamtenadels zusammen. In den Jahren 1774 und 1784 gehörten von den drei Mitgliedern des Weimarer Geheimen Consiliums einer dem Beamtenadel und zwei dem Bürgertum an. Im Jahre 1794 überragte das Bürgertum im obersten Beratungskreis des Weimarer Herzogs den Adel noch stärker. Von den fünf Mitgliedern stammten vier aus dem Bürgertum und einer aus dem Beamtenadel. Auch 1804 war das Bürgertum durchaus noch vorherrschend. Vier Söhnen bürgerlicher Eltern stand ein Glied des alten Adels gegenüber⁵⁶⁸. Im Gothaer Geheimen Ratskollegium war dagegen wie in Meiningen der alte Adel tonangebend. Dem Bürgertum blieb die oberste Landesbehörde noch am Anfang des 19. Jahrhunderts verschlossen⁵⁶⁹.

In Meiningen war der Adel auch in den großen Fachkollegien der Zentralverwaltung noch in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus in erstaunlich hohem Maße vertreten. Das Bürgertum spielte hier oft genug nur eine Nebenrolle. Von den 15 Präsidenten, die zwischen 1780 und 1829 den Landeskollegien vorstanden, gehörten 10 dem alten Adel und fünf dem Bürgertum an. Die Regierung bestand 1776 und 1789 aus vier adligen und zwei bürgerlichen Räten, 1794 aus sechs adligen und einem bürgerlichen Mitglied und 1804 schließlich aus fünf altadligen und zwei bürgerlichen Räten. Unter der Regierung Georgs I. beherrschte also der Adel dieses wichtige Landeskollegium vollkommen. Im Wesentlichen blieb dieses soziale Verhältnis bis 1829 bestehen. Im Jahre 1815 standen sich in der Regierung vier altadlige und

⁵⁶⁷ Gruner, Hist.stat. Beschreibung I S. 57.

⁵⁶⁸ Für Weimar-Eisenach: "Hochfürstlich Sachsen-Weimar und Eisenachischer Hof- und Adresscalender" für das im Text genannte Jahr. Geheimes Consilium 1764: "Wirklicher Geheimer Rat Gottfried von Nonnen, Wirklicher Geheimer Rat Johann Poppo von Greiner, Geheimer Legationsrat Jakob Friedrich von Fritsch, 1774: Wirklicher Geheimer Rat von Fritsch, Geheimer Assistenzrat Ludwig Karl Schmidt, Geheimer Assistenzrat Christian Friedrich Schnauß, 1784: Wirklicher Geheimer Rat von Fritsch, Geheimer Rat Schnauß, Geheimer Rat Johann Wolfgang Goethe, 1794: Wirklicher Geheimer Rat von Fritsch, Geheimer Rat Schnauß, Geheimer Rat Goethe, Geheimer Rat und Kammerpräsident Johann Christoph Schmidt, Geheimer Rat Christian Gottlob Voigt, 1804: Geheime Räte von Goethe, Schmidt, Voigt, Wilhelm Ernst Friedrich von Wolzogen, Christian August Thon. Für Hannover, Maier Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte I S. 41.

⁵⁶⁹ Für Sachsen-Gotha-Altenburg: "Herzoglich Sachsen-Gotha und Altenburgischer Hof- und Adresscalender" Geheimes Ratskollegium: 1794: Wirklicher Geheimer Rat Syvilus Friedrich Ludwig, Freiherr von Frankenberg, Wirklicher Geheimer Rat und Kammerpräsident Wilhelm von Rotberg, 1810: nur drei altadlige Räte, 1816: nur vier altadlige Räte.

ein bürgerlicher Rat gegenüber. Erst mit dem Regierungsantritt Bernhards II. änderte sich das Verhältnis geringfügig zugunsten des Bürgertums. Im Jahre 1825 bestand die Landesregierung aus vier adligen und zwei bürgerlichen Räten.

Demgegenüber setzte sich im Jahre 1783 die Regierung des Coburger Landes aus einem Adligen und zwei Bürgerlichen zusammen. Das Präsidium hatte ein bürgerlicher Beamter inne. Die Regierung in Weimar bestand 1764 aus sechs adligen und drei bürgerlichen Räten, 1784 aus je vier adligen und bürgerlichen Räten. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts änderte sich das Verhältnis aber ganz augenfällig zugunsten des Bürgertums. Im Jahre 1804 waren in der Weimarer Regierung drei adlige und fünf bürgerliche Räte vorhanden. In der Regierung des Eisenacher Landesteils war das Bürgertum schon früher stärker vertreten. Im Jahre 1764 standen sich hier vier adlige und fünf bürgerliche, 1794 vier adlige und drei bürgerliche und 1813 ein adliger und vier bürgerliche Räte gegenüber. Auch in der Regierung des kleinen Hildburghäuser Fürstentums hatte das Bürgertum schon frühzeitig eine stärkere Stellung als in Meiningen. Die Regierung umfasste 1786 je vier adlige und bürgerliche Räte, 1803 vier adlige und drei bürgerliche Mitglieder. Nach der großen Behördenreform von 1807 setzte sich in Hildburghausen das Geheime Ratskollegium aus drei Adligen und vier Bürgerlichen, die Regierung nur aus fünf bürgerlichen Räten zusammen⁵⁷⁰. Im Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg wies dagegen die Regierung wieder eine ähnliche soziale Zusammensetzung wie in Meiningen auf. Die Gothaer Regierung bestand 1794 und 1811 aus sechs adligen und zwei bürgerlichen Mitgliedern, 1816 aus sieben adligen und zwei bürgerlichen Mitgliedern. In Altenburg umfasste die Regierung 1794 sieben Adlige und zwei Bürgerliche, 1811 sechs Adlige und zwei Bürgerliche. Die Präsidentschaft war hier stets dem Adel vorbehalten.

In der Kammer, der obersten Domänenfinanzbehörde, hatte in Meiningen der Adel noch am Ende des 18. Jahrhunderts durchaus das Übergewicht. Das Präsidium lag seit 1768 bis zur Auflösung der Kammer 1831 stets in adliger Hand. Das Kammerkolleg bestand 1784 aus vier adligen und zwei bürgerlichen Räten. Erst in den letzten Jahren Georgs I. war ein Gleichgewicht von je vier Mitgliedern hergestellt. Unter der Regentschaft Luise Eleonores waren 1815 in der Meininger Kammer vier adlige und drei bürgerliche Kollegen tätig.

In den anderen sächsischen Herzogtümern beherrschte der Adel die oberste Domänenfinanzbehörde nicht in dieser Weise. Gelegentlich war sogar am Ende des 18. Jahrhunderts das Präsidium lange Zeit in bürgerlicher Hand, so in Weimar unter Johann Christoph Schmidt und in Coburg unter Johann Gerhard Gruner. Die Weimarer Kammer bestand 1764 zwar noch aus vier adligen und einem bürgerlichen Rat, 1784 aber war das Verhältnis bereits umgekehrt. Im Jahre 1804 waren drei bürgerliche und vier adlige, 1813 sogar fünf bürgerliche und zwei adlige Kammermitglieder in Bestallung. In Eisenach war in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus der Adel stärker in der Kammer vertreten. Im Jahre 1774 bestand das Eisenacher Kolleg aus vier adligen und zwei bürgerlichen Räten, 1804 aus drei adligen und zwei bürgerlichen Mitgliedern. Im kleinen Hildburghäuser Land nahm das Bürgertum eine bedeutende Stellung in der Kammer ein. Sie bestand 1803 aus je zwei Mitgliedern des Adels und des Bürgertums, 1810 aus einem adligen und vier bürgerlichen Räten. Selbst in Gotha war das Bürgertum in der Kammer stärker als in Meiningen vertreten. Im Jahre 1794 bestand zwar die Gothaer Kammer aus drei adligen und nur einem bürgerlichen Rat, 1811 aber schon aus drei bürgerlichen und zwei adligen Mitgliedern. In der Altenburger Kammer hielten sich 1811 Adel und Bürgertum mit je drei Mitgliedern die Waage, während sich 1816 vier adlige und zwei bürgerliche Räte gegenüberstanden. Bei all dem muss aber noch betont werden, dass im Meininger Land innerhalb des Adels der alte Beamtenadel stärker in der Verwaltung hervortrat.

⁵⁷⁰

ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Hildburghausen 1785/86, 1802/03, 1810.

Im Konsistorium, der obersten Kirchen- und Schulbehörde, war seit der Reformation das Bürgertum immer besonders stark gewesen. Allein die Tatsache, dass die im Konsistorium tätige Geistlichkeit dem Bürgertum entstammte, trug sehr zur Festigung seiner Stellung in diesem Kollegium bei. Allerdings hat in den thüringischen Fürstentümern des 18. Jahrhunderts auch der Adel durch Übernahme der Präsidenschaften in nicht unbedeutendem Maße Einfluss auf das Konsistorium gewonnen. Meiningen macht hier eine Ausnahme. Der Konsistorialvorsitz lag 1728 bis 1829 ununterbrochen in bürgerlicher Hand. In den Jahren 1728 bis 1800 war überhaupt kein adliger Konsistorialrat in Bestallung. Wenn auch in den übrigen Thüringer Herzogtümern das Bürgertum im Konsistorium stärker als in Regierung und Kammer vertreten war, so doch nicht in dieser eindeutigen Weise wie in Meiningen. Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung der übrigen thüringischen Konsistorien am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts ergibt folgendes Bild: In Gotha standen sich 1794 ein adliger und vier bürgerliche Räte in der obersten Kirchen- und Schulbehörde gegenüber. 1811 und 1816 waren nur bürgerliche Räte im Konsistorium vorhanden. In Altenburg war der Adel stärker vertreten. Im Jahre 1794 waren fünf adlige und drei bürgerliche Konsistorialmitglieder in Bestallung, 1811 und 1816 drei adlige und vier bürgerliche Räte. In den Konsistorien zu Weimar und Eisenach überwog das Bürgertum eindeutig. Das Weimarer Oberkonsistorium bestand 1774 aus zwei adligen und vier bürgerlichen, 1794 aus einem adligen und vier bürgerlichen Räten, 1813 aus vier bürgerlichen und einem adligen Rat. Für Weimar stellen wir auch das seltene Beispiel fest, dass in den Jahren 1801 bis 1803 nicht ein Jurist sondern ein Theologe, Johann Gottfried Herder, das Konsistorialpräsidium innehatte. Im Eisenacher Konsistorium waren 1794 zwei adlige und vier bürgerliche Räte, 1804 je drei Mitglieder und 1813 ein adliger Rat und vier Bürgerliche in Bestallung. Das Coburger Konsistorium bestand 1783 aus vier bürgerlichen Mitgliedern. Adlige Räte waren hier nicht tätig⁵⁷¹.

Wenn wir, um eine Gesamtübersicht über die soziale Zusammensetzung der Meininger Oberbehörden in der Zeit von 1680 bis 1823 gewinnen zu wollen, alle Räte in Regierung, Kammer und Konsistorium auf ihre gesellschaftliche Stellung untersuchen, so ergibt sich für Meiningen folgendes Bild: Von den 107 Kollegialräten und -assessoren gehörten 65 Beamte (=61,7 %) dem Bürgertum, 32 Beamte (=29,9 %) dem alten Adel und 10 Beamte (=9,4 %) dem Beamtenadel an. Betrachten wir aber Regierung und Kammer allein, so ergibt sich eine merkliche Verschiebung zugunsten des Adels. In diesen Kollegien gehörten 52,9 % dem Bürgertum, 36,7 % dem alten Adel und 10,4 % dem neuen Beamtenadel an. Berücksichtigen wir aber nur die Zeit von 1763 bis 1823 in Regierung und Kammer, so überwog der Adel. 41,9 % der Räte und Assessoren gehörten dem Bürgertum, 51,5 % dem alten und 6,6 % dem neuen Adel an. Auch die Präsidentenstellen beherrschte der Adel in der Zeit von 1680 bis 1829 eindeutig. Es stehen sich hier bei einer Zusammenstellung 14 Angehörige des Uradels, drei Mitglieder des Beamtenadels und sieben Bürgerliche gegenüber. Lassen wir das Konsistorium unberücksichtigt, so ergibt sich ein Verhältnis 12:1:3.

Wenn auch in der gemeinsamen täglichen Arbeit in den Landeskollegien die sozialen Gegensätze zwischen Adel und Bürgertum zurückgetreten sind, seitdem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Adel auch zur Kleinarbeit herangezogen worden ist, so musste der bürgerliche Beamte seine Zurücksetzung oft deutlich genug gefühlt haben. Selbst die der bürgerlichen und adligen Beamtenschaft gemeinsame Geisteshaltung der humanitären Aufklärung kann darüber nicht hinwegtäuschen. Wie der Adel auch in scheinbar nebensächlichen Dingen bevorzugt worden ist, wird durch die Feststellung deutlich, dass in Meiningen der Präsidententitel an bürgerliche Kollegialvorsitzende nur sehr zögernd

571

Gruner, Hist.-stat. Beschreibung I S. 59.

verliehen worden ist. Von allen bürgerlichen Vorsitzenden der Landeskollegien führten nur Johann Ludwig Nadler und Ernst Georg Stoll, zwei Favoriten Anton Ulrichs, dieses Prädikat und zwar im Konsistorium. Ihre Nachfolger Johann Friedrich Wilhelm Zinck und Johann Ludwig Heim bekamen nur den Vizepräsidententitel, obwohl sie jahrzehntelang und mit großem Erfolg der obersten Kirchen- und Schulbehörde vorstanden. Beide haben immer wieder mit Stolz auf ihre bürgerliche Abstammung hingewiesen. Wie sehr sich über solche Titelfragen die Gemüter aber erhitzen konnten, zeigt ein undatiertes, ins Jahr 1809 zu setzendes Votum des Konsistorialvizepräsidenten Heim für das Geheime Ratskollegium. Nach offenbar vorangegangener Verärgerung stellte Heim fest, dass er den Präsidententitel nicht annehmen werde und führte mit einem Seitenhieb gegen den Geheimen Kammerrat Anton von Uttenhoven, der seit 1802 Wirklicher Geheimer Rat, aber nicht Mitglied des Geheimen Ratskollegiums war, aus: "Ich bin versichert, daß es dem Herrn Geheimen Rat von Uttenhoven mehr Freude machen wird, wenn er allein den Titel erhält als wenn ich solchen miterhalte, und es ist mir lieber, allein Vizepräsident zu bleiben. Ebenso muß ich wünschen, daß nicht soviel Geheime Regierungs- und Kammerräte gemachten werden, damit der Beisatz "Geheime" eine Ehrenbezeichnung unter uns bleibe."⁵⁷²

Aber nicht nur bei der Titelvergebung sondern auch bei Beförderung und Besoldungsregelungen können wir immer wieder eine einseitige Bevorzugung des Adels feststellen. Selbst unter der Regierung Georgs I., der sich der Bedeutung des Bürgertums als einer aufsteigenden Klasse durchaus bewusst war, sind solche Fälle häufig genug anzutreffen. Hierzu kam, dass bestimmte Stellungen dem Bürgertum in der Praxis verschlossen waren, besonders da, wo bei hoher Besoldung eine intensive Arbeit nicht gefordert wurde. Die hohen Hofchargen, das Hofmarschallamt, die Oberstall- und Oberhofmeisterstelle war begreiflicher Weise dem Bürgertum ganz verschlossen. Die leitenden Positionen im Forstwesen waren dem Adel stets vorbehalten, obwohl gerade das Emporblühen der meiningischen Forste am Anfang des 19. Jahrhunderts bürgerlichen Beamten zu verdanken war. Die Schikanen, mit denen die aus altadligen Geschlechtern stammenden Forstmeister einen so hervorragenden Fachmann und Menschen wie dem Kammer- und Forstrat Bechstein das Leben erschwerten, sind ein beredetes Zeugnis von adligem Standesdünkel und Geringschätzung bürgerlichen Könnens.

Allerdings würden wir ein falsches Bild entwerfen, wollten wir übersehen, dass am Ende des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts der Adel unter der Meiningener Beamtenschaft Persönlichkeiten herangebildet hat, die trotz aller Standesvorurteile einen Sinn für die Notwendigkeit einer Änderung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse hatten. Durch die Aufklärung, wie sie von der Meiningener Loge ausstrahlte, sind ein neues Menschenbild und ein neues Bewusstsein der Verantwortlichkeit des führenden Beamten für seine Mitmenschen entstanden, das sich auch in der praktischen Politik äußerte. Wenn Männer wie Franz Josias von Hendrich, Franz Christian Eckbrecht von Dürkheim und später Christian Ferdinand von Könitz und Dietrich von Stein auch nie ihre Zugehörigkeit zum Adel geleugnet haben und die konservative Seite ihrer Anschauungen immer wieder zum Durchbruch kam, so gingen doch von ihnen starke Impulse einer geistigen und politischen Erneuerung im Meiningener Land aus. Sie drängten auf die Ablösung des alten feudalen Ständestaates durch den bürgerlichen Staat des 19. Jahrhunderts hin.

Trotz der bedeutenden Stellung des Adels in der meiningischen Verwaltung vor 1829 war aber auch hier die absolutistische Verwaltung undenkbar ohne die bürgerlichen Beamten. Das

⁵⁷²

ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11778.

Bürgertum stellte nicht nur Mitglieder in den Landeskollegien, sondern vor allem die gesamte mittlere und untere Beamtenschaft. Als Kollegienräte haben bürgerliche Beamtenfamilien oft durch Generationen der meiningischen Landesherrschaft gedient. Die Schreibstuben der Landeskollegien und die Amtmannsstellen waren von einer blutsverwandten und verschwägerten bürgerlichen Sekretärsaristokratie beherrscht⁵⁷³. Verwandtschaftsverhältnisse verbanden die Räte, Sekretäre und Registratoren der Landeskollegien, die Amtleute, Advokaten und Geistlichen. So entstand seit dem 17. Jahrhundert eine festgefügte Beamtenkaste, die bis ins 19. Jahrhundert einen kaum zu unterschätzenden Einfluss auf die Verwaltung des Herzogtums ausübte. Ihre bedeutendsten Geschlechter werden wir später noch näher kennenlernen. Wie die höheren und mittleren Beamten nicht selbst aus Beamten-, Advokaten- und Pfarrergeschlechtern stammten, kamen sie vornehmlich aus dem Handwerk treibenden Kleinbürgertum, selten jedoch aus der Bauernschaft⁵⁷⁴. Die bürgerliche Beamtenschaft war geistig durchaus regsam und im Verwaltungsdienst erprobt. Durch ihre Kleinarbeit und ihre unerschütterliche Treue zur Landesherrschaft, die oft genug herbeste Enttäuschungen nicht wankend machen konnte, war sie in Wirklichkeit die Säule, auf der die gesamte Verwaltungsorganisation des meiningischen Staates in der Zeit des fürstlichen Absolutismus ruhte. Im benachbarten Coburg hat die bürgerliche Beamtenschaft zu Anfang des 19. Jahrhunderts mit aller Energie einen gegen die Feudalaristokratie gerichteten Absolutismus durchgesetzt und auf diese Weise den alten Ständestaat aufgelöst. Wenn es in Meiningen nicht zu solchen harten Auseinandersetzungen kam, so lag das vornehmlich daran, dass weniger Grund für eine so scharfe Kritik an der bisherigen Verwaltungstätigkeit zu üben war und die Meininger Aufklärung einen konservativeren Charakter trug.

Nach dieser allgemeinen Übersicht wollen wir noch einmal in die Tiefe dringen und anhand des Beamtenverzeichnisses im Haushalt- und Adreßbuch von 1806 eine soziologische Untersuchung der Beamten der Meininger Zentralverwaltung vornehmen. Es sollen dabei dargestellt werden Lebens- und Dienstalter der Beamten sowie ihre regionale und soziale Herkunft.

Die Übersicht über das Lebensalter der 64 Beamten der Meininger Zentralverwaltung ergibt für das Jahr 1806 folgendes Bild:

⁵⁷³ Vgl. hierzu ähnliche Erscheinungen auch in anderen Territorien, so im Kurfürstentum Hannover, Meier, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte I S. 492.

⁵⁷⁴ Huschke stellt für Sachsen-Weimar dieselben Verhältnisse fest. Aus mitteldeutschen Archiven, Festschrift für Helmut Kretzschmar (1953) S. 215.

Behörde	19.-30.	30.-40.	41.-50.	51.-60.	61.-70.	ü. 70.	Durchschnitt Lebensjahr
Geh. Ratskollegium	-	-	-	1	3	1	64
Geh. Kanzlei	-	2	-	-	1	2	55
Regierung	-	4	1	1	1	-	45
Reg.-Kanzlei	1	4	1	2	1	2	48
Kammer	1	1	3	1	1	-	46
Kammerkanzlei	-	2	4	2	-	1	48
Renterei u.	2	4	2	2	1	1	42
Rechnungskommission							
Konsistorium	-	2	1	-	1	-	45
Konsist. Kanzlei	-	-	2	1	-	1	56
Oberforstamt	-	-	2	2	-	-	51
Kriegskommission	-	1	-	1	-	-	48
Höhere Beamte	1	6	7	6	3	1	50
Mittlere Beamte	4	8	5	4	1	3	47
Unterbeamt	1	3	5	3	-	3	51
Gesamtzahl:	6	17	17	13	4	7	49

Dienstjahre hatten damals hinter sich:

Behörde	1-4	5-9	10-19	20-29	30-39	40-49	ü. 50	Du.schnitt
Geh.Ratskollegium	1	-	-	-	3	1	-	30
Geh. Kanzlei	-	1	1	1	-	1	-	17
Regierung	-	2	2	1	1	1	-	21
Reg.Kanzlei	4	2	3	-	1	-	1	15
Kammer	-	2	3	-	2	-	-	16
Kammerkanzlei	3	1	2	2	1	-	-	13
Renterei u.	2	4	2	3	1	-	-	15
Rechnungskommission								
Konsistorium	1	-	2	-	1	-	-	16
Kons.-Kanzlei	-	-	2	1	1	-	-	22
Oberforstamt	-	1	1	-	2	-	-	21
Kriegskommission	-	-	1	1	-	-	-	18

Huschke hat bereits nachgewiesen, dass die weimarische Beamenschaft der Goethezeit ein Kreis reifer Männer mit oft jahrzehntelanger Berufserfahrung gewesen ist⁵⁷⁵. Anhand der oben mitgeteilten Zahlen können wir diese Feststellung auch für Meiningen übernehmen. Das Meininger Ergebnis ist vielleicht noch eindrucksvoller als die Weimarer Ermittlungen. Das Durchschnittsalter der Beamten der Zentralverwaltung lag dort im Jahre 1776 bei 44 Jahren, in Meiningen 1806 bei 49 Jahren. Auch die Angehörigen der unteren Beamenschaft stellen in Meiningen mit einem Durchschnittsalter mit 51 Jahren die an Lebensjahren älteste Schicht dar. Sie hatte vielfach schon die besten Mannesjahre hinter sich und konnte kaum noch auf eine wesentliche Verbesserung ihrer Stellung rechnen. Augenfällig ist auch das hohe durchschnittliche Dienstalder der leitenden Beamten.

⁵⁷⁵

Huschke in "Aus mitteldeutschen Archiven" Festschrift für Kretzschmar 1935.

Es ist verständlich, dass die Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums die höchste Durchschnittszahl an Lebensjahren aufwiesen. Mit 64 Jahren liegt sie aber immerhin um 15 Jahre höher als die des weimarischen Geheimen Consiliums im Jahre 1776. Auch der Durchschnitt der Dienstjahre ist mit 30 Jahren beträchtlich höher als in Weimar, für das Huschke eine Durchschnittszahl von 20 Jahren errechnet hat. Allerdings ist in Meiningen seit 1770 eine ständige Erhöhung des Durchschnittsalters der Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums feststellbar. Es erreichte im Jahre 1807 seinen Höhepunkt. Diese Entwicklung hat ihren Grund in der im höchsten Beratungskreis des Herzogs nur selten vorgenommenen Personalveränderung, wodurch nur wenig neue Kräfte der Behörde zugeführt worden sind. Im Jahre 1770 lag das Durchschnittsalter der Mitglieder des Meininger Geheimen Ratskollegiums noch bei 42 Jahren, wenn wir den Geheimen Rat von Pfau, der fast immer landesabwesend war, unberücksichtigt lassen, sogar bei 36 Jahren. Die oberste Behörde war damals also mit ausnehmend jungen Beamten besetzt. Im Jahre 1776, für das im Weimarer Geheimen Consilium ein Durchschnitt von 49 Jahren errechnet worden ist, liegt er bei 48 Jahren in Meiningen, ohne Pfau aber nur bei 44 Jahren. Für das Jahr 1780 errechnen wir ein Durchschnittsalter der Mitglieder des Meininger Geheimen Ratskollegiums von 43 Jahren, 1790 von 53 Jahren, 1800 von 59 Jahren. Die Überalterung erreichte 1807 mit 65 Jahren ihren Höhepunkt. Sie sank dann 1810 durch Ergänzung der Behörde auf 59 Jahre, stieg aber 1819 wieder auf 65 Jahre an. Erst nachdem Bernhard II. junge Beamte in sein Geheimen Ministerium berief, verringerte sich 1826 wieder die Durchschnittszahl auf 49 Jahre. Die Landeskollegien, in denen 1806 das Durchschnittsalter bei 45 Jahren liegt, heben sich damit deutlich vom Geheimen Ratskollegium ab.

Ein Überblick über die regionale Herkunft der 64 Beamten der Meininger Zentralverwaltung zeigt folgendes Bild:

Behörde	Landes- Kinder	davon: Meinin- ger	Unter- land	Ober- land	Aus- länder	davon: Thürin- ger	Mittel-	Süd- Deutschland	Nord-
Geh.Ratskollegium	2	-	1	1	3	1	-	1	1
Geh.Kanzlei	3	2	1	-	2	1	1	-	-
Regierung	5	3	-	2	2	-	-	2	-
Reg.-Kanzlei	10	6	3	1	2	2	-	-	-
Kammer	4	1	1	2	3	1	1	1	-
Kammerkanzlei	8	6	2	-	1	1	-	-	-
Renterei u. Rechnungskommission	12	1	6	5	-	-	-	-	-
Konsistorium	4	2	2	-	-	-	-	-	-
Konistorialkanzlei	3	1	1	1	1	1	-	-	-
Oberforstamt	1	1	-	-	3	3	-	-	-
Kriegskommission	1	1	-	-	1	1	-	-	-
Höhere Beamte	13	7	3	3	11	4	1	5	1
Mittlere Beamte	22	7	9	6	3	2	1	-	-
Unterbeamt	13	9	4	-	2	2	-	-	-
Gesamtzahl:	48	23	16	9	16	8	2	5	1

Wir sehen, dass der weitaus größte Teil der Beamtenschaft der Zentralverwaltung, nämlich genau 75 %, Landeskinder gewesen sind. Dieser Prozentsatz liegt bedeutend höher als 1776 in Weimar, für das Huschke nur 58 % errechnet hat. Jedoch sticht auch in unserer Zusammenstellung ins Auge, dass der Anteil der Landfremden in der leitenden Beamtenschaft bedeutend höher als in der mittleren und unteren Beamtenschaft gewesen ist.

Meiningen tritt als Herkunftsort stark in Erscheinung. Schon deshalb, weil es sich bei der Beamtenschaft der Zentralverwaltung vielfach um eine eng begrenzte Kaste gehandelt hat.

Wir untersuchen schließlich noch die soziale Zusammensetzung der Beamten der Meininger Zentralbehörde für das Jahr 1806. Eine Erhebung über den Geburtsstand zeigt folgendes Ergebnis:

Stand	höhere Beamtenschaft	mittlere	untere	Summe
Adel	15	-	-	15
Bürgertum	8	18	8	34
Bauerntum	1	5	3	9
Arbeiterstand	-	2	1	3
Soldatenstand	-	-	1	1
unbekannt	-	1	1	2

Sehr eindeutig wird hier das große Übergewicht des Adels innerhalb der höheren Beamtenschaft gezeigt, das 62,5 % erreicht. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, dass der Adel innerhalb der Meininger Beamtenschaft eine weit bedeutendere Rolle als in Weimar, Coburg und Hildburghausen gespielt hat. In der mittleren Beamtenschaft dagegen überwiegt ganz eindeutig das Bürgertum, aus der die Hälfte aller Ränge hervorgegangen ist. Der Bauernstand, zu dem hier auch die Dorfhandwerker gezählt worden sind, hat seine Söhne nur in der mittleren Beamtenschaft zu einiger Bedeutung gebracht. Eine seltene Ausnahmeerscheinung stellt der Konsistorialrat und spätere Generalsuperintendent Johann Lorenz Vierling als Bauernsohn in der höheren Beamtenschaft dar. Aus dem Arbeiterstand sind nur 3 Beamte hervorgegangen und zwar die beiden Rechnungsrevisoren Johann Conrad Vieweg und Johann Michael Lipfert sowie der Geheime Bote Johann Georg Metz. Viewegs Vater war Schichtmeister im Eisenwerk Obersteinach, Lipfert stammt aus einer Holzarbeiterfamilie aus Haselbach im Oberland, während der Vater des Geheimen Boten Metz Kutscher in Meiningen war. Lipfert ist später als Kammerrat in die höhere Beamtenschaft aufgestiegen. Nicht zu ermitteln war die soziale Herkunft des Geheimen Sekretärs Jacobi und des Konsistorialkanzlisten Henneberg.

Eine Aufgliederung desselben Personenkreises nach Berufsgruppenzugehörigkeit des Vaters ergibt folgendes Bild:

Berufsgruppe	höhere Beamtenschaft	mittlere	untere	Summe
Beamte	14	7	6	27
davon:				
höhere	10	-	-	10
mittlere	4	6	3	13
untere	-	1	3	4

Rittergutsbesitzer	3	-	-	3
Offiziere	2	-	-	2
Industrielle	2	-	-	2
Pfarrer	1	2	-	3
Ärzte	-	1	-	1
Stadthandwerker	1	6	3	10
Dorfhandwerker	-	2	1	3
Gutspächter	-	1	-	1
Bauern	1	3	2	6
Arbeiter	-	2	1	3
Soldaten	-	-	1	1
unbekannt	-	1	1	2

Aus dieser Übersicht geht ganz eindeutig hervor, dass die Väter der meisten Beamten selbst Beamte gewesen sind. Aus dieser Berufsgruppe stammen 41 % der Beamtenschaft der Meininger Zentralbehörden um 1806, bei der höheren Beamtenschaft sogar 54 %. Zählen wir die Offiziere, Pfarrer und beamteten Ärzte hinzu, so ergibt sich sogar ein Anteil von 48 % bzw. 67 %. Die Beamten, deren Väter adlige Rittergutbesitzer gewesen sind, werden mit drei Beamten als zu gering angegeben. Tatsächlich hat es in den Meininger Zentralbehörden 1806 noch fünf weitere adlige Beamte gegeben, deren Väter gleichzeitig Beamte und Rittergutsbesitzer gewesen sind, die aber in der Aufstellung als Beamte erscheinen. Zu dieser Schicht gehören auch der aus dem Industrieadel hervorgegangene Kanzler Johann August von Uttenhoven und sein Bruder, der Kammerpräsident Anton von Uttenhoven. Aus dem feudalen Großgrundbesitz stammt somit 16 % der Beamtenschaft der Meininger Zentralverwaltung zu Anfang des 19. Jahrhunderts, von der leitenden Beamtenschaft sogar 42 %. Im Übrigen fällt nur noch das handwerkliche Kleinbürgertum ins Gewicht, aus dem ein nicht unwesentlicher Anteil der mittleren und unteren Beamtenschaft stammt. Aus ihm gingen 1806 14 % der Beamtenschaft der Meininger Zentralverwaltung hervor. In der mittleren Beamtenschaft stieg der Prozentsatz auf 20 %. Alle übrigen Berufsgruppen spielen nur eine unbedeutende Rolle.

Zum Abschluss werfen wir noch einen Blick auf die alten Meininger Beamteneschlechter, deren Glieder wir bei der Darstellung der Verwaltungsgeschichte immer wieder begegnen werden. Besonders bei den bürgerlichen Beamten wird in ganz augenfälliger Weise das Bestehen einer eng verwandten Beamtenkaste deutlich. Aus der hennebergischen Zeit stammen noch die Meininger Beamteneschlechter Schröter, Zinck und Strauß. Stammvater des Meininger Zweiges der Familie Schröter ist Dr. Jakob Schröter, der Sohn eines Weimarer Bürgermeisters, der 1604 als hennebergischer Regierungsrat nach Meiningen kam und dort 1645 als hennebergischer Kanzler starb. Von den Kindern seines Sohnes Jeremias Schröter, der hennebergischer Kanzleisekretär war, wurden Peter Thomas 1685 Amtmann von Frauenbreitungen, Johann David hildburghäusischer Landschaftssyndikus und Johann Christoph Archidiakon in Hildburghausen. Die Söhne des Frauenbreitunger Amtmanns blieben im meiningischen Verwaltungsdienst. Georg Peter starb 1737 als Nachfolger seines Vaters in Frauenbreitungen, Ernst Ludwig war 1723 - 1746 Regierungsrat in Meiningen. Von Johann Christoph stammt der Maßfelder Zweig der Familie ab. Sein Sohn Johann Christoph wurde 1723 zum Amtsadjunkt in Maßfeld ernannt und verwaltete sein Amt bis zu seinem Tod 1750. Sein Nachfolger war sein Sohn Tobias Heinrich, der 1777 als Amtmann in Maßfeld starb. Durch dessen Bruder Ernst Ludwig, der 1761 nach Schalkau versetzt wurde, kam die Familie auch ins Oberland. Ernst Ludwig Schröter starb 1801 als Amtmann von Sonneberg. Sein Sohn Friedrich Wilhelm Schröter war Aktuar bei der Sonneberger

Handlungskommission und starb 1832 als Aktuar beim Verwaltungsamt Sonneberg. Hatte die Familie Schröter im 18. Jahrhundert nur noch Rats- und Amtmannsstellen erlangen können, so fand die eng mit ihr verwandte Familie Zinck Eingang in die leitenden Stellungen der Oberbehörden. Ihr Meininger Stammvater war der aus Schleusingen stammende Salomon Zinck, der nach langen Kriegsdiensten 1643 als Regierungsrat nach Meiningen kam und nach Auflösung der hennebergischen Zentralverwaltung 1660 Amtmann in Wasungen und Sand war⁵⁷⁶. Sein ältester Sohn Johann Jakob Zinck wurde sein Nachfolger in Wasungen, starb aber schon 1680. Sein zweiter Sohn Dr. med. Georg Christoph Zinck war Physikus und Oberbürgermeister in Meiningen, später auch Leibmedikus des Herzogs. Er starb 1729. Sein ältester Sohn Georg Theodosius Zinck hatte unter der Regierung Ernst Ludwigs I. bis 1713 die Hofmedikusstelle inne. Dessen Stiefbruder Justus Christoph Zinck wurde 1716 Kabinettssekretär und später einer der tatkräftigsten Verfechter der Interessen des Herzogs Anton Ulrich. Im Jahre 1728 kam er in das Konsistorium, 1746 sogar in das Geheime Ratskollegium. Als einer der bedeutendsten Kirchenrechtler und Historiker, die die meiningische Beamtenschaft hervorgebracht hat, war Justus Christoph Zinck Mitschöpfer der großen Zinck-Mattenbergischen Dokumentensammlung. Der dritte Bruder Johann Jakob Zinck ging ebenfalls aus den Partikulardiensten Anton Ulrichs hervor. Er war 1722 bis 1743 Regierungsmitglied. Der Sohn Justus Christophs Johann Friedrich Wilhelm Zinck arbeitete sich aus kleinen Anfängen als Lehnsekretär zum Regierungsrat empor und übernahm 1775 die Leitung des Konsistoriums. Seit 1779 führte er den Titel eines Konsistorialvizepräsidenten. Mit ihm erlosch am 21. März 1800 "eine der angesehensten Familien, deren Glieder seit beinahe 200 Jahren mit Auszeichnung dem Vaterland gedient hatten"⁵⁷⁷. Die Familien Schröter und Zinck waren durch Verwandtschaft eng miteinander verbunden. Dr. Jakob Schröter, der Schwiegervater Salomon Zincks, gehörte in die Ahnenreihe der Familie Zinck. Auch die Schwester des letzten Sprosses der Familie des Konsistorialvizepräsidenten war mit dem Maßfelder Amtmann Tobias Heinrich Schröter verheiratet. Keine verwandtschaftlichen Beziehungen dagegen bestanden mit der Salzunger Familie Zinck, aus der der Frauenbreitunger Adjunkt Johann Adam Zinck († 1739) und sein gleichnamiger Sohn hervorgegangen waren, der am Anfang des 18. Jahrhunderts das Physikat Wasungen innehatte.

Das dritte bedeutende Geschlecht der hennebergischen Beamtenaristokratie, die Familie Strauß, hat es in herzoglicher Zeit nicht mehr zu hohen Staatsstellungen gebracht. Die Familie war 1576 mit dem hennebergischen Kanzler Michael Strauß aus dem bayerischen Schwaben in die Grafschaft gekommen. Unter der gemeinschaftlich sächsischen Landesherrschaft über die Grafschaft Henneberg hatte sie zwei Kanzler und eine Reihe anderer Beamten gestellt. Der Sohn des letzten hennebergischen Kanzlers, Johann Michael Strauß war der bis 1694 tätige Maßfelder Amtsadjunkt Johann Elias Strauß. Sein Nachfolger war sein Sohn Johann Jodikus Siegmund Strauß, der 1721 als Amtmann von Coburg starb. Mit seiner Tochter Johanna Maria Charlotte verheiratete Erck erlosch 1759 das Geschlecht.

Neben diesen aus der alten hennebergischen Beamtenschaft hervorgegangenen Geschlechtern haben im 18. Jahrhundert eine Reihe bürgerliche Familien Eingang in die meiningische Beamtenaristokratie gefunden. Wir werden bei der Darstellung der Verwaltungsgeschichte immer wieder auf die Namen Trier, Grimm, Heim, Vey und Fromm stoßen.

⁵⁷⁶ Installationsprotokoll v. 15. März 1643 GHA VI 24.

⁵⁷⁷ Meininger Chronik II S. 149.

Eine bedeutsame Rolle spielte unter der Regierung Bernhards I. und Ernst Ludwigs I. die Familie Trier. Sie stammt ursprünglich aus Meißen. Johann Wolfgang Trier, Nachkomme eines Hospitalverwalters von Sankt Kilian bei Schleusingen starb 1673 als Kammergutsverwalter in Veßra. Sein gleichnamiger Sohn wurde 1655 Stadtschreiber und 1665 Stadtschultheiß in Meiningen. Er starb 1688. Seiner ersten Ehe entspross der Landschaftssekretär, Landschaftsrat und spätere Konsistorialvizepräsident Johann Christoph Trier, († 1760), einer der maßgebendsten Beamten unter den ersten beiden Meininger Herzögen. Der zweiten Ehe entstammte der kursächsische Hof- und Justizrat Johann Friedrich Trier, der Besitzer der Hüttenwerke in Glücksbrunn, der Geheime Kanzlist und Reisesekretär Ernst Ludwig I., Georg Albrecht Trier und der Salzunger Superintendent Johann Paul Trier. Den Meininger Zweig setzte der Reisesekretär fort. Sein Sohn war der Kriegssekretär Erdmann Christian Trier († 1738), sein Enkel der Kanzleibotenmeister Georg Christoph Trier († 1772).

Johann Jakob Grimm aus Kaltennordheim wurde 1720 Amtmann von Meiningen und als Assessor Regierungsmitglied. Bis ins hohe Greisenalter blieb er als Regierungsrat und Meininger Amtmann in herzoglicher Bestallung. Sein Sohn Christoph Wilhelm Grimm war 1740 bis 1746 Mitglied der Oberländischen Regierungsdeputation und einer der energischsten Verfechter der Interessen Anton Ulrichs. Nach dessen Regierungsübernahme wurde er sogleich in das Meininger Regierungskollegium berufen, dem er bis zu seinem Tod 1754 angehörte. Mit seinem Sohn Christian Martin Grimm stieg die Familie schließlich in der dritten Generation in die Führung des Staates auf. Martin Christian Grimm trat 1764 als Assessor in die Regierung ein, wurde schon 1767 Mitglied des Geheimen Ratskollegiums und 1779 als Kanzler Vorsitzender der Regierung. Er nahm damit eine Stellung ein, wie sie im Meininger Herzogtum nur selten bürgerlichen Beamten anvertraut wurde.

Der Stammvater der Meininger Familie Heim war Stadtmusikus in Schmalkalden und siedelte im 17. Jahrhundert wegen seines lutherischen Glaubens von Schmalkalden in die Werrastadt über. Sein Sohn Dr. med. Johann Caspar Heim († 1677) wurde Stadt- und Landphysikus in Meiningen. Als Geistliche, Ärzte und Verwaltungsbeamte haben seine Nachkommen im Meininger Land hervorragende Arbeiten geleistet. Mit Johann Caspars Enkel Georg Ernst Heim trat erstmals ein Glied der Familie 1738 als Regierungssekretär in den Meininger Verwaltungsdienst. Georg Ernst Heim starb 1767 als Regierungs- und Kammerrat. Sein Sohn Georg Wilhelm stieg über die Stelle eines Lehn- und Regierungssekretärs 1800 zum Regierungsassessor und 1802 zum Regierungsrat auf. Sein Vetter Johann Ludwig Heim aus der Solzer Linie wurde 1775 Konsistorialrat, 1800 Konsistorialvizepräsident und 1803 Mitglied des Geheimen Ratskollegiums. Georg Wilhelms Sohn Johann Christoph Karl Heim setzte die Meininger Hauptlinie fort. Er starb 1854 als Kreisgerichtsaktuar zu Heldburg und ist der Vater des späteren Staatsministers Friedrich Heim, der 1893 in den erblichen Adelstand erhoben wurde.

Die Familie Vey stammt aus Berka an der Werra. Johann Heinrich Vey, Sohn eines Schneidermeisters aus Berka, kam in den letzten Jahren Bernhards I. als Kammerkanzlist in herzogliche Bestallung. Er stieg über die Registratorenstelle zum Rentmeister auf und starb 1723. Sein Sohn Georg Christoph war 1723 - 1735 Kammersekretär und 1735 - 1745 Kammerrat. Auch seine Enkel widmeten sich dem meiningischen Finanzdienst. Johann Friedrich Daniel wurde Kammerregistrator und 1764 - 1791 Kammersekretär, Johann Bernhard Daniel Amtskastner zu Wasungen und Landschaftskassierer. Er starb 1807 als Regierungsrat. Aus der gleichen Familie stammen der Baukondukteur Karl Vey († 1801) und der Landschaftskassierer Johann Friedrich Daniel Vey († 1826).

Die Familie Fromm trat erst am Ende des 18. Jahrhunderts in Meiningische Staatsdienste. Dr. med. Kaspar Philipp Fromm wurde 1782 Hofmedikus und schließlich 1800 Oberbürgermeister in Meiningen. Er starb 1815. Elias Salomon Philipp Fromm war 1791 - 1793 Amtssekretär zu Meiningen und schließlich bis 1817 Konsistorialsekretär. Die Söhne des Hofmedikus traten sämtlich in den Meiningischen Verwaltungsdienst. Der älteste, Abraham Gottlieb war 1808 - 1814 Amtssekretär zu Wasungen, der zweite, Dr. Georg Wilhelm 1815 - 1836 Physikus in Meiningen, der jüngste, Dr. Johann Christian Wilhelm Fromm 1799 - 1825 Physikus in Schalkau. Die Söhne des letzteren waren der Appellationsgerichtsrat Gustav Fromm († 1857) und der Regierungs- und Kasserrat Rudolf Fromm († 1873).

Andere führende Beamtenfamilien des Meininger Herzogtums stammten aus der Schicht der Sekretäre und Kanzlisten. Es ist bemerkenswert, dass ihr Aufstieg vielfach mit der Regierungsübernahme durch Herzog Anton Ulrich im Zusammenhang steht, dessen entschiedene Parteigänger sie in den Jahren des Bruderstreites gewesen waren.

Die Familie Thilo stammt aus Tambach und Friedrichroda. Andreas Justin, Sohn eines Gothaer Archidiakons, Liborius Thilo, wurde 1680 bei Gründung der Meininger Kanzlei als Regierungskanzlist eingestellt und später Küchenmeister. Sein ältester Sohn August Wilhelm Thilo, ein besonderer Vertrauter Anton Ulrichs, war zunächst Geheimer Sekretär und Deputatus des Herzogs, seit 1746 Regierungsrat. Er starb 1748. Sein jüngerer Bruder Johann Ludwig war zuerst Kammersekretär, seit 1740 Geheimer Sekretär und schließlich 1746 - 1753 Kammerrat. Beide waren unvermählt. Von dem anderen Sohn Liborius Thilos, Johann Christoph († 1710), stammt die Unterkatz-Stedtlinger Pfarrerrfamilie ab.

Aus den Reihen der unteren und mittleren Beamtenschaft können eine große Zahl von Familien benannt werden. Aus dieser gesellschaftlichen Schicht stammt die Familie Trinks. Sie stieg erst am Anfang des 20. Jahrhunderts zu den höchsten Staatsstellungen auf. Georg Ernst Trinks ist aus der coburgischen Verwaltung hervorgegangen, wo er sich als entschiedener Parteigänger Anton Ulrichs erwies. Um 1730 war er Gerichtskanzlist zu Coburg, dann 1735 - 1742 Registrator zu Neustadt, nach Vertreibung der meiningischen Beamtenschaft aus der Stadt Regierungs- und Konsistorialregistrator zu Meiningen. Er starb 1767. Von seinen Söhnen wurden Friedrich Bernhard (1725 - 1782) Amtmann zu Meiningen, Heinrich David (1731 - 1808) Kanzlist bei der Meininger Regierung und Johann Christian Kammerkanzlist. Des Amtmanns Sohn Heinrich Karl Friedrich wurde 1792 - 1810 Regierungsregistrator und 1810 - 1821 Regierungsbotenmeister, sein Bruder Martin Christian 1808 - 1809 meiningischer Leutnant. Erst die Nachkommen des Botenmeisters, der noch in recht gedrückten wirtschaftlichen Verhältnissen lebte, konnten die akademische Laufbahn einschlagen. Sein Sohn Viktor Trinks war 1850 - 1867 Appellationsgerichtsrat zu Hildburghausen und einer der führenden Köpfe der Revolution von 1848 in Meiningen. Von ihm stammt der meiningische Staatsrat Dr. Friedrich Trinks ab, der 1913 zum "Wirklichen Geheimen Rat" ernannt wurde.

Die aus Geismar und Eisenach stammende Familie Deahna hatte bereits am Ende des 17. Jahrhunderts mit Ernst Ludwig Deahna († 1694) einen Meininger Bürgermeister gestellt. Sein Sohn Georg Caspar wurde Lehnsekretär bei der Meininger Regierung⁵⁷⁸. Von ihm stammte die Meininger Linie der Familie ab, der sein Sohn Heinrich Christian, 1748 - 1779

⁵⁷⁸

August Deahna, Geschichte der Familie Deahna S. 49, 51, 65.

Amtskastner zu Frauenbreitungen und sein Enkel Johann Heinrich, zunächst Floßkommissar und dann bis 1791 Baudirektor zu Meiningen angehörten. Der Stammvater der zweiten Meininger Linie war der Kaufmann Johann Ernst Deahna († 1715), ein Sohn des Bürgermeisters. Zu dessen Nachkommen zählten der Kammerrat Johann Ernst Deahna († 1761), der Wasunger Amtmann Ernst Christian Deahna († 1796) und die beiden Meininger Kammerkonsulenten Johann Georg († 1800) und Justus Christoph Deahna († 1831). Oft haben Amtmannsstellen durch Generationen in der Hand einer Familie gelegen.

Glieder der Familie Schenk aus Ruhla hatten im 18. und 19. Jahrhundert im Meininger Land eine Reihe Amtmanns- und Amtskastnerstellen inne. Angehörige der Beamtenfamilie Schröter haben wir bereits als Amtleute in Frauenbreitungen und Maßfeld kennengelernt. Drei Mitglieder der Familie Appun standen 1748 - 1778 als Amtleute und Amtsadjunkten dem Altensteiner Amt vor. Die Amtmannsstelle zu Wasungen wurde 1702 bis 1761 von Angehörigen der Familie Reinwald besetzt, ein Spross dieses Beamtengeschlechts war der Meininger Bibliothekar Wilhelm Friedrich Hermann Reinwald, Schillers Schwager. Die Familie Avemann aus Kassel hat sogar durch sieben Jahrzehnte die Amtleute in Frauenbreitungen gestellt. Auf Peter Christoph Avemann, dem Sohn eines Eisenacher Bürgermeisters, der aus den Kabinettsdiensten Anton Ulrichs 1738 nach Frauenbreitungen kam, folgten 1759 sein Sohn Jakob Philipp Elias und 1779 dessen jüngerer Bruder Georg Ernst Christoph Avemann, der 1805 starb.

Die Meininger Beamtenfamilie Döbner stammte aus Coburg und kam über Römhild in die Werrastadt. Christian Philipp Wilhelm Döbner wurde 1757 zum Amtmann des gemeinschaftlichen Amtes Römhild ernannt. Ihm folgte 1800 sein Sohn Johann Christian Theodor in der Amtmannsstelle. Dessen Bruder Georg Friedrich Christian Döbner wurde 1800 Kammerkonsulent, 1803 zweiter Regierungssekretär und 1816 Regierungsrat in Meiningen. Die aus Salzungen stammende weitverbreitete Sippe Walch hat im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert nicht weniger als elf Verwaltungsbeamte dem Meininger Land geschenkt. Als Regierungssekretär, Kriegssekretäre, Physici, Amtskastner, Forstbeamte, Bibliothekare und Archivare haben sie den Meininger Herzögen gedient. Die Salzunger Salinenfinanzen wurden 1734 - 1844 von Gliedern dieser Familie verwaltet.

Die Familie Baumbach kam durch Johann Heinrich Baumbach, den Hoftrompeter Herzog Friedrich Wilhelms nach Meiningen. Von seinen Söhnen wurden August Wilhelm Rechnungsrevisor, Kammerkanzlist und 1761 bis 1784 Amtskellner zu Meiningen und Georg Albert Kammerkanzlist und 1771 bis 1816 Salineninspektor zu Salzungen. Dessen Sohn Ernst Friedrich Baumbach wurde 1801 zum Amtmann von Meiningen und 1808 zum Amtmann von Maßfeld ernannt. Seine Nachkommen standen noch im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts im Verwaltungsdienst des Meininger Herzogtums. Im Rechnungsdienst des alten Meininger Staats finden wir Glieder der Familien Rippel und Böttiger. Johann Nikolaus Rippel trat 1737 als Küchenschreiber in den Meininger Hofdienst. In den Jahren 1742 - 1759 war er Amtskastner zu Sonneberg. Sein Sohn Johann Caspar folgte ihm und verwaltete die Sonneberger Amtskastnerei bis 1785. Sein Bruder war der Schalkauer Amtmann Johann Georg Elias Rippel († 1801). Dessen Sohn Friedrich Christian Elias wurde 1791 zum Amtskastner von Römhild bestellt und verwaltete diese lokale Finanzbehörde bis 1812. Günter David Böttiger war 1719 bis 1729 Amtsvogt zu Maßfeld. Andere Glieder der Familie dienten den Meininger Herzögen als Amtsvögte in Schalkau, Regierungssekretäre und Rechnungsexaminatoren.



Ernst Friedrich Baumbach
 Amtmann zu Maßfeld und Meiningen
 1768 - 1853

Vor allem aber beobachten wir im Forstwesen eine bemerkenswerte Berufstreue der alten Förstergeschlechter. Bis ins 20. Jahrhundert finden wir hier Namen, die uns bereits in hennebergischer Zeit begegnen: Abesser, Grahner und Habersang. Vor der großen Verwaltungsreform von 1829 finden wir Glieder der Familie Abesser, der im 17. Jahrhundert die Forsteien Rohr, Altendambach und Zillbach anvertraut waren, in Bettenhausen, Henneberg, Steinheid und auf dem Forsthaus in der Schmale. Die Försterfamilie Graner/ Grahner treffen wir in den Förstereien Heinersdorf, Steinheid, Schalkau, Neuhaus (Mark), Henneberg, St. Wolfgang, Stedtlingen und Schmerbach.

Die Förstersippe Habersang hat in herzoglicher Zeit zuerst auf der Forstei Langenfeld bei Salzungen gesessen, die sie 1731-1846 verwaltete. Im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert finden wir aber Träger dieses Namens als Förster in Helmers, Steinbach, Rauenstein, Siegmundsburg und auf dem Callenberg bei Coburg. Die oberländische Försterfamilie Sembach ist im 18. Jahrhundert als Inhaber der Forsteien Heinersdorf, Steinheid und Neuhaus (Mark) nachweisbar. Aber auch andere Forsteien waren durch Generationen im Besitz bestimmter Familien. Auf der Forstei Helmers im Amt Frauenbreitungen saßen 1686 bis 1821

Glieder der Familie Reuß. Der Mürschnitzer Forst im Oberland war im 18. Jahrhundert im festen Besitz der Familie Siedel. Die Forstei Judenbach hatte bis 1815 die Försterfamilie Engelhard, die Forstei Steinach bis 1801 die Försterfamilie Gundermann inne. In Bettenhausen verwalteten bis 1783 die Voigts die Forstei.

Im Gegensatz zu den genannten bürgerlichen Familien ist der Adel bis ins späte 18. Jahrhundert nicht zu solcher Bodenständigkeit in der Meininger Verwaltung gekommen. Zwar treffen wir schon im frühen 18. Jahrhundert immer wieder auf die Namen des Meininger Landadels, auf Glieder der Familien von Bibra, von Bose und von Buttlar, nicht jedoch in eigentlichen Verwaltungsstellen sondern im Hof- und Militärdienst. Unter der Regierung Bernhards I. und Ernst Ludwigs I. kamen und gingen landfremde Adlige in großer Zahl, ohne sich auf die Dauer im Fürstentum ansässig zu machen. Die Familie von Wolzogen hat zwar in zwei Generationen den Meininger Herzögen in führenden Stellungen gedient und sich auf reichsritterschaftlichem Gebiet in Bauerbach und Mühlfeld niedergelassen, seit dem Regierungsantritt Anton Ulrichs 1746 war sie aber vor allen Hof- und Verwaltungsstellen ausgeschlossen.

Die einzige Ausnahme von dieser Feststellung machte die Familie von Fischern. Wir haben schon festgestellt, dass diese alte bürgerliche Beamtenfamilie erst 1708 in den Reichsadel erhoben wurde. Friedrich Albrecht von Fischern, Meininger Hof- und Kammerrat, erwarb 1710 das Gericht Liebenstein, das er bis 1800 besaß. Obwohl er 1728 zum Geheimen Rat und Oberamtmann von Frauenbreitungen ernannt wurde, spielte er bis zu seinem Tod 1769 nie mehr eine Rolle im Verwaltungsdienst des Meininger Fürstentums. Sein Sohn Friedrich Joseph trat überhaupt nicht in dienstliche Beziehungen zu den Meininger Herzögen. Erst sein Enkel Friedrich Ludwig wurde 1793 herzoglicher Offizier. Er kam 1802 in den Forstdienst, wurde Forstmeister und 1815 Chef des unterländischen Oberforstes. Seine Söhne August Adolf und Karl Adolf traten schon in jungen Jahren ins meiningische Militär. August Adolf wurde 1821 Regierungsassessor, 1826 Mitglied des Geheimen Ministeriums, 1831 Direktor des Verwaltungssenats, 1836 Oberlandesgerichtspräsident und nach diesem raschen Aufstieg der Mann, der wie kaum ein anderer die Politik Bernhards II. zu beeinflussen wusste. Sein Bruder Karl Adolf öffnete sich im Forstwesen eine bescheidenere Laufbahn abseits der großen Politik. Er war 1843 bis 1845 als Nachfolger seines Vaters Chef des unterländischen Forstdepartements.

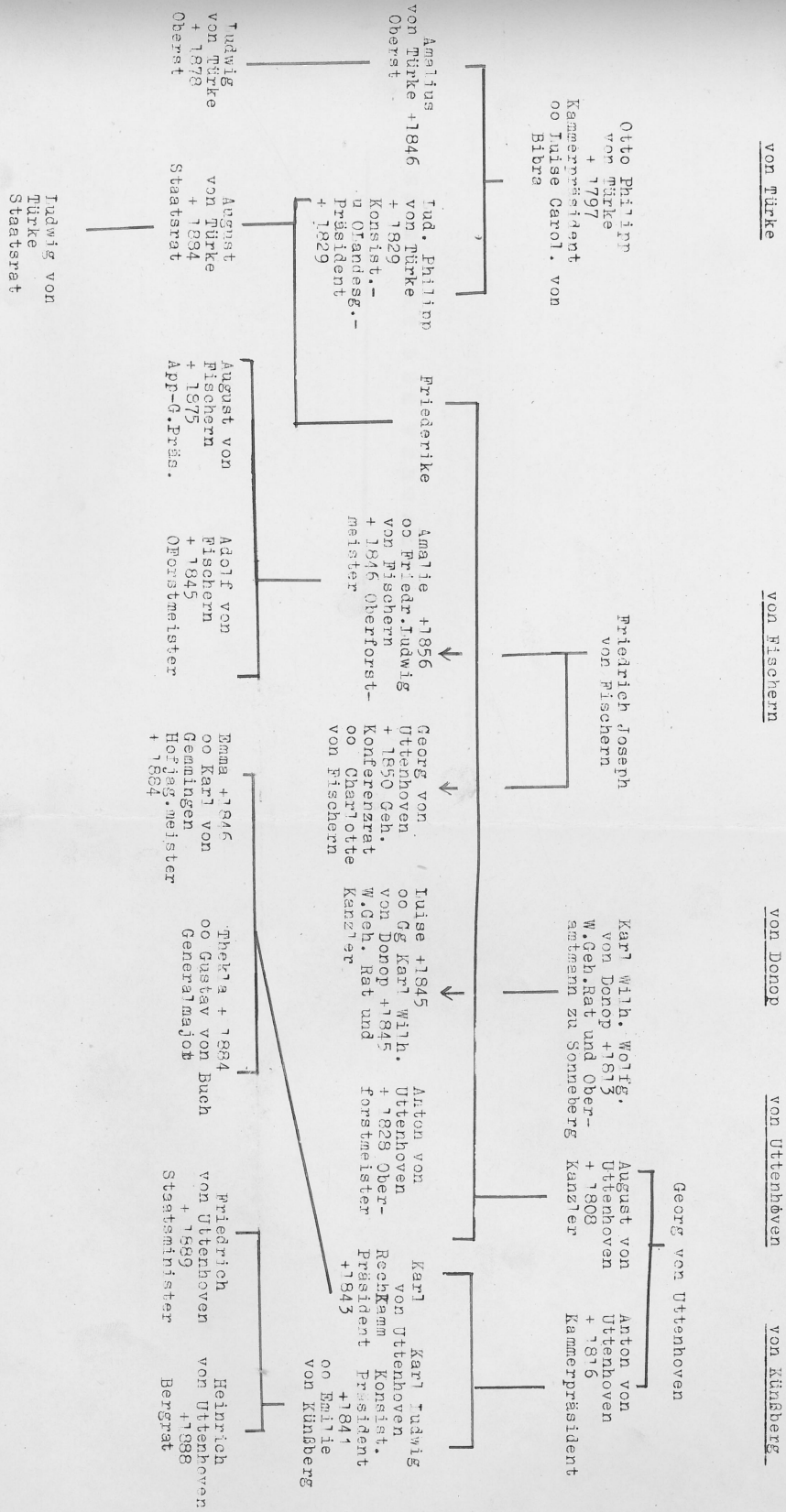
Unter Charlotte Amalie und Georg I. fassten auch Geschlechter des alten Adels dauernd Fuß in der Meiningischen Verwaltung. Es ist bezeichnend, dass damals vielfach Adlige mit wenig wirtschaftlichem Rückhalt in die Verwaltung des Fürstentums eintraten. In den Landeskollegien hatten sie ihren bürgerlichen Kollegen oft nicht viel mehr als die adlige Geburt voraus. Zu diesem Kreise gehörten die Familien von Donop und von Türke. Karl Wilhelm Wolfgang von Donop war 1767 als armer Adliger in die Meininger Regierung eingetreten. Im Hungerjahr 1771 wurde er Oberamtmann von Sonneberg und damit oberster Beamter im Oberland. Seit 1779 gehörte er mit Sitz und Stimme dem Geheimen Ratskollegium an. Die Familie stammte aus Westfalen. Bei dem raschen Aufstieg seines Vaters stand auch dem Sohn Georg Philipp von Donop die höhere Verwaltungslaufbahn offen. Er trat 1792 in die Meininger Regierung ein, wurde 1797 Regierungsrat und 1821 Kanzler und Mitglied des Geheimen Ratskollegiums. Der zweite Sohn Ernst von Donop erbte die Obersteinacher Hammerwerke, war Coburger Landschaftsdirektor und 1824 bis 1829 meiningischer Landtagsabgeordneter des Ritterstandes. Der jüngere Bruder Franz blieb 1812 als meiningischer Leutnant auf den Schneefeldern Litauens.

Die Familie von Türke (Türk) stammt aus Kurland. Otto Philipp von Türk war 1766 aus weimarischen Diensten in die Werrastadt übergewechselt. Er starb 1797 als Kammerpräsident. Sein ältester Sohn Amalius war am Anfang des 19. Jahrhunderts Offizier im Meininger Militär und später Schlosshauptmann und Vorstand des Hofmarschallamts, der jüngere Ludwig Philipp wurde 1797 Regierungsrat, 1800 auch Konsistorialrat, 1819 Konsistorialpräsident und seit 1823 auch Präsident des Oberlandesgerichts Meiningen. In beiden Meininger Zweigen stellt die Familie bis 1920 dem Herzogtum eine Reihe höhere Militärs und Verwaltungsbeamter.

Kaum eine andere Familie hat aber am Anfang des 19. Jahrhunderts im Herzogtum einen so starken Einfluss ausgeübt wie die Uttenhovens. Aus dem Oberland stammend hatte das Bruderpaar Karl August und Anton von Uttenhoven in der Zeit der Regentschaft Luise Eleonores die Präsidentenstelle in Regierung und Kammer inne. Karl August war 1792 bis 1808 Kanzler und Mitglied des Geheimen Ratskollegiums, später auch leitender Beamter in der Landschaftlichen Steuer- und Kassedeputation. Anton war 1802 bis 1816 leitender Beamter der Kammer, seit 1809 Kammerpräsident. Karl Augusts Sohn Georg Wilhelm von Uttenhoven wurde 1802 Kammerrat, nach dem Tod seines Vaters leitender Beamter der Landschaftlichen Steuer- und Kassedeputation, seit 1823 auch Mitglied des Geheimen Ratskollegiums. Er schied schon 1825 aus dem aktiven Staatsdienst aus. Sein Bruder Anton wurde 1823 Mitglied der Kammerforstsektion und 1827 Chef des unterländischen Forstdepartements. Er starb schon 1828. Auch die Söhne des Kammerpräsidenten nahmen hohe meiningische Staatsstellungen ein. Der älteste, Karl Ludwig, wurde 1802 Regierungs- und Konsistorialrat, 1823 Oberlandesgerichtsrat, 1827 Konsistorialpräsident und 1829 Präsident der neuerrichteten Rechnungskammer. Sein Bruder Ludwig wurde 1829 Konsistorialdirektor in Hildburghausen, dessen Sohn Friedrich 1855 meiningischer Staatsrat und 1865 Staatsminister. Zur gleichen Zeit wie die Uttenhoven sind die Künßberg und Bibra in die hohe Beamtschaft des Meininger Herzogtums eingetreten. Aus ihnen sind hohe Forstbeamte, Kanzler und Kammerpräsidenten hervorgegangen.

Die vorstehenden Ausführungen machen mit aller Eindringlichkeit deutlich, wie sehr die Verwaltung des Herzogtums von einigen wenigen bürgerlichen und adligen Familien beherrscht war. Noch deutlicher werden aber die engen verwandtschaftlichen Bindungen dieser Beamtenkaste, wenn wir die Verschwägerungen untereinander aufzeichnen. Das soll für die Zeit um 1800 für die adligen Familien in der anliegenden Tafel geschehen.

STAMMTAFEL DER ADLIGEN FAMILIEN DER MEININGISCHEN BEAUFENSCHAFT.



4. Der Geist der Verwaltung

Wenn wir die großen politischen und weltanschaulichen Strömungen betrachten, die Deutschland vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts beherrschten, so standen die Jahrzehnte nach dem Dreißigjährigen Krieg ganz unter dem Eindruck einer stark kirchlich gebundenen Herrschaft des Territorialfürstentums. Dann setzte sich eine Weltanschauung durch, die unter Hintanstellung starrer kirchlich-religiöser Auffassungen von einem starken Vernunftprinzip beherrscht, an der Stelle Gottes den Menschen in den Mittelpunkt ihres Denkens stellte und eine Befreiung von den alten geistigen Bindungen suchte. Sie ist unter dem Begriff Aufklärung bekannt geworden. Neben ihr kam schließlich zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Gegenbewegung die Romantik auf mit ihrer Hinneigung zu den Kräften des Gefühls, ihrer Vorliebe für die Vergangenheit und ihrem Sinn für das organisch Gewachsene.

Alle diese Anschauungen haben sich in irgendeiner Form auf das kleine Herzogtum zwischen Thüringer Wald und Rhön, auf seine herrschenden Kreise und seine Bevölkerung ausgewirkt und den Geist seiner Verwaltung geprägt. Selbst spärliche Wurzeln des Liberalismus, der Grundanschauung, die das Land unter Georg II. beherrscht hat, reichen bis in die Zeit von 1829 zurück. Trotz dieser verschiedenen geistigen Strömungen ist jedoch im Grunde die Regierungsform in all diesen Jahrzehnten die gleiche geblieben. Sie hat sich nur dem jeweiligen Zeitgeist angepasst. Gekennzeichnet ist sie durch die überragende Stellung des Landesherrn, dessen Wille, jedenfalls in der Theorie, alle Maßnahmen des Staates regelte, eines Staates freilich, der zunächst durchaus nicht in modernem Sinn verstanden werden darf, sondern nur die Zusammenfassung aller aus verschiedenen Quellen fließenden Rechte des Landesherrn war. Wir haben bereits gesehen, dass diese Rechte aus grundherrlichen, landes- und lehnherrlichen Befugnissen stammten, dass sie aber auch aus dem Kirchenrecht herrühren konnten. Erst der landesherrliche Wille hat diese Einzelbestandteile zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefügt. Das ist geschehen durch eine weitgehende Loslösung von der Reichsgewalt und im Kampf gegen die Kräfte, die im Land selbst beheimatet waren, also gegen die Feudalaristokratie, weniger gegen die landesherrlichen Städte. Der Dreißigjährige Krieg hatte gerade in Thüringen und Franken hierfür günstige Vorbedingungen geschaffen. Adel und Bürgertum hatten unermessliche Schäden erlitten und waren wirtschaftlich gebrochen. Die Initiative zum Wiederaufbau ging hier überall vom Landesfürsten aus, von Männern wie Herzog Ernst dem Frommen von Sachsen-Gotha. So entstand auch in den thüringischen Fürstentümern der Absolutismus, die Regierungsform des vom Einfluss des Adels und Bürgertums nahezu unabhängigen Landesfürsten, der das Leben des Landes wie das jedes einzelnen Untertanen regelte. In dem 1656 erschienenen "Teutschen Fürstenstaat" Veit Ludwig von Seckendorfs, des Kammer- und Geheimen Rats Ernst des Frommen, hatte diese Staatsanschauung und -praxis ihr theoretisches Lehrbuch erhalten. Der Absolutismus ist vielfach als Despotismus bezeichnet worden. Schon Hartung hat in seiner Geschichte des Weimarer Großherzogtums unter Karl August darauf hingewiesen, dass diese Bezeichnung in den thüringischen Kleinfürstentümern sehr unter Vorbehalt zu verstehen ist⁵⁷⁹. In Meiningen hat es niemals eine wirkliche fürstliche Willkürherrschaft gegeben, wie sie Weimar noch unter Herzog Ernst August kennengelernt hatte. Die beiden ersten Herzöge standen zu stark unter christlich-patrimonialen Einflüssen. Die Gedanken, die den Staat Ernst des Frommen getragen hatten, strahlten noch bis ins 18. Jahrhundert hinüber. Nur bei Ernst Ludwig I. finden wir gelegentlich Spuren einer Willkürherrschaft. Anton Ulrich hatte auch als Regent keine engen Beziehungen zu seinem Land. Der Despotismus hätte seinen

⁵⁷⁹

Hartung S. 37.

Charaktereigenschaften gänzlich widersprochen. Seine Söhne waren schon von der Aufklärung gebildet und zutiefst von der Idee durchdrungen, die Förderung der Wohlfahrt des Landes und seiner Bewohner als ihre Regentenpflicht anzusehen. Andere waren geistig zu unbedeutend, als dass sie despotischen Machtwillen hätten entfalten können. So hielt sich der Absolutismus in Meiningen bei aller Betonung der landesherrlichen Machtvollkommenheit doch in Grenzen. Die landständische Vertretung blieb im Unterland bestehen, war freilich seit dem 18. Jahrhundert ganz im Schlepptau der Landesherrschaft. Im Gegensatz zu vielen Kleinstaaten ist es hier nicht zu Prozessen des Landes gegen den Landesherrn wegen Entrechtung oder Bedrückung gekommen⁵⁸⁰. Nur über Einzelfragen wurden zwischen Landesherrn und Untertanen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gelegentlich Prozesse vor dem Reichskammergericht durchgeführt. Der Absolutismus hat in Meiningen die napoleonische Zeit überdauert. Verhältnismäßig spät, erst nach dem Regierungsantritt Bernhards II. im Jahre 1821, ist er langsam und zwar durch Regierungsmaßnahmen in die konstitutionelle Monarchie überführt worden.

4.1. Der kirchlich-dogmatisch gebundene Absolutismus

Die Anschauungen, die im Meininger Herzoghaus, in seiner Beamtenschaft und der Verwaltung bis in die ersten beiden Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts geherrscht haben, waren am Gothaer Hof Ernst des Frommen geprägt worden. Die geistige Grundlage, auf der sich das Staatswesen aufbaute, war die lutherische Orthodoxie. Die Ernestiner hatten in den großen Auseinandersetzungen innerhalb des Protestantismus am Ende des 16. Jahrhunderts unbeirrt auf dem Standpunkt eines strengen Luthertums und damit gegen alle calvinistischen Tendenzen gestanden, wie sie von Melanchtons Schülern vertreten wurden. Das auf der ungeänderten Augsburgerischen Konfession fußende lutherische Dogma, untermauert von der Kirchenlehre des Jenenser Theologen Johann Gerhard, war das Glaubensbekenntnis der thüringischen Länder im 17. Jahrhundert⁵⁸¹. Das bedeutete einmal eine Frontstellung gegen den Katholizismus, aber ebenso entschieden gegen Calvin und die schwärmerischen Sekten. Der Landesherr hatte seit dem Augsburgerischen Religionsfrieden 1555 das Glaubensbekenntnis seiner Untertanen bestimmt. In Sachsen-Gotha und seinen Nachfolgerstaaten war am Ende des 17. und am Beginn des 18. Jahrhunderts ein anderes Denken als im Geiste des orthodoxen Luthertums gemeinhin nicht geduldet. In diesem Glauben wurde das Volk erzogen, seine Bildung bestand zu einem großen Teil in der Kenntnis dieser Lehre, hiernach wurde der gesamte Staats gestaltet. In sehr starkem Maße griff das kirchliche Leben in den Tagesablauf des Fürsten, seiner Beamten und des gemeinen Mannes ein. Ernst der Fromme und Bernhard I. sind ganz in diesem Glauben aufgegangen. Die "Wahrung der reinen Lehre dieser Lande" war, wenn man die Landesordnungen, Gesetze, Diensteide und Bestallungen sprechen lässt, der Hauptzweck des Staates überhaupt, nicht etwa nur eine kirchliche Angelegenheit. "Das letzte Ziel ist die Ehre Gottes" führte

⁵⁸⁰ Für Schwarzburg-Rudolstadt vgl. Ermentrude v. Ranke, Das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Dissertation 1941.

⁵⁸¹ vgl. GLO P. 1 cap 1 tit 1: Bekenntnis des Herzogs und seiner Untertanen: "zu der reinen Lehre und christlichem Bekenntnis dieser Lande, wie dieselbe in den Prophetischen und Apostolischen Schriften Alten und Neuen Testaments gegründet, in den dreien Hauptsymbolis der Christlichen Kirche, auch ungeänderten Augsburgerischen Confession anno 1530 Kaiser Carl dem V. übergeben, der Apologi, Schmalkaldischen Artikeln, großen und kleinen Catechismo Lutheri begriffen und in der anno 1580 publizierten, zugleich neben anderen Evangelischen Churfürsten und Ständen von Unsern hochlöblichen Vorfahren angenommen und auff Uns gebrachten Formuls Concordia erklärt und wiederholet ist."

Seckendorf über die Staatsaufgaben aus⁵⁸². Insofern beherrschte das religiöse, streng dogmatisch gebundene Leben den Staat von seinen Grundmauern bis zur Spitze.

⁵⁸²

Seckendorf, "Teutscher Fürstenstaat" P 2 cap 8 .

Von den Beamten wurde deshalb nicht ein christlicher Glaube schlechthin, sondern das Bekenntnis des Luthertums nach der „ungeänderten Augsburgerischen Konfession“ von 1530 und nach dem Konkordienbuch von 1580 gefordert. Geboren aus der Zeit der Lehrstreitigkeiten ist der Anfang des 17. Jahrhunderts in den hennebergischen Landen eingeführte Religionseid, der jedem Beamten bei Dienstantritt abgenommen wurde, bis in die Zeit Georgs I. bestehen geblieben⁵⁸³. Er verpflichtete den Beamten zum Glauben, wie er in den lutherischen Hauptbekenntnisschriften niedergelegt war, und zu sofortiger Anzeige, wenn er selbst oder ein anderer hiergegen verstoßen würde. Der Landesherr forderte aber nicht nur diesen Glauben, sondern eine starke Beteiligung am kirchlichen Leben. Wer die Tagebücher Bernhards I. und Ernst Ludwigs I. durchblättert, wird immer wieder erstaunt sein, wie sehr die Religion diese beiden Fürsten in ihren Bann gezogen hat. Mehrere Sonntagsgottesdienste wechselten mit Andachten an Wochentagen, besonders am Freitag, mit Betstunden, Nachschreiben von Predigten, geistlicher Dichtung und Erbauung⁵⁸⁴. Bernhard I. gab ein selbsterarbeitetes Gesangbuch heraus, sorgte persönlich für die Veröffentlichung und Verbesserung des Landesgesangbuches und lernte selbst noch im Alter Hebräisch, um die Bibel in der Ursprache lesen zu können. Dreizehn mal las er 1703 bis 1706 das Neue Testament durch und vermerkte die Kapitel gewissenhaft in seinem Notizbuch⁵⁸⁵. Aus den Tagebüchern Ernst Ludwigs I., die den Tageslauf der Jahre 1706 bis 1714 bis in die Einzelheiten schildern, ist zu ersehen, dass die tägliche Beschäftigung des Herzogs aus kirchlichen Andachten, Regierungsarbeiten und Jagden bestand. Den Beamten war in den Behördenordnungen vorgeschrieben, auch im täglichen Leben genauestens die lutherische Lehre zu beachten. Sie waren zum Erscheinen beim Sonntagsgottesdienst verpflichtet, hatten auch werktags die kirchlichen Andachten zu besuchen und im Kreis ihrer Familien Hauspostillen und andere geistliche Bücher zu lesen, "daß ihnen und den Ihren die Übung der Gottesseligkeit in Schwung gebracht wird"⁵⁸⁶. Es war selbstverständlich, dass Personen, die innerhalb und außerhalb des Dienstes keinen christlichen Lebenswandel führten und unfähig waren, ihren Familienangehörigen christliche Hauszucht beizubringen, als Beamte nicht geduldet wurden⁵⁸⁷. Die Anstellung einer andersgläubigen Person war somit schier unmöglich und, wo sie dennoch vorkam, wie 1686 bei dem "französischen Sekretär" Simon Pouissin, der ein "reformirter Vertribener" war, ein ganz außergewöhnlicher Ausnahmefall⁵⁸⁸.

Wie der Herzog und seine Beamten waren auch die Untertanen in Stadt und Land schon seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges erzogen, in ihrem Tagesablauf dem kirchlichen Bereich ein weites Feld einzuräumen. Sie waren aus der Zeit Ernst des Frommen gewöhnt, dass die Obrigkeit die Glaubensfragen und den äußeren Ablauf des kirchlichen Lebens gewissenhaft bis ins letzte regelte und dabei nicht wenig verlangte. Herzog Bernhard und sein Sohn waren der festen Überzeugung, dass nur ein strenger Kirchenchrist auch im weltlichen Leben ein tüchtiger und brauchbarer Mann sein und dass ein christlicher Landesfürst im Hinblick auf Gottesdienst und Kirchenzucht niemals zuviel verordnen könne. Schon 1683 wurde die Zahl der Sonntagsgottesdienste in der Meininger Stadtkirche auf drei erhöht⁵⁸⁹. Außer den täglichen öffentlichen Betstunden hatte Ernst der Fromme monatliche Buß- und

⁵⁸³ In Henneberg erstmals in der Kanzleiordnung von 1606: ThStAMgn GHA III 28.

⁵⁸⁴ Tagebücher: ThStAMgn GAM XV B 35 und 37 und XV F 34, vgl. dazu auch Emmrich in Archiv I S. 17.

⁵⁸⁵ ThStAMgn GAM XV B 37, Predignachschriften Bernhards I. aus den Jahren 1679, 1699 - 1702, 1704 - 1706, GAM XV B 30-37.

⁵⁸⁶ KO 1687 cap. XII.

⁵⁸⁷ Kammerordnung 1666 cap II.

⁵⁸⁸ Tagebuch Bernhards I., Eintragung zum 17. März 1686: ThStAMgn GAM XV B 37, für Sachsen-Weimar vgl. Mentz S. 256.

⁵⁸⁹ Emmrich in Archiv I S. 18.

Bettage eingeführt. Ernst Ludwig ordnete an ihrer Stelle am 28. November 1706 jährlich vier "solenne Buß- Bet- und Festtage" an⁵⁹⁰. Später kehrte man allerdings 1708 zur alten Gewohnheit zurück. Die täglichen Betstunden wurden gleichzeitig zum besseren Besuch vom Spätnachmittag auf den Mittag verlegt. Dazu kamen noch oftmalige außerordentliche kirchliche Ereignisse, so das große viertägige Reformationsjubiläum vom 31. Oktober bis 3. November 1717 und Bußtage aus Anlass irgendeines Unglücks. Noch am 20. Februar 1756, als die Aufklärung bereits an die Pforten des Meininger Konsistoriums klopfte, wurde wegen des großen Lissaboner Erdbebens vom 1. November 1755, das sich bis in das Meininger Land ausgewirkt und selbst den Salzunger See in Bewegung gebracht hatte, ein großer Bußtag abgehalten, der das Volk bis ins Innerste ergriff⁵⁹¹. Den kirchlichen Andachten hat die Obrigkeit große Aufmerksamkeit geschenkt. Nach einer Verordnung Ernst Ludwigs I. vom 27. November 1716 war der Besitz einer Hausbibel die Voraussetzung für eine Eheschließung, und noch Anton Ulrich hat diese gesetzliche Vorschrift am 2. Oktober 1752 wiederholt⁵⁹².

Die meiningische Obrigkeit war selbstverständlich auch bereit, diese Forderungen mit den nötigen Zwangsmitteln in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Konsistorialordnung von 1689 sah Geld-, Gefängnis- und Arbeitsstrafen vor zu "desto besserer Erhaltung christlicher Kirchenzucht"⁵⁹³. Dabei hielt es der Landesfürst für sein selbstverständliches Recht, ja für seine Regentenpflicht, seine Befugnisse dort wirksam werden zu lassen, wo das christliche Gebot in der Öffentlichkeit oder der Familie verletzt wurde, bei "Müßiggang und Spaziergang unter wehrenden Gottesdienst", bei "mutwilliger Versäumung der Anhörung göttlichen Worts", bei "ärgerlicher und gefährlicher Uneinigkeit, Haß, Feindschaft, Unversöhnlichkeit, Tyrannei der Männer über ihre Weiber, Widerspenstigkeit der Weiber gegen ihre Männer"⁵⁹⁴. Die Bestrafung der Verstöße gegen die christliche Moral sah die Obrigkeit aus dem gleichen Grund als ihre Aufgabe an. Gegen Wucher griff sie ebenfalls mit weltlichen und kirchlichen Zwangsmitteln ein. Zwar hat die Landeskirche jeden reuigen Sünder nach öffentlicher Abbitte vor der Gemeinde wieder in ihre Reihen aufgenommen, vielleicht oft erst nach dem langen in der Konsistorialordnung bis in die Einzelheiten vorgeschriebenen Weg, im Falle seiner beharrlichen Weigerung war aber die Obrigkeit entschlossen, harte Strafen, selbst Landesverweisung, auszusprechen. So war der Einzelne diesen Bestimmungen unterworfen, wenn er nicht empfindlicher Nachteile gewiss sein wollte. Die Kirchenleitungen, Geistlichen und in gewissen Fällen auch Juristen prüften die großen Autoritäten und bestimmten den Glauben und das Denken des Landes. Dennoch sind diese Forderungen an den Einzelnen nicht aus einem Herrscherwillen heraus gestellt worden, sondern als eine Verpflichtung, die der Landesherr Gott gegenüber empfand. Sie sind von Volk und Beamtschaft aufs Ganze gesehen gewissenhaft und mit Selbstverständlichkeit beachtet worden.

Freilich hatte der Glaube der lutherischen Orthodoxie etwas Starres und Unlebendiges an sich. Er konnte, von oben herab bestimmt und über die Organe der Kirche und des Staates mit

⁵⁹⁰ Emmrich in Archiv I S. 256.

⁵⁹¹ Archiv II S. 273. Der Sonneberger Stadtschreiber Johann Christoph Bauer hat eine nähere Beschreibung des Lissaboner Erdbebens und anderer gleichzeitiger Naturkatastrophen in das Sonneberger Bürgerbuch eingetragen. In dieser Niederschrift ist die große Erregung zu verspüren, die damals die Gemüter auch im Meininger Land ergriffen hatte, aus einem damals gemachten Gedicht Bauers: „... Man will Gott seine Ehre rauben, nur Böses tun, ihm nicht mehr glauben ...“ und aus einem gleichzeitigen von Bauer gemachten Chronodistichon auf das Jahr 1756: "Die ganze Erde bebt, Luft und Feuer, Waßer streiten: Wie? Wenn es Zeichen sind, Von Unseren Letzen Zeiten!" Sta Sonneberg 71,5 Bl. 98-99.

⁵⁹² Emmrich in Archiv I S. 256 und II S. 236.

⁵⁹³ Konsistorialordnung 1687 cap XXV.

⁵⁹⁴ Konsistorialordnung 1687 cap XIX.

System und Schema dem Volke nahegebracht, nicht die Religiosität der Innerlichkeit, des Herzens und der Liebe befriedigen. So blieb eine Gegenbewegung nicht aus und trat noch in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in der Gestalt des Pietismus auf. Mit ihm musste sich auch die Meininger Obrigkeit auseinandersetzen. Der Pietismus war zunächst getragen von der Idee, die Frömmigkeit in kleineren Kreisen zu vertiefen und lehnte bewusst eine Staatskirche wie die bestehende kirchliche Organisation ab⁵⁹⁵. Im Staat Ernst des Frommen war allerdings der Pietismus schon vorbereitet worden. Dem starren System der lutherischen Orthodoxie stand am Gothaer Hof schon die Erkenntnis gegenüber, dass nicht Dogmenstreit sondern Verbesserung des Lebens, die praktische Anwendung des Christentums das Entscheidende sei⁵⁹⁶. So sammelten sich dort kirchliche Reformer, die den Herzog bei den orthodoxen Kirchenleitungen in den Verdacht der Ketzerei brachten. Sein Sohn Bernhard stand aber bei aller Frömmigkeit dem Pietismus fremd gegenüber. Zwar war Meiningen vorübergehend eine der frühesten Pflanzstätten des Pietismus in Thüringen, als Bernhard 1686 Joachim Justus Breithaupt zum Hofprediger ernannte. Dieser war ein Schüler Johann Philipp Spencers, des Begründers des Pietismus, und stand ganz unter dessen Einfluss. Breithaupts Wirken hat unter der Meininger Bürgerschaft offensichtlich großen Anklang gefunden, nicht jedoch bei den führenden Persönlichkeiten des Hofes, die er oft in schonungslosen Bußpredigten angriff. So konnte sein Bleiben in Meiningen nicht von langer Dauer sein. Auch mit dem Herzog entzweit, schied er schon im April 1687. Bernhard und seine führenden Kirchenpolitiker haben seitdem eine der neuen religiösen Strömung durchaus feindliche Politik betrieben. In wie weit pietistische Anschauungen im Lande damals Wurzeln geschlagen haben, ist heute schwer feststellbar. Sie können nur in der Residenzstadt vermutet werden.

Nach dem Vorbild seines Schwagers Rudolf August von Braunschweig-Wolfenbüttel hat Bernhard am 15. Juni 1693 eine Verordnung gegen den "sektarischen Pietismus" erlassen, die alle erbaulichen Privatzusammenkünfte verbot und damit die Entfaltung der neuen Richtung unterband⁵⁹⁷. Auf dem Landtag von 1695 konnte der Herzog mit Befriedigung feststellen, dass das Land "von der bisherigen hin und wieder eingeprägten Schwermerei des Pietismi noch befreit" sei⁵⁹⁸. An dieser Einstellung ändert nichts, dass Bernhard 1691 als obervormundschaftlicher Regent von Gotha, wo der Pietismus einflussreiche Förderer gefunden hatte, sich gegen die Vertreibung Breithaupts und des Pietistenführers August Wilhelm Franke aus Erfurt ausgesprochen hat.

Ernst Ludwig I. stand dem Pietismus ohne Zweifel näher. Mit der neuen Strömung verband ihn das Interesse an der Heidenmission⁵⁹⁹. Sein Oberhofprediger Johann Adam Krebs der Jüngere, der maßgebende Meininger Kirchenmann des beginnenden 18. Jahrhunderts, stand mit Franke in Halle in freundschaftlichem Briefwechsel. Jedoch machte sich im Lande der Pietismus kaum bemerkbar und vermochte insbesondere nicht, den Geist der Meininger Kirchenleitung zu ändern. Von Anton Ulrich ist bekannt, dass er den pietistischen Strömungen feindselig gegenüberstand. Sogleich nach seinem Regierungsantritt hat er Lehrer und Geistlichkeit vor den Herrnhuter Grundsätzen gewarnt. Er verbot religiöse

⁵⁹⁵ Gebhardt II S. 12.

⁵⁹⁶ Herrmann S. 215-216.

⁵⁹⁷ Herrmann II S. 259.

⁵⁹⁸ Landtagsabschied vom 4. Dezember 1695 Punkt 1 ThStAMgn ZM 111, vgl. auch Emmrich in Archiv I S. 18.

⁵⁹⁹ SVMGL 47 (1904) S. 208.

Privatzusammenkünfte und war eifrig darauf bedacht, dass pietistische Ideen nicht in seine Nähe kamen⁶⁰⁰.

In der "Wahrung der reinen Lehre" haben die ersten Meininger Herzöge und ihre Beamten ihre vornehmste Aufgabe gesehen. Die Herzöge gaben vor dem ersten Landtag ihrer Regierungszeit die Versicherung ab, "bei der wahren, allein seelig machenden evangelischen Religion und ungeänderten Augsburgerischen Glaubensbekenntnis zu bleiben"⁶⁰¹. Tatsächlich waren so das Land und seine Verwaltung ganz von christlichem Geist geprägt, freilich eben in der Gestalt der späten lutherischen Orthodoxie, in der vielfach das Formale die Oberhand über das wirkliche innere Erleben und die christliche Liebestätigkeit hatte. Religiöse und weltliche Aufgaben der Obrigkeit waren noch eng verknüpft. So ist es nicht erstaunlich, dass geistliche Belange mit weltlichen Aufgaben vermischt waren, mit den beiden anderen Seiten der Verwaltungstätigkeit, der Wahrung des fürstlichen Interesses und der Sorge für die Untertanen. Beide scheinen sich auf den ersten Blick unversöhnlich gegenüberzustehen. Mit den Ansichten des patrimonial geleiteten Staates und seinen wirtschaftlichen und politischen Auffassungen betrachtet, bildeten sie aber eine Einheit. Von der noch formalen Oberhoheit des Kaisers und der in Militär- und Justizangelegenheiten auch für das Meininger Fürstentum des 18. Jahrhunderts noch gelegentlich spürbaren Reichsgewalt abgesehen, konnte der Herzog das Land als seinen Herrschaftsbereich und das Objekt seiner Souveränität ansehen. Freilich war in den einzelnen Sphären dieses Gefüges seine Herrschaft verschiedenartig, besonders stark dort, wo er Grund- und Gerichtsherr war, bedeutsam noch in den Städten, die er fest in seiner Hand hatte, schwächer jedoch in Gebieten, die ritterschaftlichen Vasallen zu Lehen gegeben waren, wo er weder Grundherrschaft noch niedere Gerichtsbarkeit, seltener sogar nicht einmal Hochgerichtsbarkeit und Kirchenpatronat besaß. Im Verhältnis der Herrschaft zu den Untertanen wirkte noch bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts der mittelalterliche Gedanke nach, dass der Herr die Untertanen bei ihren Rechten schützen und für ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen sorgen müsse, während Untertanen dem Herrn Gehorsam zu schulden, seine Bedürfnisse zu befriedigen, seine Belange zu wahren und ihm im Falle der Gefahr beizustehen hätten. Dieses gegenseitige Verhältnis war freilich im Laufe der Jahrhunderte sehr zu Gunsten des Herrn verschoben worden. Die patrimoniale Herrschaftsform hat im Meininger Kleinstaat die Verwaltung geprägt und ist erst vom Liberalismus abgelöst worden. Sie ist im 18. Jahrhundert gekennzeichnet durch den absoluten Führungsanspruch der Obrigkeit und die Bevormundung der politisch völlig unreifen Untertanen in Stadt und Land, nicht nur in weltanschaulichen, sondern auch in allen Fragen des politischen, öffentlichen und privaten Lebens. Die Wahrung des fürstlichen Interesses konnte somit nicht allein Aufgabe der Verwaltung, sondern musste eine Angelegenheit eines jeden Untertanen sein. Tatsächlich hat sich jeder Herzog, Bernhard I. erstmals am 13. Februar 1680, bei der Regierungsübernahme huldigen lassen. In dieser Erbhuldigung hatten die Untertanen den Herzog als ihren Herrn anzuerkennen und ihm Treue und Gehorsam zu schwören. Noch bis ins 19. Jahrhundert sind alle jungen Männer, "wenn sie ihr häußliches Wesen anfangen", auf den Herzog vereidigt worden⁶⁰². Anton Ulrich hat bei Ausbruch des Wasunger Krieges alle seine Untertanen ausdrücklich hierauf hingewiesen und sie ermahnt, ihm die Treue zu halten und nicht wortbrüchig zu werden⁶⁰³.

⁶⁰⁰ Emmrich in Archiv II S. 235.

⁶⁰¹ Punkt 1 der Landtagsabschiede vom 3. Juni 1684 und 27. November 1706. ThStAMgn Landtag 6190, 6194 und ZM 111.

⁶⁰² GLO 1653 P 2 c 2 tit 1 vgl. hierzu auch noch Besitznahmepatent vom 15. November 1826 HRIB 47/1826.

⁶⁰³ Patent v. 3. März 1747 Sta Sonneberg 1,3.

In besonderem Maße aber musste es Aufgabe gerade des Beamten sein, die Interessen des Landesherrn zu wahren. In allen Bestallungen wird hierauf besonderer Wert gelegt. Die alten, noch vielfach aus dem 16. Jahrhundert stammenden Wendungen treffen wir in den Bestallungsurkunden und Dienstleiden noch bis ins 19. Jahrhundert an. Der Beamte soll "getreu, hold und gewärtig sein", Nutzen, Ehre und Wohlfahrt des Landesherrn nach bestem Können fördern, Schaden und Nachteil aber abwenden⁶⁰⁴. Diese Belange der Landesherrschaft waren im täglichen Dienst wahrzunehmen, aber auch bei wichtigen Verhandlungen mit anderen Staaten, besonders bei den oft schwierigen Erbschaftsauseinandersetzungen. Wir können heute rückblickend feststellen, dass die Beamenschaft auf diesem Gebiet ihre Aufgaben nach besten Kräften zu lösen versucht hat. So war es einleuchtend, dass der Beamte zunächst seine Tätigkeit von diesem Blickfeld aus sah. Er war Diener des Landesherrn, nicht des Landes, er war zuerst dem Herzog Gehorsam und Treue schuldig. Diese Auffassung hat sich in der Meininger Beamenschaft bis weit ins 19. Jahrhundert erhalten, vereinzelt sogar bis zum Ende der Monarchie.

Wir haben schon bei der Darstellung der sozialen Verhältnisse der Beamenschaft nachweisen können, wie abhängig diese im 17. und 18. Jahrhundert in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung vom Landesherrn war. Der Beamte ist immer dem Herzog mit größter Ehrfurcht gegenüber getreten und hat sich nicht genug ereifern können, seine Dienstwilligkeit zu unterstreichen. Unbotmäßigkeiten kamen zwar auch in diesen Zeiten vor, bilden aber Ausnahmen und charakterisieren keineswegs das Verhältnis zwischen Herzog und Beamten⁶⁰⁵. Während der adlige Diener immer noch ein stärkeres Freiheitsbewusstsein in sich trug und bei Meinungsverschiedenheiten vielfach den Dienst quittierte, hat sich der bürgerliche, wirtschaftlich abhängigere Beamte als eine viel brauchbarere Stütze des fürstlichen Absolutismus erwiesen. Er stellte seine Kräfte oft durch Generationen rückhaltlos in den Dienst des Herzogshauses und ging ganz darin auf. Eine Ausnahme bildete hierbei nur die höhere Geistlichkeit, die in Fragen der Kirchenlehre oft wenig bereit war, ihre Überzeugung dem Wohlwollen des Herzogs zu opfern⁶⁰⁶.

Die naheliegende Frage nach der in den Meiningschen Verwaltungsorganen des 18. Jahrhunderts herrschenden Arbeitsmoral ist freilich nicht leicht zu beantworten. Zweifellos war der Adel vielfach nicht für seine schwierigen Verwaltungsaufgaben vorgebildet. Dort, wo Adlige zu Anfang des 18. Jahrhunderts als Oberstallmeister, Forstmeister oder Offiziere im herzoglichen Hof- und Militärdiensten standen, war von einer ernsthaften Arbeit wohl kaum die Rede. Zum fürstlichen Absolutismus gehörte eben ein übermäßig großer Hofstaat, der erst unter Anton Ulrich abgebaut wurde. Dieses Hofleben gab Intrigen und Ränken einen reichen Nährboden. Rangstreitigkeiten zwischen Hof- und Staatsbeamten und innerhalb der Kollegien waren keine Seltenheit. Sie lenkten von der eigentlichen Arbeit ab und setzten Hof und

⁶⁰⁴ vgl. hierzu Bestallungen und Dienstleiden in: ThStAMgn GAM XXVI 1-5 und XXVII 1-5 sowie KO 1687 cap II, Kammerordnung 1666 cap III und IV und Konsistorialordnung 1689 cap III.

⁶⁰⁵ Vgl. Tagebuch Bernhards I., Eintrag zum 23.10. und 14.11. 1683 in: ThStAMgn GAM XV B 37: Der Bediente Neuenhahn soll entlassen werden, "wegen seines übeln comportements und daß er die Herrschaft an der Naßen herumgezogen und sie lügen geheißten", er bleibt aber, weil er "zur Erkenntniß gekommen und zur Creutz gekrochen", wird aber schließlich doch entlassen, "weilen er sich nicht stille gehalten, sondern noch mehr Gewäsch gemachet". Der Stallmeister Karl Sigismund von Nimpsch ohrfeigt 1728 den Herzog Karl Friedrich und wird darauf in Arrest gesetzt und entlassen. ThStAMgn GAM XV N 1.

⁶⁰⁶ Der patrimoniale Zug des Verhältnisses des Landesherrn zum Beamten kommt noch in einem Schreiben der Landesregentin Luise Eleonore an den Geh. Regierungsrat von Donop vom 21. Januar 1817 zum Ausdruck, in dem sie schrieb: Übrigens ist keinem unserer Diener untersagt, uns in Landes- oder Privatangelegenheiten unmittelbar untätigen Vortrag zu tun. Keiner bedarf hierzu einer besonderen Erlaubnis, sondern jeder hat deshalb nach wie vor bei uns freien Zutritt. ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1134.

Behörden in Erregung. Der Wasungen Krieg 1747/48 ist aus solch einem Rangstreit der Regierungsräten von Pfaffenrath und der Landjägermeisterin von Gleichen entstanden. Aber auch in den Landeskollegien hat eine Reihe von Personen gesessen, die für die eigentliche Arbeit wertlos waren. Trotz des Kollegialprinzips lastete die Hauptmasse der Arbeit auch hier auf den Schultern einzelner Männer. Am 19. November 1770 teilte der Regierungspräsident von Pfau der Landesregentin mit, sein Kollege, der Geheime Rat von Pfaffenrath, habe "von jeher keine Lust gezeigt zu arbeiten und über dieses bei dem frivolen Stollischen Klagewerk seine üble Gesinnung verraten"⁶⁰⁷. Unparteiische und korrekte Amtsführung wurden zwar in jeder Bestallung und in jedem Dienstest gefordert, aber es liegt die Vermutung nahe, dass in Behörden, in denen die Sporteln in die Taschen der Beamten flossen und in denen gelegentlich die Ämter käuflich waren, Korruption und absichtliche Verzögerungen vorkamen⁶⁰⁸. Die Kanzlisten sollten sich "des Saufens und Spielens, es sei mit der Charten oder in andere Wege auf der Canzlei gänzlich enthalten", der Kanzleidiener wurde angehalten, sich "des Vollsaffens zu äusern", auch von den Anwesenden "zur Zech kein Geld fordern"⁶⁰⁹. Freilich sind das wohl nur Wiederholungen alter Kanzleiordnungen aus der fröhlichen Zeit vor dem großen Kriege, die nunmehr auch aus Meinungen verschwunden waren⁶¹⁰.

Es lag im Zuge der Zeit, wenn die Amtstätigkeit, besonders im Gerichtswesen, umständlich und unpraktisch und der Geist, der die Verwaltungen beherrschte, schwülstig war wie die Amtssprache der Reskripte und Verordnungen, die von dort ausgingen. Es ist nicht zu leugnen, dass Angelegenheiten oft jahrelang hingezogen wurden trotz der ständigen Mahnungen zur Beschleunigung des Geschäftsgangs. Die Behörden waren auf schnelle Entscheidung nicht eingestellt. In einer Verwaltung, in der die alten Ordnungen ehrfurchtsvoll durch Jahrhunderte hindurchgeschleppt wurden, ohne zeitgemäß umgestellt zu werden, die ganz in dem Glauben an die Allgemeingültigkeit der großen wissenschaftlichen Autoritäten befangen war, konnte eigentlich gar nicht der Gedanke aufkommen, dass es eine Fortentwicklung gäbe. Diese Starrheit musste auch bei der Wahrung des fürstlichen Interesses in Erscheinung treten. Es ist erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit wirkliche und vermeintliche Rechte durch Jahrhunderte vertreten und verfochten worden sind. Zu den alt ererbten Irrungen kamen noch die Erbstreitigkeiten des 18. Jahrhunderts hinzu, nachdem schon die Teilung nach Ernst des Frommen Tod strittige Fragen in großer Fülle gebracht hatte. Es ging in der Wahrung fürstlichen Interesses nicht nur um Städte und Ämter, die bis auf den Groschen veranschlagt wurden, sondern auch um die Tilgung der "Übermassen". Zu dieser Prozesssucht kam der Streit im Herzogtum selbst, der Kampf Anton Ulrichs um die Anerkennung seiner Ehe, die hasserfüllten Aktionen seiner Brüder gegen diese Absichten. Wer heute die Hunderte von Folioaktenbänden durchblättert, die die Regale des Geheimen Archivs in Meinungen füllen und die den Coburg-Römhild-Eisenbergischen Sukzessionsstreit, die Fischberger Prozesse, die Sonnefelder Übermasse und andere Irrungen und Wirrungen zum Inhalt haben, wer die große von Regierungsrat Johann Christoph Zinck um 1750 angelegte Sammlung "Controversae domus saxo meiningensis" studiert, der wird nicht nur ermessen können, welche Kosten sondern auch welche menschliche Arbeitskraft diese

⁶⁰⁷ ThStAMgn GAM XXIV 1.

⁶⁰⁸ So behauptet der Regierungspräsident von Pfau in einem Schreiben vom 19. November 1770 an Charlotte Amalie, dass der Kammerrat Mollwitz "sich den Eintritt in die fürstlichen Dienste durch ein an den höchstseligen Herzog bezahltes Geldquantum gebahnt hat". ThStAMgn GAM XXIV 1.

⁶⁰⁹ KO 1687 cap XXIII § 11 und XX § 8.

⁶¹⁰ vgl. hierzu Schreiben Kurfürst Christians II. von Sachsen an die Meininger Regierung über die Zustände in der Hennebergischen Kanzlei vom 18. Februar 1610 in: SHStA Dresden Loc 8618 Hennebergische Bestallungen, auch Goldschmidt, Zentralbehörden und Beamtentum im Kurfürstentum Mainz 1908 S. 15.

Auseinandersetzungen verschlungen haben⁶¹¹. Auch in der Verwaltung triumphierte das Formale vielfach über das wirkliche Leben. Pedanterie und Bürokratismus waren allmächtig, und wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn noch am Ende des 18. Jahrhunderts die doch in einem einzigen Gebäude untergebrachten Landeskollegien sich durch Monate gegenseitig mit Mahnschreiben aufhielten, um ausgeliehene Akten zurückzuerhalten⁶¹². Es war dabei selbstverständlich, dass die gesamte Verwaltungstätigkeit als ein strenges Geheimnis gehütet wurde. Noch als 1781 Christian Friedrich Keßler von Sprengseysen seine Topographie des Oberlandes schrieb, hat er sich sehr ausführlich mit dem Gedanken auseinandergesetzt, ob es aus Gründen der Geheimniswahrung zweckmäßig sei, eine solche Landschaftsbeschreibung herauszugeben⁶¹³. Selbst hartnäckige Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Behörden, wie sie in einem absolutistisch regierten Land kaum für möglich gehalten wurden, wurden in großer Zahl und mit viel Leidenschaft geführt. Besonders die Regierung stand bei den übrigen Landeskollegs in dem steten Verdacht, sie wolle sie zu "bloßen Regierungskommissionen" herabdrücken. Ein so edel denkender Mann wie der Geheime Regierungsrat von Hendrich hat noch im Februar 1785 die Errichtung eines besonderen Polizeikollegs bei den "vielfältigen Collissionen mit anderen Landescollegiis" für einfach unmöglich gehalten und zu bedenken gegeben, "welchem Verdruß, welchem Widerspruch, welchen Jurisdictionisirungen" ein solches Kolleg ausgesetzt sei, und welchen Hass es sich bei anderen Behörden zuziehe, falls es "Mißstände, wenn sie einträglich gewesen sein sollten", abschaffen wollte, oder gar für die Untertanen "hie und da ein lautes Wort spreche"⁶¹⁴.

Doch dürfen wir uns nicht zu einem allzu einseitigen Urteil verleiten lassen. Bekanntlich überliefern die Akten in weit größerem Maße unliebsame Dinge, als dass sie Erfreuliches bringen. Es ist nicht zu leugnen, dass in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der fürstliche Absolutismus und seine Beamten aus dem Geist der lutherischen Orthodoxie auch im südlichen Vorland des Thüringer Waldes eine gewaltige Aufgabe bei der Beseitigung der Schäden des Dreißigjährigen Krieges gelöst haben, eine Arbeit, die noch weit in die Regierungszeit Bernhards I. reicht. Aber auch in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus wurde eifrig gearbeitet. Ein Reskript Georgs I. vom 5. Januar 1802 führt sogar Klagen an, dass in den Landeskollegien zu viel gearbeitet werde und dadurch bei "subalternen Dienern eine Unordnung in ihrem häußlichen Leben verursacht" werde⁶¹⁵.

Die Sorge um den Untertanen schließlich gehörte schon im Mittelalter zu den christlichen Regentenpflichten. Der fürstliche Absolutismus erfüllte sie auf seine Art. Wenn auch die Förderung der Wohlfahrt der Untertanen erst in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus stärker in den Vordergrund tritt, so ist sie doch schon im Staat Ernst des Frommen und seiner Söhne unverkennbar. Seckendorf, der Theoretiker dieses Staates, huldigt wie alle alten Kameralisten der Nahrungsidee. Er sieht es als eine Aufgabe der Landesherrschaft an, "daß

⁶¹¹ Siehe Aktenreihen ThStAMgn GAM V G und V M und ZM 22-28 und 79.

⁶¹² Das Verschwinden von Akten und die Unordnung in den Archiven war übrigens keine Seltenheit. Noch 1828 berichtet das Kreisamt Sonneberg, das Archiv sei "seit Jahren ganz ungeordnet". ThStAMgn Kreis Sonneberg 643. Noch am 13. Juni 1834 musste das nunmehrige Verwaltungsamt Sonneberg mitteilen, man könne bestimmte Akten nicht finden. "Man erinnere sich wohl derselben aus den Jahren 1827 und 1828, allein alles Suchen ungeachtet sind sie noch nicht aufzufinden gewesen und werden wahrscheinlich bei dem Umzug des Amtes unter andere Akten gekommen sein. Es wird aber fortwährend danach gesucht." ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 19766. Bei Auflösung der Organisations-Kommission 1828 begann ein langes Suchen nach den an die Mitglieder ausgegebenen Kommissionsakten. ThStAMgn GAM XXIV 8.

⁶¹³ Keßler S. III.

⁶¹⁴ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13447.

⁶¹⁵ ThStAMgn ZM Nr. 260 Bl. 426.

keinem Untertanen die Notdurft zu seinen Lebensmitteln mangle"⁶¹⁶. Die Fürsorge äußert sich für uns zunächst in einer umfassenden Bevormundung auf allen Gebieten. Eine Obrigkeit, die bestimmte, welche religiöse Überzeugung für die Untertanen die allein richtige sei, musste sich auch das Recht zuerkennen, verbindlich festzustellen, was für die Untertanen im weltlichen Bereich schädlich sei und was sie glücklich machen könne. Das Bewusstsein, dass der Landesherr vor Gott die Verantwortung für jeden einzelnen Untertan trage, war die geistige Triebfeder dieses Handelns. Die tatsächlichen Voraussetzungen hatte der Dreißigjährige Krieg geschaffen, der Bürgertum und Bauernschaft moralisch gebrochen hatte. Das Wohl der Untertanen lag letztlich im Interesse der Landesherrschaft selbst. Sie musste erkennen, dass der Wohlstand schließlich ihr selbst zugute kam. So mischen sich hier Grundsätze der christlichen Patrimonialherrschaft mit denen der reinen Zweckmäßigkeit.

Von Herzog Bernhard I. stammt der Ausspruch, dass die Untertanen nicht seufzen dürfen, wenn sie für die Landesherrschaft beten sollen⁶¹⁷. Das entsprach ganz der Absicht seines Vaters, der auch im Gothaer Gesamtstaat eine eigentliche Staatsraison nicht gekannt hatte, die zur Durchsetzung eines wirklichen Absolutismus notwendig gewesen wäre. Der Gothaer Herzog hat niemals den Versuch unternommen, durch Gewaltakte die innere Stärke seiner Herrschaft zu festigen. Aus diesen Anschauungen heraus sind auch die Bestimmungen der Meininger Kanzleiordnung von 1687 entstanden, dass die Regierung "jedermann bei seinen Rechten, Freiheiten und Gerechtigkeit ... gebühlich schützen" solle⁶¹⁸. Die im Jahre 1702 in Meiningen rezipierte Gothaer Kammerordnung von 1666 bestimmt zwar, dass das Kammervermögen zu erweitern sei, betonte aber ausdrücklich, dass das "ohne Beschwerde und Verderben der Untertanen" geschehen müsse⁶¹⁹. Auch die in Meiningen eingeführte Gothaer Landesordnung Ernst des Frommen enthielt ähnliche Bestimmungen, so durften "die Amtleute wider die Billigkeit niemand beschweren oder an dem Seinen Eintrag tun"⁶²⁰. Das bedeutet freilich noch nicht, dass ein Rechtsstaat im modernen Sinn bestanden hätte, dazu waren die Sicherheiten viel zu gering, aber immerhin zeigen diese Gesetzesbestimmungen doch, dass alte Gewohnheiten und gegebene Privilegien dem fürstlichen Willen eine Schranke auferlegten, die nicht einfach niedergerissen werden konnte.

Wie sein Vater, so hat sich Bernhard I. persönlich sehr eingehend um die Verwaltung des Landes gekümmert. Wenn auch aus seinen Tagebüchern nicht hervorgeht, wann er an den Sitzungen der Landeskollegien teilgenommen hat, so finden wir viele Akten dieser Zeit mit seinen Notizen⁶²¹. Sein Sohn Ernst Ludwig hat ebenfalls sehr stark an der Regierungstätigkeit teilgenommen, jedoch durch die neue Organisationsform bedingt, nicht so sehr an den Sitzungen der Landeskollegien als an denen des Geheimen Rates⁶²². Eigenes Interesse und

⁶¹⁶ Seckendorf "Teutscher Fürstenstaat" P 2 cap 8, auch Zielenziger S. 345.

⁶¹⁷ Emmrich in Archiv I. S. 13.

⁶¹⁸ KO 1687 cap II.

⁶¹⁹ Kammerordnung 1666 cap XI.

⁶²⁰ GLO 1653 P 2 cap 2 tit 10.

⁶²¹ Die Tagebücher sind überliefert für die Jahre 1683, 1685, 1686, 1689, 1691, 1692, 1694, 1702 und 1705. Für 1693, 1695, 1696, 1698, 1702, 1703 nur kurze Notizen über gelesene Bibelstellen. ThStAMgn GAM XV B 37. Die Tagebücher schildern nur in Ausnahmefällen (Reisen) den Tagesablauf im Zusammenhang. Die Anwesenheit in Landeskollegien ist nirgends vermerkt, dagegen sehr gewissenhaft die Teilnahme an den Sitzungen des Geheimen Ratskollegs in Gotha, die er 1691 als obervormundschaftlicher Regent besuchte.

⁶²² Von Ernst Ludwig I. sind während seiner Regentszeit Tagebücher aus den Jahren 1706 (Januar - Juli), 1707 (Januar - Juni), 1711, 1712, 1713 und 1714 erhalten. ThStAMgn GAM XV F. 34. Sie sind außerordentlich schlecht, teilweise unleserlich geschrieben, aber verwaltungsgeschichtlich außerordentlich aufschlussreich, weil sie den Tagesablauf bis in die Einzelheiten schildern. Hinweise auf Sitzungen des Geheimen Rats, Teilnahme an den Sessionen der Landeskollegs, Vermerke wie "auf der Regierung gewesen, vñhles expedirt" begegnen uns fast täglich. Um einen Einblick in das Leben eines Meininger Herzogs zu Anfang des 18. Jahrhunderts zu geben, sei

Sorge um das Land flossen bei Beiden untrennbar ineinander. Die späteren Herzöge, Friedrich Wilhelm, Karl Friedrich und Anton Ulrich, haben nicht diese Anteilnahme gezeigt. Der einfältige Friedrich Wilhelm und der bequeme Karl Friedrich waren unfähig, selbst zu regieren und überließen das ihren Räten, Anton Ulrich hielt sich in der Fremde auf und zeigte andere Neigungen.

Mit dem Volk, das sie beherrschten und dem ihre Sorge gelten sollte, kamen die ersten Meininger Herzöge kaum in innere und engere Beziehung. Wenn die Kleinheit des Landes hierzu auch immer wieder Gelegenheit geboten hat, so stand dem doch die Anschauung der Zeit entgegen. In den Tagebüchern wird zwar vermerkt, dass sie hin und wieder an einer Geselligkeit teilgenommen haben, die ein Adliger veranstaltet hat, dass sie auch bei dem Kind eines bürgerlichen Beamten Gvatter standen und am Tode eines niedrigen Hofbediensteten Anteil nahmen, nirgends aber ist ersichtlich, dass sie die breiten Massen des Volkes in ihren Lebenskreisen aufgesucht haben. Nur von dem jungen Anton Ulrich ist bezeugt, dass er bei den Untertanen besonders beliebt gewesen sei⁶²³. In den ersten Jahrzehnten des Herzogtums war die Meininger Bürgerschaft offensichtlich nicht sehr von dem Treiben des Hofes entzückt, der sich in dem alten würzburgischen Amtshaus niedergelassen hatte und soeben begann, mit großem Aufwand ein Residenzschloss zu errichten⁶²⁴. Ein Vergleich mit den bescheidenen Verhältnissen der hennebergischen Regierung, die kaum 20 Jahre vorher von dort aus ein bedeutend größeres Land verwaltet hatte, warf nicht das beste Licht auf die neue Landesherrschaft. Indes hat sich Bernhard in seiner neuen Residenz bald sehr wohl gefühlt und auch die Meininger Bürgerschaft hat später die Vorzüge erkannt, die eine Hofhaltung für sie bot⁶²⁵. Sie war bestrebt, diesen Vorteil zu nutzen und geriet dadurch viel stärker in wirtschaftliche und geistige Abhängigkeit vom fürstlichen Absolutismus als etwa die Einwohner in Salzungen oder gar der fernen Industriestadt Sonneberg.

Es kann natürlich in diesem Zusammenhang nicht unsere Aufgabe sein, die bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts geplanten und durchgeführten Maßnahmen der Landesherrschaft zur Förderung des Wohls der Untertanen hier im einzelnen aufzuzählen oder gar zu besprechen. Es sollen hier nur die Grundsätze behandelt werden, die die Meininger Verwaltung in diesen Jahrzehnten beherrscht haben. Die landesherrliche Gesetzgebung bestand hierbei weniger als in den späteren Jahrzehnten in einer bewussten und planvollen Hebung des materiellen Wohlstandes des Volkes als vielmehr in einer großen Anzahl von Geboten und Verboten, die das Ziel hatten, die Untertanen auf dem rechten, gottgefälligen Weg zu halten. Verordnungen der Sittenpolizei, die zum Wohle des Volkes gedacht waren, nehmen einen großen Raum ein,

ein Auszug aus dem Tagebuch für die Zeit v. 18. - 29. Juni 1707 mitgeteilt: Sonnabend, 18. Juni: Vormittags Sitzung des Geheimen Rats, nachmittags nach Frauenbreitungen gefahren, Jagd gehalten, "aber nichts ausgerichtet" - Sonntag, 19. Juni: zweimal in der Kirche, Briefe aus Römhild gelesen, spazieren gegangen - Montag, 20. Juni: Vormittags Sitzung des Geheimen Rats, nachmittags Betstunde - Dienstag, 21. Juni: Vormittags in der Regierung gewesen, nachmittags Jagd im Ellinghäuser Wald, abends in Dreißigacker - Mittwoch, 22. Juni: Vormittags Korrespondenz erledigt, nachmittags Gesellschaftsspiele, abends Jagd, "nichts ausgerichtet" - Donnerstag, 23. Juni: Vormittags Sitzung d. Geh. Rats, nachmittags Jagd im Ellinghäuser Wald "aber nichts ausgerichtet" - Freitag, 24. Juni: Zweimal in der Kirche, lange mit dem Hofprediger gesprochen, "welcher nachmittags eine Vernachung gehalten" - Sonnabend, 25. Juni: Vormittags gebeitet, dann den Tag gelesen und geschrieben, "vohl auf Post expedirt" - Sonntag, 26. Juni: Abendmahl in der Kirche eingenommen, zweimal in der Kirche - Montag, 27. Juni: Vormittags Sitzung des Geheimen Rats, nachmittags Gesellschaftsspiele - Dienstag, 28. Juni: Jagd bei Bettenhausen - Mittwoch, 29. Juni: Vormittags in der Kirche, viel geschrieben, dann bis 1 Uhr nachts Gesellschaftsspiele.

⁶²³ SVMGL 47 (1904) S. 217.

⁶²⁴ Herrmann II S. 260.

⁶²⁵ Am 8. Februar 1826 schätzte d. Regierungsrat Hellmann die Mehreinnahmen, die die Meininger Bürgerschaft durch die Hofhaltung habe, auf 200000 fl rh jährlich. Auszüge aus den Landtagsprotokollen S. 258.

Mandate gegen Kleiderpracht und allzu üppige Familien- und Gemeindefeste sind verschiedentlich erlassen worden, jedoch mehr aus dem Gedanken geboren, die christliche Kirchengerechtigkeit einzuhalten, als zur Abwehr der Vermögensverschwendung und Armut. Dem Armenwesen ist seit der Regierung Ernst Ludwigs I. erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt worden. Wir sehen, dass auch die Sorge um das Wohl der Untertanen von den kirchlichen Forderungen der Zeit geprägt war. Ernst der Fromme und die beiden ersten Meininger Herzöge waren von dem tiefen Glauben erfüllt, dass die Obrigkeit die Untertanen so zu führen habe, dass durch ihre Handlungen nicht der Zorn Gottes herausgefordert wird. In der von Ernst dem Frommen erlassenen Gothaer Landesordnung, die später auch in Meiningen eingeführt wurde, kommt dieser Gedanke zum Durchbruch, wenn noch ganz unter dem Eindruck des Dreißigjährigen Krieges ausgeführt wird, es sei ein christlicher, der Verehrung Gottes dienender Lebenswandel zu führen, "damit seine Allmacht widrigen Falls nicht aufs neue gereizt werde"⁶²⁶.

4.2. Der aufgeklärte Absolutismus

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurde in den thüringischen Staaten der kirchlich-dogmatische Absolutismus abgelöst von einer Herrschaftsform, die wir aufgeklärten Absolutismus nennen. Dieser war dadurch gekennzeichnet, dass den Anschauungen der neuen Geistesrichtung gemäß auf kirchlichem Gebiet eine weitgehende Toleranz geübt wurde, die politische und wirtschaftliche Bevormundung der Untertanen aber noch stärker als in den vorangegangenen Jahrzehnten ausgeprägt war. Der Mensch rückte mehr als bisher in den Mittelpunkt des Staatsinteresses. Gleichzeitig damit wurde der transzendente Staatszweck aufgegeben, der auch in protestantischen Kleinfürstentümern noch am Beginn des 18. Jahrhunderts bestimmend war.

Das ancien régime hatte unter Polizei nicht nur das Organ der Schadensverhütung, sondern gerade die Förderung der Landeswohlfahrt, des Handels und Gewerbes, der Landwirtschaft und die Sorge um den Untertanen verstanden. Polizeistaat und Wohlfahrtsstaat flossen hier begrifflich ineinander über. Die "Haltung guter Polizei" hatten schon die alten Landesordnungen des 16. Jahrhunderts als den Hauptzweck der Innenpolitik bezeichnet. Aber gerade jetzt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als die Obrigkeit nur noch Diesseitszwecke verfolgte, trat der Polizeistaatsgedanke am klarsten hervor. Auch die Fürsorgepolitik für die Untertanen blieb ganz im Bann der Vorstellung, dass die Obrigkeit das politische und wirtschaftliche Leben leiten und lenken müsse und Freiheit auf diesen Gebieten schon im Interesse der Untertanen nicht gestattet werden dürfe. Auf eine Initiative von unten wurde daher verzichtet. Und doch hat der aufgeklärte Absolutismus, besonders unter der Regierung Georgs I. in Meiningen wertvolle und fruchtbringende Arbeit zur Hebung der Landes- und Volkskultur geleistet. Die Untertanen in Stadt und Land waren nach der Erstarrung, die die vorangegangenen Jahrzehnte gebracht hatte, wohl kaum in der Lage, eine andere Regierungsform zu vertragen. Der Eifer, mit dem der Herzog und seine obersten Beamten in der Sorge um das Land aufgingen, gibt der Staatspolitik dieser Jahre ihr Gepräge. Auch in Meiningen hat der aufgeklärte Absolutismus in seiner besten Ausprägung den Grundsatz vertreten, dass zwar alles für die Untertanen, nichts aber durch den Untertanen geschehen solle. Man war sich kaum darüber klar, dass eine solche Regierungsform nur wenige Generationen zu verfolgen war, denn es lag auf der Hand, dass der auf landesherrliches Geheiß gebildete und wirtschaftlich gefestigte Bürger eines Tages auch

⁶²⁶

politische und wirtschaftliche Freiheit und ein Mitbestimmungsrecht am Staat verlangte. Ob das das Endziel des Meininger aufgeklärten Absolutismus war, muss freilich sehr in Zweifel gezogen werden.

Bei den auf geistesgeschichtlichem Gebiet in Meiningen nur schwach fließenden Quellen ist es schwierig, im Einzelnen nachzuweisen, wann und wie die Ideen der Aufklärung im Land und vornehmlich in der Residenzstadt Eingang gefunden haben. Es ist aber sicher, dass sie über den Hof, die höhere Beamtenschaft und die höhere Geistlichkeit eingedrungen sind. Es mag ein bloßer Zufall sein, dass gerade eine Meininger Herzogstochter, Luise Dorothea, seit 1729 Gemahlin Herzog Friedrichs III. von Gotha, die früheste Vertreterin der Aufklärung in Thüringen ist und den Gothaer Hof zum ersten Sitz der Aufklärung in den sächsischen Herzogtümern gemacht hat⁶²⁷. Der Hof Ernst Ludwigs I. war keineswegs geschaffen, eine Aufklärerin zu erziehen, Luise Dorothea hat auch nicht von dort sondern von einer elsässischen Hofdame, die in Frankreich geboren war, Anregungen und Bildung erhalten. Von Gotha aus, wo die Anschauungen, denen die Herzogin huldigte, keineswegs unumstritten waren, trat sie als Beschützerin des Professors Christian Wolff auf, des Begründers der deutschen Aufklärung. Von hier aus wirkte die Aufklärung auch erstmals in der Spätzeit Friedrich Wilhelms und Karl Friedrichs auf den Meininger Hof ein. Sie äußerte sich in der 1741 erfolgten Gründung der Loge "Aux trois Boussoles" ("Zu den drei Kompassen") unter maßgeblicher Beteiligung Karl Friedrichs⁶²⁸. Freilich waren die äußeren Umstände, in denen sich damals der Meiningen Hof befand, für die Fortentwicklung der Loge sehr ungünstig. Nach kurzer Zeit ging sie schon 1743 wieder ein.

Die Stellung Anton Ulrichs zu den geistigen Strömungen seiner Zeit ist noch nicht in den Einzelheiten erforscht. Gewiss besitzen wir von ihm eine Reihe Verordnungen, die darauf schließen lassen, dass er den orthodoxen Kirchenglauben seinen Untertanen erhalten wissen wollte. Dass Anton Ulrich aber ein strenger Lutheraner wie sein Vater gewesen war, ist kaum anzunehmen. Zu sehr war er in der Welt herumgekommen, hatte sich erst im calvinistischen Holland, dann im katholischen Wien und schließlich in der großen aufgeklärten Reichsstadt am Main aufgehalten, zu einer Zeit, in die auch Goethes Jugend fällt. Seine wissenschaftlichen und künstlerischen Neigungen haben ihn mit der Aufklärung in Berührung gebracht, in seiner später nach Meiningen überführten Bibliothek finden wir die Werke französischer und deutscher Aufklärer⁶²⁹. Unter seiner Regierung ist erstmals 1746 ein Nichtlutheraner, der Geheime Rat und Regierungspräsident von Pfau, zu hoher Staatsstellung emporgestiegen, der reformierter Christ war⁶³⁰. Anton Ulrichs zweite Gemahlin, Charlotte Amalie von Hessen-Philippsthal, war eine entschiedene Anhängerin der Aufklärung.

Auch im Meininger Land selbst machte sich unter Anton Ulrichs Regierung eine Wandlung bemerkbar, deren Auswirkungen wir freilich erst in der Zeit um 1760 feststellen können. Sie ging von den gebildeten Schichten des Bürgertums aus, von Geistlichkeit und Juristen. Unter den Professoren der Universität Jena machte sich die Aufklärung erstmals 1725 bemerkbar, um 1740 beherrschte sie die philosophische, zwei Jahrzehnte später auch die theologische

⁶²⁷ Herrmann II S. 309.

⁶²⁸ Goecking S. 2.

⁶²⁹ Akten über Anton Ulrichs Bibliothek ThStAMgn GAM XV T 49.

⁶³⁰ Die gesamte aus dem reformierten Anhalt stammende Familie Pfau war reformiert. Vgl. Pfarramt Untere Stadt Regensburg, Sterberegistereinträge zum 26. Sept. 1736, 14. Nov. 1768 und 6. Mai 1787. Im Jahre 1740 wurde in Weimar d. Komm.-Rat Pfau wegen seines reformierten Bekenntnisses nicht in die Kollegien aufgenommen. Mentz S. 266.

Fakultät⁶³¹. Wenn man dabei berücksichtigt, dass nach einer Verordnung Anton Ulrichs vom 8. Januar 1751 alle Landeskinder die Jenaer Universität mindestens zwei Jahre besuchen mussten, wenn sie mit einer Anstellung im Land rechnen wollten, so wird man begreifen, dass die jüngere Generation ganz im Sinne der neuen Anschauungen unterrichtet wurde. Das Beispiel des späteren Kanzlers Grimm zeigt, dass aufklärerische Gedanken schon damals in der Meininger Advokatschaft vorhanden gewesen sein müssen.

Aber erst als Charlotte Amalie 1763 in die Residenzstadt übersiedelte, wurde die Aufklärung in Meiningen bewusst gefördert. Sie strahlte von hier aus über das ganze Land. Die maßgebenden neuen Beamten bekannten sich zu ihr. Der junge Adolf Gottlieb von Eyben, ein Sohn des aufgeklärten Dänemark und ein Zögling Klopstocks, wurde 1765 zum Regierungsassessor berufen und stieg rasch zur höchsten Beamtenstelle auf. Auch von dem nunmehrigen Hauptsitz der Aufklärung in Thüringen, dem Musenhof der Herzogin Anna Amalie von Weimar, strömte die neue Geistesrichtung in die Elisabethenburg. Für die spätere Entwicklung des Meininger Herzogtums ist es nicht ohne Bedeutung geblieben, dass 1766 und 1768 zwei weimarische Beamte nach hier übersiedelten, Otto Philipp von Türck und Franz Christian Eckbrecht von Dürkheim, die bald entscheidenden Einfluss auf das Land und seine Regenten gewinnen sollten. Auch in die leitenden Kirchenämter wurden fast ausschließlich Anhänger der Aufklärung gesetzt. Die Aufklärung beherrschte schon ganz die Regierungszeit Charlotte Amalies und wirkte sich auf Politik, Kirche und Wirtschaft aus. Von besonderer Bedeutung aber wurde der organisatorische Zusammenschluss der Anhänger der Aufklärung in der Meininger Loge "Charlotte zu den drei Nelken" im Jahre 1773. Zu ihren fünf Begründern gehörten die Männer, die wir eben als entschiedene Aufklärer kennengelernt haben, Eyben, Türck und Dürkheim, weiter der Meininger Oberst Ludwig Karl von Bibra und der Sonneberger Oberstleutnant Christian Friedrich Keßler von Sprengseisen⁶³². In den folgenden Jahren traten noch eine Reihe anderer führender Staatsbeamter der Loge bei, die Oberforstmeister von Ziegesar und von Bibra, der Regierungsrat und spätere Kanzler Uttenhoven und der Major und spätere Kriegskommissionspräsident von Diemar⁶³³. Die Geistlichkeit hielt sich von der Loge fern, stand ihr aber keineswegs feindlich gegenüber. Nur der spätere Salzunger Superintendent Walch ging in seinen Jugendjahren ganz im Dienst der Bestrebungen der Loge auf. Wie sehr die meiningische Geistlichkeit aber am Ende des 18. Jahrhunderts von der Aufklärung geprägt war, werden wir bei der Entwicklung des Kirchen- und Schulwesens noch zur Genüge sehen. Dass auch ein Supranaturalist wie der Hofkaplan und spätere Oberhofprediger Georg Karl Emmrich in seiner Jugendzeit ganz von der aufklärerischen Vernunftreligion befangen war, zeigt sein in die letzten Monate des Jahres 1799 zu setzendes Gedicht "Weihegesang zum Eintritt des 19. Jahrhunderts", in dem es heißt:

An dem Felsen der Vernunft zersplittert
Was von eitler Einfalt fortgeerbt
Falscher Schmuck und Schimmer bleicht und zittert
Bis das Sonnenlicht ihn ganz entfärbt
Jedes Überbleibsel finsterner Zeiten
Senkt man unbeweint ins tiefe Grab
Bosheit, Wahn und Dünkel nur begleiten

⁶³¹ Herrmann II S. 323-324.

⁶³² Keßler von Sprengseisen hat eine Streitschrift für die Loge verfaßt: "Abgenötigte Fortsetzung des Anti-St. Nicaise" gegen den Oberhofprediger D. Stark, Leipzig bei Friedrich Gotthold Jacobäner 1788.

⁶³³ Goekingk, S. 22, 23 und 173. Anerkennungsurkunde der Loge vom 21. Dezember 1779, ThStAMgn ZM 164 Bl. 451.

Seinen Zug und sinken mit hinab⁶³⁴.

Der Einfluss, den dieser Kreis in den nächsten Jahrzehnten auf das Land und seine Entwicklung genommen hat, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das ist nicht nur dem Umstand zu verdanken, dass die hohe Beamtenschaft und die Erzieher der beiden Erbprinzen führend an der Logenarbeit teilnahmen, sondern dass Herzog Karl am 10. Januar 1775 und Georg mit knapp 16 Jahren am 16. Februar 1777 als Lehrlinge in die Loge eintraten. Karl stieg bis zum Meister vom Stuhl auf. Die beiden Herzöge sind in ihrem Bildungsgang ganz von diesem Geiste geprägt worden und haben ihn in der Regierungspolitik anzuwenden versucht.

Der Geist, der die Gründer der Meininger Loge beherrscht hat, war nicht der einer radikalen Aufklärung mit ihrer Frontstellung gegen Christentum und Kirche. Der Kreis war nicht antireligiös, nicht einmal kirchenfeindlich. Der alte Dogmenglaube wurde zwar aufgegeben, die Prinzipien der christlichen Liebestätigkeit aber lagen den Anschauungen dieser Männer zu Grunde, und auf sie wurde bewusst aufgebaut. Es zeigte sich dabei ein starkes Bestreben, ein vom Dogma gelöstes Christentum der Menschenliebe Wirklichkeit werden zu lassen. Dieses verschmolz mit der naturrechtlich begründeten Forderung nach wahrer Humanität. Der Glaube an den Fortschritt der Menschheit durch Bildung und Wohlstand beherrschte die Gemüter und ließ bei Herzog Georg I. immer mehr die Anschauung reifen, der Fürst dürfe allein in der Förderung der Interessen der Untertanen das Leitmotiv seines Handelns sehen⁶³⁵. In dem großangelegten Plan zur Verbesserung der Ökonomie vom 24. August 1792 bezeichnet es der Herzog als seine Regentenaufgabe, "das Emporkommen seiner Lande auf die möglichste Weise zu befördern"⁶³⁶. Nach seiner Meinung komme es dabei nur auf den Landesherrn an: "Hat der Fürst nur den guten Willen genug, sein Land glücklich zu machen, so findet er immer auch Patrioten, welche die Mittel zur Beförderung der gemeinen Wohlfahrt ausfindig machen und dazu dienliche Vorschläge an die Hand bieten werden". Diese Gedanken stellten einen Umbruch in den Ansichten von Regentenpflichten und den Beziehungen zwischen Herzog und Untertanen dar. Das Formelhafte in Staat und Kirche, die Trennung zwischen Landesherr und Untertan, zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung wurde langsam beiseite geschoben. Die "unbefangene Hingabe des Menschen an den Menschen" wurde der ideale Grundzug der Regierungspolitik Georgs I.⁶³⁷. Aus diesen Anschauungen entstanden die Bildungsanstalten in Meiningen, die verbesserte Armenversorgung und andere Einrichtungen zum Wohl der Untertanen, hieraus entsprang aber auch das Pflichtbewusstsein, alles anleiten und lenken zu müssen. Sehr deutlich wird die neue Grundeinstellung zu den Regentenpflichten, in der sich der Liebesgehalt der christlichen Lehre mit dem neuen, "hellen Begriff vom Wert des Menschen in der Hütte und auf dem Throne" mischte, als Georg I. bei einer Abendmahlfeier kurz nach dem großen Salzunger Brand im November 1786, dessen Bekämpfung er persönlich geleitet hatte, sagte: "Wir feiern bei dieser Handlung das Andenken des größten Menschenfreundes und geloben zugleich auch Menschenfreunde zu sein. Ich jedenfalls will retten und helfen, wo ich nur kann"⁶³⁸. Es ist bezeichnend, dass das Aufnahmegesuch eines Mannes mit einem so ausgeprägten Ständesdünkel wie des Forstmeisters Franz Karl von Ziegesar im Jahre 1774 von der Charlottenloge mit dem Vermerken abgelehnt wurde, "daß er annoch unterschiedliches an

⁶³⁴ Emmrich, Gedichte (1807).

⁶³⁵ Vgl. hierzu für Baden, Windelband S. 4,64 für Weimar-Eisenach Hartung S. 40.

⁶³⁶ ThStAMgn ZM Nr. 261.

⁶³⁷ Emmrich in MTB 1805 S. 203.

⁶³⁸ Emmrich in MTB 1805 S. 203, 250.

seinem Betragen und Charakter verbessern sollte"⁶³⁹. Ein zweites Gesuch wurde 1775 wegen Taktlosigkeiten zurückgewiesen. Erst später ist Ziegesar Logenmitglied geworden. Andererseits lebte in den Herzögen Karl und Georg ein grimmiger Hass gegen jeden volksbedrückenden Despotismus und jede Willkürherrschaft. Dieser kommt zum Ausdruck in einem Artikel, den Georg unter dem Pseudonym Ibrahim Ben Abdallah im Mai 1782 in der Zeitschrift des bedeutenden aufklärerischen Publizisten August Ludwig Schlözer gegen Herzog Karl von Zweibrücken schrieb⁶⁴⁰. Die Menschenfreundlichkeit der aufgeklärten Regierung führte schließlich so weit, dass Georg niemals ein Todesurteil bestätigte und sogar 1798 das Meininger Zuchthaus schließen und die Insassen nach Coburg abführen ließ, weil er in seinem Lande solche Anstalten nicht wünschte⁶⁴¹. Hier lief die aufgeklärte Regierungsweise schon in eine Milde und Sanftmut über, die zeigt, dass ihr vielfach die Kraft zur Strenge und Härte fehlte⁶⁴². In diese Zeit fällt auch die 1786 verfügte Aufhebung der Folter. Wie die Herzöge Ernst II. von Gotha, Georgs Schwager, und Karl August von Weimar, die Würzburger Bischöfe am Ende des 18. Jahrhunderts und Markgraf Karl Friedrich von Baden, so haben auch die Meininger Herzöge in der geistigen und wirtschaftlichen Förderung ihrer Untertanen ihre Lebensaufgabe gesehen, selbst wenn diese hie und da den eigenen fiskalischen Interessen widersprach. Weil eine Machtentfaltung dieser Kleinstaaten nach außen nicht möglich war, sah die Obrigkeit ihre Aufgaben darin, zum Wohl der Untertanen im Inneren zu wirken und fand dabei den Beifall der zeitgenössischen Publizistik⁶⁴³.

Die Aufklärung äußerte sich zunächst auf dem Gebiet des Kirchenwesens. Wenn wir auch schon festgestellt haben, dass der Rationalismus dieser Geistesrichtung in Meiningen auf die Grundlagen des christlichen Glaubens nicht so zersetzend gewirkt hat wie anderswo, so darf doch nicht übersehen werden, dass tiefe und bewusste Eingriffe in das Kirchenleben vorgenommen und die Kirche grundlegend umgestaltet worden ist. Die führenden Meininger Kirchenmänner dieser Zeit waren Aufklärer, nicht nur der Oberhofprediger Volkhardt, sondern auch sein Nachfolger Johann Lorenz Vierling (1792 - 1829)⁶⁴⁴. Die Anschauungen der weltlichen und geistlichen Mitglieder des Konsistoriums lagen auf derselben Linie. Der meiningische Staat des beginnenden 18. Jahrhunderts hatte in der "Wahrung der reinen Lehre" des orthodoxen Luthertums seine Hauptaufgabe gesehen. Der aufgeklärte Absolutismus verfolgte ein anderes Ziel. Ihm galt die Religion in erster Linie als ein Erziehungsinstrument, sie gewann dadurch mehr diesseitigen als jenseitigen Wert. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, dass die Pfarreien, vorwiegend auf dem Land, Einrichtungen wurden, mit denen die Obrigkeit nicht nur ihre geistigen Ideen, sondern auch ihre wirtschaftlichen Pläne dem Volke nahebrachte. Nach Ansicht Herzog Georgs I. seien die Pfarrer "vermöge ihres Berufs vorzüglich im Stande, landwirtschaftliche Polizeigesetze in Gang zu bringen, aufrecht zu erhalten und die Absicht des Landesherrn zu erfüllen"⁶⁴⁵. Es ist somit nicht verwunderlich, dass die Geistlichen an die Spitze der Ortsökonomiekommission gesetzt wurden. In diesen

⁶³⁹ Goeckingk S. 75.

⁶⁴⁰ SVMGL 5 (1889) S. 26 und 32.

⁶⁴¹ Emmrich in MTB S. 224 nach Sch H B 9/1927 ist noch 1784 der Schäfer Straßer in Schalkau hingerichtet worden.

⁶⁴² Ähnliches in Sachsen-Weimar, Hartung S. 39.

⁶⁴³ Für Weimar vgl. Fritz Hartung, Das Großherzogtum Sachsen unter Karl August, 1923, für Baden: Wolfgang Windelband, Badische Finanzpolitik zur Zeit des Markgrafen Karl Friedrich, Erfurt 1916 Abdruck aus: Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs, herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission.

⁶⁴⁴ Herrmann II S. 339.

⁶⁴⁵ Plan zu einer Verbesserung der Oekonomie in Meinem Lande und über die Art, sie zu bewerkstelligen vom 24. August 1792, ThStAMgn ZM 261.

Jahrzehnten entstand die in der Meininger Landeskirche bis ins 20. Jahrhundert wirkende undogmatische und liberale Art.

Von Meiningen aus ging 1785 der Gedanke, den Religionseid der Staatsdiener in den ernestinischen Herzogtümern abzuschaffen⁶⁴⁶. Durch eine Verfügung vom 13. Januar 1786 wurde im Meininger Land der alte Religionseid tatsächlich aufgehoben und an seiner Stelle "den jetzigen Zeitläuften und Umständen angemessenere Eides- und Pflichtformeln" gesetzt, die keinerlei religiöse Probleme mehr berührten⁶⁴⁷. Die alte Verpflichtungsformel des Landesherrn gegenüber den Ständen wurde gleichfalls geändert. Es sollte zwar an der evangelisch-lutherischen Religion grundsätzlich festgehalten werden, wie sehr diese aber schon von naturrechtlich-aufklärerischem Gedankengut durchdrungen war, zeigt das neue Versprechen des Landesherrn, diejenigen Untertanen zu belohnen, "die sich durch wahre Religion auszeichnen und hiermit ein Verhalten verbinden, welches den Grundsätzen der Heiligen Schrift und einer christlichen und vernünftigen Sittenlehre gemäß ist"⁶⁴⁸. Der Staat hatte sich damit von der lutherischen Orthodoxie gelöst.

Nunmehr wurden eine Reihe kirchlicher Gebräuche abgeschafft, die mit dem neuen Begriff der Menschenwürde unvereinbar erschienen. Im Jahre 1788 wurden die Einzelbeichte und die Kirchenbuße abgeschafft, und die Pfarrer von der "unangenehmen" Pflicht befreit, in der Beichte anvertraute Verstöße gegen Ehe- und Sittengesetze den staatlichen Behörden zur Bestrafung zu melden. In dieser Hinsicht waren schon andere Fürstentümer dem Meininger Herzogtum vorangegangen, 1771 Gotha und Coburg-Saalfeld, 1774 Altenburg, 1786 Reuß-Greiz. Weimar folgte erst 1792, Hildburghausen gar erst 1807⁶⁴⁹. In der Liturgie endlich wurde den Pfarrern größere Freiheit eingeräumt, wobei besonderer Wert darauf gelegt wurde, in der Predigt aus der christlichen Lehre praktische Nutzenwendungen für das tägliche Leben zu vermitteln⁶⁵⁰. Alles war darauf abgestellt, dass der Gottesdienst und die in seinem Mittelpunkt stehende Predigt dem Volk Belehrung und Aufklärung vermittelt. Es muss aber auch festgestellt werden, dass hierbei der Herzog und die maßgebenden Männer im Geheimen Ratskollegium und im Konsistorium jede Übersteigerung vermieden haben. Das im Jahre 1794 herausgegebene neue Meininger Gesangbuch zeigt zwar deutlich die Spuren der Aufklärung, stellt aber gleichzeitig die Verbindung zu den alten Überlieferungen her.

Bei der neuen Einstellung zur Religion musste auch die Stellung zu den anderen Konfessionen einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden. Wir haben gesehen, dass bereits der Regierungspräsident von Pfau dem reformierten Bekenntnis angehörte. Unter Georg I. traten auch Katholiken in den meiningischen Staatsdienst ein, so der Straßenbauinspektor Joseph Bruno Weißenberg aus Würzburg. Auch die anderen christlichen Bekenntnisse, denen das Land bisher versperrt war, wurden nunmehr zugelassen. Die Reformierten bekamen 1785 die Genehmigung zur Abhaltung von Gottesdiensten in der Residenzstadt, die Katholiken im Jahre 1802, beide allerdings unter gewissen Einschränkungen⁶⁵¹. Die Zahl der Andersgläubigen war gegenüber der Gesamtzahl der Untertanen aber sehr gering. Die Gleichberechtigung lutherischer, reformierter und katholischer Untertanen wurde schließlich durch den Beitritt Meiningens zum Rheinbund

⁶⁴⁶ Herrmann II S. 352.

⁶⁴⁷ ThStAMgn ZM 260 Bl. 244.

⁶⁴⁸ Landschaftsdeputationsabschied vom 20. März 1793, Konz. ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11774.

⁶⁴⁹ Herrmann II S. 100.

⁶⁵⁰ Emmrich in MTB 1805 S. 101.

⁶⁵¹ Emmrich in MTB 1805 S. 103-104, Walch S. 97.

1807 in vollem Maße anerkannt⁶⁵². Sie war durch die religiöse Toleranz Georgs I. weitgehend vorbereitet, der als Taufpaten für den Erbprinzen Vertreter der drei christlichen Hauptreligionen, die lutherischen sächsischen Herzöge, den reformierten Landgraf Adolf von Hessen-Philippsthal-Barchfeld und den katholischen Würzburger Bischof Karl Georg von Fechenbach wählte. Letzterer wohnte mehrere Monate auf der Maßfelder Burg, als die Franzosen 1796 Franken besetzt hatten. Ihm wurde dort die Ausübung katholischen Gottesdienstes für sich und seine Umgebung gestattet.

Die aus dem Geist der Aufklärung geborene Emanzipation der Juden wurde erst in der Rheinbundzeit durchgeführt. Das alte Meininger Herzogtum hatte nur in Dreißigacker Juden gekannt, nach der Eingliederung ehemals reichsritterschaftlichen Gebiets 1808 stieg ihre Zahl jedoch beträchtlich. Im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl des Landes stellten sie aber immer noch einem kaum beachtlichen Bruchteil dar. Walch gibt sie 1811 mit 619 Personen von 56369 Landesbewohnern an⁶⁵³. Georg I. hatte noch scharfe Bestimmungen zur Einschränkung des Judenhandels erlassen, die vorwiegend als wirtschaftlicher Schutz gegen die als Ausländer angesehenen reichsritterschaftlichen Juden zu verstehen sind. Das meiningische Judenemanzipationspatent vom 5. Januar 1811 war eines der frühesten in Thüringen, Hildburghausen, wo die Juden schon im 18. Jahrhundert größeren Einfluss hatten, folgte erst 1814⁶⁵⁴. Wenn das Meininger Patent den Juden auch noch keineswegs die volle Gleichberechtigung mit den christlichen Bewohnern gab, so stellte es doch einen ersten Schritt hierzu dar. Es waren noch eine große Zahl wirtschaftlicher, rechtlicher und besonders psychologischer Hemmnisse zu überwinden, bis das Gesetz vom 25. Februar 1868 den Juden die vollen Staatsbürgerrechte gab⁶⁵⁵. Für die judenfeindliche Stimmung der Bevölkerung liegen manche Beispiele vor. Schon im April 1777 kam es in Walldorf zu heftigen Ausschreitungen gegen die dortige Judenschaft, die im Juni zu militärischem Eingreifen führten⁶⁵⁶. Im Oktober 1819 wiederholten sich ähnliche Zwischenfälle in Meiningen, als Juden Häuser kaufen wollten⁶⁵⁷. Auch als am 8. und 9. Februar 1826 im Landtag das nicht rechtskräftig gewordene Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der Juden beraten wurde, fehlten judenfeindliche Äußerungen der Abgeordneten nicht⁶⁵⁸. Als "Hofgefreite" sind Juden in Meiningen schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts nachweisbar, 1813 wurde die Agentenstelle in Amsterdam einem Mitglied der angesehenen Meininger Judenfamilie Romberg übertragen, als Advokaten traten Juden im Meininger Herzogtum erstmals 1848 auf. Im eigentlichen Staatsdienst ist aber erst 1878 ein Jude angestellt worden⁶⁵⁹.

⁶⁵² In Hildburghausen gab es eine Reformiertensiedlung seit 1711, katholischer Gottesdienst wurde dort 1774, in Gotha 1780 zugelassen, Herrmann II S. 360.

⁶⁵³ Walch S. 83.

⁶⁵⁴ Das Meininger Patent vom 5. 1. 1811 und das Hildburghäuser Patent vom 11. 5. 1814 sind abgedruckt in SVMGL 30 (1898) S. 129-141.

⁶⁵⁵ GS XVIII S. 7.

⁶⁵⁶ Meininger Chronik II S. 89-90 u. SVMGL 53 (1906) S. 46-78.

⁶⁵⁷ Meininger Chronik II S. 208.

⁶⁵⁸ Auszüge aus den Landtagsprotokollen S. 254-270.

⁶⁵⁹ Meininger Chronik II S. 118: 1788 Moses Israel Hoflieferant zu Dreißigacker. Hermanns Adreßbuch 1808 S. 15: Jacob Israel Hoffaktor, Joseph Israel Hofagent, Moses Israel Hofkommissar, alle in Dreißigacker. 1813 Ernennung Moritz Jacobsen Romberg zum Agenten in Amsterdam MWN 33/1813; David Michaelis 1848 Rechtsanwalt in Eisfeld, SVMGL 30/1898 S. 104, Isaak Strupp 1853 Rechtsanwalt zu Hildburghausen StHB 1853 S. 116, Heinrich Steinhard 1878 Kreisgerichtsassessor zu Hildburghausen, 1878 Amtsrichter zu Eisfeld, RB 40/1878, 146/1879; Adolf Ortweiler 1878 Kreisgerichtsassessor zu Eisfeld, 1879 Amtsrichter zu Gräfenenthal MRB 285/1878 und 146/1879, Dr. Julius Ledermann 1893 Amtsrichter zu Steinach MRB 81/1893 vgl. auch SVMGL 30 (1898) S. 104.

Auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet blieb der unbedingte Führungsanspruch der absolutistischen Obrigkeit überall bestehen. Unter dem Einfluss der Aufklärung änderten die Maßnahmen der Obrigkeit jedoch ihren Charakter. Die Sorge um den Untertan trat unverkennbar immer stärker in den Vordergrund. Die aufgeklärte Regierung sah ihre Hauptaufgabe in der Erziehung der Untertanen zu Bildung und "bürgerlicher Vervollkommnung" und in der Förderung ihrer wirtschaftlichen Wohlfahrt. Wir haben schon oben dargestellt, dass sich die Obrigkeit zum geborenen Vormund ihrer Untertanen von der Wiege bis zur Bahre betrachtete. Der Wunsch der Untertanen nach einer politischen Mitgestaltung des Staatswesens wurde auf der anderen Seite nirgends laut. Die alte unterländische Landschaft bestand zwar noch und festigte sich in diesen Jahrzehnten organisatorisch. Aber abgesehen davon, dass sie keine Volksvertretung sondern eine Versammlung der Rittergutsbesitzer und der Stadtaristokratie war, lag sie ganz in den Händen landesherrlicher Beamter und stellte lediglich eine Ergänzung der landesherrlichen Finanzbürokratie dar. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die Landesherrschaft manche wertvolle Anregung von der Landschaft erhielt. In den Städten, in denen Selbstverwaltung bestand, lag diese in den Händen einer eng begrenzten Führungsschicht, die ihre Ergänzung ohne Mitwirkung der Bürgerschaft vornahm. In den Stadtverwaltungen war unter einem solchen Regiment vieles nicht zum Besten bestellt. Herzog Georg hat deshalb im Interesse einer geordneten Verwaltung das Selbstbestimmungsrecht der Stadträte immer mehr eingeschränkt und viele kommunale Aufgaben landesherrlichen Beamten anvertraut. Wenn selbst in den kleinen Landstädten alles der politischen Erstarrung anheimgefallen war, wie konnte eine Mitwirkung am Staatsganzen erwartet werden. Der Staat des aufgeklärten Absolutismus regierte mit dem Beamten, nicht mit dem Volk. Auch ein Fürst wie Georg I. hat nur auf wirtschaftlichem Gebiet Versuche unternommen, breitere Bevölkerungskreise zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Untertanen erkannten den Herzog mit Selbstverständlichkeit als ihren angestammten Landesherrn an, dem Treue zu halten und Gehorsam zu leisten war, dessen Anordnungen durchgeführt wurden und der für ihr Wohl und die Sicherung ihrer Lebensexistenz zu sorgen hatte.

Eine öffentliche Meinung im heutigen Sinne hat es damals im Meininger Herzogtum nicht gegeben. Die einzige Zeitung des Landes, die seit 1763 erscheinenden "Meiningischen Wöchentlichen Nachrichten", enthielten vornehmlich amtliche und private Bekanntmachungen und, wenn es hoch kam, Belehrungen über wirtschaftliche Dinge oder kommentarlose politische Kurznachrichten. Es handelte sich um ein typisches Intelligenzblatt, wie es in anderen Residenzen ebenfalls gehalten wurde⁶⁶⁰. In den Jahren 1801 bis 1805 und 1807 erschien je ein Jahrgang des "Herzogl. Coburg-Meiningisch jährlichen gemeinnützigen Taschenbuchs", das von Oberhofprediger Vierling und Kammerrat Bechstein geleitet wurde. Es enthielt neben dem Kalender praktische Hinweise, biographische Skizzen, sowie geschäftliche und landeskundige Abhandlungen. In den Kriegsjahren musste der Druck eingestellt werden. Wenn auch Herzog Karl ein Freund der Pressefreiheit war, so doch wohl nur für den Kreis der Gebildeten und als ein Mittel zur Verkündung humanitärer

⁶⁶⁰ Der Titel hieß zuerst bis 1776 "Meiningische Wöchentliche Anzeigen". Als "Intelligenzblatt" wird es amtlich genannt in der Steuererhebungsverordnung v. 4. Jan. 1777 ThStAMgn ZM 261. Die Redaktion hieß 1818 "Herzoglich Sächsisches Intelligenzblatt" Sta Sonneberg 89,2: Bezugspreis jährl. 16 gr. Andere Intelligenzblätter in Weimar 1734 und seit 1755, in Gotha seit 1751, Eisenach und Jena seit 1752, in Hildburghausen seit 1766 ThStAMgn Staatsmin., Abt. Kirchen- und Schulsachen 768, in Arnstadt seit 1768, in Rudolstadt seit 1769, in Greiz seit 1774, in Sonderhausen seit 1795 DStB II S. 272-366, [Coburg seit 1764 Werner Greiling Presse und Öffentlichkeit in Thüringen 2003 S. 205]

Grundsätze, denen er selbst huldigte⁶⁶¹. Spätestens seit 1789 bestand jedenfalls in Meiningen eine Zensur aller Zeitschriften⁶⁶².

Zu Auflehnungen der Untertanen ist es in diesen Jahrzehnten wohl gelegentlich gekommen. Der Meininger Hungerkrawall des Jahres 1771 und der Wasunger Volksauflauf im Herbst 1800 stehen nicht vereinzelt da. Sie hatten aber keine politischen Hintergründe. Die übrigen Zusammenstöße zwischen Untertanen und Obrigkeit entstanden meist aus rückständigen Ansichten der Bevölkerung, die der aufgeklärte Polizeistaat nicht dulden wollte. In Meiningen kam es im 18. Jahrhundert gelegentlich zu Zusammenstößen, weil die Bürgerschaft Gefangenenbewachung für unehrenhaft hielt. Der blutige Zusammenstoß in Walldorf am 4. Juni 1777 und der Volksauflauf im Oktober 1819 hatten ihre Ursachen im Widerwillen der Untertanen gegen die von der Obrigkeit angestrebte Judenemanzipation. Zu militärischem Einschreiten in Frauenbreitungen kam es im November 1766, weil die Obrigkeit die Beerdigung eines Selbstmörders auf dem Friedhof erzwingen wollte. Sehr selten sind Fälle, in denen die Untertanen gewaltsam ihre Freiheit verteidigten, wie die Einwohner von Schweina, die 1722 Herzog Ernst Ludwig unrechtmäßige Fron verweigerten⁶⁶³. Die Ideen der Französischen Revolution haben auf die Bürger Meiningens keineswegs revolutionierend gewirkt, im Gegenteil, als die Franzosen 1796 den Landesgrenzen nahe kamen, setzte eine allgemeine Flucht der Sachwerte ein, und auch 1806, als Napoleon in das Land einrückte, fand er eher Ablehnung als Zustimmung⁶⁶⁴. Die Regierung brauchte im 18. Jahrhundert niemals ernsthafte Vorkehrungen zur Abwehr einer Revolutionsgefahr zu treffen⁶⁶⁵.

So kamen alle Reformen, Anordnungen und Umgestaltungsmaßnahmen von der Obrigkeit selbst und aus der neugewonnenen Erkenntnis, dass es Pflicht des Landesherrn sei, für das Wohl der Untertanen zu sorgen. Der Eifer, den Charlotte Amalie und ihre Söhne, die Herzöge Karl und Georg, hierbei entfalteten, kann immer wieder in Erstaunen setzen, umso mehr als wir selbst bei kritischer Prüfung feststellen müssen, dass diese Maßnahmen nicht etwa zur Beruhigung eines mit Forderungen auftretenden Volkes oder nur zur Stärkung der landesherrlichen Gewalt erfolgten. Ihre Ursache lag in dem neuen Bewusstsein von den Regentenpflichten. Der Erziehungsgedanke stand dabei im Vordergrund. Die Obrigkeit war und blieb unentwegter Warner und Mahner, wirkte aufklärend, scheute sich aber nicht, durch Strafandrohung und Strafen ihren Ermahnungen Gewicht beizulegen. Wie sehr sie dabei in die private Sphäre des Einzelnen eingriff, zeigt eine Verordnung Georgs I. vom 1. November 1784 über das Verbot des Lottospiels und der Lotterie. "Wir halten es dahero für unsere landesherrliche Pflicht", heißt es da, "unsere Untertanen für diesen gefährlichen, ihnen schädlichen Spielen wohlmeinend, jedoch ernstlich und nachdrücklich hierdurch zu verwarnen und sie zugleich zu ermahnen, ihr in Händen habendes Geld besser zu verwenden"⁶⁶⁶. Die Obrigkeit beschränkte sich aber nicht nur auf solche wohlmeinenden

⁶⁶¹ SVMGL 5 (1889) S. 14, 19 und 20.

⁶⁶² Instruktion der Meininger Polizeikommission v. 27. Nov. 1789 in: ThStAMgn ZM 260 Bl. 334 und auch Staatsmin., Abt. Kirchen- und Schulsachen 768. Die Meininger Residenz las 1803 folgende Zeitungen: "Hamburger Korrespondenten", "Leipziger Intelligenzblatt", "Frankfurter Oberpostamts-Zeitung", "Bamberger Zeitung" und die Intelligenzblätter von Coburg, Hildburghausen, Schweinfurt und Bayreuth. ThStAMgn ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1802/03, Bl. 137.

⁶⁶³ Emmrich in Archiv I S. 249.

⁶⁶⁴ Steiner, Sonneberger Chronik S. 61, Meininger Chronik II S. 165.

⁶⁶⁵ Am 23. November 1790, in den ersten Jahren der Französischen Revolution wurde ein Generalreskript gegen Fremde erlassen, die die Untertanen gegen die Obrigkeit aufwiegeln wollen, erwähnt in: ThStAMgn GAM XXIII 7.

⁶⁶⁶ Sta Sonneberg 1,8a.

Ratschläge, sondern war bereit, auch andere Wege einzuschlagen. So erließ die Regierung am 6. Juli 1781 an den Stadtrat zu Sonneberg ein Reskript wegen der Nichteinhaltung der Verordnungen gegen übermäßige Hochzeitsfeiern, in dem es heißt: "Nun haben wir zwar gehofft, es würden die Untertanen ihr Bestes selbst einsehen und dieser zum allgemeinen Besten abzielenden Verordnung gehorsamlich nachkommen. Nachdem Wir aber zu unserm großen Mißfallen zeither noch immer haben vernehmen müssen, daß dieser Verordnung von Zeit zu Zeit entgegen gehandelt wird, Wir aber die nochmalige Entschließung gefaßt haben, hierüber schlechter Dings genau zu halten, und die Contravenienten ohne Ansehen der Person und des Standes auf das schärfste bestrafen zu lassen"⁶⁶⁷. Im Jahre 1789 schickte sich die Sonneberger Handlungskommission an, "die Kaufleute, die ihr eigenes Bestes noch immer nicht einsehen" zu bestrafen⁶⁶⁸. Aus den hier mitgeteilten Texten, die aus Hunderten herausgegriffen sind, spricht so recht der Geist des aufgeklärten Absolutismus mit seinen wohlmeinenden und bevormundenden Zügen und seiner Tendenz, die Untertanen auch gegen ihren Willen zu ihrem Glück zu zwingen.

Das bezeichnendste Zeugnis aber, in dem dieser Geist in Meinungen seinen Niederschlag gefunden hat, ist der von Georg I. selbst aufgestellte, unter dem 22. Februar 1793 veröffentlichte "Entwurf einer gemeinnützigen Instruction für Diener und Untertanen in den herzoglich S. Meiningischen Landen"⁶⁶⁹. Der Herzog legte hier seinen Beamten und Untertanen ein in 22 Artikeln gefasstes Regierungsprogramm vor. Er geht davon aus, dass "jedes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft" Verehrer wahrer Religion sein müsse, hieraus entspringe "wie aus einer Quelle" Tugend und Wohlstand, weil die "zum Besten eines Landes und seiner einzelnen Einwohner gegebenen Gesetze" dann nicht so oft übertreten werden. Wir sehen auch hier, wie christliches und aufklärerisches Gedankengut vermischt und mit den Grundsätzen einer absolutistischen Regierung zu einer Einheit verschmolzen wird. Den Grundsätzen der Aufklärung getreu wird schließlich der Erziehung und dem guten Beispiel eine überragende Bedeutung eingeräumt. Die Obrigkeit hat dabei die Pflicht übernommen, bahnbrechend zu wirken. Das Verhältnis zwischen Obrigkeit und Untertanen wird in dem Entwurf als ein solches "gegenseitiger Pflichten" gekennzeichnet, das die "allgemeine und besondere Glückseligkeit befördern kann". Dem alten Grundsatz, dass die Obrigkeit "schuldig sei, jedermann bei seinem Eigentum und Gerechtsamen zu schützen" und dem Wunsch des Herzogs, dass die Untertanen "glücklich sein mögen", steht das "pflichtmäßige Betragen gegen die Obrigkeit" gegenüber. Es ist weiter bezeichnend, dass die vielen Aufgaben, die die Obrigkeit nach dem Entwurf gegenüber den Untertanen zu erfüllen hat, sich im Wesentlichen auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken, nicht aber auf das politische übergreifen. Die "Erhaltung der Nahrung der Untertanen" ist dabei die vornehmste Pflicht, ebenso der Schutz der Armen und Unmündigen. Der Herzog sieht es als seine selbstverständliche Pflicht an, in das private Leben der Einzelnen einzugreifen: "Müssiggang ist auf alle Weise zu verhindern, die Vermögensverschwendung ist durchaus nicht zu gestatten". Besonders ausführlich geht der Entwurf auf die Bekämpfung der Prozesssucht der Untertanen ein. Hier wird den Beamten zur Aufgabe gestellt, aufklärend und vermittelnd einzugreifen, denn die Prozesse "vermindern das Vermögen, verderben das Herz und sind mit die ersten Veranlassungen zum Müßiggang, Feindschaft und Armut".

Auf der anderen Seite hat in weit größerem Umfang als in früheren Jahrzehnten die aufgeklärte Regierung die Kräfte des Landes zu erfassen gesucht, um wirtschaftliche Pläne zur Förderung des Landbaus und der Industrie aufzustellen und den seit der Mitte des 18.

⁶⁶⁷ Sta Sonneberg 1,8a.

⁶⁶⁸ ThStAMgn Älteres Finanzarchiv Konzessionen Nr. 1792 Sitzung vom 4. Juni 1789.

⁶⁶⁹ Der Abdruck dieses Entwurfes ist vielfach erhalten, so in: ThStAMgn ZM 261, Sta Sonneberg 1,8a.

Jahrhunderts immer wieder drohenden Hungersnöten und Absatzkrisen begegnen zu können. Die umfassenden Erhebungen, die tief in die Privatangelegenheiten des Untertanen eingriffen, dienten diesem Ziel. Es ist nicht verwunderlich, dass damals im Jahre 1771 die erste auf einwandfreien Grundlagen fußende Volkszählung durchgeführt wurde⁶⁷⁰. Die Führung der Kirchenbücher bekam, wie verschiedene Anordnungen, besonders aber die Instruktion vom Januar 1793 zeigen, jetzt mehr weltliche als kirchliche Bedeutung⁶⁷¹. Deutlich wird das auch durch die spätere Anweisung an die Mennoniten, ihre Geburts-, Sterbe- und Hochzeitsfälle dem lutherischen Ortsgeistlichen anzuzeigen⁶⁷². Mit Hilfe der aus den Kirchenbüchern vierteljährlich an das Konsistorium einzusendenden Extrakte war die Bevölkerungsbewegung genau zu beobachten und medizinapolizeiliche und andere Feststellungen zu treffen. Wenn Windelband in seiner Badischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Überwachung des bäuerlichen Betriebes die denkbar größte Ausdehnung des Systems des sich um alles kümmernden Polizeistaates sieht, so hat sich gerade auf diesem Gebiet auch die Meininger Obrigkeit starke Eingriffe, im Bestreben die Landeswohlfahrt zu fördern, erlaubt⁶⁷³. Bezeichnend hierfür ist der von Georg I. selbst entworfene "Plan zur Verbesserung der Ökonomie" mit angehängten Erhebungslisten. Hier wurden nicht nur für jeden Einzelbetrieb Ernte- und Verkaufsmöglichkeiten festgestellt, sondern eingehende Abgaben über Vermögen, Schulden, Prozesse, Betragen ("Aufführung") und "Bemerkungen über besondere Glücks- und Unglücksfälle, auffallende Handlungen" jedes einzelnen Hausvaters verlangt und Fragen gestellt, ob der Bauer ein "guter oder schlechter Wirt in Ansehung des Ackerbaus" ist, ob er Baumzucht liebt und versteht, ob er "sein Vieh gut hält oder nicht"⁶⁷⁴. Auch bei den Rekrutenaushebungen der napoleonischen Kriege spielt die Frage nach dem Betragen noch eine große Rolle⁶⁷⁵. Die auf landesherrliche Anordnung überall zu führenden Ortschroniken dienten ebenfalls dem Zweck, gute und schlechte Beispiele und den Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiet festzuhalten.

Die aufgeklärte Obrigkeit versuchte aber nicht nur, sich durch statistische Erhebungen einen wirtschaftlichen Überblick zu verschaffen, sondern auch den moralischen und politischen Zustand der Untertanen kennen zu lernen. Die uns überlieferte "Haupttabelle" des Amtes Neuhaus aus dem Jahre 1803, die auf landesherrliche Anordnung aufgestellt ist, gibt uns einen sehr interessanten Einblick. Sie enthält unter der Rubrik "Volkscharakter" folgende Eintragung über die dortige Bevölkerung: "Sie sind überhaupt tätig, verehren die Religion. Sie sind den Landesgesetzen gehörsam, nehmen sie gern an, kaum daß sie manchmal, auch wenn neue Einrichtungen gemacht werden, widersprechen, wenn es nicht einzelne Individuen tun. Sie sind daher auch willig zu allen Amtsanordnungen und Veranstaltungen. Sie sind willig zur Abtragung ihrer herrschaftlichen Abgaben. Sie sind behilflich, höflich, lieben ihren Landesherrn sehr. Mit Vergnügen hat man die Erfahrung gemacht, daß sie in Proceßsachen vernünftig Vorstellungen annehmen, daher sehr wenig Proceße anhängig sind. Alles kommt bei ihnen auf die Behandlung an"⁶⁷⁶. Am 28. Juli 1807 hat dann die Obrigkeit die Führung von Ortschroniken und die Anlegung von Ortsbeschreibungen angeordnet⁶⁷⁷. Hierzu wurden

⁶⁷⁰ SVMGL 47 (1904) S. 239.

⁶⁷¹ Die Instruktion ist undatiert, gedruckt vorhanden in ThStAMgn ZM 261.

⁶⁷² Konsistorialreskript vom 20. Juli 1822 erwähnt ThStAMgn GAM XXIII 7.

⁶⁷³ Windelband S. 64.

⁶⁷⁴ Der gedruckte Plan ist mehrfach vorhanden, so in: ThStAMgn ZM 261.

⁶⁷⁵ Sta Sonneberg, 61,20. Das Prädikat lautet in der Regel "gut", aber auch "taugt gar nichts" kommt vor.

⁶⁷⁶ ThStAMgn ZM 342.

⁶⁷⁷ Die Verordnung erwähnt in ThStAMgn GAM XXIII 7, die "Entwürfe" in ZM 262. Ein schönes Exemplar einer solchen Dorfbeschreibung für das Pfarrspiel Mengersgereuth befindet sich im Pfarrarchiv Mengersgereuth-Hämmern A I 24. Sie ist 1808 von Pfarrer Johann Georg Lange erfasst, der hierfür vom Konsistorium eine Prämie von 50 fl erhielt (Konsistorialreskript vom 25. März 1809). Ein undatiertes Votum des

"Entwürfe" einer Dorfchronik und Dorfbeschreibung geliefert⁶⁷⁸. In der Dorfbeschreibung wurde Auskunft über alle möglichen Dinge gefordert, angefangen von den "sinnlichen und sittlichen Neigungen" und der "körperlichen Konstitution und Verstandesgaben" der Bewohner bis zu den "üblichen Sprüchwörtern" und dem Verhältnis der Nachbarn zu den Hintersassen. Auch die Dorfchroniken sollten nach einem festen Schema eingerichtet sein. Die Chronikführung hatte der Ortsgeistliche zu übernehmen, "der sich alles eigenen Urteilens, Commentierens und Moralisirens gänzlich zu enthalten" habe. Er sollte allerdings Schultheißen und "die aufgeklärtesten Mitglieder der Gemeinde" zu dieser Arbeit heranziehen. Die Oberleitung lag in den Händen des Konsistoriums. Noch in der Verordnung vom 20. Februar 1818 über die Sonntagsfeier wurde den Geistlichen zur Pflicht gemacht, "dem Konsistorium" eine treue Schilderung von dem sittlichen Zustand ihrer Gemeinden zu geben.



Johann Ludwig Heim

Konsistorialvizepräsidenten Heim führt hierzu aus: "Hier ist die erste Dorfbeschreibung von Pfarrer Lange zu Mengersgereuth, eine Arbeit, bei der ich meine Herren Collegen laut anrufen und Wunder verkünden muß. Daß sich doch niemand weiter versündige und unseren Landpfarrern Trägheit und Untätigkeit zur Last lege!" Eine ähnliche Ortsbeschreibung verfasst von Pfarrer Friedrich Thimotheus Heim, über Effelder befindet sich im dortigen Pfarrarchiv [1992 herausgegeben vom Heimatverein Effelder und Heinz Sollmann]. Im Unterland befindet sich eine Ortsbeschreibung dieser Reihe im Pfarrarchiv von Jüchsen. Ortschroniken finden wir aus dieser Zeit in den Pfarrarchiven von Ritschenhausen (verfasst von Pfarrer Georg Ludwig Scharfenberg) Solz (seit 1801), Steinbach im Amt Altenstein (1800-1833) und Mendhausen im Amt Römhild (1801-1807). Vgl. Herbert Koch "Die Kirchenbücher des Herzogtums Sachsen-Meiningen" in "Mitteil. der Zentralstelle für dt. Personen und Familiengeschichte 7 (1910) S. 91-93, 97, 105-108. Akten hierzu: ThStAMgn ZM 296.

⁶⁷⁸

ThStAMgn ZM 262.

Wirklicher Geheimer Rat und Konsistorialvizepräsident
1741-1819

Ähnlich lagen die Dinge im Gewerbe und Handel. Die 1789 eingesetzte Oberländische Handlungskommission hatte die Konjunktur genauestens zu beobachten, alle gegenseitigen Übervorteilungen der beiden Sozialpartner, der Kaufleute und der Handwerker (Arbeiter), auszuschalten, und die Einhaltung der festgesetzten Preise genauestens zu kontrollieren. Wenn auch unter physiokratischen Einflüssen hier und da der Gedanke aufkam, der Wirtschaft eine eigene, freiere Entwicklung zu gestatten, so stand doch für die Meininger Regierung unumstößlich fest, dass aller Fortschritt nur unter ständiger Anleitung und Aufsicht der Obrigkeit vor sich gehen dürfe. So durchdrang die Obrigkeit alle Bereiche des Lebens, leitete, lenkte, ermahnte und gab Zwangsregeln, wenn die Untertanen nicht den "rechten Weg" einsehen wollten.

Eine solche Regierungsform, die sich von denen anderer "aufgeklärter" Länder kaum unterschied, setzte einen besonderen Idealtyp des Untertanen voraus. Herzog Georg I. war es wieder selbst, der in der "Verfassung des Instituts zur Beförderung sittlicher und bürgerlicher Vervollkommnung zu Wasungen" vom 7. Mai 1801 den Katechismus dieses Bürgers schrieb⁶⁷⁹. Das bei Georg immer wieder zu verspürende, wohl von Ernst dem Frommen ererbte Streben nach Abfassung "gemeinnütziger Instructionen" wird auch hier deutlich. Die Grundsätze, die wir bereits kennen gelernt haben, prägen auch diese "Verfassung": der Geist der Aufklärung, des Fortschritts auf sittlich-menschlichem Gebiet, vermischt mit der absolutistischen Regierungsweise, die anleiten und Harmonie auf sozialem Gebiet herstellen will. Der Gründung des Instituts war im Herbst 1800 ein kleiner Volksauflauf vorausgegangen, der wohl auf soziale Gegensätze zurückzuführen war. Die Maßnahmen, die die Regierung zur Verhinderung ähnlicher Fälle ergriff, sind bezeichnend genug für die Denkart des aufgeklärten Absolutismus. Zunächst durfte Wasungen als einzige Gemeinde des Landes nicht an der Geburtstagsfeier des Erbprinzen Bernhard teilnehmen, dann aber entschloss sich der wieder ausgesöhnte Herzog für Wasungen ein "höchstwohlthätiges Denkmal" zu setzen, nämlich das Institut zur Beförderung sittlicher und bürgerlicher Vervollkommnung, dem alle Einwohner der Stadt von ihrer Schulentlassung bis zur Hochzeit, längstens jedoch bis zum 30. Lebensjahr angehören sollten und das der Leitung des Oberhofpredigers unterstellt war. Es waren also ganz und gar Erziehungsmittel, nicht die Anwendung der Gewalt, die hier zur Befriedung führen sollten. Wenn auch das Institut bald nach Georgs Tod im Jahre 1808 wieder einging, so gibt seine Verfassung doch einen interessanten Einblick in das Bild vom Untertanen, das der Obrigkeit vorschwebte. Seine Bildung "zum guten Menschen und guten Bürger" war das Ziel aller Bestrebungen. Schon in der Einführungsverordnung stellte der Herzog fest, er halte "für die erste Pflicht des Bürgers eines jeden Staates Achtung für die Gesetze und für das erste Gesetz im Staat Achtung für die Obrigkeit, weil nur dadurch die Ruhe der Staaten bestehen kann". Die Mitglieder des Instituts verpflichteten sich, "nichts zu tun, was die Vorschriften der Religion und des Staates verbieten und alles zu tun, was die Beobachtung der moralischen Gesetze und die Bildung der guten Bürger befördern kann"⁶⁸⁰. Der Obrigkeit kam es somit darauf an, Untertanen zu erziehen, die sittlich und geistig hochstehend sein und die alten Vorurteile abwerfen sollten, aber leicht geführt werden konnten. Den inneren Widerspruch dieser Grundsätze hat sie wohl kaum verspüren können. Die sozialen Gegensätze der einzelnen Bevölkerungsschichten

⁶⁷⁹ Gedrucktes Exemplar in ThStAMgn ZM 261.

⁶⁸⁰ Verfassung des Instituts cap V § 2.

glaubte sie noch kraft ihrer Autorität überwinden zu können, wenn sie die Forderung aufstellte, anstelle des "Parteigeistes" solle treten "der vereinte Eifer Reicher und Armer, Vornehmer und Geringer, das gemeinsame Wohl zu befördern und sich auf dem Wege dazu gegeneinander zu unterstützen"⁶⁸¹. An sich waren das schon Gedanken, die auch dem Staat Ernst des Frommen eigen waren, neu ist aber der Geist religiöser und sozialer Toleranz und Humanität, mit denen sich die Menschen begegnen sollten. Wie ein Vorwurf gegen den Standesdünkel, der dem gewerblichen Bürgertum der Meininger Städte innewohnte und der den Bestrebungen des Herzogs noch mehr im Wege stand als die sozialen Vorurteile seiner adligen Beamten, nimmt sich die Feststellung aus, dass die ehrlichen Dienstboten unter die "würdigsten Mitglieder des Instituts gerechnet" werden⁶⁸². Als Kündern eines neuen Menschheitsideals wird den Mitgliedern fernerhin "Toleranz und Nächstenliebe auch gegen anders Glaubende und Ablegung der Vorurteile" zur Pflicht gemacht, "welche so viele Menschen zu dem Wahn verleiten, die Nichtchristen unchristlich behandeln zu dürfen"⁶⁸³. Der Kampf gegen die "ungereimten und schädlichen Meinungen" der Vergangenheit wurde so von der Regierung systematisch ins Volk getragen, das sich hierfür vielfach aber nicht als reif genug erwies⁶⁸⁴. Immer wieder versuchte die Obrigkeit, erzieherisch zu wirken und Strafen und Zwang zu vermeiden, "die vielleicht nur die vorsichtigere Übertretung der Pflichten zur Folge haben"⁶⁸⁵. Das Ideal wurde, "ein Freund der Menschen und seiner Mitbürger zu sein"⁶⁸⁶. Freilich würden wir zu einem falschen Urteil gelangen, wollten wir annehmen, der Idealuntertan des aufgeklärten Absolutismus sei im Meininger Land in Wirklichkeit vorhanden gewesen. Wenn auch manche zeitgenössische Urteile über die Bevölkerung, besonders die "Neuhauser Haupttabelle" von 1803, darauf hindeuten, dass die Obrigkeit an ihren Untertanen Gefallen finden konnte, so fällt es doch leicht, manche Gegenbeispiele anzuführen⁶⁸⁷. Sie bezeugen, dass vielfach eine urwüchsige Derbheit der Anschauungen und Sitten, ja sogar der Obrigkeit sehr unliebsame Charaktereigenschaften vorherrschten. Manche Orte waren der Meininger Obrigkeit durch Jahrhunderte verrufen. Hierzu gehörte vor allem Steinbach im Amt Altenstein, dessen rebellische Bevölkerung die Meininger Regierungsstellen bis ins 20. Jahrhundert in Erregung setzte. Auch in anderen Dörfern wie in Frauenbreitungen, Helmers, Eckardts und Roßdorf stellt Brückner 1853 ähnliche Erscheinungen fest⁶⁸⁸. Freilich darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass diese Zeugnisse einer späteren Zeit angehören. Der eindringende Frühkapitalismus hatte die ländliche Biederkeit der Jahrzehnte Georgs I. weitgehend verdrängt und gerade der ländlichen Bevölkerung Not und damit sittliche Verrohung und leichtsinnige Wirtschaftsführung gebracht. Bezeichnend ist hierfür etwa Brückners Zeugnis über die Bewohner von Jüchsen. Er

⁶⁸¹ Verfassung des Instituts cap V § 10.

⁶⁸² Verfassung des Instituts cap V § 15.

⁶⁸³ Verfassung des Instituts cap V § 17.

⁶⁸⁴ Plan einer Gesindeschule vom 5. Januar 1802 ThStAMgn ZM 262.

⁶⁸⁵ Wie der der Aberglaube im Volk verwurzelt war, zeigt ein Urteil gegen Hans Zwilling, Johann Gottfried Richter und Johann Gottfried von Uttenhoven, alle aus Steinach 1747. Nachdem sie im Kirchhof zu Sonneberg allerlei abergläubischen Unfug getrieben, hatten Zwilling "auch zu Effelder, nachdem er den dasigen Kirchhoff bei nächtlicher Weile überstiegen und mit Beihülfe des Coinquisit Richters, in Gegenwart des Coinquisitens von Uttenhov Grab und Sarg einer kurz vorher beerdigten Person geöffnet und die Leiche ohngefähr auf folgende Art: Ich beschwere dich bei dem lieben Gott, daß du uns den Weg zeigest wo wir Nahrung hernehmen sollen" beschworen, solche auch aus dem Grab zu nehmen und an ein Creutz zu hängen, den Vorsatz damahls gefaßet und geäußert habe". Zwilling sagte aus: "daß er bei ermangelnder Arbeit sein Brod in der Bibel gesucht und sich in der Offenbarung Johannis, darinnen er Tag und Nacht gelesen, daß er zum Narren worden, vertiefet." ThStAMgn ZM 114 Bl. 601-608.

⁶⁸⁶ Votum Hendrichs für das Geheime Ratskollegium vom Februar 1785. ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13447.

⁶⁸⁷ ThStAMgn ZM 342.

⁶⁸⁸ Brückner II S. 31, 39, 91, 93.

schreibt, dass "aus Mangel an haushälterischem Sinn die frühere Wohlhabenheit der Nachbarn mehr im Abnehmen als im Wachsen" sei⁶⁸⁹. Dass aber auch in der guten alten Zeit die Untertanen bei weitem nicht alle Apostel der humanitären Aufklärung waren, sagt der bedeutende Landeskundler des Meininger Herzogtums, wenn er ausführt: "Des Bieres wegen wurde Oberlind von jeher von den Sonneberger Einwohnern häufig besucht, die in früherer Zeit oft bierschwere Köpfe und zerbläute Rücken mit nach Hause trugen. Vor noch 30 Jahren herrschte hier ein höchst frivoles Leben, und Prügeleien waren der gewöhnliche Schluß munterer Zechgesellschaften"⁶⁹⁰.

Grundlegend musste sich auch das Verhältnis des Herzogs zu seinen Untertanen ändern. Das steife Zeremoniell des Barocks wich einer schlichten Bürgerlichkeit. Die starken Standesunterschiede wurden an einem Hof, an dem der Logengeist herrschte, langsam in den Hintergrund gedrängt. Der Meininger Loge gehörten Altadlige und Bürgerliche an, die Herzöge Karl und Georg I. waren ebenso "Brüder" ihrer hohen Beamten wie des Kammerkanzlisten Seyd oder des Kanzleisekretärs Karl Friedrich Ludwig⁶⁹¹. Die Meininger Handwerkerschaft hielt sich zwar von diesem Kreis noch zurück. Herzog Georg I. hatte eine ausgesprochene Vorliebe für das Bürgertum, überall war er bestrebt, die gesellschaftliche Gleichberechtigung des Bürgers zu fördern. In seinen Verordnungen begegnet uns erstmals in Meiningen der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft als der Gesamtheit der Untertanen. Aus dem Geist der französischen Aufklärung kamen in diesen Jahrzehnten am Ende des 18. Jahrhunderts erstmals Gedanken nach Südthüringen, die den neuen "bürgerlichen" Staatsbegriff vorbereiteten. Der damalige Neustädter Amtsverwalter und spätere Coburger Kanzler Johann Ernst Gruner schrieb 1793 in einer wissenschaftlichen Abhandlung: "Der Mensch wurde um des Genusses einer allgemeinen Sicherheit und Glückseligkeit ein Bürger. Mit dem Eintritt des Menschen in die bürgerliche Gesellschaft aber mußte nun auch zur Erhaltung jener Zwecke Abgaben notwendig werden"⁶⁹².

So verband sich der Hof immer mehr mit dem Bürgertum, das damals fast durchweg noch das handwerkliche Kleinbürgertum war. Karl hielt die ersten Freiredouten ab, so den großen Maskenball am 5. Februar 1782 im Residenzschloss, zu dem jedermann Zutritt hatte⁶⁹³. Unter Georg I. wurden dann die schönen Volksfeste, an denen alle Stände teilnahmen, veranstaltet, im Jahre 1784 auf der Ruine Henneberg, 1789 auf dem Eichberg bei Sonneberg und im Wald von Neuhaus im Oberland, 1791 am Hermannsfelder See und 1799 in Steinbach im Amt Altenstein. Nach dem Zeugnis des Hofkaplans Emmrich, Georgs Biographen, glaubte man, "eine große Familie zu sehen, die ein Familienfest feierte, bei welchem Vater und Mutter sich ihrer frohen Kinder und die Kinder sich ihrer frohen Eltern freuten", ein Fest, das den Herzog "als Mensch unter seinen Mitmenschen" zeigte⁶⁹⁴. Im September 1804 wurde in Anwesenheit Luise Eleonores nochmals ein solches Volksfest auf der Schaumburg bei Schalkau abgehalten, bis schließlich die Kriegezeit derartige Veranstaltungen ausschloss⁶⁹⁵. Bei der Taufe der Prinzessin Ida am 30. Juni 1794 und des Erbprinzen Bernhard am 25. Dezember 1800 standen durch Los bestimmte Untertanen aus dem Bürger- und Bauernstand Gevatter. Die Taufe Idas musste wegen der erschienenen 5000 Menschen im Schlosshof abgehalten werden, dem Erbprinzen gab der Herzog den Namen Bernhard Erich Freund, "weil er ein

⁶⁸⁹ Brückner II S. 178.

⁶⁹⁰ Brückner II S. 449.

⁶⁹¹ Goecking S. 22.

⁶⁹² In Gruners Hist.-stat. Beschreibung IV Abt. I S. 3.

⁶⁹³ ThStAMgn Mandatsammlung, dort gedruckte Einladung des Hofmarschallamtes.

⁶⁹⁴ Emmrich in MTB 1805 S. 205.

⁶⁹⁵ MTB 1807 S. 285-304.

Freund seiner Untertanen sein sollte"⁶⁹⁶. Alles das macht den großen Wandel deutlich, den Aufklärung und Loge im gesellschaftlichen Leben der kleinen Residenzstadt an der Werra hervorgerufen hatte.

Ohne Zweifel hatte Georg I. in bisher nicht gekannter Weise die Zuneigung und Verehrung der Untertanen besessen. Als Fürst trat er ihnen mit tiefempfunder Menschenfreundlichkeit gegenüber und hatte einen tätigen Sinn für alles Neue, das ihnen nützlich sein konnte. Die vielen Anekdoten vom "Herzog Jörg" künden von seiner Beliebtheit und Volkstümlichkeit, die sein Sohn in der Zeit der Restauration nicht im gleichen Maße auf sich vereinigen konnte. Die große Anteilnahme, die Tod und Begräbnis des Herzogs in den letzten Dezembertagen des Jahres 1803 bei allen Schichten hervorgerufen haben und das Andenken, das ihm das Meininger Land noch Jahrzehnte danach bewahrt hat, sind weitere Beweise hierfür. Georgs Charakter zeigte eine gesunde Mischung zwischen tiefer Humanität, derber Volkstümlichkeit und dem Vermögen, doch jederzeit Respekt einflößen zu können⁶⁹⁷. So konnten ihm Beamter und Untertan in jeder Lage mit seinem Anliegen gegenüberstehen, so hat er es wie seine Mutter Charlotte Amalie als eine Ehre angesehen, "in seiner Bürger Reih'n" auf dem Meininger Friedhof begraben zu werden⁶⁹⁸.

Georg Karl Friedrich Emmrich, der wenige Monate nach des Herzogs Tod dessen Biographie schrieb, wollte ihm damit ein Denkmal als Freund und Verehrer setzen. Aber selbst wenn wir diesen Umstand bei einem kritischen Urteil berücksichtigen, so ist doch unverkennbar, welcher starken Eindruck die Persönlichkeit des Herzogs auf die gemacht hat, die mit ihm zusammenkamen, wie unermüdlich er wohlthuende, menschenfördernde Maßnahmen ergriff und dass er nicht Herrscher sondern Mensch und überall Helfer sein wollte.

Freilich darf nicht übersehen werden, dass die Regierungszeit Georgs I. einen Übergang bildet. Die Obrigkeit hatte ihre Untertanen noch fest in der Hand, politische Forderungen wurden nirgends gestellt, die sozialen Spannungen waren aufs Ganze gesehen noch gering. Wo sie wirklich Gestalt anzunehmen drohten, war der absolutistische Staat noch stark genug, einen Riegel vorzuschieben. So waren die Verhältnisse im Meininger Kleinstaat, so eng sie gewesen sein mögen, beschaulich und idyllisch. Dazu kam, dass dem Land erstmals seit Jahrzehnten zur gleichen Zeit eine rührige und fürsorgliche Regierung und ein langer Frieden beschieden waren.

Wenn die nach Georgs Tod folgenden zwei Jahrzehnte schon wegen der harten, entbehrungsreichen Kriegszeit und ihrer Nachwirkungen einen anderen Charakter trugen, so blieb doch auch in diesen Tagen die Verbindung zwischen Untertan und Herzogshaus eine sehr enge. Die neue Landesregentin Luise Eleonore war eine schlichte und einfache Frau, der die Not des Krieges sehr zu Herzen ging und die sie zu lindern suchte, soweit die beschränkten Möglichkeiten dazu ausreichten⁶⁹⁹. Wenn sich, wie ihre Tagebücher zeigen, ihr

⁶⁹⁶ Emmrich in MTB 1805 S. 210.

⁶⁹⁷ Beispiele der volkstümlichen Derbheit Georgs in Z.V. thür. G.u.A. NF 27 (1943) S. 314.

⁶⁹⁸ Emmrich in MTB 1805 S. 155, siehe auch das Gedicht "Herzog Georgs Totenopfer" in MTB (1805) S. 3 und in Emmrichs "Gedichte" (1807) S. 140-151.

⁶⁹⁹ ThStAMgn GAM XV FF 19-20 Tagebücher Luise Eleonores. Eintrag zum 1. Jan. 1807: "Schrecklich war das vorige Jahr, möchte es dieses Jahr besser gehen", zum 1. Jan. 1808: "Das neue Jahr fing mit trübem Herzen an, vieles was mich betrübte und unruhig machte", zum 1. Jan. 1811: "Nach 7 Jahren war das vorige Jahr das glücklichste, was ich erlebt habe, möchte es mir immer so sein", zum 1. Jan. 1814: "So unglücklich und traurig ich fast das ganze vorige Jahr verlebt habe, so ruhig wachte ich diesen Morgen auf und der frohen Hoffnung, daß es dies Jahr beßer gehen wird. Dies gebe doch Gott", zum 1. Jan. 1815: "Trübe sehe ich in die

gesellschaftlicher Verkehr vornehmlich in den Kreisen der höheren Beamtenschaft und des Meininger Landadels abspielte, so war sie doch regelmäßige Besucherin des Meininger Casinos, einer noch auf einen Gedanken Georgs I. zurückgehenden Gesellschaft, die 1796 gegründet war, um Adel und höheres Bürgertum zu vereinen. Es ist bezeichnend und doch wohl nicht nur eine leere Formel, wenn die Landesregentin viele ihrer Verordnungen mit der Bemerkung einleitet, sie sei sich der Zuneigung und des Verständnisses ihrer Untertanen für die neuen, oft harten Maßnahmen gewiss.

Die Gegenüberstellung von Obrigkeit und Untertanen blieb in den Regierungsverordnungen bestehen. Gelegentlich begegnen wir allerdings schon dem Begriff "Staatsbürger". Der aufgeklärte Absolutismus, die Regierungsweise, mit der das Meininger Land auch während der Rheinbundjahre regiert wurde, überdauerte diese Zeit bis in die ersten Jahre Bernhards II. Nirgends zeigte sich ein greifbarer Versuch, nach dem Vorbild Frankreichs, dem die großen süddeutschen aber auch einige kleinere mitteldeutsche Staaten gefolgt waren, die Landesverfassung zu ändern, im Gegenteil, die Landschaft war später noch stolz darauf, dass das nicht geschehen sei⁷⁰⁰. Nicht einmal das Bestreben, von oben her etwa wie in Sachsen-Weimar-Eisenach freiheitliche Maßnahmen zu verfügen, machte sich in stärkerem Maße bemerkbar. Die Regierung hat die Hungerjahre 1816/17 noch ganz mit den Mitteln des fürsorglichen Polizeistaates zu meistern gesucht. Offensichtlich trug hierzu wesentlich die Tatsache bei, dass in Meiningen eine vormundschaftliche Regierung bestand. Wenn das Geheime Ratskollegium in seiner Sitzung vom 16. Dezember 1816 den Ankauf der Donop'schen Münzsammlung für den Staat mit dem Hinweis ablehnte, es müsse erst die Volljährigkeit des Herzogs abgewartet werden, um wie viel mehr hat es sich gescheut, grundlegende Veränderungen in der Landesverfassung vorzunehmen⁷⁰¹. In der Spätzeit der Regentschaft Luise Eleonores wurde der aufklärerische Grundzug der Regierungsweise von romantischen Anschauungen überschattet. Doch sind diese nicht so sehr in der Regierungspolitik als vielmehr bei einer Reihe höherer Beamten, etwa dem Geheimen Rat und Staatsminister von Könitz und dem Kanzler von Donop nachweisbar.

Doch ist unverkennbar, dass auch in Meiningen die napoleonische Zeit in der Stellung des Untertanen zur Obrigkeit einen Wandel gebracht hatte. Bereits am Ende des 18. Jahrhunderts treffen wir in vielen amtlichen Schreiben auf Wortbildungen wie "patriotischer Eifer", "patriotisches Anliegen", "patriotische Mitbürger". Dass Georg I. in seinen Verordnungen die Bezeichnung "Bürger" und "bürgerliche Gesellschaft" eingeführt hat, haben wir bereits festgestellt. Die Patente Luise Eleonores sprechen schon von "Staatsbürger" und "Vaterland", wobei nicht das deutsche sondern das meiningische "Vaterland" gemeint ist, das verteidigt werden müsse. Weiterhin wird die "natürliche Freiheit des Menschen" in den Erlassen als ein Faktor bezeichnet, der respektiert werden müsse. Freilich handelt es sich noch nicht um den "freien" Staatsbürger des Liberalismus, die Obrigkeit verlangt noch ausdrücklich, dass er "friedlich, anständig und christlich" sein müsse⁷⁰². Aber immerhin wird doch klar, dass anstelle des bisherigen Verhältnisses der Obrigkeit zu ihren Untertanen langsam der Staat und seine Bürger treten. Es dauerte aber noch einige Jahrzehnte, bis die patrimoniale Herrschaftsform des ancien régime im Meininger Herzogtum von dem neuen Staatsgedanken abgelöst war.

Zukunft, viel Bitteres verlebt ich im vergangenen Jahr", zum 1. Jan. 1818: "Das erste Jahr nach dem Tod des Herzogs, wo ich das alte Jahr nicht wehmütig beschloß und ich froher in die Zukunft dachte".

⁷⁰⁰ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11785, Schreiben der Landschaft an Regierung vom 23. August 1813.

⁷⁰¹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1134.

⁷⁰² Gesetze für den Landsturm des Herzogtums Meiningen vom 15. Mai 1816 § 4, ThStAMgn ZM 262.

Gleichfalls musste sich die Stellung der Beamten zu den Untertanen ändern. Der Beamte blieb zwar auch weiterhin in erster Linie Diener des Landesherrn, aber immer stärker wurde in den Reskripten und Verordnungen betont, dass er alles daran zu setzen habe, das Wohl "der ihm anvertrauten Untertanen" zu befördern und auf ihr Gedeihen ein wachsames Auge zu haben. Die Förderung des Untertanen hatte zwar schon im Willen und Interesse des Meininger Landesfürsten des beginnenden 18. Jahrhunderts gelegen, Bestimmungen, dass der Beamte die Untertanen nicht "anschnarchen, schänden und schmähen" soll, enthielten schon die Kanzleiordnung von 1687 und ihre sächsischen Vorgängerinnen⁷⁰³. Aber erst aus den neugewonnenen Anschauungen vom Menschen und seiner Würde konnte einer wirklichen Fürsorgepolitik der Weg geebnet werden. Herzog Georg hat seine Beamten stets zu dieser Einstellung zu erziehen versucht. Immer wieder betont er, den Nöten der Untertanen müsse Verständnis entgegengebracht werden, den Gründen sei nachzuspüren, die zu Notlagen führen, nicht formal dürften die Steuern beigetrieben werden⁷⁰⁴. Auch an die Vereinfachung der barocken Reste des Geschäftsganges ist diese Zeit mit Tatkraft herangegangen. Herzog Georg war ein Feind des Bürokratismus, alles Umständlichen und Formelhaften⁷⁰⁵. Allerdings muss sehr dahingestellt bleiben, ob die landesherrlichen Absichten stets zu rechter Anwendung kamen. Die Tatsache, dass der Herzog immer wieder in Einzelfälle der Verwaltung eingriff, vielfach die Verhandlungen der Lokalgerichte besuchte und immer wieder Dinge aufstöberte, "die in dem alten bewohnten Gleise eines mechanischen Dienstsystems fortvegetierten", spricht eher für als gegen diese Annahme⁷⁰⁶.

Die Maßnahmen, die der aufgeklärte Absolutismus im Meininger Herzogtum in den verschiedenen Verwaltungszweigen ergriff, sollen an anderer Stelle dargestellt werden. Hier gilt es nur, wieder die großen Züge festzuhalten. "Kultur und Volksglück" hatten die Herzöge Karl und Georg am Beginn ihrer gemeinschaftlichen Regentschaft 1782, ganz den Zielen der Aufklärung entsprechend, als Devise ihrer Regierungspolitik gewählt⁷⁰⁷. Wir haben schon vermerkt, dass dieses Programm vornehmlich eine Bildungsaufgabe war. Am 23. Juni 1781 schrieb Herzog Karl an August Schlözer, dass es seine Regentenpflicht sei, "Aufklärung und Duldungsgeist zu befördern und Bosheit und Dummheit zu entlarven und zu unterdrücken"⁷⁰⁸. Georg verwarf ausdrücklich "den heillosen Grundsatz, dass Dummheit der Untertanen die Grundfeste eines nicht republikanischen Staates sei"⁷⁰⁹. In dem 1804 von Hofkaplan Emmrich verfassten Trauergesang "Georgs Totenopfer" wird das Meininger Land glücklich gepriesen, "wo der Fürst der Menschheit ew'ge Rechte nicht Willkür weihet, doch treu der Pflicht, rasch und glücklich gegen falsche Mächte der Gewohnheit seine Lanze

⁷⁰³ KO 1687 cap. XXIII § 11.

⁷⁰⁴ vgl. Reskript aus d. Geh. Kanzlei an den Stadtrat zu Sonneberg vom 20. Nov. 1794, Sta Sonneberg 1,8a: "Wir Georg, Herzog zu Sachsen etc., etc., wollen zwar und befehlen hiemit nochmals ernstlich, daß die vorgesetzten Obrigkeiten gegen alle Unsere getreuen, ihnen und Uns anvertrauten Untertanen ihre Pflicht auf das genauest erfüllen, die zum Besten der Untertanen erlassenen landesherrlichen Befehle genau befolgen und das Wohl derselben nach Möglichkeit selbst befördern, dabei auch solche mit aller Bescheidenheit, unparteiisch und ohne Hitze behandeln, solche auch nicht mit dem gehässigen Nahmen eines Rebellen oder Ruhestörers belegen, indem Wir von unserer Untertanen Treue ganz überzeugt bleiben. Ebenso ernstlich wollen Wir aber auch, daß das Ansehen der Obrigkeit erhalten, die landesherrlichen Befehle von den Untertanen auf das genaueste befolgt und diejenigen, welche respectwidrig handeln und die Gesetze ungehorsamlich übertreten, sofort gebührend bestraft werden."

⁷⁰⁵ Emmrich MTB 1805 S. 201.

⁷⁰⁶ Emmrich in MTB 1805 S. 82.

⁷⁰⁷ Emmrich in MTB 1805 S. 72.

⁷⁰⁸ SVMGL 5 (1889) S. 19-20.

⁷⁰⁹ Emmrich in MTB 1805 S. 116.

bricht"⁷¹⁰. Schon frühzeitig hatten die Herzöge die wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in Meiningen, die ihr Eigentum waren, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die umfangreiche Bibliothek Anton Ulrichs, die seit ihrer Überführung aus Frankfurt verpackt in Kisten lag, wurde unter Herzog Karl geordnet und nach seinem Tode 1782 der allgemeinen Benutzung des gebildeten Publikums freigegeben. 1786 wurde das Münz- und Naturalienkabinett als Museum für die Öffentlichkeit hergerichtet⁷¹¹. Der 1782 auf landesherrlichem Besitz hergerichtete "Englische Garten" in Meiningen wurde ebenfalls der Bevölkerung zur Erholung und zu Konzertveranstaltungen zur Verfügung gestellt⁷¹².

Wir haben bereits oben angedeutet, dass in das Erziehungsprogramm, dessen Ziel die Heranbildung "vernünftiger aufgeklärter Untertanen" war, Kirche und Schule gleichermaßen eingespannt waren. Es lag dem Herzog besonders daran, dass praktisches Wissen vermittelt wurde. In der schon besprochenen gemeinnützigen Instruktion für Diener und Untertanen vom 22. Februar 1793 weist er die Lehrer an, sie hätten "alle unnötigen Speculationen zu vermeiden, dagegen nützliche und fruchtbare Materien zu Gegenständen ihres Unterrichts und ihrer Vorträge zu wählen"⁷¹³. In später noch im einzelnen darzustellender Weise wurde das Landschulwesen, das trotz der Reformen Ernst des Frommen vernachlässigt war, verbessert und auf diesem Gebiet Versäumnisse der Vergangenheit nachgeholt. Der Erwachsenenbildung in den Städten, besonders in der Residenz, wurde große Aufmerksamkeit geschenkt, die städtischen Schulen befreite das Konsistorium aus ihrer unglücklichen Lage, gleichzeitig Volks- und Gebildetenschule sein zu wollen und keiner zu genügen. Eine große Zahl der Dorfschulen im Meininger Land geht auf diese Zeit des aufgeklärten Absolutismus zurück, der hier fast ebenso fruchtbar wie die Reformation gewirkt hat. Er ist dabei wohl vielfach über das Ziel hinausgeschossen und hat von der Bevölkerung ein Interesse verlangt, das noch nicht erwartet werden konnte. Auch im Bildungsbereich wurde die Notwendigkeit einer Verbesserung nicht von den Untertanen sondern von der Obrigkeit zuerst erkannt, die, von der Richtigkeit ihrer Maßnahmen überzeugt, sie der Bevölkerung geradezu aufdrängte. So ist es nicht verwunderlich, dass manche Pläne, wie der der 1791 eingerichteten Meininger Zeichenschule, wegen der Interesslosigkeit der Bürgerschaft sich auf die Dauer nicht verwirklichen ließen⁷¹⁴.

Die große Zahl der Verordnungen, die die aufgeklärte Obrigkeit auch in Meiningen zur "Förderung der Glückseligkeit der Untertanen" erließ, wird ebenfalls an anderer Stelle zu behandeln sein. Festzuhalten ist aber hier nochmals, dass auch auf rein materiellem, vorwiegend wirtschaftlichem Gebiet der Untertan immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückte und sich auch hier die Erziehungstendenzen der Aufklärung bemerkbar machten. Die Sicherung der Ernährung und des beruflichen Fortkommens suchte die Obrigkeit durch Verwaltungsmaßnahmen zu erreichen. Nach dem Schreckensjahr 1771 ist es immerhin gelungen, weitere Hungerkatastrophen vom Land abzuhalten. Von dem Bestreben, dem Handwerk und der Industrie unbedingt eine Lebensmöglichkeit zu sichern, war die Meiningische Gewerbepolitik bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts bestimmt. Das bedeutete vornehmlich Aufrechterhaltung des Zunft- und Innungswesens mit allen die soziale Harmonie erhaltenden und damit die freie Konkurrenz ausschließenden Maßregeln wie die Zuweisung eines bestimmten Absatzgebietes und einer strengen Preisüberwachung. Wo sich wie im Oberland zu Ende des 18. Jahrhunderts kapitalistische Methoden der Preis- und

⁷¹⁰ MTB 1805 S. 6.

⁷¹¹ Emmrich in MTB S. 106.

⁷¹² Walch S. 119.

⁷¹³ Punkt 2 der Instruktion ThStAMgn ZM 261.

⁷¹⁴ Emmrich in MTB 1805 S. 107.

Lohnbildung bemerkbar machten, griff die Regierung sofort ein, schloss die Konkurrenten zu Innungen zusammen, die die Preise unter Anleitung der Obrigkeit einheitlich zu gestalten hatten. Im Übrigen hat die aufgeklärte Regierung mit allen Mitteln versucht, die Neugründung von Fabriken zu fördern und überall den Unternehmern den Weg geebnet. Wenn sie auch im Unterland keinen durchschlagenden Erfolg erzielte, so hat sie doch in diesen Jahrzehnten die Grundlagen für die oberländische Industrie im 19. Jahrhundert gelegt. Die Förderung geschah unter den Gesichtspunkten der Arbeitsbeschaffung für die Untertanen und der Erhöhung der Einkünfte der Landesherrschaft.

Die Steigerung der Kammereinnahmen war das Hauptziel der Finanzpolitik des aufgeklärten Meininger Herzogtums, zunächst vorwiegend deshalb, um die alten Schuldenmassen, die aus der Zeit Anton Ulrichs und seiner Vorgänger übernommen waren, abzutragen, dann aber, um das Land wirtschaftlich zu festigen. Diese Finanzverwaltung war von dem Gedanken getragen, eine Vorratswirtschaft auf lange Sicht zu betreiben, die Untertanen dabei möglichst zu verschonen und neue Geldmittel aus einer rationelleren Domänen- und Forstwirtschaft zu erlangen. Das Armenwesen wurde seit der Regentschaft Charlotte Amalies aus dem Bereich des bloßen christlichen Almosengebens gehoben und fester in die Hand der Obrigkeit genommen, die Abgaben und Beiträge erhob. Hierzu hatte allerdings schon Ernst Ludwig I. einige Vorarbeiten geleistet.

4.3. Die Anfänge des Liberalismus

Die Zeit des aufgeklärten Absolutismus ging in Meiningen mit der Regentschaft Luise Eleonores 1821 endgültig zu Ende. Das erste Jahrzehnt der Regierung Bernhards II. bildete einen Übergang zu einer neuen Zeit. Der junge Herzog ergriff schon kurz nach seiner Regierungsübernahme am 17. Dezember 1821 entscheidende Maßnahmen, das Staatswesen "den Erfordernissen der Zeit" entsprechend umzugestalten⁷¹⁵. Es ist dabei in gar keiner Weise ersichtlich, dass diese Reformarbeit unter dem Druck der Öffentlichkeit vor sich gegangen wäre. Im Gegenteil, manche Behörde und mancher Stadtrat haben sich den Neuerungen gegenüber sehr hemmend verhalten⁷¹⁶.

Hartung hat für Sachsen-Weimar diese Regierungsweise als "autokratischen Liberalismus" bezeichnet, liberal, weil für sie ein freiheitlicher Zug charakteristisch ist, autokratisch aber, weil diese Regierungsform nicht vom Volk gefordert oder getragen, sondern von oben gestaltet worden ist⁷¹⁷. Auch in Sachsen-Meiningen kennzeichnet die angeführte Bezeichnung die Regierungsweise dieser Zeit, wobei allerdings zu bemerken ist, dass sich das südthüringische Herzogtum dabei fast um ein Jahrzehnt verspätet hatte.

Ohne Zweifel ist die wichtigste Neuerung das "Grundgesetz über die landschaftliche Verfassung vom 4. September 1824"⁷¹⁸. Nicht dass die Rechte der alten Landschaft wesentlich erweitert worden wären, entscheidend ist hier vielmehr die Tatsache, dass der neue Landtag als erste Volksvertretung des Herzogtums anzusehen ist. Zwar entsprach die Beteiligung der einzelnen Schichten der Bevölkerung an der Landtagszusammensetzung noch

⁷¹⁵ Präambel zum Grundgesetz v. 4. Sept. 1824, SLG 1822 ff. S. 35.

⁷¹⁶ Noch 1832 stellte der von der Sonneberger Bürgerschaft gewählte Landtagsabgeordnete Friedrich Müller den Antrag, das Edikt Nr. 4 vom 21. Jan. 1829 wieder aufzuheben und den Stadträten wieder die Gerichtsbarkeit zu überlassen. SVMGL 14 (1893) S. 82.

⁷¹⁷ Hartung S. 319.

⁷¹⁸ SLG 1822 ff. S. 35 ff. MWN 39/1824.

keineswegs ihrer tatsächlichen Stärke, aber immerhin unterschied sich der Landtag von der alten landständischen Vertretung dadurch, dass jetzt größere Massen der Bevölkerung wenigstens das indirekte Wahlrecht bekamen. Die Bauern, die bisher überhaupt nicht vertreten waren, wurden als dritter Stand zugelassen. Wahlberechtigt war jeder männliche Bürger, der 25 Jahre alt und unbescholten war und der christlichen Religion angehörte. In den Städten war noch das Bürgerrecht, bei den Bauern die Angehörigkeit zu einer Landgemeinde, Hausbesitz oder wenigstens Grundbesitz von sechs Acker Land Voraussetzung für die Ausübung des aktiven Wahlrechts⁷¹⁹.

Das Grundgesetz, das seine Vorbilder in der weimarischen Verfassung von 1816 und der Hildburghäuser Verfassung von 1818 hat, ist von dem Gedanken getragen, die landschaftliche Verfassung zeitgemäß umzugestalten, nicht etwa erlassen worden, um im Geist des politischen Liberalismus einen völligen Bruch mit der Vergangenheit herbeizuführen. Seine Schöpfer waren Vertreter des Landadels, und somit gleicht die Meininger Entwicklung der, die ein Jahrzehnt früher Weimar genommen hatte. Dem neuen Landtag gehörten daher auch in der übergroßen Mehrheit nicht Personen einer revolutionären Vorwärtsbewegung sondern Anhänger eines langsamen Voranschreitens an. Bei der wirtschaftlichen Lage des Herzogtums und der verfassungsmäßigen Zusammensetzung des Parlaments musste noch das Land über die Stadt, die Landwirtschaft über die Industrie vorherrschen, von der allein entscheidende Umwälzung ausgehen konnte. Vom Oberland, das in wirtschaftlicher Hinsicht am weitesten vorangeschritten war, hatte aber schon die Sonneberger Bürgerschaft den Fabrikanten Johann Nikol Müller entsandt, der zusammen mit seinem Bruder Friedrich bestrebt war, die Sonneberger Industrie aus dem Innungszwang des ancien régime in den Frühkapitalismus zu überführen und damit der Wegbereiter des Wirtschaftsliberalismus wurde, der das spätere Meininger Herzogtum beherrschte.

Natürlich bedurfte es Jahre, bis das politische Leben im Meininger Land ganz zur Entfaltung kam und bis es zu einer eigenen Stellung der Volksvertretung gegenüber Herzog und Regierung kommen konnte. Noch die Wahlen des Jahres 1830 vollzogen sich unter dem Eindruck völliger politischer Gleichgültigkeit⁷²⁰. Wir haben schon oben feststellen müssen, dass es eine eigentliche politische Meinung unter den Meininger Bürgern und Bauern des 18. Jahrhunderts wohl kaum gegeben hat. Erst die Franzosenzeit brachte in allen Ständen eine Änderung. Die Masse des Volkes hat die Franzosenfreundlichkeit, die die Landesherrschaft zur Erhaltung ihrer Existenz in Form von Festlichkeiten zur Verherrlichung Napoleons und seines Hauses und von behördlichen Maßnahmen an den Tag legen musste, stets abgelehnt. Nur in den Kreisen des wohlhabenden Bürgertums konnte sich Napoleon zeitweise Bewunderung und Sympathien erwerben⁷²¹. Wie die breiten Schichten aber über die Festlichkeiten dachten, hat der Meininger Archidiakon Gottlieb Lange am 14. April 1811 in der Dorfkirche zu Welkershausen zum Ausdruck gebracht, als er mutvoll über den Bibeltext predigte: "Wenn das Herz traurig ist, so hilft keine äußerliche Freude"⁷²². Die Tatsache, dass am 17. Oktober 1806 die Meininger Oberpolizeikommission vor "unvorsichtigen Reden" warnen musste, zeigt, dass eine öffentliche Meinung in Bildung begriffen war, dass man sie aber wegen ihrer politischen Konsequenzen nicht wünschte⁷²³. In die Meininger Chronik wurde damals eingetragen: "Es kamen die Zeiten des Drucks, wo jede freimütige Äußerung gemissdeutet und gefährlich werden konnte". In der Franzosenzeit warnte die

⁷¹⁹ Grundgesetz 1824 §§ 17, 24, 26.

⁷²⁰ SVMGL 14 (1893) S. 82.

⁷²¹ SVMGL 67 (1913) S. 79.

⁷²² SVMGL 67 (1913) S. 81.

⁷²³ Meininger Chronik II S. 165.

Landesherrschaft wiederholt vor der Verbreitung politischer Gerüchte und "unvorsichtiger Gespräche", so am 22. Mai 1809, als Napoleon bei Aspern geschlagen war und am 24. Februar 1813 nach dem gescheiterten Russlandfeldzug⁷²⁴. Für die fortschrittlichen Neuerungen, die die Franzosen ohne Zweifel für Deutschland brachten, konnte man bei der ersten Wirtschaftslage, bei den hohen Forderungen an Gut und Blut, kein Verständnis aufbringen.

Nach den Befreiungskriegen sind ähnliche Erscheinungen einer politischen Willensbildung des Volkes im Meininger Land nicht belegt. Die öffentliche Meinung hatte sich nur Dank der außergewöhnlich harten Zeitumstände der Franzosenkriege bemerkbar gemacht, es ging nicht um grundsätzliche Fragen der Politik und des Wirtschaftslebens. Auch in der Spätzeit Luise Eleonores und in den ersten Jahren der Regierung Bernhards II. war eine eigentliche Presse, die um die Bildung einer öffentlichen Meinung bemüht gewesen wäre, im Land nicht vorhanden. Die "Meininger Wöchentlichen Nachrichten" blieben ein bloßes Publikationsorgan amtlicher und privater Bekanntmachungen. Den gleichen Charakter nahm von Anfang an das seit 1826 erscheinende "Meininger Regierungs- und Intelligenzblatt" an. Erst die seit 1832 bei Friedemann Keysner in Meiningen erscheinende Zeitschrift "Archiv für die Herzoglich S. Meiningischen Lande" war wenigstens seit 1834 bemüht, öffentliche Angelegenheiten zu behandeln und "ein Sprachsaal" zu sein, in welchem über Staatsangelegenheiten "mit edler Freimütigkeit" beurteilt werden sollte⁷²⁵. Das seit 1832 unter der Redaktion des freisinnigen Regierungsassessors Dr. Wippert erscheinende Landtagsblatt diente den gleichen Zwecken. Das 1835 bis 1855 in Meiningen herausgegebene bürgerlich-liberale Volksblatt, die seit 1818 von Dr. Nonne in Hildburghausen redigierte "Dorfzeitung" und das allerdings nur wenige Monate des Jahres 1832 bestehende demokratische Blatt "Volksfreund" Joseph Meyers in Hildburghausen entwickelten sich dann zu Zeitungen, die den Erfordernissen einer politischen Tagespresse entsprachen.

724

Meininger Chronik II S. 174 und 182.

725

Archiv II S. I.

Zum Erwachen des politischen Bewusstseins der Meininger Bevölkerung hat wohl auch die seit 1826 bestehende Verbindung mit Hildburghausen beigetragen. Der ehemalige Hildburghäuser Landschaftsdirektor von Stein hat schon seit 1824 den entscheidenden Anstoß zur Modernisierung des politischen Lebens und der Verwaltungsorganisation in Sachsen-Meiningen gegeben. In Hildburghausen, das bereits über eine längere ständische Tradition verfügte, war es bereits vor dem Zusammenschluss mit Meiningen zu Reibereien zwischen dem an sich freisinnigen Herzog Friedrich und dem Landtag gekommen⁷²⁶. Es hatte sich in wenigen Jahren eine sehr starke Stellung der Stände herausgebildet, deren tragende Kraft der damalige Landrat und Landschaftssyndikus Lorenz Hannibal Fischer war, der die Stellung eines landschaftlichen Vertreters in der Regierung einnahm⁷²⁷. Dieser hatte bereits den modernen Gedanken geäußert, es gebe nur ein Staatsinteresse und damit ein besonderes Interesse des Herzogshauses nicht anerkannt. Bei der Landesteilung von 1826 zeigten sich die Stände schon als eine von der Landesherrschaft völlig unabhängige Macht im Staate, die freilich die Teilung des Landes nicht verhindern konnte, die geräuschlos vollzogen für sie eine bittere Überraschung wurde. Auch nach der Konstituierung des ersten Landtages des neuen Herzogtums Sachsen-Meiningen-Hildburghausen im Jahre 1830 waren gerade die Hildburghäuser Abgeordneten Bartenstein, Lutz und Zitzmann und der Regierungsrat Karl Luther, der vorher Fischers Nachfolger als Hildburghäuser Landrat gewesen war und den großen Finanzprozess der Stände gegen die Landesherrschaft geführt hatte, entschiedene Verfechter des liberalen und demokratischen Bürgertums. Jeder von ihnen war eifrig darauf bedacht, "Vertreter des Volkes" und kein "Hofmann" zu sein⁷²⁸. Weitsichtige Beamte wie der Sonneberger Kreisamtssekretär Christoph Gotthelf Kost forderten eine umfassende Reform der Gemeindeverfassungen. Sehr aufschlussreich ist sein großer Bericht vom 5. Juli 1828 über den Zustand der Gemeinden im Oberland⁷²⁹. Nach eingehender Schilderung der oberländischen Gemeindeverfassungen kommt er zu dem Schluss, "daß solche statt zum Gemeinsinn hinzuführen davon entfernen". Besonders stark unterstrich er die Misswirtschaft des Sonneberger Stadtrates, auf dessen Zusammensetzung die Bürgerschaft keinen Einfluss hatte. Er stellte dabei fest, dass "die Bürgerschaft fast allen Anteils an den gemeinen Angelegenheiten beraubt wurde und damit beinahe aller Gemeinsinn verloren gieng". Aber auch in den Landgemeinden müsste die lebenslängliche Bestellung der Schultheißen beseitigt werden, "weil dadurch leicht eine Familie zu der beherrschenden und das Regiment despotisch wird". An anderer Stelle wettert Kost gegen den "Despotismus", der "nirgend mehr zu fürchten ist als in den Communalstellen". Nur in einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung an der Gemeindeverwaltung sieht er einen Ausweg. Er empfiehlt die Einführung der süddeutschen Gemeindeordnungen und der preußischen Städteordnung. Aber auch bei ihm wirkt der Erziehungsgedanke der Aufklärung nach. Ein wenig gebildetes Volk ist zur Teilnahme an der Gemeindeverwaltung nicht fähig, weil es "seinen Ruhm in Widersetzlichkeiten oder in Geringschätzung der Obrigkeit suchen" wird. Kost beurteilt den Zustand der Bevölkerung weit pessimistischer als der Verfasser der Neuhäuser "Haupttabelle" von 1803 und schreibt: "Unwissenheit, Rohheit und Halsstarrigkeit der unteren Volksklasse, seine Anhänglichkeit an das Alte, das Widerstreben gegen das Neue, selbst wenn es das Beste ist, die Gleichgültigkeit in Beziehung auf die Verbesserung seiner Gewerbe, das Mißtrauen gegen die Regierung und ihre Diener sind die Hauptquelle der Schwierigkeiten, mit denen die Regierungsbehörden am meisten zu kämpfen haben." Er fordert eine grundlegende Schulreform, "denn Unterricht im Lesen, Schön- und Rechtschreiben erzieht noch keine Bürger, und die Erklärung biblischer Sprüche und des Katechismus bildet noch keinen

⁷²⁶ SVMGL 14 (1893) S. 33.

⁷²⁷ SVMGL 14 (1893) S. 33-37.

⁷²⁸ SVMGL 14 (1893) S. 76.

⁷²⁹ ThStAMgn Kreis Sonneberg 643.

Christen." Vor allem aber sieht Kost die Betätigung der Bevölkerung an der Gemeindeverwaltung an "als eine Lehrzeit, als eine Vorschule der einzelnen Staatsbürger für die allgemeine Staatsverfassung, durch sie wird der Ortsbürger zum Staatsbürger gebildet, und dann erst kann das Volk zur Teilnahme an dem großen Gemeinwesen schreiten."

Alles das zeigt, dass langsam ein neues politisches Leben zu keimen begann. Aber nicht nur auf politischem sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet brachten die ersten Jahre der Regierung Bernhards II. eine neue Einstellung, hier allerdings viel zögernder und wenig bewusster. Der aufgeklärte Absolutismus vertrat den Standpunkt einer straffen Aufsicht über die Wirtschaft. Befreiungen vom Innungszwang, wie sie die liberale Wirtschaft benötigte, blieben Ausnahmen, die nur selten gewährt wurden. Jetzt klingen aber bereits andere Töne an. Kennzeichnend für diese Übergangszeit ist der § 28 der am 25. Juni 1825 erlassenen "Provisorischen Dienstinstruction für den Kreisbeamten des Oberlandes", der die wirtschaftlichen Aufgaben des Sonneberger Kreisrates regelte⁷³⁰. Hier wird zunächst ganz im Sinn des alten Obrigkeitsstaates ausgeführt, dass sich der Kreisrat die Beförderung, Emporbringung und Beschützung des Gewerbes angelegen lassen sein müsse. Er soll weiter die Untertanen auf "dahingehende Verbesserungen" aufmerksam machen. Es wird ihm aber nunmehr zur ausdrücklichen Pflicht gemacht, "mit Beachtung der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers jeder positiven Einmischung und Leitung des Gewerbewesens überhaupt, wie hierüber die Wissenschaft näheren Aufschluss erteilt, sich zu enthalten und sich besonders hier davor zu hüten, die Privatwillkür zu beschränken." So war erstmals mit eindeutigen Worten im Meininger Herzogtum den Erfordernissen des Frühkapitalismus Rechnung getragen. Freilich bedeutet das noch lange nicht, dass die Meininger Beamenschaft diesen neuen Anschauungen überall aufgeschlossen gegenübergestanden hätte. Sie widersprach zu sehr dem in ihren Reihen seit Generationen vorherrschenden Bewusstsein der Beaufsichtigung, Anleitung und Fürsorge. Das "Archiv für die Herzoglich S. Meiningischen Lande", damals redigiert von zwei führenden Beamten, dem Oberhofprediger Emmrich und dem Geheimen Referendar und späteren Geheimen Assistenzrat im Landesministerium Georg Adam Debertshäuser, stellte aus dieser Grundhaltung heraus noch 1832 dem aufkommenden Kapitalismus ein durchaus schlechtes Zeugnis aus, wenn es schrieb: "Der Capitalist mißbraucht leicht die Menschen, über welche ihm die Armut die Herrschaft gibt. Immer weiter und weiter treibt er seine Unternehmungen; der Haufe, der für ihm arbeitet wird größer und größer; der bestimmte und gewisse Lohn zieht diejenigen an, die desselben bedürfen; sie verstehen sich zu einer bestimmten Arbeit, erlernen einen Handgriff vollkommen, verlernen aber jeden anderen Gebrauch ihrer Kräfte; dadurch verbessern sie die Produkte ihrer Tätigkeit und bereichern den Unternehmer, während sie selbst arm bleiben. Er, der Capitalist, der ihrer nun gewiß, wird karger, verlangt mehr und gewährt weniger, sie, die Arbeiter sind gezwungen ihm nachzugeben, um das kümmerliche Leben zu erhalten. Nun stirbt der Capitalist oder durch irgend eine Veranlassung geht die Manufactur ein: was wird nun aus den Arbeitern? Sie sind verloren für den Staat und für sich"⁷³¹. Wie sehr noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die alte Bürokratie und der Adel von patrimonialen Vorstellungen beherrscht waren, wie sehr sie in einer Zeit, in der der Kapitalismus auch im Meininger Land schon ein breites, oft in schlechtesten Verhältnissen lebendes Proletariat geschaffen hatte, von wohlfahrtsstaatlichen Gesichtspunkten ausgingen, zeigen die Beispiele von mehr als einem der höheren Lokalbeamten. Das 1844 erschienene, von Friedrich Engels verfasste Werk "Über die Lage der arbeitenden Klasse in England" hat damals in den meiningischen Landstädten beträchtliches Aufsehen erregt und Alfred von Bibra, den Oberamtmann von

⁷³⁰ Druck ThStAMgn ZM 262.

⁷³¹ Archiv II S. 92.

Römhild, veranlasst, tiefschürfende Vergleiche mit den heimatlichen Verhältnissen anzustellen⁷³². Wenn er auch die Meinung vertritt, die Farben seien "zu grell aufgetragen", so stimmt er doch im wesentlichen den Ausführungen Engels zu und stellt Erwägungen an, wie der Gefahr, dass das Proletariat "zum Riesen heranwächst und die soziale Stellung bedroht" gebannt werden könne.

Aus allen diesen Einzelzeugnissen wird deutlich, wie sehr die ersten Jahrzehnte der Regierung Bernhards II. eine neue Epoche in der Geschichte des Meininger Herzogtums einleiten. Die Starrheit, die dem letzten Jahrzehnt der Regentschaft Luise Eleonores angehaftet hatte, löste sich und wich immer mehr einer Bewegung auf allen Gebieten. Die Landesherrschaft förderte diese Entwicklung mit allen Mitteln und war durchaus der führende Faktor. Bei der in den altmeiningischen Landen vielfach noch herrschenden politischen Gleichgültigkeit des Volkes brauchte sie sich noch keine Gedanken zu machen, wo dereinst Halt zu gebieten sei. Erst die Jahre nach 1830, der aufkommende große Streit in der Domänenfrage, brachte in Meiningen wie in vielen anderen deutschen Klein- und Mittelstaaten einen Übergang zu einer reaktionären Regierungspolitik.

In dieser Wechselwirkung zwischen den Reformbestrebungen der Landesherrschaft und dem erwachenden politischen Bewusstsein des Volkes bilden die Jahre zwischen 1821 und 1829 einen Übergang von dem alles lenkenden und kontrollierenden Obrigkeitsstaat zu dem liberalen Staatswesen, das sich nur auf bestimmte Aufgaben beschränkt und dem Bürger einen weiten Raum der "Privatwillkür" einräumt. So hemmend sich die spätere Politik Bernhards II. vielfach auf die Gestaltung der Meininger Verhältnisse ausgewirkt haben mag, es bleibt ihm doch das Verdienst, am Anfang seiner Regierung die entscheidenden Schritte zur Errichtung eines modernen Staates gemacht zu haben. Der demokratische "Volksfreund" Joseph Meyers in Hildburghausen schilderte am 19. Mai 1832 die Grundzüge dieser Zeit treffend mit den Worten:

"Tiefe Nacht lag beim Regierungsantritt Herzogs Bernhard auf dem Punkt des Erdenballs, in den sich die Länder teilen, welche jetzt der Name Herzogtum Meiningen vereinigt. Es war nicht eine cimbrische Nacht, in der die Knute, von Despotenlaune geschwungen, Schuldige wie Unschuldige zerschlägt - das Dunkel, das diese Länderchen umschleierte deckte des Guten vielleicht mehr zu als des Bösen und entzog dem Blicke Vieles, was den früheren Regenten dieser Landstriche zum Ruhme gereichte und worüber der Menschenfreund sich freuen konnte: es verbarg in Wahrheit eine Masse von Volksglück wie es mancher große und gefeierte Staat nicht aufzuweisen vermochte. Aber zugleich deckte es Gebrechen und Mängel, die nur im Dunkeln keimen und gedeihen konnten, in Menge."

"Herzog Bernhard, der Freund des Lichts und der Wahrheit", hob den Schleier weg. Klar erkannte sein unbefangenes prüfendes Auge, dass die mächtigsten Getriebe der Staatsmaschine ausgelaufen waren, dass das ganze Wesen derselben nicht mehr für unsere Zeit passte, dass sie, würde sie auch noch so gut und sorgfältig wieder ausgebessert, doch die Forderungen der Gegenwart zu befriedigen außerstande sei. Er sah ein, dass das alte Werk in seiner größten Wirksamkeit bei weitem das nicht leisten könne, was in unseren Tagen ein Volk von einem tüchtigen Staatsgetriebe verlangt. Er fasste also den Entschluss, die alte unbrauchbare Maschine zu zerschlagen. Vor allem löste er sein im 13. Artikel der Bundesakte verpfändetes Fürstenwort. Er gab den vereinzelt Landesteilen eine gemeinschaftliche landständische Verfassung, und unmittelbar darauf begann er eine Reorganisation des Staates in allen seinen Einrichtungen, auf die Grundsätze der Einheit, Rechtsgleichheit und Öffentlichkeit begründet."

⁷³²

Engel in Z.V.thür. G.u.A. 11. Beiheft (1927) S. 132.

"Es geschieht in dieser Beziehung von ihm vielleicht mehr als selbst von dem edlen Leopold in Baden. In Baden ist's jetzt schon mit einem bloßen Geschehenlassen getan; dort macht sich die weitere Entwicklung des konstitutionellen Lebens von selbst, ohne Anregung von oben. Ein entschiedenes Vortreten des Fürsten auf der noch ungeebneten Bahn der Volkszivilisation ist dagegen in Meiningen, wo sozusagen der erste Schritt vor dem getan werden muß, der der Erste im Volk ist, unumgänglich nötig, und um so rühmlicher ist es für den Herzog Bernhard, daß er ihn in dieser Zeit der ängstlichen Bedenken, der kleinmütigen Zweifel und des fast alle Kabinette der kleinen Bundesfürsten charakterisierenden Schwankens und Schaukelns mit männlicher Entschlossenheit tut“⁷³³.

⁷³³

SVMGL 14 (1893) S. 86-87.

5. Innere Organisation der Behörden, Geschäftsgang und Kanzleigebräuche

Wenn wir uns mit der inneren Organisation der Behörden, ihrem Geschäftsgang und den Kanzleigebräuchen befassen wollen, so muss dieses ergiebige Forschungsgebiet in der Darstellung zweckentsprechend aufgegliedert sein. Das geschieht wohl am übersichtlichsten in der Weise, dass zunächst die innere Gliederung der Zentral- und Lokalbehörden und die Aufgaben ihrer Mitglieder innerhalb des Geschäftsganges, dann die dazu gehörenden Schreibstuben mit den einzelnen Beamenschichten des Kanzleipersonals behandelt und schließlich der Gang des Schriftverkehrs sowie das weite Gebiet der Kanzleigebräuche erörtert werden.

5.1. Die innere Organisation der Behörden

Die innere Organisation der Meiningischen Behörden in der Zeit von 1680 bis 1829 hat ihr Vorbild im Behördenaufbau des Staates Herzog Ernsts des Frommen, dessen um die Mitte des 17. Jahrhunderts geschaffenen Einrichtungen von allen Nachfolgerstaaten im wesentlichen bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts beibehalten worden sind. Gerade Herzog Bernhard I. von Meiningen hat in fast ängstlicher Anlehnung die unter seinem Vater geschaffenen großen Verwaltungsordnungen für sein Land neu fassen lassen oder, wie die Kammerordnung von 1666, einfach übernommen⁷³⁴. Man muss immer wieder erstaunt sein, mit welcher Zähigkeit die Grundlinien, die Ernst der Fromme der Verwaltung seines Staates in der äußeren Gliederung und im inneren Geschäftsgang gegeben hat, sich erhalten haben, und mit welcher Ehrfurcht die alten Ordnungen behandelt und, wenigstens in der Theorie, beobachtet worden sind.

Freilich wies die Behördenorganisation in Sachsen-Gotha in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts auch nur die Formen auf, die sich in den mittelgroßen Fürstentümern seit der Reformationszeit herausgebildet hatten, jedoch in einer vervollkommenen und vielfach bis in die letzten Einzelheiten festgelegten Weise. In der deutschen Verwaltungsgeschichte bildet das 16. Jahrhundert einen bedeutsamen Wendepunkt, der wiederum durch die Festigung der landesherrlichen Gewalten bedingt war, die den absolutistischen Staat vorbereiten half. Während das Mittelalter in den deutschen Territorialstaaten eine festgefügte Zentralverwaltung kaum gekannt hatte, bildete sich jetzt ein ständiger Rat um den Landesherrn, der ausschließlich oder hauptsächlich die Verwaltungsgeschäfte im weitesten Sinne des Wortes von zentraler Stelle leitete. Dadurch war die für die Mittelstaaten vielfach charakteristische Zweigliederung des Behördenaufbaus gegeben: die Zentralverwaltung an der nunmehr fest gewählten Residenz des Landesfürsten und die Lokalverwaltung in den Ämtern und Städten. Wichtig dabei war, dass die Zentralverwaltung, der Rat des Fürsten, später vielfach Kanzleirat oder Regierung genannt, kollegial gegliedert war. Gerade diese Kollegialverfassung ist kennzeichnend für die höheren Behörden des ancien régime. In ihr wurde die Gewähr für Unbestechlichkeit und Unparteilichkeit gesehen⁷³⁵. Dabei darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, dass gerade in den kleineren Ländern die Kollegialform

⁷³⁴ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1334 Konzept vom 28. Februar 1703, diese Fragen vom Gothaer Standpunkt beleuchtet bei Facius S. 32.

⁷³⁵ Andreas Walther, Die Ursprünge der deutschen Behördenorganisation im Zeitalter Maximilians I. Stuttgart und Berlin 1913 S. 47.

vielfach anfangs und auch später in Zeiten des Verfalls der Behördenorganisation noch nicht ausgeprägt war oder wieder stark verkümmerte.

Wir haben bereits bei der Übersicht über die Entwicklung der Behördenorganisation festgestellt, dass im Laufe des 16. Jahrhunderts in den wettinischen Ländern eine Dreigliederung der Zentralverwaltung sich vorbereitete, die allerdings erst um die Mitte des 17. Jahrhunderts abgeschlossen war. Zunächst entstand in der Reformationszeit neben der Regierung das Konsistorium, die oberste Kirchen- und Schulbehörde, dann später, in Sachsen-Gotha um 1642, die Kammer als oberste landesherrliche Finanzbehörde. Die Regierung war somit im Wesentlichen auf die Polizei- und Justizverwaltung beschränkt. Bemerkt sei jedoch, dass noch unter der Regierung Ernst des Frommen die Gothaer Kammer keine Kollegialbehörde war und sich als solche erst am Ende des 17. Jahrhunderts organisierte. Aber die Gliederung der Gothaer Zentralverwaltung in Regierung, Konsistorium und Kammer war doch unter Herzog Ernst schon so ausgeprägt, dass sie auch für die 1680 in Meiningen einzurichtenden Zentralbehörden als Vorbild sich geradezu aufdrängte. Die Gliederung in drei gleichberechtigte, nur rangmäßig geordnete Landeskollegien blieb in den thüringischen Staaten bis ins späte 18. Jahrhundert erhalten. Erst der Staat des aufgeklärten Absolutismus zerbrach vielfach diese Ordnung, in Meiningen dagegen hat sie sich im Wesentlichen bis zu den großen Verwaltungsreformen von 1823 und 1829 erhalten.

Es ist wohl ein besonders starkes Zeugnis für das Bestreben dieser Zeit, das Alte möglichst unverändert zu erhalten, wenn die sich im 18. Jahrhundert neu ergebenden Verwaltungsarbeiten nicht in neuen Landeskollegien sondern in Immediatkommissionen ihre oberste Behörde erhielten. An sich war auch das Konsistorium in den sächsischen Ländern anfangs nur eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Regierung und Geistlichen, die ein höheres Kirchenamt bekleideten. In Meiningen blieb diese Zusammensetzung in ihrer reinen Form bis zum Regierungsantritt Anton Ulrichs 1746 erhalten. Seitdem war wenigstens der Präsident ausschließlich für das Konsistorium tätig. Das Wesen der Immediatkommissionen lag in Meiningen darin, dass ihnen ein bestimmtes Fachgebiet zur Bearbeitung aufgetragen war, dass sie direkt unter dem Landesherrn standen, "unmittelbar unter dem Geheimen Ratskollegium", wie es später hieß, und dass sie sich aus berufenen Mitgliedern der Landeskollegien und Inhaber anderer höherer Ämter zusammensetzten, also nicht aus Personen, die lediglich für die Kommission arbeiteten.

Eine Ausnahme von dieser Regel bildete die Kriegskommission. Ihre Anfänge gehen bereits bis in die letzten Jahre Bernhards I. zurück. Sie verselbständigte sich dann unter Ernst Ludwig I. Später wurde sie fast wie ein Landeskollegium behandelt und auch in den Besoldungslisten der Kammerrechnung seit 1746 als einzige Immediatkommission besonders aufgeführt. Sie bestand aus Mitgliedern, die keinem anderen Landeskolleg angehörten, sondern vorwiegend für diese Kommission tätig waren. Nur in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens ist noch eine starke Abhängigkeit von der Regierung bemerkbar. Ihre großen Aufgaben in der napoleonischen Zeit haben es dann später für ratsam erscheinen lassen, ihr 1807 bis 1816 Mitglieder der Kammer und der Regierung zuzuordnen. Die Sonderstellung der Kriegskommission kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass ihr Vorsitzender in Anlehnung an die drei großen Landeskollegien wenigstens seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gelegentlich die Amtsbezeichnung Kommissionspräsident führte. Die übrigen Immediatkommissionen, wie sie besonders der Staat des aufgeklärten Absolutismus geschaffen hat, die Chausseebaukommission, die Schulkommission, die Handlungskommission und die Oberökonomiekommission dagegen bestanden aus Mitgliedern der Landeskollegien oder anderen Beamten, die diese Arbeiten nebenbei mit erledigten und hierfür nur in Ausnahmefällen Sondervergütungen erhielten. Ihre

Personalgeschichte ist deshalb aktenmäßig schwer zu fassen⁷³⁶. Zu den Immediatkommissionen gehörten auch die 1803 bis 1823 tätige Oberländische Chausseebaukommission und die 1808 bis 1823 nachweisbare Postkommission, die unmittelbar an das Geheime Ratskollegium berichteten. Die 1789 errichtete Meininger Polizeikommission darf bis 1818 ebenfalls als Immediatkommission angesehen werden im Gegensatz zu den Polizeikommissionen in Sonneberg, Salzungen und Römhild.

Ausgesprochenen Kommissionscharakter hatte auch das 1651 in Sachsen-Gotha entstandene Geheime Ratskollegium, das sich nach Titel I der Geheimen Ratsordnung von 1668 aus den Vorsitzenden der drei Landeskollegien zusammensetzen sollte und in Gotha tatsächlich bis ins 18. Jahrhundert aus dem Gothaer und Altenburger Kollegialvorsitzenden bestand. Es wird später noch im einzelnen ausgeführt werden, dass auch in Meiningen das Geheime Ratskollegium bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts ausgesprochenen Kommissionscharakter hatte, den es trotz mancher Ansätze zum Kollegialprinzip bis 1829 nicht überwunden hat.

Diese besprochenen Immediatkommissionen waren für bestimmte Spezialgebiete der Verwaltung als Dauereinrichtung gedacht und kamen in dieser Stellung den Landeskollegien nahe. Daneben hat aber der Landesherr auch zur Erledigung von Schwerpunktaufgaben der Verwaltung Immediatkommissionen vorübergehender Natur gebildet, über deren Tätigkeit wir aber im Einzelnen oft nur ungenügend unterrichtet sind. Manchmal kennen wir sie nur dem Namen nach, da sie vielfach keinen Schriftverkehr hinterlassen haben. Sie unterstanden ebenfalls dem Geheimen Ratskollegium unmittelbar und erließen selbständig Verordnungen⁷³⁷. Als eine solche vorübergehende Immediatkommission ist die 1787 gebildete Kommission zum Wiederaufbau der Stadt Salzungen anzusehen, die aus dem Oberjägermeister von Bibra, dem Kammerrat Anton von Uttenhoven und dem Regierungsrat Franz Josias von Hendrich bestand. Sie wurde aber nicht ausdrücklich als Immediatkommission bezeichnet. Weiter gehört hierzu die 1808 "zur Berichtigung des landschaftlichen Rechnungswesens niedergesetzte Immediatkommission"⁷³⁸. Sie ist uns allerdings nur dem Namen nach bekannt. Einen tieferen Einblick haben wir in die Tätigkeit der 1810 tätigen Immediatkommission zur Vernichtung englischer Fabrikwaren und zur Erhebung von Imposten auf Kolonialwaren. Ihr gehörten der Kammerrat von Bibra und der Regierungsrat von Uttenhoven an. Auch die 1813 gebildete Kommission zur Verteilung der Kriegslasten war eine solche Immediatkommission, die aus den Regierungsräten Karl von Uttenhoven, von Donop und Schwendler und den Kammerräten von Bibra und Georg von Uttenhoven bestand. Die "Hilfskommission", deren Anfänge bis 1809 zurückgehen, war ebenfalls zunächst als eine vorübergehende Immediatkommission gedacht, erwies sich aber bald als eine bis 1826 notwendige Dauereinrichtung. Wesentliche Arbeiten bei der Umgestaltung des altmeiningischen Herzogtums zu einem modernen Staat leisteten dann im ersten Jahrzehnt der Regierung Bernhards II. zwei vorübergehende Immediatkommissionen, die 1824 tätige "Landschaftliche Organisations-Kommission" und die 1827 bis 1829

⁷³⁶ Bemerkenswert ist auch, dass in den überlieferten Personalakten, besonders in ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen, Berufungen in Kommissionen nicht aktenkundig gemacht worden sind. Außer gelegentlichen Hinweisen im 18. Jahrhundert sind für die Personalgeschichte der Meininger Immediatkommissionen die Beamtenverzeichnisse im Meininger Taschenbuch von 1801 und 1802 in Hartmanns Haushalts- und Adreßbuch 1804 bis 1819 und in den zwischen 1820 und 1826 herausgegebenen Adressbüchern für das Herzogtum Sachsen-Coburg-Meiningen die Hauptquelle.

⁷³⁷ VO der Meininger Polizeikommission über das Wegfangen der Nachtigallen vom 7. Mai 1800. MWN 19/1800, VO der Schulkommission über die Seminaristen vom 20. Mai 1812 MWN 14/1812 Anschreiben der Oberökonomiekommission über das Verbot, Weizen und Korn zum Branntweinbrennen zu benutzen vom 27. Sept. 1804.

⁷³⁸ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11779.

amtierende Organisationskommission. Von den Immediatkommissionen sind die bei den Landeskollegien gebildeten Fachkommissionen zu unterscheiden, deren hervorstechendstes Beispiel das 1803 gegründete Sanitätskolleg ist, das bei seinem Bestreben, sich zur Immediatkommission zu erheben, 1817 aufgelöst wurde. Darüber hinaus ist auf die vielen Kommissionen hinzuweisen, die im absolutistischen Staat zur Erledigung von Einzelaufgaben der Verwaltung errichtet worden sind und sämtlich vorübergehenden Charakter tragen. Vielfach wurde der Weg der Bildung einer Kommission eingeschlagen, wenn an der Lösung einer Verwaltungsaufgabe mehrere Landeskollegien beteiligt sein mussten. Das war etwa der Fall bei der 1801 gebildeten Forstkommission zur Prüfung der Gemeindewaldungen⁷³⁹. Auch zur Untersuchung eines einzigen Verwaltungsfalles wurden Kommissionen gebildet, etwa zur Beilegung des Streites zwischen Kammergutspächter und Gemeinde Dreißigacker 1795. Sie hatten freilich nur vorbereitenden Charakter. Verordnungsrecht wie die Immediatkommissionen besaßen sie nicht. Fernerhin sind eine ganze Reihe von Verwaltungsaufgaben, deren Erledigung an sich nur dem Landeskollegium zustanden, an die Ämter übertragen worden, die diesen Umstand in der von ihnen erlassenen Verfügung durch die Formel "vi commissionis" zum Ausdruck brachten. Das Amt Sonneberg besaß am Ende des 18. Jahrhunderts gegenüber dem schriftsässigen Sonneberger Stadtrat in einigen Dingen ein Weisungsrecht "vi commissionis perpetuae". Hierin kommt der Auftragscharakter der Kommission am deutlichsten zum Ausdruck.

Wir haben gesehen, dass sich der Aufbau der Meininger Zentralverwaltung nach dem Gothaer Vorbild gestaltet hat. Es entstanden Regierung, Konsistorium und Kammer. Für diese drei Landeskollegien hatte Ernst der Fromme vorbildliche Ordnungen erlassen: Die Regierungs- und Kanzleiordnung vom 14. November 1642, am 29. Dezember 1666 erneuert, die Konsistorialordnung vom 31. Januar 1648, die Kammerordnung vom 7. Mai 1666 und die Geheime Ratsordnung vom 1. November 1651 mit ihrer Neufassung vom 12. Dezember 1668⁷⁴⁰. Dass Herzog Bernhard I. und seine maßgebenden Beamten in diesen damals ohne Zweifel hervorragenden Behördenordnungen Vorbilder für die zu errichtende Meininger Zentralverwaltung sehen mussten, ist naheliegend. Ihre Übernahme ist für die Amtszeit Gabelkovens zwar nicht ausdrücklich belegt, aber wohl selbstverständlich. Unter der Präsidentschaft seines Nachfolgers Ernst Gottlieb von Pröck sind dann für zwei Behörden umfassende Ordnungen erlassen worden, die Meininger Kanzleiordnung vom 24. Oktober 1687 und die Meininger Konsistorialordnung vom 28. Juni 1689. Beide Ordnungen lehnen sich sehr eng an Gothaer Vorbilder an. Sie sind seitenlang lediglich deren wörtliche Wiederholung. Für die Kammer hat Bernhard I. noch in seinen letzten Regierungsjahren am 28. Februar 1703 angeordnet, dass die Kammerordnung Ernst des Frommen vom 7. Mai 1666 zu übernehmen und genauestens zu beobachten sei. Der Erlass einer besonderen Geheimen Ratsordnung ist für Sachsen-Meiningen archivalisch nicht nachweisbar. Das Vorhandensein der Gothaer Ordnung vom 12. Dezember 1668 neben Meininger Behördenordnungen in der Privatsammlung des Kammerrats Bernhard Wilhelm Mattenberg (gest. 1735) beweist aber, dass sie in Meiningen übernommen und gültig war.

Die archivalische Überlieferung dieser vier für die Meiningische Verwaltung grundlegenden Behördenordnungen ist außerordentlich mangelhaft. Der Befehl zur Übernahme der

⁷³⁹ Bechstein, Johann Matthäus Bechstein S. 163, ähnliche Stellung hatte auch etwa die 1767 tätige "Herzoglich Sächsische zur Gemeinschaftlichen Post-Rechnungs-Abnahme verordnete Commission". Ihr gehörten der meiningische Rechnungsbeamte Johann Nikol Kost und sein Coburger Kollege Johann Jacob Leyh an. Staatsarchiv Coburg F 10940.

⁷⁴⁰ Beck I 333, 423. Facius, S. 28, 70, Gothaer Regierungsordnungen 1666 ThStAG KK III 9.

Kammerordnung ist zwar aktenmäßig vorhanden⁷⁴¹, nicht dagegen die Ausfertigung der Kanzleiordnung von 1687. Auch liegt die Einführungsverfügung der Geheimen Ratsordnung nicht vor. Lediglich der Sammeleifer Mattenbergs hat uns Abschriften aus der Zeit um 1730 erhalten⁷⁴². Die Konsistorialordnung von 1689 ist in Urschrift auf uns gekommen⁷⁴³. Auf diesen vier Behördenordnungen ruht der Aufbau der Meininger Zentralverwaltung bis ins 19. Jahrhundert. Wenn auch in späterer Zeit noch weitere Ordnungen entstanden sind, so doch niemals in so umfassender, ja erschöpfender Breite. Indes ist stets kritisch zu untersuchen, inwieweit die Ordnungen in der Praxis tatsächlich beobachtet worden sind. Das wird eine der Hauptaufgaben unserer weiteren Darstellung sein.

Die Kanzleiordnung vom 24. Oktober 1687, auf deren Verwandtschaft zu den Gothaer Vorbildern bereits hingewiesen worden ist, stellt nicht etwa lediglich die Geschäftsordnung einer Schreibstube dar. Sie ist vielmehr die Ordnung der Regierung, für die hier noch der alte Ausdruck Kanzlei verwendet wird. Soweit sie Bestimmungen des Schriftverkehrs enthält, wird sie später zu behandeln sein, wenn die Schreibstuben, ihre Gliederung und Arbeit genauer zu besprechen sind. Die Ordnung ist am 11. Juni 1688 im Beisein des Herzogs den Räten bekanntgegeben und dann vom Präsidenten von Pröck dem Kanzleipersonal mitgeteilt worden. Einleitend wird festgestellt, dass es notwendig sei, nach der nunmehr erfolgten Erbteilung die Ordnungen Ernst des Frommen "von neuem durchzugehen und auf den jetzigen Etat berichten zu lassen". Die Kanzleiordnung zerfällt in 24 Kapitel, die in Paragraphen unterteilt sind, und behandelt Aufbau der Regierung, deren Aufgaben, die Durchführung der Sitzungen. Sie enthält die "Pflichten" der Beamten, aber auch zahlreiche Bestimmungen über Schriftverkehr und Kanzleiwesen. Kapitel XXII stellt eine Advokaten- und Prokuratorenordnung dar. Einen ähnlichen Aufbau zeigt auch die Konsistorialordnung von 1689 mit ihren 25 Kapiteln. Ihre Einleitung ähnelt der der Kanzleiordnung. Der Aufbau des Kollegs und die Durchführung der Sitzungen werden ebenfalls eingehend behandelt. Die Aufgaben und Befugnisse des Konsistoriums nehmen einen breiten Raum ein. Die Anstellung der Geistlichen wird in den Kapiteln XI bis XIV, die geistlichen Strafen in den Kapiteln XXIV und XXV ausführlich behandelt. Reine Kanzleibestimmungen treten dagegen stark in den Hintergrund, mehrfach wird hier auf die Kanzleiordnung verwiesen. Für die Kammer endlich ist 1703 die Gothaer Kammerordnung von 1666 in ihrer ganzen Ausführlichkeit übernommen worden⁷⁴⁴. Sie zerfällt in 29 Kapitel und behandelt Aufbau der Kammer und der dazugehörigen Renterei, deren Aufgaben und eingehende Bestimmungen über die Tätigkeitsbereiche der einzelnen Beamten, sowie über das Schriftwesen und die Rechnungsführung. Ausführlich ist die Art und Weise festgestellt, wie die Kammergüter und landesherrlichen Liegenschaften zu verwalten sind, wie die Abrechnung der Unterbehörden mit der Zentralkasse und die Rechnungslegung zu erfolgen hat. Kapitel XVII enthält eine Visitationsordnung der Ämter.

Wir haben schon oben festgestellt, dass die Meininger Verwaltung im 18. Jahrhundert nicht mehr die Kraft aufgebracht hat, neue umfassende Behördenordnungen zu schaffen, wie das noch in Gotha geschehen ist⁷⁴⁵. Wir finden aber für die neugeschaffenen Behörden besondere Instruktionen vor. Die bedeutendste ist wohl die Instruktion für das Oberforstamt vom 14.

⁷⁴¹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1334. Konzept Gothaer Kammerordnung von 1666 ThStAG K K III 6.

⁷⁴² ThStAMgn ZM 216.

⁷⁴³ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Kirchen- und Schulsachen 457.

⁷⁴⁴ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1334.

⁷⁴⁵ In Gotha Geheime Ratsordnung vom 23. Juni 1727, Regierungsordnung vom 6. Dezember 1726 und Instruktion des Kriegskollegiums vom 9. März 1725. Facius S. 45-47.

Dezember 1802 und für die Kammerforstsektion vom 30. Oktober 1823⁷⁴⁶. Auch die Lokalbehörden haben noch im 18. Jahrhundert durch Instruktionen und "Reglements" Behördenordnungen erhalten⁷⁴⁷. Doch lag die Ursache nicht mehr wie zur Zeit Ernst des Frommen im Streben nach einer umfassenden Ordnung des gesamten Staatsaufbaus sondern in der Absicht, jeweils auftretende Kompetenzstreitigkeiten zu entscheiden. Wir haben weiterhin erwähnt, dass die Zentralbehörden als Kollegien organisiert waren. Inwieweit dies in der Meininger Verwaltung der Fall war, wird gleich gezeigt werden müssen. Nach der Kanzleiordnung von 1687 soll die Regierung aus einem Präsidenten und drei Räten bestehen⁷⁴⁸. Das Konsistorium war nach der Konsistorialordnung von 1689 ebenfalls als Kolleg organisiert. Es sollte aus fünf Personen bestehen, einem weltlichen Präsidenten, zwei Hofräten und zwei geistlichen Räten, nämlich dem Superintendenten zu Meiningen und dem Hofprediger oder Hofkaplan⁷⁴⁹. Dagegen sah die 1703 eingeführte Kammerordnung von 1666 nur einen einzigen Kammerrat vor⁷⁵⁰. Das Geheime Ratskollegium war nach der Gothaer Ordnung von 1668 nach dem reinen Kommissionsprinzip aufgebaut. Es bestand aus dem "Direktor der Regierung, des Konsistoriums und der Kammer". Es konnte aber von Fall zu Fall ein weltlicher oder geistlicher Rat hinzugezogen werden. Den Vorsitz führte hier der Landesherr, sein Vertreter war der Vorsitzende der Regierung⁷⁵¹.

Die Praxis zeigte, dass wenigstens in den ersten Jahrzehnten des altmeiningischen Fürstentums im Wesentlichen nach diesen Vorschriften verfahren wurde. Die Regierung der 1680 errichteten Zentralverwaltung bestand aus einem Vorsitzenden, der den Direktorentitel führte und einem Rat, 1685 wurde dann noch ein weiterer Rat für die Regierung in Bestallung genommen. Dazu kam der Kammerrat. Das Konsistorium bestand anfangs aus zwei weltlichen, von denen einer das Direktorium führte, und zwei geistlichen Räten. Auch in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts änderte sich an diesem Zustand wenig. Das Konsistorium blieb fast immer drei bis vier Personen stark, nur 1737 bis 1746 sank seine Mitgliederzahl auf zwei Kollegen. Die Kammer bildete sich unter der Regierung Ernst Ludwigs zwar zu einem mehrgliedrigen Kolleg aus, zerfiel aber zur Zeit des Familienstreites wieder, so dass 1735 bis 1745 nur noch ein Kammermitglied tätig war. Die Regierung als die Hauptstütze der Zentralverwaltung wurde in diesen Jahren der Desorganisation zwar nicht von Verfallserscheinungen in diesem Ausmaß getroffen, 1745 waren immer noch drei Räte vorhanden, von denen allerdings einer gänzlich für die Arbeit ausfiel. Das Geheime Ratskollegium endlich, ein erst unter Ernst Ludwig I. gebildetes Gremium, war von Anfang an aus drei Personen zusammengesetzt, löste sich aber nach dem Tode des Herzogs immer mehr in die Partikularkabinette der feindlichen Brüder und Neffen auf.

Erst nach dem Regierungsantritt Anton Ulrichs 1746 setzte sich das Kollegialprinzip in allen drei Zentralbehörden endgültig durch. Das Geheime Ratskollegium wurde als die Zusammenfassung der Kollegialvorsitzenden und anderer Räte organisiert. Die Regierung bestand 1746 aus acht Mitgliedern, verringerte freilich bis 1763 ihren Personalbestand auf vier Räte. Zur Kammer wurden 1746 zwei Räte und ein Assessor verordnet, während das Konsistorium um 1746 bis 1759 aus zwei weltlichen und zwei geistlichen Räten bestand,

⁷⁴⁶ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 117, ZM 260 Bl. 445, Staatsmin., Abt. Finanzen 125.

⁷⁴⁷ z.B. Reglement für die Amtsvogtei Sonneberg ThStAMgn ZM 164 Bl. 260, Instruktion für die Meininger Polizeikommission vom 27. November 1789, ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13447.

⁷⁴⁸ KO 1687 cap I "Präsident und drei andern qualifizierten Personen, eingeschlossen diejenigen so zu unserm Consistorio und Cammer mit bestellet sind".

⁷⁴⁹ KonsO 1689 cap I.

⁷⁵⁰ KammO. 1666 cap I.

⁷⁵¹ GRO 1668 tit I § 1.

dann aber, wie die Kammer, in den letzten Regierungsjahren Anton Ulrichs in ihrem Personalbestand stark zurückging. In den beiden Kollegien war 1763 nur noch je ein Rat tätig.

Charlotte Amalie baute die Landeskollegien wieder neu auf. In ihrer Regierungszeit hat sich das Meininger Staatswesen so gefestigt, dass Rückschläge und Verfallserscheinungen der geschilderten Art nicht mehr möglich waren. Die Regierung bestand 1771 aus fünf Räten und einem Assessor, bei Regierungsantritt Georgs I. im Jahre 1782 aus sieben Räten und bei der Trennung von Verwaltung und Justiz 1823 aus vier Räten und zwei Assessoren. Die Kammer entwickelte sich zum zweitstärksten Landeskolleg. Sie bestand 1771 aus drei Räten und einem Assessor, beim Regierungsantritt Georgs I. aus sechs Räten und bei seinem Tod 1803 aus sechs Räten und einem Assessor. Bei der großen Verwaltungsreform von 1829 wies sie immer noch einen Personalbestand von fünf Räten auf. Das Konsistorium endlich verfügte 1765 bis 1802 über vier Ratsstellen. Erst dann wurde die fünfte Ratsstelle geschaffen und einem weltlichen Mitglied übertragen und damit endlich den Bestimmungen der Konsistorialordnung von 1687 Genüge getan.

Das im Jahre 1802 als oberste Forst- und Jagdbehörde errichtete Oberforstamt war ebenfalls kollegial organisiert. Es umfasste bei der Gründung fünf Räte, bei der Auflösung 1823 noch drei Mitglieder. Das Geheime Ratskolleg, dessen Geschichte seit der Regentschaft Charlotte Amalies in allen Einzelheiten bekannt ist, bestand 1771 aus drei Mitgliedern, von denen allerdings nur zwei wirkliche Arbeit leisteten. Beim Regierungsantritt Georgs I. im Jahre 1782 waren vier Räte mit Sitz und Stimme, bei seinem Tod 1803 fünf Mitglieder in Bestallung. Die Fünf-Zahl hielt sich unter der Regierung Luise Eleonores.

Während sich somit seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Kollegialverfassung in allen Zentralbehörden eindeutig durchgesetzt hatte, war das bei den Immediatkommissionen nicht überall der Fall. Die Kriegskommission, die schon seit den letzten Jahren Bernhards I. bestand, umfasste anfangs nur zwei, später jedoch mehrere Mitglieder. Beim Regierungsantritt Anton Ulrichs 1746 war nur noch ein Kriegsrat in Bestallung. Seit der Regentschaft Charlotte Amalies jedoch setzte sich die Kommission meist aus drei Mitgliedern zusammen. Ihre Zahl stieg zwischen 1807 und 1816 sogar auf sechs Personen an, von denen allerdings drei aus Regierung und Kammer delegiert waren. Auf breitester Grundlage war die 1793 errichtete Oberökonomiekommission aufgebaut. Sie bestand aus allen Mitgliedern der Regierung und der Kammer und den weltlichen Konsistorialräten. Sie umfasste somit einen Kreis von mehr als einem Dutzend Personen. Die übrigen Immediatkommissionen waren in der Regel mit drei Mitgliedern gegründet worden, verminderten aber im 19. Jahrhundert ihren Personalbestand. Die Chausseebaukommission umfasste jahrelang nur zwei Mitglieder, in der Landschulkommission saß 1808 bis 1819 nur der Konsistorial-Vizepräsident Heim. Ähnliche Verhältnisse ergaben sich auch zeitweise in der Oberländischen Handlungskommission.

Den Vorsitz in den zentralen Landeskollegien hat ein vom Landesherrn ernannter Rat innegehabt. Seine Aufgaben sind in den Behördenordnungen näher umrissen. Ursprünglich hat der Landesfürst oft den Vorsitz in den Landeskollegien selbst geführt⁷⁵². Noch die Konsistorialordnung von 1689 bestimmt, dass der Landesherr jederzeit den Vorsitz selbst führen könne⁷⁵³. Im Geheimen Ratskollegium als dem persönlichen Beratungsorgan des Herzogs lag diese Regelung überdies in der Natur der Behörde. Der Vorsitzende hatte den

⁷⁵² Die Tagebücher Ernst Ludwigs I. führen sehr häufig Teilnahme an den Sitzungen der drei Landeskollegien an. ThStAMgn GAM XV F 34.

⁷⁵³ KonsO 1689 cap I.

Geschäftsgang der Behörde, insbesondere ihre Sitzungen zu leiten, ohne dass jedoch die Kollegialverfassung verletzt werden durfte. Er hatte nach dem Referat die Umfrage zu halten, wobei er auf die Aufrechterhaltung der Ordnung bestehen musste⁷⁵⁴. Er unterschrieb auch bis auf die dem Landesherrn vorbehaltenen Sachen die ausgehenden Schreiben⁷⁵⁵. Ferner musste er die Arbeit der dem Kolleg angeschlossenen Kanzlei überwachen⁷⁵⁶.

Die Vorsitzenden der Landeskollegien führten meist besondere Amtstitel. Bekanntlich war anfangs ein einziger Beamter gleichzeitig Vorsitzender aller drei Landeskollegien. Gabelkoven führte als solcher die Bezeichnung Direktor, seinem Nachfolger von Pröck wurde der Titel Präsident verliehen, der seitdem in Meiningen für den Vorsitzenden der Landeskollegien kennzeichnend war. Allerdings trat der Direktorentitel auch noch später auf. Otto Melchior von Bülow und Konrad Johann Meß führten ihn am Ende des 17. Jahrhunderts als Vorsitzende der Kammer⁷⁵⁷. Auch im 18. Jahrhundert wurden gelegentlich Kollegialvorsitzende mit dem Direktorentitel ausgezeichnet, offensichtlich wenn man vermeiden wollte, den Präsidententitel zu vergeben. Johann Friedrich Wilhelm Zinck ist 1775 bis 1779 als Konsistorialdirektor bestellt worden. Auch nach dem Tode des Oberjägermeisters von Bibra war beabsichtigt gewesen, den Kammerrat von Uttenhoven zum "Kammerdirektor" zu ernennen⁷⁵⁸. Im Jahre 1819 wurde dem Konsistorialrat von Uttenhoven die "Direktion im Konsistorium" übertragen, ohne dass freilich gleichzeitig ein besonderer Titel verliehen worden wäre⁷⁵⁹.

Bei den Landeskollegien ist der Präsidententitel am häufigsten im Konsistorium und in der Kammer vergeben worden. Das Konsistorium war das erste Landeskolleg, das 1702 einen eigenen Präsidenten erhielt, der bis 1718 im Amt blieb. Dann begegnet uns der Titel erst wieder 1746 bis 1762, 1768 bis 1774 und 1822 bis 1829. In der Kammer wurde nach Wolzogens Tod 1734 der Präsidententitel erst 1768 neu verliehen und bis 1797 beibehalten. Er begegnet uns dann schließlich erst wieder 1809 bis 1816 und seit 1822. In der Zwischenzeit lag die Leitung in den Händen von Vizepräsidenten oder Räten, die nicht mit einem besonderen Titel ausgezeichnet waren. Das Konsistorium stand nach 1718 mit Ausnahme der Jahre 1728 bis 1746 stets unter einem Vizepräsidenten. In der Kammer war das nur in den Jahren 1766 bis 1768 und 1816 bis 1822 der Fall. Während das Konsistorium nur 1728 bis 1746 von einem nicht prädikatisierten Rat geleitet wurde, trat dieser Zustand in der Kammer viele Jahrzehnte lang ein, nämlich in den Jahren 1734 bis 1768 und 1797 bis 1816. Die Nichtverleihung des Präsidententitels hatte wohl vorwiegend finanzielle Gründe. Bezeichnend aber ist doch, dass der Landesherr bei der Titelverleihung sehr zögernd war, wenn ein Bürgerlicher den Vorsitz führte. Selbst so bewährte Beamte wie Johann Friedrich Wilhelm Zinck und Johann Ludwig Heim bekamen niemals den Präsidententitel verliehen, obwohl sie jahrzehntelang das Konsistorium leiteten und sich dort wesentliche Verdienste erwarben. Bemerkenswert ist ferner, dass abgesehen vom letzten Jahrzehnt des altmeiningischen Staates der Vizepräsidententitel nur dann verliehen wurde, wenn ein Präsident nicht vorhanden war. Nur das Konsistorium hat aus besonderen Gründen 1715 bis 1718 gleichzeitig Präsident und Vizepräsident besessen. Im Übrigen wurde diese Doppelverleihung in Konsistorium und Kammer erst 1822 vorgenommen.

⁷⁵⁴ KO 1687 cap II Kons. O. 1689 cap IV GRO 1668 tit V.

⁷⁵⁵ KO 1687 cap X Kons.O. 1689 cap IV.

⁷⁵⁶ KO 1687 cap VI Kons.O. 1689 cap V.

⁷⁵⁷ In Gotha ist 1680 für den Vorsitzenden der Kammer und 1694 für den Vorsitzenden des Geheimen Ratskollegiums der Direktortitel eingeführt worden. Facius 39-40.

⁷⁵⁸ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1484: 4. Mai 1803.

⁷⁵⁹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1485: 23. Februar 1819.

Eine Sonderbetrachtung macht der Titel des Vorsitzenden des bedeutendsten Landeskollegiums, der Regierung, notwendig. Wie bei den übrigen Landeskollegien lautet der Titel zunächst Direktor, dann Präsident und zwar so lange, wie der Vorsitz aller Landeskollegien in einer Hand lag. Nach Wolzogens Tod 1734 wurde zunächst bis zum Regierungsantritt Anton Ulrichs überhaupt kein prädikatisierter Vorsitzender der Regierung bestellt. Heinrich Karl von Pfau erhielt dann die Bezeichnung Regierungspräsident. Neben ihm tritt 1764 erstmals in der Meininger Verwaltungsgeschichte der sonst so gebräuchliche Kanzlertitel auf. Der Kanzler war zunächst zweiter Beamter in der Regierung, aber, da Pfau fast immer abwesend war, ihr eigentlicher Leiter. Nach seinem Tode 1787 trat der Kanzler auch formell an die Spitze der Regierung. Der Kanzlertitel wurde 1770 bis 1821 ohne Unterbrechung verliehen. 1802 bis 1809 und 1817 bis 1821 führte der zweite Rat in der Regierung die Bezeichnung Vizekanzler. Der Präsidententitel tritt erst 1825 wieder auf⁷⁶⁰. Der Kanzlertitel verliert sich aber in den folgenden Jahren. Bei der Verwaltungsreform von 1829 wird er nicht mehr erwähnt.

Konrad Johann Meß führte seit 1696 den Titel "Geheimer Ratsdirektor", den auch sein Nachfolger von Wolzogen erhielt. Nach dessen Tod 1734 wurde eine Titelverleihung an den Vorsitzenden nicht mehr vorgenommen, später einfach deshalb nicht, weil der Landesfürst den Vorsitz selber führte. Erst 1829 begegnet uns ein Geheimer Ratspräsident. Allerdings hat der Geheime Rat mittlerweile andere Funktionen erhalten. In den übrigen, später errichteten Immediatkommissionen und Behörden, die den Landeskollegien gleichgestellt waren, war der Vorsitzende nicht mit einem besonderen Titel ausgezeichnet. Nur in der Kriegskommission gab es seit 1784 einen Präsidenten. Der Vorsitzende des Oberforstamtes führte keine besondere Bezeichnung. Er wurde in den Hartmannschen Haushalts- und Adressbüchern lediglich als "Chef" aufgeführt. Die Nachfolgerbehörde, die 1823 errichtete Kammerforstsektion, hatte einen Direktor als Leiter. Dieser Mangel an Prädikaten ist übrigens auch bei den landschaftlichen Ausschüssen festzustellen. Die meiningische Landschaft hat es niemals zu einem "Landschaftsdirektor" gebracht. Erst die Verfassung von 1824 hat den Landtagsvorsitzenden mit dem Titel Landmarschall ausgezeichnet.

Der Ministertitel tritt in der Verwaltungssprache des altmeiningischen Fürstentums sporadisch erstmals 1706 in der Bestallung des Geheimen Ratsdirektors von Wolzogen auf, der dort als Premier-Minister bezeichnet wird⁷⁶¹. Dann hat erst der Wirkliche Geheime Rat Christian Heinrich Fischer von Fischberg 1768 den Titel Erstminister getragen⁷⁶². Dürkheim wird zwar in der zeitgenössischen Literatur mehrfach als der "erste Minister" Georgs I. bezeichnet, doch nur sehr selten in den Akten selbst⁷⁶³. Christian Ferdinand von Könitz hat endlich 1826 nach Erwerb der Saalfelder und Hildburghäuser Lande den Titel

⁷⁶⁰ Der Titel Georg Wilhelm von Donops ist nicht konsequent angewandt worden. Nach der amtlichen Bekanntmachung im MWN 49/1821 "Geheimer Rat und Kanzler", nach einem Reskript der Herzogin vom Bestallungstag (20. November 1821) in ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1135 "Wirklicher Geheimer Rat und Kanzler", nach Adressbuch 1826 S. 26: "Präsident, auch wirkl. Geheimer Rat", nach Personalakte ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1134 "Geheimer Rat und Regierungspräsident" (1826), nach Personalakte Staatsmin., Abt. Finanzen 1135 aber noch 1826 und selbst nach seiner Entbindung vom Regierungspräsidium 1827 und vom Oberkommissariat über die Stadt Meiningen 1829 noch am 18. Jan. 1830 "Geheimer Rat und Kanzler".

⁷⁶¹ ThStAMgn GAM XXVII 5 Bestallung vom 28. August 1706.

⁷⁶² MWN 27/1768.

⁷⁶³ So in MTB 1805 S. 61, in Akten: ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11772, Protokoll der Landschaftsdeputierten vom 17. Februar 1787.

"Staatsminister" erhalten⁷⁶⁴. Nach seinem Tode 1832 begegnen wir diesem Titel erst wieder seit 1848 fortlaufend für den Leiter des Staatsministeriums.

Eine besondere Entwicklung machte schließlich noch die Auszeichnung hoher Beamter mit dem Ehrenprädikat "Excellenz" durch. Im Barockzeitalter, das mit äußeren Ehrenbezeugungen nicht sparte, sind selbst einfache Kollegialmitglieder wie 1686 der Hofrat Konrad Johann Meß, ja sogar der Meininger Oberamtmann Just Heinrich Brochhausen in den Akten als Excellenzen bezeichnet worden⁷⁶⁵. Eine ausdrückliche Titelverleihung lag hier wohl kaum vor. Im Abschied des engeren Landschaftskonvents vom 25. Juli 1725 wurden alle anwesenden Geheimen Räte als "Excellenz" prädikatisiert⁷⁶⁶. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts tritt gelegentlich für einfache Kollegienräte diese hohe Auszeichnung in den Akten auf, so 1789 für den Geheimen Regierungsrat Johann Karl August von Uttenhoven und den Kammerrat Anton von Uttenhoven⁷⁶⁷. In der Regel tragen aber jetzt nur noch die Wirklichen Geheimen Räte diesen Titel. Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts wird das Prädikat seltener und nur nach ausdrücklicher Verleihung getragen⁷⁶⁸. Zu Anfang der Regierung Luise Eleonores haben sogar Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums nicht diesen hohen Titel. Erst um 1815 wurde er an alle Mitglieder des obersten Beratungskreises des Landesregenten verliehen. Auch der Kanzler von Donop, der 1821 Mitglied des Geheimen Ratskollegiums wurde, erhielt das Prädikat erst 1823 durch ausdrückliche Verleihung⁷⁶⁹.

Die ordentlichen Mitglieder der Kollegien waren die Räte, die nach den Kollegien, in denen sie beschäftigt waren, bezeichnet wurden. Der Titel Kammerrat ist bereits 1680 bei Gründung der Meininger Zentralverwaltung eingeführt worden. Dagegen führten die Mitglieder der Regierung erst seit 1722 den Titel Regierungsrat. Unter Bernhard I. war für sie noch der aus dem Staate Ernst des Frommen übernommene Titel "Hof- und Justizrat" gebräuchlich. Die Bezeichnung Hofrat für ein Regierungsmitglied begegnet uns allerdings vereinzelt noch bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts⁷⁷⁰. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts treten auch gelegentlich die Bezeichnung "Wirklicher Regierungsrat" und ähnliche Wendungen auf⁷⁷¹. Im Konsistorium tritt der Ratstitel bereits 1680 auf, vielfach sprach man jedoch bis ins 18. Jahrhundert nur von Präsident und Assessoren im Konsistorium.

Die Mitglieder der Immediatkommissionen hatten keinen besonderen Titel. Nur die Kriegskommission bildete hier in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Ausnahme, weil dort einige ihrer Mitglieder die Bezeichnung Kriegsrat führten. Im Übrigen wurden sie aber nach ihren meist militärischen Rängen bezeichnet. Für das Geheime Ratskollegium sollte an sich der Titel Geheimer Rat kennzeichnend sein. Wir werden aber noch später im Einzelnen sehen, dass so viele Ausnahmen zu beobachten sind, dass man hier kaum von einer Regel sprechen kann. Lediglich für die Zeit seit dem Regierungsantritt Georgs I. kann man

⁷⁶⁴ MRIB 45/1826.

⁷⁶⁵ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Inneren 13445 Bl. 24

⁷⁶⁶ ThStAMgn ZM Nr. 111.

⁷⁶⁷ ThStAMgn Älteres Finanzarchiv Konzessionen 1792, Sitzungsprotokoll der Oberländischen Handlungskommission vom 2. Juni 1789.

⁷⁶⁸ Erste ausdrückliche Verleihung schon 1770 an den Kammerpräsidenten Otto Philipp von Türcke, ThStAMgn GAM XXVII 5.

⁷⁶⁹ ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1135.

⁷⁷⁰ Die Regierungsmitglieder Johann Jacob Grimm 1722 bis 1749 und Heinrich von Hahn 1740 bis 1746 führen den Titel Hof- und Regierungsräte. Schon 1716 führte Dr. Johann Georg Döhler dieselbe Bezeichnung. ThStAMgn GAM XXIX 1.

⁷⁷¹ ThStAMgn ZM 113 Bl. 76 für Ernst Ludwig Schröter 1723.

behaupten, dass das Prädikat Wirklicher Geheimer Rat für die Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums charakteristisch ist. Freilich gab es auch hier Ausnahmen. Im Übrigen wurde gerade der Titel Geheimer Rat schon frühzeitig als einfaches Ehrenprädikat verliehen, ohne dass damit die Pflicht zu einer Dienstverrichtung verbunden war. Im Geheimen Ratskollegium saßen andererseits vielfach Männer, die diesen Titel nicht führten.

Kennzeichnend für die ordentliche Mitgliedschaft in den Kollegien, besonders aber im Geheimen Ratskollegium, war an sich gar nicht eine Amtsbezeichnung, sondern die Verleihung von "Sitz und Stimme". Der Titel war vielmehr nur eine Folgeerscheinung dieser Verleihung. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts war der Oberstallmeister von Erffa vollberechtigtes Kammermitglied, ohne jemals die Bezeichnung Kammerrat geführt zu haben. Andererseits ist zu beobachten, dass seit dem späteren 18. Jahrhundert in einzelnen Fällen Prädikate wie Kammerrat, Regierungsrat und Konsistorialrat als bloße Ehrenbezeichnungen verliehen worden sind, wie dies mit den Titeln Hofrat, Kommissionsrat, Legationsrat und Kommerzienrat damals und später in noch größerem Ausmaße geschehen ist⁷⁷². Auch die Verleihung des einfachen Prädikats Rat für nichtakademische Beamte, wie sie im 19. Jahrhundert häufig anzutreffen ist, geht in Meiningen in ihren Anfängen bis zum Ende des 17. Jahrhunderts zurück. Die Mitglieder des 1801 errichteten Oberforstamtes führten keinen besonderen Amtstitel, einige trugen die Bezeichnung Forstrat.

Wenn wir festgestellt haben, dass nicht die Verleihung des Titels, sondern von Sitz und Stimme im Kollegium die ordentliche Mitgliedschaft begründet, so muss doch abschließend auch auf die im absolutistischen Staat, besonders in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auftretenden "Geheimen" Kollegienräte hingewiesen werden. Die Verleihung der Titel Geheimer Regierungsrat oder Geheimer Kammerrat war ebenfalls eine reine Ehrenerweisung für ältere Kollegialmitglieder, die allerdings vielfach mit einer Gehaltsaufbesserung verbunden war, ohne jedoch die Stellung ihrer Träger im Kolleg zu verändern. Seltsamer Weise trat diese Bezeichnung erstmals in der Kriegskommission auf, wo 1735 dem Kriegsrat von Ilten die Bezeichnung Geheimer Kriegsrat verliehen wurde⁷⁷³. In Regierung und Kammer begegnet uns eine solche Verleihung erstmals 1767, während sie im Konsistorium überhaupt nicht verliehen worden ist⁷⁷⁴. Titel wie Geheimer Legationsrat waren reine Ehrenbezeichnungen für Beamte und Personen, die zumeist nicht im Staatsdienst standen. Auch die Bezeichnungen Geheimer Regierungsrat und Geheimer Kammerrat wurden später in Einzelfällen an Personen vergeben, die nicht Kollegialmitglieder waren, ja nicht einmal im Beamtenverhältnis standen⁷⁷⁵.

⁷⁷² Der Kammerratstitel wurde als reines Ehrenprädikat erstmals 1785 an den Jenaer Medizinprofessor Christian August Friedrich von Hellfeld verliehen. Die Verleihung von Hofratstiteln erfolgte in Sachsen-Meiningen schon im 18. Jahrhundert als reine Ehrenbezeichnung, so 1778 an Johann Jacob Christof Bode in Hamburg, 1790 an den Dichter Friedrich Schiller, 1795 an Karl Gustav von Ormann in Livland und an Dr. med. Wilhelm Kampf aus Stuttgart, sowie 1798 an Dr. med. Johann Friedrich Weißenborn in Erfurt. Der Kommissionsratstitel wurde 1794 an Heinrich Wende in Lüdgenhof und 1804 an Johann Melchior Alt in Coburg, der Legationsratstitel 1796 an Dr. jur. Karl Burkhardt in Leipzig und 1801 an Dr. jur. Adam Friedrich Moller in Nürnberg verliehen. Eine Auszeichnung als Kommerzienrat wurde erstmals 1798 an Wilhelm Christian Andreas Müller in Riga, später, 1802 an Daniel Christian Wilhelm Holdefreund in Meiningen und 1803 an Johann Philipp Dressel in Sonneberg verliehen. Hartmanns Haushalts- und Adressbuch 1804 S. 15-16, 1819 S. 15-16.

⁷⁷³ ThStAMgn Ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1735/36.

⁷⁷⁴ 1767 wurden der Regierungsrat von Donop zum Geheimen Regierungsrat und der Kammerrat von Eyben zum Geheimen Kammerrat ernannt.

⁷⁷⁵ Die Verleihung des Titels Geheimer Legationsrat erfolgte schon Anfang des 17. Jahrhunderts, so 1707 an Eusebius Andreas Hattenbach, später noch 1779 an Dr. Friedrich Rudolf Salzmann in Straßburg und andere,

Die dritte Gruppe der Kollegialmitglieder bildeten neben den Vorsitzenden und den Räten schließlich die Assessoren. In der Regierung trat erstmals 1710, in der Kammer erstmals 1721 ein Assessor auf. Freilich handelt es sich hierbei nur um Einzelfälle⁷⁷⁶. Seit der Regentschaft Charlotte Amalies verfügten Regierung und Kammer in der Regel über einen, seltener über mehrere Assessoren. Die Assessorenstellung war eine Übergangsform, die an junge Adlige oder Juristen vergeben wurde, die dann innerhalb weniger Jahre zu ordentlichen Kollegienräten ernannt wurden. Aber auch ältere Kanzleipersonen, die nach oft jahrzehntelanger Sekretariatstätigkeit ins Kolleg aufgenommen wurden, haben diesen Titel erhalten.

Der Assessorentitel allein sagt noch nichts über die Stellung seiner Träger im Kolleg aus. In den Bestallungsdekreten wird deshalb stets angegeben, ob gleichzeitig mit der Titelvergebung Sitz und Stimme im Kolleg verliehen oder ob die Ernennung "zur Zeit jedoch absque voto" erfolgt⁷⁷⁷. Da wir bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die Personal- und Bestallungsakten nur unvollkommen überliefert haben und quellenmäßig einzig und allein auf die Kammerrechnungen angewiesen sind, kann in zahlreichen Fällen nicht mehr festgestellt werden, ob der zum Assessor ernannte Beamte Sitz und Stimme im Kolleg innegehabt hat. Der Assessorentitel tritt übrigens nicht nur bei den Landeskollegien sondern auch in Einzelfällen in Immediatkommissionen auf. In der Kriegskommission und Oberökonomiekommission finden wir zwei Beispiele. Auch Hofmarschallamtsassessoren hat es in der Meininger Verwaltung 1793 bis 1827 gegeben⁷⁷⁸. Auf die Besonderheit des Assessorentitels im Konsistorium ist schon oben hingewiesen worden.

Nach Darstellung der einzelnen Schichten der Kollegialmitglieder ist nunmehr ein Einblick in den Gang der Arbeit erforderlich. Da die Tätigkeit kollegial durchgeführt wurde, umfasste die Sitzungstätigkeit den wesentlichsten Teil der Arbeit überhaupt. Bei der Schilderung des Schriftverkehrs werden wir noch im einzelnen sehen, dass die zu bearbeitenden Fälle wohl einem Referenten zur Berichterstattung übergeben wurden, dass aber in jedem einzelnen Fall der Beschluss des Kollegiums entscheidend war und dass sich die Tätigkeit der Räte im wesentlichen in der Beratung, Stimmabgabe und Beschlussfassung erschöpfte, während die sich anschließenden Arbeiten Aufgabe der Sekretäre und des übrigen Kanzleipersonals waren. Da in allen Landeskollegien die anfallenden Arbeiten kollegial behandelt wurden, mussten wöchentlich mehrere Sitzungen stattfinden. Die dahingehenden Bestimmungen der Behördenordnungen decken sich im Allgemeinen mit den aus dem überkommenen Aktenmaterial geschöpften Beobachtungen. Die Behördenordnungen bestimmen, dass alles "collegialiter votiert werden soll"⁷⁷⁹. Über die Art und den Zeitpunkt der Sitzungen sagen die Ordnungen übereinstimmend aus, dass sie in einer besonderen für das Kolleg vorgesehenen Ratsstube im Residenzschloss stattzufinden haben⁷⁸⁰. Die Ratsstuben waren im alten Würzburger Bau der Elisabethenburg in Meiningen untergebracht. Der den Hof abschließende Rundbau, der später Sitz der Meininger Ministerialbehörden gewesen war,

Geheimer Regierungsrat wurde 1793 Christian Ernst Schneider in Schweinfurt, Geheimer Kammerrat 1802 Johann Christoph Krause zu Langensee.

⁷⁷⁶ Die ersten Assessoren waren Karl Christian v. Dieskau in d. Regierung und Bernhard Wilhelm Mattenbach in der Kammer. ThStAMgn Ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1710/11, 1721/22.

⁷⁷⁷ So bei Georg v. Uttenhoven 1798, ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1584, dagegen bei Otto Siegmund v. Wolf 1769, "cum voto et sessione" GAM XXVII 5, ebenso bei Johann Karl August v. Uttenhoven 1770 Staatsmin., Abt. Finanzen 1582.

⁷⁷⁸ So 1793 bis 1815 Geheimer Sekretär Jacobi und 1816 bis 1827 Regierungsrat Döbner.

⁷⁷⁹ KO 1687 cap I und GRO 1668 tit VI.

⁷⁸⁰ KO 1687 cap III, KonsO 1689 cap II.

wurde erst 1832 hierfür eingerichtet. Aus der Kanzlei- und Kammerordnung ist zu entnehmen, dass täglich vormittags von 7 bis 11 Uhr und nachmittags im Sommer von 2 bis 7 Uhr, im Winter von 1 bis 4 Uhr gearbeitet wurde⁷⁸¹. Mittwoch- und Sonnabendnachmittags fielen die Dienststunden aus. Freilich unterlag es keinem Zweifel, dass die Kollegialräte sich sehr oft nicht an die Dienstzeiten gehalten haben. Vielmals haben sie auch in ihren Wohnungen gearbeitet. Noch nach dem Tode eines Kollegialrates setzte oft genug ein emsiges Suchen nach in dessen Wohnung zurückgebliebenen Behördenakten ein. Von der eigentlichen Dienstzeit, die in erster Linie für die Schreibstuben verbindlich war, ist die Sitzungszeit der Kollegien zu unterscheiden. Auch sie fanden im 18. Jahrhundert offensichtlich in unregelmäßigen Zeitabständen statt. Am 5. Januar 1802 musste Georg I. auf lebhaftes Klagen des Schreibpersonals ein Reskript erlassen, wonach den Kollegialpräsidenten unter hohen Geldstrafen anbefohlen wurde, die Sitzungen vormittags zwischen 8 und 12 Uhr, im Winter zwischen 9 und 12 Uhr abzuhalten⁷⁸². Später sind nur der Montag, Mittwoch und Freitag als "Sessionstage" für Regierung und Kammer angegeben, doch handelt es sich hierbei offenbar um Sitzungstermine, bei denen in Anwesenheit der Parteien verhandelt wurde⁷⁸³. Das Geheime Ratskollegium hatte nach der Geheimen Ratsordnung von 1668 wöchentlich einmal eine Sitzung und zwar am Montag. Das Konsistorium sollte am Dienstag tagen⁷⁸⁴. Eine Prüfung zeigt aber, dass schon unter Ernst Ludwig I. ganz anders verfahren worden ist. Die Sitzungen des Geheimen Ratskollegiums haben in unregelmäßigen Zeitabständen monatlich etwa zehnmal stattgefunden. Die Sitzungen der Kommissionen sind in größeren Zeitabständen durchgeführt worden.

Den Vorsitz in den Sitzungen führte der vom Landesherrn dazu bestimmte Vorsitzende, beim Geheimen Ratskolleg nahezu regelmäßig der Landesherr selbst⁷⁸⁵. Dass der Landesherr auch in den übrigen Landeskollegien den Vorsitz führen konnte, ist selbstverständlich. Die Tagebücher Bernhards I. und Ernst Ludwigs I. zeigen, dass hiervon oft Gebrauch gemacht worden ist. Später war die Anwesenheit des Landesfürsten in einem Landekolleg jedoch eine Seltenheit⁷⁸⁶.

Der Vorsitzende hatte die Verhandlung zu leiten, die Ordnung zu überwachen, die Umfrage zu halten. Im Übrigen hatte er, genau so wie die anderen Kollegialmitglieder nur eine Stimme. Die Verhandlung ging in der Weise vor sich, dass der bestimmte Referent die Angelegenheit vortrug und dann als erster sein "Votum" abgab⁷⁸⁷. Dann folgten die übrigen Räte mit ihren Vorschlägen und Voten, zuletzt der Vorsitzende. Ausdrücklich wurde in den Behördenordnungen festgestellt, dass Stimmenmehrheit zu entscheiden hat⁷⁸⁸. So vollzog sich der Geschäftsgang in Berichten, Beratschlagen, Abstimmen und Beschließen.

Bei den Verhandlungen musste Disziplin geübt werden. Niemand sollte, "ehe die Stimme an ihn kommt, dem andern in die Rede fallen, sondern warten". Das Votum sollte "ohne Weitläufigkeit und verdrießliche gehässige Rede abgegeben werden, und kein Kollege den

⁷⁸¹ KO 1687 III KammO 1668 cap III und IV.

⁷⁸² ThStAMgn ZM 260 Bl. 426.

⁷⁸³ Adressbuch 1823 S. 30 und 33.

⁷⁸⁴ KonsO 1689 cap II.

⁷⁸⁵ Im Übrigen war der Leiter nach GRO 1668 tit IV "Der Canzlar Vizecanzlar oder wer sonst die Regierung dirigiret".

⁷⁸⁶ Die Tagebücher Luise Eleonores führen nur einen Fall auf, in dem diese am 16. Februar 1807 einer Kammersitzung beigewohnt hat. ThStAMgn GAM XV FF 20.

⁷⁸⁷ KO 1687 cap II.

⁷⁸⁸ KonsO 1689 cap IV.

anderen wegen seines Votums verlachen oder hohnhalten"⁷⁸⁹. Gelegentlich war auch bestimmt, dass bei Fragen, über die eine Einigung im Kolleg nicht erzielt werden konnte, der Landesherr zu hören war⁷⁹⁰.

Über die Reihenfolge der Verhandlungsthemen werden einige Bestimmungen in den Behördenordnungen aufgeführt. In der Regierung sollten am Montag die Reichs- und Kreissachen erledigt werden. In der Kammer zuerst die Angelegenheiten der Regalien, des Hofes und der Kammergüter⁷⁹¹. Inwieweit diese Vorschriften später eingehalten wurden, bleibt dahingestellt. Wichtiger erscheint die Frage, ob innerhalb der Kollegien schon eine ressortmäßige Aufteilung der Arbeit, sei es nach dem Sachlichkeits- oder Territorialprinzip, vorhanden gewesen ist. Hinweise in Bestallungsdekreten sind außerordentlich dürftig, andere archivalische Unterlagen kaum vorhanden. Im Wesen der alten Kollegialverfassung lag, dass eine Ressortenteilung nicht durchgeführt wurde. Am Ende des 18. Jahrhunderts deuten sich aber schon Änderungen dieser Auffassung an. In der Kammer wurde 1777 ein Kammerrat angestellt, der ausschließlich Forstsachen bearbeitete, nachdem kurz vorher einem anderen Kammerrat die Bauangelegenheiten anvertraut waren⁷⁹². In der Regierung wurde 1803 für Medizinalfragen ein Ärztekolleg, 1817 ein besonderer ärztlicher Referent angestellt⁷⁹³. Bei der Einteilung des gesamten Landes in fünf Departements, wie sie unter Georg I. durchgeführt wurde, war festgestellt, dass mit dem Ziele einer engeren Verbindung zwischen Zentral- und Lokalverwaltung jedes Departement von einem Regierungs- und einem Kammermitglied zu betreuen war⁷⁹⁴. Diese Einteilung hatte ohne Zweifel auch eine territoriale Aufteilung der vor den Kollegien verhandelten Angelegenheiten zur Folge. Auch später nach der Verwaltungsreform von 1829, in einer Zeit also, in der die aktenmäßigen Unterlagen einen besseren Einblick in die innere Organisation gestatten, war von einer reinen Ressortsecheidung in den Kollegien übrigens noch nicht die Rede⁷⁹⁵.

Die Mitarbeit der Räte an der schriftlichen Ausarbeitung der Beschlüsse war, wie wir später noch im Einzelnen sehen werden, jedoch noch nicht völlig beseitigt. Die Behördenordnungen besagten übereinstimmend, dass die Räte bei schwierigen Sachen, oder wenn die Sekretäre bei der Arbeit nicht nachkamen, mithelfen sollten, die Konzepte aufzusetzen⁷⁹⁶. Die Behördenordnungen bestimmten weiter, dass die Konzepte vor der Mundierung im Rate nochmals verlesen werden sollten⁷⁹⁷. Später kam man hiervon ab, es wurde eine schriftliche Revision der Konzepte durchgeführt.

Da eine ganze Reihe Verwaltungsaufgaben von mehreren Landeskollegien gemeinschaftlich erledigt werden musste, sah die Kammer- und die Kanzleiordnung vor, dass bestimmte Angelegenheiten von beiden Behörden zu erledigen seien. Insbesondere war bei wichtigen, besonders bei Rechtsfragen der Kammer die Regierung zu hören. Im Streitfall hatte ihre Entscheidung den Vorrang⁷⁹⁸. In Landschaftsangelegenheiten sah die Kanzleiordnung von

⁷⁸⁹ KammO 1668 cap I KO 1687 cap II.

⁷⁹⁰ KO 1687 cap IX.

⁷⁹¹ KO 1689 cap II § XIX, KammO 1668 cap VIII.

⁷⁹² ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1075.

⁷⁹³ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 17249.

⁷⁹⁴ MTB 1805 S. 161-162.

⁷⁹⁵ Über Ressortaufteilung nach 1829 ThStAMgn GAM XXIV 2 und 23 (1829 und 1831).

⁷⁹⁶ KO 1687 cap VI, KonsO 1689 cap V. Hier war bestimmt, dass die im Konsistorium tätigen Superintendenten "was von Canzel abzulesen oder sonst mere theologica seind" konzipieren sollen. KammO 1668 cap VI § 4, GRO 1668 tit IV.

⁷⁹⁷ GRO 1668 tit V § 10, KammO 1668 tit VI.

⁷⁹⁸ KammO 1668 cap V, KO 1687 cap II § XXIV.

1687 ähnliche Bestimmungen vor. Neben diesen Arbeiten hatten die Räte selbstverständlich noch andere Aufgaben zu erledigen, Visitationen durchzuführen, Auslandsreisen zu machen, Konferenzen und Verhandlungen zu besuchen und zu führen⁷⁹⁹.

Mittelbehörden hat es im altmeiningischen Staat nicht gegeben. Die unter Georg I. errichteten Departements waren keine Behörden im eigentlichen Sinne des Wortes. Auch die Superintendentur und Oberforste können nicht als Mittelbehörden angesprochen werden. Die Pfarreien waren keine wirklichen Behörden, ebenso wenig wie die Forsteien, weil bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in der Forstverwaltung das Forstmeisterprinzip herrschte. So stehen sich tatsächlich in Meiningen nur Ober- und Unterbehörden gegenüber. Die Grundlage der Unterbehörden bildete das Amt. Ursprünglich Finanz- und niedere Gerichtsbehörde, hatte es im Laufe des 17. Jahrhunderts sowohl im Unter- als auch im Oberland die alten Hochgerichtsbezirke der Zent völlig aufgesogen, so dass schon bei der Errichtung des Herzogtums 1680 das Amt Justiz-, Polizei- und Finanzbehörde war.

Die Ämter wurden wie allenthalben in den Nachbarstaaten nicht von Kollegialbehörden, sondern von einer einzigen Person, dem "Beamten" verwaltet. Der Kollegialverfassung der Oberbehörden stand somit die monokratische Verwaltungsorganisation der Unterbehörden gegenüber, die einen anderen, weit weniger verwickelten Geschäftsablauf zur Folge hatte. Zuständigkeitsmäßig veränderten sich die Aufgaben der Ämter im altmeiningischen Staat nicht unbeträchtlich. Das Finanzwesen wurde im Laufe des 18. Jahrhunderts langsam von den Ämtern gelöst und eigenen Verwaltungen übertragen. Es blieben die Justiz und das Polizeiwesen im älteren Sinne des Wortes einschließlich der Kommunalaufsicht. Erst 1825 trat im Oberland und 1827 im Unterland eine weitere Verringerung der Aufgaben der Ämter ein, als das Gerichtswesen besonderen Behörden übertragen wurde.

An der Spitze der Ämter standen Beamte, die in der Regel die Bezeichnung Amtmann führten. Bei der Trennung von Justiz und Verwaltung in den Unterbehörden 1825 und 1827 erhielt der Justizbeamte den Titel Justizamtmann, der Verwaltungsbeamte die Bezeichnung Kreisrat. Nur in den Ämtern Maßfeld und Meiningen blieb der alte Amtmannstitel bis 1829 bestehen. Allerdings haben die Leiter der Ämter zeitweise auch andere Titel geführt. So hatte der 1778 bis 1792 das Amt Maßfeld verwaltende Regierungsrat Johann Karl August von Uttenhoven die Bezeichnung Amtshauptmann. Der Oberamtmanntitel wird für Leiter der Unterbehörde in verschiedener Bedeutung gebraucht, einmal war er ein reines Ehrenprädikat ohne Verpflichtung zur Amtsausübung, dann ein Titel für adlige Amtleute oder für Beamte, die gleichzeitig mehreren Ämtern vorstanden, sei es, dass ihnen andere Amtleute untergeben waren oder dass sie mehrere Amtsverwaltungen unmittelbar führten⁸⁰⁰.

Dem Leiter des Amtes stand in der Regel außer dem Subalternbeamten nur ein Gehilfe zur Seite, der den Titel Amtsschreiber, Amtsaktuar oder Amtssekretär führte. Soweit er Schreibarbeiten erledigte, wird seine Tätigkeit und Stellung später noch eingehend darzustellen sein. Er hat aber auch gleichzeitig Verwaltungsfunktionen ausgeübt und war

⁷⁹⁹ GRO 1668 tit IV § 9 bestimmt ausdrücklich, dass die Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums sich zu "wichtigen Verschickungen an vornehme Höfe und Orte sich gebrauchen lassen" müssen.

⁸⁰⁰ Beispiele für die Verleihung des Oberamtmanntitels als reines Ehrenprädikat waren die Ernennungen von Johann Ludwig von Miltitz zum Oberamtmanntitel zu Wasungen 1707, die Ernennung von Johann Reinhard von Wechmar und Georg Albrecht von Wechmar zu Oberamtleuten zu Salzungen 1717 und 1749. Paul Kühnhold führte als Verwalter der Ämter Maßfeld und Meiningen 1680 - 1685 und Franz Josias von Hendrich 1788 - 1791 als Verwalter der Ämter Wasungen und Sand den Oberamtmanntitel. Karl Wilhelm Wolfgang von Donop war 1770 - 1813 "Oberamtmanntitel von Sonneberg", ihm unterstanden die drei Amtleute von Sonneberg, Neuhaus und Schalkau.

vielfach Nachfolger des alten Zentrichters, dessen Tätigkeit mit der des Amtes verbunden war⁸⁰¹. Allerdings hatte auch hier der Amtmann die tatsächliche Leitung des Gerichts.

Nur in den größeren Ämtern hat es einen "zweiten Beamten" gegeben, dessen Stellung der des Amtmanns nahekam. Er führte den Titel Amtsadjunkt, meistens wenn er einen alten Amtmann unterstützte, später seit dem beginnenden 19. Jahrhundert aber die Bezeichnung Amtskommissar, wenn es sich um größere Ämter handelte, die nicht von einem einzigen Beamten geleitet werden konnten⁸⁰². Das war besonders in Sonneberg der Fall, wo seit 1812 neben dem Amtmann ein solcher Amtskommissar angestellt war. Hier wurde tatsächlich eine regelrechte Teilung der Aufgaben durchgeführt, indem die Amtsverwaltung in zwei Departements aufgeteilt war, von denen das erste hauptsächlich die Justizsachen, das zweite die Polizeisachen zu erledigen hatte⁸⁰³.

Den meisten Ämtern standen schon im 18. Jahrhundert als Organe der Gesundheitspolizei ein Physikus und für die niedere Medizin ein Amtschirurg zur Verfügung. In den großen Ämtern Maßfeld-Meiningen, Sonneberg-Neuhaus und zeitweise auch in Wasungen-Sand waren jedoch oftmals gleichzeitig zwei Physici angestellt. Diese bildeten aber keine eigentliche Behörde, sondern waren lediglich Fachberater der Ämter, mit denen sie schon deshalb engstens verbunden sein mussten, weil der Physikus keine unmittelbare Polizeigewalt hatte und der Amtmann seinen Ratschlägen und Gutachten mit den ihm zur Verfügung stehenden Zwangsmitteln Nachdruck verleihen musste.

Die lokalen Finanzbehörden, die sich im Laufe des 18. Jahrhunderts von den Ämtern lösten, waren ebenfalls nach dem monokratischen Organisationssystem aufgebaut. Auch sie standen noch weit bis ins 19. Jahrhundert bei der Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen in starker Abhängigkeit vom Amt. In Maßfeld und Meiningen hatte schon 1680 eine besondere Finanzverwaltung bestanden, deren Ursprünge im 16. Jahrhundert lagen. In Wasungen und Sand erscheint 1683 ein besonderer Amtsvogt, während sich in Salzungen, Altenstein, Frauenbreitungen und Schalkau die lokale Finanzverwaltung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts verselbständigte. In Sonneberg wurde 1742 sogleich neben dem Amt eine lokale Finanzverwaltung eingerichtet. Dagegen erhielt Neuhaus erst 1801 einen besonderen Amtskastner. Der örtliche Finanzbeamte führte den Titel Amtsvogt, später Amtskastner⁸⁰⁴. Nur in Maßfeld blieb der Amtsvogttitel bis 1829 bestehen. Eine Sonderstellung nahm Meiningen ein, wo der lokale Finanzbeamte noch bis zur großen Verwaltungsreform von 1829 die alte, noch aus Würzburgischer Zeit stammende Bezeichnung Amtskellner führte.

Dem lokalen Rechnungsbeamten stand ein weiterer Bürogehilfe nicht zur Seite. Er hatte seine Aufgaben nur mit Hilfe von Untereinnehmern durchzuführen, die allerdings nicht nebenberuflich beschäftigt waren. In einigen größeren Ämtern war nur der Einzug der Renteneinnahmen seine Aufgabe, während Kammer- und Tranksteuern von besonderen

⁸⁰¹ So in Wasungen und Römhild, vgl. Hartmanns Haushalts- und Adressbuch 1804 S. 25 und 41.

⁸⁰² In Wasungen und Salzungen gab es bis in die ersten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts neben dem Amtmann noch einen besonderen Amtsrichter. Amtsadjunkte waren angestellt in Maßfeld 1680 - 1694 und 1723 - 1726, in Wasungen 1732 - 1733, in Altenstein 1737 - 1748, 1770 - 1778. Amtskommissare außer in Sonneberg in Frauenbreitungen 1776 - 1779 und Wasungen 1804 - 1816.

⁸⁰³ So sprachen schon 1818 Bekanntmachungen gelegentlich vom "Justizamt Sonneberg" vgl. MWN 5/1818.

⁸⁰⁴ Der Titel Amtskastner tritt erstmals auf in Wasungen-Sand 1720, dann in Altenstein 1724, in Sonneberg 1747, in Frauenbreitungen 1748, in Salzungen und Schalkau 1819, in Neuhaus 1801. In Sonneberg begegnen wir am Ende des 18. Jahrhunderts für die Amtskastnerei gelegentlich der Bezeichnung "Castenamnt" ThStAMgn Ältere Rechnungen Neuhäuser Landschaftsrechnungen 1774/75 und 1798/99.

Beamten verwaltet wurden. In jedem Fall oblagen dem Rechnungsbeamten jedoch die Führung der Amtsrechnungen, die Erledigung des Schriftverkehrs und die Abrechnung mit der Renterei sowie die damit verbundenen Kassegeschäfte.

Die lokale Forstverwaltung war ebenfalls nach dem Einmannsystem aufgebaut, wenigstens soweit ihre technische Seite in Frage kam. Die organisatorische Grundlage bildete hier die Forstei. Ihre Inhaber hießen noch im 17. Jahrhundert fast überall Forstknechte. Allerdings wich der für dieses oft angesehene Amt wenig ansprechende Titel bald nach der Gründung des Herzogtums der Bezeichnung Förster. Älteren Förstern wurden Titel wie Oberförster und Wildmeister verliehen, besonders wenn sie Inhaber größerer Forstbezirke waren. Die Ehrenbezeichnung "Reitender Förster", die noch die hennebergische Forstverwaltung des 17. Jahrhunderts gekannt hatte, begegnet uns im 18. Jahrhundert nicht mehr. Sie tritt erst wieder im 19. Jahrhundert vereinzelt auf.

Bis weit ins 16. Jahrhundert waren die Forsteien eng mit den Ämtern verbunden. In der Grafschaft Henneberg wurden allerdings schon 1590 zwei Forstmeisterbezirke gebildet und die lokalen Forstbeamten immer mehr den Weisungsbefugnissen des Amtmanns entzogen⁸⁰⁵. Die Zuständigkeiten des Forstmeisters und des Amtmanns waren noch bis ins 18. Jahrhundert sehr unklar und haben zu vielen hartnäckigen, sich jahrzehntelang hinziehenden Kompetenzstreitigkeiten Anlass gegeben. Im Unterland waren die Forsteien vielfach unter Oberförstern nach dem Umfang der Ämter zusammengeschlossen, im Oberland dagegen unterstanden sie schon bald nach Übernahme des Gebietes durch Sachsen-Meiningen einem Forstmeister. Ebenso hatte das Amt Römhild schon aus der Zeit seiner Selbständigkeit als Herzogtum einen besonderen Forstmeister, der der gemeinsamen meiningischen und gothaischen Forstverwaltung des Amtes vorstand. Unter der Regentschaft Charlotte Amalies wurde endlich, abgesehen vom gemeinschaftlichen Amt Römhild, eine Gliederung der Forstverwaltung des Herzogtums in drei Forstmeisterbezirke deutlich, an deren Spitze je ein Oberforstmeister gestanden hat, der der Kammer, seit 1802 dem Oberforstamt, unterstellt gewesen ist. Ansätze zu einem Kollegialsystem sind niemals vorhanden gewesen. Lediglich einigen Forstmeistern, besonders dann, wenn sie als Oberjägermeister oder Mitglieder des Oberforstamtes auch Tätigkeiten in der Zentralverwaltung auszuüben hatten, waren seit Anfang des 19. Jahrhunderts Forstmeister als Gehilfen beigegeben.

Der lokale Aufbau der Meininger Landeskirche und die innere Gliederung ihrer Instanzen gehen bis ins Reformationszeitalter zurück, ohne sich jedoch im Laufe der Jahrhunderte wesentlich geändert zu haben. Die Pfarreien mit Pfarrern an der Spitze waren in Superintendenturen zusammengefasst, die sich fast ausnahmslos mit den politischen Amtsbezirken deckten. Die Pfarreien wurden nur von einem Pfarrer verwaltet, lediglich in den Städten waren zwei, gelegentlich auch drei Geistliche angestellt. Die Verwaltung all dieser Stellen lag in den Händen von Geistlichen. Der Superintendent war erster Ortsgeistlicher im Amtssitz seiner Superintendentur und gleichzeitig der Leiter seiner Diözese. Dort, wo erst später die Ämter eigene Kirchenverwaltungen erhielten, führten die Leiter der Diözesen den Titel Adjunkt, so in Frauenbreitungen, Altenstein und bis 1781 auch in Sonneberg. Neuhaus war das einzige Amt, das keine selbständige Diözese bildete, sondern in kirchlicher Hinsicht dem Superintendenten von Sonneberg unterstellt war.

Zur Bewältigung einer Reihe von Aufgaben sind auch bei den Unterinstanzen Behörden mit Kommissionscharakter gebildet worden. Sie gehen teils bis ins 17. Jahrhundert zurück, teils verdanken sie ihre Entstehung dem Polizeistaat des aufgeklärten Absolutismus. Die meisten dieser Kommissionen setzen sich aus dem Amtmann, aus den örtlichen Beamten, der die Hoheitsrechte zu verwalten hatte, und einem Fachbeamten zusammen. Ähnliche Einrichtungen blieben übrigens in Sachsen-Meiningen in Form der Forstämter, Kirchenämter und Schulämter bis 1918 bestehen.

Die ältesten Lokalbehörden mit Kommissionscharakter waren die geistlichen Untergerichte, die bis ins 17. Jahrhundert zurückgehen und in der später auch in Sachsen-Meiningen gültigen Geistlichen Untergerichtsordnung Ernst des Frommen vom 3. März 1668 eine besondere gesetzliche Grundlage erhielten⁸⁰⁶. Sie stellen Unterkonsistorien dar, deren Aufgabe auf dem Gebiet der Ehegerichtsbarkeit, der Kirchenzucht, der Kirchenverwaltung und des Stiftungswesens lag. Erst im Rahmen der Verwaltungsreform von 1829 sind sie aufgelöst worden, nachdem ihnen jedoch bereits schon zwischen 1823 und 1827 die

⁸⁰⁵ Heß, Hennebergische Verwaltung S. 240.

⁸⁰⁶ ThStAMgn ZM 216 Abschrift.

Gerichtsbefugnisse entzogen worden waren. Nach der Ordnung von 1668 sollten Geistliche Untergerichte in Ämtern und schriftsässigen Städten gebildet werden. In Sachsen-Meiningen bestanden bei allen Ämtern solche Geistlichen Untergerichte. Die Geistlichen Untergerichte Maßfeld und Meiningen wurden 1691 aufgelöst und ihre Aufgaben dem Konsistorium unmittelbar übertragen. 1696 wurde dann für beide Ämter ein gemeinsames Geistliches Untergericht gebildet und endlich 1779 Maßfeld wieder von Meiningen getrennt⁸⁰⁷. Neuhaus bekam erst 1810 ein eigenes Geistliches Untergericht. Die Geistlichen Untergerichte setzten sich aus dem Amtmann, gelegentlich auch dem Amtssekretär und dem zuständigen Leiter der Diözese, dem Superintendenten oder Adjunkten zusammen. Von den Städten besaßen nur Meiningen und Salzungen seit der Regierung Ernst des Frommen besondere geistliche Untergerichte. Die seit dem 18. Jahrhundert aufblühende Stadt Sonneberg dagegen hat ebenso wenig wie Schalkau und Wasungen jemals ein Geistliches Untergericht besessen. Für diese drei Städte war das des Amtes zuständig. Die Geistlichen Untergerichte der Städte Meiningen und Salzungen setzten sich aus dem zuständigen Superintendenten und den Mitgliedern des Stadtrates zusammen. Ein Kuriosum stellte das Geistliche Untergericht in Geba dar, das 1804 bis 1809 bestand⁸⁰⁸.

Kommissionscharakter trugen auch die bis ins 17. Jahrhundert zurückgehenden Forstämter, die aus dem Amtmann und dem zuständigen Forstmeister bestanden und bei den Ämtern gebildet waren. Ihre Wirksamkeit lässt sich außerordentlich schwer feststellen. Soweit sich ersehen lässt, lag ihre Aufgabe nicht auf forsttechnischem, sondern auf forstpolizeilichem und in ihren Anfängen wohl auch auf finanziellem Gebiet. Sie hatten wahrscheinlich die Aufsicht über die Gemeinde- und Kooperationswäldungen durchzuführen. Nach der Verwaltungsreform von 1829 haben sie mit allerdings eingeschränkten Befugnissen bis zum Übergang des Landes an den thüringischen Staat fortbestanden.

Schöpfungen des aufgeklärten Absolutismus mit seinem Fürsorge- und Polizeigedanken sind dann die örtlichen Polizei- und Almosenkommissionen gewesen, für die andere Staaten bereits Vorbilder abgegeben haben⁸⁰⁹. Die unter Georg I. in vier Städten geschaffenen Polizeikommissionen sind, wie bereits festgestellt, aus der Notwendigkeit entstanden, das außerordentlich zersplitterte Polizeiwesen in den Städten zu konzentrieren und in einer Hand zu vereinen. Im Allgemeinen lief das für die Stadträte auf die Entziehung der Polizeibefugnisse hinaus, wobei allerdings festgestellt werden muss, dass fast überall das städtische Polizeiwesen im Argen lag. In der Residenzstadt Meiningen, wo die polizeilichen Zuständigkeiten sehr unübersichtlich zwischen Stadtrat, Amt, Residenz und Stadtkommandantur aufgeteilt waren, wurde 1789 eine Polizeikommission, bestehend aus fünf Personen, gebildet. Dieser Personenkreis setzte sich aus Vertretern all der Stellen zusammen, die die Polizeigewalt in der Stadt in den Händen hatten, nämlich vier landesherrlichen Beamten, darunter ein Offizier und ein Meininger Stadtratsmitglied. Die Einrichtung blieb, allerdings unter verschiedenen Namen und in sich oft verändernder Organisationsform, bis 1868 bestehen. In Sonneberg und Salzungen wurden 1801, in Römhild 1802 ähnliche Polizeikommissionen mit den gleichen Befugnissen errichtet. Da in diesen drei Städten bisher das Polizeiwesen nicht so stark zersplittert gewesen war wie in der Residenzstadt, zeigten die Kommissionen einen einfacheren Aufbau. Allerdings waren sie verschiedenartig organisiert. In Salzungen setzte sich die Polizeikommission aus dem Amtmann und sämtlichen Stadtratsmitgliedern, in Sonneberg aus drei, später zwei landesherrlichen Beamten, darunter stets dem Amtmann, und nur einem Stadtratsmitglied

⁸⁰⁷ ThStAMgn ZM 116 Bl. 42, 87a.

⁸⁰⁸ Brückner, Pfarrbuch S. 310.

⁸⁰⁹ Für Sachsen-Weimar siehe Hartung S. 234.

zusammen, während in Römhild die Polizeikommission nur aus zwei landesherrlichen Beamten bestand, unter denen sich bemerkenswerter Weise nicht der Amtmann, sondern die landesherrlichen Steuereinnahmer des Amtes befanden.

Kinder des aufgeklärten Absolutismus waren auch die am Ende des 18. Jahrhunderts in den Städten errichteten Almosenkommissionen, die bei der Beachtung, die der Staat nunmehr dem Armenwesen schenkte, bald an Bedeutung gewannen. Die erste wirkliche Almosenkommission wurde 1767 in der Residenzstadt gegründet. Es wurden dann 1800 Almosenkommissionen in Römhild und 1810 in Salzungen gebildet. In der großen Stadt Sonneberg dagegen hat eine Almosenkommission nicht bestanden, es war hier lediglich am Anfang des 19. Jahrhunderts eine Almosenkasse beim Geistlichen Untergericht gebildet worden⁸¹⁰. Die bedeutende Almosenkommission der Stadt Meiningen setzte sich aus vier landesherrlichen Beamten, darunter je einem Vertreter der Regierung, des Konsistoriums und der Kammer, und einem Meininger Stadtratsangehörigen zusammen. Diese umfangreiche Besetzung war notwendig, weil sie in Zweifelsfällen für das ganze Land zuständig sein sollte⁸¹¹. Die Kommissionen in Salzungen und Römhild zeigten einen wesentlich einfacheren Aufbau. In Römhild waren der Superintendent, der Amtmann, ein Mitglied der Polizeikommission und ein Stadtratsmitglied vertreten, während in Salzungen das Städtische Element noch stärker hervortrat. Die dortige Almosenkommission setzte sich aus dem Superintendenten, dem Stadtsyndikus und einem Stadtratsmitglied zusammen.

Bei der Darstellung der inneren Gliederung der zentralen und lokalen Behörden und Kommissionen fällt sofort die Buntheit des Behördenaufbaus des ancien régime ins Auge, die selbst der oft von einem starren Vernunftprinzip beherrschte aufgeklärte Absolutismus in einem Kleinstaat wie Sachsen-Meiningen nicht zu überwinden vermochte.

Wie sehr auf die historische Entwicklung und die überkommenen Formen Rücksicht genommen werden musste, zeigen Beispiele wie die Bezeichnung der Meininger Lokalfinanzbehörde als Amtskellerei oder der aus dem Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert übernommene Begriff des "Kaiserlichen Freigerichtes" Wasungen. Aber auch in seinen eigenen Schöpfungen vermochte der aufgeklärte Absolutismus vielfach keine einheitlichen Formen zu schaffen. Die vier Polizeikommissionen setzten sich nach verschiedenen örtlich bedingten Gesichtspunkten zusammen. So entstand selbst in einem so kleinen Land eine reiche Vielfalt der Formen, die sich grundsätzlich von der Organisation unterscheidet, wie sie die Verwaltungsreformen von 1829 und 1848 hervorgebracht haben. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass im altmeiningischen Staat im Gegensatz zu anderen Kleinstaaten der damaligen Zeit ein einigermaßen klarer Aufbau der Gesamtorganisation der Verwaltung vorhanden war⁸¹². Ohne Zweifel fällt hierfür das Hauptverdienst Herzog Ernst dem Frommen von Sachsen-Gotha zu, dessen klar gegliedertes Staatswesen für Meiningen im 17. und 18. Jahrhundert Richtschnur gewesen ist.

5.2. Die Organisation der Schreibstuben

Nach der Darstellung der inneren Entwicklung der Behörden werden nunmehr der Aufbau und die Zusammensetzung der Schreibstuben zu behandeln sein. Wir haben feststellen

⁸¹⁰ Hartmanns Haushalts- und Adressbuch 1815 S. 19.

⁸¹¹ Walch S. 453, 454.

⁸¹² Eberhard, S. 48 ff, spricht erst seit 1848 von einem wirklich festgefügtten Verwaltungsaufbau in Schwarzburg-Sondershausen.

können, dass die Meininger Behördenordnungen in starker Abhängigkeit von ihren Gothaer Vorbildern gestanden haben. Nach der Regierung Bernhards I. wurde eine Weiterentwicklung der Vorschriften wenigstens verordnungsmäßig nicht fortgeführt. Es ist deshalb vielleicht auch keine erstaunliche Tatsache, dass wir von den Bruchstücken eines Kanzleireglements aus dem Jahre 1740 und einigen Spezialanordnungen Georgs I. keine umfassende meiningische Kanzleinstruktion des 18. Jahrhunderts namhaft machen können⁸¹³. Der Geschäftsgang im Schriftwesen wird zwar eingehend in der Kanzleiordnung von 1687 und in der rezipierten Gothaer Kammerordnung von 1666 behandelt, jedoch nach dem Stand der damaligen Zeit.

Es ist deshalb selbstverständlich, dass sich im Laufe von anderthalb Jahrhunderten Änderungen und neue Formen bei den Kanzleigebräuchen eingestellt haben, die aber vielfach nicht in Verordnungen festgehalten worden ist. Noch im Entwurf einer Ordnung für die Geheime Kanzlei aus dem Jahre 1829 wird aufgeführt, dass es notwendig sei, für verschiedene Kanzleizweige, "welche bisher bloß auf Observanz beruhten", feste Formen zu finden, obwohl der Entwurf einen herzoglichen Befehl vom 1. Oktober 1828 anführt, in dem schon Kanzleifragen geregelt worden sind⁸¹⁴. Die Meininger Kanzleiordnung vom 24. Oktober 1687 geht auf Gothaer Vorbilder zurück, besonders auf die Kanzleiordnung Ernst des Frommen vom 29. Dezember 1666. Aber auch diese Behördenordnung hat schon einen langen Stammbaum. Die Kanzleiordnung von 1666, die bis 1726 in Gotha in Kraft blieb, fußt auf der weimarischen Kanzleiordnung vom 14. November 1642, die wiederum eine sinnngemäße, vielfach fast wörtliche Wiederholung der Weimarer Kanzleiordnung von 1625 ist⁸¹⁵. Die Kanzleiordnung von 1642 sah für die Schreibstube der Regierung drei Sekretäre vor, nämlich einen Kammer-, einen Lehen- und einen Gerichtssekretär und drei Kanzlisten, von denen einer Botenmeister sein sollte. Dieselben Bestimmungen enthielt die Gothaer Kanzleiordnung von 1666. Dort war damals noch trotz der beginnenden Dreiteilung der Zentralverwaltung die Regierungskanzlei "die Kanzlei" schlechthin⁸¹⁶. Denselben Vorgang werden wir dann nach 1680 auch in Meiningen feststellen. In dem weit umfangreicheren Gothaer Herzogtum hatten sich allerdings schon vorher die Kanzleien der anderen Zentralbehörden herausgebildet. Eine Geheime Kanzlei, jedoch noch recht schwach entwickelt, bestand schon seit 1675. Sie war nur mit einem Geheimen Kanzlisten besetzt, dem 1692 zwei Geheime Sekretäre vorgesetzt waren. Später hat sich dann allerdings die Gothaer Geheime Kanzlei rasch entwickelt und 1732 bereits über neun Mitglieder verfügt⁸¹⁷. Am Ende des 17. Jahrhunderts erfolgte dann auch die Bildung einer besonderen Kammerkanzlei und zwar aus der Renterei, so dass um diese Zeit die Aufspaltung der gemeinschaftlichen Kanzlei der Zentralbehörden in die Kanzleien der großen Fachkollegien bereits durchgeführt war.

Die Anfänge der meiningischen Kanzlei haben wir schon früher näher dargestellt. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, nochmals in aller Breite auf ihre Geschichte einzugehen. Das soll nur insoweit geschehen, als es zum Verständnis ihrer inneren Organisation und der Kanzleigebräuche notwendig ist. Fest steht dabei zunächst, dass ihre Entwicklung, besonders in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens, als Nachahmung des Gothaer Vorbildes zu betrachten ist, freilich nur insoweit, als die Kräfte des bedeutend kleineren Landes dazu

⁸¹³ ThStAMgn GAM XXIX 2.

⁸¹⁴ ThStAMgn GAM XXIX 2.

⁸¹⁵ Pischel in Z.V.thür. G.u.A. NF X 2, S. 266-268. KO 1625 ThHStAW B 1087, KO 1642 ThHStAW V 1091.

⁸¹⁶ Facius 38.

⁸¹⁷ Facius 38 und 42.

ausreichten. Immerhin ist, wie schon betont, auch in Meiningen die "Kanzlei" zunächst die gemeinsame Schreibstube der verschiedenen Landeskollegien gewesen, wobei freilich auch in den ersten Jahren diese Zentralbehörden noch nicht scharf voneinander getrennt waren. Die Kanzlei entwickelte sich dann zu Anfang der Regierung Ernst Ludwigs I. zur Regierungskanzlei. Aber noch bis zum Regierungsantritt Anton Ulrichs 1746 wird in den Kammerrechnungen einfach von "Regierung und Canzlei" gesprochen⁸¹⁸. Die Bezeichnung "Fürstlich oder Herzoglich Sächsische Canzlei" tritt uns dann sogar bis in die ersten Regierungsjahre Bernhards II. entgegen.

Die Schreibstube des zweitwichtigsten Landeskollegs, der Kammer, wurde bereits bei der Gründung des Herzogtums 1680 von der allgemeinen Kanzlei gesondert und mit einem Kammersekretär, einem Registrator und zwei Subalternbeamten besetzt. Sie stand in enger Verbindung zur Landeshauptkasse, der Renterei. Der Geheime Sekretär blieb unter der Regierung Bernhards I. noch Mitglied der allgemeinen Kanzlei. Erst unter Ernst Ludwig I. gewann die Geheime Kanzlei als Schreibstube des Geheimen Ratskollegiums an Selbständigkeit, die sich freilich erst nach der Zeit der Partikularkabinette voll entwickeln konnte.

Die Konsistorialkanzlei begann sich bereits 1689 aus der allgemeinen Kanzlei zu lösen, stand aber auch noch später mit dieser in engster Verbindung. Die Kriegskanzlei dagegen geht in ihren Anfängen erst in die Zeit Ernst Ludwigs zurück⁸¹⁹.

Nachdem sich so unter der Regierung Bernhards I. und seines Nachfolgers die Schreibstuben der Zentralbehörden immer mehr verselbständigt hatten, verfügten kurz nach dem Regierungsantritt Anton Ulrichs 1746 die Landeskollegien über ihre eigenen, voneinander völlig getrennten Kanzleien, die ausschließlich für die jeweils zuständige Zentralbehörde arbeiteten. Lediglich die Konsistorialkanzlei hatte bis 1764 keinen eigenen Kanzlisten. Der Konsistorialsekretär war auf die Mithilfe der Regierungskanzlei angewiesen. Kurz nach dem Regierungsantritt Charlotte Amalies war aber auch dieser Verselbständigungsprozess abgeschlossen.

Die Kanzleien der beiden Zentralbehörden, deren Anfänge in die Zeit Ernst Ludwigs I. fallen, die Geheime Kanzlei und die Kriegskanzlei, entwickelten sich zunächst unter dem Eindruck des durch die Familienzwestigkeiten des Herzogshauses hervorgerufenen Niedergangs der meiningischen Verwaltungsorganisation recht langsam und fanden erst nach dem Regierungsantritt Anton Ulrichs ihre volle Ausbildung.

Wenn man von der Kriegskommission, deren Sonderstellung schon wiederholt hervorgehoben worden ist, absieht, so verfügten die übrigen, meist unter der Regierung der Herzöge Karl und Georg I. entstandenen Immediatkommissionen wohl in der Regel über eigene Sekretäre, nicht aber über eigene Schreibstuben. Sie bedienten sich hierbei vornehmlich der Regierungskanzlei als der umfangreichsten Schreibstube des Landes. Ebenso lagen die Dinge auch bei dem 1802 von der Kammer abgetrennten Oberforstamt und seiner 1823 ins Leben gerufenen Nachfolgerin, der Kammerforstsektion, deren Sekretäre sich der Kammerkanzlei bedienten. Dagegen ist bei der Errichtung des Oberlandesgerichts 1823 eine regelrechte Teilung der bisherigen Regierungskanzlei in die Kanzlei der nunmehrigen Landesregierung und die des neu entstandenen Oberlandesgerichts eingetreten.

⁸¹⁸ ThStAMgn Ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1746/47.

⁸¹⁹ In Gotha sind das Kriegskollegium und die Kriegskanzlei erst 1691, also nach dem Tode Ernst des Frommen, errichtet worden, Facius S. 40.

Die Kanzleien der Zentralinstanzen, also des Geheimen Ratskollegiums, der drei alten Landeskollegien und der Kriegskommission, folgten den Weisungen des jeweils zuständigen Kollegs, besonders denen der Vorsitzenden. Sie bildeten mit dem Personenkreis der Räte die Behörde. Sehr deutlich geht das aus den Kammerrechnungen hervor, wo bei den Besoldungsangaben die Räte und das dazugehörige Schreibpersonal unter gemeinsamer Behördenbezeichnung aufgeführt sind. Diese erfolgte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bald mit dem Namen des Kollegs, bald mit dem der Kanzlei, eine Erscheinung, die in der Verwaltungsgeschichte des 16. und 17. Jahrhunderts übrigens oft feststellbar ist⁸²⁰. Noch unter der Regierung Anton Ulrichs begegnet uns die oberste Landesbehörde bald als "Geheimes Ratskollegium", bald als "Geheime Canzlei", wobei letzterer Begriff außer dem Schreibpersonal auch die Geheimen Räte selbst umfasst⁸²¹.

An der Spitze des Schreibpersonals und damit der Kanzlei standen allenthalben die Sekretäre, auf deren Aufgaben später noch näher eingegangen werden muss. Sie bildeten die oberste Schicht der Kanzleipersonen. Der Sekretär der 1680 errichteten allgemeinen Kanzlei führte den Titel Kanzleisekretär. Nachdem sich diese Schreibstube jedoch zur Regierungskanzlei fortentwickelt hatte, trat 1706 für ihn erstmals die Amtsbezeichnung Regierungssekretär auf, der seitdem für den Leiter der Regierungskanzlei bestehen blieb. Ein Kammersekretär war schon bei der Einrichtung der Kammerkanzlei 1680 angestellt worden, während 1689 ein besonderer Konsistorialsekretär und bald nach der Gründung der Kriegskommission 1716 auch ein Kriegssekretär erscheint. Der Geheime Sekretär, später der Leiter der Geheimen Kanzlei und damit eine der wichtigsten Persönlichkeiten in der Verwaltungsbürokratie des absolutistischen Staates, begegnet uns zwar schon im Jahre 1684. Er ist damals wie in allen anderen ernestinischen Kleinstaaten noch Mitglied der allgemeinen Kanzlei und hat dort die "Geheimsachen" zu bearbeiten⁸²². Mit der allmählichen Ausbildung des Geheimen Ratskollegiums unter Ernst Ludwig I. gewann er immer mehr an Bedeutung, bis er schließlich zum maßgebenden Mann in der Geheimen Kanzlei wurde.

Wenn wir oben festgestellt haben, dass die Sekretäre Leiter der jeweiligen Schreibstube waren, so bedeutet das nicht, dass in einzelnen Kanzleien nicht gleichzeitig mehrere Sekretäre hätten beschäftigt sein können. Freilich blieb das eine Ausnahme und ergab sich aus dem in verschiedenen Kanzleien anfallenden stärkeren Schriftverkehr. In der Regierungskanzlei erscheint 1704 erstmals ein Lehensekretär, dem vorwiegend die Lehensachen anvertraut waren. Solche Lehensekretäre waren übrigens bereits in der Kanzlei Ernst des Frommen beschäftigt⁸²³. Aber schon bald blieb die Stelle wieder unbesetzt. Erst 1756 trat erneut ein Lehensekretär auf, dessen Unterordnung unter den Regierungssekretär außer Zweifel steht. Er ist jedoch nicht mehr ausschließlich mit Lehensachen beschäftigt worden. Die in der Regierungskanzlei am Ende des 18. Jahrhunderts auftretenden "Kanzleisekretäre" dagegen waren nicht Sekretäre im eigentlichen Sinne, sondern sind prädikatisierte Botenmeister⁸²⁴. In der Kammerkanzlei sind 1746 bis 1774 vorübergehend zwei Sekretäre nachweisbar, von

⁸²⁰ In den kleineren Territorien wird die Regierung vielfach noch im 17. Jahrhundert als "Canzlei" bezeichnet. Vgl. Eberhardt S. 19 für Schwarzburg-Sondershausen "Kanzlei Sondershausen", "Kanzlei Arnstadt".

⁸²¹ ThStAMgn Ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1746/47: "Geheimes Ratskollegium", 1786/87: "Geheime Kanzlei".

⁸²² Flach, Goethes amtliche Schriften I S. XXXVI weist auf einen ähnlichen Fall bei der Regierung in Eisenach für die Zeit um 1750 hin.

⁸²³ Beck S. 332.

⁸²⁴ Dieselbe Erscheinung ist in zahlreichen anderen Kanzleien feststellbar. In dem Beamtenverzeichnis des Haushalts- und Adressbuchs von 1806 wird bei der Aufzählung der Mitglieder der Regierungskanzlei der Kanzleisekretär Johann Nicol Bauersachs vor dem Regierungssekretär Karl Bötticher genannt.

denen dem einen die Steuersachen übertragen waren. Im übrigen aber treten sonst nirgendwo, weder in der Geheimen Kanzlei, der Konsistorialkanzlei, der Kriegskanzlei noch in den Schreibstuben der später errichteten Oberbehörden, des Oberforstamtes und des Oberlandesgerichts, zwei Sekretäre gleichzeitig auf.

Die nächst tiefere Stufe des Kanzleipersonals bildeten in den meiningischen Zentralkanzleien die Registratoren, die allerdings nicht in allen Kanzleien vorhanden waren. In der Kriegskanzlei fehlen sie ganz, in der Konsistorial- und Geheimen Kanzlei erscheinen sie nur vereinzelt und verhältnismäßig spät, dort erstmals 1746, hier erstmals 1786. Der Titel erscheint in der Geheimen Kanzlei wohl nur als ein Prädikat für den Geheimen Kanzlisten⁸²⁵. Die Registratur des Oberforstamtes wurde nebenbei von einem Kammerkanzlisten mit besorgt. Dagegen sind Registratoren in der Regierungs- und in der Kammerkanzlei ständig nachweisbar und haben eine nicht unbeachtliche Rolle gespielt. Die Vielzahl der hier vorliegenden Geschäftsvorgänge und die Fülle der Akten erforderten eine gute Registratur, auf deren ordnungsgemäße Führung auch in den wenigen überlieferten zeitgenössischen Anweisungen und den Bestellungen immer wieder hingewiesen worden ist. Die Registratoren waren übrigens auch mit der Führung der in den Kanzleien vorhandenen Register beauftragt.

Neben den Registratoren waren für die älteren Aktenbestände seit der Regierung Ernst Ludwigs I. ein Geheimer Archivar und seit 1775 ein Regierungsarchivar angestellt. Beide Stellen blieben freilich später längere Zeit unbesetzt.

Die eigentliche Schreibarbeit, vornehmlich die Anfertigung der Reinschriften nach dem vorgelegten Konzept und die in zahlreichen Fällen notwendigen Abschriften führten die Kanzlisten aus, die seit dem 18. Jahrhundert wie die Sekretäre und Registratoren nach der sie beschäftigenden Schreibstube Regierungs-, Kammer-, Konsistorial-, Kriegs- oder Geheime Kanzlisten genannt wurden. Ihre Zahl in den einzelnen Kanzleien war außerordentlich verschieden. Alle Meininger Kanzleien vermehrten im 18. Jahrhundert ihren Personalbestand beträchtlich, eine Entwicklung, die unter der Regierung Charlotte Amalies und ihrer Söhne ihren Höhepunkt erreichte. Regierungs- und Kammerkanzlei standen auch hier weit voran. In letzterer waren beim Tode Georgs I. fünf, in ersterer im Jahre 1767 sogar acht Kanzlisten gleichzeitig beschäftigt. Die Kriegs-, Konsistorial- und Geheime Kanzlei dagegen kamen nie über einen Kanzlisten hinaus. In letzterer war lediglich 1746 bis 1761 noch ein "Geheimer Skribent" zusätzlich angestellt. In der Kriegskanzlei wurde erst 1746, in der Konsistorialkanzlei gar erst 1764 ein Kanzlist in Dienst genommen. Ein Geheimer Kanzlist begegnet uns zwar schon im Jahre 1691, doch blieb diese Stelle lange Zeit unbesetzt. Erst seit 1715 ist ein solcher wieder nachweisbar. Kopisten erscheinen in den Kanzleien selten und haben eine unbedeutende Rolle gespielt. Alle diese Tatsachen und die Fülle des auf uns gekommenen Materials zeigen, dass die Regierungs- und die Kammerkanzlei die weitaus meistbeschäftigten Schreibstuben des Landes waren. Sie hatten die Hauptmasse der Schreibarbeit zu erledigen, ein Umstand, der bei der umfangreichen Tätigkeit dieser Behörden und bei der Beschäftigung mit einer Vielzahl von wichtigen und unwichtigen Dingen verständlich ist.

Schließlich ist noch ein Blick auf den Botendienst in den Zentralkanzleien zu werfen. Auch hier fallen Regierungs- und Kammerkanzlei sofort ins Auge. Beide verfügten seit dem Bestehen des Herzogtums über je einen Botenmeister und einen Boten. Zu Anfang des 19.

⁸²⁵

In der Weimarer Geheimen Kanzlei treten ähnliche Erscheinungen auf. 1785 erhalten alle drei Geheimen Kanzlisten die Amtsbezeichnung Geheimer Registrator. Flach, Goethes amtliche Schriften I S. XI.

Jahrhunderts wurden gleichzeitig in beiden Kanzleien zwei Boten, in der Regierungskanzlei sogar zeitweise zwei Botenmeister beschäftigt. Die Kammerkanzlei stellte damals einen besonderen "oberländischen Boten" an, dessen Aufgabe es war, die Verbindung zwischen der Kammer in Meiningen und den wichtigen oberländischen Ämtern herzustellen. Von den übrigen Schreibstuben brachte es im 18. Jahrhundert nur die Geheime Kanzlei 1767 zu einem besonderen Boten, während die übrigen Zentralkanzleien seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts über einen eigenen Botendienst verfügten, wobei allerdings die Oberforstamtssachen von Kammerboten mit besorgt wurden.

Es bleibt schließlich noch übrig, einen Blick auf die Schreibstuben der Unterbehörden zu werfen. Sie waren, wie wir bereits gesehen haben, nach dem Einmannprinzip organisiert, soweit sie keinen Kommissionscharakter trugen. Ihre Schreibstuben treten sowohl nach dem personellen Umfang als auch nach ihrer tatsächlichen Bedeutung weit hinter die Kanzleien der Landeskollegien zurück. Dem Amtmann war schon in den hennebergischen Ämtern seit dem ausgehenden Mittelalter ein Schreiber beigegeben, der meist auch gleichzeitig die Amtsrechnung führte. Im 16. Jahrhundert trat hier allenthalben eine Trennung ein. Immerhin waren aber noch um diese Zeit die Schreiber vielfach Privatbedienstete der Amtleute, in deren Besoldung auch die Vergütung für den Schreiber mit einbegriffen war. Erst zu Beginn des 17. Jahrhunderts trat langsam ein Wandel ein. In den Ämtern Wasungen und Sand begegnet uns 1584 ein besonderer Amtsschreiber, im großen Amt Maßfeld erst 1608⁸²⁶. Bei der Errichtung der Verwaltung des Herzogtums Meiningen 1680 verfügten von dessen sechs Ämtern nur Maßfeld und Frauenbreitungen über einen besonderen Amtsschreiber, wenngleich auch anderswo Subalternbeamte angestellt waren, die den Schreibdienst erledigt haben mögen. Im Amt Salzungen begegnet uns der Amtsschreiber erst nach dem Verschwinden des Amtsrichters im Jahre 1715.

Unter der Regierung Ernst Ludwigs I. nahmen nahezu alle Amtsschreiber die Bezeichnung Amtsaktuar an, im Amt Meiningen 1720, in den Ämtern Wasungen und Sand 1722, in Maßfeld allerdings bereits 1693. Lediglich in Salzungen bewahrte sich zunächst noch der alte Amtsschreibertitel. In dem im Jahre 1722 erworbenen Amt Altenstein wurde dagegen schon bei der Errichtung der Meininger Amtsverwaltung für den Schreiber des Amtmanns erstmals die Bezeichnung Amtssekretär eingeführt. In den übrigen Ämtern setzte sich dieser Titel jedoch erst unter der Regierung Georgs I. zu Ende des 18. Jahrhunderts durch, in Wasungen und Sand 1777, in Maßfeld 1778, in Meiningen und Salzungen 1791, in Schalkau 1801. Das gemeinschaftliche Amt Römhild dagegen verfügte schon seit 1757 über einen Amtssekretär. Freilich wechselten die Bezeichnungen bis zur Verwaltungsreform von 1829 in verschiedenen Ämtern noch öfters.

Eine Sonderrolle spielt bei der Betrachtung der Schreibstuben der Unterbehörden das große Amt Sonneberg. Sein Vorgänger, das Amt Neustadt, beschäftigte bereits seit 1707 einen Amtssekretär⁸²⁷. Es war deshalb naheliegend, dass bei Einrichtung der neuen Amtsverwaltung in Sonneberg 1742 unter dem Amtmann sogleich ein Amtssekretär eingestellt wurde. Es kam hier zur Ausbildung einer umfangreicheren Schreibstube bei einer Unterbehörde. Sie umfasste 1812 außer zwei Amtssekretären, die seit 1807 hier gemeinsam tätig waren, noch weitere vier Schreiber. Später kam es lediglich noch im Jahre 1823 in dem großen Amt Maßfeld zur Anstellung eines zweiten Amtssekretärs.

826

ThStAMgn GHA III 251 Bl. 382, ThStAMgn Ältere Rechnungen Amt Maßfeld 1608/09.

827

Greiner, Neustadt II S. 55.

Die Amtssekretäre bildeten auch das Schreibpersonal für die landesherrlichen örtlichen Kommissionen und kommissionsartigen Einrichtungen, für die Geistlichen Untergerichte und die Polizeikommissionen, im Oberland auch für die Sonneberger Handlungskommission und die Chausseebaukommission. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verfügten nahezu sämtliche Ämter über einen selbständigen Botendienst.

Während sich im Laufe des 18. Jahrhunderts bei den selbständig gewordenen lokalen Finanzbehörden eigene Schreibstuben nicht herausbildeten, entwickelte sich im Forstwesen ein fest organisierter Schreibdienst, der zum Teil auf der Grundlage der Ämter, zum Teil auf der Basis der Oberforste, ruhte. Auch hier bietet das Amt Altenstein das früheste Beispiel. Bereits seit der Übernahme durch die Meininger Herzöge 1724 war einem Revierförster die Forstschreiberei in diesem waldreichen Gebiet übertragen. Diesem Beispiel folgte 1755 das ebenfalls wegen seiner Wälder bedeutsame Amt Sonneberg. Im mittelländischen Oberforst, also in den Ämtern Maßfeld und Meiningen, ist erst seit 1793 ein besonderer Forstschreiber nachweisbar, während die Ämter Frauenbreitungen 1778, Wasungen und Sand 1796 eigene Forstschreiber erhielten. Im Zuge der Durchsetzung einer strafferen Organisation des Forstwesens zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden dann die Forstschreibereien von der Ämtergrundlage gelöst und den Oberforsten und späteren Forstdepartements angeglichen. So wurden 1817 die Forstschreiberstellen der Ämter Frauenbreitungen, Altenstein, Wasungen und Sand eingezogen und gleichzeitig ein einziger Forstschreiber beim Forstmeister des Unterlandes angestellt, der nunmehr seinen Dienst hauptamtlich verrichtete, nachdem bisher die Forstschreiberei bestimmten Revierförstern nebenamtlich übertragen gewesen war. Die Hauptaufgabe der Forstschreiber lag übrigens vorwiegend auf dem Gebiete des Forstrechnungswesens. Sie waren deshalb eben so sehr Rechnungsbeamte.

Unberücksichtigt soll bei unserer Betrachtung zunächst die Organisation der Schreibstuben der Stadträte der fünf meiningischen Städte bleiben. Hier liegen die Verhältnisse, bedingt durch die geschichtliche Entwicklung, anders als bei den landesherrlichen Lokalbehörden. Die Städte waren überdies nicht unmittelbar landesherrliche Amtsstellen.

5.3. Geschäftsgang

Nachdem wir so einen allgemeinen Überblick über die innere Gliederung und die einzelnen Bestandteile der Behörden gewonnen haben, wird es nunmehr notwendig sein, ihre Arbeitsweise und ihren Geschäftsgang näher zu untersuchen. Wir haben dabei bereits festgestellt, dass die uns überlieferten Kanzleiordnungen hierüber nicht in genügendem Maße Aufschluss geben können. Wenn das auch bedauert werden muss, so zwingt uns diese Tatsache doch andererseits, einen sichereren, freilich weit schwierigeren Weg zu wählen, nämlich uns auf Grund des überlieferten Aktenmaterials selbst ein Bild über die Geschäftspraxis der einzelnen Behörden zu machen. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass es die Wirklichkeit unmittelbar aufzeichnet und sich nicht, wie dies bei behördengeschichtlichen Darstellungen vielfach geschehen ist, lediglich auf die Inhaltsangabe der überlieferten Kanzleiordnungen beschränkt. Freilich ist die Fülle des auf uns gekommenen Materials zu umfangreich, um eine vollständige Prüfung durchzuführen. Es genügt hier eine allerdings in die Tiefe gehende stichprobenweise Forschung, um den Überblick zu gewinnen, den wir benötigen. In erster Linie werden die Zentralbehörden zu berücksichtigen sein, aus denen die Hauptmasse des Schriftverkehrs floss, in die sie wieder zurückkam und wo die maßgebenden Entscheidungen gefällt wurden. Regierung und Kammer spielen dabei wieder ihre überragende Rolle. Das Geheime Ratskollegium fällt aber

ebenfalls stark ins Gewicht, da es eine überaus wichtige Behörde darstellt, in der der landesherrliche Wille, der stärkste Faktor der Verwaltungstätigkeit im absolutistischen Staat, am unmittelbarsten zum Ausdruck kam.

Das Hauptaugenmerk ist hierbei auf den Schriftverkehr, seine Vorbereitung, Entstehung und sein weiteres Schicksal zu legen, während die Rechnungen, die in anderem Zusammenhang zu behandeln sind, hier zunächst ganz außer Betracht bleiben müssen. Es sei schon jetzt gesagt, dass die Meininger Kanzlei Praxis nicht aus dem allgemeinen Rahmen fällt, dass aber hier viele Erscheinungen nicht vorhanden gewesen sind, durch die die Kanzleien der großen deutschen Staaten sich auszeichnen.

Wir haben gesehen, dass die Meininger Zentralbehörden Kollegien gewesen sind, in denen bei der Willensbildung das einzelne Mitglied gegenüber der Gesamtheit der Räte in den Hintergrund getreten ist. Seine Auffassung zu den zu entscheidenden Fragen kann in der Regel von uns heute im Einzelnen gar nicht mehr festgestellt werden. Überall entschied hier die Stimmenmehrheit, bei der der Vorsitzende des Kollegiums, der die Verhandlungen und besonders die Schlussabstimmung leitete, sich der Überzahl fügen musste. Die Beschlüsse erfolgten also "secundum majorem"⁸²⁸. Diese Beschlüsse (Resolutionen), die die Meinung des Kollegiums zu den vorliegenden Fällen feststellte, wurden in Sitzungen (Sessionen) gefasst, die, da über alle zu behandelnden Angelegenheiten auf diese Weise entschieden wurde, sehr oft, bei Regierung und Kammer seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wöchentlich mehrfach stattfinden mussten. Die Beschlüsse erfolgten entweder auf Grund eingehender Berichte, Anträge, Schreiben gleichgeordneter und Anweisungen höherer Stellen oder auf Initiative des Kollegs selbst. Für die zuletzt genannte Art war auch in Meiningen der Begriff der Ex-officio-Sachen gebräuchlich⁸²⁹.

In den weitaus meisten Fällen ging dem jeweiligen Beschluss ein Schreiben einer anderen Stelle voraus, das in der Kanzlei abgegeben worden war. Das Öffnen dieser bis weit ins 19. Jahrhundert mit Verschlussiegel versehenen Briefe, die Erbrechung des Siegels also, war auch in Meiningen vornehmlich Aufgabe des Vorsitzenden des Kollegs. Dieser versah das Schreiben sogleich mit dem Eingangsvermerk, anfangs gewöhnlich mit "praesentatum" oder einer Abkürzung dieses Wortes, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts aber mit "praesentirt" und dem Datum. Dieser Vermerk wurde handschriftlich am oberen Rand des Schreibens oder, falls dort wegen der oftmals verwendeten Zierschrift der ersten Zeile kein Platz war, unterhalb der letzten Zeile der ersten Seite des geöffneten Briefes angebracht. So finden wir in den Regierungsakten seit der Zeit Charlotte Amalies die Eingangsvermerke vom Kanzler als dem Vorsitzenden der Regierung geschrieben. Gelegentlich sind aber auch andere Hände nachweisbar, vornehmlich die der Registratoren⁸³⁰. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts erhielten die bei den Zentralbehörden eingehenden Schreiben einen Eingangsregistriervermerk mit Nummernangabe, der gelegentlich vom Kollegiumsvorsitzenden, vorwiegend aber vom Registrator unmittelbar vor dem Eingangsvermerk angebracht wurde. Das deutet darauf hin, dass in den Meininger Zentralkanzleien Eingangsregister geführt worden sind, die allerdings nicht mehr existieren. Die Frage der Register wird später noch gesondert zu behandeln sein.

⁸²⁸ KonsO 1689 cap XX (13), GRO 1668 tit VI (1).

⁸²⁹ vgl. Meininger Stempelgeldordnung vom 6. März 1775, gedruckt. Exemplar Sta Sonneberg 9,10 b.

⁸³⁰ Nach dem Entwurf einer Ordnung der Geheimen Kanzlei von 1829 hatte der Registrator die eingehenden Sachen "zu präsentiren und einzutragen": ThStAMgn GAM XXIX 2 a.

Das eingehende Schreiben wurde daraufhin einem Mitglied des Kollegiums zur Berichterstattung übergeben. Diese erfolgte in den Sitzungen. Darauf wurde Beschluss gefasst und zwar, wenn man die zeitgenössischen thüringischen Kanzleiordnungen heranzieht, in der Weise, dass der Referent zuerst, der Vorsitzende jedoch zuletzt seine Stimme (Votum) abgab⁸³¹. Die Beschlussfassung im Umlaufverfahren durch Abgabe eines schriftlichen Votums ist zwar nachweisbar, bildet aber stets einen Ausnahmefall⁸³².

Sodann erfolgte die Aufsetzung des Konzepts, das die soeben beschlussmäßig gefasste Meinungsäußerung des Kollegs enthielt. Da, wie in nahezu allen zeitgenössischen Kanzleien auch in Meiningen fortlaufende Protokollbücher über die Sitzungen der Kollegien nicht geführt wurden, ist das Konzept die Hauptquelle, aus der die Behördentätigkeit im einzelnen feststellbar ist, aus der unter Umständen sogar durch handschriftliche Korrekturen die besondere Mitwirkung einzelner Kollegialmitglieder bei der Entstehung der Schreiben nachgewiesen werden kann.

Protokolle sind freilich in großer Zahl über Einzelfälle, besonders Gerichtssitzungen, vorhanden. Sie wurden auf Konzeptpapier geschrieben und als lose Blätter zu den Akten genommen. Lediglich von zwei Immediatkommissionen, der Oberländischen Handlungskommission und der Oberökonomiekommission, sind über einige Jahre laufende Sitzungsprotokolle vorhanden. Auch sie waren zunächst in losen Zetteln geführt und dann zum Aktenstück gebunden worden, nicht etwa von vorneherein als Protokollbuch angelegt⁸³³.

Dem Konzept ging ohne Zweifel vielfach die sogenannte "Angabe" voraus, eine vom Berichtersteller entworfene stichwortartige Skizze zur Anfertigung des Konzepts, die aber gewöhnlich nicht in die Akten aufgenommen wurde und deshalb nur selten überliefert ist⁸³⁴. Das Edikt vom 21. Januar 1829, die Verfassung und den Geschäftsgang des Landesministeriums und des Geheimen Ratskollegiums betreffend, gibt in Artikel 45 hierzu weitere Anhaltspunkte⁸³⁵.

Im Gegensatz zur hennebergischen Kanzlei des späten 16. und des 17. Jahrhunderts, in der die Masse der Konzepte von den Mitgliedern der Kollegien, also von den Räten, angefertigt worden ist, haben in den späteren Meininger Kanzleien die Sekretäre die Konzepte geschrieben. Sie haben wohl auch vielfach selbst den Ratssitzungen beigewohnt⁸³⁶. Nach § 4

⁸³¹ KO 1687 cap II KonsO 1689 cap XX (7) GRO 1668 tit VI (1). Die ordentlichen Mitglieder der Kollegien und Kommissionen wachten eifersüchtig darüber, dass andere Personen kein Votum abgaben. Als 1817 der Sonneberger Zentakuar Bätz eine Stellungnahme in einer Geistlichen Untergerichtssache mit "Votum" überschrieb, vermerkte sofort der Superintendent Johann Justus Rösling als ordentliches Mitglied des Geistlichen Untergerichts: "Wenn man übrigens den anliegenden Aufsatz des Herrn Centactuars Bätz, welchen er Votum überschrieben hat, auch eigentlich nicht als Votum im Herzogischen Geistlichen Untergericht ansehen kann oder will, weil nur die höheren Orts gnädigst Beauftragten im Herzoglichen Geistlichen Untergericht vota zu geben haben, so muss doch Unterzeichneter" Landeskirchliches Archiv Eisenach Insp. Sonneberg 0 37.

⁸³² Beispiel: Aus dem Jahre 1809 ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1519. Resolutionsregistranden waren nach dem Kanzleiordnungsentwurf von 1829 vorgesehen. ThStAMgn GAM XXIX 2 a.

⁸³³ Protokolle der Oberländischen Handlungskommission 1789 ThStAMgn Älteres Finanzarchiv Konzessionen Nr. 1792, der Oberökonomiekommission 1792 - 1796, ThStAMgn, Staatsmin., Abt. des Innern 17913, vgl. dazu auch Protokollbücher des Konsistoriums: ThStAMgn Staatsmin., Abt. Kirchen- und Schulsachen 552. Protokolle waren an sich vorgeschrieben in KO 1687 cap II und GRO 1668 tit VI (7).

⁸³⁴ Meisner S. 60 f., Flach Goethes amtliche Schriften I S. LX f, siehe "Angaben" in ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11778.

⁸³⁵ SG I S. 17.

⁸³⁶ Meisner S. 55. Flach Goethes amtliche Schriften I S. LIX. Die alten Behördenordnungen KO 1687 cap XII und KamO 1666 cap VI weisen die Anfertigung des Konzepts bereits den Sekretären zu, nur in wichtigen

des Entwurfs einer Geheimen Kanzleiordnung von 1829 mussten sie sich bei stattfindenden Sitzungen für Arbeiten bereithalten⁸³⁷. Die Konzepte enthalten seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts links oben auf der mit Text nicht beschriebenen linken Hälfte eine Anwesenheitsliste der bei der einschlägigen Sitzung des Kollegiums gegenwärtigen Räte und Assessoren. Im Geheimen Ratskollegium ist auch die Anwesenheit des Landesfürsten verzeichnet, der stets als "Serenissimus" an der Spitze steht, während die Räte streng nach Rang und Dienstalter aufgeführt sind⁸³⁸. Bei den Landeskollegien erscheint gelegentlich als Anwesenheitsliste der einfache Vermerk "in pleno". Allerdings haben sich die Anwesenheitslisten erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts völlig durchgesetzt⁸³⁹.

Vermerke des Konzipienten am Konzept sind, soweit beobachtet, nicht feststellbar. Das Konzept lief nach Fertigstellung bei den Mitgliedern des Kollegiums um und zwar zuerst beim Ranguntersten, bis es schließlich zuletzt zum Ranghöchsten gelangte⁸⁴⁰. Die Mitglieder des Kollegs schrieben ihre Korrekturen eigenhändig in das Konzept und setzten als Genehmigungsvermerk ihre Siegel darauf. Diese Sigles sind stets unter der Anwesenheitsliste in der Mitte der linken, vom Text freien Hälfte des Konzepts angebracht⁸⁴¹. Sie erscheinen dort bereits am Ende des 17. Jahrhunderts, jedoch noch recht vereinzelt und sind erst in den letzten Jahren der Regierungszeit Ernst Ludwigs I. gebräuchlich geworden⁸⁴². Die Rangfolge wurde streng eingehalten. Soweit der Landesherr, wie dies im Geheimen Ratskollegium in der Regel der Fall war, der Sitzung beigewohnt hatte, erscheint zunächst an der Spitze sein aus dem Namensinitiale gebildetes, eigenhändig geschriebenes Sigle, es folgen dann nach Rang und Dienstalter die der Räte und Assessoren⁸⁴³. Da, wie wir oben gesehen haben, zuerst der Rangunterste das Konzept prüfte, sind die untersten Sigles zuerst und das oberste zuletzt angebracht worden. Bemerkenswert ist noch, dass in der Zeit gemeinschaftlicher Landesregentschaften, etwa in den Jahren 1775 bis 1782, in denen Charlotte Amalie und Herzog Karl gemeinsam regierten, die fürstlichen Sigles nebeneinander an der Spitze stehen. Als ein weiterer Beweis, wie sehr auch in kleinsten Dingen auf die Wahrung des Prestiges gesehen wurde, ist die Tatsache anzuführen, dass bei Konzepten von Schreiben, die von zwei gleich geordneten Behörden, etwa von der Regierung und der Kammer, gemeinsam ergingen, die Sigles der Mitglieder beider Kollegs in zwei nebeneinander stehenden Säulen angebracht wurden⁸⁴⁴.

Am Ende des Konzepttextes, und zwar auf der textfreien linken Hälfte, jedoch hart rechts am Text und damit von den Sigles der Räte deutlich abgesetzt, erscheint seit der Regierungszeit

Fällen den Räten, so auch KonsO 1689 cap V. GRO 1668 tit V (10) überlässt dem Sekretär das Konzipieren von Sachen "so nicht sehr wichtig".

⁸³⁷ ThStAMgn GAM XXIX 2 a.

⁸³⁸ So wird in den Regierungskonzepten der Jahre 1792 und 1793 der Geheime Regierungsrat Johann Friedrich Fritze vor dem Kanzler Johann Karl August von Uttenhoven genannt, ersterer war nämlich 1763 zum Regierungsassessor, 1768 zum Regierungsrat ernannt worden, letzterer erst 1770 und 1772.

⁸³⁹ Anwesenheitsvermerke schon 1701 ThStAMgn GAM 898. In späteren Akten fehlen sie jedoch wieder GAM 951 (1710).

⁸⁴⁰ vgl. Meisner S. 62, KamO 1668 cap VIII.

⁸⁴¹ In der Weimarer Geheimen Kanzlei erfolgte die Anbringung der Revisionssigles, soweit aus Flach Goethes amtliche Schriften I S. 446 ff feststellbar, zwar auch auf der linken freien Hälfte, jedoch nicht in der Mitte, sondern hart rechts am Text.

⁸⁴² ThStAMgn GAM 882 (1699), GAM 889 (1702 noch vereinzelt) V M 115 (1715 noch vereinzelt).

⁸⁴³ Wie streng auf die Einhaltung der Rangfolge gesehen wurde, zeigt ein Konzept von 1710 ThStAMgn GAM 957 Bl. 226. Dort hatte Konsistorialpräsident von Tilemann sein Sigle ursprünglich über dasjenige des Geheimen Ratsdirektors von Wolzogen gesetzt, es jedoch dann unterhalb davon wiederholt. Die Streichung des ersten Sigles ist nicht ganz deutlich.

⁸⁴⁴ Beispiel: In Sta Sonneberg 29,3 (1812).

Ernst Ludwigs I. ein weiteres Sigle⁸⁴⁵. Man könnte geneigt sein, darin das Zeichen des konzipierenden Sekretärs zu sehen, dem ist aber nicht so. Es erscheinen hier nämlich in erster Linie die Sigles von Kanzlisten und zwar offensichtlich derjenigen, die das Konzept "mundiert", also ins Reine geschrieben haben. Für die Zeit seit dem Regierungsantritt Anton Ulrichs kann das mit voller Gewissheit behauptet werden. Irgendwelche Fertigungsbefehle für die Reinschrift sind am Konzept nirgends feststellbar. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts treten jedoch, wie wir gleich sehen werden, vornehmlich in der Regierungskanzlei eine Vielfalt von Vermerken am Konzept auf, die einen tiefgehenden Einblick in den Geschäftsgang der Kanzlei geben. Kammerkanzlei und Konsistorialkanzlei folgen etwas später diesem Beispiel, während in den Konzepten der Geheimen Kanzlei bis in die Regierungszeit Bernhards II. außer dem bereits besprochenen Mundantensigle keine derartigen Vermerke angebracht wurden. Seit der Wende zum 19. Jahrhundert erscheint in der Regierungskanzlei unmittelbar beim Mundantensigle der Vermerk "acc." (= acceptum) und "exp." (= expeditum) mit dem Datum. In Ausnahmefällen wird auch hierbei die deutsche Sprache verwandt. Später tritt in selteneren Fällen anstelle des expeditum das hier gleichbedeutende "md." (= mundatum) auf. Diese Vermerke zeigen, wann der mit der Reinschrift beauftragte Kanzlist das Konzept erhalten und wann er es ins Reine geschrieben hat. Die Vermerke sind gelegentlich noch ergänzt durch Notizen wie "c.cop.Resc." (= cum copia rescripti), wenn der Mundant außerdem noch ein Reskript, das mit der Reinschrift des Konzepts im Zusammenhang steht, abgeschrieben hat. Diese Daten im Zusammenhang mit dem Ausfertigungsdatum der Reinschrift, dem Zustellungsdatum oder gar dem Ausstellungsdatum und dem Eingangsdatum des vorangegangenen Schriftstückes betrachtet, geben wertvolle Aufschlüsse über die Kanzleitätigkeit, besonders über die Dauer der Erledigung eingehender Schreiben. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat es in der Regel etwa eine Woche gedauert, bis der im Kollegium gefasste Beschluss bearbeitet und zugestellt war. In Einzelfällen konnte die Erledigung jedoch mehrere Wochen beanspruchen.

Das auf dem Konzept befindliche Ausstellungsdatum steht unmittelbar unter dem Text, bei den Oberbehörden dessen letzte Zeile bildend. Es ist stets das Datum der Ratssitzung, in welcher der Beschluss zur Anfertigung des Konzepts gefasst worden ist⁸⁴⁶. Der Empfänger wird in den Konzepten der Oberbehörden am Schluss des Textes angegeben und zwar auf der linken textfreien Hälfte ganz unten, wobei allerdings oft nur kurze Angaben, bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts vielfach noch in lateinischer Sprache gemacht wurden: "ad Serenissimum", "ad Cammeram", die als Kennworte dienten und in der Reinschrift zu oft weitläufigen Adressen ausgedehnt worden sind. Manchmal ist auch nur der kurze Vermerk "an innen benannten" anzutreffen. In den Konzepten der Unterbehörden, in der gewöhnlich die Anwesenheitsliste fehlt, erscheint die Adresse ebenfalls oft in Kürzungsform an der Spitze des Konzepts und zwar auf der linken textfreien Hälfte. In den Konzepten besonders der Regierungskanzlei sind seit der Wende zum 19. Jahrhundert an die Adresse noch eine Reihe anderer Vermerke angefügt, die auf die der Reinschrift anliegenden Schriftstücke und Akten hinweisen. Auch ist gelegentlich die Höhe anfallender Kanzleisporteln angegeben⁸⁴⁷.

⁸⁴⁵ Bereits ThStAMgn GAM 957 (1710) und V M 115 (1715) auch Ansätze schon V M 26 (1699), in den ersten beiden Aktenstücken ein B-Sigle, wahrscheinlich von dem Regierungskanzlisten Nikasius Burkhard.

⁸⁴⁶ Ganz eindeutig ist das aus der Regierungskanzlei nachweisbar. Der Akzeptvermerk des mundierenden Kanzlisten ist immer später als das Ausstellungsdatum des Konzepts, das mit dem der Reinschrift übereinstimmt.

⁸⁴⁷ Beispiele: "add. copia Recript Duc.N. 341 Dez." = addita copia Rescripti Ducalis Nr. 341 Dezembris. Über die Registriernummer siehe S. , "remitt 5 fasc. Amts- und Depart. Dir. Acten" = remittitur 5 fasciculos Amts- und Departementsdirektionsakten. "c. Insert" = cum Inserto, siehe S. 6 gr p.cop. = 6 Groschen pro copia usw.

Die Unterzeichnung der Konzepte erfolgte in verschiedener Weise, niemals jedoch durch denjenigen, der die Reinschrift unterschrieb, sondern meist durch den Konzipienten selbst. Bei den Unterbehörden fehlt sie in der Regel ganz. In den Lokalbehörden wurde das Konzept vom Unterzeichner der Reinschrift zuerst im Kreisamt Sonneberg um 1825 paraphiert. In der Landesregierung führte, soweit sich übersehen lässt, der Präsident Krafft 1827 die Paraphierung des Konzepts durch den die Reinschrift unterzeichnenden Beamten ein. Bei den Oberbehörden ist die Unterschrift seit dem 18. Jahrhundert offensichtlich sofort bei der Niederschrift des Konzepts als kurze Behördenbezeichnung angegeben: "Regierung", "Cammer", "Canzlei" usw. jedoch ohne Beamtennamen. In der Reinschrift wurden diese Kennworte in ganz bestimmter Weise zu oft langen Behördenbezeichnungen erweitert, so dass diese kurzen Vermerke Anhaltspunkte für den Mundanten darstellten, wie er die Unterschrift zu gestalten hatte. Nur dort, wo in der Reinschrift eine einfache Unterschrift des Beamten erscheinen sollte, fehlte ein solches Kennwort. Ein besonderer Brauch bildet sich in der Geheimen Kanzlei heraus. Schon in den ersten Jahrzehnten des Meininger Herzogtums erscheint, wenn der Landesfürst die Reinschrift selbst unterzeichnet, auch im Konzept sein Name als Unterschrift, jedoch nicht von seiner Hand. Diese Erscheinung schwindet jedoch schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und macht der Gewohnheit Platz, die unpersönliche Unterschrift "Serenissimus", "Serenissima" oder "Serenissimus regens" zu verwenden. Unter der Obervormundschaft Luise Eleonores erscheint dann auch in Konzepten die Unterschrift "Serenissima Luise Eleonore Tutrix et Regens" (abgekürzt Sma. L.E.T.e.R.). In der Zeit der gemeinschaftlichen Regierung Charlotte Amalies und Karls steht, wenn beide Fürsten gemeinsam unterschrieben, als Unterschrift "Serenissimus, Serenissima corregens". All diese Konzeptunterschriften entstammen der Hand des Konzipienten, vornehmlich also des Geheimen Sekretärs⁸⁴⁸. Wenn die Landesfürsten Schreiben der Geheimen Kanzlei nicht selbst unterzeichnen, taten das, wie wir noch später im Einzelnen sehen werden, die Geheimen Räte mit dem Auftragsvermerk "ad mandatum Serenissimi proprium". Im Konzept erscheint dann dieser Auftragsvermerk nur in der abgekürzten Form "ad mdtum Smi pprium" oder "ad mdtum Smae T e R pprium", jedoch nicht mit dem Beamtennamen selbst. Wenn im 18. Jahrhundert der Geheime Rat mit eigener Behördenbezeichnung firmierte, was außerordentlich selten geschah, ist im Konzept, ähnlich wie bei den Landeskollegien, die allerdings hier lateinisch und gekürzt angeführte Behördenbezeichnung benutzt worden: "Conc. Intim" (= Concilium Intimum).

848

In der zeitgenössischen Weimarer Geheimen Kanzlei schrieb der Geheime Sekretär den Namen des Landesfürsten unter das Konzept. Flach Goethes amtliche Schriften I S. LXIII.

Erläuterung zu vorstehender Abbildung

Das Konzept des Reskripts der Herzogin Luise Eleonore vom 13. März 1804 an die Kammer mit der Anweisung, dem Kammerregistrator Christian Friedrich Ruppe eine Besoldungszulage von 60 Talern zu gewähren, stammt aus den Akten ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1473. Es ist von dem Geheimen Sekretär Karl Heinrich Ludwig Jacobi geschrieben. Der Text wird abgeschlossen durch die Formel Sma L.E.T.e.R. (Seremissima Luise Eleonore Tutrix et Regens), die anstelle der eigenhändigen Unterschrift der Landesregentin in der Ausfertigung steht. Links unter die Adresse, oben links die Anwesenheitsliste bei der Sitzung des Geheimen Ratskollegiums vom 13. März 1804, an der Spitze: Seremissima Regens. Es fehlt der Wirkliche Geheime Rat von Dürckheim. Unter der Anwesenheitsliste die Revisionssigles der Landesregentin und der Mitglieder des Geheimen Ratskollegiums, von oben nach unten: Herzogin Luise Eleonore (L.D.) Wirklicher Geheimer Rat Franz Christian Eckbrecht von Dürckheim (FEvD), Wirklicher Geheimer Rat und Kanzler Johann Karl August von Uttenhoven (JKAvU verschlungen), Wirklicher Geheimer Rat Christian Ferdinand von Könitz (vKz) und Wirklicher Geheimer Rat und Konsistorialvizepräsident Johann Ludwig Heim (JLH). Unten links hart am Text das Sigle des Geheimen Registrators Friedrich Christoph Pabst (P.) als des Kanzlisten, der die Reinschrift erledigte. Ganz unten rechts der Zustellungsvermerk aus der Hand des Geheimen Registrators Pabst.

Erläuterung zu vorstehender Abbildung

Die Regierung stimmt in einem Kommunikationsschreiben der Kammer zu, Johann Rierl aus Sonneberg nicht ein ausschließliches Recht zum Betrieb einer Cichorienkaffeeabrik zu gestatten und empfiehlt, eine ärztliche Begutachtung der Erzeugnisse einzuholen. ThStAMgn Älteres Finanzarchiv Konzessionen Nr. 1825. Das Konzept stammt aus der Hand des ersten Regierungssekretärs Karl Valentin Böttiger. Es ist typisch für ein Regierungskonzept der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Links oben die Anwesenheitsliste bei der Regierungssitzung vom 15. September 1808. Darunter die Revisionssigle, von oben nach unten: Vizekanzler Karl Konstantin von Künßberg (CK) und Regierungsrat Ludwig Philipp von Türke (LvT), der in der Regierungssitzung selbst nicht anwesend war und das sehr eigenwillige Sigle des Regierungsrats August Friedrich Schwendler (S.). Das Sigle des in der Regierungssitzung anwesenden Regierungsrats von Donop fehlt. An die Adresse schließt sich der Vermerk an, dass ein Faszikel Kammerakten und ein Faszikel Sonneberger Amtsakten (Praefectura Sonnebergensis) mit zurückgeschickt worden sind. Darauf weisen auch die beiden Anlagestriche neben den Revisionssigles hin. Links am Text der Vermerk des die Reinschrift besorgenden Regierungskanzlisten Gottfried Theodor Christian Otto mit dem Empfangs- und Ausfertigungsdatum. Unter der Adresse der Zustellungsvermerk aus der Hand des Regierungsbotenmeisters Johann Konrad Bauersachs. Ganz unten links die Nummer des Ausgangsregisters der Regierungskanzlei. Wie bei allen Reskripten der Regierungskanzlei aus dieser Zeit ist der Werdegang des Schreibens genau zu verfolgen: Beschluss in der Regierungssitzung am 15. September 1808, alsbaldige Aufsetzung des Konzepts und Revision, Übergabe an den mundierenden Kanzlisten am 16. September, Anfertigung der Reinschrift am 19. September, Zustellung an die Kammerkanzlei am 27. September 1808.

All.
 L. S. S. S.
 G. S. S.
 W. S. S.

Vonnachst des Herrn Herzog
 zu... gütigst befohlen
 haben, dem Herrn...
 und Konsistorialrath...
 Cämel... die ihm an
 seiner... und
 abgeforderten...
 Anwesenheit, namentlich

10. - ... a 3. 10.
 25. - ... a 1. 12. 10.

50. - ... a 1. 10. 10.
 gegen... des...
 ... a 25. 10. 10.
 den... Geld...
 ... dem...
 ... Lucia a 10.
 ... a. i. ...
 ... zu lassen, die
 ... auf die...

 ... hat. ...

In Befolgung des...
 Resident...
 ...

W.

...
 ...
 Nr. 383.

...
 ...
 ...

...
 ...
 ... 1803.

Abbildung
 Konzept der Kammerkanzlei 1803

Erläuterung zu vorstehender Abbildung

Dieses typische Konzept der Kammerkanzlei aus dem Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts ist den Akten ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1569 entnommen. Die Kammer teilt in Dekretform dem Regierungs- und Konsistorialrat Ludwig Philipp von Türke seine neue Gehaltsfestsetzung mit und gibt bekannt, dass sie dem Kammerobereinnehmer entsprechende Anweisung zur Auszahlung gegeben hat. Das Konzept stammt aus der Hand des Kammersekretärs Christian Friedrich Ernst Schenk. Er schrieb den Text auf der rechten Seite, die Adresse auf der linken Seite und den sich darunter befindlichen Aktenhinweis auf die "Bestallungsakten" des Regierungsrates von Donop, in denen auch das die Besoldungsangelegenheit Türkes regelnde Reskript des Herzogs aufbewahrt wird. Oben links die Revisionssigles der Kammermitglieder. Von oben nach unten: Geheimer Kammerrat Anton von Uttenhoven (AvU), Kammerrat Karl Friedrich Wilhelm Gottlieb von Bibra (CFWGVbB), Kammerrat Christian Ludwig Ernst Caroli (CLEC), Oberstallmeister Gottlieb Hartmann von Erffa (GHvE) und Kammer- und Forstrat Johann Matthäus Bechstein (Bst). Eine Anwesenheitsliste fehlt. Links hart am Text das Sigle des Akzessisten Christian Peter Stief (St.), der die Reinschrift schrieb. Er wurde erst am 20. Dezember 1804 Kammerkanzlist. Darüber ein Vermerk über die Eintragung des Vorganges in das Besoldungsbuch aus der Hand des Rechnungsrevisors Ernst Friedrich Karl Müller. Unter der Adresse die Nummer des Ausgangsregisters der Kammerkanzlei. Ein Zustellungsvermerk fehlt.

Die Reinschrift des Konzepts wurde in den Oberbehörden von den Kanzlisten besorgt. Nach ihrer Fertigstellung wurde die Kollationierung vorgenommen, der Vergleich des Konzepts mit der Reinschrift. Sie ist ohne Zweifel schon im 17. Jahrhundert durchgeführt worden, doch sind die Kollationierungsvermerke in den Meininger Kanzleien erst recht spät nachweisbar. Sie traten vereinzelt in den ersten Jahren der Regierungszeit Charlotte Amalies auf, werden aber erst seit Frühjahr 1792 in der Regierungskanzlei allgemein angebracht. Möglicherweise hängt diese Neuerung mit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Johann Karl August von Uttenhoven am 12. März 1792 zusammen⁸⁴⁹. Es erscheint also Kollationsvermerk auf der ersten Seite der Reinschrift ganz unten links zunächst ein "c", bald jedoch "coll" (collateratum). Im Jahre 1793 begegnet uns schon an derselben Stelle, jedoch nunmehr ganz unten rechts der Name des Kollationisten, vielfach mit einem vorausgehenden "c" oder "coll" und gelegentlich unter einem kurzen Querstrich. Dieser Vermerk mit bloßer Namensunterschrift ist streng von einer Gegenzeichnung zu unterscheiden, die bei den landesherrlichen Reskripten und Erlassen erst 1827 auftritt. Die Namensangaben zeigen, dass die Kollationierung sowohl von Sekretären und Registratoren als auch von Akzessisten und Kanzlisten vorgenommen worden ist. Es fällt dabei weiter auf, dass nach dem Tode Georgs I. die Kollationierungsvermerke auf den Reinschriften wieder weniger sorgfältig angebracht worden sind, oft ist nur ein Namenssigle, gelegentlich wie ehemals nur ein "c" oder "coll" vorhanden. In Ausnahmefällen fehlen diese Vermerke sogar ganz. Erst nach den Befreiungskriegen kehrte man langsam zu den alten Gebräuchen zurück. Eine Ausnahme bildet bei alledem die Geheime Kanzlei. Hier wurde die Kollationierung stets vom Geheimen Sekretär selbst vorgenommen, der mit vollem Nachnamen abzeichnete. Die Schreiben der Unterbehörden dagegen kennen nur in Ausnahmefällen den Kollationierungsvermerk.

⁸⁴⁹ MWN 13/1792, nach KammO 1668 cap. VI und KonsO 1689 cap. XX (13) hatte der Sekretär die Kollationierung vorzunehmen.

Die Reinschrift wurde nunmehr zur Unterzeichnung vorgelegt. In der Meininger Verwaltung sind alle ausgehenden Schriftstücke unterschrieben, und zwar in den Oberbehörden, soweit nicht der Landesherr selbst unterzeichnete, vom Vorsitzenden des Landeskollégs oder von einem hierzu beauftragten Kollegialmitglied, in den Unterbehörden vom Behördenleiter. Die Frage der Unterschrift wird uns noch später eingehend beschäftigen müssen, so dass wir uns hier mit diesem Hinweis begnügen wollen. Das Schreiben wurde daraufhin gefaltet und zwar in der Weise, dass das Mittelstück der Rückseite des letzten Blattes als Adressenaufschrift dienen konnte. Um die Heimlichkeit des Schriftverkehrs zu wahren, wurde es mit einem Siegel verschlossen. Über die Art und den Gebrauch des Siegels wird ebenfalls später noch eine nähere Darstellung zu geben sein.

Eine besondere Praxis musste sich bei dem Zustandekommen der landesherrlichen Unterschriften ergeben, als 1746 bis 1763 der regierende Herzog Anton Ulrich in Frankfurt am Main wohnte, die Landeskollégien und das Geheime Ratskollégium aber in Meiningen verblieben. Anhand einiger Aktenstücke können wir den sich dadurch ergebenden komplizierten Geschäftsgang aufzeichnen. Die Konzepte entstanden auch jetzt noch gewöhnlich im Concilium Delegatum, einer Einrichtung, die Anton Ulrich schuf und die dem Geheimen Ratskollégium entsprach. Durch Boten wurden sie nach Frankfurt gebracht, dort vom Herzog genehmigt, in der dortigen kleinen Kanzlei mündlich und die Reinschrift sofort abgeschickt⁸⁵⁰. Gelegentlich sind natürlich auch in Frankfurt selbst Konzepte entstanden, besonders bei fürstlichen Handschreiben. Diese sind dann ausnahmsweise vom Herzog mit eigenem Sigle paraphiert und in einigen Fällen sogar mit eigenhändigem Abgangsvermerk versehen worden.

Das aus der Kanzlei ausgehende Schriftstück wurde vorher durch den Registrator in das Ausgangsregister eingetragen und zwar offensichtlich vor der Verschließung⁸⁵¹. Wie oben bereits kurz angedeutet, sind uns weder die Eingangs- noch die Ausgangsregister der alten Meininger Kanzleien erhalten. Doch gibt eine in die Breite gehende Prüfung des auf uns gekommenen Aktenmaterials wertvolle Aufschlüsse über das Registerwesen. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts finden wir auf den Reinschriften und Konzepten Hinweise für eine Eingangsregistrande. Die ausgehenden Schriftstücke wurden nach fortlaufenden Nummern eingetragen, wobei bei den Zentralkanzleien diese Nummern vielfach als Kennziffern der Schriftstücke dienten, so dass man einfach vom "Rescript 2131" usw. sprach⁸⁵². Zwischen der Regierungs- und der Kammerkanzlei bestand dabei jedoch ein Unterschied. In ersterer wurde nämlich monatlich neu mit der Zählung begonnen, so dass hinter der Zahl auch stets der Monatsname erschien, während die Kammerkanzlei für ein ganzes Kalenderjahr, gelegentlich auch für das Kalenderhalbjahr, durchnummerierte und somit zu verhältnismäßig hohen Zahlen kam. Dem Beispiel der Regierungskanzlei folgten, soweit sich übersehen lässt, die Unterbehörden und auch die Geheime Kanzlei, deren Schriftverkehr allerdings umfangmäßig in keinem Verhältnis zu Regierung und Kammer stand. Eine Untersuchung zeigt, dass zu Anfang des 19. Jahrhunderts monatlich je 3 bis 400 Schriftstücke aus diesen beiden bedeutendsten Schreibstuben des Landes ausgegangen sind.

⁸⁵⁰ Als Beispiel geben wir eine Reichslehnsache in ThStAMgn GAM 204: Das Konzept stammt aus der Hand des Geheimen Rats von Biechling und ist vom Geheimen Rat von Pfau revidiert worden "Meiningae in Conferentia Consilii Secretioris die 26. August 1746", angekommen ist es in Frankfurt am 28. August 1746 "per Estaffetta", am selben 28. August 1746 ist es "expidiret" und am 30. August die Reinschrift "abgeschicket worden".

⁸⁵¹ Die Registerführung durch den Registrator ist schon in KO 1687 cap VI festgelegt.

⁸⁵² Am 10. März 1828 teilt der Kammersekretär Ruppe mit, dass im Jahre 1825 5778 Schreiben und im Jahre 1827 7284 Schreiben die Kammerkanzlei verlassen haben und ins Ausgangsregister eingetragen sind. ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1473.

Bei den Immediatkommissionen war die schriftliche Tätigkeit weniger umfangreich. Von der Oberökonomiekommission ist uns aus ihrer Blütezeit ein Tätigkeitsbericht für das Jahr 1795 erhalten⁸⁵³. Danach waren in diesem Jahr 177 Berichte und Bittschriften eingegangen. Gefertigt wurden gleichzeitig sechs allgemeine und 82 spezielle Reskripte sowie 10 allgemeine und 12 spezielle Dekrete, außerdem 10 Kommunikationsschreiben. In drei Jahren waren 42 Aktenbände entstanden. Wenn wir bedenken, wie wenig Akten uns heute von dieser Immediatkommission noch überliefert sind, so können wir ermessen, in welchem großem Umfang im 19. Jahrhundert Aktenmaterial in den Meininger Oberbehörden vernichtet worden ist.

Der Registriervermerk erscheint an Konzept und Reinschrift in mannigfacher Gestalt. Im Konzept wird er meist auf der linken textfreien Hälfte des Blattes aufgeführt und zwar ganz unten als kurze Notiz "ad 290 Jun." oder, wie es in der Kammerkanzlei gelegentlich vorkam, in Verbindung mit der Adresse: "An Cammerschreiber Kremmer allhier nr. 881"⁸⁵⁴. Auf den Reinschriften der Zentralbehörden erscheint der Registriervermerk seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zunächst vereinzelt, bald aber ständig und zwar links unterhalb der Adresse, also auf der Außenseite des verschlossenen Schreibens. Die Geheime Kanzlei allerdings hat diesen Brauch nicht eingeführt. Bei der Kammerkanzlei ist der Registriervermerk zusätzlich auch auf der Innenseite der Reinschrift angebracht und zwar ganz unten in der Mitte. Hervorzuheben ist noch, dass in den Reinschriften der Regierungskanzlei und der ihr in vieler Hinsicht folgenden Konsistorialkanzlei seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts unterhalb der Registriernotiz links unter der Adresse eine gelegentlich mehrere Zeilen umfassende Inhaltsangabe des Schreibens aus der Hand des Mundanten angegeben ist. Solche Betreffs finden wir auch seit dem 18. Jahrhundert an anderen Stellen der Außenseiten der Reinschriften, jedoch so angebracht, dass sie beim verschlossenen Brief nicht sichtbar waren.

Es bleibt noch die Zustellung des Schreibens zu behandeln. Sie erfolgte im 18. Jahrhundert durch Boten. Erst im 19. Jahrhundert ging man langsam dazu über, die Post zu benutzen. Es erscheinen dann anstelle des Zustellungsvermerks Notizen wie: "Am 11. 1. (18)28 ist dieser Bericht ... auf die Post gegeben worden". Die Aushändigung an den Boten erfolgte durch den Botenmeister, der ohne Zweifel auch gleichzeitig das dazugehörige Konzept in die Hände bekam. Nach Rückkehr des Boten brachte der Botenmeister mit vollem Namenszug den Vermerk an, dass der Bote das Schreiben dem Adressanten "insinuiert" habe. Solche Zustellungsvermerke finden wir seit dem Ende des 18. Jahrhunderts regelmäßig. Sie treten aber vereinzelt schon in der ersten Hälfte desselben Jahrhunderts auf⁸⁵⁵.

Das Konzept wurde daraufhin zu den Akten genommen. Über die Behandlung der Akten in der Registratur geben die angebrachten Vermerke der Registratoren gelegentliche Hinweise. Die Akten wurden in der Regel geheftet und mit einem Deckblatt versehen. Das Deckblatt enthält die Bezeichnung der Behörde, bei der das Aktenstück entstanden ist und den Betreff, meist auch die Jahreszahl des Beginns, seltener aber des Ende der Laufzeit⁸⁵⁶. Der Text des

⁸⁵³ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 17913.

⁸⁵⁴ Beispiele: Aus ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1135 (1798).

⁸⁵⁵ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 12794 belegt für das Jahr 1743 für ein Regierungsschreiben. Schon KO 1687 cap XIX (4) führt an: "Der Botenmeister soll der Boten relation bei ihrer Wiederkunft und zu welcher Zeit er sie ausgeschickt hat, mit Fleiß registrieren".

⁸⁵⁶ Herzoglich Sächsische Regierungs-Acta, die von dem Herrn Geheimen Rat und Oberamtmann von Donop zu Sonneberg gesuchte Concession zu Anlegung einer Spiegel-Fabric zu Köppelsdorf betreffend 1778, 79 (ThStAMgn Älteres Finanzarchiv Konzessionen 1550), Acta Cameralia den mit dem Großherzogtum Würzburg anno 1808 abgeschlossenen Staatsvertrag betreffend 1808 (ThStAMgn GAM 298) Acta Consistorialia die hiesige Hofdruckerei betreffend 1750 - 1760. 1791 (ThStAMgn Älteres Finanzarchiv Konzessionen 683),

Aktendeckblattes ist im 18. Jahrhundert stets handschriftlich, jedoch meist in Kuntschrift angefertigt. Erst um 1820 treten in den Meininger Zentralverwaltungen die ersten gedruckten Aktendeckel auf. Der Betreff ist freilich auch hier handschriftlich angegeben. Gelegentlich werden die Aktendeckblätter mit dem sich im Laufe der Jahrzehnte mehrenden Akteninhalt fortgeschrieben. Das geschieht entweder in der einfachen Form durch Angabe weiterer Jahreszahlen oder durch Fortschreibung des Betreffs. Somit wird gelegentlich das gesamte Deckblatt beschrieben⁸⁵⁷. Die an der Akte vorhandenen älteren, zeitgenössischen Aktenzeichen lassen erkennen, dass in den Meininger Registraturen des 18. Jahrhunderts bereits nach bestimmten Aktenordnungen verfahren worden ist.

5.4. Kanzleigebräuche

Nachdem wir nun den Geschäftsgang der Zentralkanzlei des Herzogtums kennengelernt haben, wird es nunmehr notwendig sein, die verschiedenen Arten der Schriftstücke zu behandeln, die in den Meininger Behörden entstanden sind. Auch hier hält sich das Herzogtum an die gemeinüblichen Formen.

Zu unterscheiden sind zunächst Schreiben übergeordneter an untergeordnete, Schreiben gleich geordneter und Schreiben untergeordneter an übergeordnete Behörden. Wir wollen uns vornehmlich auf die in der Verwaltungspraxis am häufigsten auftretenden Formen beschränken. Die Hauptmasse der aus den Kanzleien der Oberbehörden ausgehenden Schreiben waren Schriftstücke der Überordnung, Anweisungen des Landesherrn aus Kabinett oder Geheimen Rat an die Landeskollegien und an Lokalinstanzen oder solche der Landeskollegien an die Unterbehörden, an die Gesamtbevölkerung oder an Einzelpersonen.

Hier sind zunächst das Patent, das Mandat und die Verordnung zu erwähnen, durch welche der Landesfürst seinen Untertanen allgemein verbindliche Anweisungen gegeben hat. Im Zeitalter des Polizeistaates waren sie die allgemein übliche Form, Gesetze zu erlassen, die erst seit 1824, anfangs allerdings noch in sehr bedingter Form, einer ständischen Genehmigung bedurften. Die Meininger Landesfürsten bedienten sich dabei vornehmlich der

Herzogl. Sachsen-Meiningische Lehnhofacten, die Verzeichnisse sämtlicher Lehne, die Lehntaxen und andere Nachrichten betreffend (ThStAMgn Lehensarchiv 73) - Herzogl.-Sachsen-Meiningische Oberökonomie-Commissions-Akten, die Errichtung und Organisation der Oberökonomie-Commißion und der Landes-Ökonomie-Commißionen betreffend 1792-1798 (ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 17913) - Herzogl. Sächsische Chaussee-Bau-Commissions-Acta, die Wiederbesetzung der durch das erfolgte Ableben des Herrn Geheimen Rats, Obermarschall und Cammerpräsidenten von Türks völlig erloschenen Chaussee-Bau-Commission durch den Herrn Regierungsrat von Donop und den Herrn Cammerat Grafen von Ranzau betreffend 1798 (ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 16436), Handlungs-Commissions-Acta, die den Boßirern Gebrüder Gottlieb und Johann Friedrich Müller zu Sonneberg erteilte Erlaubnis, Papiermache-Waaren verfertigen zu dürfen. 1805, 1806 (ThStAMgn, Staatsmin., Abt. des Innern 21329), Sonneberger Herzogliche Kreisamts-Acta, betreffend den Zustand des Gemeindewesens im hiesigen Kreisbezirk Anno 1826, 27, 28 (ThStAMgn Kreis Sonneberg 643), Oberländische Forstdepartements-Akten, die Künzelisch-Greinersche Sandgrube im Neuhauser Forst betreffend 1818 (ThStAMgn Forstdepartement Sonneberg 220), Sonneberger Geistliche Untergerichts-Acta, die Anlegung eines neuen Gottesackers in Oberlind betreffend 1759 (Landeskirchliches Archiv Eisenach Insp. Sonneberg Nr. 0 37), Herzogliche Amts-Ökonomie-Acta über das Dorf Bettelhecken 1799 (ThStAMgn Kreis Sonneberg 2017).

⁸⁵⁷ Als Beispiel sei angeführt ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1134: Herzoglich Sächßische Geheime Canzlei-Acta/ Die Ernennung des Herrn Georg Carl Wilhelm Philipp von Donop zu Hofjunker betreffend/ 1785/ deßen weitere Beförderung zum Regierungsassessor und Cammerjunker betreffend 1792.1793/ ingleichen deßen Avancement zum Regierungsrat 1797.1806/ deßen weitere Beförderung zum Geheimen Regierungsrat/ ingleichen zum Vice-Kanzler/ ferner deßen weitere Beförderung zum wirklichen Geheimen Rat und Canzler 1808/ 1809/ 1812/ 1813/ 1816/ 1817/ 1819/ 1821/ 1825/ 1826.

Geheimen Kanzlei, gelegentlich aber auch der Kanzleien der Landeskollegien⁸⁵⁸. Die üblichen Bezeichnungen Mandat, Patent und Verordnung gehen ineinander über, sie sind dem Begriff nach nicht zu unterscheiden. Bald wird ein "Patent" im Text selbst als "Verordnung" genannt, bald eine "Verordnung" Mandat⁸⁵⁹. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts überwiegt dabei der Ausdruck Patent, während sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der Begriff Verordnung durchsetzt. Allerdings wird eine Verordnung oftmals nicht mit dieser Bezeichnung überschrieben. Der Verordnungscharakter kommt aber in Formulierungen zum Ausdruck wie: "Wie setzen demnach und ordnen" oder "In dieser Hinsicht verordnen und bestimmen wir hiermit folgendes"⁸⁶⁰. Wesentlich ist, dass also diese Schriftstücke für die Öffentlichkeit bestimmt sind und ihre weitgehendste Bekanntgabe ausdrücklich verlangt wird.

Die Patente und Verordnungen tragen noch stark die Eigenschaften der mittelalterlichen Herrscherurkunde⁸⁶¹. Sie schwinden aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts merklich, dem Zeitgeist und der Vorliebe der Herzöge Karl und Georg I. für Einfachheit entsprechend. Während die Patente Anton Ulrichs noch ganz von barocken Floskeln und Zutaten überladen sind, setzt sich unter Charlotte Amalie größere Schlichtheit durch. Freilich kommt auch hier immer wieder der Gedanke zum Ausdruck, möglichst eindrucksvoll zu erscheinen. Es wird stets der große Herrschertitel und die Wir-Form verwendet, ein feierlicher Stil gebraucht und die Verordnung unter eigenhändiger Unterschrift des Landesherrn und Beidrückung des Siegels erlassen.

Erst im beginnenden 19. Jahrhundert treffen wir sogenannte "Stellvertretende Behördenverordnungen" an. Sie sind nicht mehr vom Landesfürsten sondern vom Vorsitzenden eines Landeskollegs unterzeichnet, benutzen aber weiterhin den landesherrlichen Titel und die Wir-Form⁸⁶². Nach dem Regierungsantritt Bernhards II. vermehrt sich dann der Anteil der stellvertretenden Behördenverordnungen merklich. Es treten nunmehr auch in großer Zahl stellvertretende Behördenverordnungen auf, die "auf höchsten Befehl und mit Genehmigung" des Landesfürsten oder mit ähnlichen Formulierungen erlassen worden sind. Wo der Herzog noch selbst unterzeichnet hat, spricht man seit 1826 von einer "höchsten Verordnung"⁸⁶³. Eine Mitwirkung der Stände war dabei nach § 14 (7) des Grundgesetzes vom 4. Sept. 1824 nur in Ausnahmefällen nötig. Im Dezember 1828 tritt für diese "höchsten Verordnungen" erstmals die später gebrauchte Bezeichnung "Edikt" auf⁸⁶⁴.

Eine weitere Gruppe bilden die Urkunden, die entweder den Landesfürsten oder ein Landeskolleg zum Aussteller haben. Sie sind in der "Wir-Form abgefasst und weisen nach dem Titel die charakteristische Formel „... urkunden und bekennen hiermit ...“ auf. Die

⁸⁵⁸ Die Judenverordnung vom 8. November 1799 ist in der Regierungskanzlei, die Judenemanzipationsverordnung vom 5. Januar 1811 in der Geheimen Kanzlei entstanden.

⁸⁵⁹ Im Gewächschafspatent vom 30. März 1781 wird "von dieser unserer landesfürstlichen Gewächschafsverordnung" gesprochen, die Verordnung, das Leih- und Pfandwesen betreffend, vom 12. September 1771 wird im Text als "Mandat" bezeichnet, die Akzisordnung vom 14. März 1814 wird im Text Patent genannt.

⁸⁶⁰ Getreideverordnung vom 19. August 1796. Gewerbeordnung vom 1. Februar 1815.

⁸⁶¹ Meisner S. 28.

⁸⁶² Z.B. Gewerbeverordnung vom 1. Febr. 1815, unterzeichnet von dem Kanzler Karl von Künßberg.

⁸⁶³ MWN 7/1827.

⁸⁶⁴ MRIB 34/1827. In einer Bekanntmachung vom 22. August 1827 wird von einer "Höchsten Verordnung" vom 25. Juni 1825 gesprochen, die jedoch damals selbst nur als Verordnung bezeichnet wurde. Schon das Sportelpatent vom 20. Dezember 1714 wird als "Edikt" bezeichnet. ThStAMgn ZM 216.

mittelalterlichen Urkundsbestandteile bleiben dabei bis ins 19. Jahrhundert weitgehendst erhalten.

Die Masse des aus den meiningischen Verwaltungen überlieferten Archivgutes bildet aber der in den Akten enthaltene Schriftwechsel. Er war geheimer Natur, besonders wenn man an das den Einzelfall regelnde Schreiben denkt. Gerade auf diese Heimlichkeit und Vertraulichkeit ist im absolutistischen Staat außerordentlicher Wert gelegt worden. In allen Beamtenbestellungen ist das immer wieder betont worden.

Eine Mittelstufe zwischen den für die Öffentlichkeit bestimmten Verordnungen und den einen bestimmten Einzelfall behandelnden Schreiben bilden die Anweisungen der Zentralbehörde, die zwar nicht für die Öffentlichkeit, jedoch für sämtliche Unterbehörden gleichzeitig bestimmt waren, etwa die "Generalreskripte". Sie ergingen noch im 18. Jahrhundert handschriftlich unter Verschlussiegel, später auch gedruckt. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die "Instruktionen", Weisungen allgemeiner Art über grundsätzliche Fragen der Verwaltungspraxis, der Polizei-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie sie besonders von der unter Herzog Georg I. entstandenen Oberökonomiekommission ergangen sind⁸⁶⁵. Die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts immer umfangreicher werdende Verwaltungstätigkeit hatte zur Folge, dass man mit einem solchen Ausfertigungsverfahren nicht mehr auskam. Als Mitteilungsblatt der Landesbehörden für die Öffentlichkeit wurden die schon seit 1767 in Meiningen erscheinenden "Meiningischen Wöchentlichen Nachrichten" benutzt. Am 14. Mai 1804 teilte dann die Regierung allen Unterbehörden mit, dass nunmehr alle allgemeinen Weisungen, "wenn der Inhalt dem Publikum bekannt sein darf und nicht von zu großer Ausdehnung ist", in diesem Wochenblatt erscheinen werden, die Veröffentlichungen wie Reskripte zu befolgen und "praesendiert ad acta zu nehmen" sind⁸⁶⁶. Seitdem sind die Meininger Wöchentlichen Nachrichten für Weisungen an die Unterbehörden als amtliches Nachrichtenblatt benutzt worden. Diese Eigenschaft ist dann am 1. Januar 1826 auf das "Meininger Regierungs- und Intelligenzblatt" übergegangen⁸⁶⁷.

Die meisten der in den zentralen Meininger Kanzleien entstandenen Schreiben ergingen in der Form des Reskripts und des Dekrets. Beide Begriffe sind in der Meininger Kanzleisprache des 17. bis 20. Jahrhunderts geläufig und bedeuten Schreiben einer Oberbehörde mit Weisungs- und Genehmigungsbefugnissen an nachgeordnete Stellen oder untergebene Einzelpersonen. Reskripte sind Schreiben, die im *stilus regius* ergingen, in der Wir-Form, während das Kennzeichen der Dekrete der *stilus relativus*, die dritte Person, ist⁸⁶⁸. Dieser aktenkundliche Unterschied ist auch den Meininger Kanzleien durchaus bekannt⁸⁶⁹. Allerdings gab es dabei eine wichtige Ausnahme. Die *stilo regio* erlassenen Schreiben, die eine Begünstigung einer Einzelperson, sei es eine Bestallung, Titelverleihung,

⁸⁶⁵ Z.B. Entwurf einer gemeinnützigen Instruktion für Diener und Untertanen vom 22. Februar 1793 und Instruktion der Oberökonomiekommission für die Stadträte und Schultheißen wegen Erhaltung der Getreidenotdurft im Lande vom 28. Oktober 1802.

⁸⁶⁶ Ausfertigung: Regierung an den Stadtrat zu Sonneberg 4. Mai 1804 Sta Sonneberg 1,8a.

⁸⁶⁷ Verordnung vom 27. Dezember 1825 MWN 53/1825.

⁸⁶⁸ Meisner S. 29, 186, 32.

⁸⁶⁹ Vgl. Stempelgeldordnung vom 6. März 1775. Als z.B. der Regierungsregistrator Hönn auf dem Konzept eines von Regierung und Kammer unter dem 28. Februar 1811 an den Amtskastner zu Neuhaus erlassenen Behördendekret im Zustellungsvermerk fälschlicherweise Reskript schrieb, hat er diese Bezeichnung sogleich wieder durchgestrichen und "Dekret" darüber gesetzt. Sta Sonneberg 29,3.

Besoldungszulage und ähnliche enthielten, wurden amtlich nicht als Reskripte sondern als Dekrete bezeichnet⁸⁷⁰.

⁸⁷⁰ "Bestallungsdekrete" ThStAMgn GAM XXVII 1-5, Titulardekrete vgl. auch Stempelgeldordnung vom 6. März 1775, die im übrigen einen guten Überblick über die in dieser Zeit aus den Meininger Behörden ausgehenden Arten von Schriftstücken enthält. Die oben angeführte Verwendung des Begriffs "Dekret" trifft auch für die zeitgenössischen Weimarer Kanzleien zu. Flach Goethes Amtliche Schriften S. LVI.

Die Weisungen der Oberbehörden erfolgten im Einzelfall vorwiegend in der Form des Reskripts. Es entsprach dabei ganz dem Geist des patriarchal geleiteten Staates, dass der Landesfürst möglichst alle, auch die an sich unbedeutenden Dinge selbst regelte. In den ersten Jahrzehnten des Meininger Herzogtums ist deshalb auch die Zahl der vom Landesherrn selbst unterschriebenen Reskripte verhältnismäßig groß. Die dann zunehmende Verwaltungstätigkeit ließ aber eine persönliche Beteiligung des Landesfürsten nur noch in Ausnahmefällen zu. Als Herzog Anton Ulrich schließlich während seiner Regierung außer Landes weilte, wurde zwar auch weiterhin durch Anwendung der Wir-Form, des Herrschernamens und Titels die Fiktion aufrecht erhalten, dass der Landesherr tatsächlich die alleinige Quelle der Gesetzgebung, Exekutive und richterlichen Gewalt sei. Es haben aber seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Meininger Landesherren in der Regel nur die im Geheimen Ratskollegium als dem Kreis ihrer persönlichen Ratgeber entstandenen Schreiben selbst unterschrieben und sich bei den übrigen Landeskollegien nur auf die Unterzeichnung der Schriftstücke beschränkt, die einen besonderen Hoheitsakt darstellten. Für diese Art von Reskripten tritt in den ersten Jahren der Regierung Bernhards II. die Bezeichnung "höchstes Reskript" auf, und zwar offensichtlich in Anlehnung an die Bezeichnung "Höchste Verordnung"⁸⁷¹. Wir werden später noch im Einzelnen sehen, dass seit der Regentschaft Charlotte Amalies die Geheimen Räte mit einem besonderen Auftragsvermerk vielfach dort unterschrieben haben, wo an sich die Unterzeichnung dem Landesherrn vorbehalten war.

Die weitaus größte Zahl der in den Kanzleien der Landeskollegien seit der Mitte des 18. Jahrhunderts entstandenen Reskripte sind zwar ebenfalls in der Wir-Form und unter Herrschernamen und -titel, jedoch ohne Herrscherunterschrift ergangen. Hier unterzeichnete der Vorsitzende des Kollegs, gelegentlich auch ein anderer Rat und zwar ohne Auftragsvermerk. Solche Schriftstücke finden wir vereinzelt bereits in den ersten Jahren der Regierung Bernhards I. Es handelt sich um sogenannte "stellvertretende" Behördenreskripte, die in den zentralen Meininger Kanzleien am Ende des 18. Jahrhunderts schließlich so häufig auftreten, dass sie fast als die allgemeine übliche Form der Weisung der Landeskollegien an Unterbehörden und Untertanen für bestimmte Einzelfälle angesehen werden können.

Neben diesen unter dem Herrschertitel und *stilo regio* erlassenen Reskripten begegnen uns die ebenfalls in Wir-Form ergehenden "selbständigen" Behördenreskripte verhältnismäßig spät⁸⁷². Das ist ganz aus dem bereits oben angedeuteten Geist des absolutistischen Staates und seiner Idee von der persönlichen Exekutive des Landesfürsten zu verstehen, der erst am Anfang des 19. Jahrhunderts langsam verschwindet. Die Wir-Form ist hier nicht "Plural majestatis" sondern kollektiver Plural. Die selbständigen Behördenreskripte ergehen verhältnismäßig selten unter Aufführung der ganzen Titulatur, etwa in der Form: "Wir zur herzoglich Sächsischen Obervormundschaftlichen Regierung verordnete Präsident, Canzlar, Vicecanzlar, Räte und Assessor teilen Euch mit ..."⁸⁷³. Viel häufiger kommt es vor, dass ohne Titel sogleich mit dem eigentlichen Text begonnen wird, etwa: "Wir lassen Euch unverhalten, daß ...". Sogleich nach dem Regierungsantritt Bernhards II. 1821 wurden dann die selbständigen Behördenreskripte "Im Namen seiner Herzoglichen Durchlaucht, des Herzogs Bernhard von Sachsen-Coburg-Meiningen" erlassen. Alle diese selbständigen Behördenreskripte tragen am Schluss als Unterschrift außer dem eigenhändigen Namenszug des Behördenleiters die Behördenbezeichnung, anfangs vornehmlich in erweiterter, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts jedoch immer stärker in vereinfachter Form.

⁸⁷¹ MWN 7/1827.

⁸⁷² Vgl. hierzu Meisner S. 37ff.

⁸⁷³ Beispiel entnommen aus Sta Sonneberg 61,18: Schreiben der Regierung an den Stadtrat von Sonneberg vom 20. September 1806, die Mitteilung einer französischen Bekanntmachung enthaltend.

Erläuterung zu vorstehender Abbildung

Das Reskript aus der Geheimen Kanzlei an die Oberländische Handlungskommission ist den Akten ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 21329 entnommen. Die Landesregentin teilt der Oberländischen Handlungskommission mit, dass sie das Gesuch der Bossierer Gottlieb und Johann Friedrich Müller in Sonneberg auf Erteilung einer Konzession zur Verfertigung und zum Verkauf von Waren aus Papiermaschee genehmigt habe. Gleichzeitig weist sie die Oberländische Handlungskommission an, die Gesuchsteller davon zu unterrichten. Das Reskript stammt aus der Hand des Geheimen Registrators Friedrich Christoph Pabst. Unter dem Text die eigenhändige Unterschrift der Landesregentin. Rechts unten der Kollationierungsvermerk des Geheimen Sekretärs Karl Heinrich Ludwig Jacobi. Links unten der Eingangsvermerk der Oberländischen Handlungskommission aus der Hand des Amtmanns Johann Georg Otto in Schalkau.

Die Reskripte, insbesondere die Herrscher- und stellvertretenden Behördenreskripte haben einen gemeinsamen textlichen Aufbau, der mit dem der Reskripte anderer Kanzleien im Wesentlichen übereinstimmt. Sie zerfallen grundsätzlich in zwei Teile. Dem eigentlichen Wesen des Reskripts entsprechend, kein Ex-offizio-Schreiben, sondern eine Entscheidung auf einen Antrag oder auf einen Vorgang zu sein, führt der erste Teil einen Tatbestand auf, den es zu entscheiden gilt. Er ist also eine narratio. Der zweite Teil enthält dann die Entscheidung oder den Befehl (dispositio). Vielfach bilden sich dabei die sehr verwirrenden Satzkonstruktionen heraus, die das Schriftstück für den heutigen Leser oft so unübersichtlich machen. Beide Teile sind regelmäßig durch bestimmte Formeln verbunden, etwa in der Art "als begehren wir" oder "Wir begehren daher hiermit, Ihr wollet"⁸⁷⁴.

Der Übergang vom Herrschertitel zum eigentlichen Text konnte im Herrscher- und stellvertretenden Behördenreskript auf zweierlei Art erfolgen. Die ältere, bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts allgemeine Form fügte eine Anrede, zum Teil sogar noch eine Grußformel ein und leitete dann zum eigentlichen Text über. Als ein Ausdruck, der sich unter Herzog Georg I. immer stärker anbahnenden Vereinfachung des Kanzleistils fiel die Anrede fort und der Text schloss sich unmittelbar an den Titel an⁸⁷⁵.

Das Herrscher- und stellvertretende Behördenreskript der Meininger Kanzlei kann in stilistischer Hinsicht seine Abstammung von der mittelalterlichen Herrscherurkunde nicht verleugnen. Kennzeichnend ist hier die feierliche würdige Form, die den Landesfürsten aus seiner Umgebung heraushebt, ihn als die Quelle aller Gnade erscheinen lässt. Sie ist in freilich stark gemilderter Form bis zum Ende der Monarchie 1918 beibehalten worden. Die

⁸⁷⁴ Als Beispiel ein Regierungsreskript an den Stadtrat zu Sonneberg v. 15. Januar 1771 in: StA Sonneberg 54,1 "Von Gottes Gnaden, Charlotte Amalie, verwittibte Herzogin zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen, gebohrene Landgräfin zu Hessen, Obervormünderin und Landesregentin. Liebe Getreuen! Bei uns ist beschwehrend angebracht worden, wie von verschiedenen derer hiesigen fürstlichen obervormundschaftlichen Untertanen, die ihnen nachgelassene Freiheit, in denen Herzoglich Sachsen-Saalfelder Landen das zu ihren Unterhalt nötige Getraid aufkaufen zu dürfen, mißbraucht wurde. Nach deme wir nun aber dergleichen auf einen schändlichen Wucher abzielenden Unterschleif auf keinerlei Art zu gestatten gemeint sind, als begehren wir hierdurch, ihr wollet den sorgfältigsten Bedacht dahin nehmen, daß".

⁸⁷⁵ Beispiele: "Wir Georg, Herzog zu Sachsen. Da das Holzbedürfnis täglich steigt", und "Wir, Georg, Herzog zu Sachsen, haben den lobenswürdigen Eifer, mit welchem Ihr in diesem Jahr ein ansehnlichen Vorrat von Getreide für die dortige Bürgerschaft ein- und um einen billigen Preis verkauft habt, mit besonderem Wohlgefallen erkannt".

selbständigen Behördenreskripte unterschieden sich hiervon schon durch die Textgestaltung. Bei aller Bestimmtheit der Anordnung ist hier allenthalben eine oft vielleicht nur konventionelle Höflichkeit festzustellen, die uns dann später auch im "Kommunikationsschreiben" begegnet. Das gilt besonders für die Reskripte der Unterbehörden, besonders der Ämter an die Stadträte, wobei uns gelegentlich vielfach die Kennzeichen der Schriftstücke der Gleichordnung begegnen⁸⁷⁶. Allerdings konnten die Unterbehörden auch sehr scharfe Tadel aussprechen. Hierzu war jedoch das unpersönliche Dekret besser als das Reskript geeignet⁸⁷⁷.

Als zweite Form der Weisung haben wir in der Meiningischen Verwaltung des 17. bis 19. Jahrhunderts das Dekret im eigentlichen Sinne kennengelernt, dessen wesentliches Merkmal der *stilus relativus*, die dritte Person, ist. Eigentliche Herrscherdekrete, die von den Landesfürsten unterschrieben oder die auch nur den Landesfürsten als dekretierende Person bezeichnen, begegnen uns in der meiningischen Verwaltung selten. Dagegen ist das selbständige Behördendekret keine außergewöhnliche Erscheinung. Es ist mit seinem oftmals scharfen Weisungscharakter Schöpfung des absolutistischen Staates und mit diesem auch während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder verschwunden⁸⁷⁸. Das Behördendekret beginnt entweder mit oder ohne Nennung der Behörde⁸⁷⁹. Jedes mal wird jedoch in der Unterschrift die Behördenfirma nochmals angeführt.

Bemerkenswert ist noch, dass der Landesherr bis zum Ende des 18. Jahrhunderts mit den Landständen gewöhnlich in der Form des Dekrets verkehrte⁸⁸⁰. Die Ladungen zu den Landtagen und Landschaftsdeputationstagen erfolgte meist durch Dekret, am Ende des 18. Jahrhunderts gelegentlich sogar durch einfache Zitation der Regierung⁸⁸¹. Auch die Landtags- und Landschaftsdeputationsabschiede wurden lange Zeit nur in der Dekretform und *stilo relativo* abgefasst. Erst im Landschaftsdeputationsabschied vom 28. März 1781 ging die Landesherrschaft zum *stilus regius* über⁸⁸². Allerdings hat besonders seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Meiningen Verwaltungsterminologie nicht mehr scharf zwischen Reskript und Dekret unterschieden. Wir haben schon feststellen können, dass die seit 1720 in Meiningen aufkommenden "Bestallungsdekrete" stets *stilo regio* ergingen. Andererseits

⁸⁷⁶ "Hoch- und Woledle, insbesondere hochgeehrte Herren! Bos der Wunsch: Niemand zur Bestrafung anzeigen zu müssen, fordert mich auf, alle Mittel aufzusuchen, die denselben entsprechen können Mit aller Hochachtung erharret Euer Hoch- und Woledlen ergebener Diener". Amtskastner Johann Georg Bock an den Stadtrat zu Sonneberg Ausf. 28. August 1795 Sta Sonneberg 32,2.

⁸⁷⁷ "Kraft obhabender Commission wird den Stadtrat hieselbst bedeutet, 1) sich darüber zu verantworten, daß derselbe sich nicht entblödet, ein an mich, den Rat- und Amtmann ergangenes gnädigstes Commissionale ... unerlaubt, nicht allein erbrochen, sondern auch höchst despektirlich durch den Stadtknecht an des Landknechts Sohn zur weiteren Insinuation offen habe übergeben laßen". Amtmann Philipp Cristoph Luck an den Stadtrat zu Sonneberg. Ausf. 15. Mai 1756. Sta Sonneberg 5,13.

⁸⁷⁸ Meisner, S. 33.

⁸⁷⁹ Beispiele: Von Herzoglich Sächsischer Cammer allhier wird der Stadtrat zu Salzungen hierdurch angewiesen (1800) - Von Herzoglich Sächsischer Obervormundschaftlicher Kriegscommission allhier wird den Herzoglichen Obervormundschaftlichen Amt Sonneberg anliegend das Verzeichnis ... zugefertigt (1814) - Die Hochfürstlich Sachsen-Meiningischen ins Fürstentum Coburg verordnete Deputati, Räte und Assessor lassen den Stadtrat zu Sonneberg wissen (1741) - Einem ehrbaren Rat zu Wasungen wird kundgetan ... (1735) - Die Hochfürstlichen Sachsen-Meiningischen ins Fürstentum Coburg verordneten Deputati laßen dem Hoffadvokat Motsch ... hiedurch zu Resolution vermelden, daß (1742).

⁸⁸⁰ Dieselbe Erscheinung auch in Weimar, Flach Goethes Amtliche Schriften I S. LVII.

⁸⁸¹ Beispiel vom 9. Mai 1786 in ThStAMgn Staatsmin., Abt. Intern 11772.

⁸⁸² ThStAMgn ZM Nr. 111.

treffen wir seit dem Ende des 18. Jahrhunderts eine große Zahl reiner Dekrete an, die die zeitgenössische Verwaltungssprache als Reskripte bezeichnet⁸⁸³.

Bei der Betrachtung der Schriftstücke der Überordnung müssen noch abschließend zwei Sonderarten besprochen werden, das Signaturreskript und der Kanzleizettel oder das Insert. Das Signaturreskript ist die formloseste Art der Anweisung an nachgeordnete Stellen, die die alte meiningische Kanzleipraxis hervorgebracht hat. Es ist erst unter der Regentschaft Charlotte Amalies aufgekomen. Hierfür tritt gelegentlich auch in der zeitgenössischen Verwaltungssprache die Bezeichnung "Registratur-Verordnung" auf⁸⁸⁴. An die Adresse in einem Nebensatz anknüpfend, werden hier bestimmte kurze Befehle gegeben⁸⁸⁵. Das Signaturreskript weist nicht die Wir-Form auf und ist insofern kein echtes Reskript. Die Datumsformel wird mit "Signatum" eingeleitet, das ursprünglich für das Dekret kennzeichnend war. Daher stammt auch die in zeitgenössischen Meiningen Akten auftretende Bezeichnung. Das Signaturreskript erging als Einzelschreiben, unterzeichnet vom Vorsitzenden des Kollegs, war aber auch als eine Weitergabeverfügung mit bestimmten Anordnungen auf eingegangenen Schreiben angebracht, die in Urschrift zur Berichterstattung an untergeordnete Behörden weitergeleitet wurden.

⁸⁸³ ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13715: Ein ausgesprochenes Dekret wird hier vom Regierungsbotenmeister als Reskript bezeichnet: „Von Herzoglich Sächsischer Regierung alhier wird dem Stadtrat zu Sonneberg der von dem Herzoglichen Amte daselbst sup. praes. 6. Sept. erstattete Bericht über die von ersterem in Betreff des den dasigen rats lehnbaren Bürgern zustehenden Bier- und Branntweinschanks geführte Beschwerde anbei abschriftlich communicirt mit der Anweisung, seine weitere Erklärung binnen 14 Tagen zu übergeben. Meiningen, den 4. Oktober 1799". Zustellungsnotiz des Botenmeisters auf dem Konzept: „Am 29. dieses hat der Bürgermeister Naundorff zu Sonneberg dieses Reskript durch den Bot Scheler erhalten".

⁸⁸⁴ So in ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 19757 zum 26. Januar 1810.

⁸⁸⁵ Beispiele: „ad Regimen, um die Ansehung dieses Memorantis mündlich untertänigsten Vortrag zu erstatten. Signatum Meiningen zur Elisabethenburg, den 25. Januar 1768 Charlotte Amalie HzS. geb. LzH - Jan. 68 Nr. 51" Signaturreskript auf einer Eingabe der Landstände vom 16. Januar 1768 ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11758 – „An Herzogliche Regierung, welche, was es mit dem Vorgeben der Supplikanten eigentlich für eine Bewandnis hat und wofür dieselben zu bescheiden sein möchten, cum acclaudatione actorum Ihren gutachtlichen Bericht erstatten wird. Signatum Meiningen zur Elisabethenburg, den 13. Mai 1813." Signaturreskript Luise Eleonores auf einer Supplik d. Sonneberger Bürgerschaft in: Sta Sonneberg 29,3 – „An Herzogliche Obervormundschaftliche Handlungs-Commission, um den Supplikanten zu bedeuten, daß es bei dem Reskript vom 28. März d. J. unabänderlich bewende Signatum MzEB, den 6. Juni 1818 LD" in: ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 19759 - "An Herzogliche Obervormundschaftliche Handlungs-Commission zur Berichterstattung Signatum MzEB, den 14. Januar 1819 LD" in: ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 19760 – „An die Gerichte zu Niederlind, um hierüber Bericht cum actis anher zu erstatten. Signatum Meiningen zur Elisabethenburg, den 23. September 1818. Karl von Künzberg" Signaturreskript der Regierung, ThStAMgn S.-M. Amtsgericht Sonneberg 6,15 - Ein Bericht der Oberökonomiekommission, der Behörde, die am Ende des 18. Jahrhunderts im Rahmen der Landwirtschaftsbestrebungen Georgs I. wie keine andere eine enge Verbindung zur Bevölkerung unterhielt, spricht 1795 von "häufig mündlich angebrachten und in Registratura aufgenommenen Anzeigen, Bitten und Beschwerden, welche größtenteils durch Signatura den Ämtern mitgeteilt worden sind" ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 17913.

Herrn H. Sammer

um über vorstehendes unterstehendes das Passieren zu
 stellen. Dargestellt zu werden. Sig. Meyer;
 Jun. 23 7 July 1802.

D.

An Ihro
 des Herrn Herzogs Durchlaucht

Meinungen

D. J. Meyer. 26. Jul. 1802.

J. Sam. Aug. Max. Jul. 1802.
 Nr. 208.

Erläuterung zu vorstehender Abbildung

Das Signaturrekript Georgs I. an die Kammer vom 23. Juli 1802 entstammt den Akten LA Meiningen Staatsmin., Abt. Finanzen 1473. Es ist auf der Rückseite der Ausfertigung eines Gesuches des damaligen Bauamtsregistrators Christian Friedrich Ruppe vom 13. Juli 1802 angebracht. In der Mitte die Adresse des Gesuches. Oben das Signaturrekript von der Hand des Geheimen Sekretärs Karl Heinrich Ludwig Jacobi. Die Unterschrift des Herzogs Georg I. als Sigle: GD ineinander verschlungen. Unten der Eingangsvermerk der Kammer aus der Hand des Geheimen Kammerrats Anton von Uttenhoven als damaligen dirigierenden Rats dieses Landeskollégiums. Unten rechts der Vermerk über den Eintrag in das Eingangsregister der Kammerkanzlei aus der Hand des Kammerregistrators Philip Heinrich Hartmann. Die hohe Registerzahl ergibt sich durch den Umstand, dass die Kammerkanzlei jährlich durchnummerierte.

Durch die Verordnung Georgs I. vom 16. März 1793 zur Vereinfachung des Kanzleistils wurde das Signaturrekript verbindlich eingeführt und die Anfertigung besonderer Abschriften der Eingaben zur Herbeiführung einer Stellungnahme der Unterbehörden untersagt⁸⁸⁶. Eine Reihe solcher Anweisungen auf eingegangene Supplikationen, die den Landeskollégien zum Bericht zugeschrieben worden sind, stammen von der Hand der Herzogin Luise Eleonore. Bemerkenswert ist dabei, dass diese Anordnungen von der Landesregentin oft völlig eigenhändig geschrieben und mit dem Sigle unterzeichnet sind.

Der Kanzleizettel oder das Insert ist nicht nur ein Schriftstück der Überordnung, es kann als "untertäniges Insert" auch einem Bericht an eine übergeordnete Stelle beigegeben sein⁸⁸⁷. Seinem Wesen nach ist es eine Nachschrift, die von vorneherein als solche gedacht war, als Mitteilung von Tatsachen, die aus sehr verschiedenen Gründen nicht ins Hauptschreiben selbst aufgenommen worden ist. Solche Beispiele finden wir in der Meininger Verwaltungspraxis des ausgehenden 18. und des beginnenden 19. Jahrhunderts häufig, wie überhaupt bei Meininger Oberbehörden das Insert sehr gern gebraucht worden ist. Daneben sind aber auch oft echte Nachschriften unter der Bezeichnung Kanzleizettel oder Insert anzutreffen, Mitteilung von Dingen, die erst nach Konzipierung oder gar Mundierung des Hauptschreibens in Erfahrung gebracht wurden⁸⁸⁸. Gelegentlich wurden auch Akten, deren Übersendung mit dem Stammschreiben "aus einem Canzleiversehen" vergessen worden sind, mit einem Kanzleizettel nachgereicht. In einer anderen Form tritt der Kanzleizettel als

⁸⁸⁶ ThStAMgn ZM 260 Bl. 406.

⁸⁸⁷ Vielfach "Canzleizeddel" noch bis ins 19. Jahrhundert (1811).

⁸⁸⁸ Beispiele: Herzog Anton Ulrich an den Geheimen Rat von Biechling: "Insert II Ferner, Wohlgebohrerer, insbesondere Hochgeehrter Herr Geheimer Rat! Habe nach bereits geschlossener vorstehenden Expedition den vertraulichen, doch zuverlässigen Bericht erhalten, daß ... und seid versichert, daß ich verharre it in literis. Frankfurt am Main, den 8. Mai 1750" ThStAMgn GAM 207.- "Auch finden wir keinen Anstand, die Interessen von den Zuchthaus-Capitalien an die Waisenhauscasse zu bezahlen. Ut supra" Insert zum Kammerbericht vom 4. September 1807 an die Landesregentin. ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 11779.- "Inserat-Bericht in vorstehender Sache. Da aber dieser Bericht ... allbereits unterm 2ten dieses abgefaßt und mundiret war und wir in dieser Sache zu dem, was der Hauptbericht enthält, weiter nichts hinzuzufügen mögen als den Umstand, daß Märbel wiederanfangen im Preise zu steigen, so beziehen wir uns auf den Inhalt des Hauptberichts" Insert zum Bericht der Oberländischen Handlungskommission vom 2. Februar 1810 ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 19757.- "Untertänigstes Insertum. Durch meine zweimalige Abwesenheit war das Mundieren meines vorstehenden untertänigsten Berichts bis heute verzögert worden und mittlerweile ist ein ganz abfälliges Herzogliches Consistorial-Rescript bei dem hiesigen Stadtrat eingegangen ..." Oberamtmann von Donop an die Landesregentin 24. Februar 1809 Insert zum Bericht vom 14. Februar 1809 Sta Sonneberg 36,1.

Anschreiben bei Übersendung landesherrlicher Mandate auf⁸⁸⁹. Die Kanzleizettel sind vom Vorsitzenden des Kollegs in den beiden letztgenannten Spezialfällen meist unter der Kanzlei nicht der Kollegialfirma unterschrieben. Das Insert knüpft häufig an das Stammschreiben mit Eingangsworten an wie "Auch ist unser gnädigstes Begehren, Ihr wollet ...". Im Datum wird vielfach nochmals auf das Stammschreiben hingewiesen: "Datum ut in rescripto", "Datum ut in relatione".

Neben den soeben besprochenen Arten der Schriftstücke übergeordneter Behörden haben sich in der Meininger Verwaltungspraxis des 18. Jahrhunderts noch eine Reihe Nebenformen gebildet. Zu ihnen gehört zunächst das "Generalreskript", eine innerdienstliche und nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Anweisung des Landesherrn aus dem Geheimen Ratskollegium, der Landeskollegien oder der Immediatkommissionen an alle oder eine Reihe von nachgeordneten Dienststellen, denen damit gleichzeitig dieselbe Weisung gegeben wurde⁸⁹⁰. Im engen Zusammenhang damit stand das allerdings nur gelegentlich anzutreffende "Zirkularreskript", das zur Beschleunigung des Geschäftsganges angewendet wurde. Es handelte sich dabei um einen regelrechten Umlauf, den ein Sonderkurier von Ort zu Ort trug. Er ließ sich die Kenntnisnahme der Anordnung schriftlich bestätigen und vermerkte, wo die nachgeordnete Dienststelle sich zur Arbeitsgrundlage eine Abschrift gefertigt hat⁸⁹¹. Die Bedeutung der "Instruktion" in der Verwaltung des absolutistischen Staates haben wir schon bei der Darstellung des Beamtenrechts gewürdigt. "Ausschreiben", nach 1829 im allgemeinen nicht vom Herzog sondern von den Oberbehörden erlassene Rechts- und Verwaltungsverordnungen, finden wir schon unter Ernst dem Frommen. Zwischen 1680 und 1829 treffen wir diese Bezeichnung allerdings im Meininger Herzogtum nur selten an⁸⁹². Die wenigen überlieferten Ausschreiben stellen entweder nur öffentliche Bekanntmachungen oder Behördenverordnungen dar.

Wie wir später noch im Einzelnen sehen werden, stand im absolutistischen Staat das Gesetzgebungsrecht an sich nur dem Landesherrn zu. Die Masse der überlieferten Verordnungen, Patente und Mandate sind deshalb Herrscherverordnungen. Aber auch bei den sogenannten stellvertretenden und den einfachen Behördenverordnungen, ja selbst bei den Reskripten und Dekreten der Landeskollegien und Immediatkommissionen ist vielfach aktenmäßig ein landesherrlicher Befehl in Form eines Reskripts aus dem Geheimen Ratskollegium als Vorgang feststellbar. Die aus der Zeit Bernhards I. überlieferten "mündlichen, registrierten Befehle" des Herzogs, die die Grundlage von Behördenverordnungen waren, machen deutlich, wie sehr der Wille des Landesherrn Gesetz bildend war⁸⁹³.

Die Schreiben nachgeordneter Dienststellen an ihre vorgesetzten Behörden erfolgten im Herzogtum Meiningen wie allenthalben in der Form des "untertänigen Berichts". (relatio humillia) Es berichten sowohl die Lokalbehörden an die Landeskollegien als auch diese an

⁸⁸⁹ Am 3. Dezember 1745 wurde ein Mandat Friedrich Wilhelms an den Stadtrat zu Sonneberg "Vermittelst eines Canzleizettels insinuiert" Sta Sonneberg 1,3.

⁸⁹⁰ Generalreskript über den Einzug d. herrschaftlichen Gefälle vom 18. November 1706 ThStAMgn ZM 214 Bl. 343, Generalreskript über die vorzügliche Befriedigung der Steuern beim Konkurs ZM 164 Bl. 316.

⁸⁹¹ Zirkularreskript "an d. innenbenannten Herzoglichen, Adligen und übrigen Vogteigerichte in den herzoglichen Unterlanden" (1796) ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 17913.

⁸⁹² Ausschreiben der Regierung über die Anstellung von sechs Straßenbereitern vom 15. Mai 1716 ThStAMgn ZM 215 Bl. 452, Ausschreiben der Oberökonomiekommission über die Verwendung von Weizen und Korn zum Branntweinbrennen, erwähnt GAM XXIII 7

⁸⁹³ Mündlicher registrierter Befehl Bernhards I. vom 7. Juni 1704 zur Heranziehung der Fornikanten zur Zwangsarbeit anstelle von Gefängnisstrafen, ThStAMgn GAM XXIII 7.

den Herzog. Lediglich die Landeskollegien und die sogenannten Immediatkommissionen hatten jedoch das Recht, an den Landesfürsten unmittelbar zu berichten. Eine Sonderstellung nahm der Oberamtmann von Donop in Sonneberg ein, der dem Landesherrn ebenfalls Berichte "zu eigenen Händen" sandte. Das ist offenbar aus seiner Stellung im Oberland, vielleicht auch aus seiner Eigenschaft als Mitglied des Geheimen Ratskollegiums zu verstehen. Die Berichte sind seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in der Regel ausdrücklich als solche überschrieben und meist mit einem Betreff versehen⁸⁹⁴. Nach dieser Überschrift erfolgt in der Regel die Anrede des Herzogs, auch dann, wenn der Bericht nur für ein Landeskollegium bestimmt war, dem Herzog aber gar nicht selbst vorgelegt wurde. Der Bericht endet mit Courtoisie und Unterschrift der Behörde. Diese Kanzleigebräuche machen deutlich, dass ganz dem Wesen des absolutistischen Staates entsprechend der Landesherr als die Verwaltung in allen ihren Einzelheiten selbst führend gedacht wurde. Die stilistische Gestaltung der Berichte gibt einen tiefen Einblick in den Geist dieses Staatssystems, in dem Serenissimus im Mittelpunkt allen Staatsgeschehens steht, als der Ursprung aller Weisheiten und Wohltaten gilt und deshalb nur in aller Untertänigkeit und in tiefster Ehrfurcht anzusprechen war. Diese Feststellung gilt übrigens auch für die Regierungszeit der so volkstümlichen Herzöge Karl und Georg I., ein Umstand, der zeigt, wie sehr der Zeitgeist ein solches Zeremoniell im Interesse des Ansehens des Landes und seines Fürstenhauses forderte⁸⁹⁵. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass selbst in den Konzepten der Berichte Worte wie "Durchlaucht", "Höchstdero" und ähnliche in Zierschrift geschrieben worden sind. Werden im Bericht Vorschläge gemacht, wie der betreffende Fall zu entscheiden sei, so freilich nur unter der ausdrücklichen Feststellung, dass der landesherrlichen Entscheidung in keiner Weise vorgegriffen werden soll⁸⁹⁶. Während die Berichte an die Landeskollegien durchweg mit Anrede des Landesherrn erfolgten, wurden bei Berichten der Lokalinstanzen (Stadträte, Schultheißen usw.) an die Unterbehörden diese Ämter oder ihre Beamten persönlich angesprochen. Erst die Verordnung vom 6. März 1793 sah vor, dass die Anrede des Herzogs in Verwaltungsberichten an die Landeskollegs fortfallen sollte⁸⁹⁷.

⁸⁹⁴ Beispiele: Herzoglicher Obervormundschaftlicher Regierungsbericht den auszufertigenden Deputationstags-Abschied betreffend (1806) - Herzoglich Sächsischer Obervormundschaftlicher Cammer-Bericht, die Bitte des Lieutenants Weißenberg um Besoldungszulage betreffend (1813) - Herzoglicher Landschafflicher Steuer- und Caße-Deputations-Bericht, die allgemeine Steuerrevision und Peräquation betreffend (1815) - Herzoglicher Almosen-Commissions-Bericht, den Armenvoigt Herrmann Schäfer allhier betreffend (1796) - Herzoglicher Oberpolizei-Commissions-Bericht, die Polizeidienerstelle betreffend (1804) - Oberamtlicher untertäniger Bericht, den hier neu angelegten Spritzenweg betreffend (1809) - Untertänigster Bericht und Beschwerde des Stadtrats allhier zu Sonneberg gegen den Rat und Amtmann Johann Friedrich Theodor Meticke zu Neuenhaus wegen der Subcollection der Steuern in allhiesiger Stadt, die sich letzterer angemaßet hat (1794) - auch gemeinsame Berichte mehrerer Behörden: Herzoglicher Oberpolizei- und Almosen-Commissions-Bericht, die Anstellung eines Polizeidieners und Armenvoigt in einer Person betreffend (1804) - einfacher Form: Kriegs-Commissions-Bericht - Handlungs-Commissions-Bericht - Neuhäuser untertäniger Amtskastnerei-Bericht.

⁸⁹⁵ Als Beispiel Auszüge aus einem Bericht des Sonneberger Amtmanns von Donop an Herzog Georg I. vom 31. Dezember 1792. Kopie Sta Sonneberg 14,2: "Euer Herzoglichen Durchlaucht verehrlicher Rescript vom 24. Maii des Jahres ist ein abermaliger preiswürdiger Beweiß Höchstderoselben beständigen Beratung alles desjenigen, was zum allgemeinen Wohlstand gehöret, und für mich die Veranlassung, gegenwärtigen untertänigen Bericht erstatten zu dürfen geziemendst mir zu erbitten ...Euere Herzogliche Durchlaucht geruhen die Weitläufigkeit gegenwärtigen untertänigen Berichts gnädig zu vermerken und mir zu erlauben, in geziemender Ehrfurcht zu verharren. Durchlauchtigster Herzog, gnädigster Herzog und Herr! Euere Herzoglichen Durchlaucht untertänig gehörsambster C.W.W. von Donop.

⁸⁹⁶ Beispiel: Regierungsbericht an den Herzog vom 20. November 1792 Sta Sonneberg 14,2: "Wir stellen jedoch alles Höchstdero erleuchteten Ermessen anheim, erwarten in Untertänigkeit Höchstdero weitere gnädigste Befehle und verharren in tiefster Ehrfurcht".

⁸⁹⁷ ThStAMgn ZM 260 Bl. 406.

Ein dem Bericht der nachgeordneten Behörde in vielem entsprechendes Schreiben war die Supplik einer Privatperson, durch welche diese in persönlichen Angelegenheiten sich an eine Lokalbehörde, ein Landeskolleg oder an den Landesherrn selbst wandte. Die hier zu beobachtenden Formen entsprechen denen des Berichts, so dass eine längere Behandlung nicht notwendig ist, zumal die Behörden nur Empfänger solcher Schreiben gewesen sind⁸⁹⁸.

Als Schriftstücke der Gleichordnung kommen in der Meininger Verwaltung in erster Linie Schreiben zwischen den Landeskollegien und Immediatkommissionen und zwischen den Unterbehörden in Betracht. Sie weisen Courtoisie und Behördenfirma auf und lehnen sich im Übrigen eng an die Schriftsätze der Unterordnung an. Eine für unsere Begriffe außerordentliche Höflichkeit ist für diese Schreiben maßgebend. Sie beginnen in der Regel mit einer Anrede, in älteren Zeiten auch mit Grußformel⁸⁹⁹.


⁸⁹⁸ Durch Verordnung vom 29. August 1822 wurde der Geschäftsgang bei Bittschriften an den Herzog dahingehend geregelt, dass die Bittschriften zunächst von den Unterbehörden und Landeskollegien vorzuprüfen sind, der patriarchalische Staat hatte vornehmlich die unmittelbare Eingabe an den Landesherrn vorgezogen. MWN 38/1822.

⁸⁹⁹ Beispiele Kammer an Regierung: "Unsere freundlichen Dienste zuvor, Wohlgebohrne, Edle, Veste und Hochgelehrte, besonders gute Freunde und Kollegen! Den Herren ist gefällig gewesen, uns ..." Kammer an Regierung 24. Mai 1813: "Da die Herren noch nicht die Güte gehabt haben, unsere unterm 19. Sept. anno pr. geäußerte Bitte um Remission der Ihnen den 8. Juli d.a. brevi manu kommunizierten Acten über die Anlegung eines Spritzenwegs und Brunnenhaus in Sonneberg zu gewähren, so haben wir solche hiermit wieder in geneigte Erinnerung bringen wollen." Sta Sonneberg 29,3. Die Schreiben der Landeskollegien untereinander enden mit Formeln wie "... und fügen die Versicherung hinzu, daß denselben Wir zur Erweisung aller angenehmen Dienste stets willig und beflissen verbleiben". Wir sehr diese Höflichkeiten zur Formel erstarrt waren, zeigt der Schriftverkehr in dem erbitterten Streit zwischen dem Stadtrat zu Sonneberg und dem Amtmann Johann Friedrich Meticke zu Neuhaus als Verwalter der oberländischen Landschaftskasse wegen der Steuererhebung in der Stadt Sonneberg. 1786. Obwohl sich beide Parteien die größten Vorwürfe und schlimmsten Verdächtigungen an den Kopf warfen, redete der Amtmann den Stadtrat stets mit "Hoch- und wohledle, auch fürsichtig und wohlweise, hoch- und vielgeehreste Herrn" an und schloss mit der Formel: "Ich aber verharre für meine Person mit bekannter Ergebenheit, Euer Hoch- und wohledlen dienstergebenster J.F.T. Meticke". Sta Sonneberg 9,11.

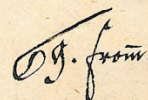

 Unsere freundschaftliche Dienste zuvor,
 Wohlgeborner, Edele, Fest und Hochgelahrte,
 besonders gute Freunde und Kollegen!

In Ansehung der Kommunikation der römischen Kurie, das Souveränität
 ad serenissimum, in Sachen und von dem Kaiserlichen
 Reich zu Voranbringung ausgeübter Geschäft, zu versetzen,
 die gemeinlich geistlichen Dingen, die in der Folge geschehen
 mit zu führen und die vorzuzugleich zu den Präparationen
 sein, welches Aussehen Meinung nach V. C. H. H. H. H.
 Voran, auch zu bringen, hinreichend abzuhandeln Souveränität
 und wiederum zu kommen zu lassen. Die Danksagung
 zu führen, alle annehmlichen Dienste, die willig und ge-
 fligelt zu bleiben. V. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H.
 Wien, den 24. März 1799.

Herzog: G. zur Regierung anders
 von und zu Präsidenten, Kanzler, Käser und Hofrat.


 Johann Allersbacher

D. S. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H.
 No. 224.


 J. G. Fromm.

Erläuterung zu vorstehender Abbildung

Die vorstehende Ausfertigung eines Kommunikationsschreibens der Regierung an die Kammer vom 24. Januar 1799 ist den Akten ThStAMgn Älteres Finanzarchiv Konzessionen 1799 entnommen. Die Regierung übersendet der Kammer das Konzept eines Berichts an den Herzog in der Konzessionsangelegenheit des Sonneberger Kaufmanns Heubach mit der Bitte um Mitsignierung. Einleitend die Grußformel, links neben dem Textanfang ein Anlagestrich, der das mitgeschickte Konzept bezeichnet. Die Unterschrift erfolgt in erweiterter Behördenbezeichnung und durch eigenhändigen Namenszug des Kanzlers Johann Karl August von Uttenhoven. Ganz rechts unten der Kollationierungsvermerk des Akzessisten Fromm. Links der Vermerk über die Eintragung im Eingangsregister der Kammerkanzlei aus der Hand des Kammerregistrators Philipp Heinrich Hartmann. Ein besonderer Eingangsvermerk des Kammervorsitzenden fehlt.

Auffallend ist die in Kommunikationsschreiben des 18. Jahrhunderts auftretende Form: "Den Herren communiciren wir". Somit unterscheiden sie sich in keiner Weise von den zeitgenössischen Formen des Schriftverkehrs der Gleichordnung in anderen Staaten.

Es ist noch der neutrale Schriftverkehr zu behandeln und zwar sein Hauptvertreter, das Protokoll. Dieses tritt in den Meininger Verwaltungsakten besonders als Verhandlungsniederschrift stark in Erscheinung, vorwiegend da, wo es sich um Besprechungen oder Festlegungen in Einzelfällen handelt, während Protokolle über ständig wiederkehrende Sitzungen etwa der Landeskollagen nicht angefertigt worden sind. Der Gang der Aussprache wird in der Regel im Einzelnen nicht angegeben, sondern lediglich die Feststellung des Sachverhalts getroffen. Eines ihrer wichtigsten Kennzeichen ist das einleitende Wort "Actum" mit dem Verhandlungsdatum. Am Schluss des Protokolls wird mit der Formel "Actum ut supra" nochmals hierauf Bezug genommen. Die Protokolle sind vorwiegend sofort ins Reine geschrieben worden und tragen meist die Unterschrift der Sekretäre, die die Protokolle angefertigt haben, seit dem Ende des 18. Jahrhunderts oft mit dem Wort "Nachrichtlich".

Schließlich werfen wir noch einen kurzen Blick auf das Gerichtsurteil der Regierung und des Konsistoriums. Hier ist wenig Einheitlichkeit festzustellen. Die Urteile ergingen in Form des Reskripts und des Dekrets. Sie waren vom Herzog, im Namen des Herzogs und selbständig von der Behörde erlassen. Die sehr oft eingeholte Rechtserkenntnis einer ausländischen Spruchstelle kommt dabei stets zum Ausdruck⁹⁰⁰. Fast regelmäßig wird im 18. Jahrhundert der Inhalt des Prozesses dem Titel vorangestellt: "In gesuchter Ehescheidungssache Johann Otto Kollens, Klägern an einem, deßen Ehefrau Anna Sybilla, Beklagten, an andern Theil erkennen und sprechen Wir von Gottes Gnaden Bernhard, Herzog von Sachsen auf eingeholten Rat auswärtigen Rechtsgelehrten vor Recht"⁹⁰¹. Das Urteil schließt gewöhnlich mit der Formel "Von Rechts wegen".

⁹⁰⁰ Über die Formel im Rechtsgutachten des Jenaer Schöffentuhls 1. Vollert in Z.V.thür. G.u.A. NF 28 S. 189/219 und ThStAMgn ZM 114.

⁹⁰¹ ThStAMgn ZM 115, die Behörde als Aussteller in Dekretform: „..... erkennen Fürstlich Coburg-Meinungische zur Regierung verordnete Praesident, Räte und Assessor nach eingeholten Rat der Rechtsgelehrten vor Recht“.

Nachdem wir nunmehr einen Überblick über die wichtigsten Arten der in den Meininger Kanzleien entstandenen Schriftstücke erhalten haben, wird es abschließend notwendig sein, noch auf ihre äußeren und inneren Merkmale einzugehen, die nicht nur wertvolle Rückschlüsse auf die Arbeiten in den Kanzleien, sondern auch auf den Geist zulassen, der den absolutistischen Staat beseelt hat. Zunächst sind die äußeren Merkmale zu behandeln besonders Beschreibstoff und Siegel.

Als Beschreibstoff kommt in den Meininger Behörden des 17. bis 19. Jahrhunderts fast ausschließlich Papier in Frage, das uns in der Form des groben, oft blaugrauen Konzeptpapiers und des feineren, nahezu weißen Kanzleipapiers für die Reinschrift begegnet, letzteres verfeinert sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts merklich⁹⁰². Allenthalben ist das Wasserzeichen vorhanden, ohne dass freilich leicht ein System in seine Symbolik zu bringen wäre. Auch die Urkunden sind meistens auf Papier geschrieben. Nur für ganz besonders wertvolle Privilegien wurde noch Pergament benutzt. Bemerkenswert ist noch die Verwendung breiter Trauerränder bei allen amtlichen Schreiben in der Zeit der Landesträuer, besonders beim Tode des Landesherrn.

Das Stempelpapier, vorwiegend als Finanzquelle gedacht, war im alten Meininger Fürstentum nur zeitweise in Gebrauch. Im Unterland wurde es 1690 als ein Beitrag zur Landschaftskasse eingeführt und im Rahmen der Steuererleichterungen nach Beendigung des Spanischen Erbfolgekrieges im Jahre 1714 wieder abgeschafft⁹⁰³. Im Zuge der Eybenschen Finanzreform von 1775 erhob nach der Stempelgeldverordnung vom 6. März 1775 die Landesherrschaft mit Wirkung vom 24. April 1775 in beiden Landesteilen wieder Stempelgeld. Im Unterland flossen die Erträge auch jetzt der Landschaftskasse zu, während sie aus dem Oberland an die Kammerkasse kamen⁹⁰⁴. Nachdem diese Verordnung mehrfach verlängert worden ist, schaffte Georg I. 1791 das Stempelgeld in allen Landesteilen wieder ab. Die Stempelgeldordnung sah vor, dass alle Schriftstücke, die an Behörden gingen und die die Behörden auf Antrag erließen, stempelgeldpflichtig waren und einen mit dem herzoglichen Wappen und der Höhe der Gebühr versehenen Stempel am oberen Rand tragen mussten. Die Stempelgeldordnung enthielt gleichzeitig eine Taxordnung, wonach die Gebühr je nach Wichtigkeit des Schreibens zwischen 4 Reichstalern und 6 Pfg. pro Blatt schwankte. Nicht gebührenpflichtig waren die auf eigene Initiative der Behörden ausgehenden Schreiben (ex-officio-Schreiben) und Schriftstücke auf dem Gebiet des Hof-, Militär-, Landschaftssteuer- und Akziswesens sowie in Vormundschafts- und Armensachen. Das Stempelpapier selbst war durch einen Trockenstempel gekennzeichnet. Er zeigte oben die Buchstaben S C M (Sachsen-Coburg-Meiningen), das kleine sächsische Wappen und unten die Wertangabe: "1 Groschen". Er war in der oberen linken Ecke angebracht und anfangs achteckig, später oval.

Der Schriftverkehr erging vorwiegend ohne Umschlag. Dieser tritt erst im beginnenden 19. Jahrhundert in den Meininger Verwaltungsakten auf, und zwar ausschließlich bei Schreiben von Privatpersonen. Bei den Oberbehörden hat sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die bis dahin allgemein geübte Form bewahrt, nämlich durch Anbringen der Adresse auf der Rückseite des letzten Blattes und durch Faltung des Schriftstückes in der Weise, dass die

⁹⁰² 1680 kaufte die Meininger Kanzlei 3 Riss Konzeptpapier für 2 fl 8 gr 6 Pfg. und 1 Riss Kanzleipapier für 1 Reichstaler ein. ThStAMgn Ältere Rechnungen Kammer Meiningen 1680/81.

⁹⁰³ Landtagsabschiede vom 26. Februar 1690 Punkt 10 und 13. Dezember 1714 Punkt 1 ThStAMgn ZM 111.

⁹⁰⁴ Stempel-Mandat vom 6. März 1775 ThStAMgn ZM 261, für das Oberland Stempelgeldordnung vom 6. März 1775 Sta Sonneberg 9,11.

Adresse nach der Außenseite sichtbar wurde. Um die Heimlichkeit des Schriftverkehrs zu gewährleisten, wurde schließlich der Verschluss durch Siegel vorgenommen.

Das Siegel tritt als Beglaubigungsmerkmal neben der Unterschrift und als Verschlusssiegel amtlicher Schreiben auf. Es handelt sich dabei um das gleiche Siegel. Bis zum Regierungsantritt Herzog Georgs I. im Jahre 1782 trug es die aus dem Spätmittelalter stammende Bezeichnung "Kanzleisekret". Jeder Landesfürst, jede Landesregentin benutzte ihr eigenes Siegel, so dass sich das Kanzleisekret im Laufe der Zeit zumindest in der Umschrift (Legende), jedoch auch im Wappenbild änderte. Das Siegel war unter Bernhard I. kreisrund und oval, später nur oval, seit dem Regierungsantritt Charlotte Amalies 1763 jedoch wieder kreisrund. Es zeigte das große fürstliche Wappen, Fürstenhut und Helmzier wechselten, Wappenmantel war fast immer vorhanden. Erst beim Siegel Bernhards II. trat 1822 anstelle des Fürstenhutes die Herzogskrone mit fünf Bügeln. Unter den beiden Landesregenten Charlotte Amalie und Luise Eleonore begegnen uns jeweils zwei Wappen nebeneinander, nämlich das meiningische und das Hessen-Philippsthal'sche bzw. Hohenlohe-Langenburg'sche, weil die beiden Herzoginnen auch ihr Geburtswappen führten. Die Legende führt in mehr oder minder abgekürzter Form Devotionen und Intitulationen auf. Sie ist von rechts oben nach links unten und dann wieder nach oben geführt, seit Georg I. jedoch von links unten nach oben und dann nach rechts unten verlaufend. Bei den Siegeln Bernhards II. tritt endlich dann eine dritte Form auf, indem Devotionen und Intitulationen im oberen Halbkreis des Siegels von links nach rechts geführt werden.

Unter Bernhard I. und Ernst Ludwig I. unterschied man Kanzleisekret und Kammersiegel, die auch in ihrer äußeren Gestaltung verschieden waren. Es mutet sonderbar an, dass die großen Fürstensiegel mit einem Durchmesser bis zu 100 mm, wie sie zeitgenössische thüringische Höfe führten, auch unter Bernhard I. in Meiningen nicht feststellbar sind. Allerdings hat der erste Meininger Herzog neben dem Kanzleisekret mit einem Durchmesser von 41 mm noch ein größeres Siegel mit 54 mm Durchmesser geführt, das auch als Briefverschluss verwandt wurde⁹⁰⁵. Später wurde nur ein einziges Siegel für alle Landeskollegien benutzt, bis schließlich mit dem Beginn der Regierung Herzog Georgs I. 1782 eine bedeutsame Wandlung eintrat. Die Vermehrung des Schriftverkehrs hatte wohl zur Folge, dass ein einziges Siegel für alle Zentralbehörden nicht mehr ausreichte. Jedes der großen Landeskollegien erhielt nunmehr sein eigenes Siegel, in dem ganz unten der Name des Kollegiums bezeichnet war. Seitdem unterschied man Regierungs-, Kammer- und Konsistorialsiegel. Die Wappenform war ebenfalls verschieden. Während das Wappen beim Regierungs- und Konsistorialsiegel nach unten spitz verläuft, war es beim Kammersiegel stets stumpf⁹⁰⁶.

⁹⁰⁵ Beispiel in ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13445. Die KO 1687 cap XI unterscheidet zwischen "Großem fürstlichem Siegel" und "Kanzleisekret". Die KamO 1666 cap X kennt das "Kammersekret".

⁹⁰⁶ Kanzleisekret Bernhards I.: kreisrund, großes Wappen, Helmzier (Cleve-Mark Thüringen, Sachsen, Meißen, Jülich, Berg) Legende: BERNHARDUS DG DUX SAX IVL CL MONTIUM (Bernhardus die gratia dux Saxoniae Juliae, Cliviae, Montium); Kammersiegel Bernhards I.: oval großes Wappen mit Fürstenhut, Legende: DG BERNHARDUS DUX SAXONIAE JULIAE CLIVIAE ET MONTIUM; Kanzleisekret Ernst Ludwigs I.: großes Wappen mit Helmzier (wie oben) Legende: DG ERNST LUDWIG DUX SAX JUL. CLIV MONT ANG ET WESTP. (Angiae et Westphaliae); Kammersiegel großes Wappen mit Fürstenhut und derselben Legende. Nach dem Tod Ernst Ludwigs I. wird unter der Vormundschaft Friedrichs II. von Sachsen-Gotha und Friedrich Wilhelms ein Siegel mit der Umschrift gebraucht F. SAX COB MEINING OBERVORMUNDSCH. (ThStAMgn GAM XXVII 1 seit 1726), Kanzleisekret Friedrich Wilhelms: oval großes Wappen mit Helmzier Umschrift VGG FRIEDRICH WILHELM HERZOG ZU SACHS Meiningen (ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1043, 1741), daneben schon früher ein kleineres Siegel: Wappen von zwei Löwen gehalten mit Fürstenhut und Mantel. Legende auf halber Höhe links beginnend und sich dann in Richtung des Uhrzeigers dahinziehend: VGG FRIEDRICH WILHELM REGIER HERZOG ZU S. COB MEININGEN. Ein ähnliches Siegel hat übrigens auch Ernst Ludwig I. geführt, vornehmlich bei seinen Aufenthalten in Coburg.

Außer den seit 1782 gebräuchlichen Siegeln der Landeskollegien war auch noch späterhin ein nur vom Landesherrn geführtes Siegel in Gebrauch, das offensichtlich bei der Geheimen Kanzlei aufbewahrt wurde. Es wird unter Georg I. gelegentlich einfach als "Fürstliches Insiegel" bezeichnet⁹⁰⁷. Auch unter Luise Eleonore ist ein entsprechendes Siegel in Benutzung. An seine Stelle tritt dann unter Bernhard II. das "große" und das "kleine herzogliche Siegel". Alle diese Siegel sind, soweit sie aufgedruckt wurden, mit einem rombusförmigen Schutzblatt versehen, gleichgültig, ob sie als Beglaubigungsmerkmal oder als Verschluss dienen. Als Verschlussiegel sind sie noch mit besonderem Papierstreifen am Schreiben befestigt. Werden sie in Urkunden als Beglaubigungsmerkmal neben der Unterschrift benutzt, so sind sie meist mit einer schwarzgelben Siegelschnur versehen⁹⁰⁸.

Neben diesen Kanzleisiegeln wurden noch von einigen Herzögen Privatsiegel geführt. Dies gilt insbesondere für Friedrich Wilhelm und Anton Ulrich, für letzteren, solange er noch nicht die Alleinherrschaft angetreten hatte. Diese Siegel sind fast ausschließlich ohne Deckblatt benutzt worden. Sie zeigen entweder nur das Sächsische Wappen oder ein viergeteiltes Wappen (Sachsen, Jülich, Cleve und Berg). Sie sind kleiner als die Kanzleisiegel und haben in den überwiegenden Fällen keine Legende⁹⁰⁹. Auch die aus der Ehe Anton Ulrichs mit Philippine Cäsar entstammenden Söhne führten ähnliche Siegel⁹¹⁰.

Die Immediatkommissionen verfügten nur zum Teil über eigene Siegel. Die Oberökonomiekommission benutzte das Regierungssiegel, die Almosen-Kommission das

Auch ein gemeinsames Siegel Friedrich Wilhelms und Anton Ulrichs ist nachweisbar mit Umschrift VGG FRIED WILH U ANT ULR GEBRÜDERE REG H Z S C U M (ThStAMgn GAM XXVII 2 für 1737 und 1738). Kanzleisekret Anton Ulrichs: großes Wappen mit Helmzier oval 44 mm hoch, 41 mm breit. Umschrift: VGG ANTON ULRICH REG HERZ ZU SACHS COB MEINING SENIOR ERN LINIE (Senior Ernestinische Linie), 1746 bis 1763 gebraucht. Kanzleisekret Charlotte Amalie: rund, Durchmesser 45 mm, Fürstenhut und Mantel, Doppelwappen. Umschrift: VGG CHARLOTTE AMALIE VERW HERZOGIN ZU SACHSEN GEB LANDGR Z HESSEN OBERVORMÜNDERIN V LANDESREGENTIN 1763 bis 1775 in Gebrauch. Daneben auch Siegel Charlotte Amalies ohne Legende, oval 42 mm hoch, 38 mm breit, jedoch selten, so Staats A Coburg Landesarchiv Coburg F 10940 (1767). Während der gemeinschaftlichen Regierung Charlotte Amalies und Karls 1775 bis 1782 war ebenfalls ein kreisrundes Siegel mit 45 mm Durchm., großes Wappen, Fürstenhut und Mantel zeigend in Gebrauch. Umschrift: VGG CARL REG H Z S U VGG CHARLOTTE AMEL V HZS G LZH OVORM U MITREG. Regierungssiegel Georgs I.: kreisrund, Durchm. 41 mm, großes Wappen, Fürstenhut und Mantel Umschrift: VGG GEORG REG HERZ Z S COB MEININGEN, unten von links nach rechts in kleineren Buchstaben: HERZ REGIER SIEGEL. Kammersiegel ebenso, nur Inschrift: HERZ CAMMER SIEGEL. Konsistorialsiegel: ebenso, nur Inschrift: HERZ CONSISTOR SIEGEL, Kammersiegel Luise Eleonores: VGG LOUISE ELEONORE VERW HZS GEB FvH OBEPV U LANDESREG, unten von links nach rechts H. Cammer S. Beim Regierungssiegel Luise Eleonores ebenso, jedoch HERZ REGIER S. oberhalb der gewöhnlichen Stelle, jedoch noch unterhalb des Wappens, während sich die Titellegende kreisförmig schließt. Die Siegel der Landeskollegien unter Bernhard II. zeigen bis 1829 folgendes Muster: kreisrund, mittleres Wappen mit Herzogskrone und Mantel. Umschrift: Von links nach rechts im oberen Halbkreis VGG BERNHARD HERZOG ZU SACHSEN, im unteren Halbkreis: H S M OBERLANDESGERICHT S.

⁹⁰⁷ So im Sonneberger Handelsprivileg v. 24. Febr. 1789 Sta Sonneberg in einer besonderen Lade. Legende: VGG GEORG REG HERZOG ZU SACHSEN COB MEININGEN. Durchmesser 34 mm. Unter Luise Eleonore lautet die Umschrift: VGG LOUISE ELEONORE VERW HZS GEB FVH OBV U LANDESR. Durchmesser 30 mm.

⁹⁰⁸ Schon in der Kammerrechnung von 1681: "Vor 1/4 Lot gelb und schwarz zusammengedrehte Heftschnüre: 9 gr 6 Pfg." ThStAMgn Älteres Rechnungsarchiv Kammer Meiningen 1680/81 Bl. 114.

⁹⁰⁹ Ein kleines Siegel Friedrich Wilhelms ohne Legende im Jahre 1734 geführt: ThStAMgn GAM XXVII 4, Siegel Anton Ulrichs oval ordensgeschmückt (wohl Hubertusorden) mit Herzogskrone ohne Legende, Wappen mit 4 Schildern, links oben Sachsen, unten Cleve (8 kreisförm.geordnete Linien) rechts oben und unten je ein Löwe (Jülich und Berg) 1730-1740 nachweisbar. Zum Wappen vgl. Lotz Das Coburg-Gothaische Staatswappen Aus den Coburg-Gothaischen Landen, Heimatblätter 9 (1904) S. 41 ff.

⁹¹⁰ Für Prinz Bernhard Ernst kleines ovales Siegel ohne Legende, Fürstenhut und Wappen von zwei Löwen gehalten. Nachweisbar in ThStAMgn GAM XXVII 3.

Konsistorialsiegel, die 1827 bis 1829 tätige Organisationskommission das Geheime Kanzlei-Siegel. Die bis ins Jahr 1809 zurückgehende, aber erst 1815 bis 1826 wirklich arbeitende Hilfskommission zur Regelung der Kriegsentschädigungen benutzte entweder ein eigenes kleines Siegel ohne Legende oder das Siegel des Marschkommissariats Meiningen⁹¹¹. Besondere Siegel dagegen sind nachweisbar bei der Chausseebaukommission, der Oberländischen Chausseebaukommission, der Oberländischen Handlungskommission, der Kriegskommission und der Landschaftlichen Steuer- und Kassedeputation⁹¹². Daneben ist ein von manchen Immediatkommissionen zu Anfang des 19. Jahrhunderts benutztes Kommissionssiegel in Abdrucken vielfach überliefert. Es zeigt das kleine sächsische Wappen mit Fürstenhut und Mantel sowie die Legende: "HERZ.S.MEININGISCHES COMMISSIONSSIEGEL". Auch die 1824 tätige Landschaftsorganisationskommission hat dieses Siegel benutzt. Die Geheime und die Kriegskanzlei verfügten am Ende des 18. und in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts über besondere Siegel. Das Geheime Kanzleisiegel ist unter der Regentschaft Luise Eleonores oval, 36 mm hoch und 30 mm breit und trägt von links unten nach oben und dann nach rechts unten führend, die Legende HER S C MEIN O GEHEIM CANZLEY INSIEGEL⁹¹³. Es zeigt das kleine Sachsenwappen sowie den Fürstenhut und ist als Verschlussiegel und Beglaubigungsmerkmal landesherrlicher Verordnungen benutzt worden. Unter der Regierung Bernhards II. zeigt es ebenfalls Fürstenhut und kleines sächsisches Wappen, ist oval, 32 mm hoch und 32 mm breit und hat von links unten nach rechts oben und wieder nach unten die Legende: H.S. GEHEIME CANZLEY INSIEGEL. Das Kriegskanzleisiegel als Siegel der Kriegskommission ist oval 24 mm hoch und 30 mm breit, zeigt ebenfalls kleines Wappen mit Fürstenhut und trägt die von rechts oben nach unten und dann wieder nach links oben führende Umschrift: FÜRST SACHS MEININGISCH KRIEGSCANZLEY INSIEGEL⁹¹⁴. Obwohl das Siegel besonders in der Napoleonischen Zeit gebraucht wird, müsste aus dem Prädikat "Fürstlich" geschlossen werden, dass es vor 1775 entstanden ist. Doch deuten viele Umstände, nicht zuletzt auch die Formgebung, darauf hin, dass es erst um die Wende zum 19. Jahrhundert angefertigt worden ist.

Die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der Meininger Verwaltung auftretenden Kommissionen und Deputationen führen auf ihren Schreiben als Verschluss- und Beglaubigungssiegel neben einem einfachen kleinen Siegel mit sächsischem Wappen vielfach die kleinen Privatsignete ihrer Mitglieder mit Monogramm, vielfach auch mit

⁹¹¹ Beispiele in Sta Sonneberg 61,19: Das ovale Siegel ist 26 mm hoch und 22 mm breit, zeigt einfaches, spitzes, sächsisches Wappen mit Fürstenhut und klassizistischer Girlande. Um 1817 benutzt die Hilfskommission dann das Siegel des Marschkommissariats Meiningen. Kreisrund, Durchm. 30 mm, Herzogskrone und einfaches sächsisches Wappen. Legende nur über die obere Hälfte: "MARSCHCOMMISSARIAT MEININGEN".

⁹¹² Oberländische Handlungskommission: rund Durchm. 36 mm, spitzes einfaches sächsisches Wappen, darüber Girlande gelegt, Legende von links unten nach oben und rechts nach unten: "HERZOGL SÄCHS C MEINING HANDL COMMISS SIEGEL 1803". Oberländische Chausseebaukommission: oval, 28 mm hoch, 23 mm breit, spitzes einfaches sächsisches Wappen mit Herzogskrone, Legende: von links unten nach oben und rechts nach unten: "HERZ S C OBERL CHAUSSEECOMMISS SIEGEL". Steuer- und Kassedeputation: 1) oval 22 mm hoch, 20 mm breit einfaches sächsisches Wappen mit Fürstenhut, Legende rechts oben nach unten und links oben: FÜRSTL S STEUER U CASSE DEPUTAT (um 1790), 2) oval 31 mm hoch, 28 mm breit, einfaches sächsisches Wappen mit Herzogskrone, Legende oben nach unten und oben links: "FÜRSTL SAECHS STEUER U CASSE DEPUTATION". Die landschaftliche Steuer- und Kassedeputation verwandte um 1790 auch ein anderes kleines Siegel, oval 20 mm hoch, 16 mm breit, Sachsenwappen, jedoch ohne Rautenkranz ohne Legende. Im Oberland benutzte die Neuhäuser Landschaftskasse oft das Neuhäuser Amtssiegel nach 1815 aber: Siegel oval, 30 mm hoch, 26 mm breit. Sachsenwappen mit Fürstenhut, Legende "HERZ S LANDSCHAFTSCASSE Z SONNEBERG".

⁹¹³ Herzoglich Sachsen-Coburg-Meiningisches Obervormundschaftliche Geheime Kanzleiinsiegel.

⁹¹⁴ Besonders schöne Beispiele ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 23834 (1809) und Sta Sonneberg 60,21 (1809).

Familienwappen⁹¹⁵. Letzteres gilt auch für die Leiter von Behörden, die nur vorübergehenden Charakter hatten oder für welche Amtssiegel noch nicht vorhanden waren. Selbst der Oberamtmann von Donop, der 1770 bis 1813 die Stellung eines Landesherrlichen Kommissars im Oberland innehatte, verwandte als Verschlussiegel seiner amtlichen Schreiben stets sein Privatsignet.

Die Ämter führten schon frühzeitig eigene Siegel als Beglaubigungs- und Verschlussmittel. Dabei unterschied man schon im 18. Jahrhundert das große und das kleine Amtssiegel. Letzteres ist meist kreisrund und hat einen Durchmesser von 18 bis 20 mm. Es zeigt das sächsische Wappen mit Fürstenhut und Buchstaben, die Abkürzungen der Behördenbezeichnung darstellen. In einzelnen Fällen begegnen wir auf den Siegeln auch Jahreszahlen, offensichtlich die der Stempelherstellung. Die übrigen Lokalbehörden, hauptsächlich die Kommissionen, deren tonangebendes Mitglied der Amtmann war, etwa die Geistlichen Untergerichte und Forstämter, führten das Siegel des zuständigen Amtes. Bei den lokalen Finanzbehörden begegnen wir im 18. Jahrhundert noch vielfach den Privatsigneten der Amtskastner und den Siegeln der Ämter. Erst um die Wende zum 19. Jahrhundert verfügen diese Behörden über eigene Siegel⁹¹⁶. Die Amtsvogtei Sonneberg, die Justiz- und nicht Finanzbehörde war, besaß seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ihr besonderes Siegel⁹¹⁷.

Nachdem wir die wichtigsten äußeren Merkmale der amtlichen Schriftstücke kennengelernt haben, ist es nun abschließend unsere Aufgabe, einen Überblick über die inneren Merkmale zu gewinnen. In Frage kommen im wesentlichen die Devotions- und Intitulationsformel, Anschrift und Gruß, Promulgation, Pönformel, Beglaubigungsformel, Datum und endlich die Unterschrift. Wesentliche Ausführungen sind schon bei der Darstellung der Entstehung der Schriftstücke vorgetragen worden.

Schon die eben erwähnten Fachbegriffe zeigen, wie sehr noch bis ins 19. Jahrhundert hinein den Meiningischen Kanzleischreiben die Wesensmerkmale der mittelalterlichen Herrscherurkunde anhaften. Freilich haben sich die Formeln gerade unter der Regierung Georgs I. überall stark vereinfacht und ihre barocke Schwülstigkeit abgeworfen, die aus dem späten 17. Jahrhundert stammt. In der Napoleonischen Zeit haben sie dann ihre im 19. Jahrhundert charakteristische Form erhalten. Gerade in den Jahren der Regierung Georgs I. macht sich überall das Streben nach Vereinfachung des Kanzleistils bemerkbar und findet in der Verordnung vom 6. März 1793 seinen Niederschlag⁹¹⁸. Das Bestreben war hierbei, den "bisher üblich gewesenen schwerfälligen Canzleistil" wesentlich zu vereinfachen, von Signaturrekript und "kleinen" herzoglichen Titel sollte mehr Gebrauch gemacht, die Anrede des Herzogs in Berichten fortfallen, und die Adressen an die Zentralbehörden genauer angegeben werden. Wir sehen hieraus, dass die sich in diesen Jahrzehnten langsam anbahnende wirtschaftliche und geistige Wandlung, die schließlich mit der Beseitigung des absolutistischen Obrigkeitsstaates durch den aufkommenden Liberalismus endete, auch auf

⁹¹⁵ Die "ins Fürstentum Coburg verordneten Deputati" führten 1734 bis 1764 meist ein ovales Siegel mit sächsischem Wappen und Fürstenhut ohne Umschrift, 25 mm hoch und 20 mm breit.

⁹¹⁶ Siegel der Amtskastner Sonneberg: Rautenkranzwappen, klassizistische Ausführung, oval 25 mm hoch, 21 mm breit. Legende: beginnend unten links nach oben und dann sich wieder nach unten rechts hinziehend: "H SC M CASTENAMT SONNEBERG", bezeugt für 1806 Sta Sonneberg 29,2.

⁹¹⁷ Siegel oval, 20 mm hoch, 18 mm breit, mit kleinem Wappen und Fürstenhut. Inschrift: "FSAVS = Fürstlich-sächsische Amtsvogtei Sonneberg". Das Siegel wird als "kleines Amtsvogteisiegel" bezeichnet.

⁹¹⁸ ThStAMgn ZM 260 Bl. 406 vgl. hierzu Emmrich in MTB von 1805, sowie ThStAMgn GAM XXIX 6. Verhandlung mit den Geheimen Ratskollegien zu Coburg, Weimar und Hildburghausen über die Abkürzung des Kanzleistils 1801.

dem Gebiet des amtlichen Schriftwesens langsam zur Verdrängung des alten feudalen Zeremoniells durch bürgerliche Zweckmäßigkeit führte.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, dass die Schriftsprache aller Meininger Behörden deutsch war⁹¹⁹. Lateinische oder fremdsprachige (französische) Schriftstücke zählen zu außergewöhnlichen Seltenheiten. Die deutsche Amtssprache der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist allerdings sehr stark mit neulateinischen Worten durchsetzt, besonders wenn es sich um verwaltungstechnische oder um juristische Fachausdrücke handelt, die in den amtlichen Schreiben oft eine bedeutsame Rolle spielen. Wer die Aufrufe Anton Ulrichs an seine Untertanen während des Wasunger Krieges 1747 liest, muss jedoch zu dem Eindruck kommen, dass diese vielfach ungeheuerlich anmutende Sprache von weiten Volkskreisen nicht verstanden worden ist⁹²⁰.

Die Verordnungen, Privilegien, Herrscher- und stellvertretende Behördenreskripte beginnen mit der Devotionsformel, Herrschername und Titel. Die Devotionsformel lautet: "Von Gottes Gnaden" und steht bis zum Regierungsantritt Bernhards II. 1821 stets vor dem Namen⁹²¹. Seit etwa 1790 fällt sie in den stellvertretenden Behördenreskripten meist ganz weg und zwar erscheint dann jedes Mal nur der kleine Titel: "Wir Georg, Herzog zu Sachsen, wollen zwar und befehlen hiermit nochmals ernstlich, dass ..." (1794).

Über die Anwendung des herzoglichen Titels hat nach Inbesitznahme der Erbschaft von 1825 Herzog Bernhard II. am 20. November 1826 eine Verordnung erlassen, die einen größeren, mittleren und kleineren Titel unterscheidet⁹²². Dieser Unterschied ist bereits seit der Errichtung des Herzogtums festzustellen. Der größere Titel, vorwiegend in Urkunden, Verordnungen und Patenten gebraucht, lautete beim Regierungsantritt Bernhards I. 1680: "Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, Landgraf in Thüringen, Markgraf zu Meißen, gefürsteter Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensburg, Herr zu Ravenstein"⁹²³. Er stimmte mit dem Titel aller Linien des ernestinischen Stammes des Hauses Wettin überein. Mit dem Gesamthaus Wettin nahm Bernhard I. auch nach Aussterben der Herzöge von Sachsen-Lauenburg 1689 am 2. Februar 1690 den Titel eines Herzogs von Engern und Westfalen an. Die Formel: "auch Engern und Westphalen" wurde hinter Berg dem Herzogstitel einverleibt⁹²⁴. So wenig die Wettiner jemals die Landesherrschaft über diese Gebiete Westfalens und des Niederrheins innegehabt haben, so zäh hielten sie durch Jahrhunderte hindurch bis zum Ende der Monarchie 1918 an diesem Titel fest. Das entsprach ganz dem Geist des absolutistischen Fürstenstaates, dessen Zeremoniell mehr als rein formale Bedeutung hatte, in dem es vielmehr galt, in Wahrung des fürstlichen Interesses über wirkliche und vermeintliche Rechte zu wachen, selbst wenn keinerlei Aussicht bestand, sie jemals zu verwirklichen.

⁹¹⁹ KO 1687 cap XII forderte die Anfertigung des Konzepts durch den Sekretär "nach reiner teutscher Sprache nach dem gewöhnlichen sächßischen Canzleistilo".

⁹²⁰ Publikationen vom 3. März, 5. April und 24. April 1747.

⁹²¹ Noch im Aufruf Luise Eleonores an ihre Untertanen vom 17. Dezember 1821, in welchem sie die Regierung an ihren Sohn Bernhard II. übergibt, steht die Devotionsformel vor dem Namen. (MWN 22/1821) Die ersten Verordnungen Bernhards II. beginnen dann jedoch: "Wir Bernhard, von Gottes Gnaden, Herzog zu Sachsen ...".

⁹²² MRIB 6/1827.

⁹²³ Der Titel "Herzog von Jülich, Cleve und Berg, Graf zu der Mark und Ravensburg, Herr zu Ravenstein" ist nach dem Aussterben der Herzöge von Jülich 1609 von allen Wettinern angenommen worden, obgleich die Erbschaftsansprüche nicht verwirklicht werden konnten. Den Titel eines gefürsteten Grafen zu Henneberg führen sie seit der Teilung der Grafschaft Henneberg 1661. Vgl. hierzu Lotz Coburg-Gothaisches Staatswappen, S. 50.

⁹²⁴ SVMGL 14 (1897) S. 5.

Ernst Ludwig I. nahm in seinen großen Titel schließlich auch seine Ränge in der Reichsgeneralität auf⁹²⁵. Von seinem Regierungsantritt 1706 bis zum Jahre 1712 lautete der Zusatz: "Der Römischen Kaiserlichen Majestät Generalfeldzeugmeister und des Heiligen Römischen Reichs General-Feld-Marschall-Lieutenant", seit 1712 "Der Römischen Kaiserlichen Majestät und des Heiligen Römischen Reichs bestellter Generalfeldzeugmeister". Friedrich Wilhelm dagegen fügte seinem Titel die Bezeichnung "Ritter des Königlich polnischen weißen Adlerordens" bei. Die Aufnahme einer Ordensbezeichnung ist besonders augenfällig unter Anton Ulrich, der seinem Titel die Formel "Ritter des Hubertiordens und Senior des Fürstlich Sächsischen Gesamthauses Ernestinischer Linie" beifügte⁹²⁶. Die Würde eines Hubertusordensritters nahm auch Herzog Karl in seinem großen Herrschertitel auf.

Mit der Übernahme der Regentschaft Charlotte Amalies 1763 erscheint in deren Titel "verwitbte Herzogin zu Sachsen" und der Geburtsname "gebohrene Landgräfin zu Hessen, Fürstin zu Hersfeld, Gräfin zu Catzenellbogen, Diez, Ziegenhain, Nidda, Schaumburg und Hanau, auch Sayn und Wittgenstein". Der Titel eines Grafen von Sayn und Wittgenstein ging dann auch in den großen Titel der Herzöge Karl und Georg I. über. Beim Regierungsantritt Herzog Bernhards II. im Jahre 1821 verschwand er dann allerdings wieder.

Als in den Jahren 1775 bis 1782 Herzog Karl und seine Mutter Charlotte Amalie gemeinsam die Regierung führten, erschien in der Intitulation beider Titel, der Charlotte Amalies mit dem Zusatz: "Obervormünderin unseres jüngeren Herrn Sohnes Herzog George Friedrich Carls zu Sachsen-Coburg-Meiningen Liebden und Mitregentin". Unter Luise Eleonore, die 1803 bis 1821 die Regentschaft führte, waren dann wieder "verwitwete Herzogin zu Sachsen", der Geburtsname und die Bezeichnung "Obervormünderin und Landesregentin" Bestandteil des Titels. Der Geburtsname erscheint in einfacher und erweiterter Form: "Fürstin zu Hohenlohe" oder "Fürstin zu Hohenlohe, Gräfin zu Gleichen, Herrin zu Langenburg und Kranichfeld"⁹²⁷.

Bernhard II. hat dann endlich bis zum Jahre 1826 einen vereinfachten größeren Titel gebraucht, der dem seines Urgroßvaters Bernhards I. entsprach⁹²⁸. Die Neufassung des Herzogtitels durch die Verordnung vom 20. November 1826 geschah unter Berücksichtigung

⁹²⁵ Die militärischen Chargen im großen Titel Ernst Ludwigs I. bedürfen einer näheren Betrachtung. Es ist zwischen den Ämtern im habsburgischen und im Reichsheer zu unterscheiden. Für das habsburgische Heer wurde er am 29. Mai 1698 zum Obristfeldwachtmeister (dem späteren Generalmajor) ernannt, am 12. Mai 1701 zum Feldmarschall-Leutnant und am 22. Mai 1704 zum Obrist- (General-) Feldzeugmeister. Im Reichsheer wurde Ernst Ludwig auf Beschluss des Reichstags vom 11. März 1704 Reichs-General-Feldmarschall-Lieutenant. Seit 1709 bewarb er sich um die Stelle des Reichsgeneralfeldzeugmeisters. Aber erst 1712 beschäftigte sich der Reichstag mit seiner Bitte und am 10. Dezember 1712 bestätigte ihn der Kaiser in diesem Amt. Die Feldzüge des Prinzen Eugen VI S. 754, XII S. 75-76 ferner Österreichisches Staatsarchiv Wien Abt. Kriegsarchiv, Hofkriegsrat Prot-Exp. 1712 Juni Nr. 285 ThStAMgn GAM XV F 27.

⁹²⁶ Der Hubertusorden ist 1444 von Graf Gerhard V. von Jülich-Berg gestiftet und am 29. September 1708 von Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz erneuert worden. Bayerisches Hof- und Handbuch 1911 S. 7. Bei ihrem freundschaftlichen Verhältnis zur Pfalz bemühten sich die Meininger Herzöge schon frühzeitig, den Hubertusorden zu erlangen. Bitten Bernhards I. für seinen Sohn Bernhard Joseph 1723. Staatsarchiv Neuburg (Donau) Kasten blau 53/14, Andere Angelegenheiten des Hubertusordens 1764 - 1765. ThStAMgn GAM XV DD 3.

⁹²⁷ Der Grafentitel zu Gleichen und der Herrentitel zu Kranichfeld stammen aus der Gleichen'schen Erbschaft der Fürsten zu Hohenlohe.

⁹²⁸ "Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg auch Engern und Westphalen, Landgraf von Thüringen, Markgraf zu Meißen, gefürsteter Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensburg, Herr zu Ravenstein".

des Gothaer Erbfalls. Sie führt schon in die Zeit des Herzogtums Sachsen-Meiningen-Hildburghausen und ist deshalb später zu behandeln.

Neben dem großen Titel tritt in den Akten, besonders in den Reskripten, der mittlere Titel auf, der keinen so vielfachen Veränderungen unterworfen gewesen ist. Er lautete nach der Erweiterung von 1690 gleichbleibend: "Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen". Die beiden Herzoginnen Charlotte Amalie und Luise Eleonore setzten "gebohrene Landgräfin zu Hessen" bzw. "gebohrene Fürstin zu Hohenlohe-Langenburg, Obervormünderin und Landesregentin" hinzu.

Der kleinere Titel begegnet uns erst im Zuge der Vereinfachung des Kanzleistils am Ende des 18. Jahrhunderts. Er wird im Schriftverkehr bald vorherrschend. In den stellvertretenden Behördenreskripten bildet er seit 1793 die allgemein übliche Form, er begegnet uns aber auch in Herrscherreskripten, gelegentlich sogar in Verordnungen und Patenten⁹²⁹. Er lautet unter der Regierung Georgs I. "Herzog zu Sachsen", unter der Regentschaft Luise Eleonores "verwitwete Herzogin zu Sachsen, geborene Fürstin zu Hohenlohe-Langenburg, Obervormünderin und Landesregentin". Es ist schon oben darauf hingewiesen worden, dass bei Anwendung des kleineren Titels fast stets die Devotionsformel fehlt. Seit dem Regierungsantritt Luise Eleonores 1803 erscheint dieser kleinere Titel auf den Reinschriften aller Landeskollegien und der Geheimen Kanzlei gedruckt, nachdem bisher der Titel vom Kanzlisten stets handschriftlich geschrieben worden war. Es ist dies wie die Titelvereinfachung ein Zeichen für den erhöhten Schriftverkehr in den zentralen Verwaltungsstellen des Herzogtums.

Eine Besonderheit stellt der Titel "Herzogin von Meiningen" (*duchesse de Meiningen*) dar, der im Herbst 1806 in einigen Verordnungen und Bekanntmachungen gebraucht wurde⁹³⁰. Er war aus rein diplomatischen Gründen gewählt worden, um Napoleon, der in die deutschen Einzelheiten wenig eingeweiht war, nicht gegen das neutrale Land aufzubringen. Das Kurfürstentum Sachsen und das Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach befanden sich als preußische Bundesgenossen mit Frankreich im Krieg, so dass im Titel auf alle Fälle die Bezeichnung "Sachsen" vermieden werden musste⁹³¹.

Während Verordnungen, Herrscher- und stellvertretende Behördenreskripte stets mit der Devotion und Intitulation beginnen, ist das in der altmeiningischen Verwaltung bei selbständigen Behördenreskripten nur in Ausnahmen der Fall. Sie beginnen in der Regel mit dem Text und schließen mit der Behördenfirma. Im 18. Jahrhundert begegnen wir allerdings bei den Zentralbehörden auch der einleitenden Nennung der Behörde in der Wir-Form als kollektivem Plural. Die einzelnen Glieder des Kollegs sind dabei regelmäßig aufgeführt. Eine erweiterte und eine einfache Form kann dabei unterschieden werden, von denen die erweiterte die ältere und schon in den hennebergischen Kanzleien des 17. Jahrhunderts nachweisbar ist⁹³².

Die erweiterte Form stellt im Genitiv zunächst den Herrschertitel voraus, dann erst folgt die Nennung der Behörde. Sie wird in feierlichen Schriftstücken, besonders in Urkunden benutzt: "Des durchlauchtigsten Fürsten und Herren, Herrn Anton Ulrich, Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen, unseres regierenden gnädigen Fürsten und Herren, Wir zur Cammer anhero verordnete Präsident, Räte, Assessor und Rentmeister urkunden hiermit und bekennen ..." ⁹³³. Die einfachere Form, die wir noch bis zur Verwaltungsreform von 1829 antreffen, beginnt dagegen sogleich mit der Aufzählung der einzelnen Mitglieder des Kollegs: "Wir zur Herzoglich Sächsischen Obervormundschaftlichen Regierung verordnete Praesident, Canzlar, Vicecanzlar, Räte und Assessor teilen Euch mit" ⁹³⁴.

⁹²⁹ Z.B. in Judenemanzipationspatent vom 5. Januar 1811.

⁹³⁰ Besonders in der Bekanntmachung vom 18. Okt. 1806 über die Aufnahme der Franzosen. Auch der Stadtrat zu Sonneberg sprach in seinem Schreiben an den französischen Marschall Augereau vom 10. Okt. 1806 diskret vom "principauté de Meiningen", Sta Sonneberg 61,16.

⁹³¹ Ähnlich auch in Gotha. Dort führte der Herzog August in diesen Wochen den Titel "Herzog von Gotha und Altenburg" (*duc de Gotha et Altenburg*) Bessenrodt, S. 24.

⁹³² Bestallung des Landmedikus Dr. Andreas Wolf v. 24. Febr. 1654 GHA V VII 26.

⁹³³ Sta Sonneberg 54,1 in einer Kammerurkunde v. 28. Aug. 1748.

⁹³⁴ Sta Sonneberg 61,18 in einem Regierungsreskript v. 20. Nov. 1806.

An dieser Behördenbezeichnung ist zweierlei bemerkenswert, einmal erscheint ein Amtstitel im Singular, wenn tatsächlich nur ein Vertreter dieses Ranges im Kolleg vorhanden gewesen ist⁹³⁵. Viel bedeutsamer aber ist die Feststellung, dass schon seit der Regierungszeit Bernhards I. bei den Behördenbezeichnungen der Landeskollegien stets der Präsidententitel erscheint, auch wenn dieser gar nicht an ein Kollegialmitglied verliehen gewesen ist. Zwar führte der Geheime Ratspräsident von Wolzogen bis zu seinem Tode 1734 die Präsidentschaft in Regierung und Kammer, auch im Konsistorium war bis 1718 in der Person Heinrichs von Tilemann ein Präsident vorhanden. In der Regierung war aber dann lange Zeit keinem Mitglied der Präsidentschaft verliehen worden, auch das Konsistorium verfügte nur in den Jahren 1746 bis 1762, 1768 bis 1774 und ab 1822, die Kammer nur 1768 bis 1797, 1809 bis 1816 und ab 1822 über ein mit dem Präsidententitel ausgezeichnetes Mitglied⁹³⁶. In dieser Zeit, in der ein Vizepräsident den Vorsitz des Kollegs innehatte, war auch dessen Amtstitel neben dem des Präsidenten in der Behördenbezeichnung aufgeführt⁹³⁷. Diese Erscheinungen mögen darin begründet sein, dass die Behördenbezeichnung schon im 18. Jahrhundert zu einer Formel erstarrt ist. Bei Adresse und Unterschrift wiederholen sich diese Feststellungen.

Dieselbe Entwicklung von barocker Weitschweifigkeit zur Einfachheit der napoleonischen Zeit begegnet uns auch in der Anschrift. Bei den Behördenadressen sind bis in die Regierungszeit Georgs I. wie in allen deutschen Ländern rang- und standesmäßig feine Unterscheidungen in der Titulatur zu beobachten. Der Landesfürst wurde bis weit ins 18. Jahrhundert mit weitläufigen Prädikaten angeschrieben. Erst unter Georg I. trat eine weitgehende Vereinfachung ein. Man adressierte vielfach nur noch "an des Herrn Herzogs Durchlaucht zu Meiningen" (1799), "Ihro der Frau Herzogin Louise Eleonore Durchlaucht zu Meiningen" (1809) und ähnlich. Da jedoch noch bis in die letzten Jahre der Obervormundschaft Louise Eleonores in Berichten der Unterbehörden an die Landeskollegien die Landesregentin selbst angeschrieben wurde, allerdings die Öffnung und Verteilung der Schreiben durch eine einzige zentrale Kanzlei wegen der Masse des Schriftverkehrs und aus anderen Gründen nicht möglich war, so wurden seit dem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts vom Adressenschreiber in der Anschrift links unten das Landeskollegium genannt, an das der Brief tatsächlich gelangen sollte: "Zur Herzoglichen Obervormundschaftlichen Hochpreislichen Regierung" (1814), "Zu Herzoglichem Obervormundschaftlichem Consistorio " (1809), "An Herzogliche Cammer-Forstsektion" (1829), andererseits aber auch "Zu Höchst eigenen Händen", wenn das Schreiben wirklich an den Landesfürsten selbst gerichtet war. Unmittelbar unter dieser Spezialadresse wurden dann noch Vermerke angebracht, wie "Cum actis", "mit Akten" usw.

Bei den Behördenanschriften wurden bis Ende des 18. Jahrhunderts nicht die unpersönlichen Behördenbezeichnungen verwandt, sondern die Kollegialmitglieder mit ihren Titeln angeschrieben. Die dabei in den deutschen Kanzleien gebrauchten Anreden sind auch in den Meininger Verwaltungsstellen nachweisbar, wie überhaupt die Meininger Kanzleien vielfach

⁹³⁵ Zu dem unter Anm. 201 verzeichneten Behördentitel aus dem Jahre 1806 sei festgestellt, dass die Regierung damals aus einem Kanzler (von Uttenhoven), einem Vizekanzler (von Künßberg), vier Regierungsräten und einem Regierungsassessor (Schwendler) bestand.

⁹³⁶ In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass sogar der in der Oberländischen Regierungsdeputation tätige Kammerassessor Richter 1735 firmierte: "Fürstlich Sachsen-Meiningische ins Fürstentum Coburg zur Cammer verordnete Präsident, Räte und Assessor", Sta Sonneberg A34,5.

⁹³⁷ Das Konsistorium, das 1804 aus einem Vizepräsidenten (Heim), 3 Räten und 1 Assessor bestand, firmierte: "Herzoglich Sächsische zu Obervormundschaftlichen Consistorio verordnete Praesident, Vicepraesident, Räte und Assessor".

mit den Nachbarstaaten in Austausch getreten sind, um eine möglichst einheitliche Verwendung der Kurialen zu erreichen⁹³⁸. So wurde gebraucht: "Wohlgeborener" bei Freiherren, "Vester" bei Adligen, "Hochgelahrter" bei Juristen, "Ehrsame und Weise" bei Mitgliedern der Stadträte, "Hochehrenwürdiger" oder "Andächtiger" bei Geistlichen, dazu die allgemeine Anrede des Herzogs an seine Beamten und Untertanen: "Liebe Getreue" und bei gleich geordneten Behörden Formeln wie: "Besonders gute Freunde und Kollegen", bei Schreiben an übergeordnete Verwaltungskörperschaften "Gute Gönner". Bemerkenswert ist dabei, dass auch hier die personelle Zusammensetzung einer Kollegialbehörde nicht nur in ihrer sozialen Schichtung, sondern auch in ihrer zahlenmäßigen Zusammensetzung sich widerspiegelt, indem derjenige Stand, der nur mit einer Person im Kollegium vertreten gewesen ist, auch in der Anrede als Einzahl erscheint⁹³⁹.

Seit der Regierung Georgs I. und besonders unter der Obervormundschaft Luise Eleonores setzte sich dann eine vereinfachte Anschrift durch, die die unpersönliche Behördenbezeichnung anwandte. Schon seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ist gelegentlich der Brauch zu beobachten, Unterbehörden mit kurzen Adressen anzuschreiben und zwar in der Form von Befehlen: "Dem Stadtrat zu Salzungen zu insinuieren". Die vereinfachte Behördenanschrift setzte sich seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts aber nicht nur bei Schreiben der Oberbehörden, sondern auch bei gleich geordneten Dienststellen und bei Schreiben an übergeordnete Behörden durch: "An die Herzoglich Sächsische Obervormundschaftliche Regierung zu Meiningen" (1809).

Mit der Adresse sachlich eng verbunden sind Grußformel, Anrede und Promulgatio. Die Grußform zu Eingang des Schriftstückes finden wir im 18. Jahrhundert in den Schriftstücken der Meininger Kanzleien häufig in Verordnungen und Reskripten. In den Reskripten wird sie allerdings in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts ungebräuchlich und verschwindet zuerst in den stellvertretenden Behördenreskripten ganz. Am umfangreichsten sind die Grußformeln in den Verordnungen, in denen sich die Elemente der mittelalterlichen Urkunden am reinsten bewahrt haben. Es werden hier bis weit ins 18. Jahrhundert wie in der Reformationszeit die einzelnen Stände und Beamtenschichten des Fürstentums namentlich angesprochen⁹⁴⁰. In den Reskripten ist die Grußformel dagegen stark gekürzt, zumal das Reskript auch nur für eine Einzelperson oder einen sehr engen Personenkreis bestimmt gewesen ist. In Meiningen scheint im 18. Jahrhundert die Grußformel dem Landesherrn vorbehalten gewesen zu sein. In den Behördenreskripten dagegen begegnet uns nur die Bekundung des geneigten Willens und die Diensterbietung ranggleicher oder übergeordneter

⁹³⁸ Zur Anrede vgl. Meisner S. 106, Austausch der Kurialen, ThStAMgn GAM XXIX 5 und 6.

⁹³⁹ Beispiele: Friedrich Wilhelm an Kammer 1741 "Denen Wohlgebohrnen hochgelahrten, unseren lieben Getreuen zur Gesamt-Cammer allhier verordneten Praesident und Räten". Georg I. an Regierung 1793 "Denen Wohlgebohrnen, Vesten und Hochgelahrten unseren zu Herzoglichen Regierung verordneten Praesident, Canzlar, Räten und Assessoribus und lieben Getreuen zu Meiningen". Die Regierung setzte sich damals aus 1 Kanzler, 4 Räten und 2 Assessoren zusammen, 5 Adligen und 2 bürgerlichen Juristen. Über den Gebrauch des Prädikats "Präsident" siehe S. 228. Regierung an Stadtrat zu Sonneberg 1800 "Denen Ehrsamem und Weisen unseren guten Gönnern, den Stadtrat zu Sonneberg".

⁹⁴⁰ Beispiel: Akzisordnung Bernhards I. vom 2. April 1685 "Wir ... entbieten hiermit Unsern gesamten Praelaten, Grafen und Herrn, insonderheit aber denen unserer eigenen getreuen Ritterschaft, Beamten, adligen und andern Gerichtsverwaltern, Räten in den Städten, Dorfvorstehern und Gemeinen, auch sämtlichen Unsern Untertanen und Schutzverwandten geist- und weltlichen Standes, unsere Gnade und alles Gute und fügen ihnen hiermit zu wissen: ... (Am Anfang ist noch gothaischer Einfluß bemerkbar). ThStAMgn ZM Nr. 216 und 261.

Bettelei-Pönapatent Anton Ulrichs vom 23. November 1746: "Wir ... entbieten unserer getreuen Ritterschaft, Beamten, Gerichtshaltern, Adel und Militar-Bedienten, Bürgermeistern und Räten in den Städten auch Schultheißen, Dorfvorstehern, Gemeinden und sämtlichen Unseren Untertanen und Verwandten unsere Gnade und alles Gute und fügen denenselben hiedurch zu wissen".

Stellen: "Unseren günstigen Willen zuvor", "Unsere freundlichen Dienste zuvor". Die Anrede, die in den Reskripten nach der Grußformel und unmittelbar nach dem Herrschertitel steht, schließt sich inhaltlich sehr eng an die Adresse an, und sie verwendet die dort gebrauchten standesmäßig fein abgestuften Prädikate⁹⁴¹. Sie verschwindet am Ende des 18. Jahrhunderts, und zwar zuerst in den stellvertretenden Behördenreskripten. In den Dekreten, Urkunden und Verordnungen fehlen sie ganz. Dagegen ist die Anrede der Landesfürsten in Berichten, Suppliken bis weit ins 19. Jahrhundert erhalten geblieben, soweit diese Schriftstücke unmittelbar an den Landesherrn gelangen sollten⁹⁴². In Berichten an die Landeskollegien, die formell an den Landesherrn gerichtet waren, wurden sie durch die Verordnung vom 16. März 1793 abgeschafft⁹⁴³. Im Text selbst kam sie aber immer noch vor.

Die Promulgatio als der Bestandteil des Schriftstückes, der seine öffentliche Bekanntgabe anordnet, findet sich selbstverständlich nur in solchen amtlichen Schreiben, die für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen sind, in erster Linie also Urkunden und Verordnungen. Sie fehlt im Reskript und im eigentlichen Dekret. In den Urkunden finden wir sie häufig in der nach dem Titel eingefügten kurzen Formel enthalten: "Urkunden und tuen kund", während die Publikation in den Verordnungen oft sehr weitschweifig sein konnte, aber am Ende des Textes und zwar vor der Pönformel steht. Dort wird etwa angeordnet, dass die Verordnung "mittels öffentlichen Anschlags" bekannt zu geben sei, damit sie "zu jedermanns Wissenschaft gelangen und sich niemand mit der Unkenntnis deshalb entschuldigen kann"⁹⁴⁴. Gelegentlich enthalten die Verordnungen den Befehl, an die Unterbehörden Bericht zu geben, auf welche Weise die Veröffentlichung erfolgte⁹⁴⁵. Freilich können wir allzu oft feststellen, dass zwischen Vollziehung und Veröffentlichung eines Patentes eine lange Zeit verstrich. Aus den Elementen der mittelalterlichen Herrscherurkunden hat sich in den angeordneten Schriftstücken der Meininger Kanzlei auch die Pönformel erhalten und zwar am Ende des Textes vor dem Datum. Sie tritt noch stark in den Verordnungen der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Erscheinung⁹⁴⁶.

Sachlich zur Pönformel gehört die den Willen des Landesherrn ausdrückende Formel, die anstelle der Pön in den Meininger Herrscher- und stellvertretenden Behördenreskripten des

⁹⁴¹ Beispiele: "Wohlgeborener Edle, Vest und Hochgelahrte, besonders gute Freunde und Kollegen", Kammer an Regierung 1792. "Ehrsame und Weise, gute Gönner", Kammer an den Stadtrat zu Sonneberg 1767 in einem selbständigen Behördenreskr. "Hochgelahrter Ehrwürdig und Andächtiger, liebe Getreuen", Konsistorium an Geistliches Untergericht Sonneberg (bestehend aus Amtmann und Superintendenten) 1799 in einem stellvertretenden Behördenreskript. "Zur hochfürstlichen S. Coburg-Meiningische ins Fürstentum Coburg hochansehnlich, hochverordnete Deputation hochverordnete Herrn Deputati Reichsfrei- Hochwohl- und hochedelgebohrene gnädig und hochgebietende Herrn!" Advokat Motsch an Oberländische Regierungsdeputation 1742.

⁹⁴² Anrede: "Durchlauchtigster Herzog, Gnädigster Fürst und Herr" seit Georg I. "Durchlauchtigster Herzog, Gnädigster Herzog und Herr".

⁹⁴³ ThStAMgn ZM 260 Bl. 406.

⁹⁴⁴ Beispiel aus ThStAMgn ZM 261 Mandat vom 12. Juli 1791. Die Beamten werden ermahnt, das Patent "Zu öffentliche Abkündigung und Affigierung, zu manniglicher Wißenschaft weiterzubringen". Bettelpönalpatent Anton Ulrichs vom 23. November 1746. Später aber finden wir Beispiele, dass in Verordnungen die Promulgation in einfacheren Formeln sofort nach dem Herrschertitel enthalten ist: "Tuen hiermit kund und fügen zu wissen". Getreideverordnung Georgs I. vom 19. August 1796.

⁹⁴⁵ VO über die Einfuhr von Salz vom 30. April 1812 ThStAMgn ZM 262: "Die Herzoglichen Ämter werden übrigens bedeutet, binnen 14 Tagen vom heutigen Tage an anher einzuberichten, wie diese sämtlichen Vorschriften zur öffentlichen Kenntniß gebracht ..."

⁹⁴⁶ "In Maßen Wir gegen alle diejenigen, welchen diesen Unseren Befehl entgegen handeln als meineidige und pflichtbrüchige Untertanen mit unnachbleiblicher Geld-, Gefängniß- und ander empfindlicher Leibesstrafe verfahren werden, wornach sich ein jeder zu achten, auch vor Schaden und Nachteil zu hüten hat". Mandat Anton Ulrichs vom 3. März 1747 anlässlich des Gothaischen Einfalls in Wasungen.

18. Jahrhunderts regelmäßig zu finden ist: "An dem geschicht unsere Meinung". Sie ist ein altes Erbe der sächsischen Kanzlei und hat ihren Ursprung in dem im Spätmittelalter emporsteigenden absoluten Königtum Frankreichs⁹⁴⁷. Die Formel steht immer unmittelbar vor dem Datum, also am Schluss des Reskripts, wenn der Wille des Ausstellers bereits voll bekannt ist. Sie verschwindet in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zuerst in den stellvertretenden Behördenreskripten, wo sie in den letzten Jahren Georgs I. bereits dann nicht mehr anzutreffen ist, wenn der kleine Herrschertitel verwendet wird. In zahlreichen Fällen wird diese Formel ergänzt durch ein positives Element: "und wir bleiben Euch in Gnaden bewogen". In stellvertretenden Behördenreskripten ist diese Form zwar seltener, fehlt aber auch dort nicht ganz.

In selbständigen Behördenreskripten finden wir gelegentlich eine entsprechende Form "An dem geschicht höchstgedacht unseres regierenden Fürsten und Herrns Willen und Meinung" oder "an dem geschicht höchstderogedacht Ihro Hochfürstliche Durchlaucht Meinung und wir sind Euch günstigen Willen zu erweisen geneigt"⁹⁴⁸. Es wird hier also nicht nur der Wille der anordnenden Behörde sondern auch der des Landesherrn ausgedrückt. Es bleibt allerdings noch einer eingehenden Forschung überlassen, ob es sich dabei lediglich um eine formelhafte Wendung handelt, oder ob jedes Mal ein landesherrlicher Spezialauftrag zur Ausfertigung des Reskripts vorlag.

Beim Datum ist zunächst zu beachten, dass das Meininger Fürstentum gemeinsam mit allen protestantischen deutschen Staaten bis zum Jahre 1699 der Zeitberechnung des Julianischen Kalenders folgte, der zehn Tage hinter dem in den katholischen Ländern eingeführten Gregorianischen Kalender herhinkte. Erst mit Beginn des Jahres 1700 erfolgte die Umstellung⁹⁴⁹. Das Datum steht mit Ausnahme des Protokolls bis weit ins 19. Jahrhundert stets am Schluss des Schriftstückes und zwar in Verordnungen, Reskripten und Dekreten, also in allen anweisenden Verfügungen ranghöherer Behörden, sich unmittelbar an den vorhergehenden Text anschließend, ohne dass mit einer neuen Zeile begonnen worden wäre. In Berichten und Suppliken dagegen ist das Datum links unter dem Text und in sichtbarem Abstand von diesem meist zweizeilig aufgeführt⁹⁵⁰. Das Datum setzt sich allenthalben aus drei Bestandteilen zusammen, dem Einleitungswort, dem Ausstellungsort und dem eigentlichen Datum, zerfallend in Monatstag, Monats- und Jahresbezeichnung. Das Einleitungswort ist in der Regel "Datum (gegeben)", bei Protokollen tritt an seine Stelle "Actum (geschehen)". Für die aktenwissenschaftliche Feststellung, dass die *tertia persona* ergehenden Dekrete im Gegensatz zu den Reskripten anstelle von "Datum" das Einleitungswort "Signatum" aufweisen, lassen sich in den Meininger Kanzleien in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zahlreiche Beispiele anführen. Allerdings verwischt sich der Unterschied bereits unter der Regentschaft Charlotte Amalies. Das Signatum erscheint übrigens auch in kurzen Mitteilungen, in denen die Wir-Form gebraucht wird. Seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts setzt sich dann immer mehr die Gewohnheit durch, das Einleitungswort überhaupt wegzulassen und sofort mit dem Ausstellungsort zu beginnen. In Berichten und Suppliken ist das bereits im 18. Jahrhundert üblich.

Als Ausstellungsort erscheint in den Schriftstücken des Herzogs und der Oberbehörden bereits unter Bernhard I. die Formel "Meiningen zur Elisabethenburg", die sich mit

⁹⁴⁷ Meisner, S. 114-115.

⁹⁴⁸ Regierung an Stadtrat zu Sonneberg 17. Dez. 1747, Kammer an Stadtrat zu Sonneberg 10. Jan. 1757 Sta Sonneberg A1,3 und A57,1.

⁹⁴⁹ VO v. 16. Nov. 1699 ThStAMgn ZM 164 Bl. 28.

⁹⁵⁰ Meisner S. 118.

erstaunlicher Zähigkeit bis zum Sturz der Monarchie 1918 erhalten hat⁹⁵¹. Da nach Inbesitznahme der Coburger Erbschaft 1699 Bernhard I. und später auch Ernst Ludwig I. ihren Aufenthalt zeitweilig in Coburg nahmen, begegnet uns in Meininger Herrscherverfügungen der beiden ersten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts vielfach auch als Ausstellungsort "Coburg zur Ehrenburg". In den Schriftstücken Anton Ulrichs, der sich meist außerhalb des Landes aufhielt, tritt zunächst Wien, seit 1742 jedoch Frankfurt am Main als Ausstellungsort stark in den Vordergrund. Im Übrigen wird als Ausstellungsort der Sitz der Behörde angegeben, so auch in den stellvertretenden Behördenreskripten der Meininger Zentralbehörden, die in der Zeit der Abwesenheit Anton Ulrichs erlassen worden sind. Das eigentliche Datum bildet keine Sonderheiten. Beachtenswert ist nur, dass bis zum 31. Dezember 1699 im Herzogtum der Julianische Kalender gültig war⁹⁵².

Gegenüber der einfachen Bezeichnung mit Tag, Monat und Jahr treten Datierungen mit Heiligennamen und Regierungsjahren nicht auf. Nur bei den Steuerterminen haben sich die Heiligennamen in erstaunlicher Zähigkeit bis zur Steinschen Finanzreform 1826 bis 1831 gehalten. Auf den Umstand, dass das Ausstellungsdatum nicht der Tag der Entstehung des Schriftstückes, seiner Unterzeichnung oder Absendung, sondern der der Beschlussfassung im Kolleg oder bei den Unterbehörden der der Entscheidung des Behördenleiters darstellt, ist bereits oben ausführlich hingewiesen worden.

Mannigfaltig ist die Art und Weise der Unterschriften, die wir als letztes inneres Merkmal der Schriftstücke behandeln müssen. In diesem Zusammenhang kommt es nur auf die Unterschriften in Reinschriften an, während die Konzeptunterschriften bereits in anderem Zusammenhang ausführlich dargestellt worden sind. In den Kanzleien der sächsischen Kurfürsten und Herzöge hatte sich bereits im 17. Jahrhundert voll und ganz der Brauch durchgesetzt, dass alle Schriftstücke vom Landesherrn, vom Behördenleiter oder von ihren Beauftragten handschriftlich unterzeichnet wurden. Die bloße Behördenfirma diente jedoch noch bis ins 19. Jahrhundert oftmals als Unterschrift in Bekanntmachungen, etwa in den Meininger Wöchentlichen Nachrichten.

Die Tatsache der persönlichen Unterzeichnung wird bis ins beginnende 19. Jahrhundert durch die unmittelbar an den Namen angehängte, stets jedoch in Kürzeln erscheinende und oft zu einem Gittergeflecht entartete Formel: "manu propria sub-scripsi" nochmals besonders hervorgehoben. Sie fehlt allerdings bei einigen Herzögen, so bei Friedrich Wilhelm und Georg I.

Bei Verordnungen, Herrscherurkunden und Herrscherreskripten, die vom Herzog oder Landesregenten selbst unterzeichnet worden sind, erscheint die Unterschrift unmittelbar unter dem Text auf einer besonderen Zeile. Beim sogenannten Fürstenschreiben an auswärtige Landesherren wird zwischen Text und Unterschrift nochmals die Zierschrift, die große Intitulation, wiederholt.

Während bis zum Regierungsantritt Anton Ulrichs verhältnismäßig viele Ausfertigungen der Oberbehörden vom Landesherrn selbst unterzeichnet wurden, beschränkte sich später seine Unterschrift lediglich auf die Ausfertigung der Verordnungen und auf Schreiben der Geheimen Kanzlei als der Schreibstube des Geheimen Ratskollegs, das das persönliche Beratungsorgan des Landesherrn war.

⁹⁵¹ Im Konzept: MzEb.

⁹⁵² Vgl. Archiv I S. 16.

Die aus den Kanzleien der Landeskollegien ausgehenden Schriftstücke wurden seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lediglich nur noch dann vom Landesregenten persönlich unterschrieben, wenn es sich um besondere Hoheitsakte handelte. Der Ort der Unterschrift der Herzöge verschob sich im Laufe des 18. Jahrhunderts immer mehr von links nach rechts. Bernhard I. unterzeichnete hart unterhalb des Textes ganz links, die ersten Buchstaben seines Namens griffen sogar links über den Zeilenanfang des Textes hinaus. Ernst Ludwig I. und Anton Ulrich unterschrieben am gleichen Ort, begannen aber mit dem Zeilenanfang des Textes. Dagegen erstreckte sich die Unterschrift Friedrich Wilhelms über die ganze Breite des Blattes. In ihrer Weitläufigkeit und Flüchtigkeit unterschied sie sich stark von dem hochbarocken, fast zierschriftartigen Namenszug Anton Ulrichs. Während der Gothaer Mitvormundschaft über Ernst Ludwigs Söhne 1724 bis 1727 unterzeichnete neben Friedrich Wilhelm auch Herzog Friedrich II. von Gotha⁹⁵³. Charlotte Amalie unterschrieb in der Mitte, jedoch knapp unterhalb des Textes, zuerst mit Charlotte Amalia, später mit Charlotte Amalie. In der Zeit der gemeinschaftlichen Regierung mit ihrem Sohn Karl 1775 bis 1782 sind die Unterschriften der beiden Landesregenten vorzufinden, links die sehr flüssige Unterschrift Herzog Karls, rechts die Charlotte Amalies. An ihre Stelle tritt vom Februar bis Juli 1782 die eigenwillige Unterschrift des Herzogs Georg I. Als dieser am 31. Juli 1782 die Alleinherrschaft antrat, unterzeichnete er auch weiterhin auf der rechten Hälfte des Blattes, später allerdings in etwas größerem Abstand vom Text. Unter Louise Eleonore, die stets nur mit ihrem ersten Namen ebenfalls rechts unterschrieb, wurde dieser Abstand noch größer. Bernhard II. endlich unterzeichnete wieder in der Mitte der Seite mit seiner flüssigen und schwungvollen Schrift und seinem vollen Namen: Bernhard Erich Freund.

Unmittelbar an den Namenszug schlossen die Landesherren ihren Haupttitel an: Herzog zu Sachsen, jedoch stark gekürzt. Lediglich Herzog Karl schrieb diesen Titel aus. Die beiden Landesregentinnen fügten ihm noch den Geburtsnamen, jedoch stark gekürzt, hinzu⁹⁵⁴.

Bei denjenigen Reskripten, die zwar im Namen des Landesherrn ergingen, aber nicht von ihm selbst unterschrieben wurden, bei Schriftstücken also, die wir als stellvertretendes Behördenreskript bezeichnet haben, sind zwei Hauptgruppen zu unterscheiden. Beide wurden von Beamten unterschrieben. An erster Stelle sind diejenigen Reskripte zu nennen, die im Geheimen Ratskollegium entstanden und von der Geheimen Kanzlei ausgefertigt worden sind, die aber nicht der Landesherr sondern ein Mitglied des Geheimen Ratskollegiums unterschrieben hat. Solche Fälle finden wir seit der Regentschaft Charlotte Amalies und der zu dieser Zeit stattgefundenen organisatorischen Festigung des Geheimen Ratskollegiums sehr häufig. Sie tragen bis in die ersten Regierungsjahre Bernhards II. den stets lateinisch geschriebenen Auftragsvermerk: "Ad mandatum Serenissimi propium" bzw. "Ad mandatum Tut (ricis) et Reg (entis) propium" und sind handschriftlich von einem Mitglied des Geheimen Ratskollegiums unterschrieben⁹⁵⁵.

⁹⁵³ Beispiel: ThStAMgn GAM XXVII 2 (1726).

⁹⁵⁴ Bernhard I. und Anton Ulrich unterschrieben mit "H.z.Sachsen", Charlotte Amalie: "H.z.S.geb.L.z.H.", Luise Eleonore: "v.H.z.S.g.L.z.H" (verwitwete Herzogin zu Sachsen, geborene Prinzessin zu Hohenlohe).

⁹⁵⁵ Es unterzeichnete meistens das führende Mitglied des Geheimen Ratskollegiums, am Ende d. 18. Jahrhunderts vornehmlich der Wirkliche Geheime Rat und Oberhofmeister von Dürkheim, später der Wirkliche Geheime Rat von Könitz. Die in anderen Kanzleien gebräuchliche Formel "ad mandatum Serenissimi speciale" ist seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in Meiningen nicht mehr anzutreffen. Früher gab es Anweisungen "Auf Spezialbefehl", allerdings nicht in Unterschriftsvermerken. Nach 1829 setzte sich die Formel "Auf höchst besonderen Befehl" durch, 1828 auch "Auf seiner Herzoglichen Durchlaucht höchsten Spezialbefehl" ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1134.

Die zweite Gruppe der stellvertretenden Behördenreskripte stellen die unter dem Namen des Landesherrn von den Landeskollegien ausgehenden Schriftstücke dar. Sie tragen als Unterschrift die Behördenfirma und den Namenszug des Kollegialvorsitzenden, seltener die eines anderen Kollegialmitgliedes. Neben den stellvertretenden Behördenreskripten der Landeskollegien, die am Schluss die Behördenfirma enthalten, treffen wir schon unter Bernhard I. am Ende des 17. Jahrhunderts solche ohne Behördenfirma und ohne Auftragsvermerk an. Unmittelbar unter dem Text unterzeichnet hier der Kollegialvorsitzende oder ein anderes Mitglied des Kollegiums mit Namenszug. Diese vereinfachte Form setzt sich im Laufe der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer stärker durch, eine Entwicklung, die zusammen mit der bereits dargestellten Anwendung des kleinen Titels und dem Wegfall der Devotions- und anderer Formeln als eine der wesentlichsten Vereinfachungen des Kanzleistils dieser Zeit angesehen werden muss. Tausende in diesen Jahrzehnten aus der Regierungskanzlei ergangene stellvertretende Behördenreskripte tragen die einfache Unterschrift des Kanzlers. Gelegentlich tritt an seine Stelle der rangälteste Regierungsrat. Sie unterscheiden sich nur durch diesen Namenszug, das Verschlussiegel und gewisse nebensächliche Kanzleivermerke von den stellvertretenden Behördenreskripten der Kammer und des Konsistoriums. Indes kannte der untere Beamte die Mitglieder seiner vorgesetzten Behörde genau, so dass er wusste, wer das Reskript erlassen hatte. Bemerkenswert ist, dass bei den Kollegialbehörden vor 1829 niemals das Kollegium in seiner Gesamtheit oder auch nur einige Mitglieder gemeinsam unterschrieben. Es ist nur eine einzige Unterschrift anzutreffen⁹⁵⁶. Eine Ausnahme bilden hierbei die stellvertretenden Behördenreskripte der Oberökonomiekommission, die sich bekanntlich aus den Mitgliedern der Regierung, der Kammer und der weltlichen Räte des Konsistoriums zusammensetzte. Hier unterschrieben unmittelbar unter dem Text nebeneinander der Kanzler als Vorsitzender der Regierung und die Präsidenten des Konsistoriums und der Kammer⁹⁵⁷. Die meisten Immediatkommissionen folgten später diesem Beispiel.

Die Unterschriften der selbständigen Behördenreskripte, der Dekrete und der Schreiben der Unterbehörden zeigen in der Unterschrift sämtlich die Behördenfirma und den handschriftlichen Namenszug des Behördenleiters oder seines Beauftragten. Zu unterscheiden ist dabei die ältere Form der Nennung der Mitglieder des Kollegs in rangmäßiger Aufzählung, und die jüngere Form der unpersönlichen Behördenfirma, die uns beide im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert begegnen, und zwar in der Weise, dass die erste langsam verschwindet und die letzte sich allmählich durchsetzt⁹⁵⁸. Die Behördenfirma schließt sich

⁹⁵⁶ Ein seltenes Beispiel, dass mehrere Beamte in einem Regierungsbericht unterschrieben, datiert vom 23. Dezember 1723, ThStAMgn GAM XXV 1. Es unterschrieben die Regierungsmitglieder Johann Jacob Grimm, Johann Jacob Zinck und Ernst Ludwig Schröter. In demselben Aktenstück befindet sich ein weiterer Bericht mit der einmaligen Unterschriftenform: "Euer hochfürstlichen Durchlaucht untertänigste und gehorsamste anwesender Geheimer Kriegs-, Hof- und Regierungsräte Johann Ludwig von Koppenstein J.N. Rittrich Johann Christoph Trier Johann Cunrad Weber.

⁹⁵⁷ Beispiele Sta Sonneberg 54,1 aus den Jahren 1795, 1796 und 1799.

⁹⁵⁸ Beispiele für erweiterte Form: "Fürstlich Sächsische zur Regierung anhero verordnete Praesident und Räte" (1746) - "Fürstlich Sächsische zum Consistorio verordnete Director und Assessores" (1682) - "Fürstlich Sächsische zur respe(ctiv)e Obervormundschaftlichen Regierung anhero verordnete Praesident, Canzlar und Räte (1775) - "Herzoglich Sächsische zur Regierung verordnete Praesident, Canzlar, Räte und Assessoren" (1793) - "Herzoglich Sächsische zur Obervormundschaftlichen Cammer anhero verordnete Praesident und Räte" (1808) - In der Behördenfirma der Kammer erscheint in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Rentmeister „Zur Herzoglichen Hilfs-Caße-Commission gnädigst verordnete“ (1817).

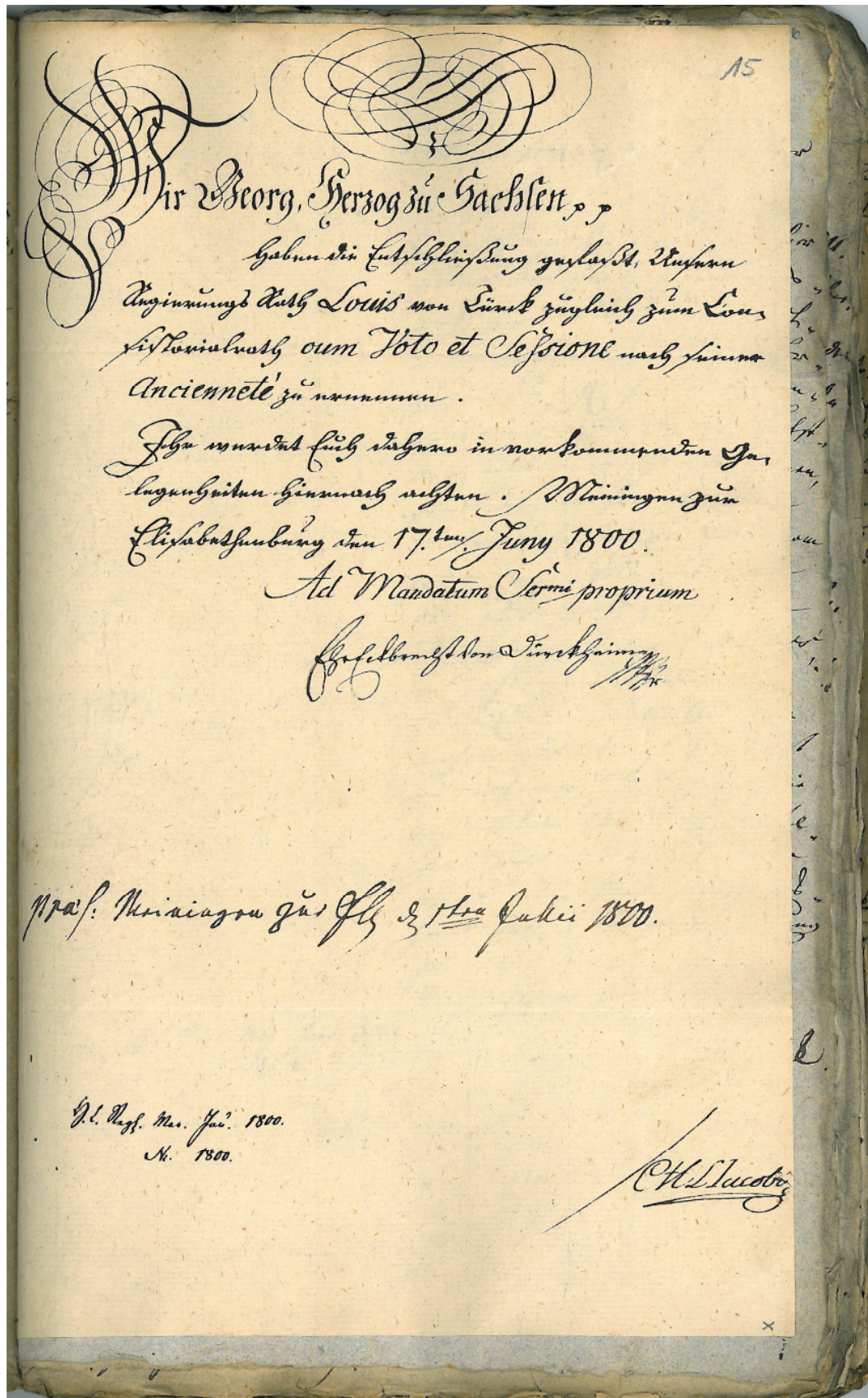
Beispiele für die vereinfachte Form: "Fürstlich Sächsische Cammer daselbst" (1748) - "Herzoglich Sächsische Obervormundschaftliche Regierung daselbst" (1806) - "Herzoglich Sächsische Obervormundschaftliche Kriegscommission daselbst" (1814) - "Herzoglich Sächsische Landes Regierung als

dabei stets an den Ausstellungsort des Schreibens an und zwar mit den Worten wie: "allhier", "anhero" oder "daselbst" (nämlich in Meiningen usw.).

Aus der Stellung des Geheimen Ratskollegiums heraus ist es zu verstehen, dass selbständige Reskripte oder Verordnungen dieses Kollegiums außerordentlich selten sind. Erst im Jahrzehnt vor der großen Verwaltungsreform von 1829, als das Kollegium bereits in Geheimes Ministerium umbenannt gewesen ist, bahnt sich hier langsam eine Änderung an. Dennoch firmieren auch im 18. Jahrhundert in Meiningen wie in anderen Ländern gelegentlich die "Fürstlich Sächsischen Geheimbden Räte"⁹⁵⁹.

Lehnhof" (1828) - "Herzoglich Sächsisches Geheimes Ministerium" (1822) - "Herzoglich Sächsisches Obervormundschaftliches Amt daselbst (1812) - "Herzoglich Sächsisches Administrativamt" (1826) - "Herzoglich Sächsisches Kreisamt" (1826) - Herzoglich Sächsische Landschaftscassa daselbst (Neuhaus 1796).

⁹⁵⁹ Beispiele ThStAMgn GAM XXIX 5 und 6, wo allerdings nur Auskunft über formelle Angelegenheiten eingeholt wird (1749 und 1801): Dort auch Beispiele aus anderen Staaten: Behördenfirma und Namenszug: Hessen Kassel (1749): "Ihro Königlichen Majestät zu Schweden, Fürstlich Hessische Geheimbde Räte", Sachsen-Coburg (1749): "Fürstlich Sächsische zum Geheimen Ratskollegio verordnete Praesident und Räte" (1801): "Herzoglich Sächsisches Geheimes Ratscollegium", Sachsen-Weimar (1801): "Fürstlich Sächsischer Wirkliche Geheimde Räte", Sachsen-Hildburghausen (1801): "Herzoglich Sächsische Geheimde Räte".



Ausfertigung eines Reskripts aus der Geheimen Kanzlei "Ad mandatum Serenissimi proprium" 1800

Erläuterung zu vorstehender Abbildung

Durch ein Reskript aus dem Geheimen Ratskollegium vom 17. Juni 1800 erhält die Kammer die Mitteilung, dass der Regierungsrat Ludwig Philipp von Türke auch zum Konsistorialrat ernannt worden sei, und die Anweisung, dass sie diese Ernennung gebührend zu beachten habe (aus ThStAMgn Staatsmin., Abt. Finanzen 1569). Das Reskript stammt aus der Hand des als Kanzlisten in der Geheimen Kanzlei tätigen Geheimen Registrators Friedrich Christoph Pabst. Es ist nicht vom Herzog unterschrieben, sondern "ad mandatum Serenissimi proprium" von dem Wirklichen Geheimen Rat" Franz Christian Eckbrecht Freiherrn von Dürckheim als dem ältesten Mitglied des Geheimen Ratskollegiums. Ganz unten rechts der Kollationierungsvermerk des Geheimen Sekretärs Karl Heinrich Ludwig Jacobi. Der Eingangsvermerk der Kammer vom 1. Juli 1800 stammt aus der Hand des Wirklichen Geheimen Rats und Oberjägermeisters Georg August von Bibra als damaligen Rat in der Kammer. Darunter der Vermerk über die Eintragungen ins Eingangsregister der Kammerkanzlei aus der Hand des Kammerregistrators Philipp Heinrich Hartmann.

Eine weitere Besonderheit in den mannigfachen Unterschriftsmöglichkeiten bei den Zentralbehörden stellt schließlich die Benutzung der Kanzleifirma dar, die uns bis zur großen Verwaltungsreform von 1829 begegnet⁹⁶⁰. Wenn in der Unterschrift "Die Fürstliche oder Herzogliche Canzlei" firmiert, so handelt es sich stets um die Regierungskanzlei, die hier noch in ihrer alten Bedeutung als allgemeine Zentralkanzlei erscheint. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts tritt anstelle dieser Bezeichnung gelegentlich "Regierungskanzlei". Unter der Kanzleifirma erscheint wie unter der Kollegienbezeichnung fast immer die handschriftliche Unterschrift eines Beamten, und zwar nicht etwa eines Kanzleiverwandten, sondern des Vorsitzenden des zuständigen Landeskollegs. Wie wir bereits betont haben, wird die Kanzleifirma in Schreiben ganz bestimmter Art angewendet, bei Nachsendung der Akten, die "aus einem Canzleiversehen" zurückgeblieben waren, Übersendung von Mandaten, Festsetzung von Kanzleistrafen, Mitteilung von gefassten Beschlüssen an die Öffentlichkeit und ähnlichem.

Weitere Spezialformen der Unterschrift der Zentralbehörden haben sich in der Zeit des Familienstreites im Herzogshaus und der Coburger Erbschaftauseinandersetzung herausgebildet. Die Landeskollegien waren damals gemeinschaftlich, wurden jedoch tatsächlich von Herzog Friedrich Wilhelm und dem hinter ihm stehenden Gothaer Hof beherrscht. Anton Ulrich hatte zur Wahrung seiner Rechte einen eigenen Rat eingesetzt, der bis zu seinem Regierungsantritt 1746 als "Serenissimi Domini Antoni Ulrici verordnete Deputati und Räte" firmierte⁹⁶¹. Im Fürstentum Coburg, um welches seit dem Tode Herzog Albrechts 1699 zwischen den Ernestinern ein erbitterter Streit geführt wurde, benutzten die Meininger Herzöge zunächst die Coburger Landeskollegien als zentrale Behörden. Nachdem sie aber 1735 die Hauptstadt an Sachsen-Saalfeld übergeben mussten, äußerte sich ihr Bemühen, in Neustadt eine Zentralverwaltung für ihren Anteil zu errichten, auch in den Behördenunterschriften, die allerdings hier nie feste Formen gewannen⁹⁶². Diese Behörden

⁹⁶⁰ "Fürstlich Sächsische Obervormundschaftliche Kanzlei daselbst" (1770) - "Fürstlich Sächsische Geheime Canzlei" (1745) - "Herzoglich Sächsische Obervormundschaftliche Canzlei daselbst" (1808) - "Herzogliche Sächsische Landes-Regierungs-Canzlei" (1826).

⁹⁶¹ Es unterschrieben dabei zwei Räte: August Wilhelm Thilo rechts und Christoph Wilhelm Grimm links.

⁹⁶² Beispiele: "Hochfürstlich Sachsen-Meiningischer zur Landessachen des Coburgischen Creißes gnädigst bevollmächtigter Deputatus" (1735) Sta Sonneberg 58,3 - "Fürstlich Sachsen-Meiningische ins

waren gemeinschaftliche Verwaltungsstellen der beiden feindlichen Brüder Friedrich Wilhelm und Anton Ulrich. Es unterschrieben deshalb stets mehrere Beamten, die Deputati des einen wie des anderen Herzogs.

Bei Unterbehörden, die in der Regel nach dem monokratischen Prinzip aufgebaut waren, setzt sich schon frühzeitig die Unterschrift mit einfacher Behördenfirma und handschriftlichem Namenszug des Behördenleiters durch. Das gilt insbesondere für die Ämter, die einfach als "Herzoglich Sachsen-Coburg-Meiningisches Amt daselbst" firmierten. Bei Lokalbehörden mit Kommissionscharakter finden wir im 18. Jahrhundert jedoch auch erweiterte Behördenfirmen: "Fürstlich Sächsische zum Forstamt Verordnete" (1749), "Fürstlich Sächsische zum Geistlichen Untergericht Verordnete" (1754). Es unterschrieben dabei fast regelmäßig alle Mitglieder dieser Behörde⁹⁶³. Später setzte sich aber auch hier die einfache Behördenbezeichnung durch: "Herzoglich Sächsisches Geistliches Untergericht" (1795), "Herzoglich Sächsische Obervormundschaftliche Chausseebaukommission daselbst" (1818 für das Oberland), "Herzoglich Sächsisches Forstamt" (1822). Vielfach unterschrieb jetzt nur noch ein Beamter. Wenn eine Unterbehörde eine Angelegenheit im Auftrage einer Oberbehörde anordnete, die an sich dieser vorenthalten war, drückte sich das in der der Unterschrift beigegebenen Formel "vi commissionis" aus oder wie es im weit abgelegenen Oberland gelegentlich der Fall war: "vi commissionis perpetuae".

Wo sich feste Behördenbezeichnungen noch nicht herausgebildet hatten, wie etwa im Forstwesen, unterschrieb der Beamte auch späterhin noch mit seinem Amtstitel: "Herzoglich Sachsen-Coburg-Meiningischer Obervormundschaftlicher Oberforstmeister des Oberlandes" (1818). Bei den forstlichen Mittelbehörden treten gelegentlich sogar die Schreibstuben in der Behördenunterschrift auf: "Herzoglich Sachsen-Coburg-Meiningische Obervormundschaftliche Forstschreiberei daselbst" (1821). Überall unterschrieben auch hier die leitenden Beamten, bei den Forstschreibereien jedoch im Gegensatz zu den Zentralkanzleien das Schreibpersonal selbst. Lediglich in amtlichen Bekanntmachungen erscheint zum Teil auch bei den Unterbehörden die Behördenunterschrift ohne Nennung des Beamten.

Abschließend sind noch die Unterschriften der Landeskollegien und Unterbehörden bei Schreiben an die vorgesetzten Stellen und an den Landesherrn zu untersuchen. Diese Unterschriften beginnen mit Courtoisie und Schlussanrede, die teilweise nicht vom Kanzlisten, sondern von dem unterzeichnenden Beamten selbst geschrieben sind. Im Laufe des 18. Jahrhunderts ist auch hier überall eine Vereinfachung aufgetreten. Noch im Jahre 1748 hat beispielsweise die Regierung in einem Bericht an den Herzog Anton Ulrich eine ausführliche Courtoisie und Schlussanrede gebraucht, die sich zusammen mit der Unterschrift aus fünf Zeilen zusammensetzt und mit einem größeren Abstand zwischen der zweiten und dritten Zeile sich fast über ein halbes Folioblatt erstreckt: "Durchlauchtigster Herzog, gnädigster Fürst und Herr! - Euer Hochfürstlichen Durchlaucht - Untertänigst treuest

Fürstentum Coburg zur Cammer verordnete Praesident, Räte und Assessor" (1735) - "Fürstlich Sachsen-Coburg-Meiningische verordnete gemeinschaftliche Räte" (1740) - "Hochfürstlich Sachsen-Meiningische ins Fürstentum Coburg verordnete Deputati, Räte und Assessor" (Neustadt 1741 Unterschriften: Friedrich von Wolzogen, Georg Christoph Vey, Christoph Wilhelm Grimm) - "Fürstlich Sachsen-Coburg-Meiningische ins Fürstentum Coburg verordnete Deputati" (1744 Unterschriften: Georg Purgold, Christoph Wilhelm Grimm, gelegentlich auch Georg Christoph Vey).

⁹⁶³ Beim Forstamt Sonneberg, einer Behörde, die sich aus dem Sonneberger Amtmann und dem Forstmeister des Oberlandes zusammensetzte, unterzeichneten 1749 der Oberforstmeister von Hanstein und der Amtmann Luck. Als am 18. März 1750 Hanstein abwesend war, unterzeichnete Luck mit dem Zusatz: "in Abwesenheit Herrn Oberforstmeister und mit dessen Genehmigung" Sta Sonneberg 31,4.

gehorsambste - zu dero Regierung anhero verordnete Praesident, Hof- und Regierungsräte - Christoph Wilhelm Grimm". Die zweite und dritte Zeile sind dabei wie die Unterschrift vom Regierungsrat Grimm eigenhändig unterschrieben worden⁹⁶⁴. Diese Form blieb bis ins 19. Jahrhundert beibehalten, wenn sie auch später vielfach vereinfacht worden ist⁹⁶⁵. Bei den nominell an den Herzog, tatsächlich jedoch an die Landeskollegien gerichteten Berichten der Unterbehörden, in deren Text zwar noch die Herzogliche Durchlaucht angesprochen wurde, trat durch die Verordnung vom 6. März 1793 dahingehend eine Vereinfachung ein, dass die Courtoisie überhaupt weggelassen wird, so dass nur die Behördenfirma und die handschriftliche Unterschrift des Behördenleiters erscheint⁹⁶⁶.

⁹⁶⁴ ThStAMgn GAM XXVII 3, anderes Beispiel "Durchlauchtigster Herzog/gnädigster Fürst und Herr!/Euer Hochfürstliche Durchlaucht///untertänigst treuegehorsambste/zur Cammer verordnete/Rat und Rentmeister/Georg Ernst Heim" (1761) ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 20230.

⁹⁶⁵ Spätere Beispiele: Durchlauchtigster Herzog/Gnädigster Herzog und Herr/ Eurer Herzoglichen Durchlaucht/untertänigst treuegehorsambste/zur höchstdero Policei-Commission anhero Verordnete/O.P. von Türke. Die 3., 4. und 6. Zeile ist vom Vorsitzenden der Polizei-Kommission eigenhändig geschrieben. ThStAMgn Staatsmin., Abt. des Innern 13446 (1791) "Durchlauchtigster Herzog, Gnädigster Herzog und Herr - Eurer Herzoglichen Durchlaucht untetänig gehorsambster - CWW von Donop, aus einem Schreiben des Sonneberger Oberamtmanns von Donop an Herzog Georg I. vom 31. Dezember 1792. Sta Sonneberg 14,2.

⁹⁶⁶ ThStAMgn ZM 260 Bl. 406.

Verzeichnis der Abbildungen

Georg I. Herzog von Sachsen-Coburg-Meiningen	53
Ernst Friedrich Baumbach	181
Johann Ludwig Heim	207
Konzept der Geheimen Kanzlei 1804	251
Konzept der Regierungskanzlei 1808	253
Konzept der Kammerkanzlei 1803	255
Ausfertigung eines Reskripts der Landesregentin aus der Geheimen Kanzlei an die Oberländische Handlungskommission 1806	263
Signaturreskript 1802	267
Ausfertigung eines Kommunikationsschreibens 1799	272
Ausfertigung eines Reskripts aus der Geheimen Kanzlei "Ad mandatum Serenissimi proprium" 1800	290

Kartenanhang:

Grenzverläufe und -änderungen in Südthüringen

Karte 1 Ämter, Zenten und Gerichte in Südthüringen nach 1250

Karte 2 1250

Karte 3 1274 – 1312

Karte 4 1312 – 1345

Karte 5 1347

Karte 6 1353/54

Karte 7 1369 - 1389

Karte 8 1394 – 1434

Karte 9 1435 – 1485

Karte 10 1506 – 1549

Karte 11 1555 – 1572

Karte 12 1572 – 1603

Karte 13 1603 – 1618

Karte 14 1621/22

Karte 15 1640

Karte 16 1645

Karte 17 1660

Karte 18 1672

Karte 19 1680

Karte 20 1699

Karte 21 1705 – 1714

Karte 22 1723 – 1735

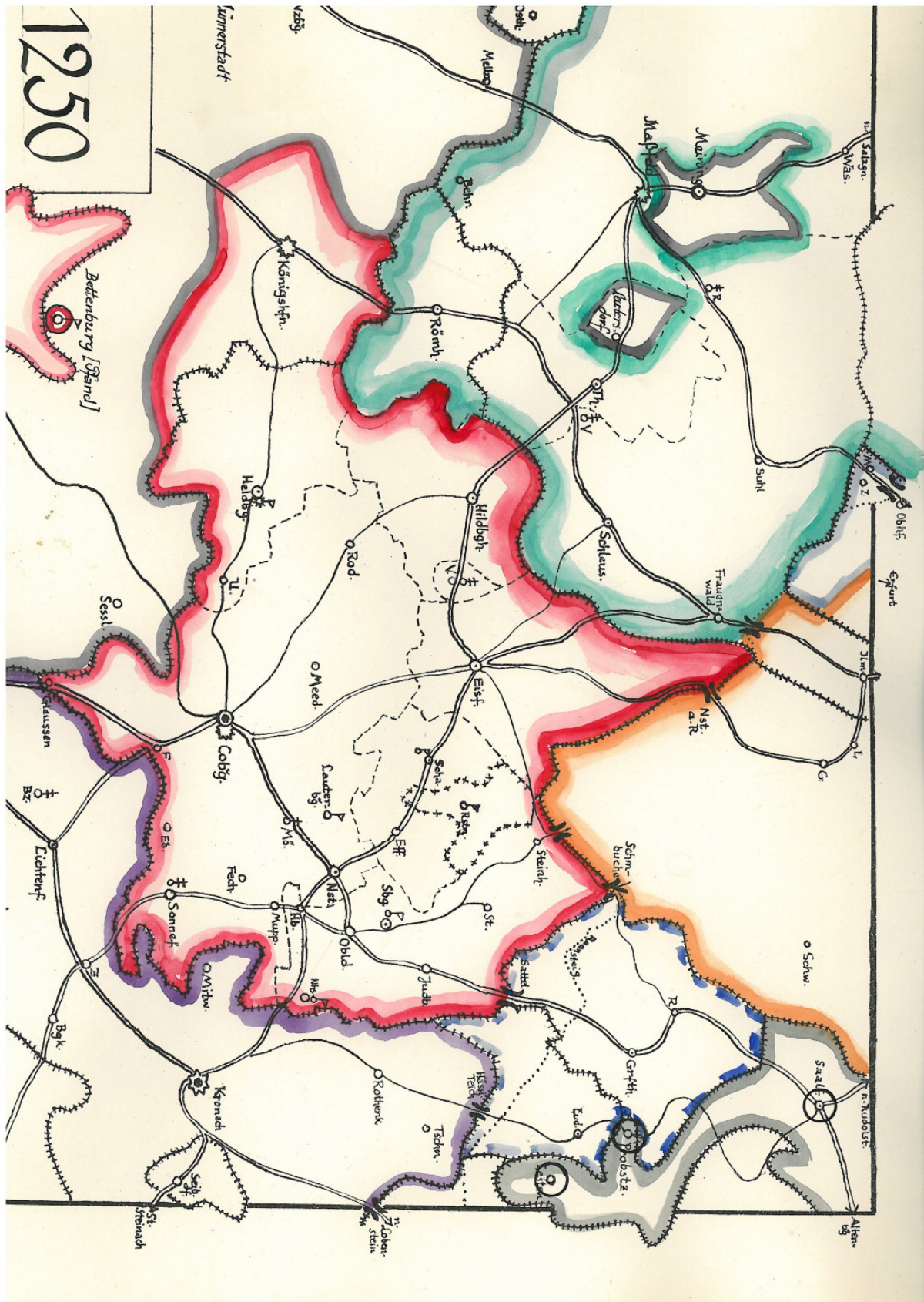
Karte 23 1802

Karte 24 1826

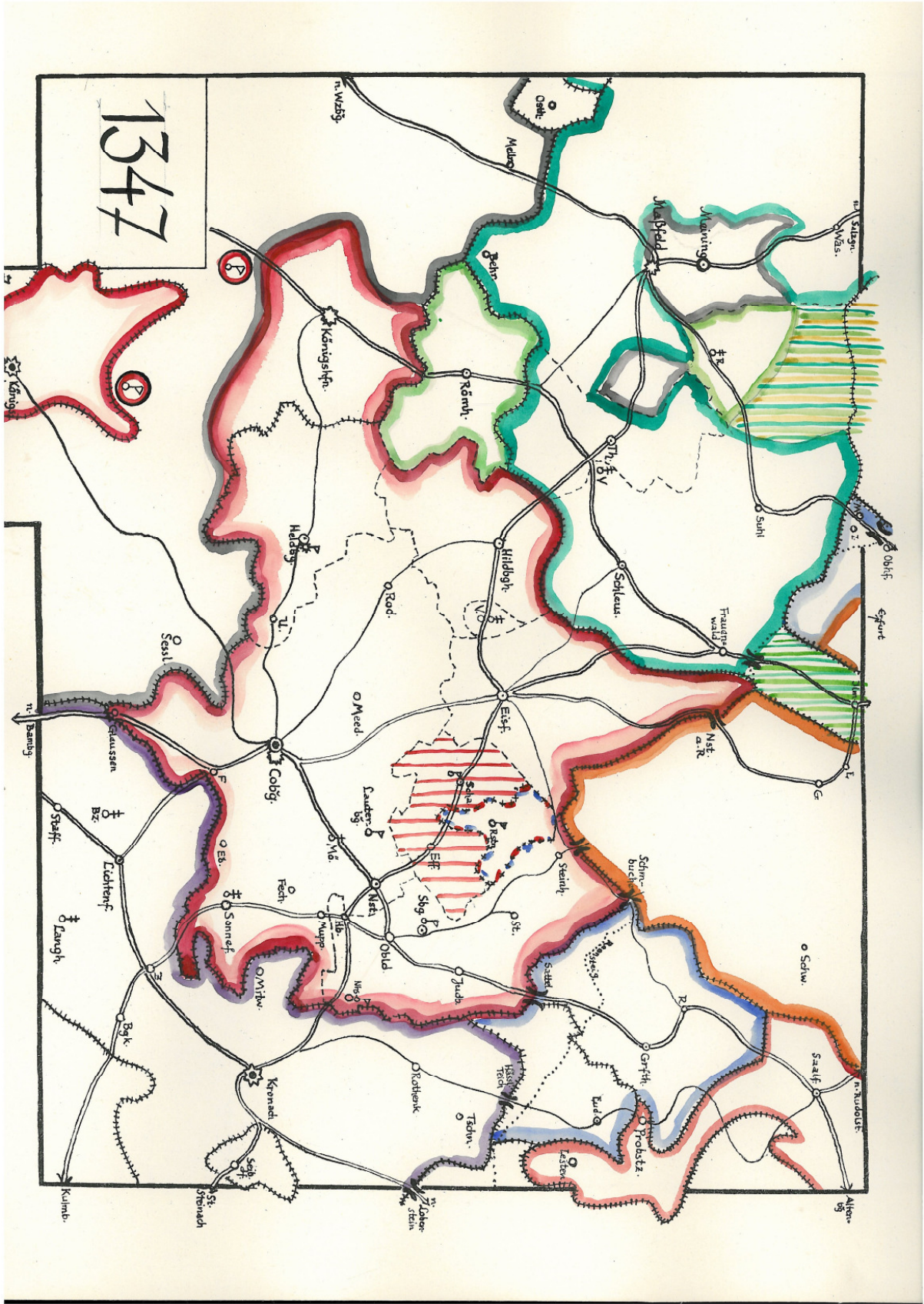
Karte 25 1920

Karte 26 1945

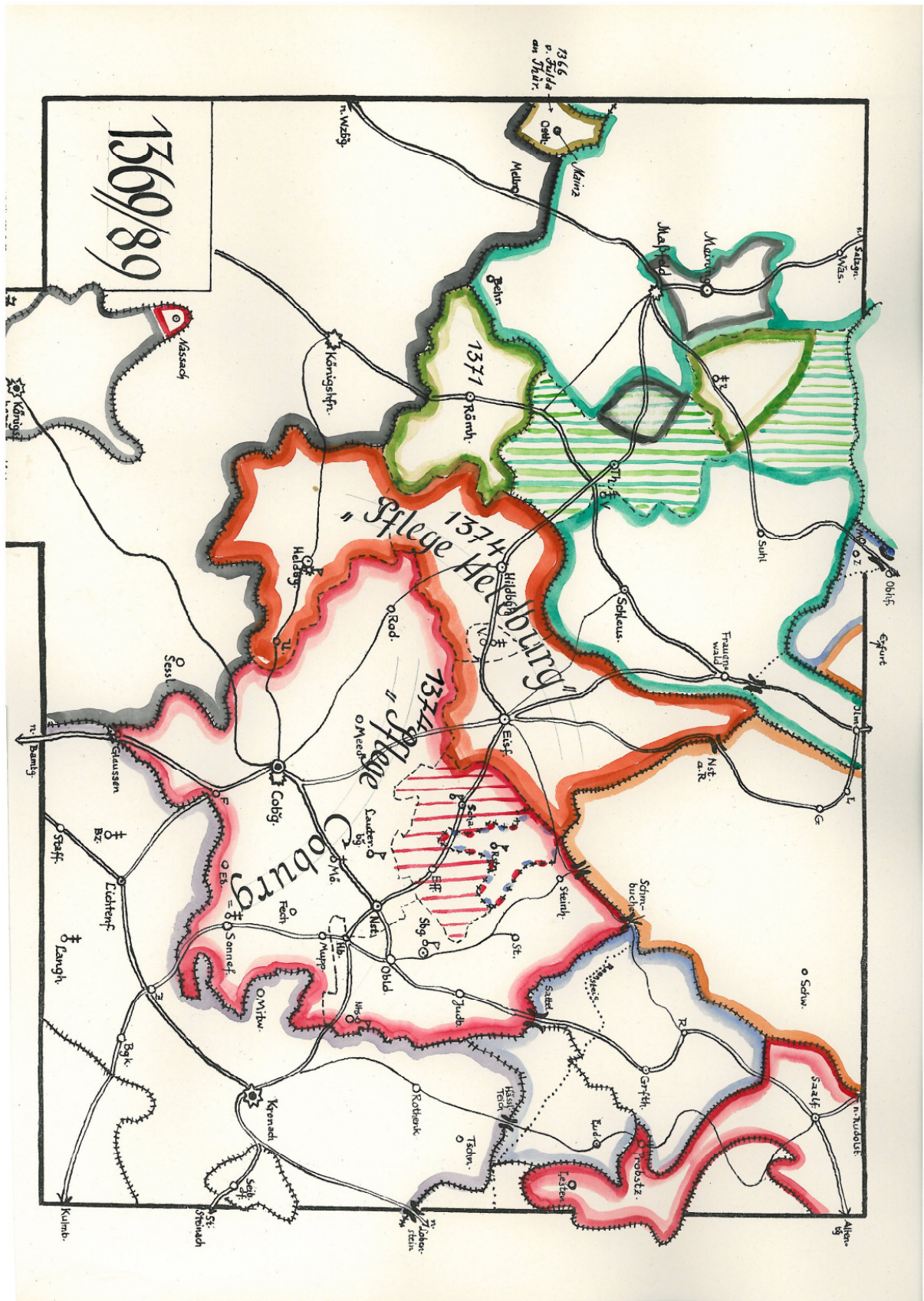
Karte 2



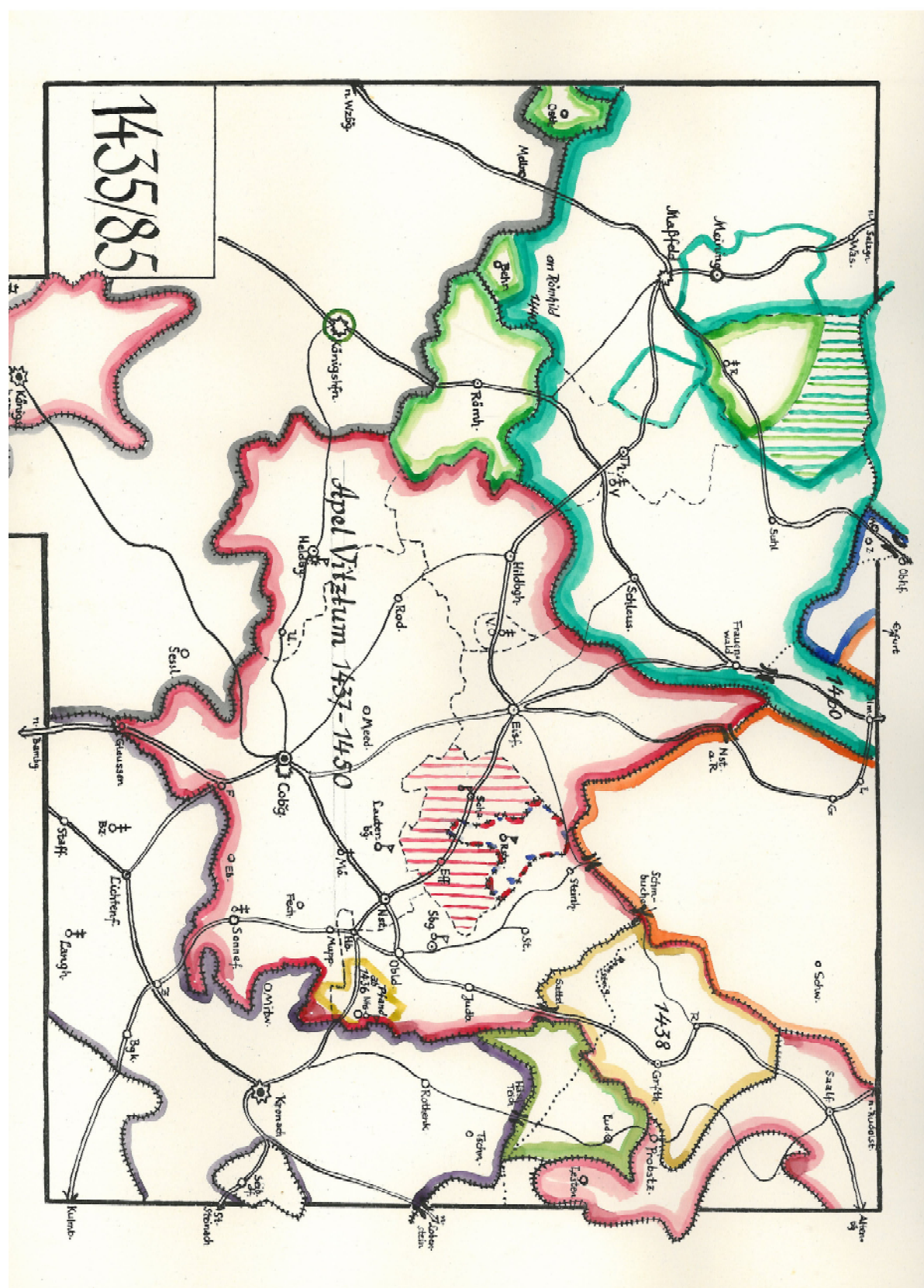
Karte 5



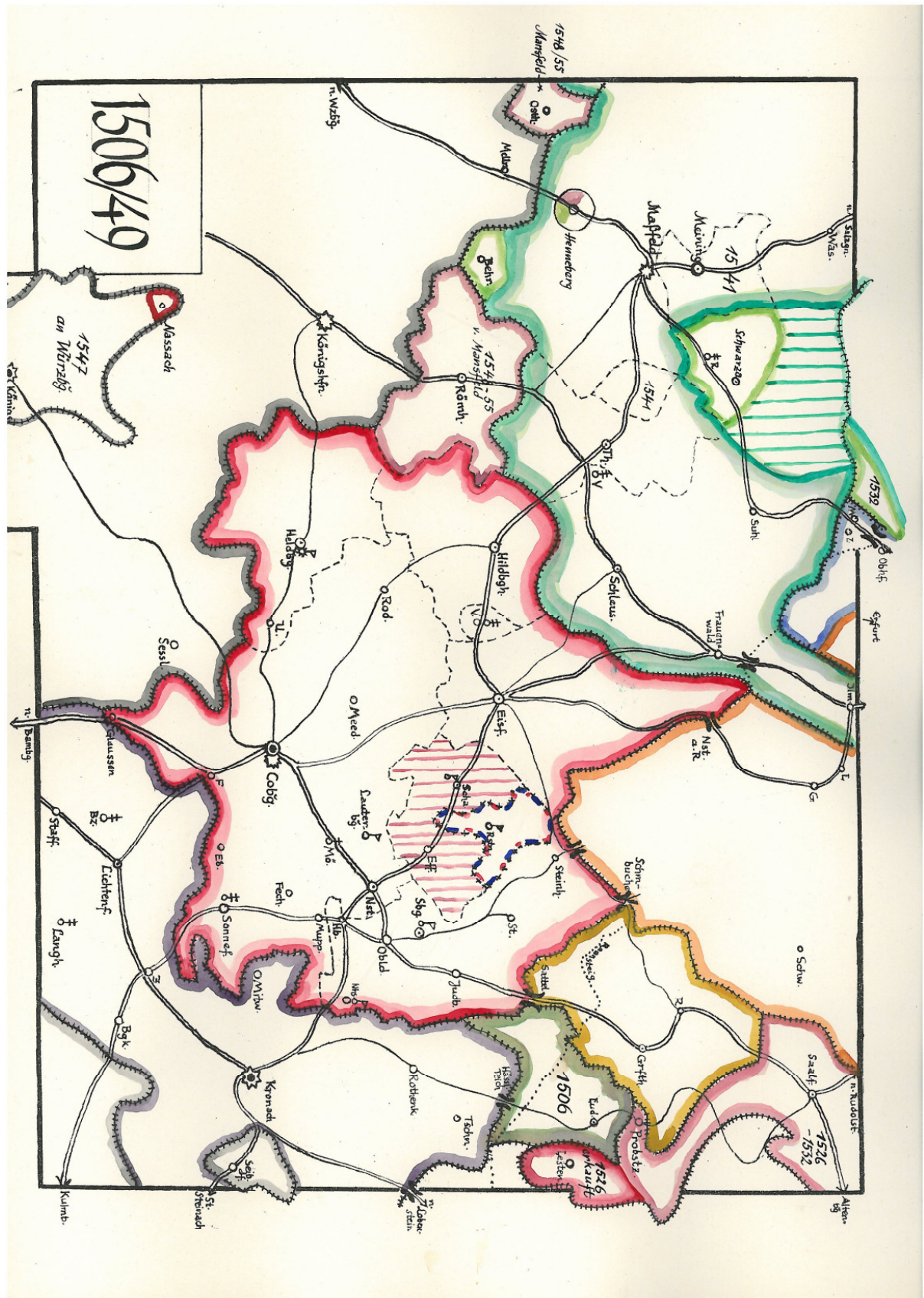
Karte 7



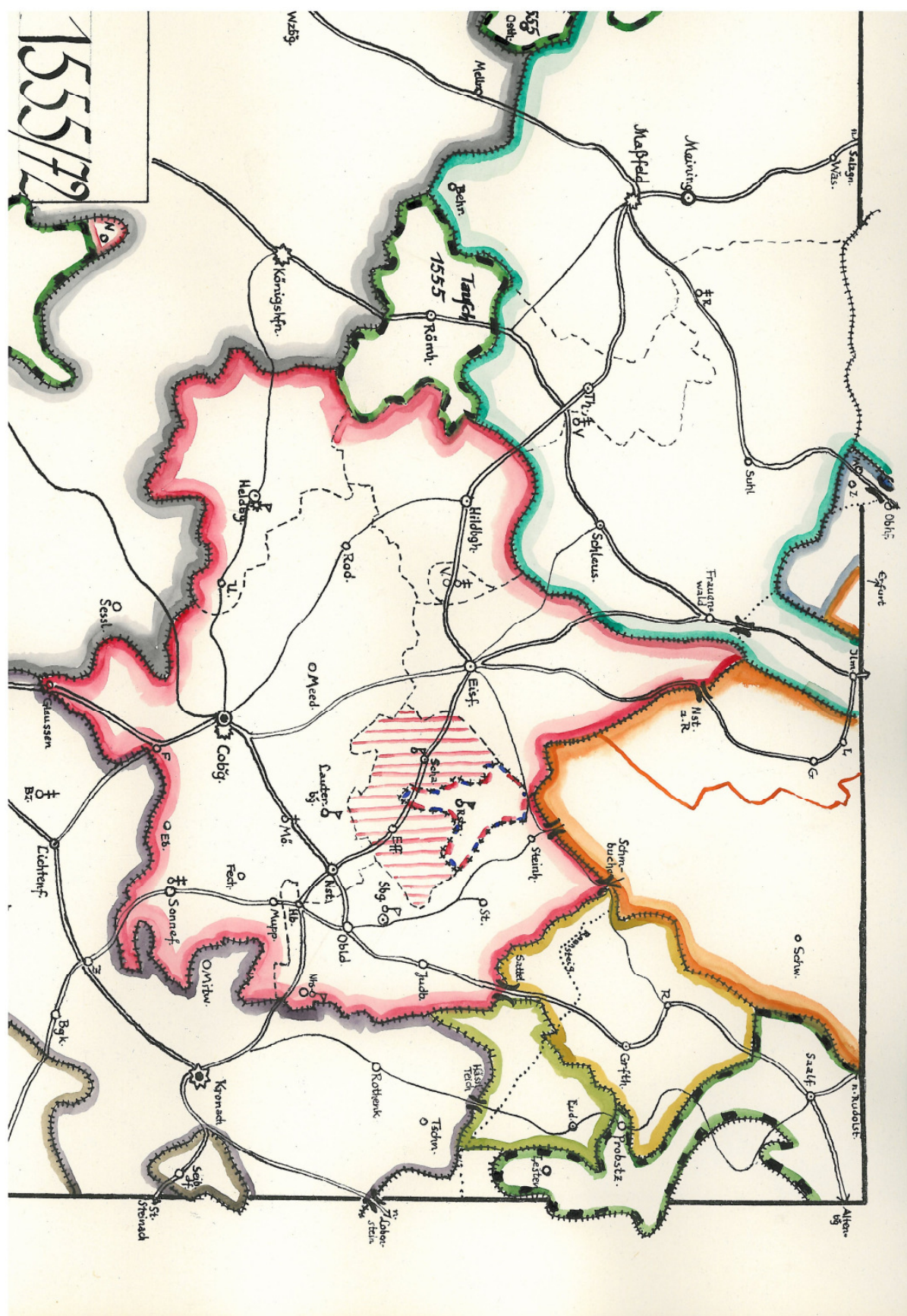
Karte 9



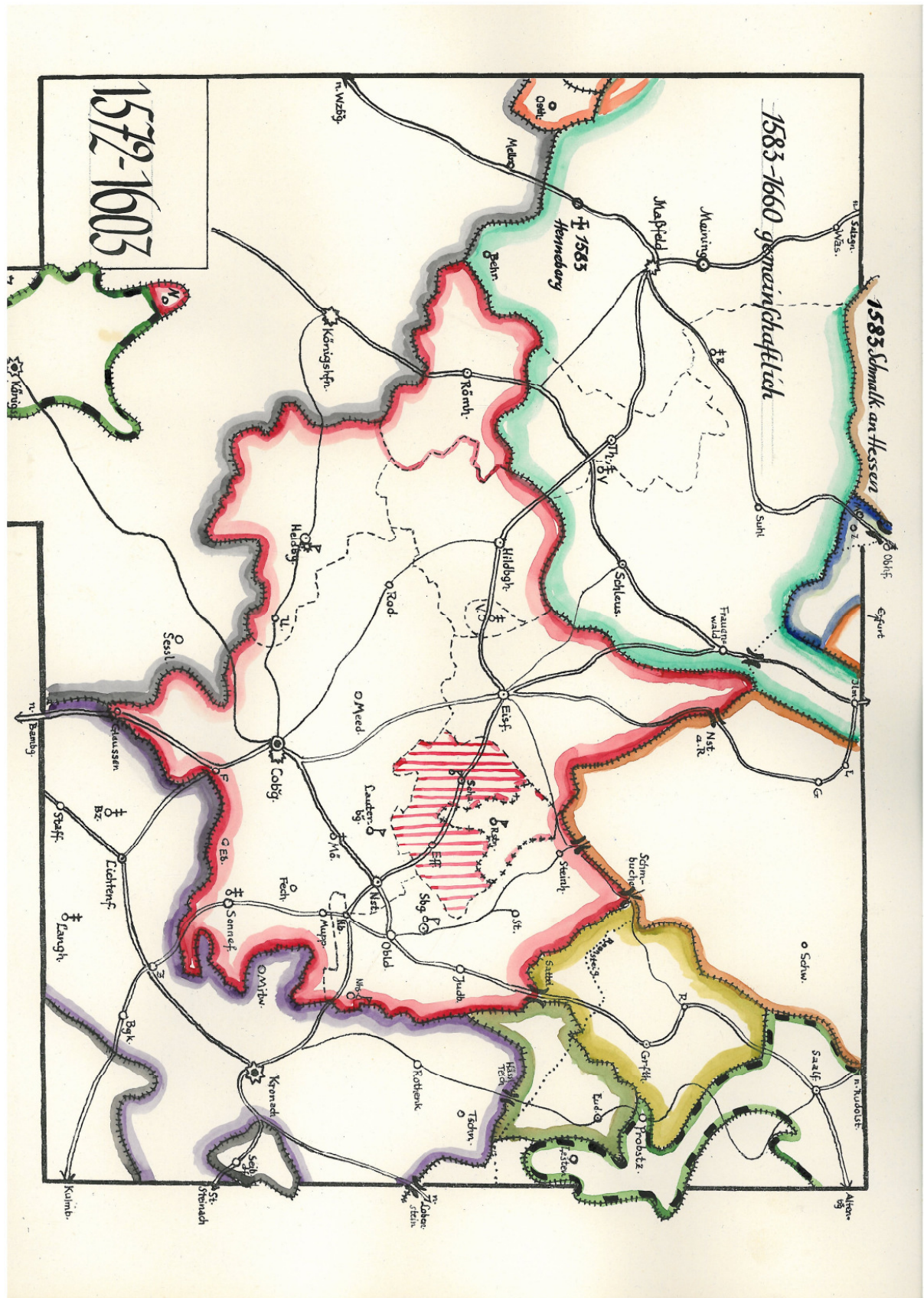
Karte 10



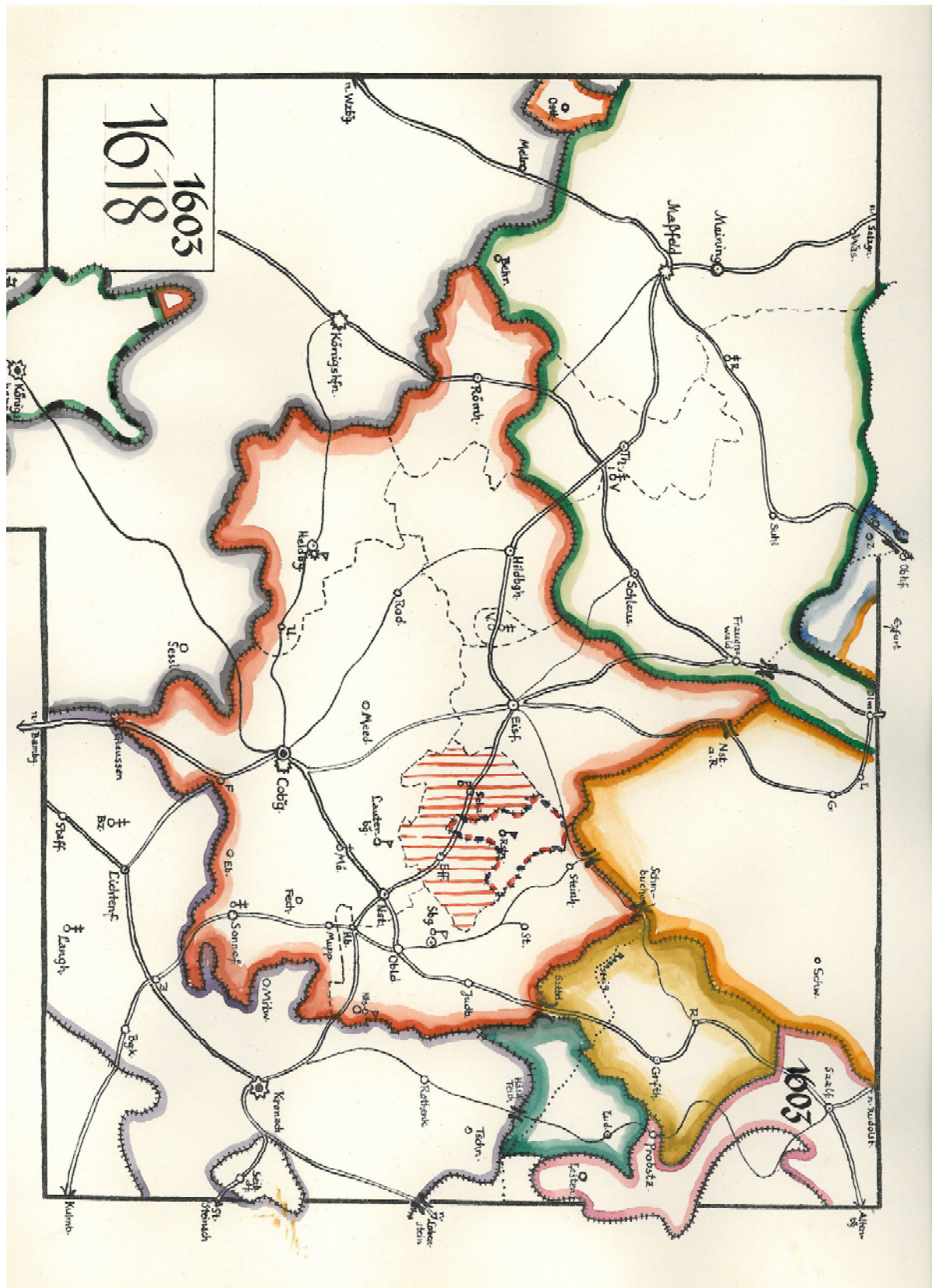
Karte 11



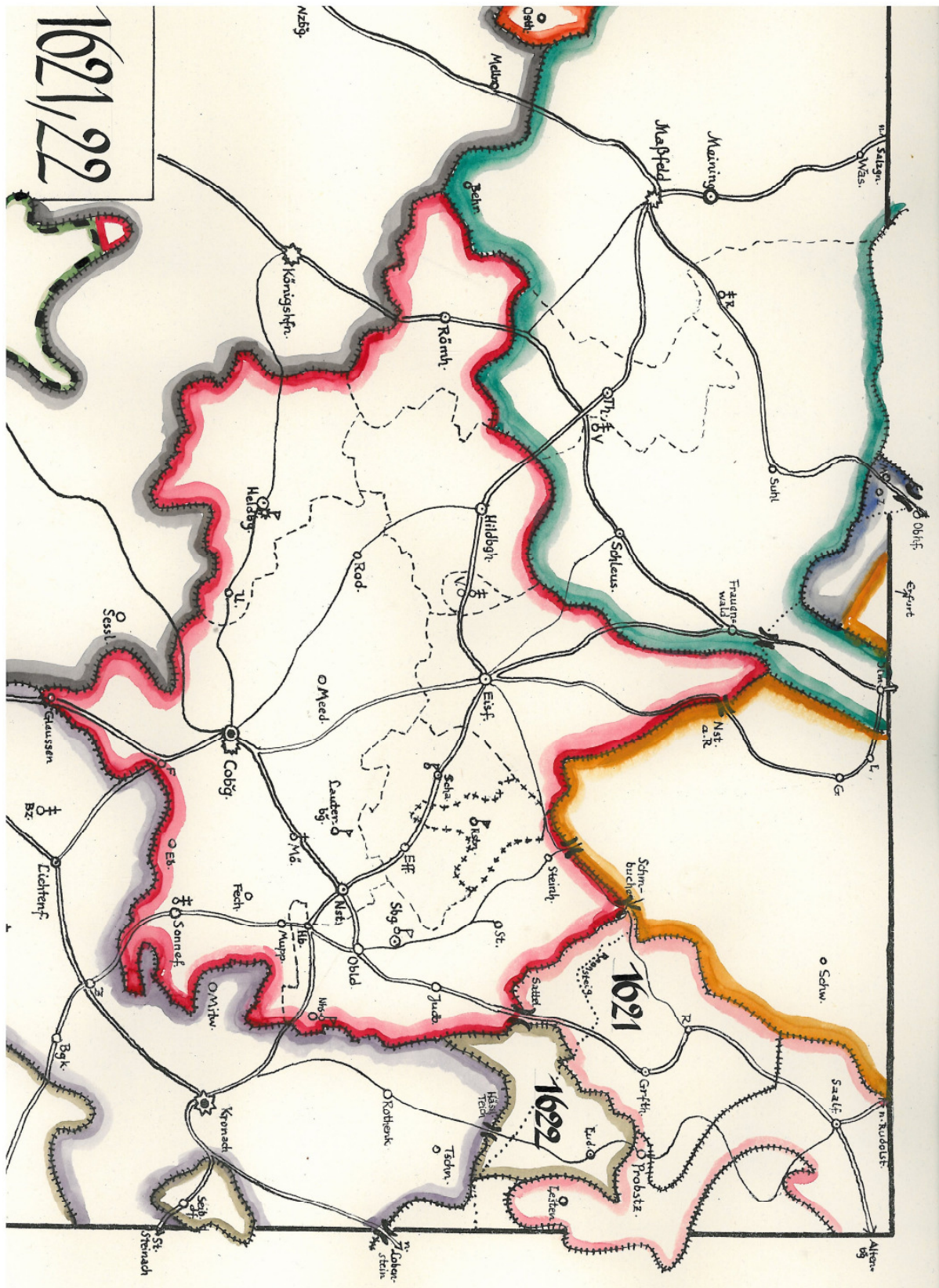
Karte 12



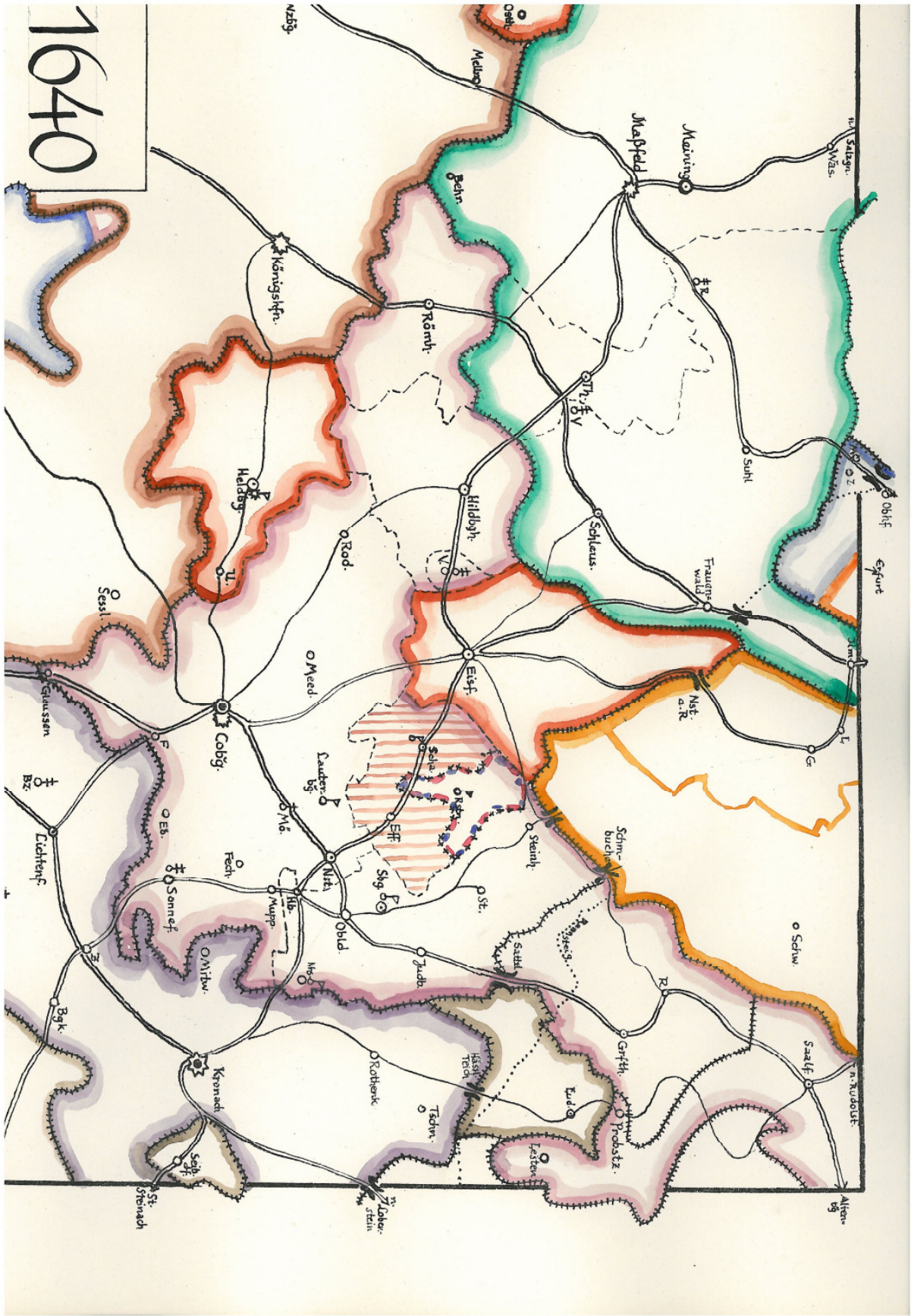
Karte 13



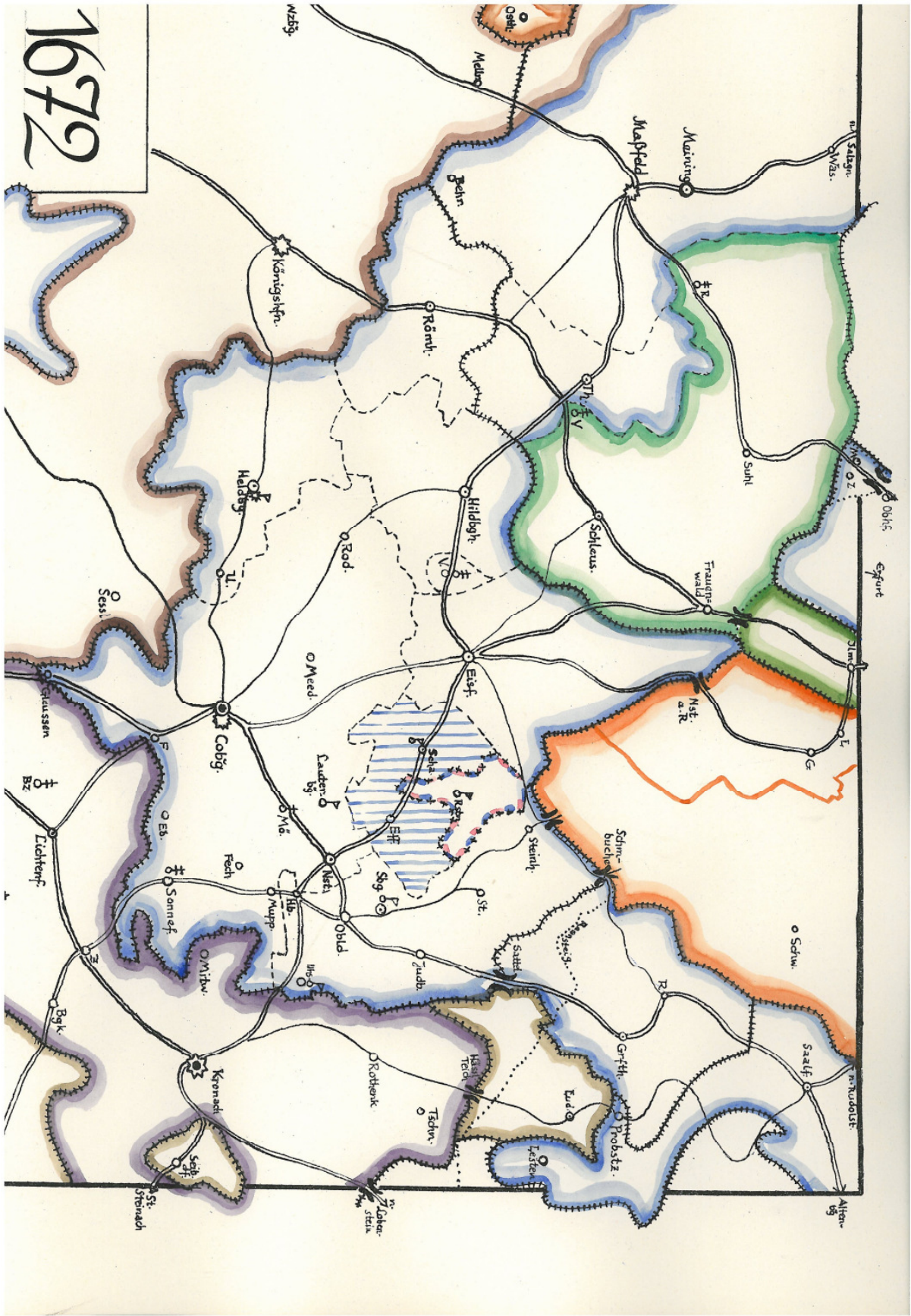
Karte 14



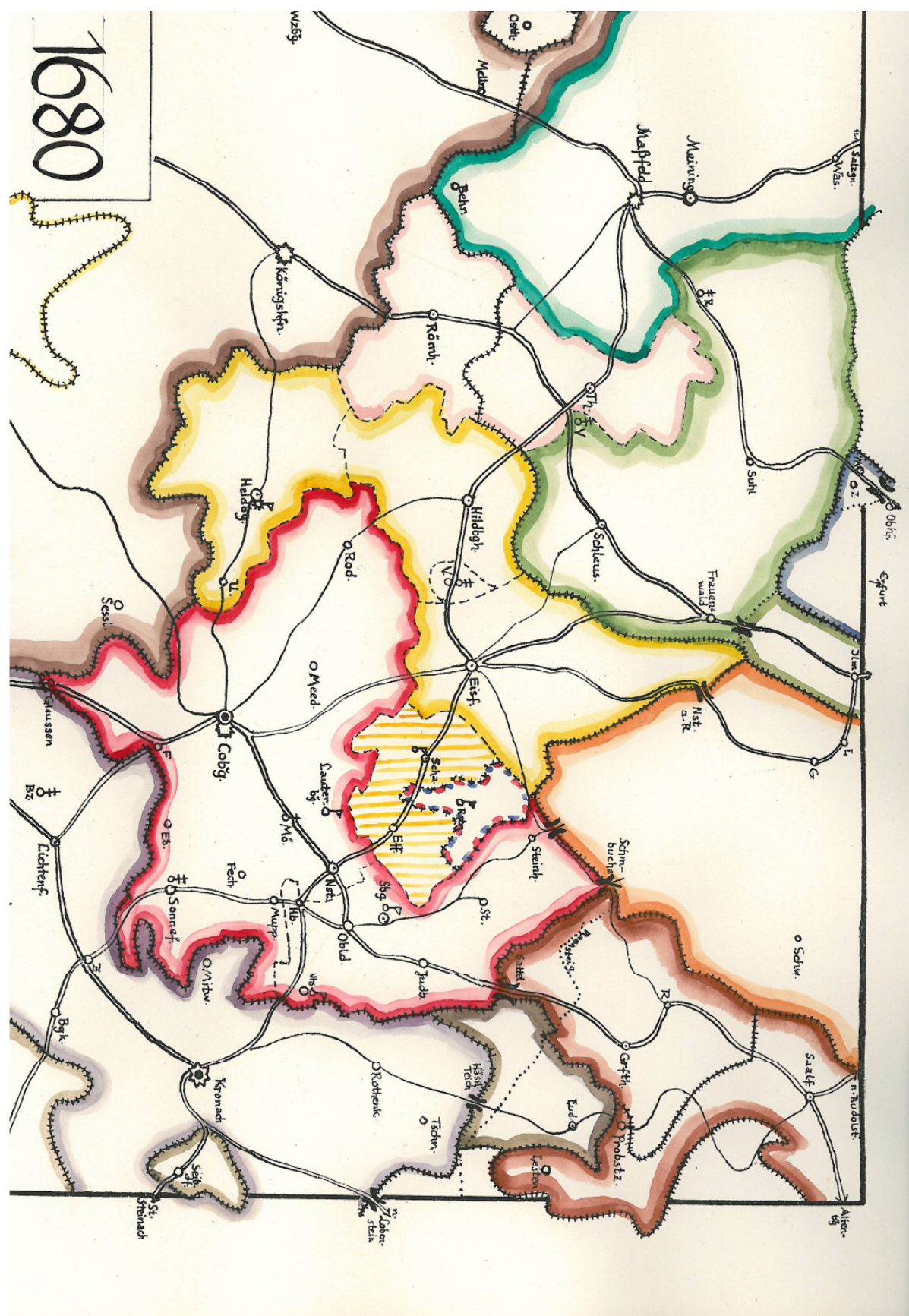
Karte 15



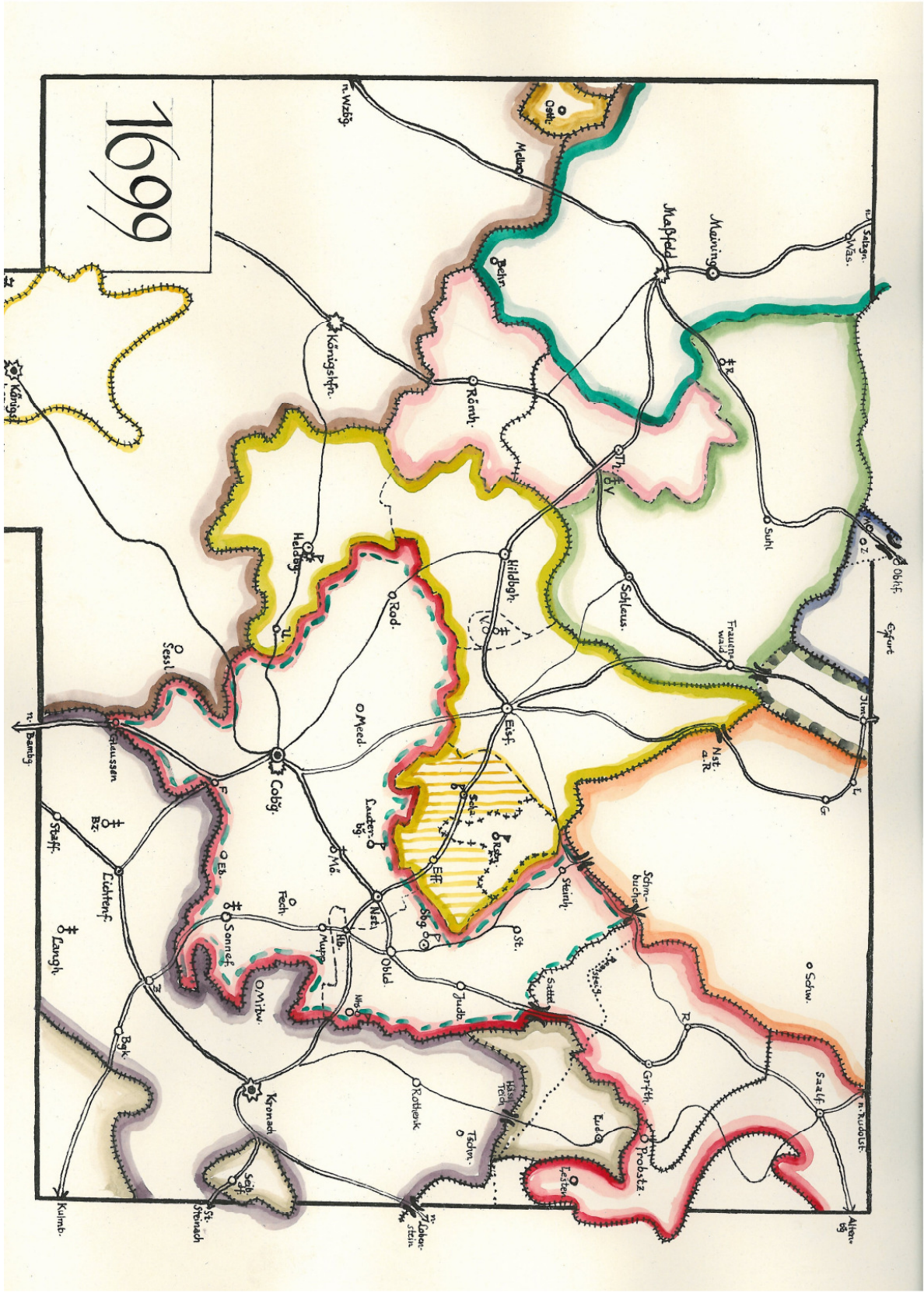
Karte 18



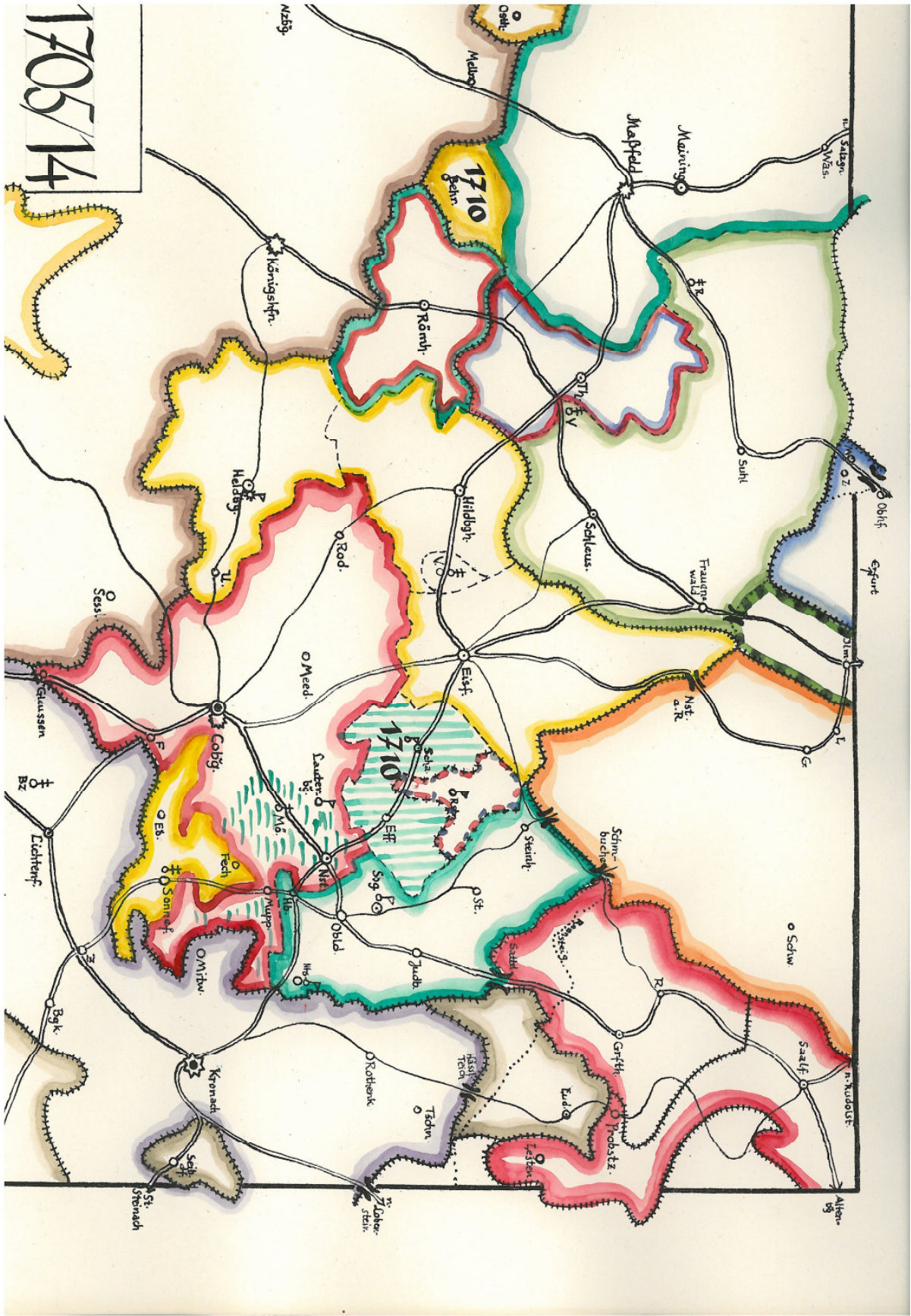
Karte 19



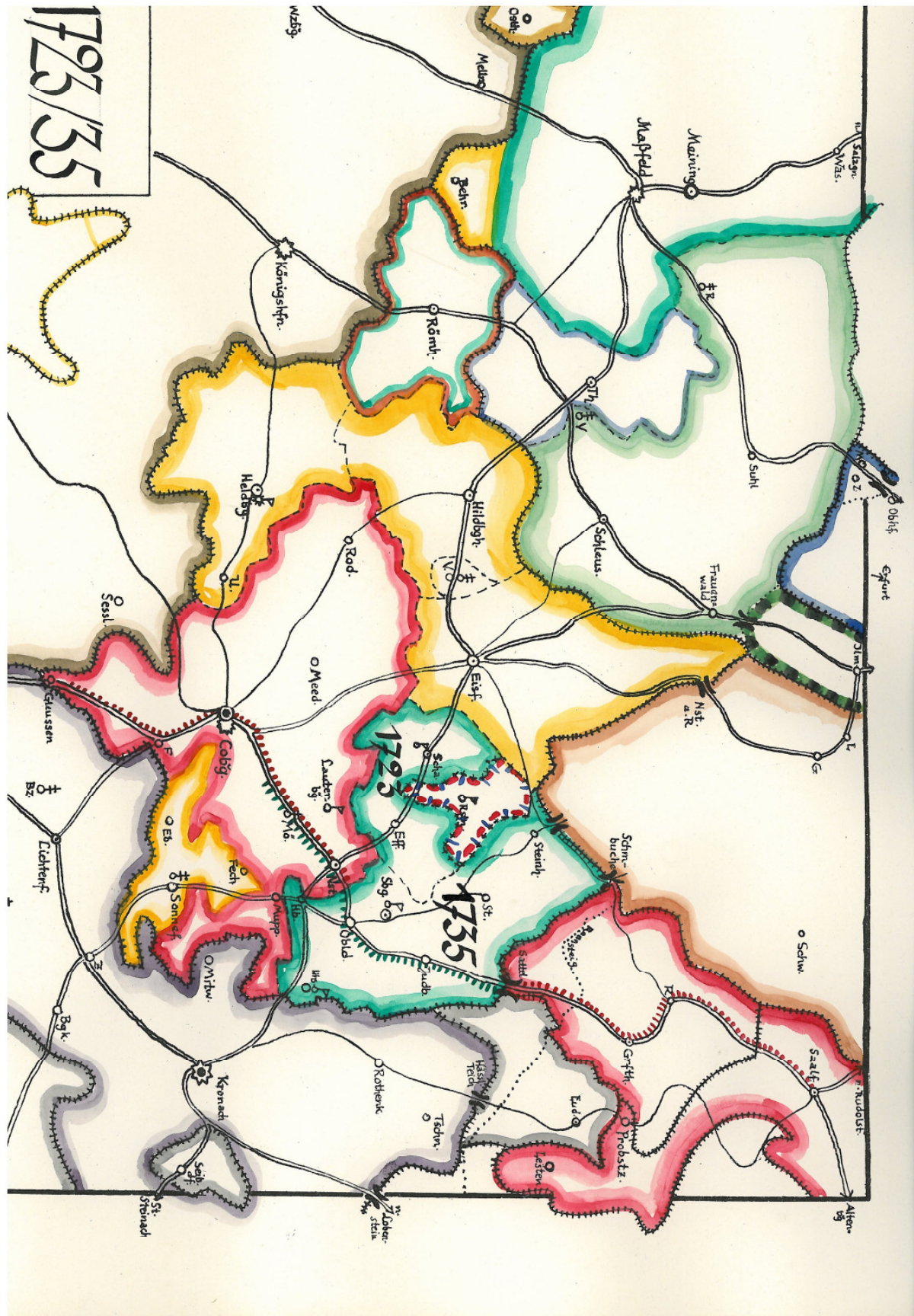
Karte 20



Karte 21



Karte 22



Karte 23

Karte 24

Karte 25

Karte 26